

Generationengerechtigkeit in der Alterssicherung

Theoretische Perspektiven und empirische Befunde

Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
doctor philosophiae
(Dr. phil.)

eingereicht an

der Philosophischen Fakultät III
der Humboldt-Universität zu Berlin

von Dipl.-Sozw. Markus Schrenker

Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin: Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz

Dekan der Philosophischen Fakultät III: Prof. Dr. Bernd Wegener

Gutachter: 1. Prof. Dr. Bernd Wegener
2. Prof. Dr. Stefan Liebig

verteidigt am 22. 11. 2011

Zusammenfassung

Die Arbeit zeigt im Rahmen einer theoretischen Analyse, einer Institutionenanalyse und einer empirischen Einstellungsanalyse, welche normativen Konzepte von Gerechtigkeit in der Alterssicherung relevant sind, wie vor diesem Hintergrund bestimmte institutionelle Regelungen zu bewerten sind und welche Einstellungen in der deutschen Bevölkerung dazu vorliegen. Zunächst wird dargelegt, dass es kein a priori vollständig überzeugendes Konzept von Generationengerechtigkeit gibt. Insbesondere auf Generational-Equity basierende Ansätze, die suggerieren, das Problem intergenerationaler Gerechtigkeit in der Rentenversicherung finanzmathematisch lösen zu können, muss mit Skepsis begegnet werden. Aufgrund theoretischer Überlegungen vorzuziehen sind hybride Konzepte, die sowohl universalistische als auch kultur- und demo-sensitive Aspekte in sich vereinen. Die Institutionenanalyse erbringt weiter, dass das zentrale mit Generationengerechtigkeit verknüpfte Problem weniger die Ungleichheit zwischen Generationen hinsichtlich ihrer durchschnittlichen Güterausstattung ist, sondern die in der Generationenfolge zunehmende intragenerationale Ungleichheit. Schließlich zeigt die empirische Analyse der Gerechtigkeitseinstellungen, dass Statussicherung bei den Renten wichtiger einzuschätzen ist als Beitragsäquivalenz. Die primären Vorstellungen von Gerechtigkeit in der Alterssicherung orientieren sich stark am institutionellen Status quo und kaum an abstrakten Generational-Equity-Konzepten, die die in der Bevölkerung verbreitete Verlustaversion vernachlässigen. Urteilsheuristiken und regimespezifische Sozialisation erklären dabei insgesamt mehr Variation als partikuläre ökonomische oder altersspezifische Interessen. Die Probleme des Rentensystems im Zuge des demografischen Wandels werden gleichwohl gesehen, wobei Lösungsansätze eher in der Familien- und Bildungspolitik gesucht werden, während Reformen im bestehenden Rentensystem Ungerechtigkeitsgefühle kurzfristig sogar verstärken.

Abstract

This thesis demonstrates by theoretical, institutional and empirical analysis, which justice concepts are relevant in old-age provision, how specific institutional arrangements have to be evaluated in this context and which justice attitudes on that matter exist in the German population. Firstly, there is no a priori convincing theoretical concept of generational justice. Especially concepts based on generational equity that propose to solve the problem of intergenerational justice in old-age provision by generational accounting methods have to be considered with skepticism. For theoretical reasons, hybrid concepts that encompass universalistic as well as culture- and demo-sensitive aspects should be preferred. Institutional analysis shows furthermore that the central problem connected to generational justice has less to do with inequality between generations and more with growing inequality within cohorts in the generational succession. Finally, the empirical analysis of justice attitudes provides evidence for the relative priority of status conservation over input-equity in the determination of just old-age benefits. Primary notions of justice in old-age provision are strongly anchored in the institutional status quo and only marginally influenced by abstract generational equity concepts that also neglect wide-spread loss aversion among individuals. Heuristics and regime-specific socialization explain more variation in justice attitudes than particularistic economic or age-specific interests do. The general public does not neglect the problems of pension-systems in the wake of demographic changes however, but solutions are rather seen in family and education policies, while reforms in existing pension arrangements even amplify feelings of injustice in the short run.

Danksagung

Eine Dissertation erfordert nicht nur einiges an Geduld von ihrem Autor, sondern auch von seinem Umfeld. Deshalb gilt mein erster Dank all denjenigen, die mich während dieser Zeit unterstützt haben, aber auch in den Jahren davor überhaupt erst die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass ich diese Dissertation schreiben konnte, meinen Eltern und Großeltern und meiner Familie, Gela, Thomas, Christian, Johannes und Tanja, außerdem meinem Freundeskreis und meinen Kollegen. Besonders hervorheben möchte ich dabei selbstverständlich meinen Erstgutachter Bernd Wegener, ohne dessen Arbeiten auf dem Gebiet der Gerechtigkeitsforschung diese Dissertation sicherlich nicht entstanden wäre und dessen Verhandlungsgeschick maßgeblich dazu beigetragen hat, dass ein faktorieller Survey im Rahmen eines repräsentativen Umfrageprojekts durchgeführt werden konnte. Gleiches gilt auch für Stefan Liebig, der nicht zuletzt die Idee hatte, Generationengerechtigkeit mit den Methoden der empirischen Gerechtigkeitsforschung zu untersuchen und von dessen Arbeiten zu faktoriellen Surveys diese Arbeit inspiriert ist. In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch bei allen Mitgliedern der ISJP-Forschungsgruppe bedanken, deren assoziiertes Mitglied ich sein durfte und deren Daten ich mitverwenden konnte. Aus diesem Kreis möchte ich Kai Mühleck, Juan C. Castillo, Simone Schneider, Percy Scheller, Jean-Yves Gerlitz und Joscha Legewie besonders herausheben und mich für die gute Zusammenarbeit bei der Fragebogenentwicklung, wertvolle Tipps, die Überbrückung kleinerer Motivationstiefs und die Möglichkeit zum Austausch über manches technische Detail des Untersuchungsdesigns und der Analyse bedanken. Nicht zuletzt gilt mein Dank auch meinen Kolleginnen und Kollegen am Institut für Sozialwissenschaften für die tolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Bodo Lippl und Martin Groß möchte ich dabei besonders herausheben. Nicht zu vergessen auch Gabi Sonnenberg, die immer für ein gutes Arbeitsklima gesorgt hat. Vielen Dank auch an Hanno, Peter und Anne für die Ablenkung von dieser Arbeit.

Generationengerechtigkeit in der Alterssicherung

Inhalt

Danksagung.....	2
Generationengerechtigkeit in der Alterssicherung.....	5
Inhalt	5
Abbildungsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	12
Vorbemerkung.....	14
1 Einleitung.....	14
1.1 Theoretische Verortung und forschungsleitende Fragestellungen	16
1.2 Drei zentrale Thesen	20
1.3 Anmerkungen zum Forschungsstand.....	20
1.4 Daten und Methoden	23
Theoretischer Teil.....	25
2 Der normative Diskurs über Gerechtigkeit.....	25
2.1 Gerechtigkeitsforschung empirisch und theoretisch.....	25
2.2 Theoretische Grundpositionen.....	29
2.2.1 Die Position des Libertarismus	31
2.2.2 Die Position des Politischen Liberalismus.....	37
2.2.3 Die Position des Kommunitarismus	41
3 Gerechtigkeit zwischen Generationen und in der Zeit	44
3.1 Generationengerechtigkeit als „neue“ normative Zielgröße	44
3.2 Der Begriff der Generation.....	47
3.3 Gerechtigkeit zwischen Generationen	51
3.3.1 Generationengerechtigkeit bei Rawls	57
3.3.2 Generationengerechtigkeit in der Wohlfahrtsökonomie.....	61
3.3.3 Generationengerechtigkeit als Ausschluss willkürlicher Benachteiligung.....	65
3.3.4 Generationengerechtigkeit als Generationenvertrag.....	70

3.3.5	Generationengerechtigkeit als Leistungsgerechtigkeit	80
3.3.6	Generationengerechtigkeit als Nachhaltigkeit	81
3.3.7	Der Capability-Ansatz und Generationengerechtigkeit	84
3.3.8	Einwände gegen das Konzept der Generationengerechtigkeit	85
3.3.9	Theoretische Problembereiche	89
3.3.10	Versuch einer Synthese	90
	Institutionenanalytischer Teil	93
4	Institutionelle, demografische, wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen	93
4.1	Institutionelle Grundlagen der Alterssicherung	93
4.1.1	Die Gesetzliche Rentenversicherung	94
4.1.2	Grundsicherung im Alter	107
4.1.3	Beamtenversorgung	108
4.1.4	Private Altersvorsorge	109
4.1.5	Alterssicherung in der ehemaligen DDR	113
4.2	Umlageverfahren vs. Kapitaldeckungsverfahren	115
4.3	Demografischer Wandel	124
4.4	Wirtschaftliche Strukturveränderungen	128
4.4.1	Das Renteneintrittsalter und die Beschäftigungschancen Älterer	129
4.4.2	Fachkräftemangel	131
4.4.3	Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse	131
4.4.4	Private Vorsorge und demografische Auswirkungen auf die Kapitalmärkte ...	134
4.4.5	Produktivitätswachstum	136
4.4.6	Zunahme der Frauenerwerbsbeteiligung	139
4.5	Einige politische Implikationen	140
4.5.1	Die Situation in Deutschland	141
4.5.2	Das wachsende politische Machtpotential der Älteren	144
4.5.3	Familienpolitische Implikationen	146
5	Verteilungswirkungen der Institutionen der Alterssicherung	148
5.1	Intergenerationale Verteilungswirkungen	148
5.1.1	Generationengerechtigkeit als „Generational Equity“	148
5.1.2	Generationenbilanzen	150
5.1.3	Implizite Renditen	156

5.1.4	Taugt Generational Equity als Maßstab der Generationengerechtigkeit?	160
5.1.6	Vermögen und Inter-Vivos-Transfers.....	164
5.1.7	Altersorientierung von Sozialpolitik.....	167
5.2	Intragenerationale Verteilungswirkungen der Institutionen der Alterssicherung....	171
5.2.1	Einkommen.....	171
5.2.2	Armut im Alter.....	178
5.2.3	Geschlecht.....	179
5.2.4	Regionale Ungleichheit.....	181
5.3	Normative Leitbilder der institutionalisierten Alterssicherung	182
Einstellungsanalytischer Teil		195
6	Warum „empirische“ Gerechtigkeitsforschung?	195
7	Bisherige Ergebnisse zu Verteilungspräferenzen in der Alterssicherung.....	200
8	Empirische Erklärungsansätze von Gerechtigkeitseinstellungen	206
8.1	Sozialwissenschaftliche Hintergrundtheorien	207
8.1.1	Die Konsens- und konflikttheoretische Perspektive auf Gerechtigkeit	207
8.1.2	Homo Sociologicus, Oeconomicus oder Heuristicus?	210
8.2	Mikrotheorien zu Erklärung sozialstaatlicher Einstellungen.....	214
8.2.1	Sozialisierungstheoretische Ansätze	215
8.2.2	Interessenbasierte Ansätze	223
8.2.3	Wahrnehmungsbasierte und kognitive Ansätze.....	231
8.3	Empirische Gerechtigkeitstheorien.....	237
8.3.1	Klassische Ansätze im Bereich der Belohnungsgerechtigkeit.....	237
8.3.2	Die Theorie der Belohnungsgerechtigkeit	242
8.3.3	Der Rahmen der Theorie der Belohnungsgerechtigkeit	245
8.3.4	Der mathematische Kern der Theorie der Belohnungsgerechtigkeit.....	251
8.3.5	Ansätze im Bereich der Prinzipiengerechtigkeit.....	255
8.3.6	Fazit: Gerechtigkeit und die Orientierung am Status quo.....	266
9	Methoden	268
9.1	Daten.....	268
9.2	Erhebungsinstrumente	269
9.2.1	Der faktorielle Survey	269
9.2.2	Equity-Perspektiven in der Alterssicherung	271

9.2.3	Gerechtigkeitsideologien der Alterssicherung.....	272
9.2.4	Sonstige Variablen.....	273
10	Analysen.....	274
10.1	Problemwahrnehmung.....	274
10.1.1	Synchrone, asynchrone und diachrone intergenerationale Gerechtigkeit.....	278
10.2	Prinzipiengerechtigkeit in der Alterssicherung	286
10.2.1	Deskription der Alterssicherungsideologien.....	286
10.2.2	Zusammenhänge zwischen allgemeinen und spezifischen Gerechtigkeitsideologien	290
10.2.3	Determinanten der alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien	292
10.3	Die Belohnungsgerechtigkeit der Renten	297
10.3.1	Die reflexive tatsächliche Belohnungsfunktion.....	299
10.3.2	Die reflexive gerechte Belohnungsfunktion	301
10.3.3	Die nicht-reflexive tatsächliche Belohnungsfunktion.....	304
10.3.4	Die nicht-reflexive gerechte Belohnungsfunktion	306
10.3.5	Verlustaversion und Status-quo-Orientierung	318
10.3.7	Zusammenfassung der Ergebnisse zur Belohnungsgerechtigkeit der Renten ..	327
10.4	Die Gerechtigkeitskonsequenzfunktion in der Alterssicherung	329
10.5	Abschließende Bewertung der empirischen Ergebnisse.....	332
11	Schlussbetrachtung	337
	Anhang	342
	Literatur	350

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Generationenindividualistische Alterssicherung.....	35
Abbildung 2: Equity-Beziehungen in der GRV	54
Abbildung 3: Regelaltersgrenze	96
Abbildung 4: Entwicklung der Beitragssätze.....	101
Abbildung 5: Ausgaben und Einnahmen in der GRV	103
Abbildung 6: Rentenausgaben und Beitragseinnahmen seit 1957	106
Abbildung 7: Entwicklung des Gesamt- und des Altenquotienten	126
Abbildung 8: Anteil und Umfang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung	132
Abbildung 9: Implizite Renditen in der GRV laut Sachverständigenrat.....	158
Abbildung 10: Ausgabenanteile und Bevölkerungsanteile	169
Abbildung 11: Verhältniszahlen zur Altersorientierung	170
Abbildung 12: Entwicklung des Nettorentenniveaus vor Steuern	172
Abbildung 13: Entwicklung der Nettoeinkommen der älteren Bevölkerung.....	175
Abbildung 14: Entwicklung der Nettoersatzquoten alleinstehender Männer	176
Abbildung 15: Präferenzen für staatliche Umverteilung vs. Gini-Index im Jahr 1999.....	219
Abbildung 16: Wahrnehmung intergenerationaler Ungerechtigkeit.....	274
Abbildung 17: Asynchrone intergenerationale Gerechtigkeit.....	278
Abbildung 18: Folgen des demografischen Wandels.....	280
Abbildung 19: Maßnahmen zur Lösung der Finanzierungsprobleme des Rentensystems	282
Abbildung 20: Wo sollte die Regierung mehr ausgeben?	282
Abbildung 21: Zustimmung zu allgemeinen Gerechtigkeitsprinzipien	287
Abbildung 22: Zustimmung zu Gerechtigkeitsprinzipien in der Alterssicherung	288
Abbildung 23: Zustimmung zur Einkommensäquivalenz der Renten	289
Abbildung 24: Entwicklung konservativer Gerechtigkeitsprinzipien im Zeitverlauf.....	290
Abbildung 25: Bivariate Zusammenhänge zwischen C und A bzw. letztem Einkommen	317
Abbildung 26: Verlustaversion am Beispiel der Gerechtigkeitsbewertung der Renten.....	319
Abbildung 27: Beispiel für eine Vignette	342

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Intergenerative Gerechtigkeitskonzepte	91
Tabelle 2: Ausgewählte Rentenarten.....	98
Tabelle 3: Wichtige Reformen in der Alterssicherung seit 1989	111
Tabelle 4: Lohnersatzniveaus der durchschnittlichen Altersrenten in der ehem. DDR	114
Tabelle 5: Durchschnittliche Zahlbeträge 2006 nach Rentenarten	172
Tabelle 6: Durchschnittliche Bruttobeträge aus der GRV je Bezieher pro Monat 2007.....	173
Tabelle 7: Einkommensquellen der älteren Bevölkerung laut ASID 07	174
Tabelle 8: Nettoeinkommen der älteren Bevölkerung laut ASID 07	175
Tabelle 9: Nettoersatzquoten 2007 vor Steuern	176
Tabelle 10: Inter- und intragenerationale Implikationen unterschiedlicher Gerechtigkeitsprinzipien	183
Tabelle 11: Institutionalisierte Gerechtigkeitsprinzipien der Alterssicherung.....	193
Tabelle 12: Auswahl des existenziellen Vergleichsobjekts (A) bei der Bestimmung gerechter Belohnungen.....	248
Tabelle 13: Kriterien für primäre und sekundäre Ideologien	262
Tabelle 14: Das Grid-Group-Paradigma	264
Tabelle 15: Gerechtigkeitsideologien der Alterssicherung	272
Tabelle 16: Korrelationen der latenten alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien	273
Tabelle 17: Determinanten der intergenerationalen Ungerechtigkeitsbewertung der Alterssicherung.....	276
Tabelle 18: Gerechtigkeitsbewertung von heutigen Renten und Beiträgen	279
Tabelle 19: Determinanten von asynchroner, synchroner und diachroner Generationengerechtigkeit	281
Tabelle 20: Korrelationen zwischen alterssicherungsbezogenen Ideologien und intergenerationalen Gerechtigkeitsbewertungen.....	284
Tabelle 21: Zusammenhänge zwischen allgemeinen und spezifischen Gerechtigkeitsideologien.....	291
Tabelle 22: Determinanten der alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien	294
Tabelle 23: Gerechtigkeitsideologien in der Alterssicherung und regimespezifische Sozialisation	296
Tabelle 24: Monatliche Nettozahlbeträge der eigenen gesetzlichen Renten im ISJP 2006 ...	299

Tabelle 25: Reflexive tatsächliche Belohnungsfunktion.....	300
Tabelle 26: Gerechtigkeitsbewertung der eigenen Renten.....	301
Tabelle 27: Vergleich der tatsächlichen mit der gerechten reflexiven Belohnungsfunktion .	302
Tabelle 28: Reflexive gerechte Belohnungsfunktion	303
Tabelle 29: Monatliche Nettozahlbeträge im Rentenbestand 2005	305
Tabelle 30: Tatsächliche nicht-reflexive Belohnungsfunktion im Rentenbestand 2005.....	306
Tabelle 31: Regression der gerechten Renten (C) auf Empfängermerkmale (nicht-reflexiv)	309
Tabelle 32: Regression der gerechten Renten (C) auf Empfängermerkmale und tatsächliche Rente	316
Tabelle 33: Beobachterspezifische Determinanten des Ankereffekts.....	317
Tabelle 34: Einstellungen zur Generationengerechtigkeit nach Altersgruppen.....	321
Tabelle 35: Das Rentensystem ist ungerecht gegenüber der jüngeren Generation	322
Tabelle 36: Beobachterspezifische Determinanten der nicht-reflexiven gerechten Renten...	325
Tabelle 37: Alterssicherungsbezogene Gerechtigkeitsvorstellungen und Wahlverhalten	330
Tabelle 38: Erklärungspotential von Wahlverhalten durch alterssicherungsbezogene Gerechtigkeit nach Altersgruppen.....	331
Tabelle 39: Dimensionen der Vignettenstudie	342
Tabelle 40: Variablenoperationalisierungen auf Befragtenebene	343
Tabelle 41: Genaue Formulierungen der Einstellungssitems	344
Tabelle 42: Gerechtigkeitsideologien der Alterssicherung; Varimax-Lösung.....	345
Tabelle 43: Faktorenlösung zu allgemeinen Gerechtigkeitsideologien	346
Tabelle 44: Determinanten der intergenerationalen Gerechtigkeitsbewertung der Alterssicherung.....	347
Tabelle 45: Zusammenhänge zwischen allgemeinen und spezifischen Ideologien; Varimax- Lösung.....	348
Tabelle 46: Determinanten der Präferenz von Einkommensäquivalenz; Trend	349

Abkürzungsverzeichnis

ABL	Alte Bundesländer
ALG	Arbeitslosengeld
ASID	Alterssicherung in Deutschland
BeamVG	Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bspw.	Beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIA	Deutsches Institut für Altersvorsorge
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
d. h.	das heißt
ehem.	ehemalig
EGP	Entgeltpunkt
EZB	Europäische Zentralbank
FZG	Freiburger Zentrum Generationenverträge
FZR	Freiwillige Zusatzrentenversicherung der DDR
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GRV	Gesetzliche Rentenversicherung
INSM	Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
ISJP	International Social Justice Project
ISSP	International Social Survey Programme
k. A.	keine Angabe
NBL	Neue Bundesländer
MEA	Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden

n. s.	nicht signifikant
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PAYGO	Pay As You Go; Umlagefinanzierung
S.	Seite
SEU	Subjective Expected Utility
SGB	Sozialgesetzbuch
SOEP	Sozio-ökonomisches Panel
sog.	sogenannte
SPV	Sozialpflichtversicherung der DDR
Std.	Standardabweichung
u. a.	unter anderem
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
v.	von
v. H.	von Hundert
z. B.	zum Beispiel

Vorbemerkung

Gerechtigkeit ist eine der Schlüsselkategorien menschlichen Denkens, die politisch-philosophische Diskurse von der Antike bis zur Gegenwart maßgeblich geprägt hat. In der Moderne ist zur normativ-theoretischen Auseinandersetzung mit Fragen der Verteilungsgerechtigkeit eine empirisch-deskriptive Form der wissenschaftlichen Betrachtung hinzugekommen, die zu erklären versucht, was die menschlichen Gerechtigkeitsempfindungen und Vorstellungen determiniert. Im Vordergrund steht nicht die Frage, was „wahre“ Gerechtigkeit ist, sondern wie und warum sich Menschen hinsichtlich ihrer Gerechtigkeitsvorstellungen unterscheiden und welche Folgen sich daraus für ihr Handeln und Verhalten ergeben. Die vorliegende Dissertationsschrift steht in der Tradition dieser empirischen Methode der Gerechtigkeitsforschung. Ob sich daraus auch normative Forderungen ableiten lassen, ist abhängig von spezifischen demokratietheoretischen Prämissen, deren Erörterung nicht Gegenstand dieser Abhandlung ist.

1 Einleitung

In modernen Gesellschaften gehören sozialstaatliche Institutionen zu den wichtigsten Instanzen, die Güter und Lasten bzw. Chancen und Risiken zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft verteilen. Den größten Anteil am Sozialbudget haben dabei in der Regel die Systeme der Altersvorsorge. So betrugen die staatlichen Ausgaben für Alters- und Hinterbliebenenrenten in Deutschland im Jahr 2006 über 11 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und fast ein Viertel aller staatlichen Ausgaben (OECD 2011). Jede nicht-natürliche Verteilung von Gütern und Lasten folgt aber nicht zwingend aus funktionalen Erwägungen oder politischen Macht-konstellationen, sondern unterliegt immer auch normativen Zielsetzungen. Wenn man John Rawls (1971) folgen möchte, dann ist Gerechtigkeit dabei die wichtigste Tugend sozialer Institutionen. Für intergenerationale Austauschbeziehungen gilt dieses normative Apriori ganz besonders, denn Kooperation zwischen Generationen ist nur schwer als reziprokes Austauschverhältnis rational rekonstruierbar und wäre ohne die Voraussetzung moralischer Standards und deren institutioneller Implementierung in modernen arbeitsteiligen Gesellschaften kaum vorstellbar. Werden die Systeme der Alterssicherung jedoch als unfair wahrgenommen,

kann keine fortwährende Unterstützung für diese Systeme erwartet werden.¹ In der vorliegenden Arbeit sollen deshalb Fragen der Verteilungsgerechtigkeit erörtert werden, die im Zusammenhang mit den Institutionen der staatlichen Alterssicherung auftreten. Die Beschäftigung mit dem gesetzlichen Rentensystem erscheint dabei vor dem Hintergrund von drei Entwicklungen besonders relevant.

(1) Angesichts des demografischen Wandels und den damit einhergehenden gravierenden Veränderungen der Altersstruktur steht die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) vor langfristigen Herausforderungen, die bereits in der Vergangenheit Veranlassung zu verschiedenen Reformanstrengungen gegeben haben und auch in Zukunft institutionelle Reformen notwendig machen werden. In diesem Kontext sind ebenso Veränderungen in den Erwerbsmustern/-biografien, die zunehmende Frauenerwerbsbeteiligung und sich wandelnde Rollenerwartungen sowie die Ausweitung sog. atypischer Beschäftigungsverhältnisse zu berücksichtigen.² Das Besondere ist dabei, dass Gerechtigkeit, anders als in anderen Bereichen, vor allem in der Zeit gedacht werden muss. Das heißt, was ein Akteur bekommt, steht in Beziehung zu zeitlich vor- und nachgeordneten sozialen und persönlichen Bedingungen. Ein zentraler Aspekt ist also die intertemporale Dimension staatlicher Umverteilung.

(2) Nach der Wiedervereinigung fand ein erheblicher Teil der finanziellen Transfers in die neuen Bundesländer im Rahmen des gesetzlichen Rentensystems statt (Czada 1998: 32). Wenn man von Gerechtigkeit im Zusammenhang mit der GRV spricht, ist also immer auch die regionale Dimension zu berücksichtigen. Der Institutionentransfer von West nach Ost nach der Wiedervereinigung verdeutlicht insofern nicht nur die Schwierigkeit einheitlicher bzw. gleicher sozialer Standards in ökonomisch ungleichen Kontexten, sondern auch die Probleme, die uneinheitliche historisch-institutionelle Entwicklungen und Sozialisationsbedingungen für den sozialstaatlichen Konsens aufwerfen.

¹ Vgl. z. B. Howse 2007: „If the terms on which future generations are expected to participate in PAYGO schemes – the terms which allocate the costs and benefits of participation – do not deal fairly with them, we can have no legitimate expectations of their continuing support for the scheme.“ (Howse 2007: 53)

² Mit den Schlagworten Strukturwandel, Globalisierung und der sog. „monetaristischen Wende“ in der makroökonomischen Steuerung können weitere in diesem Kontext relevante Wandlungsprozesse benannt werden, die seit den 70er Jahren an Bedeutung gewonnen haben.

(3) Schließlich haben die in der „rot-grünen“ Regierungszeit begonnenen Sozialstaatsreformen im Zusammenhang mit der „Agenda 2010“ das politisch prekäre Spannungsverhältnis von aus „Expertensicht“ notwendigen, aber unpopulären Maßnahmen deutlich vor Augen geführt. Die empirische Gerechtigkeitsforschung kann hier Anhaltspunkte liefern, welche sozialstaatlichen Arrangements als gerecht bzw. ungerecht wahrgenommen werden und somit die Legitimationsbedingungen sozialstaatlicher Institutionen und ihrer Reform erörtern.

1.1 Theoretische Verortung und forschungsleitende Fragestellungen

Dem Untersuchungsgegenstand „Gerechtigkeit“ kann man sich grundsätzlich auf zwei unterschiedliche Arten nähern: deskriptiv-empirisch oder normativ-theoretisch: Disziplinär verankert ist die vorliegende Dissertationsschrift hauptsächlich in der empirischen Gerechtigkeitsforschung, die mit folgenden zentralen Forschungsfragen kurz umrissen werden kann. Diese stellen zugleich den Rahmen einer empirischen „Theorie der Gerechtigkeit“ dar (Jasso 1989; Jasso und Wegener 1997; Wegener 1999):

- (1) Was empfinden Individuen oder Kollektive als gerecht und warum?
- (2) Wie beeinflussen Vorstellungen des Gerechten tatsächliche Situationen?
- (3) Welches Ausmaß an Ungerechtigkeit empfinden Individuen, wenn perfekte Gerechtigkeit nicht vorliegt?
- (4) Welche Konsequenzen hinsichtlich Verhalten und Gesellschaft folgen aus wahrgenommener Ungerechtigkeit?

Die analytischen Stärken der empirischen Gerechtigkeitsforschung liegen auf der Mikroebene, also bei der Analyse der Einstellungen und des Verhaltens von Individuen. Sie besitzt psychologisch und soziologisch fundierte Erklärungsansätze sowie getestete und bewährte (quantitative) Mess-Instrumente, mit denen die soeben angerissenen Forschungsfragen behandelt werden können. Der Rahmen der Theorie hat sich bereits in vielen Anwendungen bewährt und zu einer Reihe von Theoriekernerweiterungen geführt, die sich zum Teil in mathematisch präziser Weise als gesetzesartige Aussagen ausdrücken lassen. Dabei lassen sich grundsätzlich zwei Modalitäten der empirischen Beschäftigung mit Gerechtigkeit unterscheiden: Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit (Wegener 1999).

Untersuchungen im Bereich der *Belohnungsgerechtigkeit* befassen sich mit konkreten Verteilungsergebnissen, die ein Individuum in einem bestimmten Kontext erhalten soll. Der Großteil der Anwendungen hat sich in der Vergangenheit auf die Auseinandersetzung mit Arbeitseinkommen³ beschränkt (Castillo 2010; Jasso 1978, 1983b, 2000; Jasso und Rossi 1977; Jasso und Webster Jr 1997, 1999; Liebig et al. 2011; Liebig und Schupp 2004; Sauer et al. 2009; Wegener 1999; Wegener und Steinmann 1995). Ein offensichtlicher neuer Ansatzpunkt stellt die Anwendung der „Theorie der Belohnungsgerechtigkeit“ auf die Altersrenten dar. Durch entsprechende Erhebungstechniken (Factorial-Survey-Design) ist es möglich, den Prozess der Gerechtigkeitsbewertung von Renten im „Kopf der Befragten“ zu rekonstruieren und damit detaillierte Vorstellungen von „gerechten“ Institutionen nicht nur hinsichtlich ihrer „Outputs“ (Rentenhöhe), sondern auch hinsichtlich ihrer „Inputs“ (z. B. Beitragszeiten) zu erfassen.

Bei der Auseinandersetzung mit *Prinzipiengerechtigkeit* geht es weniger um Verteilungsergebnisse, als um die Regeln, nach denen Güter und Lasten verteilt werden sollen. Verteilungsregeln sind im Alltagsgebrauch, also solange sie nicht juristisch kodifiziert sind, jedoch häufig diffus. Das heißt, Menschen haben zwar mitunter klare Vorstellungen darüber, dass sich beispielsweise Leistung lohnen müsse, aber ohne spezifizieren zu können, was genau eine Leistung konstituiert, was konkret die Belohnung sein soll und in welchem Verhältnis Leistung und Belohnung zueinander stehen müssen. In diesem Sinn handelt es sich um „unvollständige Gerechtigkeitsexplikate“ (Wegener 1999). Diese begegnen uns in der politischen Kommunikation jedoch ungleich häufiger als Auseinandersetzungen mit „exakten“ Belohnungen.

In der Vergangenheit haben sich Untersuchungen zu Gerechtigkeitsprinzipien vornehmlich auf abstrakte allgemeine Verteilungsregeln⁴ bezogen, die daher auch als Gerechtigkeitsideologien bezeichnet wurden (vgl. Wegener & Liebig 1993, Wegener & Liebig 1995, Liebig & Wegener 1995, Wegener 1999, Wegener 2003). Die Annahme ist, dass es sich dabei um Denkstile der Gerechtigkeit handelt, die generell und sozusagen bereichsübergreifend gelten, egal in welchem Kontext eine Verteilungsregel zur Anwendung kommen soll. Es stellt sich grundsätzlich die Frage, ob eine solche Annahme tragfähig ist oder ob nicht die Präferenzen für Verteilungsregeln bereichsspezifisch sind im Sinne Michael Walzers (1992 (1983)). In jedem Fall gilt es herauszufinden, ob auf dem Politikfeld der Alterssicherung die gleichen

³ Ausnahmen sind z. B. Jasso (1998b) zu Bestrafungen und Liebig (2005) zur Steuerbelastung.

⁴ Ausnahmen sind z. B. Liebig und Lengfeld (2002) zu Gerechtigkeit in Unternehmen.

allgemeinen Verteilungsregeln bevorzugt werden oder ob hier spezifisch andere Regeln zur Anwendung kommen und in welchem Zusammenhang allgemeine und spezifische Prinzipien sowie konkrete Belohnungen stehen.

Die Möglichkeiten der empirischen „Theorie der Gerechtigkeit“ zur konzeptionellen Erfassung von „Gerechtigkeit in sozialstaatlichen Institutionen“ auf der theoretischen Ebene sowie ihr Instrumentarium zur deskriptiv-analytischen Bewertung institutioneller Arrangements stoßen jedoch an Grenzen. Um dem interdisziplinären Charakter des Forschungsgegenstands gerecht zu werden, ist es daher wichtig, zusätzlich normativ-philosophische sowie institutionell-ökonomische Ansätze in der Arbeit zu berücksichtigen. Daraus ergibt sich eine Reihe weiterer potenziell interessanter Fragestellungen:

- (1) Welche normativen Gerechtigkeitskonzeptionen gibt es und wie werden sie begründet/legitimiert?
- (2) Welche Gerechtigkeitskonzeptionen sind in sozialstaatlichen Institutionen implementiert?
- (3) Welche Folgen hat die Verwirklichung bestimmter Gerechtigkeitskonzeptionen innerhalb sozialstaatlicher Institutionen für Individuum und Gesellschaft?

Die erste Frage ist das klassische Geschäft der politischen Philosophie. Es ist unerlässlich diesen philosophischen Diskurs aufzugreifen, da dieser das analytische Rüstzeug liefert, um überhaupt zu verstehen, wie von Gerechtigkeit gesprochen wird. Zudem bietet die moderne politische Theorie reichhaltig Angebote zur Anknüpfung für die empirische Forschung (siehe Walzer 1992; Miller 1998; Rawls 1992, 1996). Auf der anderen Seite ist es eine empirische Tatsache, dass der öffentliche Diskurs vornehmlich normativ geprägt ist. Theoretische Konzepte wie der „Generationenvertrag“ oder „Nachhaltigkeit“ sind ubiquitär. Die empirische Gerechtigkeitsforschung kann hier einen Beitrag liefern, indem sie z. B. Grundannahmen über menschliches Verhalten und menschliche Präferenzen der normativen Theorien überprüft, also Möglichkeitsbedingungen normativer Ansätze erörtert und, insofern „Sollen“ „Können“ voraussetzt (Zintl 1983), möglicherweise selbst normative Wirkung entfaltet.

Ein Austausch der normativen und der empirischen Herangehensweisen ist zudem unerlässlich, um der Gefahr einer wachsenden Binnenhermetik und Komplexität der wissenschaftlichen Teildisziplinen entgegenzuwirken. Es braucht ein theoretisches Fundament und gemeinsame Begrifflichkeiten auf denen Theorie und Empirie stehen können. Ohne die Kom-

messurabilität der analytischen Kategorien beider Schulen der Gerechtigkeitsforschung kann auch kein fruchtbarer Austausch erfolgen. Stattdessen besteht die Gefahr wissenschaftlicher Parallelwelten, deren Strahlkraft an den eigenen disziplinären Grenzen endet – von einer Würdigung außerhalb des wissenschaftlichen Bereichs ganz zu schweigen.

Im Zusammenhang mit der 2. und 3. Frage, „Welche Gerechtigkeitskonzeptionen sind in sozialstaatlichen Institutionen implementiert? Welche Folgen hat die Verwirklichung bestimmter Gerechtigkeitskonzeptionen innerhalb sozialstaatlicher Institutionen für Individuum und Gesellschaft?“, spricht Liebig (2002, 2006) von Institutionenanalyse.⁵ Es geht dabei zunächst darum, zu beschreiben, welchen normativen Leitbildern sozialstaatliche Arrangements ihrer Verfasstheit nach folgen sollen bzw. tatsächlich folgen, beinhaltet darüber hinaus aber die empirische Analyse der Verteilungspraxis und die Verteilungsergebnisse, die sich aus sozialstaatlichen Institutionen ergeben sowie der intendierten wie unintendierten Folgen auf gesellschaftliche Makrophänomene.⁶ Bislang existieren die institutionen- und einstellungsanalytischen Zugangsweisen weitgehend unabhängig voneinander. Es ist eine Zielsetzung der Arbeit, einen Schritt auf dem Weg der praktischen Integration der beiden Zugangsweisen zu gehen.

Bezogen auf die Institutionen der Alterssicherung sehe ich demnach in dieser Arbeit vor, entlang der skizzierten sieben Fragestellungen, (1) verschiedene Gerechtigkeitskonzeptionen und ihre philosophische Begründung darzustellen, (2) sozialstaatliche Institutionen insbesondere im Hinblick auf die darin implementierten Gerechtigkeitskonzeptionen zu beschreiben, (3) zu untersuchen, was Individuen als gerechte sozialstaatliche Arrangements empfinden und warum sie dies tun, (4) welche Folgen sozialstaatlich implementierte Gerechtigkeitskonzeptionen und (5) individuelle Gerechtigkeitsvorstellungen haben, (6) welches Ausmaß an Ungerechtigkeit wahrgenommen wird und (7) wie sich die Wahrnehmung von als ungerecht empfundenen sozialstaatlichen Institutionen auf Verhalten und Gesellschaft auswirkt.

⁵ Liebig (2006) grenzt die Institutionenanalyse von der Einstellungsanalyse, der Verhaltensanalyse und der Diskursanalyse ab.

⁶ Zu Fragen wäre etwa, welche Konsequenzen sich aus bestimmten Verteilungsarrangements hinsichtlich externer Größen wie makroökonomischer Effizienz, Erwerbsbeteiligung oder Arbeitslosigkeit ergeben.

1.2 Drei zentrale Thesen

Die vorliegende Arbeit ist in drei Abschnitte gegliedert: einen gerechtigkeitsphilosophischen Teil, einen institutionenanalytischen Teil und einen einstellungsanalytischen Teil. (1) Zunächst wird die einschlägige gerechtigkeits-theoretische Literatur zum Thema Generationengerechtigkeit kritisch rezipiert und für die weiteren Analysen fruchtbar gemacht. (2) Zur Darstellung der Institutionen der Alterssicherung soll neben den juristisch kodifizierten Regelungen auch knapp deren historische Genese sowie deren Verteilungswirkungen herangezogen werden. Die Beschreibung des philosophischen Diskurses über Gerechtigkeit und der institutionellen Implementation von Gerechtigkeitsprinzipien fungieren als Hintergrundwissen für die weiterführenden empirischen Einstellungsanalysen (3). Die Arbeit untersucht Generationengerechtigkeit in der Alterssicherung also multiperspektivisch aus einem normativ-philosophischen, einem institutionenanalytischen und einem einstellungsanalytischen Blickwinkel.

In Abstimmung mit den drei Teilen stehen drei zentrale Thesen im Vordergrund:

- (1) Das Konzept der Generationengerechtigkeit ist wesentlich widersprüchlicher und komplexer, als die in der Politikberatung verbreiteten Generational-Equity-Konzepte nahelegen. Insbesondere gibt es nicht einen universellen Standard für Generationengerechtigkeit.
- (2) Das zentrale mit Generationengerechtigkeit verknüpfte Ungleichheitsproblem ist weniger die Ungleichheit zwischen Generationen hinsichtlich ihrer durchschnittlichen Güterausstattung, sondern die in der Generationenfolge zunehmende *intragenerationale* Ungleichheit in der Güterausstattung.
- (3) Die in der Bevölkerung vertretenen Vorstellungen von Generationengerechtigkeit orientieren sich stärker am institutionellen Status quo als an abstrakten Generationengerechtigkeitskonzepten, wobei Urteilsheuristiken und differentielle Normsozialisation eine wichtigere Rolle spielen als partikulare sozioökonomische altersspezifische Interessen.

1.3 Anmerkungen zum Forschungsstand

Die Arbeit soll über die Deskription hinaus etwas zur Erklärung des „Gerechtigkeitssinns“ in der Alterssicherung beitragen. Zum einen sollen empirische Implikationen und Annahmen

„rein“ normativer Gerechtigkeitstheorien aufgegriffen und hinsichtlich ihrer empirischen Belastbarkeit überprüft werden. Zum anderen geht es um die Weiterentwicklung der empirischen Gerechtigkeitstheorie, deren Ziel die Erklärung und Vorhersage individuellen Verhaltens und individueller Einstellungen ist. Als anschlussfähige Ansätze fungieren die *Theorie der relativen Deprivation* (Runciman 1993), die *Equity-Theorie* (Adams 1966; Homans 1972; Walster et al. 1973), die *Status-Value-Theorie* (Berger et al. 1972) die *Psychophysik der Gerechtigkeit* (Jasso und Wegener) und die *Gerechtigmotiv-Theorie* (Lerner 1975) sowie eine Reihe von Ansätzen, die vor allem Determinanten und Konsequenzen von Gerechtigkeitsideologien, „Belief-Systems“, Legitimationsmythen und Stereotypisierungen zum Gegenstand haben. In diesem Zusammenhang wäre auf das *Grid-Goup-Paradigma* (Wegener und Liebig 1993), sog. *Just-World-Beliefs* (Lerner 1980; Lerner und Simmons 1966), *Self-Evaluation-Theory* (Della Fave 1980), die *Split-Consciousness-Theorie* (Kluegel 1989) bzw. das Konzept *primärer* und *sekundärer Ideologien* (Wegener und Liebig 1995) oder die *System-Justification-Theory* (Jost et al. 2004; Jost und Major 2001) hinzuweisen.

Es wird eine Erweiterung der Theorie angestrebt, die auf Generationengerechtigkeit, intertemporale bzw. intergenerationale Verteilungsprobleme und den Bereich der Alterssicherung übertragbar ist und der Rolle sozialstaatlicher Institutionen bei der Genese von Gerechtigkeitseinstellungen Rechnung trägt.⁷ Eine zentrale These, die in vielen der aufgeführten Ansätze wiederkehrt und im Hinblick auf die Alterssicherung relevant ist, lautet, dass institutionelle Arrangements durch ihren langfristigen Charakter und die mit institutionellen Veränderungen verbundenen Transaktionskosten Erwartungshaltungen bei Individuen generieren, die ihre Gerechtigkeitseinstellungen entscheidend prägen. Gerade in Prozessen sozialen Wandels liegen diese langfristigen Erwartungen häufig quer zu kurzfristigen Veränderungen der sozialen Bedingungen, was zu verstärkten Ungerechtigkeitsempfindungen führen kann, insbesondere dann, wenn Reformen als Verlust gewohnter Standards wahrgenommen werden. In dieser Arbeit geht es daher nicht nur um die Frage, welche Institutionen als gerecht empfunden werden, sondern auch darum, welche Rolle unterschiedliche institutionelle Arrangements selbst bei der Genese von Gerechtigkeitseinstellungen spielen.⁸

⁷ Zum Teil kann auf Vorarbeiten zurückgegriffen werden, die im Rahmen des International Social Justice Project geleistet wurden (Mühleck & Wegener 2004).

⁸ Vor allem hinsichtlich des letzten Aspekts wären der internationale und der zeitliche Vergleich fruchtbar, da so variierende institutionelle Rahmenbedingungen vorliegen, die zur Erklärung von Gerechtigkeitseinstellungen herangezogen werden können. Deutschland ist in dieser Hinsicht ein günstiger Untersuchungsgegenstand, da

Im Bereich der Einstellungs- bzw. Akzeptanzforschung gibt es eine umfangreiche Auseinandersetzung mit dem Sozialstaat (Andreß et al. 2001; Gangl 1997; Heien 2002; Kim 2004; Kistler und Widmann 2003; Klein und Schilling 1994; Kohl 2003, 2007; Krömmelbein et al. 2007; Krüger 1999, 2001; Lewin-Epstein et al. 2003; Rehm 2005; Roller 1992, 1996, 1997, 1999a, b, 2000; Taylor-Gooby 1988, 2005; Wunder und Schwarze 2005). Hierzu sind zwei Punkte anzumerken, die auf weiteren Forschungsbedarf verweisen.

Der erste Punkt bezieht sich auf eine theoretische Lücke: Obwohl soziale Gerechtigkeit in vielen dieser Arbeiten als mehr oder weniger expliziter normativer Ausgangspunkt für empirische Analysen fungiert, fehlt es in der Regel an einem gerechtigkeits-theoretischen Fundament im Sinne einer empirischen Mikrotheorie, die darum bemüht ist, allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten aufzustellen. Sofern einzelne Arbeiten nicht gänzlich auf deskriptivem Niveau verbleiben, findet ein Rückgriff auf Theorien rationaler Wahl oder Sozialisationstheorien statt – mit häufig geringer Erklärungskraft. Zugleich wird die Relevanz von Gerechtigkeitsempfindungen in diesen Arbeiten jedoch mehrheitlich vertreten. Zu kritisieren ist daran, dass einschlägige empirische Mikrotheorien der Gerechtigkeit bislang wenig Eingang in die Forschungspraxis gefunden haben bzw. bei der Entwicklung von Messinstrumenten kaum berücksichtigt wurden.

Der zweite Punkt ist methodologischer Natur. Rezipiert man den Forschungsstand zur Sozialstaatsforschung (Ullrich 2000), so wird kritisiert, dass die bisherige Forschungspraxis im Bereich sozialstaatlicher Einstellungen unzureichend negative Konsequenzen abdecke, subjektive Wahrnehmungen zu wenig berücksichtige und auf die Komplexität sozialstaatlicher Zusammenhänge nicht ausreichend eingehe. Beispielsweise würden Zielkonflikte zwischen Staatsausgaben und Abgabenbelastung zu selten explizit in die Messinstrumente integriert. Es bestehe die Gefahr, dass es sich bei der in Regel empirisch vorgefundenen hohen Zustimmung und Akzeptanz der Sozialpolitik um methodische Artefakte handle. Auch hier bietet sich unter Rückgriff auf die ISJP-Erhebung 2006 die Möglichkeit einer operationalen Verbesserung der bisherigen Forschungspraxis.

man die lange Teilung (unterschiedliche Sozialstaatsregime bei ähnlicher Kultur) und Wiedervereinigung (Institutionentransfer) als ein „natürliches Experiment“ auffassen kann.

1.4 Daten und Methoden

In methodologischer Hinsicht wird der einstellungsanalytische Teil mit dem üblichen Instrumentarium der empirischen Gerechtigkeitsforschung angegangen. Dazu gehört der Rückgriff auf quantitative Individualdatensätze und multivariate Analysemethoden. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Daten des International Social Justice Projects (ISJP).⁹ Für Deutschland liegt eine Zeitreihe vor, die sich aus repräsentativen Querschnitten der Jahre 1991, 1996, 2000 und 2006 zusammensetzt und 2001 und 2002 durch ein Panel ergänzt wurde. Für weitere Länder sind zu unterschiedlichen Zeitpunkten Datensätze vorhanden, die mit teilweise äquivalenten Instrumenten erhoben wurden (u. a. USA, Niederlande, Japan, Tschechien, Ungarn). Für die skizzierten Fragestellungen ist jedoch die im Jahr 2006 in Deutschland durchgeführte ISJP-Umfrage mit einem Schwerpunkt auf Generationengerechtigkeit besonders relevant.¹⁰ Bestandteil war auch eine sog. Vignettenstudie zum Thema „Ist die Rente gerecht?“, die eine methodisch elaborierte Möglichkeit darstellt, die skizzierten Fragestellungen zu bearbeiten.¹¹ Das Vignetten- oder Factorial-Survey-Design erlaubt die Variation situativer bzw. institutioneller Rahmenbedingungen in experimenteller Weise innerhalb einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage (u. a. Auspurg et al. 2009b, 2011; Castillo 2010; Jasso 1978; Jasso und Opp 1997; Jasso und Rossi 1977; Liebig 2005; Liebig und Mau 2002; Rossi 1979; Rossi und Anderson 1982). Multivariate Mehrebenenmodelle stellen für die Auswertung die methodisch fortschrittlichsten Verfahren dar (Hox et al. 1991, Jasso 2006).

Die institutionellen Verteilungswirkungen können ebenfalls empirisch untersucht werden, wobei hier in weit stärkerem Maß auf bereits vorhandene Untersuchungen zurückgegriffen werden kann und diese nur durch wenige eigene Analysen angereichert werden.¹² Ergänzt wird der v. a. auf Einstellungsabfragen basierende ISJP-Datensatz aber durch die amtliche Statistik und das Scientific-Use-File zum Rentenbestand 2005.

⁹ Als weitere quantitative Datenbestände bieten sich zudem eine Reihe national und international angelegter Datensätze (SOEP, ISSP, Eurobarometer) an, die jedoch hier nicht zum Einsatz kommen.

¹⁰ Replikationen der ISJP-Erhebung 2006 fanden in Chile, Israel, Tschechien und Ungarn (2008) statt.

¹¹ Dieses innovative Untersuchungsdesign ist ebenfalls in Ungarn zum Einsatz gekommen. An dieser Stelle wird jedoch aus Platzgründen auf eine Analyse der ungarischen Daten verzichtet.

¹² Hier wäre neben der sozialstrukturellen Deskription auf der Mikroebene (Verteilungswirkungen sozialstaatlicher Institutionen) auch der internationale Vergleich auf der Makroebene interessant. Dies würde jedoch den Rahmen der Arbeit sprengen. Hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen institutionellen Rahmenbedingungen und makrostrukturellen Veränderungen kann auf vorliegende empirische Untersuchungen aus dem Bereich der politischen Ökonomie in international und zeitlich vergleichender Perspektive verwiesen werden (z. B. Goodin et al. 1999; Kittel et al. 2000; Obinger et al. 2003; Roller und Bendix 2005; Schmidt 2005; Schmidt et al. 2007; Wagschal 2003).

Der erste Teil der Arbeit beginnt nun mit einer grundlegenden Diskussion unterschiedlicher Gerechtigkeitskonzepte unter besonderer Berücksichtigung der intergenerationalen Dimension. Dies ist wichtig, um klar zu stellen, dass Generationengerechtigkeit ein umstrittenes Konzept ist. Es gibt gute Gründe, einander widersprechende Ansichten zu Generationengerechtigkeit zu vertreten. Deshalb ist es auch nicht möglich, das Problem der intergenerationalen Gerechtigkeit durch eine einfache Definition mit anschließender finanzmathematischer Optimierung lösen zu wollen, wie das manche Ökonomen suggerieren. Daran schließt sich im zweiten, institutionenanalytischen Teil eine überwiegend deskriptive Darstellung der institutionellen Rahmenbedingungen der Alterssicherung an. Behandelt werden in diesem Abschnitt auch die Verteilungswirkungen der gesetzlichen Rentenversicherung sowie mögliche Folgen spezifischer Elemente von Alterssicherungssystemen im Hinblick auf die im vorherigen Abschnitt dargestellten normativen Gerechtigkeitskonzepte. Da es auf der Basis rein theoretischer Überlegungen aber keine einfache Operationalisierung von Generationengerechtigkeit gibt, ist es umso wichtiger zu eruieren, wo in der Bevölkerung konsensuelle Vorstellungen und wo divergierende Vorstellungen zu Gerechtigkeit in der Alterssicherung vorliegen. Der dritte, einstellungsanalytische Teil beginnt daher mit der Darstellung einschlägiger allgemeiner sozialwissenschaftlicher Hintergrundtheorien aus der wohlfahrtsstaatlichen Akzeptanzforschung und spezifischer empirischer Gerechtigkeitstheorien, die sich in der Vergangenheit bewährt haben und aus denen konkrete Hypothesen abgeleitet werden. Die Ergebnisse des institutionenanalytischen Teils dienen dabei auch dazu, Brückenhypothesen über eventuell vorliegende partikuläre ökonomische Interessenlagen abzuleiten. Anschließend werden diese Hypothesen empirisch getestet und diskutiert. Falls sich empirisch so etwas wie einen „common ground“ in den Einstellungen der Bevölkerung nachweisen lässt, wäre dies ein Anknüpfungspunkt für eine Weiterentwicklung einer Theorie intergenerationaler Gerechtigkeit, der allerdings möglicherweise anders aussieht, als es unter Politikern und Politikberatern weit verbreitete theoretische Konzepte annehmen.

Theoretischer Teil

2 Der normative Diskurs über Gerechtigkeit

2.1 Gerechtigkeitsforschung empirisch und theoretisch

Bevor man wissenschaftlich über Gerechtigkeit sprechen kann, muss man sich über einige Begriffe verständigen und einige Systematisierungen und Einschränkungen vornehmen. Und auch wenn diese Arbeit im Bereich der deskriptiv-empirischen Gerechtigkeitsforschung zu verorten ist, bietet die normative politische Theorie hierfür eine Reihe von Ansatzpunkten, die zunächst aufgegriffen werden sollen.¹³ Natürlich mag ein radikaler Empirist einwenden, die normative Gerechtigkeitsphilosophie sei rein spekulativ und daher letztlich beliebig und höchstens intuitiv nachvollziehbar; genauso wie es auf der Seite der Theoretiker den Standpunkt gibt, die empirische Forschung könne, mit Verweis auf die Problematik des naturalistischen Fehlschlusses (Moore 1903), wonach Schlüsse von Seins- auf Sollens-Aussagen unzulässig sind, nichts zur Beantwortung normativer Fragestellungen beitragen.¹⁴ Ungeachtet dieser beiden Radikalpositionen, erscheint ein Austausch beider Herangehensweisen aber aus mehreren Gründen unerlässlich (vgl. hierzu Wegener 2001).

Definition der Begriffe

(1) Zunächst ist eine Verständigung über die analytischen Kategorien beider Modalitäten (normativ und empirisch) der Gerechtigkeitsforschung unerlässlich, um die Anschlussfähigkeit an normativ-philosophische, genauso wie alltagsweltliche und politische Diskurse sicherzustellen. Rein operationale Definitionen sozialer Phänomene sind inhaltlich leer. Aber auch die in Politik und Philosophie verwendeten Begriffe sollten hinsichtlich ihres Bedeutungsgehalts im Alltagsverständnis überprüft werden. Ist zum Beispiel das, was ein Ökonom als „ge-

¹³ Elster (1995: 81) unterscheidet bei der Untersuchung von Gerechtigkeit zwischen deskriptiven, explanatorischen und normativen Ansätzen. Wobei explanatorische Studien die deskriptiv vorgefundenen Gerechtigkeitsvorstellungen mit Hilfe unabhängiger Variablen zu erklären versuchen. In der empirischen Gerechtigkeitsforschung gehen diese beiden Ansätze immer Hand in Hand und werden im Folgenden als empirisch-deskriptiv bezeichnet. In der normativen Theorie finden sich zwar immer wieder auch deskriptive Elemente (z. B. bei Walzer 1982), in der Regel haben sie aber keinen explanatorischen Anspruch. In diesem Sinn „erklären“ sie Gerechtigkeitsvorstellungen nicht, sondern versuchen sie logisch oder intuitiv zu begründen.

¹⁴ Auch bekannt als Sein-Sollens-Fehlschluss oder Humes Gesetz.

nerationengerecht“ bezeichnet das Gleiche wie das, was in der der Bevölkerung oder wohldefinierten Subgruppen, wie Politikern, unter Generationengerechtigkeit verstanden wird? Die Empirie erfüllt insofern eine wichtige Brückenfunktion zwischen den alltäglichen und theoretischen Verwendungsweisen des Gerechtigkeitsbegriffs.¹⁵ Umgekehrt gibt die normative Theorie wichtige Hinweise für die Konzeptspezifikation und bei der Frage, „*Was soll eigentlich untersucht werden?*“

Explikation des Gerechtigkeitsbegriffs

(2) Es ist es eine Tatsache, dass der öffentliche Diskurs vornehmlich normativ geprägt ist und empirische Gerechtigkeitsforschung allenfalls als Demoskopie in den taktischen Überlegungen der Parteimanager eine Rolle spielt. Der Bezug zu Gerechtigkeit wirkt im politischen Diskurs dabei nicht selten beliebig und erweckt den Anschein eines rhetorischen Stilmittels, das stillschweigenden Konsens voraussetzt (Luhmann 1991: 197). Die empirische Explikation¹⁶ des Gerechtigkeitsbegriffs kann diesbezüglich einen Beitrag zu einer rationaleren Auseinandersetzung liefern, indem z. B. festgestellt wird, was die Bevölkerung eigentlich unter politisch oft unscharf gebrauchten Begriffen wie „soziale Gerechtigkeit“ oder „Generationengerechtigkeit“ versteht. Darüber hinaus kann aber auch die Kontextualität des Gerechtigkeitsbegriffs erörtert werden, bzw. untersucht werden, wie das Gerechtigkeitsempfinden und die Gerechtigkeitseinstellungen in bestimmten Kontexten und in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen variieren sowie welche Ausprägungen bestimmter Gerechtigkeitsempfindungen vorliegen und inwiefern diese handlungsmotivierend wirken.

Nomologische Rekonstruktion der Verwendungsweisen des Gerechtigkeitsbegriffs

(3) Auf diese Weise kann gezeigt werden, dass die alltäglichen Verwendungsweisen des Gerechtigkeitsbegriffs nicht beliebig sind, sondern bestimmten Gesetzmäßigkeiten folgen, die empirisch rekonstruiert werden können. Diese Gesetzmäßigkeiten stellen gleichsam das kau-

¹⁵ Wenngleich hier auffällig ist, dass die Konzepte der politischen Philosophie, vom Alltagsverständnis vieler Menschen weit entfernt sind; es sich hierbei also in erster Linie um einen Elitendiskurs handelt und die Verwendung der Konzepte der politischen Philosophie, selbst durch Politiker, nur vage mit den wissenschaftlichen Verwendungsweisen übereinstimmen. Die empirische Gerechtigkeitsforschung, als Umfrageforschung ist dagegen näher an der Lebenswelt vieler Menschen, da sie darauf achten muss, dass ihre Fragen und konstruierten Verteilungsprobleme im Feld überhaupt verstanden werden und operationalisierbar sind. Dies provoziert mitunter den Vorwurf der inhaltlichen Unterkomplexität bei zugleich methodischer Überkomplexität, weswegen sie im außerwissenschaftlichen Bereich zuweilen mit Skepsis wahrgenommen wird („*Gerechtigkeit kann man nicht messen.*“).

¹⁶ Nach Carnap (1959) müssen Explikate folgende Adäquatheitsbedingungen erfüllen: Ähnlichkeit, Exaktheit, wissenschaftliche Fruchtbarkeit und Einfachheit.

sale Feld dar, auf dem Philosophen argumentieren müssen. Rational-logische Versuche der Herleitung von Gerechtigkeitskonzeptionen beruhen immer auf grundlegenden Axiomen bzw. aprioristischen Setzungen, wie zum Beispiel der konkreten Ausgestaltung der „Original Position“ bei Rawls (1971) oder dem Konzept der „Ursprünglichen Aneignung“ bei Nozick (1974) und bestimmten anthropologischen Annahmen (z. B. wechselseitige Gleichgültigkeit, Risikoaversion, rationaler Egoismus usw.). Diese Setzungen sind im Grunde willkürlich festgelegt und nicht objektiv begründbar, sondern allenfalls intuitiv nachvollziehbar. Die empirische Gerechtigkeitsforschung hat hierbei die Aufgabe, zu überprüfen, ob es universell gültige Gerechtigkeitsintuitionen und damit womöglich auch objektivierbare Gerechtigkeitskonzeptionen gibt und wenn nicht, unter welchen Bedingungen Gerechtigkeitsintuitionen variieren.

Intuition als Bestandteil normativer Gerechtigkeitsphilosophie

(4) Die empirische Gerechtigkeitsforschung kann damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung normativer Theorien liefern, indem sie die in diesen Theorien ungeprüft vorausgesetzten Grundannahmen über menschliches Verhalten und individuelle Präferenzen in Frage stellt oder bestätigt, also Möglichkeitsbedingungen normativer Ansätze erörtert. Über die strukturierte Beobachtung moralischer Intuitionen käme man schließlich zu besseren formalen Modellen, wie Schokkaert und Overlaet (1989: 21) feststellen. Horn und Scarano (2002: 235) argumentieren in ähnlicher Weise, das Wissen über die empirischen Randbedingungen unserer Moralvorstellungen würde zu einem gesteigerten Problembewusstsein hinsichtlich der Anforderungen an eine intersubjektive und transkulturelle Begründung von Moral führen.

Empirische Gerechtigkeitsforschung als Feedbackmechanismus

(5) Eine naheliegende Frage in diesem Zusammenhang ist, ob die Allgemeinheit anders denkt als Philosophen, Politiker oder technokratische Experten und wenn ja, warum?¹⁷ Diese Frage mit der mangelnden Kompetenz der Allgemeinheit in philosophischen, politischen oder ökonomischen Dingen als irrelevant abzutun, wäre unter demokratietheoretischen Gesichtspunk-

¹⁷ In zahlreichen Studien konnte gezeigt werden, dass die Präferenz bestimmter Gerechtigkeitsvorstellungen vom eigenen sozialen Status abhängt (Verwiebe und Wegener 1999; Wegener 1987, 1999) – ein Faktum das genauso für „objektive“ Experten gelten dürfte und zur kritischen Hinterfragung deren eigener Gerechtigkeitsstandpunkte führen sollte.

ten fragwürdig (Walzer 1992 (1983)).¹⁸ Es könnte sein, dass die von Philosophen oder Politikern aufgeworfenen Gerechtigkeitsprobleme im Alltag der Menschen als irrelevant betrachtet werden oder ihre normativen Gerechtigkeitskonzeptionen als ungültig zurückgewiesen werden. In Demokratien kommt es aber entscheidend darauf an, was die Leute denken (Rorty 1991; Swift 1999; Swift et al. 1995a) – Responsivität gegenüber gesellschaftlichen Bedürfnissen ist ein Legitimitätskriterium moderner Demokratien und entscheidend für deren langfristige politische Unterstützung. Die empirische Gerechtigkeitsforschung kann dabei mit Hilfe ihrer Methoden als „Feedbackmechanismus“ fungieren und die Akzeptabilität normativer Vorstellungen in den politischen Prozess zurückmelden.

Kohärenz von Gerechtigkeitstheorie und Gerechtigkeitsintuitionen

(6) Am Ende sollte klar bleiben, dass moralische Intuitionen bzw. Gerechtigkeitseinstellungen nicht automatisch präskriptiv ausgelegt werden dürfen (Sein-Sollens-Fehlschluss), sondern sie müssen, zumal sie häufig logisch inkonsistent sind, durch einen entsprechend elaborierten demokratie- und gerechtigkeitstheoretischen Rahmen integriert und hinsichtlich ihrer Kohärenz überprüft werden. Umgekehrt ist für die Validität theoretischer Gerechtigkeitskonzeptionen nicht nur ihre interne logische Widerspruchsfreiheit entscheidend, sondern immer auch ihre empirische Nachvollziehbarkeit. In diesen Sinn sollte es einen Dialog zwischen Gerechtigkeitstheorie und empirischer Gerechtigkeitsforschung geben (vgl. Schokkaert und Overlaet 1989: 22).

Rawls' (1971) Forderung nach einem „Überlegungsgleichgewicht“ („reflective equilibrium“) lässt sich als ein solches Kohärenzkriterium interpretieren und verweist auf die Möglichkeit einer gegenseitigen Befruchtung von normativer Theorie und der empirischen Untersuchung moralischer Intuitionen: Obwohl Rawls einen reinen moralischen Intuitionismus ablehnt, beansprucht er mit seiner Theorie der Gerechtigkeit die alltäglichen Überzeugungen über Gerechtigkeit besser rekonstruieren zu können als mit anderen bekannten ethischen Theorien (Horn und Scarano 2002: 340). Kohärenz heißt in diesem Zusammenhang, unsere spezifischen (intuitiven) Gerechtigkeitsurteile, die sich aus unserem „Sinn für Gerechtigkeit“ ergeben, müssen mit den allgemeinen Gerechtigkeitsgrundsätzen logisch vereinbar sein und gegen

¹⁸ Vergleiche hierzu auch Habermas' Konzept der deliberativen Demokratie, wonach sich die Philosophie nicht die Rolle der Experten anmaßen sollte. Die Bürger müssten in einem demokratischen Prozess selbst über Gerechtigkeit entscheiden.

konkurrierende Grundsätze abgewogen werden (vgl. Daniels 2008).¹⁹ In diesem Sinn müssen sich die Gerechtigkeitsgrundsätze im Rahmen eines „Überlegungsgleichgewichts“ bewähren und als allgemein zustimmungsfähig erweisen. Rawls’ Theorie beansprucht also durchaus empirische Validität.

Das Konzept des „Überlegungsgleichgewichts“ hat Rawls in seinen späteren Arbeiten noch ausgebaut (Hinsch 1992; Rawls 1992, 1996). Angesichts des „Faktums des Pluralismus“, durch das moderne Demokratien gekennzeichnet seien, müsse sich eine Theorie der Gerechtigkeit aus allgemein anerkennungsfähigen grundsätzlichen Prinzipien aufbauen lassen; aus Prinzipien also, die jeder aus unterschiedlichen Gründen – den individuell verschiedenen Konzeptionen des Guten – befürworten kann. Von diesem „übergreifenden Konsens“ vermutet Rawls, dass er bereits implizit in der politischen Kultur moderner Demokratien vorliegt und auf bestimmten intuitiven Gedanken basiert (Rawls 1992: 365). Der übergreifende Konsens fungiert dabei als eine Quelle der Stabilität moderner Demokratien, die einem bloßen Machtgleichgewicht antagonistischer Weltsichten überlegen sei (Wenar 2008).

Im Folgenden werden zunächst die drei in den vergangenen Jahrzehnten den philosophischen Gerechtigkeitsdiskurs prägenden normativen Grundpositionen Libertarismus, Liberalismus und Kommunitarismus vorgestellt und hinsichtlich ihrer Anknüpfungspunkte für die empirische Forschung bewertet. Im Anschluss daran soll genauer auf das spezielle normative Konzept der „intergenerationellen Gerechtigkeit“ eingegangen werden, das in dieser Arbeit im Vordergrund steht. Der nächste Abschnitt beginnt mit einer groben Eingrenzung des hier untersuchten Gerechtigkeitskonzepts.

2.2 Theoretische Grundpositionen

In einer klassischen Unterscheidung von Aristoteles wird zwischen der *Justitia Distributiva* (Verteilungsgerechtigkeit) und der *Justitia Commutativa* (Tausch- oder vergeltende Gerechtigkeit) differenziert (Horn und Scarano 2002; Kersting 2000a: 17). Als eine dritte zentrale

¹⁹ Dadurch wird ein Bezug der Grundsätze zu moralischen Intuitionen hergestellt, ohne diese als selbstevidente Letztbegründung der Grundsätze zu verwenden. Der Begründungszusammenhang der Grundsätze wird so an moralische Intuitionen gekoppelt, aber er basiert nicht auf ihnen. Der Bezug auf moralische Intuitionen erfüllt dabei eine wichtige motivationale Funktion für die Befolgung der Grundsätze, indem diese an unseren (möglichweise angeborenen) „Sinn für Gerechtigkeit“ geknüpft werden. Zugleich wird aber durch das Überlegungsgleichgewicht das kognitive Kriterium der logischen Widerspruchsfreiheit erfüllt.

Form kann die Justitia Legalis im Sinne der prozeduralen oder Verfahrensgerechtigkeit angesehen werden.

Die vorliegende Arbeit befasst sich vorwiegend mit Fragen der Verteilungsgerechtigkeit in einem staatlichen Distributionsprozess, obwohl auf personaler Ebene (Wer bekommt wie viel und warum?) Aspekte der Tauschgerechtigkeit als auch auf institutioneller Ebene (Nach welchen Kriterien sollen Institutionen Güter und Lasten verteilen?) Aspekte der prozeduralen Gerechtigkeit berührt werden. Bei der prozeduralen Gerechtigkeit im engeren Sinn geht es aber darum, *wie* darüber entschieden wird, wer wie viel bekommt. Der politische Entscheidungsfindungsprozess soll in dieser Arbeit jedoch nicht näher beleuchtet werden. Die Übergänge zwischen Verteilungs- und Tauschgerechtigkeit sind aber fließend, da die Institution der staatlichen Alterssicherung auch als organisierter Tauschprozess zwischen unterschiedlichen Generationen verstanden werden kann, der jedoch nicht individuell, sondern auf politischer Ebene ausgehandelt wird. Manche Gerechtigkeitstheoretiker, so z. B. Höffe (1989, 2002 (1996)), versuchen die Unwägbarkeiten der Verteilungsgerechtigkeit durch eine Rekonzeptualisierung des Gegenstands als Tauschgerechtigkeit zu umgehen. In der engeren Bedeutung ist mit Tauschgerechtigkeit jedoch der Tausch zwischen Individuen adressiert,²⁰ was bei der Betrachtung von Generationenkollektiven, die zu unterschiedlichen Zeiten leben, gewisse Schwierigkeiten bereitet. Unberücksichtigt in dieser Arbeit bleiben in jedem Fall die Formen der Tauschgerechtigkeit, die sich mit der Vergeltung begangenen bzw. historischen Unrechts befassen.

Im Folgenden bezieht sich der Gerechtigkeitsbegriff also vornehmlich auf die Verteilung von materiellen Gütern und Ressourcen durch staatliche Institutionen, wofür im Allgemeinen der Begriff der sozialen Gerechtigkeit verwendet wird. Mit dieser Einschränkung wird zugleich eine bewusste Abgrenzung zu Fragen der prozeduralen oder der politischen Gerechtigkeit vorgenommen, da weder die Prozesse der Entscheidungsfindung, noch die Vereinbarkeit bestimmter alterssicherungsrelevanter Regelungen mit kodifiziertem Recht, noch die angemessene Verteilung von Rechten, Pflichten und Ämtern primärer Gegenstand der Untersuchung sein sollen.

Das Gerechtigkeitskonzept ist außerdem gegenüber dem Begriff der Solidarität abzugrenzen. Gerechtigkeit bezieht sich tendenziell auf die Herleitung oder Modifikation verbindlicher Ansprüche und Verpflichtungen des Individuums gegenüber einer Verteilungsinstanz, wäh-

²⁰ Diese gerechtigkeitstheoretische Perspektive, die zum Beispiel bei individueller Altenpflege von Bedeutung sein dürfte, wird hier nur am Rande behandelt.

rend Solidarität sich auf einen Akt freiwilliger Unterstützung zwischen Individuen oder Gruppen mit geringerem Anspruchs- und ohne rechtlichen Verbindlichkeitscharakter bezieht. Man kann sich zum Beispiel solidarisch mit einem Arbeitskollegen zeigen, der weniger verdient, aber dieser kann Gerechtigkeit letztlich nur vom Arbeitgeber einfordern. Ähnlich können sich die Alten gegenüber den Jungen solidarisch zeigen, wenn sie ihnen Geld oder andere Geschenke überlassen. Dabei handelt es sich aber um freiwillige Akte der Redistribution. Insofern ist Solidarität eine Eigenschaft von Individuen oder Gruppen, während Gerechtigkeit eine Eigenschaft sozialer Institutionen darstellt (Kelsen 2000 (1953)). Die Frage der Gerechtigkeit zwischen Generationen ist daher in erster Linie auf der staatlichen Ebene unter Berücksichtigung rechtsverbindlicher Regelungen der Umverteilung zu beurteilen.

Was soziale Gerechtigkeit substantiell auszeichnet, ist freilich Gegenstand philosophischer Kontroversen und politischer Auseinandersetzungen. Zu den Grundvoraussetzungen um überhaupt von sozialer Gerechtigkeit sprechen zu können gehört, dass es (1) knappe Güter oder Lasten bzw. Rechte und Pflichten gibt, deren Verteilung zwischen Individuen oder sozialen Gruppen konfliktträchtig ist und, dass es (2) eine Verteilungsinstanz gibt, die es ermöglicht, die Verteilung der Güter und Lasten aufgrund individueller oder kollektiver Entscheidungen vorzunehmen. Weiter scheint unterschiedlichen Gerechtigkeitskonzeptionen eine gemeinsame „Grammatik“ zugrunde zu liegen, die unabhängig von der inhaltlichen Ausgestaltung im Einzelnen eine unparteiische und allgemein akzeptable sowie rechtsverbindliche Lösung von Verteilungskonflikten vorsieht (Liebig und Scheller 2007: 302f).

Darüber hinaus lassen sich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – in der politischen Theorie der Gegenwart drei Grundpositionen ausmachen, die im Folgenden kurz skizziert werden sollen: der (Sozial-)Liberalismus – am prominentesten vertreten durch John Rawls, der Libertarismus, der insbesondere durch Robert Nozick, aber auch durch Ökonomen wie Friedrich v. Hayek und Milton Friedman vertreten wurde und die Position des Kommunitarismus, wie sie etwa bei Michael Walzer (1992 (1983)) zu finden ist.

2.2.1 Die Position des Libertarismus

Im Libertarismus oder radikalen Liberalismus gibt es sowohl eine deontologische (z. B. Robert Nozick, Ayn Rand) als auch eine teleologische (z. B. Milton Friedman, Friedrich Hayek)

Argumentationslinie. Beiden gemeinsam ist die Forderung, dass sozialstaatliche Eingriffe in den Markt zu minimieren sind.

Die deontologische Argumentationslinie, hier beispielhaft an der Anspruchstheorie Robert Nozicks (1974) veranschaulicht, sieht das Recht auf Leben, Freiheit und Eigentum als unveräußerliche „Entitlements“ des Individuums an.²¹ Ein legitimer Anspruch auf materielle Güter ergibt sich für Individuen demnach immer und ausschließlich, wenn diese durch eine „ursprüngliche Aneignung“ oder auf rechtmäßige Weise durch Kauf, Tausch oder Schenkung erworben wurden. Staatliches Handeln hat lediglich die Aufgabe diese Rechte und Transaktionen zu schützen. Alles was über den dafür notwendigen „Minimalstaat“ hinausgeht, etwa in Form sozialstaatlicher Umverteilungspolitik, käme dagegen einer Einschränkung der Freiheit des Einzelnen gleich, solche Transaktionen durchzuführen und damit staatlichem Zwang (Horn und Scarano 2002: 343). Diese Denkrichtung des Libertarismus argumentiert deontologisch und lässt insofern, abgesehen von der Frage, ob die proklamierten unveräußerlichen Rechte, wie das Recht auf Eigentum und die daraus resultierenden Ansprüche, intuitiv nachvollziehbar sind, wenig Spielraum für empirische Ansätze der Gerechtigkeitsforschung.²²

Anders ist das in der teleologisch argumentierenden Linie des Libertarismus. Sie sieht eine möglichst liberale Wirtschaftsordnung als effizienteste Möglichkeit gesellschaftlichen Wohlstand zu gewährleisten, wobei in der Regel auf utilitaristische Konzepte der Maximierung des Gesamt- oder Durchschnittsnutzens und der Pareto-Effizienz als Zielgrößen zurückgegriffen wird. Verteilungsgerechtigkeit wird dabei entweder als normative, nicht operationalisierbare „Illusion“ (Hayek 1976) abgetan und über die Verknüpfung „höhere Effizienz/Produktivität/Wirtschaftswachstum = größere Bedürfnisbefriedigung = mehr Wohlergehen“ (Schefczyk und Priddat 2000: 437) durch ein utilitaristisches Telos²³ ersetzt; oder aber mit (Ergebnis-)Gleichheit gleichgesetzt und damit als unvereinbar zu Effizienzkriterien betrachtet (Okun 1975). So schreibt auch John Stuart Mill, als Klassiker des Utilitarismus: „Je-

²¹ Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nimmt in Artikel 14 GG eine zu diesem Standpunkt konträre Position ein, indem es den Verpflichtungscharakter des Eigentums hervorhebt, dessen Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll.

²² Einen sehr konservativen Anstrich bekommt Nozicks Anspruchstheorie durch das Konzept der „ursprünglichen Aneignung“. Was sich dahinter verbirgt, wird nämlich nicht erklärt: Nozick schweigt über die „komplizierte Wahrheit in diesen Dingen“ (Nozick 2002 (1974): 388). Man kann nur vermuten, dass Nozick eine Definition gewisse Probleme bereitet hätte, weil es so etwas wie eine „ursprüngliche Aneignung“, in modernen arbeitsteiligen Gesellschaften nicht gibt. Was bleibt, ist letztlich das Faktum ungleicher Güterverteilungen, die einfach so hinzunehmen sind, egal welche Konsequenzen diese haben, solange sie nur durch Kauf, Tausch oder Schenkung zustande gekommen sind.

²³ Im Utilitarismus spielt die Frage der Verteilung keine Rolle: „Die richtige Verteilung ist die, die zur höchsten Befriedigung führt.“ (Rawls 1975: 44)

der behauptet, daß die Gerechtigkeit Gleichheit erfordert außer in den Fällen, in denen er glaubt, daß die Nützlichkeit Ungleichheit verlangt“ (zitiert nach Horn und Scarano 2002: 238).

Es ergeben sich daraus durchaus empirische Anschlussmöglichkeiten. Erklärt man sich mit der Gleichsetzung von Gerechtigkeit und Wohlstand einverstanden, müsste immerhin untersucht werden, welche Zweck-Mittel-Beziehungen tatsächlich geeignet sind „Wohlstand für Alle“ zu gewährleisten. Anhand mathematisch-theoretischer Modelle allein wird dies schwierig zu beantworten sein. Gleichwohl ist man im intergenerationalen Kontext, wenn es um die Frage geht, wie die diskontierte Summe des Wohlstands über alle Generationen zu maximieren ist, hochgradig von theoretischen Modellen und den darin getroffenen Annahmen abhängig. Aber es ist mehr als fraglich, ob diese In-Eins-Setzung von Gerechtigkeit und Wohlstand überhaupt zulässig und Gerechtigkeit nicht eines von mehreren sozialen Basisphänomenen ist, wie Glück, Status, Wohlstand und Gemeinschaft, die gleichberechtigt nebeneinander stehen, und deren Interdependenzen weitaus komplexer sind, als zum Beispiel der oftmals konstruierte Widerspruch zwischen Gerechtigkeit/Gleichheit auf der einen Seite und Effizienz auf der anderen Seite suggeriert.²⁴ Bewährte Theorien, wie die Effizienzlohntheorie, legen nahe, dass eine faire Bezahlung eine Grundvoraussetzung für die Motivation und damit langfristig für wirtschaftliche Effizienz darstellt. Z. B. weisen Mitarbeiter, die sich ungerecht bezahlt fühlen, mehr Fehltag auf und identifizieren sich weniger mit den Organisationszielen (Liebig 1997; Liebig und Schupp 2008).

Was im betriebswirtschaftlichen Kontext gilt, ist auf politischer Ebene noch weniger vernachlässigbar. Gegen die Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung ist in Demokratien langfristig keine Politik zu machen, auch wenn sie möglicherweise unter ökonomischen Effizienzkriterien vorzuziehen wäre. Selbst konservative Ökonomen sehen in der gesellschaftlichen Akzeptanz des Umlageverfahrens ein politisches Risiko, das sie zu den Kapitalmarktrisiken privater Vorsorge in Relation setzen (Birg und Börsch-Supan 1999: 194).

Aber die Erfüllung des Gerechtigkeitsprimats ist dabei nicht nur für „weiche“ soziologische Faktoren wie die langfristige Unterstützung staatlicher Institutionen, die Reduktion sozialer Konfliktpotentiale und den gesellschaftlichen Zusammenhalt von zentraler Bedeutung. So

²⁴ Gerade das Effizienzkriterium setzt dabei sehr hohe empirische Maßstäbe an die Präferenzen der Individuen, da ein Zustand A nur dann als effizienter als Zustand B gilt, wenn mindestens eine Person Zustand A höher bewertet als Zustand B und alle anderen Personen Zustand A zumindest nicht schlechter als Zustand B bewerten (Lukes 1996).

wird der nach der monetaristischen Wende unter libertären Ökonomen herrschende Konsens, dass große Einkommensunterschiede effizienzsteigernd wirken und mit Verweis auf den „Trickle-Down-Effekt“ (David Stockman) auch der breiten Masse zugutekämen, von einer wachsenden Zahl moderner Ökonomen abgelehnt.²⁵ Während das den makroökonomischen Diskurs lange Zeit dominierende monetaristische Paradigma Verteilungsfragen als bestenfalls irrelevant betrachtete, rücken nun, angesichts der Krise des vorwiegend modelltheoretisch argumentierenden Monetarismus, wieder die empirische Untersuchung der sozialen Kosten von Ungleichheit (Marmot 2004; Wilkinson und Pickett 2010), der komplexen Wechselbeziehungen zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum (Andrews et al. 2009; Kumhof und Rancière 2010) sowie der moralischen Qualität von Güterverteilungen (Falk 2003; Fehr und Simon 2000; Gintis et al. 2005) in den Vordergrund: Unter welchen Bedingungen stehen die Ziele der Gerechtigkeit und der Effizienz im Einklang und wann ist dies nicht der Fall, bzw. welche Wechselwirkungen bestehen und welche Bedingungen (z. B. Teilhabe an Entscheidungsprozessen) und Formen politischer Kommunikation (vgl. Förg et al. 2007) gewährleisten ihre Vereinbarkeit?

Im Hinblick auf die hier interessierende Frage der Generationengerechtigkeit folgen aus dem Libertarismus mehrere Positionen. Mit Hayek gesprochen wären Gerechtigkeitsüberlegungen in der Alterssicherung schlichtweg irrelevant. Es würde sich dann lediglich um ein auf Alterseinkünfte bezogenes Optimierungsproblem handeln. Folgt man Nozick würden Gerechtigkeitsprobleme in erster Linie durch staatliche Eingriffe entstehen und insofern kein Verteilungsproblem darstellen, sondern höchstens ein Stabilitätsproblem, das mit der staatlichen Gewährleistung von Rechtssicherheit, Wirtschaftswachstum, Preisniveaustabilität und der Vermeidung kriegszerstörerischer Zerstörung gelöst sei. Sozialstaatliches Handeln dient bestenfalls dazu sich sozialen Frieden zu erkaufen, wofür aber eine Minimalsicherung ausreichend wäre. Verpflichtungen des Einzelnen gegenüber dem Staat, die sich aus Vorleistungen früherer Generationen ergeben, erkennt Nozick nicht an:

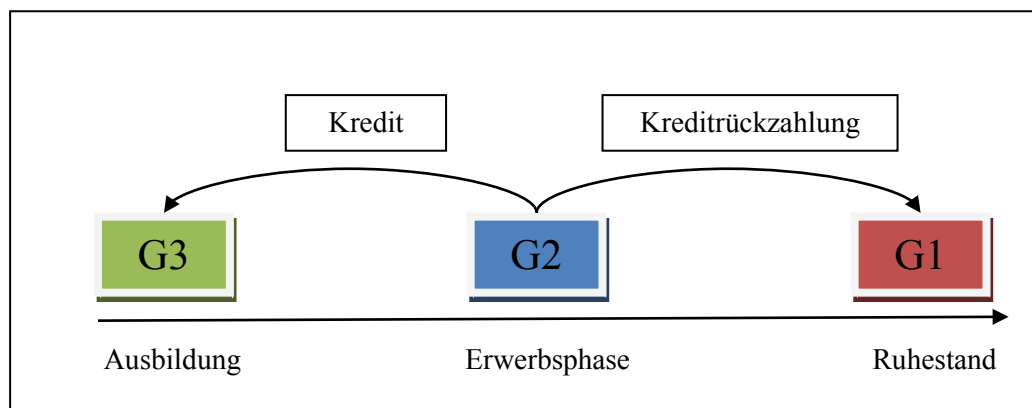
„So the fact that we partially are ‘social products’ in that we benefit from current patterns and forms created by the multitudinous actions of a long string of long-forgotten people [...] does

²⁵ Zu nennen wären z. B. Emmanuel Saez, Paul Krugman, Hans Peter Grüner, Adair Turner, Raghuram Rajan, James K. Galbraith, Norman Gemmel. So sagt Paul Krugman zum Trickle-down-Effekt im Manager-Magazin vom 26. Mai 2008: „Wir warten auf diesen Trickle-down-Effekt nun seit 30 Jahren – vergeblich“. Andrews et al. (2009) finden einen nur sehr kleinen ungleichheitsinduzierten Wachstumseffekt, der erst nach 13 Jahren die Verluste im mittleren Einkommen der unteren neun Einkommensdezile ausgleichen würde.

not create in us a general floating debt which the current society can collect and use at its will” (Nozick 1974: 95; zitiert nach Gosseries 2009).

Die Absicherung im Alter wäre demnach vornehmlich privatwirtschaftlich über individuelle Versicherungskontrakte zu organisieren. Nach diesem Verständnis müssten Angehörige einer Generation G2 ihre Ausbildung durch Kreditaufnahme bei Angehörigen der Generation G1 finanzieren, diese Kredite während ihrer Erwerbsphase abbezahlen und damit die Alterssicherung der kreditgebenden Generation G1 gewährleisten, während sie gleichzeitig Rücklagen für das eigene Auskommen im Alter aufbauen. Auf Basis der Rücklagen gewähren Angehörige von G2 Kredite an die Angehörigen der nachfolgenden Generation G3, die daraus ihre Ausbildung bestreiten und ihrerseits die Kredite an G2 zurückzahlen, sobald sie in die Erwerbsphase eintreten.

Abbildung 1: Generationenindividualistische Alterssicherung



Der Liberalismus vertritt also eine verteilungsindividualistische Position, die man auch mit dem Begriff der Marktgerechtigkeit beschreiben könnte. Ein Aspekt der zur Attraktivität des Marktes unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten in der Vergangenheit beigetragen haben dürfte, ist die häufig unterstellte Gleichsetzung von Marktgerechtigkeit und dem weithin akzeptierten Leistungsprinzip (vgl. Hayek 1976; Swift et al. 1995b). Aber das entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als Illusion: der Markt belohnt lediglich Knappheiten, die durch die Marktmacht einzelner Teilnehmer künstlich erzeugt werden können oder rein zufällig auftreten und unabhängig vom Leistungsaufwand des Individuums bestehen (vgl. Gosepath 2004).²⁶ Merkel

²⁶ Die Marktergebnisse stellen lediglich eine Approximation der individuellen Leistung dar, da eine objektive Leistungsmessung schwierig ist. Was eine Leistung definiert, ist Ergebnis eines gesellschaftlichen Bewertungsprozesses, der in der Soziologie beispielsweise über das Sozialprestige operationalisiert wird (Wegner 1985). Da Sozialprestige und Einkommen zwar hoch korreliert sind, aber unter Umständen auch auseinanderklaffen, kann es angemessen sein, den Markt zu restringieren (z. B. durch soziale Schließung) um eine leistungsadäquate

nennt deshalb „Hayeks Annahme, dass meritokratische Prinzipien sich am besten auf dem sich selbst überlassenen Markt entfalten, [...] naiv und ideologisch“ (Merkel 2001: 139).

Unter realen Bedingungen würde der notwendige Übergang von einem Umlagesystem zu einem Kapitaldeckungssystem zudem zu Widersprüchen zwischen der teleologischen und der deontologischen Argumentationslinie des Libertarismus führen. So kommt Breyer (2000: 401) zu dem Ergebnis, dass eine Umstellung von Umlage- auf das Kapitaldeckungsverfahren wegen der Doppelbelastung in der Übergangsphase niemals eine Verbesserung im Sinne des Pareto-Prinzips darstellen kann. Ein Faktum, das bei statischer modelltheoretischer Betrachtung ignoriert wird (vgl. Barr und Diamond 2009: 14).²⁷ Die behauptete größere „Effizienz“ des Kapitaldeckungsverfahrens beziehe sich lediglich auf das Fehlen von intra- und intergenerationalen Umverteilungswirkungen im Kapitaldeckungsverfahren. Für Nozick wäre das als Argument ausreichend, da staatliche Eingriffe minimiert würden. Für konsequentialistisch denkende libertäre Ökonomen kann die Minimierung staatlicher Eingriffe allein aber kein Selbstzweck sein. Davon abgesehen wäre eine rein individuelle Verantwortlichkeit in der Alterssicherung vor dem Hintergrund kontingenter und emergenter sozialer Entwicklungen über die Zeit – also von Entwicklungen, die nicht im Einflussbereich des Individuums liegen – schwerlich durchzuhalten.

Als eine abgeschwächte Position könnte, aufbauend auf dem Primat der individuellen Verantwortlichkeit, eine zumindest generationale Eigenverantwortlichkeit abgeleitet werden, wonach jede Generation für sich selbst verantwortlich ist und sich nicht auf intergenerationale Solidaritätskonstrukte verlassen dürfe (sog. *Zukunftsliberalismus*). Das heißt die Angehörigen einer Generation würden sich gegenseitig zumindest ein Existenzminimum garantieren, was auch aus einem libertären Standpunkt noch akzeptabel wäre, der die Gewährleistung von sozialem Frieden und Stabilität als notwendiges „staatliches Übel“ anerkennt – ein darüber hinausgehendes intergeneracionales Solidaritätspostulat jedoch nicht. Historisch betrachtet waren solche rein kapitalgedeckten Systeme in Deutschland bislang stets zum Scheitern verurteilt

Belohnung sicherzustellen und Individuen zur Übernahme gesellschaftlich wichtiger Funktionen zu motivieren. Unter anderem entstehen Abweichungen vom Leistungsprinzip dadurch, dass Marktteilnehmer in unterschiedlichem Ausmaß Kosten externalisieren können. Z. B. sind in einem auf privater Vorsorge basierenden System, genauso wie im Umlagesystem, Kinderlose in der Lage die Reproduktionskosten auf Familien zu überwälzen. Dritten entsteht ein Zusatznutzen aus den Erziehungsleistungen der Familien in Form gesellschaftlichen Humankapitals, ohne entsprechend an den Kosten der Kindererziehung beteiligt zu sein. Bei den externen Effekten sind nicht nur die für Kinder benötigten Güter zu berücksichtigen, sondern auch die Opportunitätskosten aus entgangenen Arbeitsentgelten oder aus entgangener Freizeit.

²⁷ Nozicks libertäres Gerechtigkeitskonzept wäre folglich unvereinbar mit dem Prinzip der Pareto-Effizienz. Auf die allgemeine ökonomische Kritik am Kapitaldeckungsverfahren und die Diskussion zum Mackenroth-Theorem wird in einem späteren Abschnitt eingegangen (siehe S. 111).

(Hyperinflation, 2. Weltkrieg) und der Staat gezwungen die Rolle des „Nachtwächters“ zu verlassen, um massenhafte Altersarmut zu vermeiden.

2.2.2 Die Position des Politischen Liberalismus

Vom radikalen Liberalismus ist der egalitäre oder soziale Liberalismus abzugrenzen, der am prominentesten durch John Rawls vertreten wird. Gemäß John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit (1971) müssen faire Regeln von einem Standpunkt der Überparteilichkeit entwickelt werden und allgemein zustimmungsfähig sein. Rawls konstruiert diese Überparteilichkeit in einem hypothetischen Gedankenexperiment, der „Original Position“, in der sich vernunftbegabte Individuen hinter einem „Schleier des Nichtwissens“, ohne Kenntnis ihrer sozialen Position in der Gesellschaft, auf eine faire Ordnung einigen. Die entscheidende Motivation hierfür besteht in der Notwendigkeit arbeitsteiliger gesellschaftlicher Kooperation angesichts strukturell-funktionaler Differenzierungsprozesse. Unter diesen Prämissen kommt Rawls zu dem Schluss, dass gegenseitig desinteressierte Individuen zwei Regeln wählen würden: Das Freiheits- und das Differenzprinzip.

Nach dem Freiheitsprinzip hat „Jedermann [...] gleiches Recht auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten, das für alle möglich ist.“ Nach dem Differenzprinzip müssen „Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten (a) [...] unter der Einschränkung des gerechten Spargrundsatzes den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen, und (b) [...] mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen gemäß fairer Chancengleichheit offen stehen.“ (Rawls 1979 (1971): 336)

Politische Ordnungen und Gesetze müssen diesen Grundsätzen entsprechen, um als gerecht gelten zu können. Das Freiheitsprinzip ist dabei dem Differenzprinzip lexikalisch vorgeordnet. Allerdings baut Rawls, wie bereits weiter oben erwähnt, in seine Theorie auch einen empirischen Feedbackmechanismus ein, das „reflective equilibrium“, der es erlaubt, die Bedingungen im Urzustand so zu ändern, dass die darin ausgehandelten Gerechtigkeitsprinzipien unseren Gerechtigkeitsintuitionen und wohlüberlegten moralischen Urteilen entsprechen (Daniels 2008). Rawls verfolgt also insgesamt zwei komplementäre Rechtfertigungsstrategien: eine rational-deduktive und eine empirisch-induktive. Der mitunter geäußerte Vorwurf des normativen Apriorismus, der sich vor allem auf die speziellen Bedingungen im Urzustand bezieht, trifft von daher nur zum Teil zu, denn Rawls stellt mit dem Überlegungsgleichge-

wicht die abgeleiteten Grundprinzipien seiner Theorie zur Disposition. Diese müssen sich empirisch bewähren und mit unseren moralischen Intuitionen vereinbar sein.

Rawls Konzeption der „Gerechtigkeit als Fairness“ wurde, obgleich äußerst einflussreich und für den Diskurs prägend, von verschiedenen Seiten kritisiert. So wurde eingewendet, dass in Rawls' Theorie Verdienst (MacIntyre 1995 (1984): 332ff) und die Verteilung von Einkommen als Folge individueller Entscheidungen schlichtweg ignoriert werde. Für einen Libertaristen wie Nozick stellt sich zudem das fundamentale Problem, dass die Individuen in der Original Position überhaupt kein Recht darauf hätten, über die Verteilung von Gütern zu entscheiden, sofern diese rechtmäßig von Anderen erworben wurden.

Des Weiteren sei die Konzeption von Rawls trotz ihres rationalen Anstrichs normativ aprioristisch. Die spezifischen Gerechtigkeitsgrundsätze folgen aus der Konstruktion „atomisierter“ Individuen, in der Original Position (Taylor 1985).²⁸ Zum einen wird damit lediglich eine willkürliche Präferenz von Rawls zum Ausdruck gebracht, der – letztlich tautologisch – liberale Grundsätze aus einem individualistischen Menschenbild ableitet. Zum anderen können Individuen – und dieser Punkt ist der Entscheidende für die Kommunitaristen – nicht ohne gesellschaftlichen Kontext gedacht werden (z. B. MacIntyre 1984; Sandel 1982; Taylor 1985; Walzer 1983). Generell stellt der fehlende Realitätsbezug, der sich aus dem hypothetischen Urzustand und dem „asozialen“ reduktionistischen Menschenbild ergibt, die praktische Relevanz der Theorie der Gerechtigkeit in Frage. Es mache keinen Sinn von menschlichen Vorstellungen, Verhaltensweisen und Institutionen zu abstrahieren, so die kommunitaristische Kritik (vgl. Bell 2009). Selbst wenn die Herleitung der Gerechtigkeitsprinzipien aus der Original Position schlüssig wäre, kann sie kaum praktische Bedeutsamkeit für alltägliche Verteilungsprobleme beanspruchen (Walzer 1983: 8).

Detaillkritik wurde auch, z. B. von Kersting (2001: 65f), an der Maximin-Regel geäußert, die der Herleitung des Differenzprinzips zugrunde liegt.²⁹ Die Maximin-Regel müsse als menschlicher Verhaltensgrundsatz in Zweifel gezogen werden, da Individuen damit eine extreme, „hasenherzige“ Risikoaversion unterstellt werde, die empirisch kaum haltbar sei. Ähnlich äußert sich Birnbacher (Birnbacher 1977: 391), der diese Regel weder für rational plausi-

²⁸ Wobei der eigentliche Adressat von Taylors Kritik (1985) des atomistischen Selbst Robert Nozick war. Und für Rawls ausdrücklich die Wichtigkeit von Kooperation in arbeitsteiligen Gesellschaften Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist (Bell 2009).

²⁹ Bei Entscheidungen unter Unsicherheit, also ohne Wissen der Eintrittswahrscheinlichkeiten einzelner Ergebnisse, wird die Alternative gewählt, bei der das schlechtmöglichste Ergebnis am besten ist.

bel, noch für empirisch stichhaltig, sondern schlicht für „neurotisch“ hält. Zudem sei die generelle Priorität des Freiheitsprinzips wenig schlüssig, wenn es um existenzielle Notlagen gehe. In solchen Fällen würden Individuen ohne Zweifel Einschränkungen der Freiheit in Kauf nehmen, um das eigene Überleben zu sichern (Kersting 2001: 74). Allerdings würde man eine solche „Sklassen-Gesellschaft“ wohl kaum als „gerecht“ bezeichnen können, sondern bestenfalls als „notwendig“.

Manche dieser Vorwürfe – etwa der der praktischen Irrelevanz – wurden von Rawls zurückgewiesen, da sie außerhalb des Anwendungsbereichs seiner Theorie lägen, in manchen Bereichen hat sich Rawls aber in erstaunlicher Weise an seine Kritiker angenähert. Insbesondere die kommunitaristische Kritik, die die Wichtigkeit gemeinschaftlich geteilter Moralvorstellungen hervorhebt (siehe nächster Abschnitt), hat Rawls zu einigen Revisionen veranlasst. So stellt Rawls in seinen späteren Veröffentlichungen klar, dass sich die Regeln nur auf den Bereich des Politischen beziehen (Rawls 1992, 1996).³⁰ Ferner integriert er ausdrücklich das „Faktum des Pluralismus“ als zentralen Bestandteil seiner Theorie, woraus zugleich aber auch die Notwendigkeit eines übergreifenden Konsenses erwachse, der dies erst ermögliche.³¹ Insofern versuche die Theorie keine konkreten Allokationsprobleme zu lösen, sondern beziehe sich lediglich auf die Grundstruktur einer Gesellschaft. Zugleich rückt Rawls die fiktive Verfassungswahl im Urzustand in den Hintergrund, während das empirische Konzept des „Übergewichtsgleichgewicht“ stärker betont wird. Die Gerechtigkeitsgrundsätze folgen nun aus der politischen Kultur moderner Demokratien:

„[...] Die politische Kultur einer demokratischen Gesellschaft [...] enthält implizit bestimmte grundlegende intuitive Gedanken, von denen aus es möglich ist eine politische Gerechtigkeitskonzeption auszuarbeiten.“ (Rawls 1992:341)

Damit soll das Problem der Stabilität gelöst werden. Denn wieso sollten die Bürger freiwillig den aufgestellten liberalen Prinzipien folgen, wenn nicht durch den Gedanken eines übergreifenden Konsens, aus dem sich die Prinzipien heraus entwickeln (Wenar 2008). Die Gerechtigkeitsgrundsätze müssen sich in der Neukonzeption also praktisch (und über einen längeren

³⁰ Der Bereich des Politischen ist somit zu unterscheiden vom Bereich der freiwilligen Vereinigungen und von den gefühlsbezogenen Bereichen des Persönlichen und der Familie (Rawls 1992:346).

³¹ So gebe es vernünftige Meinungsverschiedenheiten, die nicht auf Irrtümer oder Dummheit zurückzuführen sind („die Bürden der Vernunft“): wissenschaftliche Befunde sind widersprüchlich und komplex, Begriffe sind vage, individuelle Prägung durch Erfahrung führe zu unterschiedlicher moralischer Bewertung, es gebe Zielkonflikte zwischen normativen Werten (Frage der Gewichtung/Güterabwägung) und gesellschaftliche Institutionen haben immer nur einen begrenzten Anwendungsbereich (Rawls 1992).

Zeitraum) bewähren und mit geringst-möglichem Aufwand freiwillig akzeptabel sein (Daniels 2008). Zugleich wird der Geltungsbereich auf moderne westliche Demokratien eingeschränkt und der universalistische Anspruch der Theorie damit zurückgenommen. Trotzdem wird beim „neuen Rawls“ das Freiheitsprinzip gestärkt, da eine Gerechtigkeitskonzeption zu bevorzugen sei, die es allen Gesellschaftsmitgliedern ermöglicht, ihre eigene Vorstellung des Guten zu verfolgen. Während sich im „alten Rawls“ die empirischen Ansätze darauf beschränken müssten, die Risikoaversion oder das Verhalten von Individuen in einer der Original Position angenäherten Situation zu untersuchen (vgl. z. B. Frohlich und Oppenheimer 1992), kommt die Neukonzeption nun geradezu einer Aufforderung an die empirische Forschung gleich. Die Antwort auf die Frage nach der Gerechtigkeit wäre demnach in der politischen Kultur moderner Demokratien zu suchen.³²

Rawls Position zur Gerechtigkeit zwischen den Generationen

Rawls zufolge müsse jede demokratische Konzeption von Gerechtigkeit Vorsorge für die gerechtfertigten Ansprüche zukünftiger Generationen treffen (Rawls 1971: 296). Seine Überlegungen dazu basieren vor allem auf der Idee einer „gerechten Sparrate“, auf die später noch genauer eingegangen werden soll. Davon unabhängig müsste die Frage nach der Gerechtigkeit zwischen gleichzeitig lebenden Generationen, wie sie auch in der Alterssicherung vorliegt, aber nach Rawls ebenso von der Position des am schlechtesten Gestellten beantwortet werden. Das bedeutet konkret, das Existenzminimum eines Angehörigen einer bestimmten Kohorte (z. B. eines Rentners), müsste soweit angehoben werden, bis die Finanzierung dieses Existenzminimums so hohe gesellschaftliche Kosten aufwirft, dass eine weitere Erhöhung, z. B. wegen negativer volkswirtschaftlicher Rückkopplungseffekte, das Individuum letztlich schlechter stellen würde. Es ist dabei aber irrelevant, ob der am schlechtesten Gestellte ein Rentner ist, es könnte sich ebenso um einen Beitragszahler handeln. In diesem Fall wäre die Finanzierung der Renten über Beiträge soweit einzuschränken, dass sich der am schlechtesten gestellte Beitragszahler in einer zumindest nicht schlechteren sozialen Position wiederfindet, wie der am schlechtesten gestellte Rentner.

³² Kritisch wird angemerkt, dass mit Verweis auf das „reflective equilibrium“ intuitiv argumentiert wird und moralische Intuitionen durch Aberglaube und kulturelle Indoktrination verzerrt und historisch zufällig sein können (Daniels 2008). Intuitive moralische Überlegungen haben deshalb keinerlei Beweiskraft, auch wenn sie in ein Set kohärenter Fiktionen eingebettet würden. Inwiefern Gerechtigkeitsüberlegungen Verzerrungen unterliegen, historisch kontingent und abhängig von kultureller Indoktrination sind, ist jedoch eine empirische Frage, die anschließt an die Frage, ob Gerechtigkeitsstandards universell oder partikular sind.

2.2.3 Die Position des Kommunitarismus

Hinter dem „Label“ Kommunitarismus verbirgt sich eine Vielzahl unterschiedlicher teils eher „linker“, teils konservativ-nationalistischer Ansätze, deren Schnittmenge aber eine Betonung der Gemeinschaft und des kulturellen Partikularismus gegenüber dem universalistischen Individualismus liberaler und libertärer Ansätze ist. Gerechtigkeit hängt nach der Auffassung der Kommunitaristen von der jeweiligen Kultur und der Tradition einer Gemeinschaft ab. Erst durch die soziale Einbindung entwickelt das Individuum Identität und Gerechtigkeitsvorstellungen. Gerechtigkeit ist daher lokal und speziell, nicht universell.³³ Für MacIntyre beispielsweise sind Gerechtigkeit und Verdienst („desert“) eng verknüpft. Was ein Verdienst definiert, hängt aber jeweils vom gemeinsam geteilten Verständnis des Guten in einer bestimmten Gesellschaft ab (vgl. Horn und Scarano 2002: 345). MacIntyre nimmt damit eine Gegenposition zu Rawls ein, der den Vorrang des Rechts vor dem Guten postuliert. Die Vorstellung des Kommunitarismus, dass Gerechtigkeitsprinzipien ihre Kraft erst dadurch erhalten, dass sie in einer bestimmten Gemeinschaft mehrheitlich anerkannt und traditionell verankert sind, ist für Michael Sandel jedoch auch ein zentraler Schwachpunkt des Kommunitarismus. Denn Gerechtigkeit würde damit zu einem Geschöpf der Konvention und ihres kritischen Charakters beraubt (Sandel 1998 (1982): xi).

Dass „kommunitaristische“ Ansätze nicht gänzlich frei von kritischem Potential sind, kann jedoch an Michael Walzers Vorstellung von „Gerechtigkeitssphären“ veranschaulicht werden. Walzer zufolge sei das Thema Gerechtigkeit zu wichtig, um es allein den Philosophen zu überlassen. Es gebe gerade keinen Idealstaat oder ein überall anwendbares philosophisches Ideal, wie Rawls es herzuleiten versucht, sondern lediglich ein gemeinsames Verständnis von sozialen Gütern in der Sozialwelt, in der es entwickelt wurde (Walzer 1992 (1983): 19).³⁴ Anders als Rawls sieht Walzer nicht den Interessenpartikularismus, der in der „Theory of Justice“ durch den „Schleier des Nichtwissens“ eliminiert wird, als entscheidendes Problem an, sondern den Geschichtspartikularismus, der eine bestimmte kulturelle Zugehörigkeit definiert. An die Stelle einer universalistischen Konzeption des Menschen setzt er eine pluralistische Konzeption von Gütern, die unterschiedliche Distributionssphären konstituieren. Was gerecht

³³ Allerdings wird man nicht umhin kommen sich in einer Welt globaler nicht lokaler Kooperationszusammenhänge auch über global-universelle Gerechtigkeitsgrundsätze nachzudenken.

³⁴ Allerdings ist eine kommunitaristische Lesart des neuen Rawls durchaus möglich, da sich die Gerechtigkeitsgrundsätze auf einen Bereich, die Grundstruktur, und historisch-kulturell auf westliche moderne Demokratien beschränken (Bell 2009).

ist, folge aus gemeinsamen Vorstellungen von sozialen Gütern. Diese Vorstellungen ergeben sich wiederum aus der jeweiligen Produktion und Verwendung der Güter und sind für jedes Gut und jede Kultur verschieden. Sie hätten deshalb einen Lokalcharakter.

Dennoch kommt Walzer – etwas widersprüchlich – nicht ganz ohne ein übergeordnetes Ideal aus, als das er Egalitarismus im Sinne von Freiheit von Herrschaft bzw. von Monopolen definiert. Das Ideal besteht somit gerade aus der Ablehnung einer idealen Verteilungsregel, die in allen Gütersphären anzuwenden wäre bzw. eines dominierenden Gutes (z. B. des Geldes).

„Kein soziales Gut X einer Sphäre sollte ungeachtet seiner Bedeutung an Männer und Frauen, die im Besitz eines Gutes Y einer anderen Sphäre sind, einzig und allein deshalb verteilt werden, weil sie dieses Y besitzen.“ (Walzer 1992 (1983): 50)

Stattdessen fordert er „komplexe Gleichheit“, eine Verteilung von Gütern, die güterspezifisch und kultursensitiv ist – nicht notwendigerweise gleich, aber ohne eine über alle Sphären dominierende Verteilungsregel. Mit anderen Worten: Für keine Verteilungsregel darf ein Gerechtigkeitsmonopol gelten. Die Verhinderung von Dominanz spielt also eine zentrale Rolle in Walzers Theorie und kann auch auf die Rechte der Angehörigen zukünftiger Generationen angewendet werden.³⁵ Diese müssten als Mitglieder eines überzeitlichen staatlichen Gemeinwesens vor der Dominanz der aktuell Lebenden geschützt werden (vgl. Bohman 2011: 129). Die Betonung der Gemeinschaft im Kommunitarismus ist dabei ein äußerst interessanter Ansatzpunkt für eine Theorie intergenerationaler Gerechtigkeit. Denn die Frage, warum für uns das Schicksal nachfolgender Generationen wichtig sein sollte, ist, abseits evolutionsbiologischer Argumente für die eigenen Nachkommen, ohne den Hinweis auf die Identifikation mit einer Gemeinschaft kaum nachvollziehbar (Carnap 1959).

Bezogen auf das Problem der Gerechtigkeit in der Alterssicherung lassen sich in Anlehnung an Walzer folgende Feststellungen treffen: (1) Verschiedene Konzeptionen sind möglich, solange sie kulturell in der jeweiligen Gemeinschaft verankert sind. (2) Die individuelle Ausstattung mit Gütern im Alter anhand der Güterverteilung einer anderen Sphäre, wie zum Beispiel der „Arbeitssphäre“, wäre nach Walzer unzulässig, weil damit gegen das Postulat der „komplexen Gleichheit“ verstoßen würde. Insofern wäre eine strikt nach den Arbeitsentgelten bzw. dem beruflichen Status vorzunehmende Verteilung von Altersrenten zu verwerfen. (3)

³⁵ Dominanz ist dabei als die Fähigkeit zu verstehen, auf willkürliche Weise einer anderen Person Verpflichtungen aufzuerlegen und Ansprüche einzuschränken, ohne dass diese die Möglichkeit hat eine Entschädigung oder Rechtsschutz zu erwirken (Bohman 2011: 135).

Die Vorstellung von Gütersphären, mit je spezifischen „Verteilungslogiken“, weist Parallelen zur Systemtheorie auf. Ein Aspekt, der bei Walzer immer etwas im Dunkeln bleibt, ist, woher diese güterspezifischen Verteilungsvorstellungen eigentlich kommen, wenn man vom Verweis auf deren kulturelle Verankerung absieht. Strukturfunktionalistisch könnte man argumentieren, die Verteilungsregel folgt dem Primat der Selbstreproduktion des Systems und des langfristigen Systemerhalts, was bezüglich der Alterssicherung auf das Prinzip der Nachhaltigkeit verweisen würde. (4) Walzer versäumt in seiner Theorie, auf die Wechselwirkungen von Kultur und Struktur einzugehen: Kultur determiniert Verteilungsregeln und damit Strukturen normativ vollständig. Diese einseitige Richtungsaussage hat aber etwas geradezu absurd Konservatives. Man wird nicht umhin kommen, unter bestimmten Bedingungen eine Kulturanpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen nicht nur als funktional notwendig, sondern auch als ethisch geboten zu betrachten. Walzers Theorie hat in dieser Hinsicht trotz ihres kritischen Potentials einen traditionalistischen Anstrich, der von Walzer selbst so vermutlich nicht intendiert ist. Als empirisch-deskriptive Aussage, ist die Annahme einer solchen Kausalrichtung in jedem Fall unhaltbar. Denn es kann gezeigt werden, dass existierende Strukturen Gerechtigkeitsvorstellungen determinieren (vgl. S. 255ff). Es mag bereichs- und situationspezifische Gerechtigkeitslogiken geben, aber sicherlich keine, die vollkommen unabhängig von individuellen soziostrukturellen bzw. sozioökonomischen Bestimmungsfaktoren gelten.

Das empirische Moment in Walzers Theorie kommt vor allem dadurch zum Ausdruck, dass die Gemeinschaft bestimmt, was in der jeweiligen Sphäre als gerecht zu betrachten ist. Es wäre erfahrungswissenschaftlich zu klären, ob sich erstens, klar abgrenzbare Sphären isolieren lassen und ob die Alterssicherung eine solche Sphäre darstellt, ob zweitens, die Unterschiede zwischen den Sphären größer ausfallen als zwischen den Individuen oder sozialen Gruppen einer bestimmten Gemeinschaft und, drittens, ob die kulturellen Unterschiede zwischen Gesellschaften und Sozialisationskontexten größer ausfallen als die Unterschiede, die auf antagonistische ökonomische Interessen zurückgeführt werden können.

3 Gerechtigkeit zwischen Generationen und in der Zeit

3.1 Generationengerechtigkeit als „neue“ normative Zielgröße

Im klassischen philosophischen Diskurs über Gerechtigkeit und in der modernen politischen Philosophie hat die zeitliche Dimension der Verteilung von Gütern lange eine untergeordnete Rolle gespielt.³⁶ Während aber traditionelle Verteilungsfragen, wie der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, durch die Herausbildung von Wohlfahrtsstaaten³⁷ und die allgemeine Wohlstandsentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg relativ an Bedeutung verloren haben (vgl. auch Kohli 2003: 539), sind neue Konfliktlinien aufgebrochen, wie die zwischen Ökologie und Ökonomie, die schließlich zur Herausbildung neuer Parteien, wie der Grünen geführt haben. Damit einher ging eine zunehmende Wachstumsskepsis, die sich seit den 70er Jahren zunächst in der Umweltbewegung entwickelt hat und nicht zuletzt durch den Club of Rome und die „Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972) inspiriert wurde. In diesem Zusammenhang wurde erstmals das Konzept der Nachhaltigkeit popularisiert.

In dem Maß, in dem aber der Wohlfahrtsstaat ein „Opfer seines eigen Erfolgs“ wurde und an seine Wachstumsgrenzen gestoßen ist (Offe 1984), fand der Nachhaltigkeitsgedanke auch Eingang in die Sozialstaatsdebatte. Betrachtet man das in den 70er Jahren verstärkt einsetzende Schuldenwachstum in vielen Wohlfahrtsstaaten, liegt der Schluss nahe, dass die Verteilungskonflikte in klassischen Ungleichheits-Dimensionen teilweise durch eine Verlagerung auf die zeitliche Ebene entschärft wurden. Sozialausgaben, genauso wie die Reduktion der Steuerlast höherer Einkommensschichten – wie insbesondere in den USA, wurden über die Aufnahme von Schulden finanziert. Verteilungskonflikte wurden sozusagen aufgeschoben und nicht aufgelöst. Als eine der zentralen Determinanten des Wachstums der Sozialausgaben wurde jedoch schon in den 70er Jahren der Seniorenanteil identifiziert (vgl. Wilensky 1975: 47) und dieser wird maßgeblich von der gestiegenen Lebenserwartung bestimmt.

³⁶ Zwar wurde die Frage bereits 1874 von Henry Sidgwick aufgeworfen, aber nicht weiter ausgearbeitet, erst Ende der 1960er Jahre beginnt die Debatte um Generationengerechtigkeit einzusetzen (Laslett und Fishkin 1992: 19ff). Bedeutend war auch hier zunächst John Rawls „Theory of Justice“ (§ 44). Eine frühe verfassungsrechtliche Auseinandersetzung fand zwischen Thomas Jefferson und Thomas Paine auf der einen Seite und Edmund Burke auf der anderen Seite über die intergenerationale Fairness einer Verfassung im Hinblick auf die Souveränität einzelner Generationen statt (Roth 1989: 1).

³⁷ Die Begriffe „Wohlfahrtsstaat“ und „Sozialstaat“ werden hier synonym verwendet, trotz geringfügig abweichender Konnotationen im Alltagsgebrauch (vgl. Roller 1992).

Spätestens seit Beginn der 80er Jahre kann man also nicht nur eine lokale Entgrenzung von Verteilungskonflikten feststellen, wie sie im Globalisierungsdiskurs thematisiert werden, sondern auch zeitliche Entgrenzungen, die sich aus den Problematiken der Umweltzerstörung, der Ressourcenknappheit, der öffentlichen Verschuldung und der demografischen Entwicklung ergeben. Wie auch bei der Globalisierung kann man darüber streiten, inwiefern es sich dabei um genuin neuartige Problemlagen handelt.³⁸ Es ist aber kaum zu leugnen, dass diese zeitlichen Verteilungskonflikte erst in jüngerer Zeit verstärkt in den Fokus der politischen Theorie geraten sind und schließlich bewusst von einer breiteren Öffentlichkeit rezipiert wurden.

In Deutschland treten Aspekte der intergenerationalen Gerechtigkeit erstmals gehäuft in den 80er Jahren mit dem Erstarken der Ökologiebewegung unter dem Stichwort der Nachhaltigkeit auf (Nullmeier und Wrobel 2005: 21).³⁹ Aus dem Bereich der Ökologie diffundierte das Nachhaltigkeitskonzept zunehmend in den Bereich sozialstaatlicher Institutionen und ist seit den 90er Jahren in erster Linie mit der Diskussion um die Zukunft des Sozialstaats und der Rentenversicherung angesichts der „demographischen Zeitenwende“ (Birg 2001) verbunden. Für Deutschland speziell war die klassische Vorstellung des Generationenvertrags, der auf einem Prozess indirekter Reziprozität beruht, bei dem die gegenwärtige Generation der Erwerbstätigen die Renten der Vorgängergeneration bezahlt und im Gegenzug erwarten darf, dass ihre eigenen Renten später durch die nachfolgende Generation finanziert werden, angesichts niedriger Geburtenraten und steigender Lebenserwartung als Legitimationsgrundlage des umlagefinanzierten gesetzlichen Rentensystems in die Kritik geraten. Verkürzt lässt sich das Problem so darstellen: Weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Rentner über einen längeren Zeitraum aufkommen, während sie selbst mit niedrigeren Renten und längerer Lebensarbeitszeit rechnen müssen.⁴⁰

Vor diesem Hintergrund wurde laut Nullmeier und Wrobel (2005: 21) der Begriff „Generationengerechtigkeit“ erstmals 1997 von der FDP, die Generationengerechtigkeit nur im Kapitaldeckungsverfahren gewahrt sah, im Zusammenhang mit einem Rentengesetzentwurf Norbert Blüms in die politische Arena geworfen. Eine Konjunktur erfahren hat der Begriff

³⁸ Der Begriff der Nachhaltigkeit wurde beispielsweise schon 1713 in der deutschen Holzwirtschaft von Hans Carl von Carlowitz verwendet. Das Konzept der fiskalischen Nachhaltigkeit ist bereits bei David Ricardo „Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung“ von 1821 zu finden.

³⁹ Vgl. hierzu auch die Definition der Brundtland-Kommission von 1987.

⁴⁰ In einem späteren Abschnitt wird ausführlich auf die institutionellen Rahmenbedingungen der Altersvorsorge in Deutschland eingegangen (siehe S. 89).

„Generationengerechtigkeit“ dann speziell seit 2001 im Zusammenhang mit weiteren Rentenreformen, wie eine Analyse Nullmeiers (2004) von vier überregionalen Tageszeitungen bestätigt.⁴¹

Es handelt sich dabei um eine Diskussion, die in den USA bereits seit den frühen 80er Jahren als „Generational-Equity-Debate“ geführt wurde und in der Wirtschaftswissenschaften mit der Entwicklung sog. Generational-Accounting-Ansätze einher ging (Kotlikoff 1992). In den USA hatten Lobbygruppen angesichts wachsender Staatsschulden und der befürchteten demografischen Schwierigkeiten beim Renteneintritt der Babyboomer⁴² erfolgreich eine Diskussion in Gang gesetzt, welche Verpflichtungen sich gegenüber nachfolgenden Generationen unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten ergeben. Hierzu erschien eine normative Grundlage nötig, die über das positive Recht hinausweist, da nach Ansicht nicht nur der Generational-Equity-Proponenten in Demokratien die politischen Interessen nachfolgender Generationen strukturell nicht ausreichend im politischen Prozess berücksichtigt werden, während gerade die Älteren über große politische Macht verfügen und diese Macht aufgrund ihres wachsenden Bevölkerungsanteils noch zunehmen dürfte.

Trotz dieser Häufung von „Generationengerechtigkeit“ in neueren politischen Debatten „[...] hat sich jedoch kein normatives Grundverständnis oder gar eine allgemein anerkannte Definition und Operationalisierung dieses Begriffs herausgebildet [...]“ (Nullmeier und Wrobel 2005: 22). Die folgenden Abschnitte haben das Ziel, das zuweilen diffuse theoretische Verständnis von intergenerationaler Gerechtigkeit näher zu bestimmen und einzugrenzen. Eine umfassende Darstellung der philosophischen Debatte kann im Rahmen dieser Arbeit gleichwohl nicht geleistet werden. Im Vordergrund steht daher das Konzept der Generationengerechtigkeit, wie es im Kontext der Alterssicherung diskutiert wird. Dieses Konzept ist für die weiteren empirisch angelegten Analysen von zentraler Bedeutung. Zunächst sollen dafür einige begriffliche Konkretisierungen vorgenommen werden.

⁴¹ Im Jahr 2005 scheiterte eine parteiübergreifende Initiative jüngerer Abgeordneter das Konzept der Generationengerechtigkeit in Artikel 20b des Grundgesetzes aufzunehmen und damit institutionellen Entwicklungen in anderen Ländern, wie zum Beispiel Israel, Ungarn und der Schweiz zu folgen (Bundestagsdrucksache 2007).

⁴² Diese Schwierigkeiten dürften in den USA im Vergleich zu vielen anderen westlichen industrialisierten Gesellschaften als moderat einzuschätzen sein, da in den USA mit Geburtenraten knapp über dem Reproduktionsniveau und einem im Grunde durchgängig positiven Migrationssaldo, lediglich durch die gestiegene Lebenserwartung mit demografisch bedingten Problemen für die Pensionskassen zu rechnen sein dürfte. Das US-amerikanische Modell der Alterssicherung ist eher durch seine starke Abhängigkeit von den Kapitalmärkten gefährdet als durch die demografische Entwicklung.

3.2 Der Begriff der Generation

Mit dem Begriff der Generation werden im alltäglichen Sprachgebrauch unterschiedlich abgrenzbare soziale Gruppen bezeichnet.⁴³ In den Medien begegnet man häufig dem sozio-historischen Generationenbegriff, der den Angehörigen einer Generation eine gemeinsame Identität, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen unterstellt, etwa wenn von der 68er-Generation die Rede ist. Häufig wird eine solche Generation über ein prägendes historisches bzw. kulturelles Ereignis definiert, von dem man annimmt, das es sozialisierend auf die Generationsmitglieder gewirkt hat und den Kristallisationspunkt einer kollektiven generationellen Identität darstellt (vgl. Corsten 1999; Mannheim 1928). Erst wenn sich daraus auch ein Generationenzusammenhang bzw. ein gemeinsames Generationsbewusstsein ergibt, das in gewisser Weise handlungsleitend wirkt, kann berechtigterweise von einer Generation gesprochen werden. Ein Problem dieses Generationenkonzepts – obwohl soziologisch durchaus interessant – ist dessen unscharfe Zuordnung einzelner Individuen zu unterschiedlichen Generationen sowie die Vielzahl und Beliebigkeit mittlerweile verwendeter „Generationenlabels“. Die konstatierte Pluralisierung und Individualisierung der Lebenslagen (Beck 1983) lässt die Verwendung eines solchen Generationenkonzepts wenig erfolgversprechend erscheinen, weshalb es im weiteren Verlauf nur von untergeordneter Bedeutung sein wird.

Zugleich ist die Sensibilität dieses Konzepts für historisch unterschiedliche Sozialisationskontexte durchaus attraktiv und sollte nicht vollständig ausgeklammert werden. So gilt für die vor 1945 geborenen Kohorten, dass sie zwar einerseits stark von den Härten des 2. Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit betroffen waren, andererseits später vom „Wirtschaftswunder“ und dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates profitieren konnten, der insbesondere auch einen massiven Ausbau der Alterssicherungssysteme beinhaltete (vgl. im internationalen Zusammenhang: Thomson 1989, 1993). Für die nachfolgenden Kohorten stellt sich die Bilanz bereits weniger eindeutig dar. Zwar fällt in ihre Zeit die Bildungsexpansion, und Teile ihrer Angehörigen dürfen mit hohen Vermächtnissen der Aufbaugeneration rechnen, zugleich machten sich aber auch die makroökonomischen Schocks der 70er Jahre mit steigender struk-

⁴³ Biologisch versteht man unter einer Generation die Gesamtheit aller Lebewesen, die zu anderen Lebewesen, in aufsteigender oder absteigender Linie durch Abstammung verbunden sind. In Anlehnung an die Dauer von der Geburt bis zur Reproduktion geht man bei der generationellen Abfolge in westlichen Gesellschaften von einem Zeitraum von 25 bis 30 Jahren aus.

tureller Arbeitslosigkeit in den Erwerbsbiografien negativ bemerkbar (Struck et al. 2007).⁴⁴ Die zahlenmäßig großen Kohorten der „Babyboomer“, die um 1960 herum geboren wurden, sind zudem die ersten, die von den Leistungsrücknahmen durch die Rentenreformen der letzten Jahre betroffen sein werden.⁴⁵ Für die relativ kleinen nach 1974 geborenen Kohorten ist es noch zu früh ein Fazit zu ziehen.⁴⁶ Diejenigen, die bereits ins Erwerbsleben eingetreten sind, hatten mit den höchsten Arbeitslosenquoten in der Geschichte der Bundesrepublik zu kämpfen. Zugleich dürfte die mit dem Renteneintritt der Babyboomer eintretende Arbeitskräfteknappheit die Arbeitsmarktchancen dieser Generation in Zukunft verbessern, zumindest solange sich der höhere Altenquotient nicht negativ in der allgemeinen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit niederschlägt und zu hohen Transferbelastungen dieser Generation führen wird.

Neben diesem historischen Generationenbegriff gibt es eine Reihe von Generationenkonzepten, die nicht auf die vage Identifikation historischer Umbruchphasen angewiesen sind und insofern eindeutig definieren, wer eigentlich Mitglied einer bestimmten Generation ist (vgl. Szydlík und Künemund 2009). Sie sind deshalb für empirische Fragestellungen leichter operationalisierbar. So kann man unterscheiden zwischen *Generationen als Geburtskohorten*, als *familialen Generationen* in der Abstammungslinie (Großeltern, Eltern, Kinder) und *sozialstaatlichen Generationen*, bestehend aus Rentnern, Erwerbstätigen und Auszubildenden. Während die letzten beiden Konzepte diskrete Unterscheidungen vornehmen, handelt es sich beim Kohortenkonzept im Grunde um eine kontinuierliche Differenzierung, die praktisch jedoch willkürlich kategorisiert wird oder mit Verweis auf historische Umbrüche oder gesetzliche Einschnitte, wie zum Beispiel das Renteneintrittsalter, zu bestimmen ist. Oft wird in Anlehnung an den sozialstaatlichen Generationenbegriff eine Unterscheidung in die unter 30jährigen (gelegentlich auch 35jährigen), 30 bis 60jährigen (bzw. 65jährigen) und über

⁴⁴ Kennzeichnend für diese Generationen ist auch die Diskrepanz, die sich aus ihrem emanzipatorischen Anspruch und der paternalistischen institutionellen Wirklichkeit eines konservativen Wohlfahrtsstaats ergibt.

⁴⁵ Das Jahr 1964 markiert den Gipfel des sog. „Geburtenbergs“ (Geißler und Meyer 2002: 54). Die geburtenstarken Jahrgänge der frühen 60er Jahre werden auch als „benachteiligte Generation“ beschrieben, weil sie durch ihre zahlenmäßige Größe im Lebensverlauf erhöhter Konkurrenz und relativer Knappheit ausgesetzt waren. Auf den „Geburtenberg“ folgten demnach ein „Schülerberg“, ein „Lehrlingsberg“, ein „Studentenberg“, ein „Berg von Arbeits- und Wohnungssuchenden“ und schließlich ein „Rentnerberg“.

⁴⁶ Im Jahr 1975 erreichte die Geburtenrate in Westdeutschland mit 1,45 ihren vorläufig niedrigsten Wert. Der „Pillenknick“ ist ursächlich weniger auf die Antibabypille zurückzuführen, sondern kann eher mit der relativ kleinen Kriegskindergeneration und der Etablierung des wohlfahrtsstaatlichen Alterssicherungssystems selbst in Zusammenhang gebracht werden. Die große Diskrepanz zwischen „Pillenknick“ und „Babyboom“ ergibt sich auch aus den nach dem Krieg zunächst nachgeholten Geburten, wodurch die Geburtenraten um 1960 angestiegen sind.

60jährigen vorgenommen. Dass die Generationengrenzen dabei einen Zeitraum von etwa 30 Jahren umfassen, ist mit dem sog. Proliferationsalter zu begründen, also dem Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes. Dieses lag im Jahr 2005 laut statistischem Bundesamt im Alter von 30,1 Jahren.

Auch der sozialstaatliche Generationenbegriff ordnet Individuen exhaustiv einer bestimmten Generation zu. Die „Institutionalisierung des Lebenslaufs“ (Kohli 1994) spricht den Individuen bestimmte soziale Rechte und Pflichten als Erwerbstätige, Kinder bzw. Jugendliche und Ruheständler zu und lässt sich dadurch möglicherweise soziologisch fruchtbar zur Herleitung ökonomischer Interessenlagen verwenden, die sich aus dem jeweiligen Verhältnis als Finanziers oder Leistungsempfänger des Sozialstaats ergeben. Zu unterscheiden wäre zumindest zwischen einer Beitragszahler- und einer Rentnergeneration. Aus den generationenspezifisch divergierenden Leistungs- und Beitragssalden lässt sich der Status der Rentner als „Versorgungsklasse“ ableiten, deren sozialstaatliche Interessen, denen der „Erwerbsklassen“ womöglich entgegen stünden (Alber 1984; Lepsius 1979). Anders als bei Steuern und Sozialleistungen steht in der GRV aber nicht der sozialpolitische Umverteilungsgedanke zwischen Leistungsfähigen und Bedürftigen im Vordergrund – also ein kollektiver Risikoausgleich, sondern die intertemporale Umverteilung im individuellen Lebensverlauf. Das Bundesverfassungsgericht untermauert diese Sichtweise in seiner Rechtsprechung, indem es den Entgeltpunkten einen eigentumsähnlichen Charakter zuspricht (vgl. BverfGe vom 5. 10. 1983; 1 BvR 820/79). Es gibt in diesem rechtlichen Sinn keinen offensichtlichen Interessenantagonismus zwischen Finanziers und Empfängern in der GRV, weshalb sich die analytische Brauchbarkeit des sozialstaatlichen Generationenbegriffs erst noch erweisen muss. Im Gegenteil, es ist damit zu rechnen, dass Beitragszahler ihre Interessen als zukünftige Rentner mit bedenken. Umgekehrt ist eine solche Interessenübernahme durch die Rentner im Sinne der Beitragszahler allerdings weniger plausibel, was eine gruppenegozentrische Interessenkristallisation bei den Rentnern kognitiv begünstigen könnte.

Der familiäre Generationenbegriff bezieht sich schließlich in erster Linie auf familiäre Austausch- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern bzw. Großeltern und Enkeln im Lebensverlauf. Familiäre Rollenerwartungen sind von zentraler Bedeutung, weswegen die sozialstaatlich betrachtet mittlere Generation mitunter noch einmal unterteilt wird in die Gruppe der jungen Eltern zwischen 20 und 44 Jahren und in die sog. „Sandwich“- oder Pivot-Generation der 45- bis 65jährigen, die teilweise noch ihre Kinder unterstützt, aber unter Umständen auch in der Pflege der eigenen Eltern engagiert ist. Das sozialstaatliche System

und das familiäre System sind auf vielfältige Weise aufeinander bezogen. Die Rede ist zum Beispiel von Substitutionseffekten und dem „crowding out“ familialer Reziprozitätsbeziehungen durch staatliche Verantwortlichkeitsübernahme, was unter dem Stichwort der Defamilialisierung beschrieben wird und zur Erosion persönlicher Bindungen führen soll (vgl. Blome et al. 2008: 40f). Umgekehrt gibt es aber auch die These des „crowding in“, wonach staatliche Transfers familiäre Konfliktpotentiale reduzieren und so Generationenbeziehungen stabilisieren (Motel-Klingebiel et al. 2005). Zudem verlaufen die Transferströme innerhalb familialer Generationen mitunter entgegengesetzt zu den sozialstaatlichen Transfers, wenn es zum Beispiel um Erbschaften und Schenkungen geht, und haben insofern auch Auswirkungen auf inter- und intragenerationale Ungleichheiten auf der Makroebene (Kohli et al. 2003; Kohli et al. 2006; Künemund et al. 2005). Nicht zuletzt fungiert die Familie als primäre Sozialisationsinstanz und ist von daher auch für die Herausbildung spezifischer Gerechtigkeitsvorstellungen von Interesse. Da familiäre Generationenbeziehungen aber weniger stark rechtlich reglementiert sind als wohlfahrtsstaatliche Generationenbeziehungen, stehen eher Solidaritäts- als Gerechtigkeitsüberlegungen im Vordergrund. Für die sozialstaatliche Institutionenanalyse im engeren Sinn ist das familiäre Generationenkonzept deshalb von untergeordneter Bedeutung und wird in den nachfolgenden Erörterungen weitgehend ausgeklammert.

Allen Konzeptionen gemeinsam ist, dass sie eine lineare zeitliche Abfolge zwischen den einzelnen Akteuren festlegen und in den meisten Fällen hinreichend klar und exhaustiv definieren, wer zu welcher Generation gehört. In der Regel handelt es sich dabei um kontemporäre oder sich überlappende Generationen, also um Personen, die gleichzeitig leben. Davon abzugrenzen sind Generationen von nicht gleichzeitig Lebenden, die sich aus Personen zusammensetzen, die gegenwärtig leben, früher gelebt haben und in Zukunft leben werden.⁴⁷

Die Frage inwiefern diese Unterscheidungen soziologisch fruchtbar sind, kann nur empirisch beantwortet werden. In Begriffen wie Generationenkonflikt und Generationenvertrag wird jedoch häufig eine Binnenhomogenität hinsichtlich der Interessen und Kultur innerhalb einer Generation unterstellt und gleichzeitig Unterschiede und Antagonismen zwischen den Generationen übertrieben, die insbesondere im Vergleich zu klassischen Dimensionen sozialer Un-

⁴⁷ Laslett (1992) spricht im Zusammenhang mit nicht-kontemporären Generationen von intergenerationalen Beziehungen und bei kontemporären Generationen von intragenerationalen Beziehungen. Diese Begrifflichkeit liegt jedoch quer zu dem hier verwendeten Verständnis von *intragenerationaler* Gerechtigkeit, das die Binnenverhältnisse innerhalb einer Generation zum Gegenstand hat sowie von *intergenerationaler* Gerechtigkeit, mit dem die Beziehungen zwischen zunächst vornehmlich auch kontemporären Generationen gemeint sind.

gleichheit wie Klassen- und Schichtzugehörigkeit, Bildung oder Geschlecht mit Skepsis betrachtet werden sollten.⁴⁸ Im Hinblick auf das Konzept der Generationengerechtigkeit ergibt sich zudem das Problem, dass damit ganz unterschiedliche soziale Beziehungen angesprochen werden, je nachdem welches Generationenkonzept zugrunde liegt. Bei einer Betrachtung zu einem bestimmten Zeitpunkt (t_0), einer sog. synchronen Perspektive (vgl. z. B. Liebig und Scheller 2007), ist damit in der Regel eine Beziehung zwischen sozialstaatlichen Gruppen, wie Rentnern und Erwerbstätigen gemeint. Werden dagegen zwei oder mehr Zeitpunkte (t_0 , t_1 , $t-1$, ...) betrachtet, wird also eine asynchrone Perspektive eingenommen, dann befasst man sich mit Beziehungen zwischen unterschiedlichen Kohorten (Rentner der Kohorte X zum Zeitpunkt t_0 vs. Beitragszahler der Kohorte Y zum Zeitpunkt t_1). Im nächsten Abschnitt wird eine genauere Systematisierung dieser Beziehungen zwischen Generationen vorgenommen.

3.3 Gerechtigkeit zwischen Generationen

Die Begriffe Generationengerechtigkeit oder *intergenerationelle* Gerechtigkeit übertragen das Gerechtigkeitsideal auf die Beziehungen zwischen einzelnen Generationen. Gegenstand der Generationengerechtigkeit ist die normative Bewertung der bestehenden oder zukünftig erwarteten Verteilung von Gütern und Chancen bzw. Lasten und Risiken zwischen unterschiedlichen Generationen. Abzugrenzen ist hiervon die *intragenerationale* Gerechtigkeit, bei der es vor allem um die intratemporalen, also die zum gleichen Zeitpunkt (synchron) stattfindenden, Umverteilungen zwischen Personen, Haushalten oder sozialen Gruppen geht.

Allerdings ist es kaum möglich und wenig sinnvoll diese schematische Trennung strikt einzuhalten. Betrachtet man zum Beispiel die Beziehungen zwischen Rentnern und Erwerbstätigen im Rahmen des Sozialstaats zu einem bestimmten Zeitpunkt (t_0), so könnte man dies, da es sich ja um kontemporäre soziale Gruppen handelt, zunächst auch als ausschließlich intratemporales und damit intragenerationales Verteilungsproblem auffassen. Diese Sichtweise würde aber vernachlässigen, dass mit den Beitragsleistungen sowohl rechtliche Ansprüche als auch Erwartungen an zukünftige Generationen verbunden sind bzw. die Rentenzahlungen durch in der Vergangenheit liegende Leistungen der Rentner legitimiert werden. Insofern

⁴⁸ Insbesondere erscheint es fragwürdig, einzelnen Generationen homogene (latente) Interessen zu unterstellen (vgl. Quasigruppen bei Dahrendorf). Ähnlich wie bei Klassen bedürfte es zudem einer subjektiven Herausbildung eines Generationsbewusstseins analog dem Klassenbewusstsein, damit sich eine Generation als Interessengruppe manifestiert.

handelt es sich also auch bei einer solchen Gegenwartsbetrachtung immer um ein Verteilungsproblem in der Zeit.

		Generational	
		intra	Inter
temporal	intra	Steuerinduzierte Umverteilung zwischen Einkommensgruppen	Beziehung Generation X (Erwerbstätige) zu Generation V (Rentner) zum Zeitpunkt t (synchron)
		Umverteilung zwischen Männern und Frauen aufgrund unterschiedlicher Lebenserwartung in der GRV	
	inter	Umverteilung des Lebenseinkommens einer Person zwischen Erwerbsphase und Ruhestand	Beziehung Generation X (Erwerbstätige) zum Zeitpunkt t zu Generation X (Rentner) zum Zeitpunkt t+1 (diachron)
			Beziehung Generation X (Erwerbstätige) zum Zeitpunkt t zu Generation Y (Erwerbstätige) zum Zeitpunkt t+1 (asynchron)

Ein weiterer Sonderfall innerhalb des Systems der Alterssicherung ist die personenbezogene rein intertemporale Umverteilung, bei der, einem Notional-Accounts-System entsprechend, das Lebenseinkommen einer Person lediglich in der Zeit zwischen Erwerbstätigkeitsphase und Ruhestand umgeschichtet wird. Für die Gesetzliche Rentenversicherung stellt die Rente als „Lohn für Lebensleistung“ (ehem. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm) tatsächlich ein zentrales meritokratisches Legitimationsargument dar. Allerdings liegt eine solche intertemporale Umverteilung in ihrer Reinform in der GRV nicht vor, was bei den gelegentlichen Renditevergleichen mit privatwirtschaftlichen Versicherungsformen häufig unterschlagen wird. Es findet immer auch ein sozialer Risikoausgleich statt, weswegen inter- und intratemporalen Umverteilungen in der GRV Hand in Hand gehen. Intertemporale und intratemporale Umverteilungen treten parallel auf, beispielsweise zwischen Beitragszahlern und beitragsfrei gestellten Personengruppen, die gleichwohl Rentenanwartschaften erwerben (wegen Arbeitslosigkeit, Kindererziehungszeiten, Verwitwung) oder zwischen Männern und Frauen aufgrund ihrer unterschiedlichen Lebenserwartung.⁴⁹ Weil weder Arbeitslosigkeitsrisiken, noch Le-

⁴⁹ Die versicherungsimmanente ex-post-Umverteilung verteilt dagegen zwischen zufällig früh und spät versterbenden um. Es handelt sich dabei um keine Form des sozialen Ausgleichs (Butzer 2001: 228).

benserwartungen über die Zeit konstant sind und sich vielfach Interaktionseffekte zwischen den intra- und intertemporalen Dimensionen sozialer Ungleichheit ergeben, sind diese analytisch schwer voneinander zu trennen.

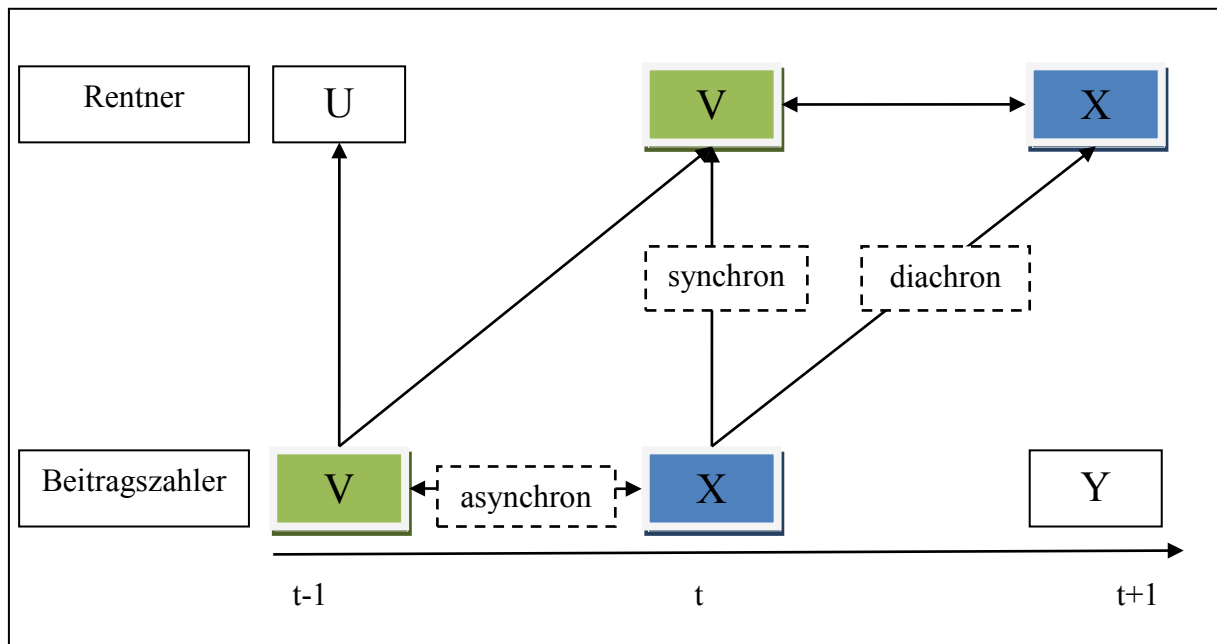
Als weiteres Komplexitätsmoment kommt hinzu, dass die bislang skizzierten Beziehungen lediglich zwei Generationen beinhalten, aber Verteilungsprobleme in der Alterssicherung ohne weiteres auf tri- und n-generationale Beziehungen erweitert werden können, wenn man beispielsweise Aufwendungen für Erziehung und Schulden für noch nicht geborene Generationen mit berücksichtigt oder wenn man das Umlageverfahren als Kaskade diagonalen Verpflichtungen wie beim sog. Generationenvertrag auffasst. In ihm ergeben sich Beziehungen zwischen Erwerbstätigen und Rentnern der Art Generation X finanziert Renten für Generation Y und erwirbt zugleich Ansprüche gegenüber Generation Y.

Bei der Betrachtung der Beziehungen zwischen den Generationen, kommt es zudem darauf an, welche Vergleichsperspektive man einnimmt. Gerechtigkeitsurteile basieren in der Regel auf Vergleichsprozessen entweder zu sog. utopischen Standards – wie jeder Rentner soll mindestens das Existenzminimum bekommen – oder zu sog. existenziellen Standards – wie Rentner X soll mindesten 70 Prozent seines letzten Einkommens erhalten oder Rentner X soll genauso viel wie der (hinsichtlich seiner Inputs) vergleichbare Rentner Y haben.⁵⁰ Letzteres bezeichnet man als Proportionalitäts- oder Equity-Prinzip (Walster et al. 1976), das der Forderung nach Gleichheit der impliziten Renditen für verschiedene Kohorten zugrunde liegt.⁵¹ Auch wenn man die utopischen Standards außen vor lässt, ergeben sich unmittelbar mehrere unterschiedliche existenzielle Vergleichsperspektiven (asynchron, synchron oder diachron), in denen das Equity-Prinzip erfüllt sein müsste. Folgendes Schema veranschaulicht dies für die Beziehungen innerhalb der Gesetzlichen Rentenversicherung (vgl. Bomsdorf 2004; Liebig und Scheller 2007; Mühleck und Wegener 2004b).

⁵⁰ Der Vergleich zu existenziellen Standards kann dabei dem tauschtheoretischen Paradigma, also dem Bereich der *Justitia Commutativa* zugeordnet werden, der Vergleich zu utopischen Standards der *Justitia Distributiva*.

⁵¹ Die Begriffe Equity-Prinzip, Proportionalitäts-Prinzip und Äquivalenzprinzip werden im Folgenden synonym verwendet.

Abbildung 2: Equity-Beziehungen in der GRV



Zu unterscheiden sind demnach drei existenzielle Vergleichsperspektiven:

- *Asynchrone* oder in diesem Schema horizontale Beziehungen:

$$I(X_t) = I(V_{t-1}) \text{ bzw. } O(V_t) = O(X_{t+1})$$

Ist der Aufwand I der Beitragszahlergeneration X zum Zeitpunkt t gleich dem Aufwand der Beitragszahlergeneration V zum Zeitpunkt t-1? Bzw. ist der Ertrag O der Rentnergeneration X zum Zeitpunkt t+1 gleich dem Ertrag O der Rentnergeneration V zum Zeitpunkt t? Ein solches egalitaristisches Gerechtigkeitskonzept würde konstante Beitragssätze oder ein konstantes Rentenniveau implizieren. Beides zugleich unter sich verändernden Rahmenbedingungen zu realisieren ist jedoch kaum möglich. Die Orientierung nur an konstanten Beitragssätzen kann zu unzumutbaren Absenkungen des Rentenniveaus unter das Existenzminimum führen; die Orientierung an konstanten Rentenniveaus zu unzumutbaren Belastungen durch Beitragssatzerhöhungen.

- *Synchrone* oder in diesem Schema vertikale Beziehungen:

$$\frac{O(V_t)}{I(X_t)} = \frac{O(U_{t-1})}{I(V_{t-1})} \rightarrow \frac{I(V_{t-1})}{I(X_t)} = \frac{O(U_{t-1})}{O(V_t)}$$

Ist das Verhältnis des Aufwands der Beitragszahlergeneration X zum Ertrag der Rentnergeneration V zum Zeitpunkt t gleich dem Verhältnis des Aufwands von Beitragszahlergeneration V zum Ertrag von Rentnergeneration U zum Zeitpunkt t-1? Diese Beziehung

ist ebenfalls egalitaristisch, jedoch stärker an den Bedarfslagen und der Leistungsfähigkeit ausgerichtet als die asynchrone Betrachtung (vgl. auch Liebig und Scheller 2007: 312). Belastungen (durch Demografie) oder Gewinne (durch Produktivitätssteigerungen) zu einem bestimmten Zeitpunkt müssen gleichmäßig auf die Beitragszahler und Leistungsbezieher aufgeteilt werden, so dass das Verhältnis der Konsumniveaus zwischen den sozialstaatlichen Generationen im Zeitverlauf gleich bleibt (siehe Musgrave-Regel: S. 61ff). Es geht also insbesondere um die Fragen, welche Leistungsniveaus für Rentner als gerecht angesehen werden und wie hoch die dafür notwendigen Belastungen der Erwerbstätigen durch Beitragssätze ausfallen sollen.

- *Diachrone* oder in diesem Schema diagonale Beziehungen:

$$\frac{O(X_{t+1})}{I(X_t)} = \frac{O(V_t)}{I(V_{t-1})} \rightarrow \frac{I(V_{t-1})}{I(X_t)} = \frac{O(V_t)}{O(X_{t+1})}$$

Entspricht die „Rendite“ aus der GRV – also das Verhältnis von Aufwand zum Zeitpunkt t und Ertrag zum Zeitpunkt $t+1$ – von Generation X der „Rendite“ von Generation V ? Diese Perspektive wird bestimmt durch die Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und der proportionalen Gleichbehandlung unterschiedlicher Kohorten und beispielsweise durch den Sachverständigenrat beim Vergleich sog. „impliziter Renditen“ für unterschiedliche Kohorten angelegt (Sachverständigenrat 2003).

Nach dem für die GRV zentralen Prinzip der Teilhabeäquivalenz sind die Beziehungen zwischen Generationen zumindest normativ diachron angelegt. Die Rentenhöhe wird proportional an den geleisteten Beiträgen bemessen. Diese Beziehung ist formal festgelegt in der Rentengesetzgebung (vgl. S. 96ff). Betont wird diese Auffassung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes auch für Rentenanwartschaften gilt, sofern diese auf eigenen Rentenbeiträgen beruhen (vgl. Art. 14 GG). Man kann dies als eine Forderung nach Leistungsgerechtigkeit interpretieren. Die ökonomischen Beziehungen in der GRV sind aber im Umlageverfahren notwendigerweise synchron, da die gegenwärtige Generation der Beitragszahler die Bezüge der gegenwärtigen Rentnergeneration finanziert. Sie ist damit eher an einem intergenerationalen Bedarfsprinzip ausgerichtet. Außerdem scheint es in der Bevölkerung starke Gerechtigkeitsintuitionen zu geben, die von einem konstanten Leistungsniveau und konstanten Beitragsätzen ausgehen (Schrenker 2009), also von einer asynchronen Perspektive. Aus diesen potentiellen Spannungsverhältnissen

ergibt sich unter zeitlich variablen wirtschaftlichen und demografischen Rahmenbedingungen ein Gerechtigkeitsdilemma, da alle potentiellen Equity-Gleichungen nicht gleichzeitig erfüllt werden können. Es sollte damit deutlich werden, dass es keine einfache Definition von Gerechtigkeit im intergenerationalen Kontext geben kann, die ohne weitere normativ-politische Festlegungen auskommt, selbst wenn man einen in der Gerechtigkeitspsychologie vielfach akzeptierten Standard wie das Equity-Prinzip zugrunde legt (vgl. z. B. Mikula 2002).

Da intergenerationale (Un-)Gleichheitsbeziehungen, wie eben dargestellt, sehr komplex ausfallen können und da es auch bei intratemporalen Verteilungen keinen allgemein akzeptierten Gerechtigkeitsstandard gibt – das Equity-Prinzip dient an dieser Stelle nur als illustrierendes Beispiel – verwundert es wenig, dass die Definitionsversuche und normativen Bedeutungsinhalte des Begriffs Generationengerechtigkeit äußerst vielfältig und selten frei von Widersprüchen sind. Im Folgenden sollen zunächst einige (utopische) Generationengerechtigkeitskonzepte vorgestellt werden, wobei die mittlerweile breit gefächerte philosophisch-theoretische Debatte nicht vollständig wiedergegeben werden kann.

Ausgangspunkt ist erneut die Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls, die mit dem Konzept der „gerechten Sparquote“ den philosophischen Diskurs über Generationengerechtigkeit zumindest angestoßen hat (vgl. Meyer 2010), in der politischen Auseinandersetzung um die Alterssicherung indes wenig bedeutsam ist. Einflussreich waren Rawls' allgemein sozialliberale Schlussfolgerungen aber insbesondere für die Wohlfahrtsökonomik und deren Sichtweise auf die Ausgestaltung sozialer Institutionen. Eine Gemeinsamkeit vieler Vorstellungen von intergenerationaler Gerechtigkeit besteht zudem darin, dass sie die willkürliche Benachteiligung einzelner Generationen ausschließen wollen. Sie sind daher im weitesten Sinn egalitaristisch, wobei unterschiedlich hohe Schwellenwerte für eine sozialstaatliche Kompensation vertreten werden.

Ein weiterer wichtiger Bezugspunkt für die Debatte in Deutschland stellt das Konzept des Generationenvertrags dar, wie es von Wilfried Schreiber (1955b) zur Einführung des umlagefinanzierten gesetzlichen Rentensystems durch die Rentenreform 1957 dargelegt wurde. Letztlich handelt es sich dabei um eine tauschtheoretische Konzeption von Generationengerechtigkeit, deren Implikationen ebenfalls behandelt werden sollen. Neben dem „Generationenvertrag“ ist die Vorstellung der Rente als „Lohn für Lebensleistung“ (Norbert Blüm) die zweite zentrale normative Argumentationsfigur im politischen Diskurs. Auf diese soll ebenfalls kurz eingegangen werden.

Schließlich soll noch die Konzeption von Generationengerechtigkeit als Nachhaltigkeit dargestellt werden. Es handelt sich dabei um ein in der ökonomischen Politikberatung verbreitetes Verständnis von Generationengerechtigkeit und bildet den normativen Kern der sog. Generationenbilanzierung (vgl. S. 150ff). Die Attraktivität des Nachhaltigkeitskonzepts besteht für Ökonomen insbesondere darin, dass es eine direkte finanzmathematische Messbarkeit von Generationengerechtigkeit suggeriert. Und auch für die Gegner solcher Ansätze stellt es einen Kristallisationspunkt dar, von dem aus sie kritisch alternative Konzepte weiterentwickeln konnten (z. B. Kohli 2002). Vom Nachhaltigkeitskonzept ausgehend, gibt es außerdem Versuche den in den letzten Jahren viel-diskutierten Capability-Ansatz (Nussbaum und Sen 1993) auf intergenerationale Gerechtigkeit anzuwenden.

3.3.1 Generationengerechtigkeit bei Rawls

Rawls Startpunkt für ein Konzept intergenerationaler Gerechtigkeit ist die kritische Auseinandersetzung mit dem Utilitarismus. Da es keine moralischen Argumente für Zeitpräferenz gebe, könne dieser extrem hohe Sparquoten in der Gegenwart verlangen, um damit in der Zukunft umso größere Vorteile zu erreichen, die alle heutigen Nachteile aufwiegen würden. Dadurch könne der Utilitarismus von ärmeren Generationen schwere Opfer zugunsten späterer verlangen, denen es viel besser gehe (Rawls 1979 (1971): 321).

Rawls' Überlegungen zur gerechten Sparrate gehen dagegen von einer Konstruktion des Urzustands aus, in dem die Personen gegenseitig desinteressiert sind, zwar wissen, dass sie Zeitgenossen sind („present time of entry“), nicht aber zu welcher Generation sie gehören. Dieses Detail ist wichtig, da für Rawls die Notwendigkeit zur Kooperation (sog. „circumstances of justice“), wie sie für moderne arbeitsteilige Gesellschaften charakteristisch ist, eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung gerechter Grundsätze darstellt (vgl. Kracht 2004: 399). Die Beziehungen zwischen den Generationen erfüllen diese Bedingungen realiter jedoch nicht, da gegenwärtige Generationen frühere weder schädigen noch mit ihnen kooperieren können, während dies umgekehrt möglich sei (Rawls 1971: 291). Rawls bezieht also die gerechte Sparrate auf sich nicht überlappende Generationen. Unter der Annahme egoistischer Rationalität wäre nun zu erwarten, dass die Personen im Urzustand davon ausgehen, dass frühere Generationen möglicherweise nicht genug gespart haben und wären versucht, die eigene Generation entsprechend zu bevorzugen und ebenfalls nicht zu sparen. Dieses Problem

fehlender Kooperationsanreize im Urzustand versucht Rawls zu umgehen, indem er die Beteiligten von ihrem Wissen über die Generationszugehörigkeit abschneidet:

„Da niemand weiß, welcher Generation er angehört, wird die Frage vom Standpunkt aller Generationen aus betrachtet, und der beschlossene Grundsatz drückt einen fairen Ausgleich aus.“
(Rawls 1979 (1971): 325)

Weiter setzt er voraus, der gewählte Grundsatz müsse universell gültig sein sowie von allen befolgt werden („full compliance“):⁵²

„Auf dem Weg zu einem gerechten Spargrundsatz [...] müssen sich die Beteiligten fragen, wieviel sie in jedem Entwicklungsstadium zu sparen bereit wären, falls alle anderen Generationen nach demselben Grundsatz gespart haben und sparen werden.“ (Rawls 1979 (1971): 323)

Wie sähe nun die gerechte Sparquote aus? Auch hier steht der am wenigsten Begünstigte im Zentrum der Überlegungen, wobei das Sparen bis zu einem gewissen Grad dessen Konsumniveau positiv beeinflusst, weil ein höherer Kapitalstock aus Investitionsgütern sowie ein höherer Wissenstand von vorherigen Generationen überlassen wird – ab einer gewissen Höhe würde sich der Effekt jedoch umkehren, weil die Sparrate die eigenen Konsummöglichkeiten einschränkt (vgl. Attas 2009: 206). In ärmeren Gesellschaften wäre deshalb eine niedrigere Sparquote angebracht als in reichen Gesellschaften (Rawls 1979 (1971): 323). Weiter unterscheidet Rawls zwischen einer Akkumulationsphase und einer stationären Phase. In der Akkumulationsphase muss mehr gespart werden, die gegenwärtige Generation also solange zugunsten späterer verzichten, bis eine gerechte Grundstruktur für zukünftige Generationen sichergestellt ist. Rawls schreibt dazu:

„Das Sparen kommt durch die politische Anerkennung von Maßnahmen zustande, die den Lebensstandard der am wenigsten Begünstigten in späteren Generationen heben sollen, indem auf augenblicklich verfügbare Vorteile verzichtet wird.“ (Rawls 1979 (1971): 327)

⁵² Eine ausführliche Diskussion der Konstruktion des Urzustand und dessen Implikationen für die „gerechte Sparrate“ ist bei Attas (2009) zu finden. Gegen eine Versammlung aller Generationen im Urzustand wird eingewandt, dass auch in einer solchen Konstruktion des Urzustands die Vergangenheit nicht geändert werden könne und Rawls so in einer Sackgasse lande (vgl. Attas 2009: 197). Weil das Kooperationsproblem damit nicht zufriedenstellend gelöst wäre, konzipiert Rawls stattdessen die Personen als Vertreter von Nachkommenlinien, denen die näheren Nachkommen nicht gleichgültig sind und die damit motiviert zum Sparen seien (Rawls 1979: 323). Auch hieran wurde Kritik geäußert, da es sich um eine ad-hoc-Modifikation des Urzustands handle, die zudem eine bestimmte Konzeption des Guten, nämlich die Familie begünstige (vgl. Attas 2009: 199). Es bleibt unklar, warum Rawls diese etwas umständliche Konstruktion gewählt hat, denn genauso gut hätte er einfach die „present time of entry“-Annahme (im Urzustand einigen sich Zeitgenossen) fallen lassen können (vgl. Dierksmeier 2006). In späteren Arbeiten (Rawls 2003: 247) ist auch keine Rede mehr von „present time of entry“. Der gerechte Spargrundsatz ist nun derjenige, auf den sich alle Generationen verpflichten würden, sofern keine Generation ihren Ort in der Generationenabfolge kennt.

Erfüllen die Institutionen ein gerechtes Mindestmaß, ist die stationäre Phase erreicht und die Sparquote könne auf ein Niveau sinken, das für den dauerhaften Erhalt gerechter Institutionen genügt (Meyer 2006). Der gerechte Spargrundsatz schränkt dabei das Unterschiedsprinzip ein.

„In jeder Generation sind ihre Aussichten [der am wenigsten Bevorzugten in jeder Generation; Anm. des Verfassers] zu maximieren, nachdem die beschlossenen Ersparnisse beiseite gelegt worden sind.“ (Rawls 1979 (1971): 326)

Berücksichtigt man nun, dass das Freiheitsprinzip weiterhin Vorrang vor dem Differenzprinzip hat, wird deutlich, dass durch die Sparrate zunächst ein transgenerational adäquates und dauerhaft stabiles Mindestmaß erreicht werden müsse, wodurch die dringenden Grundbedürfnisse und faire Chancen gewährleistet werden (Attas 2009: 215), alles darüber hinaus gehende aber eine Frage der *intragenerationalen* Gerechtigkeit wäre. Es handelt sich damit um eine suffizientaristische Konzeption intergenerationaler Gerechtigkeit. Allerdings sollte zumindest so viel an die Nachkommen weitergegeben werden, wie selbst von der Vorgängergeneration erhalten worden sei (vgl. Meyer 2010).

Rawls' Überlegungen zur gerechten Sparquote richten sich vornehmlich auf sich nicht überlappende Generationen. In Bezug auf Gerechtigkeit in der Altersvorsorge, die sich auch auf gleichzeitig lebende Generationen bezieht, sind deshalb zunächst die üblichen Bedingungen der „original position“ relevant. Da kein Wissen über die (sozialstaatliche) Generationenzugehörigkeit vorliegt, kommt das Freiheits- und das Differenzprinzip zur Anwendung: Es darf keine Verteilung gewählt werden, die eine der sozialstaatlichen Generationen in ihrer Freiheit gegenüber einer anderen benachteiligt; und Ungleichheiten sind nur dann gerechtfertigt, wenn dadurch die am schlechtesten Gestellten begünstigt werden.⁵³ Rawls' wendet diese Prinzipien unter Rückgriff auf ökonomische Wachstumstheorien auf das gerechte Existenzminimum an (Rawls 1979 (1971): 320). Dieses ist dann erreicht, wenn eine weitere Besteuerung zur Finanzierung des Existenzminimums eine Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach sich ziehen würde, so dass die Situation des am wenigsten Begünstigten

⁵³ Ein grundsätzliches Dilemma ergibt sich aus der Anwendung des Freiheitsprinzips im *intergenerationalen* Kontext, denn jede Entscheidung einer Generation engt den Entscheidungsspielraum der nachfolgenden Generationen ein. Die strenge Anwendung des Freiheitsprinzips in dem Sinn, dass keine Entscheidungen mit Bindungswirkung für spätere Generationen gefällt werden dürften (Ressourcenverbrauch), würde aber umgekehrt zu einer entscheidenden Einschränkung der Handlungsspielräume der gegenwärtigen Generationen führen. Unter Rückgriff auf das Differenzprinzip kann aber argumentiert werden, der Ressourcenverbrauch sei legitim, sofern damit Investitionsgüter bereitgestellt werden, die das Wohlstandsniveau der am wenigsten Begünstigten in nachfolgenden Generationen erhöhen.

sich dadurch verschlechterte. Übertragen auf die Problematik gerechter Alterssicherungssysteme, kann man davon ausgehen, dass eine Erhöhung der Renten, die höhere Beitragssätze nach sich ziehen würde, ab einer gewissen Höhe zu einer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit führt, ab der sich schließlich die Situation der Rentner wieder verschlechtert. An diesem Punkt wäre das Differenzprinzip erfüllt und keine weitere Erhöhung mehr geboten. Die Orientierung an den Rentenempfängern ist jedoch nicht zwingend, denn die gerechten Institutionen werden vom Standpunkt der am wenigsten Bevorzugten in jeder Generation aus ausgestaltet. Und dies könnte ebenso ein Beitragszahler sein.

Außerdem stellt Rawls, der offensichtlich von kontinuierlichem Wohlstandswachstum ausgeht, fest, dass das, was man als „Gnade der späten Geburt“ bezeichnen könnte, kein Gerechtigkeitsproblem darstelle. Vielmehr sei es eine Naturtatsache, dass wirtschaftliche Vorteile nur in eine Richtung, nämlich die der nachfolgenden Generationen fließen (Rawls 1979 (1971): 322). Diese Festlegung, die von Rawls als Naturgesetz formuliert wird, gibt seinen Überlegungen zur Gerechtigkeit zwischen Generationen eine einseitige Richtung, die von vornherein ausschließt, dass es nachfolgenden Generationen auch schlechter gehen könnte. In keiner Weise spricht Rawls davon, dass die Sparquote negativ werden könnte, dass also entspart wird, eine Generation über ihre Verhältnisse lebt, den Kapitalstock vernichtet oder den eigenen Konsum durch exzessive Verschuldung auf Kosten zukünftiger Generationen finanziert. Das könnte daran liegen, dass Rawls' Verständnis von Sparen sehr weit gefasst ist, neben Konsumverzicht ist darunter nicht nur die Weitergabe von Vermögenswerten, Infrastruktur und anderen Gütern zu verstehen, sondern auch Institutionen, Wissen und Kulturtechniken, die an nachfolgende Generationen übertragen werden. Der Eindruck entsteht, dass es in der philosophischen Welt von Rawls gar keine negativen Sparquoten geben kann.⁵⁴ Dies ist möglicherweise einer der Gründe, warum die Idee der „gerechten Sparquote“ in der Debatte um die Alterssicherung, kaum rezipiert wird. Denn Rawls hat zu den spezifischen Problemen der öffentlichen Verschuldung und der Lastenverteilung in umlagefinanzierten Alterssicherungssystemen bei schrumpfenden Kohortengrößen genauso wenig zu sagen, wie zur Erschöpfung natürlicher Ressourcen, außer, dass die Sparquote dann als zu niedrig anzusehen wäre, wenn die Forderung nach der dauerhaften Aufrechterhaltung gerechter Institutionen

⁵⁴ In gewisser Weise ist Rawls Philosophie an dieser Stelle ökonomisch unterkomplex angelegt, denn er unterscheidet nicht zwischen Sparen bzw. Verschuldung der Konsumenten, des Staates oder der Unternehmen. Unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit werden aber in heutiger Zeit gerade die Verschuldung öffentlicher Haushalte und die ungedeckten Verpflichtungen diskutiert, die bestimmte para-fiskalische Institutionen wie die Rentenversicherung eingeht.

nicht mehr erfüllbar ist. Insofern wird dem Nachhaltigkeitsgedanken durchaus genüge getan, allerdings auf einem Niveau, das sich an den Grundbedürfnissen orientiert, jedoch kein Optimum definiert.

Auffällig ist in jedem Fall, dass der philosophisch-theoretische Diskurs über Generationengerechtigkeit bei Rawls (1971) durch ein ausgesprochen hohes Abstraktionsniveau mit nur geringen praktischen Implikationen gekennzeichnet ist, weswegen von Rawls' „gerechter Sparquote“ inspirierte Überlegungen kaum Eingang in die politische Diskussion, geschweige denn das Alltagsverständnis von Generationengerechtigkeit gefunden haben. Der Annahme, dass die Konzeption von Generationengerechtigkeit bei Rawls allgemeinen intuitiven Vorstellungen über Generationengerechtigkeit entspricht, muss daher mit Skepsis begegnet werden.

3.3.2 Generationengerechtigkeit in der Wohlfahrtsökonomie

Auch wenn Rawls' spezielle Theorie der „gerechten Sparquote“ in der Debatte um Generationengerechtigkeit im sozialstaatlichen Kontext weniger bedeutsam ist, beeinflusst seine allgemeine Theorie der Gerechtigkeit doch viele wohlfahrtsökonomische Ansätze, die sich auch mit Rentenpolitik auseinandersetzen (z. B. Barr 1993; Barr und Diamond 2009; Goodin 1988; Schokkaert und Van Parijs 2003).⁵⁵

So legen Schokkaert und Van Parijs (2003) – unter Anwendung der Maximin-Regel – den Fokus darauf, die Situation der am schlechtesten Gestellten in jeder Kohorte zu verbessern. Im intergenerationalen Kontext argumentieren sie für die Maximierung der Ausstattung der am schlechtesten gestellten Kohorte bei sich überlappenden Generationen. Demgemäß sehen sie den größten Vorteil von umlagefinanzierten Rentensystemen im Risikoausgleich zwischen Generationen, was einer Versicherung gegen „exogene Schocks“, d. h. kollektive Risiken mit nicht bezifferbaren Eintrittswahrscheinlichkeiten, gleichkäme. Es könne vernünftigerweise erwartet werden, dass unterschiedliche Kohorten einem solchen Ausgleichsmechanismus zwi-

⁵⁵ Zentral ist hierbei das Maximin-Kriterium, wonach die allgemeine Wohlfahrt dann maximal ist, wenn die Position der am wenigsten Begüterten am besten ist. Praktisch kommt zumeist jedoch eine abgemilderte Version der Maximin-Regel zur Anwendung. Entscheidend ist dabei, dass einer zusätzlichen Einheit eines bestimmten Gutes bei einer Person am unteren Ende der Güterverteilung ein wesentlich größerer Wohlfahrtseffekt zugemessen wird als bei einer Person am oberen Ende des Spektrums. Diese Sichtweise ist gut vereinbar mit der klassischen Vorstellung eines abnehmenden Grenznutzens. In der Wohlfahrtsökonomie werden auch Ergebnisse der empirisch inspirierten Behavioral Economics berücksichtigt (z. B. Barr und Diamond 2009: 11). Die Wohlfahrtsökonomie argumentiert in diesem Sinn nicht rein normativ modelltheoretisch.

schen Generationen zustimmen würden, da sie damit rechnen müssten von einem solchen Schock in Zukunft getroffen zu werden (Schokkaert und Van Parijs 2003: 249).

Insgesamt plädieren die Wohlfahrtsökonominnen für einen milden Paternalismus, der Erkenntnisse der Verhaltensökonomie berücksichtigt und nicht von streng rationalen Akteuren sowie perfekten Märkten ausgeht (vgl. Arrow 1963, 1974; Barr und Diamond 2008; Kahneman und Tversky 1979; Thaler 1999; Thaler und Sunstein 2008). Außerdem lägen Informationsdefizite sowie Informationsasymmetrien zwischen Anbietern und Abnehmern von Altersvorsorgeprodukten vor (vgl. Akerlof 1970). Und selbst wenn alle Information vollständig vorläge, würde die Komplexität der Alterssicherung, die Informationsverarbeitungskapazitäten der Individuen übersteigen (vgl. Barr und Diamond 2009: 9f). Aus diesen Gründen argumentieren Schokkaert und van Parijs (2003: 248) beispielsweise für eine Mindestrente, die so hoch ausfallen sollte, wie sie nachhaltig finanzierbar sei. Dafür spricht, dass viele Individuen langfristige Risiken unterschätzen, eine zu hohe Zeitpräferenz aufweisen und deshalb zu wenig vorsorgen würden (Barr und Diamond 2009; Beshears et al. 2010; Choi et al. 2002; Laibson et al. 1998: 11f; Lampert und Althammer 2004: 144; Tapia Sr. und Yermo 2007).⁵⁶ Allerdings sollte die Mindestrente nicht bedarfsgeprüft sein, um z. B. eigene Sparanstrengungen nicht zu konterkarieren. Unter diesen Umständen entstehen allerdings Trittbrettfahrerprobleme, da Individuen mit zu geringen Vorsorgeanstrengungen davon ausgehen können, dass die Gesellschaft ihnen das Existenzminimum garantieren wird (Lampert und Althammer 2004: 145).⁵⁷ Diese Konstellation würde für eine Pflichtversicherung sprechen, was unter diesem Gesichtspunkt nicht als Einschränkung der Konsumentensouveränität und bevormundender Paternalismus zu betrachten sei, sondern als eine Absage an das „Freeriding“ (Gosseries 2005: 301).

Auch das Problem adverser Selektion mache eine Pflichtversicherung notwendig (Barr und Diamond 2009: 10; vgl. Rothschild und Stiglitz 1976). Beispielsweise wäre eine private Rentenversicherung für Personen mit durchschnittlich geringerer Lebenserwartung zu teuer, was dazu führen könnte, dass diese überhaupt keine Versicherung abschließen würden. Gosseries (2005: 301) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die kürzere Lebenserwartung in ärmeren Einkommensschichten „anti-redistributiv“ wirke, wodurch Umverteilungselemente staatlicher Altersvorsorgesysteme abgeschwächt werden. Generell ist für die Wohl-

⁵⁶ Insbesondere Angehörige der Unterschicht und Personen mit schlechten Ergebnissen bei Intelligenztests weisen eine vergleichsweise hohe Diskontierungsrate auf (vgl. Warner und Pleeter 2001).

⁵⁷ Zum Problem des moralischen Risikos vgl. Stiglitz (1983).

fahrtsökonomien ein einheitliches staatliches System wegen der Skaleneffekte zudem vergleichsweise kostengünstiger und damit effizienter als viele verschiedene private Anbieter.

Implizite und explizite Schulden, die nachfolgenden Generationen aufgebürdet werden, sind für Wohlfahrtsökonomien legitim, solange diesen auch eine entsprechend höhere Ausstattung an Human-, Umwelt- und physischem Kapital überlassen wird (Schokkaert und Van Parijs 2003: 251). Hinsichtlich der Frage, ob ein System mit konstanten Beitragssätzen (Defined-Contribution-System) oder mit konstanten Leistungsniveaus (Defined-Benefit-System) vorzuziehen sei, sollte im Sinne des kollektiven Risikoausgleichs die sog. „Musgrave-Regel“ angewendet werden (vgl. Musgrave 1986; Myles 2002; Schokkaert und Van Parijs 2003: 252). Denn während Defined-Benefit-Systeme die Lasten exogener Schocks – beispielsweise im Falle einer Wirtschaftskrise – alleine den Erwerbstätigen aufbürden, tun Defined-Contribution-Systeme genau das Gegenteil: Siebürden die Anpassungskosten alleine den Rentnern auf. Mit der Musgrave-Regel werden die Anpassungslasten dagegen zwischen Erwerbstätigen und Rentnern gleichmäßig aufgeteilt:⁵⁸

“[...] contributions and benefits are set so as to hold constant the ratio of per capita earnings of those in the working population (net of contributions) to the per capita benefits (net of taxes) of retirees. As the population ages, the tax rate rises but benefits also fall so that both parties ‘lose’ at the same rate [...]” (Myles 2003: 264f)

Ob allerdings ein solches Design von der Bevölkerung tatsächlich als gleichmäßige Belastung beider Generationen wahrgenommen wird, ist eine empirisch interessante Frage. Denn unter der Annahme, dass die erwerbstätige Bevölkerung ihre Situation im Alter antizipiert, könnte auch die Wahrnehmung einer doppelten Belastung in dieser Kohorten erwartet werden: weil sie zunächst höhere Beitragssätze tragen muss und später im Lebenslauf niedrigere Renten erhält.

Eine weitere im Zusammenhang mit der Musgrave-Regel relevante Frage ist, ob es sich beim demografischen Wandel um so etwas wie einen „exogenen Schock“ handelt, auf den die *Musgrave-Regel* anzuwenden wäre oder ob nicht zum Beispiel die Generationen, die relativ zu wenig Nachkommen aufweisen, die Anpassungskosten im Sinne des Verursacherprinzips selbst zu tragen hätten. Wenn es sich bei den gesunkenen Geburtenraten um eine bewusste Entscheidung der jeweiligen prokreativen Kohorten handele, so Schokkaert und Van Parijs

⁵⁸ Im Vordergrund steht also die synchrone Beziehung zwischen Generationen (siehe S. 53).

(2003: 252), dann sei es unfair, die dadurch entstehenden Kosten auf andere Generationen umzuverlagern.

Wie aber verhält es sich, wenn die niedrigen Geburtenraten ein unfreiwillige Folge institutioneller Restriktionen sind? Empirische Hinweise gibt es dafür in Deutschland, denn gefragt nach der gewünschten Kinderzahl werden im Schnitt von Frauen Werte um 1,8 (Männer: 1,5) angegeben anstatt der faktischen 1,3 (Dorbritz und Ruckdeschel 2009: 275).⁵⁹ Der Verzicht auf Kinder erfolgt also zu einem gewissen Grad unfreiwillig. Außerdem ist das generative Verhalten innerhalb einer Kohorte nicht homogen. Von einer negativen Anpassung der Renten würden dann gerade diejenigen besonders betroffen sein, die aufgrund von Kindererziehungszeiten Nachteile auf dem Arbeitsmarkt hinnehmen mussten.⁶⁰

Offensichtlich kein Problem *intergenerationaler* Gerechtigkeit im eben beschriebenen Sinn ist dagegen die gestiegene Lebenserwartung. Dabei handelt es sich lediglich um ein Problem intratemporaler Umverteilung. In diesem Fall sei klar, dass das Renteneintrittsalter erhöht werden müsse. Schokkaert und Van Parijs (2003: 260) plädieren jedoch auch dafür, die Wahl des Eintrittsalters flexibel zu gestalten und den individuellen Präferenzen Rechnung zu tragen, wobei sich ein früherer Rentenbezug mindernd auf die Rentenhöhe auswirken müsse. Die Position derjenigen, die nicht so lange arbeiten können, sei durch entsprechende Mindestrenten abzusichern.

Ansonsten plädieren Schokkaert und Van Parijs (2003: 256) eher für ein beitragsfinanziertes „Bismarck-System“ mit einkommensabhängigen Rentenhöhen als für ein steuerfinanziertes „Beveridge-System“, ohne Einkommensabhängigkeit, da in einem „Bismarck-System“ die Beiträge zur Rentenversicherung weniger als Steuer wahrgenommen würden und damit Widerstände gegen ihre Erhebung und entsprechendes Vermeidungsverhalten geringer ausgeprägt seien.

⁵⁹ Sinn (2000) interpretiert die faktische Kinderanzahl gemäß dem Paradigma der „revealed preferences“ als rationale Wahlentscheidung und plädiert von daher für eine entsprechende Kürzung der Renten bei den Kohorten, die bei der Kindererziehung gespart hätten.

⁶⁰ Lampert und Althammer weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in dem Maß wie Familien durch ihre Kindererziehungsleistungen die Grundlagen für die Finanzierung der GRV legen, eine Externalisierung der Kosten der Alterssicherung stattfindet (Lampert und Althammer 2004: 145).

3.3.3 Generationengerechtigkeit als Ausschluss willkürlicher Benachteiligung

Vergleicht man unterschiedliche Konzepte intergenerationaler Gerechtigkeit auf einer abstrakteren Ebene, besteht ein gemeinsamer Nenner darin, eine übermäßige Benachteiligung einzelner Personen allein aufgrund einer bestimmten Generationenzugehörigkeit auszuschließen (vgl. Heubach 2008: 43ff) – die Musgrave-Regel oder eine auf ein intergenerational konstantes Pro-Kopf-Nutzenniveau abzielende Definition von Nachhaltigkeit (Höffe 1999: 420) sind Beispiele.⁶¹ Ganz allgemein steht dieser Argumentationsstrang in der egalitaristischen Tradition moderner Demokratien nach der französischen Revolution, wonach soziale Ungleichheiten begründungsbedürftig sind, da alle Menschen von Natur aus mit gleichen Rechten und Grundfreiheiten ausgestattet sind (Steinvorth 1999; vgl. auch Art. 3 GG). Eine Benachteiligung einzelner Generationen, die nicht mit guten Gründen legitimiert werden kann, verbietet sich von daher.⁶²

Bei der Frage, ob eine Benachteiligung willkürlich ist und kompensiert werden sollte, ist eine Differenzierung danach vorzunehmen, wodurch diese verursacht wurde. Ein Nachteil, der Ergebnis der eigenen freien Entscheidung ist, muss nicht von der Gesellschaft ausgeglichen werden (vgl. Dworkin 2000: 511; Gosseries 2005: 300).⁶³ Bei institutionell oder durch Dritte bedingten Nachteilen gilt das Verursacherprinzip; in diesen Fällen muss die Gesellschaft oder die dritte Partei Kompensation leisten. Ein egalitaristisches Verständnis des Ausschlusses willkürlicher Benachteiligung, das sich an einem konstanten Nutzenniveau orientiert, würde daher davon ausgehen, dass zukünftige Generationen, deren Existenz von gegenwärtig lebenden Generationen abhängig ist, bereits geschädigt werden, wenn letztere ersteren ein niedrigeres durchschnittliches Wohlstandsniveau überlassen, als sie selbst zur Verfügung hatten (vgl. Barry 1999; Gosepath 2004: 454-463; Meyer 2010).

Schwierig wird es bei natürlichen Ungleichheiten (mit anderen Worten: Unglück), wie veränderten Umweltbedingungen, angeborenen Benachteiligungen oder der Geburt in einer bestimmten „benachteiligten“ Kohorte. Für sog. „Luck-Egalitarians“ wie Dworkin ist Unglück extern verursacht, liegt nicht im Verantwortungsbereich des Individuums und erfordert

⁶¹ Für Höffe (1999: 420) stellt jeglicher Verbrauch einer nichterneuerbaren Ressource eine Benachteiligung einer nachfolgenden Generation dar, sofern nicht in gleichem Maß Substitute dafür bereitgestellt werden.

⁶² Nullmeier zufolge bezieht sich der Gleichheitsgrundsatz jedoch traditionell auf individuelle Gleichbehandlung und Nicht-Diskriminierung, nicht aber auf Großgruppengleichheit (Nullmeier 2007: 155).

damit einen sozialen Ausgleich, es sei denn, es hätte die Möglichkeit einer Versicherung dagegen bestanden (Dworkin 2000: 74).⁶⁴ Rawls' Urzustandskonstruktion ist ähnlich zu interpretieren: Die zentrale Frage ist dort, welche Gerechtigkeitsgrundsätze gewählt werden, wenn die individuellen Ergebnisse der „Zufälligkeiten der Natur“ (Rawls 1979 (1971): 29) unbekannt sind. Die aus dem Maximin-Prinzip abgeleitete „gerechte Sparrate“ würde einen Schwellenwert verlangen, ab dem ein hinreichendes Niveau für die am meisten benachteiligte Person sichergestellt wäre, gleich welcher Generation sie angehört. Es handelt sich dabei um eine suffizientaristische Position (vgl. Meyer 2010). Für einen libertären Denker wie Nozick müssten Ungleichheiten durch Unglück dagegen hingenommen werden (Nozick 1974: 225).

Soweit die Definition von intergenerationeller Gerechtigkeit als Ausschluss willkürlicher Benachteiligung auf abstrakter Ebene intuitiv nachvollziehbar ist, lassen sich insbesondere bei Anwendung der egalitaristischen Konzeption leicht Widersprüche aufdecken (vgl. Fishkin 1992: 72f).⁶⁵ So wäre auch ein sehr niedriges Wohlstandsniveau legitim, solange es nur für alle Generationen gleich niedrig wäre. Und jede Gesetzesänderung im Steuer- bzw. Sozialversicherungssystem, würde zu einer Besser- bzw. Schlechterstellung bestimmter Altersgruppen im Vergleich zum Status quo ante führen. Ein derart starres (para-)fiskalisches System wäre aber kaum mit anderen *intragenerationalen* Gerechtigkeitskonzepten, wie dem Differenzprinzip, vereinbar. So würde eine egalitaristische Konzeption, wie die der impliziten Renditegleichheit, Rawls' Differenzprinzip entgegenstehen, wonach Änderungen des Status quo den am meisten benachteiligten Personen zugutekommen sollten (Myles 2003: 266). Umgekehrt wird deutlich, dass klassische *intragenerationale* Verteilungsprobleme nicht isoliert von *intergenerationaler* Gerechtigkeit behandelt werden können, denn jede Veränderung rechtlicher Ansprüche und Verpflichtungen im Steuer- und Abgabensystem hat auch eine zeitliche Dimension, indem sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten Betroffene diskriminiert.

Gleichwohl bleibt fraglich, inwieweit dieser letzte Punkt tatsächlich als Gerechtigkeitsproblem wahrgenommen wird. Problematisch sind kurzfristige Veränderungen des institutio-

⁶⁴ Z. B. gelten Rechtfertigungen sozialer Ungleichheit auf der Grundlage eines askriptiven Merkmals, also eines Merkmals das nicht durch das Individuum beeinflusst werden kann, wie des Geschlechts, in modernen Demokratien im Allgemeinen als nicht legitim. Auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kohorte oder ein bestimmtes Alter (Stichwort „Ageism“) können als askriptive Merkmale aufgefasst werden (Fishkin 1992; Liebig und Scheller 2007: 312).

⁶⁵ Fishkin (1992) nennt das Beispiel von unterschiedlichen Kohortengrößen, bei dem eine kleinere nachfolgende Kohorte (C) entweder überproportional hohe Beiträge zahlen müsste oder die Empfängerkohorte (B) Abstriche bei der Rentenhöhe hinnehmen müsste. In beiden Fällen wäre der Gleichbehandlungsgrundsatz entweder gegenüber der Vorgängerkohorte von B oder gegenüber der Nachfolgerkohorte C verletzt. Allerdings ist vorstellbar, dass die Belastungen gleichmäßig über alle Kohorten verteilt würden.

nellen Rahmens aber insbesondere dann, wenn sie quer zu langfristigen Erwartungen und Planungen der Individuen liegen – z. B. über die Höhe und Notwendigkeit privater Vorsorge. Aus diesem Grund spielt gerade im Bereich der naturgemäß langfristig angelegten Alterssicherung der Rechtsgrundsatz des Vertrauensschutzes eine wichtige Rolle. Änderungen der Rechtsordnung müssen zeitliche Fristen vorsehen, innerhalb der Verhaltensanpassungen vertretbar erscheinen. Auch der ausgeprägte Widerstand in der Bevölkerung gegen viele Reformen im Sozialsystem, wie z. b. gegen die „Rente mit 67“, deutet darauf hin, dass solche Veränderungen im Transfer- und Abgabensystem – trotz der Einsicht in ihre vermeintliche Notwendigkeit angesichts veränderter Rahmenbedingungen – allein aufgrund ihres zeitlich diskriminierenden Charakters, durchaus als Gerechtigkeitsproblem wahrgenommen werden.

Ein anderes praktisches Problem mit dem Ausschluss willkürlicher Benachteiligung als Gerechtigkeitsgrundsatz ergibt sich daraus, dass in manchen Bereichen eine Distinktion zwischen „Unglück und Ungerechtigkeit“ (Horn und Scarano 2002: 10) bzw. zwischen interner Wahl und externen Umständen weit weniger eindeutig ist, als man zunächst vermuten könnte. Ist es Schicksal einer Kohorte anzugehören, die wenige Nachkommen hervorgebracht hat oder eine Ungerechtigkeit, zumal wenn man selbst mehrere Kinder großgezogen hat?⁶⁶ Inwiefern handelt es sich bei Makro-Phänomenen wie Arbeitslosigkeit oder niedriger Fertilität um externe strukturelle Veränderungen, deren intertemporale Ungleichheit generierenden Effekte staatlich zu bekämpfen wären oder um individuell bedingte Zustände? Weiterhin ist unklar, wie mit technischem Fortschritt, der Globalisierung und den Veränderungen der Umweltbedingungen umzugehen wäre.⁶⁷ Die Rahmenbedingungen der Alterssicherung haben sich geändert; werden dadurch aus vormaligen „gerechten“ Institutionen „ungerechte“ Institutionen oder sind es die vermeintlich natürlichen bzw. emergenten Rahmenbedingungen, an denen man, wenn überhaupt, ansetzen müsste? Ist beispielsweise die in Zukunft im Vergleich zu früheren Zeiten voraussichtlich wesentlich niedriger ausfallende Rente eines gering Qualifizierten eine Folge mangelnder Produktivität, also individuell attribuierbar, oder die Folge seiner im Zuge von Handelsliberalisierung und technischem Wandel verschlechterten Beschäftigungsmöglichkeiten und damit eher eine Folge politischer Entscheidungen? Aus der ersten Perspektive

⁶⁶In diesem Zusammenhang auch Gosseries (2005: 304): „Der Rückgang der Geburtenrate einer Generation A, welche die Finanzierungslast der Generation B erhöht, ist für B ein Umstand und für A mindestens zum Teil das Ergebnis einer kollektiven Entscheidung“ bzw. aggregierter individueller Entscheidungen wie man ergänzen könnte.

⁶⁷ Vgl. hierzu die Debatte um die Legitimität einer Zukunftsdiskontierung (Cowen und Parfit 1992; Wiemeyer 2004).

handelt es sich um eine nach dem individualistischen Leistungsprinzip gerechtfertigte, also nicht willkürliche, Lohndiskriminierung. Aus der zweiten Perspektive, müssten die höher Qualifizierten als Globalisierungsgewinner zu einer Kompensation verpflichtet werden, da es sich um eine institutionell bedingte, und in diesem Sinn willkürliche, Benachteiligung handeln würde. So schreibt Nullmeier (2007: 158):

„Nicht die Überalterung ist Ursache der schlechteren Position jüngerer Alterskohorten, sondern eine Umstrukturierung der Funktionsweise des deutschen wie des internationalen wirtschaftlichen Systems [...].

Die einzig negative Hinterlassenschaft und generationenungerechte Handlung der Älteren besteht darin, keine gesellschaftlichen Institutionen geschaffen und gesichert zu haben, die eine allgemeine Teilhabe an Vermögenszuwächsen dauerhaft gewährleisten“

Besonders paradox erscheint die Frage der Attribution gesellschaftlicher Entwicklungen als Unglück oder Ungerechtigkeit im Zusammenhang mit der gestiegenen Lebenserwartung, die individuell als großes Glück gewertet werden kann, aber kollektiv betrachtet, die althergebrachte ausgabenorientierte Einnahmepolitik der GRV in Frage stellt. In diesem Zusammenhang von einer Ungerechtigkeit gegenüber jüngeren Kohorten zu sprechen, erscheint seltsam – und doch wird die naheliegende Maßnahme darauf, nämlich den Renteneintritt nach hinten zu verschieben, als besonders unfair wahrgenommen (Schrenker 2009).

Generationengerechtigkeit als Ausschluss willkürlicher Benachteiligung leidet also unter einem doppelten Abgrenzungsproblem, weil es einerseits schwierig ist, zu entscheiden, ob soziale Phänomene individuell oder strukturell attribuiert werden müssen und, weil andererseits eine gemeinsame Bilanzierung unterschiedlicher Lebensbereiche in dieser Hinsicht kaum möglich erscheint. So haben sich historisch betrachtet die individuellen Wahlmöglichkeiten, z. B. im Bereich der Gesundheitsversorgung ohne Frage vergrößert, während in anderen Bereichen, etwa im Bereich ökologischer Ressourcen, neue Restriktionen entstanden sind. In diesem Sinn kann das Konzept der Generationengerechtigkeit außer auf die Alterssicherung auf Bereiche wie Bildung, Ökologie, Ökonomie, Gesundheit, Staatsfinanzen, Familie usw. ausgedehnt werden, mit jeweils unterschiedlichen Implikationen. Sind *intergenerationale* Ungleichheiten zwischen Generationen in der Rente legitim, weil sie in einem anderen Bereich wie der Gesundheitsversorgung überkompensiert werden? Kleinere, für Umlagesysteme problematische, Kohortengrößen können nicht zuletzt auch dazu führen, dass in den anderen Bereichen wesentlich mehr Güter pro Kopf zur Verfügung stehen (Gosseries 2005: 305). Es ist vollkommen unklar, wie man diese bereichsspezifischen temporalen Ungleichheiten integ-

rieren oder gegenrechnen kann und inwiefern Wechselwirkungen zwischen ihnen zu berücksichtigen sind. Eine Konzentration nur auf einen Bereich setzt sich sofort dem Vorwurf der Unterkomplexität aus, weil man z. B. Wechselwirkungen und gegenläufige Transferströme zwischen unterschiedlichen Subsystemen, z. B. Rentensystem und Familie, ausklammert (Kohli 2002).

Dabei sind auch psychologische Wahrnehmungsverzerrungen zu beachten. Beispielsweise halten wir es für gegeben, dass sich der Produktivitätsfortschritt nur in eine Richtung, zu Gunsten nachfolgender Generationen, entwickelt. Die „Gnade der späten Geburt“ in Form solcher intergenerationaler Asymmetrien der Fortschrittsentwicklung werden implizit als Selbstverständlichkeit betrachtet, als ein Erwartungsanker (vgl. Kahneman und Tversky 1979), hinter den man nicht zurückfallen kann und von dem ausgehend erst existentielle Gerechtigkeitsvergleiche vorgenommen werden. Man könnte argumentieren, dass dies im Falle solcher natürlicher Asymmetrien auch berechtigt sei, so wie man auch den Verbrauch endlicher Ressourcen früherer Generationen als natürlich und nicht-revidierbar betrachten müsste. Die meisten Personen würden deshalb bei der einfachen Frage, in welchem Jahrzehnt sie am liebsten geboren wären, sicher nicht die 30er Jahre wählen, obwohl diese Kohorten am stärksten vom Umlagesystem profitieren konnten. Und die Wenigsten würden wohl ein höheres Rentenniveau gegen eine kürzere Lebenserwartung eintauschen.

Kompliziert ist es auch dann, wenn veränderte natürliche Ungleichheiten institutionelle Ungleichheiten bedingen: Die gegenüber früheren Generationen gesunkenen Lohnersatzquoten in der Alterssicherung sind teilweise auf die gestiegene Lebenserwartung jüngerer Kohorten zurückzuführen. Sind sie deshalb bereits durch die höhere Lebenserwartung kompensiert? Dies führt schließlich zu Bewertungsschwierigkeiten: Sind zwei zusätzliche Lebensjahre auf einem niedrigen Konsumniveau äquivalent zu einem zusätzlichen Lebensjahr auf doppelt so hohem Konsumniveau?

Das Problem mit einem egalitaristischen Ansatz besteht also im Allgemeinen darin, dass es schwierig ist, zu entscheiden, was Gleichheit zwischen Generationen eigentlich erfordern würde und wie viel Umverteilung unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten damit geboten wäre. In jedem Einzelfall dieser Art sind mehrere Entscheidungen nötig, (1) ob eine interne Verantwortungszuschreibung möglich ist oder nicht, (2) ob interagierende oder gegenläufige Ungleichheitsdimensionen berücksichtigt werden müssen und (3) wie Güter und Lasten in unterschiedlichen Bereichen, deren subjektiver Nutzen zudem variieren mag, äquivalent zu gewichten sind. Ein möglicher Weg in dieser Hinsicht mehr Klarheit zu schaffen, wird durch

den *Capability-Ansatz* aufgezeigt (vgl. Abschnitt 3.3.7). Die Theorieentwicklung in diesem Bereich ist aber noch weit davon entfernt, a priori eine zufriedenstellende theoretische Entscheidungsgrundlage zu liefern.

Einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten bietet möglicherweise ein bereichsspezifischer, eng an bestehenden intergenerationalen Ausgleichsinstitutionen orientierter Ansatz, der das Problem tauschtheoretisch angeht. Allerdings werden die skizzierten Probleme dadurch nicht gelöst, sondern nur umgangen. Die Frage, wo die Grenze zu ziehen ist, wenn man Gerechtigkeit in der Alterssicherung untersuchen möchte, bleibt bestehen. Klar ist jedenfalls, dass eine enge bereichsspezifische Betrachtungsweise nicht in jedem Fall sinnvoll ist und womöglich zu kurz greifen würde.

3.3.4 Generationengerechtigkeit als Generationenvertrag

Wie eben angeführt, verbieten viele Generationengerechtigkeitskonzepte eine willkürliche Benachteiligung von Individuen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation (z. B. Barry 1999; Höffe 1999; Rawls 1979 (1971)). Sie sind damit dem Ideal der Gleichheit bzw., bei suffizientaristischer Ausformulierung, dem Ideal der Chancengleichheit verpflichtet. In diesem Sinn kann man sie als Konzepte der *Justitia Distributiva* (Verteilungsgerechtigkeit) verstehen.⁶⁸ Davon kann eine tauschtheoretische Betrachtungsweise unterschieden werden, die in Generationengerechtigkeit vor allem die Einhaltung von Reziprozitätsnormen sieht. Während über das Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit heftig gestritten wurde, so Höffe (2002 (1996): 456), bestehe über die Tauschgerechtigkeit Einigkeit. Der genaue Wert der zu tauschenden Waren sei zwar häufig kontrovers, unkontrovers sei jedoch das Kriterium der Äquivalenz.⁶⁹ Und dort, wo der Wert umstritten sei, müsse es zumindest einen wechselseitigen Vorteil geben. Im intergenerationalen Kontext dürfe das Verständnis des Tausches aber weder zu „ungeduldig“ noch zu „kleinlich“ sein, so Höffe (2002 (1996): 457) weiter. Das heißt, man darf weder von unmittelbaren noch von direkten Tauschbeziehungen ausgehen, sondern Geber und Empfänger sind zu unterschiedlichen Zeiten verschiedene Personen.

⁶⁸ Es stellt sich die Frage, wann eine Benachteiligung vorliegt. Konstatiert man eine Benachteiligung unter der Bedingung, dass der Pro-Kopf-Nutzen einer Generation im Verhältnis zu ihrem Aufwand kleiner ist als bei einer anderen Generation, dann konvergieren die egalitaristischen und tauschtheoretischen Betrachtungsweisen.

⁶⁹ Vorstellungen des äquivalenten Tausches zwischen Generationen und egalitaristischen Konzeptionen von intergenerationaler Gerechtigkeit haben konvergente Implikationen.

In der gesetzlichen Rentenversicherung werden Austauschverhältnisse zwischen Generationen häufig mit der Metapher des „Generationenvertrags“ umschrieben. Ausgangspunkt ist dabei der familiäre Reziprozitätszusammenhang, in dem die Eltern zunächst ihre Kinder versorgen und sich später daraus eine Verpflichtung der Kinder zur Unterstützung der Eltern ergibt.⁷⁰ In Gemeinschaften ohne ausgeprägte sozialstaatliche Strukturen sind die eigenen Kinder in der Regel die funktionalen Äquivalente einer staatlichen Altersvorsorge. In modernen Wohlfahrtsstaaten wurde dieser direkte traditionale Reziprozitätszusammenhang durch einen indirekten, rechtlich sanktionierten und entpersönlichten Tauschakt zwischen sozialstaatlichen Generationen substituiert. Der „Generationenvertrag“ bezieht sich in umlagefinanzierten Rentensystemen gewöhnlich auf drei Generationen, wobei die gegenwärtige Generation der Erwerbstätigen die Renten der Vorgängergeneration finanziert (sowie die nachfolgende Generation großzieht) und im Gegenzug erwarten darf, dass ihre eigenen Renten später durch die nachfolgende Generation finanziert werden (vgl. Schreiber 1955b).⁷¹ Der Unterschied zur direkten Reziprozität im familialen Kontext liegt also darin, dass die nachfolgende Generation nicht der Vorgängergeneration reziprok verpflichtet ist, weil die Vorgängergeneration der Nachfolgenergeneration zuvor etwas hat zukommen lassen (wie z. B. Erziehungsleistungen, Erbschaften und Investitionen sowie soziales und kulturelles Kapital), sondern weil sie in der Erwerbsphase die Renten ihrer eigenen Vorgängergeneration finanziert hatte.⁷²

⁷⁰ Laslett spricht in diesem Zusammenhang vom „Two-Generational Procreational Contract“ (Laslett 1992: 27f). Nach Laslett vermag diese Konzeption nicht zu überzeugen, denn sie berücksichtige nur die Verpflichtungen unmittelbar angrenzender Generationen und beinhalte zudem eine Asymmetrie, denn die Kinder können ihre Eltern zumindest ex post sanktionieren, während die Eltern darauf vertrauen müssen, dass sie später von ihren Kindern angemessen unterstützt werden und keinerlei Sanktionsmöglichkeiten mehr haben. Insofern handele es sich um keine Vertragsbeziehung. Dem setzt Laslett den „Intergenerational Tricontract“ (Laslett 1992: 25f) entgegen, in dem die Pflichten einer Generation gegenüber der Nachfolgenergeneration ihren Rechten gegenüber der Vorgängergeneration entsprechen. Daraus ergeben sich somit Rechte der Kinder gegenüber ihren Eltern, aber keine Rechte der Eltern gegenüber ihren Kindern (Laslett 1992: 32).

⁷¹ Der Schreiber-Plan sah mit der Einführung der Altersrente gleichzeitig die Einführung einer Kinder- und Jugendrente vor, die in der Rentenreform von 1957 allerdings nicht verwirklicht wurde.

⁷² Für Gosseries (2009) handelt es sich bei dieser Ausformung des Generationenvertrags nur um eine von drei Möglichkeiten intergenerationale Reziprozitätsverpflichtungen zu beschreiben. Das sog. „ascending model“ entspricht bei Gosseries (2009) dem eben beschriebenen „Generationenvertrag“ mit indirekter Reziprozität. Als „descending model“ bezeichnet er einen indirekten Reziprozitätszusammenhang in die andere Richtung: z. B. Erbschaften von G1 an G2, verpflichtet G2 zu äquivalenten Erbschaften an G3. Beiden Modellen gemeinsam ist, dass sie „demo-insensitiv“ sind. Das heißt, Veränderungen der Kohortengrößen können zu miteinander unvereinbaren Implikationen führen, weil sich Pro-Kopf-Verpflichtungen und generationenspezifische Verpflichtungen unterscheiden. Die Äquivalenzbedingung wäre in jedem Fall verletzt. Das sog. „double-reciprocity-model“, bei dem G2 Erziehungsleistungen an G1 transferiert und G2 umgekehrt die Renten von G1 finanziert, ist dagegen „demo-sensitiv“. Es entspricht dem klassischen familialen Generationenvertrag. Eine kleinere Nachfolgenergeneration impliziert geringere Erziehungsleistungen von G1 und legitimiert G2 daher auch zu geringeren Rentenzahlungen. Das „double-reciprocity-model“ offeriert außerdem bessere Motivationsstrukturen für eine faire intergenerationale Kooperation.

Einwände gegen die Vertragsmetapher aufgrund indirekter Reziprozität

Die Vertragsmetapher auf intergenerationale Austauschbeziehungen im Umlagesystem anzuwenden, ist aufgrund der soeben beschriebenen indirekten Reziprozitätsbeziehung problematisch (vgl. z. B. Kaufmann 2005). Kooperation aus gegenseitigem Vorteil, der gewöhnlich bei einem Tauschgeschäft unterstellt wird, kann nicht vorausgesetzt werden. Ein Zitat von Barry bringt das in plastischer Weise auf den Punkt:

„If someone offers me a toffee apple, out of the blue, and I accept it, does my enjoyment of the toffee apple create even the tiniest obligation to distribute toffee apples to others? I do not see that it does.“ (Barry 1989: 232; zitiert nach Gosseries 2009)

Anders ausgedrückt: aus der Tatsache jemandem etwas geschenkt zu haben, ist kein Anspruch ableitbar, selbst etwas geschenkt zu bekommen.⁷³ Auch sind die Sanktionsmöglichkeiten der zukünftigen Rentnergenerationen bei Nicht-Kooperation der nachfolgenden Erwerbstätigen-generation begrenzt oder fehlen sogar gänzlich. Umgekehrt hätte zwar jeder Angehörige der Erwerbstätigen-generation zumindest theoretisch die Möglichkeit, die Kooperation auszusetzen und sich einer Finanzierung der Rentner durch das Umlagesystem zu entziehen oder diese zu begrenzen, z. B. durch Auswanderung, Reduktion des Arbeitsangebots, Scheinselbständigkeit oder Schwarzarbeit (vgl. Breyer und Stolte 1999). Faktisch sind diese nicht-kooperativen Verhaltensweisen mit Kosten verbunden bzw. juristisch sanktioniert, was auf einen grundsätzlichen Charakter des Generationenvertrags im Kontext des Umlagesystems hinweist, nämlich dessen staatliche Eingebettetheit durch das Recht. Für Laslett (1992: 32) handelt es sich deshalb auch nicht um einen Generationenvertrag auf der Basis von Freiwilligkeit, sondern um ein Treuhandverhältnis, in dem der Staat die Ansprüche und Pflichten unterschiedlicher Generationen treuhänderisch verwaltet. Er widerspricht damit der gängigen Konzeption des Generationenvertrags und sieht darin lediglich ein staatlich vermitteltes „trust relationship“ mit geringem Verpflichtungscharakter (Laslett 1992: 32).

Einer klassischen Vertragstheorie im Hobbesschen Sinn, deren Voraussetzung der potentielle „Kampf aller gegen aller“ ist, fehlt dagegen die Grundlage. Der Generationenvertrag entspricht auch nicht einem iterierten Gefangenendilemma, aus dem man mit minimalen Vorbe-

⁷³ Allerdings gibt es in der Soziologie des Schenkens gleichwohl empirische Hinweise dafür, dass beim Beschenken Verpflichtungsgefühle entstehen (vgl. z. B. Mauss 1968). Mit ihnen lässt sich jedoch kein Rechtsanspruch verbinden.

dingungen Kooperation aus egoistisch-rationalen Wahlentscheidungen herleiten könnte.⁷⁴ Wenn ein stabiler Interessenausgleich, etwa auf der Basis von „tit-for-tat“ (Axelrod 1988), nicht möglich ist, da z. B. die Rentnergeneration nachfolgenden Generationen nicht mehr schaden kann oder die noch nicht lebenden Generationen keinen Einfluss auf die Vertragsbestandteile nehmen können, dann ist der Generationenvertrag asymmetrisch und beruht gerade nicht auf Reziprozität, sondern auf Vertrauen in den Bestand staatlicher Institutionen und der Akzeptanz der impliziten Verteilungsregeln aus moralischen Gründen im Rahmen einer politischen Gemeinschaft. Die Erwerbstätigen müssen darauf setzen, dass nachfolgende Generationen ihre Renten später bezahlen werden, so wie sie die Renten ihrer Vorgängergenerationen finanzierten. Ohne Rückgriff auf moralische Verpflichtungen und deren konstitutionelle Verankerung ist die Kooperation der produktiven Generation der Erwerbstätigen mit der marktwirtschaftlich „unproduktiven“ Generation der Rentner dagegen nicht zwingend zu erwarten.⁷⁵

Kooperationsvoraussetzungen bei kontemporären Generationen

Allerdings muss man vielleicht nicht immer so pessimistisch sein, was die Herleitung von Kooperation aus egoistischen Motiven anbelangt. Und zwar dann, wenn wir nicht die tatsächlichen Transferströme in den Blick nehmen, sondern die kodifizierten Rechtsansprüche und Verpflichtungen *kontemporärer* sozialstaatlicher Generationen. Wenn der Generationenvertrag zu jeder Periode in der politischen Arena neu zwischen Erwerbstätigen und Rentnern ausgehandelt werden muss, kann man zwischen diesen beiden Gruppen sehr wohl Kooperation begünstigende Bedingungen identifizieren. Dazu gehört zum einen die Tatsache, dass die Rentner bei einer Aussetzung des Generationenvertrags sehr viel zu verlieren hätten und deshalb ein Interesse daran haben müssen, die Akzeptanz in der erwerbstätigen Bevölkerung dafür aufrecht zu erhalten und deren Belastung zu begrenzen; zum anderen die Tatsache, dass die Erwerbstätigen als zukünftige Rentner kein Interesse an einem zu stark sinkenden Renten-

⁷⁴ Vgl. hierzu Rawls Überlegungen zur gerechten Sparquote: Die einzige Möglichkeit eines Generationen übergreifenden Interessenausgleichs aus rationalen Gründen besteht in der Konstruktion eines hypothetischen Urzustands wie bei Rawls, in dem die Vertragspartner z. B. vom Wissen über ihre generationale Zugehörigkeit abgeschnitten sind oder der Vertrag zwischen allen jemals existierenden Generationen abgeschlossen würde (Roth 1989: 10).

⁷⁵ Ethnografische Studien verweisen darauf, dass in manchen Kulturen dieser Kooperationszusammenhang tatsächlich aufgelöst wird. Um der Gemeinschaft nicht zur Last zu fallen war z. B. Selbstmord unter Älteren in der Kultur der Inuit weit verbreitet und gehört bis heute zu den häufigsten Todesursachen. Zum Teil wurden die Alten, die zu einer Belastung geworden waren, aber auch einfach zurückgelassen oder ermordet (Kirkmayer et al. 1998: 195). Eine Möglichkeit die Distinktion produktiv-unproduktiv aufzuweichen, ist das ehrenamtliche Engagement, wie es ideell als Argument für ein garantiertes Grundeinkommen herangezogen wird.

niveau haben können. Bei einer solchen Betrachtung wird aus dem trigenerationalen Reziprozitätszusammenhang allerdings ein bigenerationaler, in dem es nicht vorrangig um den äquivalenten Tausch von Konsummöglichkeiten geht, sondern um einen politischen Ausgleich von Interessen.

In diesem Sinn wäre es möglich die Rentenreform von 1957, bei der das Umlagesystem in Deutschland eingeführt wurde, als Ergebnis eines fairen Vertragsabschlusses zwischen gleichzeitig lebenden Generationen zu interpretieren: Es herrschte insbesondere parteiübergreifend Übereinstimmung, dass die Altersarmut bekämpft werden müsse und das Kapitaldeckungsverfahren dazu ungeeignet sei (Marschallek 2004: 291f); insofern war zum damaligen Zeitpunkt die für Gerechtigkeit so zentrale Konsensbedingung zu einem hohen Grad erfüllt.⁷⁶ Dieser Konsens kann aber nicht für alle nachfolgenden Generationen, die zum damaligen Zeitpunkt noch nicht geboren waren, stillschweigend vorausgesetzt werden – zumal sich die makroökonomischen Bedingungen damals grundsätzlich anders darstellten als heute. Schmidt (2005: 83) sieht deshalb in der Rentenreform von 1957 „[...] eine riskante Grundsatzentscheidung mit gefährlich hoher Erblast für die Sozialpolitik in mageren Jahren, eine Zeitbombe der Sozial- und Wirtschaftspolitik.“

Die aus den oben dargestellten Bedingungen ableitbare Interessenhomogenität zwischen Rentnern und Erwerbstätigen, kann also zu Lasten noch nicht lebender Generationen gehen, da sie im politischen Prozess naturgemäß nicht repräsentiert sind, jedoch Zahlungsverpflichtungen aufgebürdet bekommen.⁷⁷ Es offenbart sich darin ein Strukturdefizit des politischen Systems moderner Demokratien, in denen die Interessen noch nicht lebender bzw. nicht

⁷⁶ Die damalige Reform wurde immerhin von beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD gemeinsam gegen die Stimmen der FDP beschlossen und war in der Bevölkerung so beliebt, dass sie der Union, trotz schwieriger Ausgangsposition, die absolute Mehrheit bei der Bundestagswahl und ihren bis heute größten Wahlerfolg sicherte. Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach handelte es sich um die bis dahin populärste politische Entscheidung in der Bundesrepublik (Hockerts 1980: 424f).

⁷⁷ Man könnte einwenden, dass die noch nicht lebenden Generationen diese Zahlungsverpflichtungen neu verhandeln können, sobald sie am politischen Prozess beteiligt sind. Durch den Eigentumscharakter der Rentenanwartschaften sind diesem Unterfangen aber verfassungsmäßig Grenzen gesetzt. Weiter ist auch die Annahme möglich, dass die erwerbstätige Generation den Aushandlungsprozess in der nächsten Periode antizipiert und deshalb die Interessen von nachfolgenden Generationen bereits in der aktuellen Periode mit einbringt, da sie ansonsten ebenfalls um die Aufkündigung des Generationenvertrags fürchten muss. Es ist allerdings zweifelhaft, ob die kognitiven Voraussetzungen für eine solche Interessenübernahme vorliegen. Dies müsste empirisch geklärt werden. In jedem Fall würde das entscheidende Druckmittel für eine solche Interessenübernahme – nämlich die direkte Beteiligung der nachfolgenden Generation am politischen Prozess – fehlen.

stimmberechtigter Generationen weder organisations- noch konfliktfähig sind (vgl. hierzu Van Parijs 2006: 298f).⁷⁸

Kooperationsvoraussetzungen bei nicht kontemporären Generationen

Bezogen auf nachfolgende, noch nicht lebende Generationen, gilt das Problem fehlender direkter Reziprozitätszusammenhänge, die Kooperation begünstigen können, also nach wie vor. Das gegenwärtige Rentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung wird teilweise aus dem allgemeinen Staatshaushalt getragen und ist damit auch steuer- bzw. schuldenfinanziert. Somit ergeben sich aus den Rentenanwartschaften der jetzigen Erwerbsbevölkerung implizite Schulden, die von nachfolgenden Generationen getragen werden müssen (vgl. S. 150ff). Durch die implizite und explizite Staatsverschuldung werden noch nicht lebende Generationen an Kosten beteiligt, die sie selbst nicht politisch beeinflussen konnten und von denen sie, wegen des Konsumcharakters der Renten, kaum profitieren. Genauso wenig wie man Tote dazu zwingen kann, anders gehandelt zu haben, sind die von früheren Generationen getroffenen Konsum- und Investitionsentscheidungen aber irreversibel. Nachfolgende Generationen werden durch diese „versunkenen Kosten“ in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt, während sie weder Sanktionsmöglichkeiten noch eine Stimme im politischen Prozess haben.

Die Attraktivität der Vertragsmetapher für den Gerechtigkeitsdiskurs speist sich aber gerade aus dem Prinzip des *volenti non fit iniuria*: dem Einwilligenden entsteht kein Unrecht. Die Machtlosigkeit zukünftiger, noch nicht lebender Generationen gegenüber gegenwärtig lebenden Generationen verhindert also, dass sich Pflichten fair aus einem freiwilligen Kooperationszusammenhang konstituieren können. Die Legitimität einer Verpflichtung aus einem unfreiwilligen und indirekten Tauschakt, in den man bei Geburt automatisch eintritt, ohne an der Festlegung der Vertragsbestandteile beteiligt gewesen zu sein, ist daher nicht nur von einem libertären Standpunkt aus zu bezweifeln. Die Beziehungen zwischen sich nicht überlappenden Generationen erfüllen damit nicht, was bei Hume als „circumstances of justice“ ausgemacht wird (Barry 1978: 45; Thompson 2009). Wenn es sich um nicht-kontemporäre Generationen handelt, wurde nie eine Übereinkunft geschlossen als Ergebnis eines privaten oder

⁷⁸ Mehr und mehr Erwerbstätige hätten außerdem selbst keine Kinder, aber alte Eltern, und würden deshalb nur noch eine kurzfristige Perspektive auf politische Entscheidungen einnehmen. (Longman 1987: 143). Die Alten sind außerdem „ohne eigene Zukunft“ und somit entbunden von den langfristigen Folgen ihrer politischen Entscheidungen (vgl. Van Parijs 2006: 292f). Sie sind deshalb kaum gezwungen die Interessen der nachfolgenden Generationen im Blick zu behalten. Die Ansicht, dass Demokratien strukturell vor allem die Bedürfnisse des Augenblicks zu befriedigen suchen, aber die Belange zukünftiger Generationen zu wenig im Blick hätten, findet sich bereits bei Tocqueville (1984 (1835/1840): 258).

politischen Aushandlungsprozesses auf Basis von Freiwilligkeit. Die Bezeichnung Generationenvertrag ist insofern irreführend: Eine Metapher, die etwas suggeriert, was objektiv nicht vorliegt.⁷⁹

Motivationale Grundlagen intergenerationaler Kooperation

Nicht-moralische bzw. egoistische Gründe intergenerationaler Kooperation scheiden also bei nicht gleichzeitig lebenden Generationen aus, wie eben gezeigt wurde.⁸⁰ Andere quasi-moralische Gründe sich fair gegenüber nachfolgenden Generationen zu verhalten, wie Liebe, Generosität oder Mitgefühl würden an der Gesichtslosigkeit und Anonymität zukünftiger Generationen scheitern, wie Birnbacher (1998) konstatiert. Motive intergenerationaler Fairness müssen sich folglich aus anderen Gründen speisen: Etwa aus der Sorge um genetisch verwandte Personen, insbesondere die eigene Nachkommenschaft, wie man evolutionsbiologisch argumentieren könnte (vgl. Hamilton 1964). Aus der Verbundenheit zur sozialen Gemeinschaft, wie von Kommunitaristen betont wird (vgl. Thompson 2009); aus religiösen oder anderen transzendenten Motiven; oder schlicht aus der Anerkennung des intrinsischen Werts intergenerationaler Gerechtigkeit. Diese kurze Aufzählung verweist darauf, wie zentral eine moralische Motivation für das Zustandekommen und die Aufrechterhaltung intergenerationaler Kooperationszusammenhänge ist. In modernen – nicht auf Clanstrukturen aufbauenden, pluralistischen und säkularen Gesellschaften wird intergenerationale Gerechtigkeit damit als deontologischer Begründungszusammenhang zur *Conditio sine qua non* intergenerationaler Kooperation, denn andere Motivlagen sind nur (noch) schwach ausgeprägt.

Das Problem der Äquivalenz von Gegenleistungen

Schiebt man den Einwand der fehlenden Freiwilligkeit beiseite und akzeptiert, aus welchen Gründen auch immer, den Verpflichtungscharakter des „Generationenvertrags“, dann stellt sich aber weiterhin die Frage der Quantität der Gegenleistungen, wie dies z. B. in *Generational-Accounting-Ansätzen* thematisiert wird (siehe S. 148ff). Grundlage auf Reziprozität basierender Ansätze ist schließlich die Idee des äquivalenten Tauschs (Gosseries 2009: 120).

⁷⁹ Hartmut Kliemt schreibt zu solchen vertragstheoretischen Herleitungen: „Die Anwendung fundamentaler Zwangsgewalt in der Gesellschaft wird durch die vertragstheoretische Fehlbeschreibung zum Ausfluss fiktiver freiwilliger Zustimmungssakte geadelt und damit letztlich entproblematisiert.“ (Kliemt 2007: 152)

⁸⁰ Eine rein egoistisch motivierte Grundlage intergenerationaler Kooperation könnte über den Markt generiert werden, indem man ein kapitalfundiertes Rentensystem einführt. Dieses ist aber mit eigenen Problemen behaftet, wie in einem späteren Kapitel gezeigt wird (S. 113). Abgesehen davon, werden die Ergebnisse einer rein marktlichen Allokation im Allgemeinen nicht als gerecht angesehen.

Die Frage der Quantifizierung äquivalenter Gegenleistungen wartet aber nicht nur mit Messproblemen auf, sondern auch mit logischen Unvereinbarkeiten, wenn die Kohorten unterschiedlich groß sind, also ganz konkret unter den Bedingungen des demografischen Wandels: Unter anderem ist in diesem Fall unklar, ob Pro-Kopf-Verpflichtungen oder generationenspezifische Verpflichtungen berücksichtigt werden müssten oder mit anderen Worten, ob eine „demo-sensitive“ oder „demo-insensitive“ tauschtheoretische Konzeption von Generationengerechtigkeit verwendet werden sollte (Gosseries 2009: 138f).⁸¹

Ein vereinfachendes Beispiel soll dies illustrieren: Man stelle sich drei Generationen A, B und C vor, von denen A und B jeweils aus 100 Personen bestehen und C aus 70, wobei A die älteste Generation darstellt und C die Jüngste, die zahlenmäßig also geschrumpft ist.⁸² Die Lebenserwartung der Generationen wird als konstant angenommen. Generation B finanziert die Renten von Generation A im Wert von jeweils einer Einheit pro Kopf und erwirbt daraus Ansprüche gegenüber Generation C im Wert von insgesamt 100 Einheiten. Die Frage ist nun, wann die Reziprozitätsverpflichtung von C gegenüber B erfüllt ist? Erst wenn C Renten im Wert von 100 Einheiten an B transferiert hat, was einer überproportionalen Pro-Kopf-Belastung der Beitragszahlergeneration C gleichkäme (Szenario 1), oder bereits, wenn pro Kopf jeweils eine Einheit von C nach B, also 70 Geldeinheiten (Szenario 2), übertragen wurden, was zwar einer unterproportionalen Entschädigung der Rentnergeneration B entspräche, aber Generation C nicht überproportional belasten würde. Es handelt sich also um ein Dilemma, in dem sich immer zumindest eine Generation mit Verweis auf die Verletzung des Äquivalenzprinzips benachteiligt fühlen kann.⁸³

Individuelle und generationenspezifische Reziprozitätsverpflichtungen fallen folglich bei indirekten Tauschakten auseinander, sofern die Kohorten eine unterschiedliche Größe aufweisen. Damit mangelt es einer solchen Theorie an interner Konsistenz (vgl. Gosseries 2009: 140). Die intuitive Attraktivität der Vertragsmetapher speist sich aus der Fehlwahrnehmung,

⁸¹ Gosseries (2009: 138f) zufolge können „demo-insensitive“ Gerechtigkeitskonzeptionen, die die Verpflichtung einer Generation einer anderen Generation gegenüber als erfüllt ansehen, wenn die Gesamtgütermenge, die sie selbst erhalten hat, übertragen wird, zu mit intuitiven Gerechtigkeitsvorstellungen unvereinbaren Ergebnissen führen: Z. B. wenn die übertragene Pro-Kopf-Gütermenge so klein ist, dass Armut entsteht.

⁸² Aus Gründen der Einfachheit wird sowohl auf Diskontierung als auch auf die Berücksichtigung von Sparen und Schulden sowie Erziehungsleistungen verzichtet.

⁸³ Mit Hilfe ähnlicher Schemata argumentieren Barr (2002: 7ff) und Gosseries (2009: 139f).

dass wir Generationen leichtfertig als homogene einheitliche Akteure verstehen, wo es sich faktisch aber um heterogene Kollektive variabler Größe handelt.⁸⁴

Wie könnten Auswege aus dem skizzierten Dilemma aussehen? Eine naheliegende Möglichkeit bestünde darin, die Kohortengrenzen so flexibel zu gestalten, dass jede Generation die gleiche Anzahl von Mitgliedern aufweist. Anpassungen der Regelaltersgrenze werfen allerdings Probleme bei der Bewertung der Lebensjahre auf, die dadurch umverteilt werden. Die Erschließung neuer Gruppen als Beitragszahler hätte denselben Effekt und wäre weniger problematisch. Eine andere Möglichkeit mit dem Dilemma umzugehen, läge in der Anwendung der Musgrave-Regel (siehe S. 63ff), also einer egalitaristischen Konzeption, wonach die Anpassungskosten, im Beispiel in Höhe von 30 Geldeinheiten, auf alle drei Generationen gleichmäßig verteilt würden.⁸⁵ Das bedeutet aber, dass auch die Konzeption von intergenerationaler Gerechtigkeit als Tausch am Ende nicht ohne den Rückgriff auf andere Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit auskommt.

Eine weitere grundsätzliche Schwierigkeit des tauschtheoretischen Ansatzes ergibt sich aus der Auswahl der Vergleichsperspektive (vgl. Abbildung 3; S. 54), also der Frage, wessen Beiträge und Leistungen eigentlich äquivalent sein sollen? Die Vergleichsperspektive kann synchron (Sind die Beiträge der *gegenwärtigen* Zahler äquivalent zu den Renten der *gegenwärtigen* Empfänger?), asynchron (Sind die Beiträge der *gegenwärtigen* Zahler äquivalent zu den Beiträgen *früherer/späterer* Zahler bzw. sind die Anwartschaften *gegenwärtiger* Empfänger äquivalent zu den Anwartschaften *früherer/späterer* Empfänger?) oder diachron (Sind die Beiträge der *gegenwärtigen* Zahler äquivalent zu den *späteren* Anwartschaften derselben Zahler?) erfolgen. Weiterhin sind normative Entscheidungen darüber zu treffen, ob eine lebensabschnittspezifische Gegenüberstellung oder eine den gesamten Lebenszyklus berücksichtigende Gegenüberstellung vorgenommen werden soll (vgl. Temkin 1992: 199). Nicht zuletzt müssen zahlreiche Gewichtungen vorgenommen werden, etwa was den Wert von Freizeit oder zusätzlicher Lebensjahre anbelangt (vgl. S. 150) oder wie Produktivitätsfortschritte eigentlich

⁸⁴ Man kann vermuten, dass die weit verbreiteten Ungerechtigkeitsgefühle bei Reformen auch dadurch verursacht werden, dass das Reziprozitätskonzept in der Bevölkerung zwar weit verbreitet und anerkannt ist, durch die Reformen aber entweder die pro-Kopf- oder die generationenspezifische Reziprozitätsverpflichtung verletzt wird und somit Ungerechtigkeitsgefühle erzeugt werden.

⁸⁵ In diesem Fall müssten die Generationen C und B eine Kürzung ihrer Bezüge um etwa 11 und Generation C eine Mehrbelastung um 8 Geldeinheiten akzeptieren, so dass das Verhältnis von Beiträgen und Zahlungen in etwa gleich bleibt. Psychologisch und politisch ist diese Konstellation allerdings schwierig, denn im Vergleich zu den zuvor beschriebenen Szenarien verlieren nicht nur eine Generation, je nach Szenario B oder C, sondern alle Generationen. Politisch ist es vermutlich weitaus schwieriger für eine solche Verteilung der Lasten Mehrheiten zu finden.

zwischen gleichzeitig lebenden Generationen aufgeteilt werden müssen. Das heißt, der scheinbar exakten und simplen Vorstellung des äquivalenten Tausches haftet ein hohes Maß an Willkürlichkeit an.

Der Generationenvertrag als Versicherung gegen Kinderlosigkeit

Zuletzt soll noch auf einen anderen populären Einwand eingegangen werden, der im Generationenvertrag oder zumindest in seiner phänotypischen institutionellen Ausprägung, in erster Linie eine „Versicherung gegen Kinderlosigkeit“ sieht. So kommt der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg zu dem Schluss: „Von Kindern profitiert, wer keine hat.“ (Birg 2005) Den Verzicht auf Kapitalrücklagen könnten sich Kinderlose nämlich nur leisten, weil die Kinder anderer Leute später zur Versorgung der Kinderlosen gezwungen werden. Dies führe zu einer doppelten Benachteiligung, denn die Kinderlosen hätten nicht nur ein höheres Konsumniveau, sondern seien in der Lage infolge der fehlenden Erziehungszeiten höhere Rentenanwartschaften aufzubauen als diejenigen mit Kindern, bei denen zumindest ein Partner von der Erwerbsarbeit zeitweise ausgeschlossen sei. Indirekt würden die Kinderlosen zudem davon profitieren, dass die jungen, neu ausgebildeten Arbeitskräfte das Produktivitätsniveau aufrechterhalten. Es ergeben sich systemimmanente Anreize, die die langfristige Tragfähigkeit des Systems unterminieren, indem sie zu einer Reduktion der generativen Beiträge zur GRV führen.

Tatsächlich könnte man, um die Anreizstruktur zu verbessern, den Generationenvertrag auch als bigenerational konzipieren. Rentenansprüche begründen sich dann nicht aus der Finanzierung der Renten der Vorgängergeneration, sondern aus den sowohl staatlichen als auch familialen Erziehungsleistungen einer Generation, was einige der weiter oben ausgeführten Kooperationsprobleme im trigenerationalen Kontrakt eliminieren würde (vgl. Gosseries 2009). Die Höhe der Renten wäre in diesem Fall abhängig von den zuvor geleisteten Bildungsinvestitionen. Kleinere Nachfolgekohorten würden geringere Rentenzahlungen legitimieren, weil sie auch weniger Bildungsausgaben erforderlich gemacht haben.⁸⁶ An den Zahlungsströmen ändert sich dadurch wenig, denn in jedem Fall würde die Erwerbstätigengeneration für Altersrenten und Bildungsausgaben aufkommen, lediglich die Reziprozitätszusammenhänge würden direkt widerspiegelt. Es entstünden dadurch auch automatische Aus-

⁸⁶ Allerdings weist Gosseries (2009: 144) auch darauf hin, dass die kleinere nachfolgende Generation pro Kopf vermutlich größere Ressourcen, wie z. B. Wohnraum, vererbt bekommt, was ebenfalls intuitiv als Ungerechtigkeit aufgefasst werden könnte.

gleichsmechanismen, denn bei kleinen nachfolgenden Generationen, müssten die Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung automatisch steigen, um eine Produktivitätssteigerung zu bewirken und so das Rentenniveau konstant zu halten. Zudem würden motivationale Probleme der Bildungsfinanzierung wegfallen, denn im gegenwärtigen Umlagesystem ist es aus egoistischen Motiven für Kinderlose wenig rational für deren staatliche Übernahme einzutreten.⁸⁷

Das vorliegende Kapitel hat gezeigt, dass einer Konzeption von Generationengerechtigkeit als Generationenvertrag mindesten drei zentrale Probleme inhärent sind: ein motivationales, wegen der fehlenden Freiwilligkeit und indirekter Reziprozitätsbeziehungen, ein Messproblem, wegen der Schwierigkeit zu entscheiden, was einen äquivalenten Tausch ausmacht und ein funktionales Problem, wegen seiner Anreizstrukturen für das generative Verhalten. Die Frage, ob der „Generationenvertrag“ in seiner heutigen Ausformung im Umlagesystem Legitimität beanspruchen kann, ist daher weniger eine der gerechtigkeits-theoretischen Begründungsfähigkeit – diese wirft gewisse Widersprüche auf – als eine des gesellschaftlichen Konsenses.

3.3.5 Generationengerechtigkeit als Leistungsgerechtigkeit

Neben dem „Generationenvertrag“ ist die „Rente als Lohn für Lebensleistung“ (Norbert Blüm) das zentrale meritokratische Argument für die Legitimität der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. Danach sollten sich die Leistungen aus der GRV generell nach der Höhe der in der Erwerbsphase bezahlten Beiträge richten. Dieses Prinzip ist insbesondere im Hinblick auf die ökonomischen Anzeizeffekte der Rentenversicherung von herausragender Bedeutung. Abweichungen vom Äquivalenzprinzip führen dazu, „dass Leistungen einer Personengruppe aus den Beiträgen einer anderen finanziert werden“ (Rürup-Kommission 2003: 69). Sie verstärken damit den Steuercharakter der Rente, was sich negativ auf die Bereitschaft zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit auswirke (Rürup-Kommission 2003: 69). Man kann zudem vermuten, dass eine Abkehr vom Äquivalenzprinzip die allgemeine Akzeptanz der GRV in der Bevölkerung schwächen und Ungerechtigkeitswahrnehmungen verstärken würde. Der Hintergrund ist, dass meritokratische Prinzipien in westlichen Gesellschaften wegen ihrer Motivationsfunktion nahezu konsensuell anerkannt werden – das Leistungsprinzip erhält in der Regel Zustimmungswerte von zum Teil weit über 70 Prozent

⁸⁷ Vgl. hierzu auch Leiserings (2004) Idee des „investiven Sozialstaats“.

(Lane 1986; Swift et al. 1995b), während redistributive oder egalitaristische Vorstellungen zwar ebenfalls hohe Zustimmung genießen, aber wesentlich umstrittener sind (Liebig und Wegener 1995; Schrenker 2003; Schrenker und Ramge 2007; Schrenker und Wegener 2007).⁸⁸

Nun kommt eine Analyse von Lauterbach et al. (2006) zu dem Schluss, dass das Äquivalenzprinzip in der GRV aufgrund der kürzeren Lebenserwartung niedriger Einkommenschichten in eklatanter Weise verletzt wird, da diese im Mittel über eine kürzere Zeitspanne Leistungen aus der GRV beziehen. So wären die Rentenausgaben für Einkommen über 4.500 Euro, erst ab einem Beitragssatz von 23,1 Prozent gedeckt, während bei Einkommen unter 2.500 Euro der Beitragssatz unter 17,6 Prozent liegen müsste, um als leistungsäquivalent gelten zu können. In der GRV subventionieren also niedrige Einkommenschichten den Lebensabend der hohen Einkommenschichten. Breyer (2010: 580f) schlägt daher vor, die Geringverdiener in der Rentenformel besser zu stellen, um wieder Leistungsäquivalenz zu erreichen. Dies würde auch helfen, der in Zukunft zu erwartenden Altersarmut unter Geringverdienern vorzubeugen.

3.3.6 Generationengerechtigkeit als Nachhaltigkeit

Ein weiteres verbreitetes Generationengerechtigkeitskonzept, welches hier abschließend skizziert werden soll, stammt aus dem Bereich der Umweltökologie und wird mit dem Begriff der Nachhaltigkeit umschrieben. Ursprünglich war damit in der Holzwirtschaft seit dem 18. Jahrhundert gemeint, nur so viele Bäume abzuholzen, wie neue gepflanzt werden und nachwachsen können. Ressourcen dürfen demnach nur in dem Maß verbraucht werden, wie sie (natürlich) ersetzt werden können. Das Konzept der Nachhaltigkeit ist damit wesentlich auf die langfristige Stabilität eines Systems ausgerichtet. Bekannt geworden ist insbesondere die Definition der Brundtland-Kommission (1987):

„Sustainable development meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“

Laut Brennan (2005) kann man generell zwischen einem schwachen und einem starken Nachhaltigkeitsprinzip unterscheiden: Ersteres verlangt lediglich, dass wir Wissen und natürliche

⁸⁸ In der ISJP-Erhebung 2008 erhielt die Aussage „Es ist gerecht, dass Menschen, die hart arbeiten, mehr verdienen als andere“ Zustimmungswerte von knapp über 90 Prozent (Schrenker und Wegener 2007: 42).

Ressourcen in einer Weise in die Zukunft weitergeben, die es zukünftigen Personen ermöglicht ihre Grundbedürfnisse zu erfüllen (siehe Rawls 1971). Letzteres verlangt eine Einschränkung des Konsums in der Gegenwart, so dass zukünftige Generationen einen mindestens äquivalenten Lebensstandard erreichen können. Dementsprechend zielt eine Nachhaltigkeitsdefinition von Höffe weniger auf Bedürfnisse, als auf ein für unterschiedliche Generationen konstant zu haltendes Nutzenbündel:⁸⁹

„Die Summe aus natürlicher Natur und künstlichen („technischen“) Äquivalenten darf sich nicht verschlechtern. Dabei kommt es nicht auf den absoluten Wert, sondern den Pro-Kopf-Wert an.“
(Höffe 1999: 420)

Das Nachhaltigkeitskonzept fand – obwohl ursprünglich auf ökologische Systeme ausgerichtet – schnell Einzug in die Sozialstaatsdebatte. Von zentraler Bedeutung ist hierbei, dass grundsätzlich bei politischen Entscheidungen nicht nur die Bedürfnisse gegenwärtiger Generationen berücksichtigt werden sollten, sondern auch die Bedürfnisse später lebender Generationen. Soziale Institutionen der Alterssicherung sind in diesem Sinne nachhaltig, wenn die Finanzierung der Leistungen bei einem ausreichendem Sicherungsniveau auch langfristig von nachfolgenden Generationen aufrecht erhalten werden kann (Rürup-Kommission 2003: 45). Eine solche Definition ist damit in erster Linie auf Systemstabilität ausgerichtet. Während die Pro-Kopf-Betrachtung von Höffe in diesem Zusammenhang durchaus fruchtbar erscheint, ist seine egalitaristische Forderung eines fixierten Nutzenniveaus jedoch problematisch, denn sie würde auch kurzfristige Verschlechterungen nicht zulassen, selbst wenn sie der langfristigen Stabilisierung des Systems dienen, und im Übrigen auch beliebig niedrige Nutzenniveaus rechtfertigen, die nicht einmal die Grundbedürfnisse befriedigen.⁹⁰ Die Forderung nach Nachhaltigkeit kann also graduell unterschiedlich ausgelegt werden: Von Systemstabilität, über die zeitinvariante Gewährleistung der Befriedigung von Grundbedürfnissen, bis hin zu

⁸⁹ Man kann dies auch als eine egalitaristische Konzeption von Generationengerechtigkeit begreifen, der eine konstant zu haltende Pro-Kopf-Kapitalausstattung zugrunde liegt. Der Kapitalbegriff umfasst hierbei Sach- und Humankapital sowie natürliche Ressourcen und impliziert deren wechselseitige Substituierbarkeit.

⁹⁰ Es kann zudem grundsätzlich bezweifelt werden, ob es überhaupt möglich ist Substitute in äquivalenter Weise bereit zu stellen, da man sonst gleich auf diese zurückgreifen würde. Liegt die Substitutionsrate aber nur geringfügig unter dem tatsächlichen Verbrauch, käme es bei der Betrachtung genügend kleiner Zeitintervalle in jedem Fall zu Benachteiligungen nachfolgender Generationen. Insofern ist der Verbrauch immer eine Wette auf die Zukunft und den technischen Fortschritt, der die Exhaustion nichterneuerbarer Ressourcen überkompensieren könnte. Umgekehrt würde der Verzicht einer Generation auf den Verbrauch nichterneuerbarer Ressourcen eine eigene Benachteiligung gegenüber nachfolgenden Generationen darstellen. Streng betrachtet dürfte also keine Generation nichterneuerbare Ressourcen verbrauchen. Eine Gleichverteilung ist ebenfalls ausgeschlossen, da a-priori nicht die Anzahl der Generationen festgelegt werden kann.

einem mindestens konstant zu haltenden Nutzenniveau für die einzelnen Angehörigen unterschiedlicher Generationen über die Zeit.

Für die Sozialstaatsdebatte ist jedoch das dynamische Moment des Nachhaltigkeitskonzepts sowie dessen Sensibilität für systemexogene Rückkopplungseffekte von entscheidender Bedeutung.⁹¹ Nicht nachhaltig wäre die GRV in diesem Sinn, wenn unter der gegebenen demografischen Entwicklung absehbar wäre, dass bei der gegenwärtigen Höhe des Beitragssatzes, die Rentenhöhe für den einzelnen Rentner gegenüber dem Status quo *immer weiter* absinken würde oder, dass bei einer Aufrechterhaltung der Rentenhöhen die Beitragssätze *immer weiter* ansteigen müssten. Wegen negativer Rückkopplungseffekte auf den Arbeitsmarkt sollte zum Beispiel verhindert werden, dass die Beitragssätze immer weiter ansteigen, weil ansonsten die wirtschaftliche Grundlage des Systems selbst unterminiert würde (Rürup-Kommission 2003: 46f). Nachhaltigkeit würde nach diesem Verständnis erfordern, die Alterssicherung von der Bevölkerungsdynamik abzukoppeln, was bei einzelnen Gruppen unter Umständen auch Leistungszurücknahmen oder zusätzliche Belastungen rechtfertigen würde. Diese sind mit dem Nachhaltigkeitskonzept vereinbar, wenn sie das System dadurch langfristig finanzierbar machen, sie stehen aber möglicherweise quer zu den tauschtheoretischen und egalitaristischen Konzepten von Generationengerechtigkeit, die zuvor besprochen wurden.

Allerdings wurde eine *intergenerative* Umverteilung zu Gunsten der Jüngeren, also Leistungszurücknahmen bei den Älteren, von der Rürup-Kommission (2003: 47-49) in einem zweiten Argumentationsschritt, gerade unter Verweis auf den Gleichbehandlungsgrundsatz, befürwortet. Damit wurde – quasi durch die Hintertür – wieder ein egalitaristisches Konzept von Generationengerechtigkeit eingeführt, bei dem die Pro-Kopf-Ressourcenausstattung von Generation zu Generation nicht abnehmen darf.⁹²

⁹¹ Nach dieser Vorstellung darf sich zum Beispiel das Verhältnis von Schuldenstand und Sozialprodukt bei konstantem Steuersatz nicht verändern, um das Kriterium der Nachhaltigkeit zu erfüllen (Rürup-Kommission 2003: 49).

⁹² Man kann vermuten, dass dies geschah, um die Verwendung der beiden unterschiedlichen Messkonzepte, Generationenbilanzen und implizite Renditen, zu rechtfertigen. Generationenbilanzen orientieren sich eher am Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit, implizite Renditen an einer spezifischen Form des intergenerativen Egalitarismus.

3.3.7 Der Capability-Ansatz und Generationengerechtigkeit

Ebenfalls vom Nachhaltigkeitskonzept ausgehend, gibt es Versuche den in den letzten Jahren viel-diskutierten *Capability-Ansatz* (Nussbaum und Sen 1993; Robeyns 2005; Sen 1993) auf intergenerationaler Gerechtigkeit anzuwenden (Gutwald et al. 2011). Die Theorieentwicklung in diesem speziellen Bereich ist aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht besonders fortgeschritten und hat lediglich den Charakter einer Skizze, die punktuell Aspekte der bislang ausgeführten Diskussion um Generationengerechtigkeit aufgreift. Insbesondere Rawls und seine suffizientaristische Perspektive auf Generationengerechtigkeit, die die Festlegung von Schwellenwerten für Grundgüter beinhaltet, dienen dabei als Ausgangspunkt. Der Ansatz will selbst keine Schwellenwerte festlegen, weist aber darauf hin, wie diese festgelegt werden müssten.

Wichtig sind hierfür insbesondere die individuellen Verwirklichungschancen, die nicht gleichzusetzen sind mit der individuellen Ressourcenausstattung, da diese nur im Zusammenspiel mit bestimmten persönlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen (sog. Konversionsfaktoren) bestimmt werden können (z. B. benötigt eine gesundheitlich beeinträchtigte Person größere finanzielle Unterstützung, um das gleiche Ausmaß an Well-Being zu erreichen wie eine nicht beeinträchtigte Person). Ins Zentrum der Analyse treten dementsprechend statt der Einkommensverteilung sog. „Functionings“ wie Gesundheit, Partizipation, Bildung und Reproduktion sowie „Well-Being“. Zentral für den *Capability-Ansatz* sind also eine Pluralität von Dimensionen – es wird keine generelles und umfassendes Konzept des Guten vorgeschlagen – und die Betonung von selbstbestimmtem menschlichen Handeln („human agency“). Agency spielt dabei in zweifacher Weise eine wichtige Rolle: Bei der Auswahl der Dimensionen und ihrer Gewichtung sowie bei der Entscheidung des Individuums zwischen verschiedenen Verwirklichungschancen. Es kommt damit entscheidend darauf an, was die Leute wollen.

Die Frage welche Verwirklichungschancen sozialpolitisch priorisiert werden sollten, ist also nicht im Vorhinein normativ festzulegen, sondern muss in der jeweiligen Gesellschaft geklärt werden, für die sie relevant ist (siehe Walzer). Im Idealfall führt eine öffentliche Diskussion und Deliberation zu einem „übergreifenden Konsens“ (siehe Rawls). Dies ist ein guter Anknüpfungspunkt für die empirische Gerechtigkeitsforschung, weil sie die Instrumente zur Verfügung stellen kann, mit denen die gesellschaftlich relevanten Dimensionen von Verwirklichungschancen identifiziert werden können und Schwellenwerte definiert werden können, bis zu denen diese Verwirklichungschancen zu erfüllen wären. Das Motivationsproblem

– wie fließen die Interessen zukünftiger Generationen in diesen Deliberationsprozess ein – wird mit dem lapidaren Verweis auf die Identifikation mit den Menschen im Allgemeinen jedoch nicht „gelöst“ (Gutwald et al. 2011: 19f).

Neben dieser Theorielücke im Kontext intergenerationaler Gerechtigkeit ist am *Capability*-Ansatz problematisch, dass es sich nicht um eine ausgereifte Gerechtigkeitstheorie handelt, sondern lediglich um einen „analytischen Rahmen“, bei dem zudem die Grenze zwischen normativen und empirisch-analytischen Bestandteilen nicht immer klar identifizierbar ist. Sobald es konkreter und substanzieller (im Hinblick auf Begründungszusammenhänge) werden soll, ist ein Rückgriff auf andere Gerechtigkeitstheorien, wie die von Rawls erforderlich. Die artifiziellen Begrifflichkeiten (Functionings, Conversion Factors usw.) machen den Umgang mit dem Ansatz unnötig komplex. Wichtig ist gleichwohl der Hinweis, dass ein alleiniger Fokus auf Einkommen zu kurz greift (Rentner haben mitunter verhältnismäßig geringe Einkommen, aber dafür hohe Vermögen; sie haben viel Freizeit, sind aber auch weniger integriert) und dass individuelle Präferenzen und kulturelle Eigenheiten bei der Entwicklung eines Gerechtigkeitskonzepts berücksichtigt werden müssen. Der Verweis auf die Multidimensionalität von Armut mag im gerechtigkeitstheoretischen oder wirtschaftswissenschaftlichen Kontext innovativ sein, ist in der empirischen Soziologie aber ein „alter Hut“ (vgl. z. B. Deprivations- und Lebenslagenansatz; Mack und Lansley 1985; Townsend 1974). Empirisch stellt sich zudem häufig heraus, dass permanente Einkommen zwar nicht die Einzige aber doch zumeist die zentrale Determinante für Verwirklichungschancen und „achieved functionings“ darstellen (Groh-Samberg 2009: 160). Unreflektiert am *Capability-Ansatz* ist deshalb auch der Fokus auf „Well-Being“ als zentrales Outcome, weil dieser weit verbreitete psychologische Anpassungsprozesse an objektiv deprivierte Lebenslagen vernachlässigt. Da normativ weitgehend der suffizientaristischen Konzeption von intergenerationaler Gerechtigkeit gefolgt wird, stellt sich am Ende die Frage, inwiefern sich hinter dem Konzept der Verwirklichungschancen etwas anderes als eine bedarfssensitive Konzeption von intergenerationaler Chancengleichheit verbirgt – letztlich also eher ein Konzept zur empirischen Armutsmessung als eine normative Gerechtigkeitstheorie.

3.3.8 Einwände gegen das Konzept der Generationengerechtigkeit

Die vorherigen Kapitel haben gezeigt, dass es bislang alles andere als Klarheit über die Definition von Generationengerechtigkeit gibt und es sich um ein schwer greifbares Konstrukt

handelt. Zum einen gibt es zwar Konvergenzen zwischen verschiedenen Konzepten, teilweise aber auch zahlreiche Widersprüche innerhalb einzelner Konzepte, die intuitiv zu wenig befriedigenden Gerechtigkeitsimplikationen führen. Neben den spezifischen Kritikpunkten wurden verschiedene grundsätzliche Einwände gegen eine Theorie der Generationengerechtigkeit formuliert, die mit den Stichworten Zukunftsliberalismus, Unwissenheit über die Zukunft (bzw. zukünftige Interessen) und Unmöglichkeit der Rechte zukünftiger Individuen bzw. Nicht-Identität aufgezählt werden können (Heubach 2008).

Der Einwand des *Zukunftsliberalismus* (Beckermann 2006: 68) bezieht sich darauf, dass es unter der Annahme ähnlicher Interessen von gegenwärtigen und späteren Generationen genüge, gute demokratische Institutionen, Frieden und die Wahrung der Menschenrechte in der Gegenwart zu realisieren, um auch die Interessen zukünftiger Generationen ausreichend zu berücksichtigen. Die Gefahr von Umweltkatastrophen und endlichen Ressourcen werde dagegen überschätzt. Sowohl die in diesem Ansatz unterstellte Interessenhomogenität als auch die angenommene Überschätzung von zukünftigen Gefahren kann aber auf Grundlage des heutigen Wissens im Bereich der Forschung zum Wertewandel (Inglehart 1990, 1998), zur Unterschätzung langfristiger Risiken (Ainslie und Haslam 1992; Laibson et al. 1998; Loewenstein und Thaler 1989), und den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen über Klimawandel und Artensterben als falsch bezeichnet werden. Insofern basiert der Standpunkt des Zukunftsliberalismus schlicht auf falschen Annahmen und ist hinsichtlich der Handhabbarkeit langfristiger gesellschaftlicher Risiken zu optimistisch.

Das *Unwissen über die Interessen zukünftiger Generationen*, über technische Entwicklungen und Umweltbedingungen stellen aber eigene Probleme einer Theorie der Generationengerechtigkeit dar, die eine Festlegung von Regeln für zukünftige Generationen fragwürdig erscheinen lassen. Die Bedürfnisse und Präferenzen zukünftiger Generationen können nicht mit Sicherheit geschätzt werden. Allerdings ist die Vorstellung, man würde diesen unbekannten Interessen am besten gerecht, indem man über sie keine ethischen Erwägungen anstellt, ein Fehlschluss, insofern Indifferenz und Nicht-Handeln genauso folgens schwer sind wie Vorsorge und Handeln. Gerade die Unwissenheit über die zukünftigen Interessen erfordert besondere Vorsichtsmaßnahmen, da heutige (Nicht-)Entscheidungen weitreichende Konsequenzen für die Zukunft beinhalten können.

Mit hinreichend plausiblen Annahmen über die Zukunft und einem demokratischen Menschenbild kann man zudem zukünftige Interessen näherungsweise eingrenzen. Man wird nicht gänzlich falsch liegen, wenn man von einem moderaten und zumindest mittelfristig kontinu-

ierlichen technischen Fortschritt und Produktivitätswachstum ausgeht. Die zukünftigen Umweltbedingungen sind schließlich auf Basis des heutigen Wissens zumindest mit Verweis auf unterschiedliche Szenarien unter bestimmten Verhaltensannahmen eingeschränkt prognostizierbar. Auch hinsichtlich der Grundbedürfnisse zukünftiger Generationen, wird man davon ausgehen können, dass diese ähnlich denen sind, die für Menschen in der Gegenwart in modernen Demokratien gelten (Leben und körperliche Unversehrtheit, Sicherheit, soziale Beziehungen, materieller Wohlstand). Man kann annehmen, dass diese weitgehend kulturinvariant sind und sich damit auch nicht in der Generationenabfolge unterscheiden werden (vgl. Gutwald et al. 2011: 8). Hinsichtlich höherwertiger Bedürfnisse (soziale Anerkennung und Wertschätzung, Selbstverwirklichung inklusive politischer und kultureller Wertvorstellungen) kann ein genauer Blick auf die Interessen der gegenwärtig jungen Generation zumindest Anhaltspunkte für die nächsten 50 Jahre geben. Durch Erziehung nehmen gegenwärtige Generationen zudem Einfluss auf die Präferenzbildung zukünftiger Generationen (Heyd 1994: 177ff).⁹³

Generell lässt sich aus der grundsätzlichen Unsicherheit der Zukunft also keine Unmöglichkeit einer Theorie begründen, vielmehr erwächst dadurch eine zentrale Forderung an eine Theorie der Generationengerechtigkeit: Die Handlungsoptionen zukünftiger Generationen dürfen nicht grundsätzlich eingeschränkt werden. Das Unsicherheitsargument kann also gegen die Kritiker gewendet werden, denn Unsicherheit impliziert Vorsicht und damit die Implementation eines „Precautionary Principle“ (Epstein 1980). Es ist besser sich auf der sicheren Seite zu irren. Die Interessen zukünftiger Generationen können am besten gewahrt werden, wenn sie über maximale Wahlfreiheit verfügen und insbesondere irreversible Schäden verhindert werden (Heubach 2008: 127).

Der dritte Einwand basiert auf dem sog. *Nicht-Identitäts-Problem* und spricht nicht-existierenden Individuen die Möglichkeit ab, Rechte zu besitzen. Insofern laufe eine Theorie der Generationengerechtigkeit ins Leere, da diese Rechtsansprüche für nicht existente Subjekte definieren würde. Zentral für das Nicht-Identitäts-Problem ist, dass die Existenz der zukünftigen Personen, und damit auch ihre Identität, von den Entscheidungen der jetzt lebenden Personen abhängig ist und sich Verpflichtungen immer auf einzelne Personen mit einer spezifischen Identität beziehen müssten (vgl. Schwartz 1978). Insofern könne nicht von der Schädigung einer Person gesprochen werden, wenn durch die schädigende Handlung gleichzeitig

⁹³ Vgl. hierzu Maslows Bedürfnispyramide (1954).

deren Existenz bedingt würde. Oder anders formuliert: Wenn das Ausbleiben einer schädigenden Handlung bedeute, dass die geschädigte Person nicht existieren würde, dann kann die Person durch diese Handlung nicht als geschädigt gelten (Parfit 1984: 351f). Die Argumentation leuchtet ein, wenn wir uns vorstellen, dass ein Nachkomme dadurch geschädigt würde, dass er als Zweitgeborener ein um die Hälfte geringeres Erbe erwarten darf als der Erstgeborene, wäre der Zweitgeborene nicht geboren worden. Intuitiv würden wir in diesem Fall wohl kaum von einer Schädigung des Zweitgeborenen sprechen. Allerdings wäre es nach dieser Logik auch besser am Existenzminimum zu leben, als überhaupt nicht geboren zu werden, woran man intuitiv ebenfalls gewisse Zweifel hegen kann.⁹⁴

Das Nicht-Identitäts-Problem wird in der Philosophie kontrovers diskutiert (vgl. hierzu ausführlich Meyer 2010). Ohne auf diese mittlerweile sehr fortgeschrittene Debatte detailliert einzugehen, ist das Nicht-Identitäts-Problem aber für die hier erörterte Thematik in seiner Relevanz begrenzt. Gegen das Nicht-Identitäts-Problem ist einzuwenden, dass unabhängig von unseren Entscheidungen mit der Existenz zukünftiger Personen zu rechnen ist. Lediglich die Identität und die Anzahl der Personen sind in gewissen Grenzen unsicher. Insbesondere die Identität der Personen (für ihre Anzahl gilt das weniger) ist für eine Theorie der Generationengerechtigkeit aber wenig bedeutsam, da diese sich zunächst auf die Schädigung von Generationenkollektiven und nicht auf die Schädigung einzelner Individuen bezieht (vgl. De-Shalit 1995). Letzteres ist eher Gegenstand *intragenerationaler* Verteilungsüberlegungen. Moralische Prinzipien würden uns außerdem gegenüber Personen generell verpflichten und nicht gegenüber einzelnen Individuen (vgl. Partridge 1990). Die Identität der Personen ist also zweitrangig, solange wir akzeptieren, dass es sich um menschliche Individuen handelt. Das Problem der Nicht-Identität tritt zudem erst bei nicht gleichzeitig lebenden Generationen auf und ist insofern für die Sozialstaatsdebatte kurz- und mittelfristig irrelevant, denn bei sozialstaatlichen Generationen handelt es sich zunächst immer um kontemporäre Generationen, deren Angehörige ohne Zweifel Rechte besitzen. Für Heubach (2008: 113) ist die Problematik fehlender Rechte auch für nicht gleichzeitig lebende Generationen eine reine Definitionsfrage. Rechte könne man beliebig zuschreiben, sofern es dafür einen Konsens gebe. Schließlich ist

⁹⁴ Hierzu Howarth (1992: 133): „The actions and decisions taken by the present generation will affect not only the welfare but also the composition of future generations. A number of authors have used this fact to bolster the conclusion that the present is only weakly obligated to provide for future welfare since in choosing between futures of poverty and abundance, we are not deciding the welfare of a well-defined group of future persons but instead deciding which set of potential persons the poor or the rich will become actual. Provided that future generations have lives that are worth living, they will be grateful to us for bringing them into existence or so the argument goes.“

die Schlussfolgerung mancher Theoretiker, dass nachfolgende Generationen aufgrund ihrer existentiellen Abhängigkeit von jetzt lebenden Generationen keinerlei Rechte letzteren gegenüber haben (vgl. Meyer 2006), vor einem verantwortungsethischen Hintergrund nicht haltbar. Mit der Entscheidung Nachkommen in die Welt zu setzen, entstehen zugleich auch Pflichten diesen gegenüber, die freilich substanziell unterschiedlich definiert werden können. Da die Existenz zukünftiger Generationen von unseren eigenen Entscheidungen abhängt, ergibt sich die Verantwortung, diesen wenigstens nicht unnötig zu schaden. Die Schwierigkeit besteht nun darin, einen spezifischen Schwellenwert festzulegen, ab dem eine Schädigung vorliegt (vgl. Meyer 2010). Suffizientaristischen Konzeptionen intergenerationaler Gerechtigkeit, wie Rawls' „gerechter Sparquote“, gelingt dies überzeugender als prioritaristischen (siehe Parfit 1997: 213) und egalitaristischen Konzeptionen (siehe z. B. Barry 1999).⁹⁵

3.3.9 Theoretische Problembereiche

Am Ende dieser theoretischen Überlegungen können einige Problembereiche der normativen Überlegungen identifiziert werden (vgl. Roth 1989: 14). Hierzu gehören:

(1) Die Machtasymmetrie zwischen Generationen aufgrund der Unidirektionalität ihrer zeitlichen Abfolge. Sie limitiert vertragstheoretische Argumentationen und verweist auf strukturelle Defizite demokratischer Systeme im Umgang mit der Interessenrepräsentation zukünftiger Generationen.

(2) Die kaum überwindbare Schwierigkeit einer nettoäquivalenten Wohlstandsmessung über Generationen hinweg, die für bestimmte Equity-Vorstellungen notwendig wäre. Hier ist insbesondere eine mögliche konzeptionelle Integration von Produktivitätsfortschritt und der allgemeinen Lebenserwartung nicht in Sicht. Nicht zu vergessen ist auch, dass Wohlstand und

⁹⁵ Nach der egalitaristische Vorstellung schädigen gegenwärtige Personen zukünftige Personen, wenn diese ein geringeres Wohlstandsniveau bei letzteren verursachen als sie selbst zur Verfügung hatten. Dies ist aber nicht plausibel, so Meyer (2010), weil damit Gleichheit ein intrinsischer Wert zugesprochen würde. Es könne ein beliebig niedriges Wohlstandsniveau damit gerechtfertigt werden, solange es nur gleichbleibend niedrig sei und damit keinerlei Pflichten zur Verbesserung der Zukunft auferlegen. Nach der prioritaristischen Vorstellung wäre eine Begünstigung umso wichtiger, je schlechter die Situation einer zukünftigen Person, je größer die Verbesserung und je mehr Personen begünstigt werden. Meyer (2010) zufolge könne dies aber lediglich als ein Optimum verstanden werden und nicht als ein moralisches Gebot. Es würde unter Umständen sehr große Opfer von gegenwärtig Lebenden verlangen, während die positiven Effekte für zukünftige Generationen marginal ausfielen. Die suffizientaristische Konzeption verlangt schließlich danach, dass die Situation von Personen unterhalb eines gewissen Schwellenwerts verbessert wird. Rawls (1999: 141) zufolge würden sich die Personen im Urzustand auf ein solches Mindestniveau einigen.

Wohlbefinden nicht gleich zu setzen sind und es selbst im *intragenerationalen* Kontext keinen Konsens über eine adäquate Aggregationsregel der Wohlstandsmessung gibt, die sowohl niveau- als auch verteilungssensitiv ist (vgl. Robeyns 2005; Sen 1993).

(3) Der Umgang mit variierenden Generationengrößen, der die Anwendung von Gleichheitsstandards aufgrund unterschiedlicher Bezugsgrößen (Gleichheit der Pro-Kopf-Leistungen oder der generationalen Gesamtleistungen) zu einem Dilemma macht.

(4) Die allgemeine Unsicherheit über die Zukunft im Hinblick auf die Effekte individuellen Handelns und staatlicher Institutionen, technischer Entwicklungen und dergleichen, wie auch über den Lebensstil zukünftiger Generationen und ihre Interessen und Bedürfnisse.

(5) Die Widersprüche zwischen Nachhaltigkeits-, Egalitäts- und Reziprozitätsforderungen an eine Theorie der Generationengerechtigkeit.

(6) Spannungsverhältnisse, die sich aus querverlaufenden *intragenerationalen* und *intergenerationalen* Gerechtigkeitsproblemen ergeben, wie diese voneinander abzugrenzen sind und mit welcher Priorität diese zu beheben wären.

3.3.10 Versuch einer Synthese

Wie die bisherigen Abschnitte zeigen, gibt es sehr viele unterschiedliche Vorstellungen von Generationengerechtigkeit, die teilweise miteinander unvereinbar sind, teilweise aber auch zu gleichen Schlussfolgerungen kommen bzw. in Spezialfällen miteinander konvergieren (siehe Tabelle 1). Vor diesem Hintergrund ist es schwierig, die Überlegenheit eines bestimmten Konzepts zu postulieren. Allerdings weisen manche Ansätze intern mehr gravierende Widersprüche auf als andere. Das gilt zum Beispiel für das Equity-Prinzip, das auf den ersten Blick intuitiv sehr überzeugend erscheint, aber sich als äußerst unbestimmt erweist und daraus abgeleitete Forderungen, wie die Gleichheit impliziter Renditen, als unzureichend und reduktionistisch. Ähnlich widersprüchlich sind andere tauschtheoretische Konzeptionen, die z. B. mit der Vertragsmetapher arbeiten. Der Libertarismus ist dagegen intern konsistent, dürfte allerdings vor einem kontinentaleuropäischen kulturellen Hintergrund als intergenerationaler Gerechtigkeitsansatz kaum vermittelbar sein. Sozialliberale und kommunitaristische Vorstellungen weisen insgesamt ebenfalls weniger interne Widersprüche auf, haben sich aber in der Theoriedebatte als anschlussfähig für die Wohlfahrtsökonomie und den Capability-Ansatz erwiesen. Sie fordern außerdem geradezu nach einer empirischen Näherbestimmung, der substantiellen Inhalte intergenerationaler Gerechtigkeit.

Tabelle 1: Intergenerative Gerechtigkeitskonzepte

Gerechtigkeitskonzept	Zentrale Merkmale	Prinzipien
Libertarismus	Eigenverantwortlichkeit des Individuums; Verteilungsindividualismus	Kapitaldeckung oder zumindest rein intertemporale Umverteilung, so dass Gleichheit der impliziten Renditen aus der GRV zwischen unterschiedlichen Kohorten vorliegt.
Kommunitarismus	Kulturspezifische Ausgestaltung Gemeinschaftlicher Zusammenhalt	Offen, abhängig von den gemeinschaftsintern vorherrschenden Gerechtigkeitsvorstellungen; Inklusion der zukünftigen Mitglieder der Gemeinschaft
Sozialer Liberalismus	Gerechte Sparquote	Transgenerationale Erfüllung von Grundbedürfnissen, intragenerational gilt das Differenzprinzip
Wohlfahrtsökonomik	Musgrave-Regel moderater Paternalismus	Gleichmäßige Aufteilung von Lasten auf verschiedene Generationen Pflichtversicherung oder garantiertes Existenzminimum
Egalitarismus	Ausschluss willkürlicher Benachteiligung einzelner Generationen Intergenerationale Ungleichheit ist Begründungspflichtig	Intergenerational konstantes Pro-Kopf-Nutzenniveau; siehe Musgrave-Regel; Gleichheit impliziter Renditen externe Verursachung und Unglück legitimiert Kompensation, freie Entscheidungen nicht
Tauschtheoretisch	Generationenvertrag Equity-Prinzip Leistungsäquivalenz	Indirekte Reziprozität im Umlagesystem Proportionale Gleichheit der Inputs und Outcomes für unterschiedliche Kohorten pro Kopf oder generationenspezifisch; siehe Libertarismus; aber eine Vielzahl unterschiedlicher existenzieller Vergleichsperspektiven ist denkbar und führt zu miteinander unvereinbaren Implikationen
Nachhaltigkeit	Stabilitätsorientiert Bedarfsorientiert Nutzenorientiert	Langfristige Überlebensfähigkeit des Systems, individueller Bedarf sekundär Bedürfnisse nachfolgender Generationen dürfen nicht durch „Überverbrauch“ vorhergehender Generationen verletzt werden; siehe Rawls konstant zu haltendes Nutzenbündel; siehe Equity-Prinzip, siehe Egalitarismus

Eine Synthese könnte folglich beinhalten, dass Generationengerechtigkeit sowohl universalistische als auch kultursensitive Elemente umfassen müsste. Universalistisch in dem Sinn, dass sich eine solche Synthese auf die Grundstruktur moderner Demokratien bezieht und allgemein zustimmungsfähig ist sowie ein transgeneracionales Existenzminimum garantiert (siehe Rawls), sich ansonsten aber auf ein kultursensitives Mischungsverhältnis der klassischen Grundsätze von Leistungsäquivalenz, Gleichheit und Bedarf (vgl. Deutsch 1975; Schwinger 1980) verständigt, in diesem Sinn mit den kulturell spezifischen Gerechtigkeitsintuitionen vereinbar ist und dabei die Interessen zukünftiger Individuen als Mitglieder der demokratischen Gemeinschaft berücksichtigt. Der letzte Punkt bedeutet, dass Vorkehrungen dagegen zu treffen sind, dass ein solches Konzept intergenerationaler Gerechtigkeit die Wahlfreiheit zukünftiger Generationen willkürlich und irreversibel einschränkt. Diese Überlegungen sind nur ein erster Schritt, und verweisen auf nach wie vor große theoretische Unbestimmtheit. Die empirische Forschung kann aber dabei helfen, das kultursensitive Mischungsverhältnis verschiedener Gerechtigkeitsprinzipien in einem solchen Modell intergenerationaler Gerechtigkeit zu klären, die Dimensionen und deren Gewichtung ermitteln, auf denen intergenerationale Equity-Vergleiche vorgenommen werden sollen und auf die psychologischen und soziologischen Voraussetzungen des Gerechtigkeitsempfindens im intergenerationalen Kontext hinweisen. Dabei wäre insbesondere zu klären, welche Rolle Eigeninteresse bei solchen Empfindungen spielt, weil damit das für Gerechtigkeit so wichtige Kriterium der Unvoreingenommenheit verletzt würde und inwieweit psychologische Rationalisierungen einen Einfluss haben und möglicherweise verhindern, Ungerechtigkeiten wahrzunehmen.

Nach diesem theoretischen Abriss über verschiedene Generationengerechtigkeitskonzepte, werden in den nächsten Kapiteln die institutionellen Rahmenbedingungen der Auseinandersetzung um Generationengerechtigkeit im Kontext der gesetzlichen Alterssicherungssysteme dargestellt. Bevor schließlich eine Bewertung der daraus resultierenden Verteilungsergebnisse gemäß der in diesem Abschnitt vorgestellten normativen Konzepte vorgenommen wird. Die Ergebnisse des institutionenanalytischen Teils dienen im dritten einstellungsanalytischen Teil schließlich dazu Brückenhypothesen über eventuell vorliegende partikuläre ökonomische Interessenlagen abzuleiten, die sich aus den gegebenen institutionellen Arrangements ergeben. Zudem ist eine Darstellung des Status quo unerlässlich, um abschätzen zu können, inwieweit der Status quo selbst normative Wirkung entfaltet und zur Herausbildung spezifischer Gerechtigkeitserwartungen beiträgt.

Institutionenanalytischer Teil

4 Institutionelle, demografische, wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

4.1 Institutionelle Grundlagen der Alterssicherung

Grundsätzlich kann man in der Alterssicherung zwischen einem familialen (Erziehungsleistungen, Erbschaften, Inter-Vivos-Transfers, Pflege) und einem wohlfahrtsstaatlichen Transfersystem (Alterssicherungssystem, Bildungssystem) unterscheiden. Das erste basiert dabei weitgehend auf ungeschriebenen sozialen Normen und emotionaler Nähe und ist insofern eher eine Frage intergenerationaler Solidarität, während das zweite auf institutionalisierten Regelungen basiert, die Rechte und Pflichten zwischen den Generationen genau festlegen und insofern den Kern intergenerationaler Gerechtigkeit berühren. Der Fokus liegt daher im Folgenden auf dem zweiten Transfersystem.⁹⁶ Das staatliche System wird ergänzt durch über den Markt zur Verfügung gestellte Vorsorgeprodukte.

Das wohlfahrtsstaatliche Transfersystem setzt sich in Deutschland aus drei Säulen zusammen: (1) der staatlichen Absicherung, bestehend aus der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung, der Beamtenversorgung und der Grundsicherung im Alter; (2) der betrieblichen Altersvorsorge bzw. Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst; (3) der privaten Vorsorge beispielsweise über Lebensversicherungen, Immobilienbesitz oder andere Kapitalanlagen bzw. besondere staatlich geförderte Programme wie die Riester- oder Rürup-Rente.⁹⁷ Der nächste Abschnitt behandelt die institutionelle Ausgestaltung dieser Systeme, wobei die Beschreibung der formalen Regelungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung im Vordergrund steht, da hier der Kreis der Betroffenen am größten ist.⁹⁸

⁹⁶ Gerechtigkeit bezieht sich im Gegensatz zur im familialen Kontext vorliegenden Solidarität nicht auf Gefühle sozialer bzw. emotionaler Nähe, sondern auf Rechtsansprüche, die auch in sozial heterogenen und ausdifferenzierten Gesellschaften nichts von ihrer Wirksamkeit einbüßen (vgl. Kersting 2000b).

⁹⁷ Bei Zahlen der amtlichen Statistik werden im Folgenden in der Regel Daten von 2006 dargestellt, da diese bei den nachfolgenden empirischen Analysen als Vergleichsmaßgrößen dienen. Sofern neuere Daten vorhanden sind, werden diese in Klammern oder in Fußnoten zusätzlich wiedergegeben.

⁹⁸ Am 31. 12. 2008 waren 31,6 Mio. Personen in der GRV pflichtversichert, weitere 17 Mio. passiv versichert. Fast 19,9 Mio. Personen erhielten Leistungen aus der GRV (Deutsche Rentenversicherung 2010b: 29ff)

4.1.1 Die Gesetzliche Rentenversicherung

Die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) basiert auf dem sog. Umlageverfahren. Das heißt, die laufenden Rentenzahlungen werden aus den Beiträgen der aktuell in der GRV versicherten Beschäftigten finanziert. Ein eigener Kapitalstock wird, wenn man von der Nachhaltigkeitsrücklage absieht, nicht aufgebaut. Die Versicherten erwerben im Laufe ihres Erwerbslebens lediglich Rentenanswartschaften, die ihnen in Form sog. Entgeltpunkte gutgeschrieben werden und die die Grundlage für die Berechnung der im Ruhestand ausgezahlten Rentenbeträge darstellen.

Historische Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung

Historisch hat sich die GRV aus dem von Otto von Bismarck initiierten Gesetz zur Alters- und Invaliditätsversicherung (1889) entwickelt.⁹⁹ Ursprünglich waren von der Versicherung nur Arbeiter und gering verdienende Angestellte erfasst, die ab dem vollendeten 70. Lebensjahr daraus beitragsgestaffelte Leistungen erhalten konnten, die allerdings nicht zur Existenzsicherung ausreichten (Frerich und Frey 1993: 95-101; Schmidt 2005: 23-25).¹⁰⁰ Der Kreis der Versicherten wurde im Lauf der Jahre sukzessive erweitert – schon zwei Jahre nach ihrer Gründung umfasste er 54 Prozent der Erwerbspersonen – wobei für die Angestellten im Jahr 1912 eine eigene Rentenversicherung eingeführt wurde (vgl. Schmidt 2005: 25 und 36).¹⁰¹ Finanziert wurde das System aus Steuern sowie aus gleich hohen Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der mit diesen Mitteln angesparte Kapitalstock wurde jedoch durch die Hyperinflation nach dem Ersten Weltkrieg (1919-1923), die Weltwirtschaftskrise (1929-1933) und den Zweiten Weltkrieg bzw. die daran anschließende Währungsreform (1948) mehrmals entwertet. Beträchtliche Subventionen aus Steuermitteln waren daher notwendig, um eine zumindest rudimentäre Absicherung zu gewährleisten. Rentner waren zudem in der Regel auf die Unterstützung durch Angehörige angewiesen.

⁹⁹ Die Gesetze waren dabei als „Komplement für das Sozialistengesetz“ (Bismarck 1884) gedacht (vgl. Lampert und Althammer 2004: 68f).

¹⁰⁰ Erfasst waren Angestellte bis zu einem relativ geringem Jahreseinkommen von unter 2000 Reichsmark etwa 12.000 Euro nach heutigen Maßstäben (Lampert und Althammer 2004: 267). Die Leistungen entsprachen etwa 20 Prozent des durchschnittlichen Jahresverdienstes eines damaligen Arbeitnehmers und nur wenige erreichten überhaupt das 70. Lebensjahr (Schmidt 2005: 25).

¹⁰¹ Erst im Jahr 1989 wurde das Rentenrecht mit Wirkung zum 1. Januar 1992 für Arbeiter und Angestellte vereinheitlicht; die organisatorische Trennung der beiden Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten wurde schließlich zum 1. Januar 2005 aufgehoben.

Angesichts wachsender Altersarmut und der äußerst positiven wirtschaftlichen Entwicklung in den 50er Jahren erfolgte mit der Rentenreform von 1957 schließlich der Systemwechsel zur noch heute praktizierten Umlagefinanzierung (vgl. Rentenneuregelungsgesetz vom 22. Januar 1957). Maßgeblich für die Rentenreform war der sog. Schreiber-Plan (Schreiber 1955a, b). Danach sollte eine mindestens existenzsichernde Rente im Alter durch ein Umlageverfahren über Beiträge aus dem gegenwärtigen Sozialprodukt finanziert werden. Die Rentenhöhe sollte der allgemeinen Lohnentwicklung folgen. Im Gesetz zur Neuregelung der Rentenversicherung wurde schließlich vorgesehen, die Rentenhöhe dynamisch nach dem durchschnittlichen Bruttolohn aller Versicherten in den vorangegangenen drei Jahren anzupassen.¹⁰² Die tatsächliche Rentengesetzgebung folgte in den Jahren darauf diesen Vorstellungen, bis in den 90er Jahren angesichts struktureller Probleme auf dem Arbeitsmarkt und der demografischen Alterung erneut eine Zeit umfassender Reformen für die GRV begann. Auf die institutionellen Regelungen, die im Kern bis heute gelten, wird im Einzelnen in den folgenden Abschnitten eingegangen.

Kreis der Anspruchsberechtigten

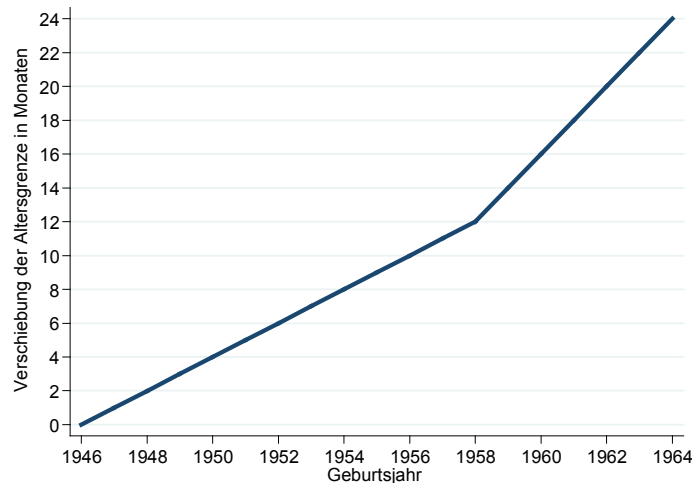
In der Gesetzlichen Rentenversicherung sind abgesehen von Beamten alle abhängig Beschäftigten pflichtversichert; Selbständige können freiwillig beitreten. Zu den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung gehören neben den Altersrenten auch Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten. Erwerbsminderungsrenten werden gezahlt, wenn das tägliche Leistungsvermögen auf weniger als sechs Stunden abgesunken ist. Für Hinterbliebenenrenten an Witwer, Witwen oder Waisen gilt als Voraussetzung, dass der/die Verstorbene eine Mindestversicherungszeit von fünf Jahren aufweisen kann. Witwen/Witwerrenten betragen 55 Prozent der Rentenansprüche des Versicherten bei voller Erwerbsminderung zu dessen Todestag, wobei eigene Rentenansprüche teilweise angerechnet werden. Die GRV finanziert darüber hinaus auch Leistungen im Bereich der beruflichen Rehabilitation.¹⁰³

¹⁰² Der Schreiber-Plan sah auch eine sog. Kinderrente und höhere Beitragssätze für Kinderlose vor, was jedoch nicht verwirklicht wurde. Konrad Adenauer wird in diesem Zusammenhang das Zitat zugeschrieben „Kinder bekommen die Leute immer“.

¹⁰³ Auf Besonderheiten der knappschaftlichen Rentenversicherung wird aus Platzgründen nicht eingegangen, da sie nur für einen geringen Teil der Versicherten relevant ist. Auch der Bereich der Rehabilitationsmaßnahmen (Leistungen zur Teilhabe) wird im Folgenden ausgeklammert.

Die Regelaltersgrenze liegt derzeit noch bei 65 Jahren, wird in den Jahren 2012 bis 2029 aber stufenweise auf 67 Jahre angehoben.¹⁰⁴ Für die Jahrgänge 1947-1958 erhöht sich die Altersgrenze dabei jeweils um einen Monat pro Jahr, für die Jahrgänge ab 1958 um zwei Monate, so dass für den Jahrgang 1964 erstmals im Jahr 2029 die Regelaltersgrenze von 67 Jahren wirksam sein wird. Besonders langjährig Versicherte mit 45 Beitragsjahren können weiterhin abschlagsfrei mit 65 in Rente gehen.¹⁰⁵

Abbildung 3: Regelaltersgrenze



Rentenhöhe

Dem Prinzip der Beitragsäquivalenz entsprechend richtet sich die Höhe der Rente in erster Linie nach den im Laufe des Erwerbslebens eingezahlten Beiträgen.¹⁰⁶ Die Höhe der Beiträge fließt dabei über sog. Entgeltpunkte in die Berechnung der Rentenhöhe ein. Ein persönlicher Entgeltpunkt wird einem Versicherten gutgeschrieben, wenn der individuelle Bruttoverdienst dem durchschnittlichen Bruttoverdienst aller Versicherten im jeweiligen Jahr entsprochen hat. Das Durchschnittsbruttoentgelt wird dabei getrennt nach neuen und alten Bundesländern berechnet. Verdient der Versicherte die Hälfte des Durchschnitts im jeweiligen Landesteil, würde entsprechend ein halber Entgeltpunkt gutgeschrieben. In der anderen Richtung gelten allerdings Beitragsbemessungsgrenzen beim Bruttoeinkommen, bis zu denen höchstens Beiträ-

¹⁰⁴ Die ursprüngliche Regelaltersrente wurde im Jahr 1916 von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt. Anspruchsberechtigt war, wer mindestens 30 Jahre Beiträge gezahlt hatte.

¹⁰⁵ Das faktische Renteneintrittsalter weicht von der Regelaltersgrenze ab (Fasang 2010).

¹⁰⁶ Vergleiche im Folgenden Lampert und Althammer (2004: 268-278).

ge erhoben und entsprechend Entgeltpunkte gutgeschrieben werden.¹⁰⁷ Bei den Entgeltpunkten handelt es sich also um ein relatives Statusmaß, das die individuelle Position im Sozialgefüge während der Erwerbsphase wiedergibt. Insofern sind nicht die tatsächlich eingezahlten Beiträge die Grundlage der Rentenberechnung, sondern die relative Einkommensposition, weshalb man auch besser von Teilhabeäquivalenz und nicht von Beitragsäquivalenz spricht.

Eine abschlagsfreie Altersrente bei 45 Entgeltpunkten wird als Eckrente bezeichnet und definiert das Konstrukt des Eckrentners als Standardrentner.¹⁰⁸ Im Jahr 2004 erreichte ein Eckrentner ein Lohnersatzniveau nach Steuern von 67,9 Prozent (Nullmeier et al. 2008: 25), so dass gegenüber der Erwerbsbevölkerung eine Absenkung des Konsumniveaus eintritt, die Statusposition durch die Entgeltpunktberechnung aber in Relation zu anderen Rentenbeziehern erhalten bleibt.¹⁰⁹ Für Kindererziehungszeiten werden für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, ein Entgeltpunkt, für Kinder, die ab 1992 geboren wurden, 3 Entgeltpunkte angerechnet, was bei einem aktuellen Rentenwert von 26,13 Euro im Jahr 2006 78,39 Euro zusätzlicher monatlicher Rente pro Kind entspräche. Bis 2005 gab es auch Entgeltpunkte für Ausbildungszeiten, die jedoch abgeschafft wurden.

Die persönliche Rentenhöhe ergibt sich aus der Rentenformel ($Rente_{mtl} = E \cdot Z \cdot R \cdot A$), wenn man die Entgeltpunkte addiert und deren Summe (E) mit dem Zugangsfaktor (Z), dem Rentenartfaktor (R) und dem aktuellen Rentenwert (A) multipliziert (vgl. §§ 64 und 66 SGB VI). Der Zugangsfaktor (Z) berücksichtigt das Alter des Versicherten bei Rentenbeginn und beträgt im Falle des Renteneintritts zur Regelaltersgrenze 1. Bei vorzeitigem Renteneintritt werden für jeden Monat vor der Regelaltersgrenze Abschläge von 0,3 Prozent fällig, jeder Monat darüber führt zu einer Anhebung um 0,5 Prozent (seit 1. Januar 1992).

¹⁰⁷ Diese lagen im Jahr 2006 bei 5.250 Euro im Westen (2011: 5.500 Euro) und 4.400 Euro im Osten (2011: 4.800 Euro).

¹⁰⁸ Beim Eckrentner handelt es sich um eine Normgröße, die nicht einem empirisch zu ermittelndem durchschnittlichen Rentenbezieher entspricht. Kritische Stimmen bezeichnen den sog. Eckrentner daher auch als eine „Fiktion der Sozialbürokratie“, die sich am männlichen Normalarbeitsverhältnis orientiert, faktisch aber wenig mit den empirisch vorliegenden Biografien insbesondere der weiblichen Rentenbezieher zu tun hätte und mit der „Erosion“ des Normalarbeitsverhältnisses weiter an Validität verlieren dürfte.

¹⁰⁹ Das Lohnersatzniveau wurde in der Vergangenheit netto nach Steuern berechnet (vgl. hierzu § 154 (3) SGB VI; Stand 23. 6. 2004). Angestrebt wurden nach der „Riester-Reform“ 2001 Ersatzquoten von mindestens 67 Prozent bis 2020 bzw. 64 Prozent bis 2030. Das vor der „Riester-Reform“ angestrebte Lohnersatzniveau von 70 Prozent soll durch steuerlich geförderte private Vorsorge erreicht werden; eine vollständige Lebensstandardsicherung durch weitere private und betriebliche Vorsorge. Mittlerweile wird im entsprechenden Gesetzestext das Nettoersatzniveau vor Steuern zugrunde gelegt (vgl. § 154 (3) SGB VI; ab 1. 1. 2005). Zielgrößen für das Nettoersatzniveau vor Steuern sind für das Jahr 2020 mindestens 46 Prozent und für das Jahr 2030 mindestens 43 Prozent.

Der Rentenartfaktor (R) (ebenfalls seit 1. Januar 1992) bewirkt eine höhere Gewichtung von Altersrenten gegenüber Renten mit Lohnzuschussfunktion oder Unterhaltersatzfunktion. Mit 1 faktorisiert werden in diesem Sinn Renten wegen Alters, voller Erwerbsminderung und Erwerbsunfähigkeit sowie sog. Erziehungsrenten, die sich beim Todesfall eines geschiedenen Elternteils aus den Versicherungsleistungen des noch lebenden Elternteils ergeben. Für Witwen- bzw. Witwerrenten ergeben sich je nach konkreter Situation (vgl. hierzu § 67 SGB VI) Werte für R zwischen 0,25 und 0,6, für Halbwaisen 0,1 und für Vollwaisen 0,2, bei teilweiser Erwerbsminderung 0,5.¹¹⁰

Tabelle 2: Ausgewählte Rentenarten

Rentenart	Voraussetzungen	Durchschnittliche Zahlungsbeträge 2006 in Euro
Regelaltersrente	Wartezeit 5 Jahre; Altersgrenze: 65, ab 2029: 67	551
Altersrente für langjährig Versicherte	Wartezeit 35 Jahre; Altersgrenze 65, mit Abschlägen 63, ab 2029: 67	1.048
Altersrente für besonders langjährig Versicherte	Wartezeit 45 Jahre, Altersgrenze 65	-
Altersrente für Frauen	Wartezeit 15 Jahre, Geburt vor dem 1. 1. 1952, Altersgrenze 60, nach Vollendung des 40. Lebensjahre mindestens 10 Jahre Pflichtbeiträge	675
Altersrente wegen Arbeitslosigkeit/nach Altersteilzeit	Wartezeit 15 Jahre, Geburt vor dem 1. 1. 1952, Altersgrenze 65, nach Vollendung von 58 Jahren und sechs Monaten mindestens 52 Wochen arbeitslos	673
Renten wegen Alters insgesamt		718
Erwerbsminderungsrenten	Altersgrenze 63, ab 2029: 65	703
Renten wegen Todes		498

Quelle: Rentenbestand, Rentenversicherung in Zeitreihen (DRV 2010c: 178-181).

Der aktuelle Rentenwert (A) entspricht der monatlichen Rente wegen Alters, wenn für ein Kalenderjahr Beiträge in Höhe des Durchschnittsentgelts geleistet wurden. Der genaue Rentenwert ergibt sich aus der Rentenanpassungsformel und passt den aktuellen Rentenwert des

¹¹⁰ Die persönlichen Entgeltpunkte in der knappschaftlichen Rentenversicherung weichen von diesen Werten ab, da in ihnen Zusatzleistungen enthalten sind (vgl. § 82 SGB VI).

Vorjahres an die Lohnentwicklung, sowie über den sog. „Riesterfaktor“ (seit 2001; vgl. Altersvermögensergänzungsgesetz) und den „Nachhaltigkeitsfaktor“ (seit 2005; vgl. RV-Nachhaltigkeitsgesetz) an die Entwicklung der Beitragssätze und an die demografische Entwicklung an (vgl. § 68 SGB VI).¹¹¹ Im Jahr 2006 betrug der aktuelle Rentenwert in den Alten Bundesländern 26,13 Euro (NBL: 22,97 Euro), womit sich eine Eckrente (Altersrente mit 65 bei 45 Beitragsjahren) von 1.176 Euro ergibt (NBL: 1.034 Euro).¹¹²

Durch das RV-Nachhaltigkeitsgesetz von 2004 wurde in der Rentenanpassungsformel, die den aktuellen Rentenwert (*A*) bestimmt, eine stärkere Ausrichtung an der Entwicklung der tatsächlichen Beitragsbasis vorgenommen, indem dort neben der allgemeinen Bruttolohnentwicklung der beschäftigten Arbeitnehmer nun auch die Veränderung der beitragspflichtigen Bruttolohn- und Gehaltssumme mit eingeht, also der Bruttolöhne und -gehälter unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze und ausschließlich der Beamtengehälter (Sachverständigenrat 2004: 238f).¹¹³

Die steigende Belastung der Erwerbstätigen durch private Altersvorsorge (sog. Altersvorsorgeanteil; *AVA*) sowie durch die Beitragssätze zur Gesetzlichen Rentenversicherung (*RVB*) geht durch den Riesterfaktor in die Berechnung des aktuellen Rentenwerts ein. Der Altersvorsorgeanteil (*AVA*) lag im Jahr 2006 bei 2 Prozent und steigt bis 2013 schrittweise auf 4 Prozent. Eine Erhöhung des Altersvorsorgeanteils (*AVA*) oder der Beitragssätze (*RVB*) wirkt in der Rentenanpassungsformel dämpfend auf den aktuellen Rentenwert.¹¹⁴

¹¹¹ Der aktuelle Rentenwert betrug im Jahr 2006 22,97 Euro im Osten und 26,13 Euro im Westen. Ab 1. 7. 2009 gelten 24,13 Euro im Osten und 27,20 Euro im Westen.

¹¹² Ab 1. 7. 2009 lauten die aktuellen Rentenwerte in den Alten Bundesländern 27,20 Euro und in den Neuen Bundesländern 24,13 Euro.

¹¹³ Steigen die hohen Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze schneller als die mittleren und niedrigen Einkommen, wie das in den vergangenen Jahren der Fall war, steigen die Renten langsamer als die Bruttolöhne insgesamt. Der Sachverständigenrat konstatiert dazu: „In der Vergangenheit hatten sich die beiden Größen stets parallel entwickelt, seit Mitte der neunziger Jahre gibt es jedoch teilweise erhebliche Differenzen in den Steigerungsraten. Im Jahr 2002 erhöhten sich die anpassungsrelevanten Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten um 1,7 v. H., die versicherungspflichtigen Entgelte je Beitragszahler aber nur um 0,4 v. H. Entsprechend stiegen die Renten stärker, als es von der Entwicklung der versicherungspflichtigen Entgelte und damit der Beitragsbasis gerechtfertigt gewesen wäre.“ (Sachverständigenrat 2003: 225) Grundsätzlich impliziert die Bruttolohnorientierung außerdem, dass sich die Position der Rentner relativ zu den Beitragszahlern verbessert, sofern die Steuer- und Sozialabgabenquote wächst (Schmidt 2005: 79).

¹¹⁴ Der Altersvorsorgeanteil sollte ursprünglich bei 0,5 Prozent beginnend ab 2002 jährlich um 0,5 Prozent steigen. Im März 2008 wurde der Altersvorsorgeanteil jedoch vorläufig für die Jahre 2006 bis 2008 bei 2 Prozent eingefroren.

$$A_t = A_{t-1} \cdot \frac{BE_{t-1}}{\frac{BE_{t-2}}{bBE_{t-2}}} \cdot \frac{100 - AVA_{t-1} - RVB_{t-1}}{100 - AVA_{t-2} - RVB_{t-2}} \cdot \left(\left(1 - \frac{RQ_{t-1}}{RQ_{t-2}} \right) \cdot \alpha + 1 \right)$$

$$BE_{t-2} \cdot \frac{BE_{t-3}}{\frac{bBE_{t-2}}{bBE_{t-3}}}$$

wobei:

$t - 1$ = Vorjahr

$t - 2$ = vorvergangenes Jahr

$t - 3$ = vorvorvergangenes Jahr

A = aktueller Rentenwert

BE = Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer ohne Ein-Euro-Jobs
nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

bBE = beitragspflichtige Bruttolöhne und -gehälter nach der Versichertenstatistik
des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger
ohne Beamte und einschließlich der Beiträge auf Arbeitslosengeld

AVA = Altersvorsorgeanteil; 2,0 in den Jahren 2006-2008

RVB = Beitrag zur Rentenversicherung

RQ = Rentnerquotient: Verhältnis der ÄquivalenzrentnerInnen
zu den ÄquivalenzbeitragszahlerInnen

$\alpha = 0,25$

$$RQ = \frac{\frac{\text{Rentenvolumen}}{\text{Eckrente}}}{\frac{\text{Beitragsvolumen}}{\text{Beitrag auf vDE}}}$$

Rentenvolumen = Gesamtvolumen der ausgezahlten Renten

Eckrente = Höhe der abschlagsfreien Altersrente bei 45 Entgeltpunkten

Beitragsvolumen = Gesamtvolumen der Beiträge aller rentenversicherungspflichtig Beschäftigten,
der geringfügig Beschäftigten und der Bezieher von Arbeitslosengeld

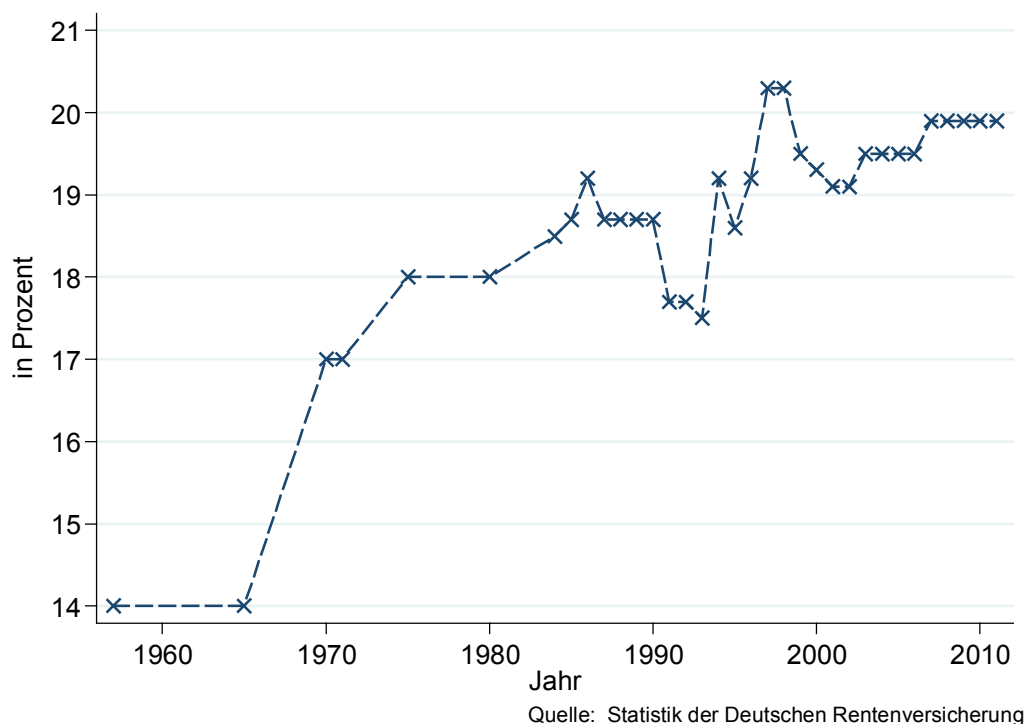
Beitrag auf vDE = Beitrag zur GRV, der auf das vorläufige Durchschnittsentgelt entfällt
(gemäß Anlage 1 SGB VI 29.494 Euro im Jahr 2006)

Finanzierung

Die Finanzierung der Rentenversicherung erfolgt primär über Beiträge der beschäftigten Arbeitnehmer. Bei abhängig Beschäftigten, werden diese je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen. Freiwillig Versicherte und Selbständige, die der Versicherungspflicht unterliegen, müssen den Beitrag alleine leisten.

Die Beitragssätze sind seit 1957 von zunächst 14 Prozent auf 19,2 Prozent des versicherungstechnisch relevanten Bruttoeinkommens im Jahr 1986 gestiegen (DRV 2010a). In den Jahren 1986 bis einschließlich 1996 schwankte der Satz zwischen 17 Prozent und 19,2 Prozent und stieg bis 31. 3. 1999 auf den bislang höchsten Satz von 20,3 Prozent. Seither wird eine Obergrenze von 20 Prozent bis ins Jahr 2020 (22 Prozent bis 2030) angestrebt, die in der Vergangenheit jedoch nur durch verschiedene gesetzgeberische Eingriffe in die Rentenformel eingehalten werden konnte. Seit 2007 liegt der Beitragssatz bei 19,9 Prozent (19,5 Prozent im Jahr 2006). Die Beitragssätze werden auf Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze erhoben. Diese lag im Jahr 2006 bei 5.250 Euro (2010: 5.500 Euro) pro Monat in den alten Bundesländern und 4.400 Euro (2010: 4.650 Euro) pro Monat in den neuen Bundesländern. Mit der Fixierung der Beitragssätze ist ein Systemwandel zur einnahmeorientierten Ausgabenpolitik (Defined-Contribution-System) vollzogen worden. Inzwischen wurde mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz von 2004 auch eine Untergrenze für das Nettorentenniveau vor Steuern von 46 Prozent bis ins Jahr 2020 bzw. 43 Prozent bis ins Jahr 2030 festgelegt (Nullmeier et al. 2008: 25).

Abbildung 4: Entwicklung der Beitragssätze



Die Ausgaben der Gesetzlichen Rentenversicherung sind nicht vollständig durch Beiträge gedeckt.¹¹⁵ Im Jahr 2006 standen Ausgaben von insgesamt 235,537 Mrd. Euro Beitragseinnahmen von 180,545 Mrd. Euro gegenüber (2008: Ausgaben 240,430 Mrd. Euro; Beitragseinnahmen 180,028 Mrd. Euro; DRV 2009: 215ff). Im Jahr 2006 beliefen sich die Bundesmittel, die der Gesetzlichen Rentenversicherung daher zufließen, auf insgesamt 77,434 Mrd. Euro (2008: 78,615). Im Jahr 2010 betrug der Zuschuss 80,7 Milliarden Euro. Der Anteil der Finanzmittel des Bundes an den Gesamtausgaben der GRV liegt damit bei fast einem Drittel. Der Anteil der Rentenzahlungen, die aus Steuermitteln finanziert werden, schwankt laut eines Prognos-Gutachtens (Prognos 2003: 54) um 27 Prozent, im Jahr 2006 waren es 26,1 Prozent. Selbst nach Auffassung der Bundesregierung würden damit allerdings lediglich die nicht durch Beiträge gedeckten versicherungsfremden Leistungen annähernd ausgeglichen (Nullmeier et al. 2008: 33).

Steuermittel aus dem Bundeshaushalt dienen also dazu sog. versicherungsfremde oder nicht beitragsgedeckte Leistungen mit allgemein sozialpolitischer Zielsetzung, wie z. B. Kindererziehungszeiten, Hinterbliebenenrenten, die Berücksichtigung beitragsfreier Zeiten durch Arbeitslosigkeit, sog. einheitsbedingte Lasten oder Altersteilzeit zu finanzieren, aber auch um einen weiteren Anstieg der Lohnnebenkosten durch „leistungsdeckende“ Beitragssätze zu verhindern.¹¹⁶ Ohne den zusätzlichen Bundeszuschuss, der aus der Mehrwertsteuererhöhung um einen Prozentpunkt von 1998 finanziert wird, hätte sich beispielsweise ein „fiktiver“ Beitragssatz für das Jahr 2003 von 21,7 Prozent ergeben (Prognos 2003: 54). In gewissen Grenzen ist die Höhe des Bundeszuschusses und damit die Höhe des Beitragssatzes, also eine politische Entscheidung (vgl. § 158 SGB VI), wodurch der parafiskalische Charakter der Gesetzlichen Rentenversicherung deutlich wird. Da es keine eindeutige Definition dafür gibt, welche Leistungen als versicherungsfremd anzusehen sind, ist es auch nicht möglich, die nach dieser Logik notwendige Größe des Bundeszuschusses genau zu quantifizieren.¹¹⁷ Kontrovers ist insbesondere, ob der Ausgleich des Defizits der GRV in Ostdeutschland, das durch die weitgehende Übertragung des westdeutschen Rentenrechts entstanden ist, als allgemeinpolitische Aufgabe aufgefasst werden müsste (vgl. Sachverständigenrat 2005: 373ff). Diese West-Ost-

¹¹⁵ Im Sozialbudget entfielen im Jahr 2007 276,2 Milliarden Euro auf die Bereiche Alter und Hinterbliebene. Es handelt sich dabei um den größten Posten (Sozialbudget 2007).

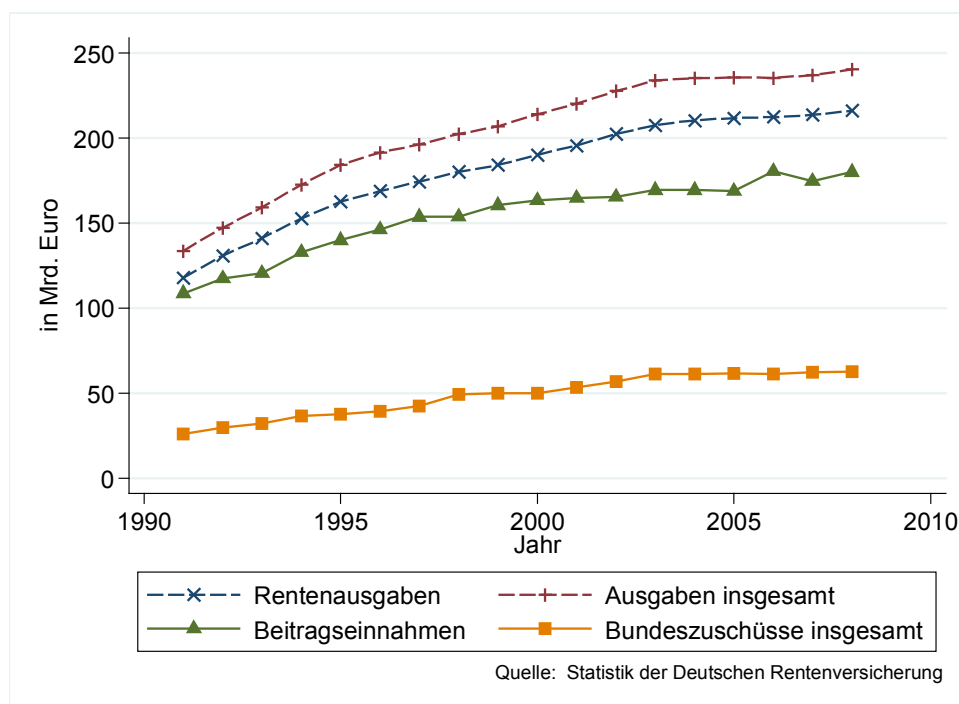
¹¹⁶ Um den Bundeszuschuss erhöhen zu können wurde im Jahr 1998 die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt angehoben und im Jahr 2000 die „Ökosteuer“ eingeführt (vgl. § 213 SGB VI).

¹¹⁷ Der Sachverständigenrat (2005: 370) taxiert die versicherungsfremden Leistungen auf 57 Mrd. Euro im Jahr 2003.

Transfers (13,6 Mrd. Euro im Jahr 2003) stuft die Bundesregierung jedoch nicht als versicherungsfremd ein, da sie durch Beitragszahlungen in das DDR-Sozialversicherungssystem begründet sind und regionale Ausgleichszahlungen auch in Westdeutschland vorlägen (DRV 2004: 575f). Demgegenüber argumentiert der Sachverständigenrat (2005: 374f), dass durch die Höherbewertung der ostdeutschen Entgelte über den „Umrechnungsfaktor“ (DRV 2009: 234) bei der Berechnung der EGP gegen das Beitragsäquivalenzprinzip verstoßen werde, da gleiche Entgelte in Ost und West in Ostdeutschland höhere Rentenanwartschaften begründen. Diese Sonderregelungen seien umverteilungspolitisch motiviert und von daher als versicherungsfremd einzustufen. Für das Jahr 2003 quantifiziert der Sachverständigenrat (2005: 375f) die versicherungsfremden Leistungen inklusive der West-Ost-Transfers auf insgesamt 73 Mrd. Euro, während sich der Bundeszuschuss auf lediglich 53,9 Mrd. Euro belaufe.

Betrachtet man die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Zeitverlauf, dann wird sichtbar, dass seit Beginn der 90er Jahre die Rentenausgaben fast durchgängig schneller gewachsen sind als die Beitragseinnahmen (vgl. Abbildung 5). Besonders ausgeprägt ist die Diskrepanz zwischen Beiträgen und Rentenausgaben in den Neuen Bundesländern. Im Jahr 2003 waren die Rentenausgaben in den Neuen Bundesländern zu lediglich 53 Prozent aus Beitragseinnahmen gedeckt, in Westdeutschland betrug diese Quote immerhin 89 Prozent. Für das Jahr 2008 wird eine Quote von 83 Prozent für Deutschland insgesamt angegeben (DRV 2010c: 216f).

Abbildung 5: Ausgaben und Einnahmen in der GRV



Hauptsächlich verantwortlich für das hohe Defizit in den neuen Bundesländern sind die, gegenüber den alten Bundesländern, höhere Arbeitslosigkeit und das niedrige Lohnniveau. Während die Beitragsbasis schmal ist, fielen die Rentenanwartschaften jedoch bis zuletzt im Schnitt vergleichsweise hoch aus und lagen quasi auf westdeutschem Niveau. Die Gründe liegen in der stärkeren Frauenerwerbsbeteiligung und der offiziell nicht vorhandenen Arbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR. Die im Moment noch hohen Rentenanwartschaften aus der GRV in den neuen Bundesländern dürften in den nächsten Jahren aber im Schnitt sinken, wenn immer mehr der Jahrgänge in Rente gehen, die die Verwerfungen der Nachwendezeit auf dem Arbeitsmarkt erleben mussten.

Einer Studie des MEA zufolge belief sich die Gesamthöhe der Transfers zu den ostdeutschen Versicherungsträgern auf migrationsbereinigt 89,5 Mrd. Euro in den Jahren 1992 bis 2003.¹¹⁸ Ein westdeutscher Standardrentner hätte im Jahr 2004 etwa 186 Euro in die neuen Bundesländer transferiert, was dort einem Gewinn von 236 Euro pro Standardrentner entspräche (Mientus 2006).¹¹⁹ Lampert und Althammer kritisieren (2004: 87), dass diese Wiedervereinigungslasten über Beitragssatzsteigerungen zu den Sozialversicherungen und nicht über Steuern finanziert wurden, was letztlich über die Verteuerung des Faktors Arbeit die Unterbeschäftigung verschärft habe.¹²⁰

Betrachtet man die Situation in den alten Bundesländern, so wächst auch dort die Diskrepanz zwischen Beitragseinnahmen und Rentenausgaben; und das bereits seit Mitte der 70er Jahre mit dem Einsetzen zunehmender Massenarbeitslosigkeit. Besonders große Defizite sind aber erst seit Mitte der 90er Jahre zu konstatieren (vgl.

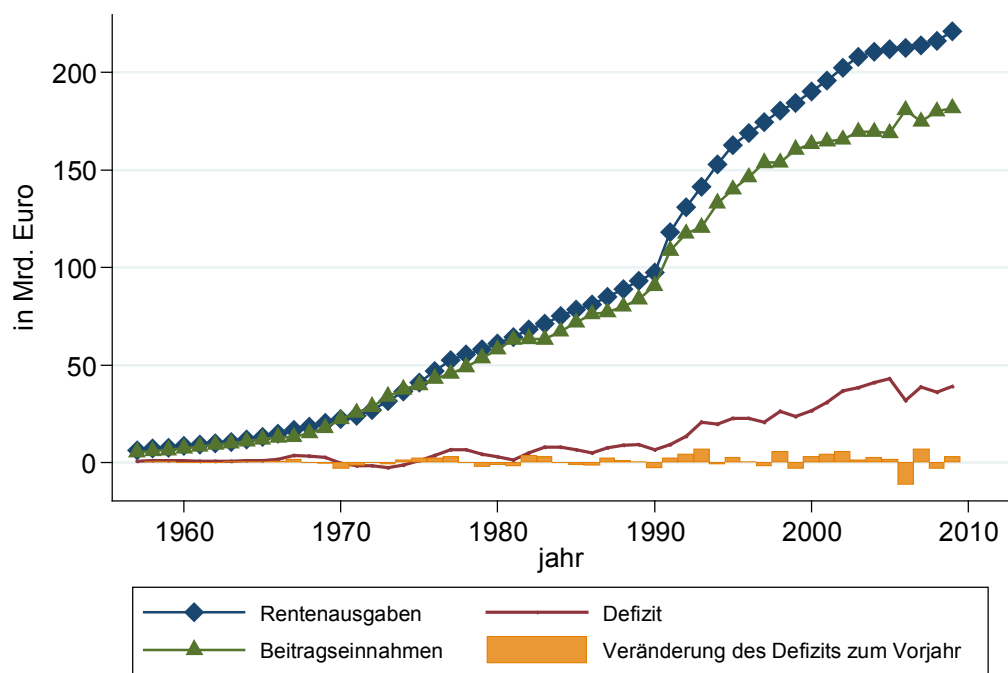
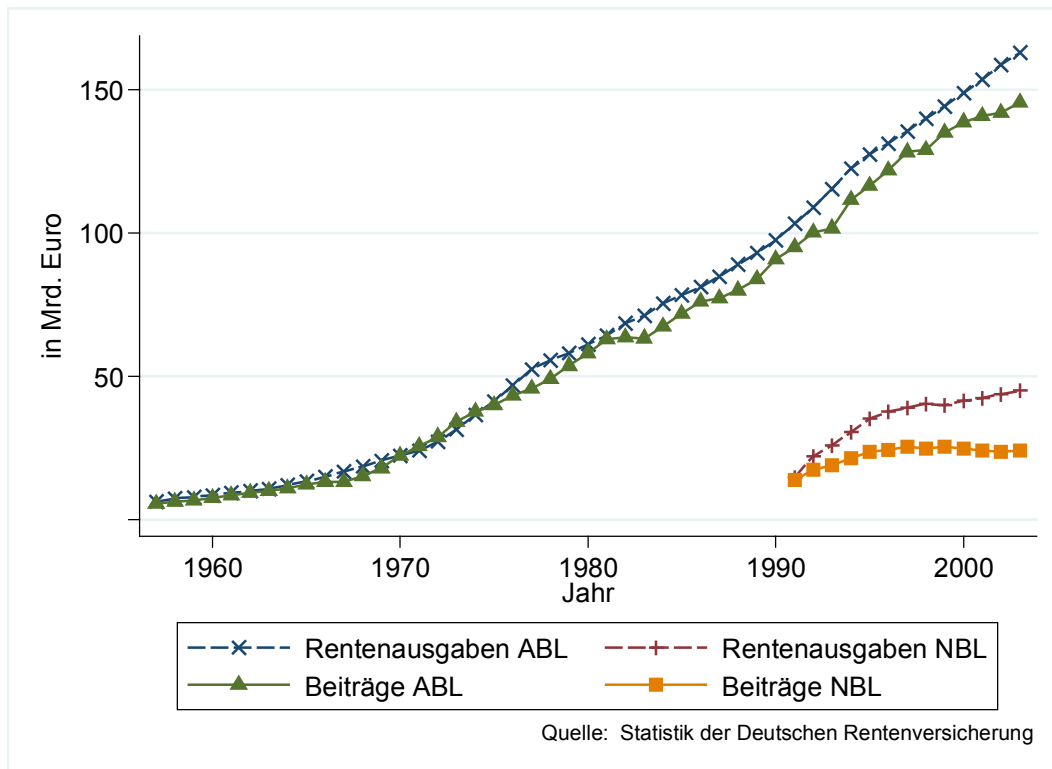
¹¹⁸ Laut Lampert und Althammer (2004: 116) beliefen sich die kumulierten Defizite der ostdeutschen Rentenversicherungsträger zwischen 1991 und 2002 auf 44 Mrd. Euro.

¹¹⁹ Es gibt die gerade in Westdeutschland verbreitete Wahrnehmung, die ostdeutschen Rentner würden ungerechtfertigter Weise von den Beiträgen in Westdeutschland profitieren, ohne jemals selbst in die Rentenversicherung eingezahlt zu haben. Durch das Umlageverfahren wird die Finanzierung der Renten in den neuen Bundesländern aber durch die dort gegenwärtig erwerbstätige Bevölkerung gewährleistet. Es handelt sich in diesem Sinn um das für das Umlageverfahren typische „Einführungsgeschenk“, wovon auch in Westdeutschland die Rentner nach dem zweiten Weltkrieg profitieren konnten. Transfers von West nach Ost ergeben sich aufgrund der geringeren Produktivität und höheren Arbeitslosigkeit im Osten gleichwohl. Diese Transfers werden jedoch zum Teil durch den Bundeszuschuss abgedeckt und stammen damit aus Steuermitteln und nicht aus Beitragszahlungen.

¹²⁰ Allerdings darf nicht vergessen werden, dass auch der Bundeszuschuss in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist und die Mehrausgaben somit nicht allein vom engeren Kreis der Versicherten getragen werden.

Abbildung 6). Auch hierfür sind weniger demografische Effekte als der strukturell bedingte Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse und die weiter wachsende Arbeitslosigkeit anzusehen. Festzuhalten bleibt also, dass sich die Finanzierungsprobleme der GRV nicht ausschließlich aus der demografischen Alterung ergeben, zumal deren Effekte erst in den kommenden Jahren zunehmend auf die GRV durchschlagen werden, sondern kurzfristig, insbesondere aus der Wiedervereinigung und den seit Beginn der 90er Jahre bis ins Jahr 2005 größer werdenden Problemen auf dem Arbeitsmarkt (Lampert und Althammer 2004: 96). Der kurzfristige und langfristige Reformbedarf aus dieser Gemengelage ist allerdings miteinander verknüpft – so erhofft man sich von niedrigen Beitragssätzen zur GRV, neben einer Entlastung der jüngeren Kohorten, vor allem positive Beschäftigungseffekte (vgl. z. B. Heinze und Streeck 2003; Rürup-Kommission 2003). Unter dem Gesichtspunkt intergenerationaler Gerechtigkeit ist zudem von Bedeutung, inwieweit die demografische Last in der GRV in Zukunft durch Mittel aus dem Bundeshaushalt zu tragen ist und damit von der Gesellschaft insgesamt, und nicht über Beiträge durch die Versichertengemeinschaft im engeren Sinn bzw. bestimmten Kohorten der Versichertengemeinschaft. Steigt der Bundeszuschuss nicht weiter, müssen ceteris paribus, neben einer weiteren Anhebung der Regelaltersgrenze, entweder die Beiträge erhöht oder Renten gesenkt werden.

Abbildung 6: Rentenausgaben und Beitragseinnahmen seit 1957



4.1.2 Grundsicherung im Alter

Neben der Gesetzlichen Rentenversicherung gibt es seit dem 1. Januar 2003 eine weitere Institution der staatlichen Altersvorsorge, die nicht auf Statussicherung, sondern auf die Absicherung des Existenzminimums bei Bedürftigkeit abzielt, die sog. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§ 41 SGB XII). Die Grundsicherung ist eine steuerfinanzierte und bedarfsgeprüfte Sozialleistung, die sich an den Personenkreis über 65jähriger (es erfolgt eine Anhebung der Altersgrenze in Analogie zur Gesetzlichen Rentenversicherung, vgl. § 41 SGB XII) oder dauerhaft erwerbsgeminderter Menschen richtet, soweit sie ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Vermögen oder Einkommen bestreiten können. Barwerte bis zu einem Betrag von 2.600 Euro (plus 614 Euro für den Lebenspartner) werden dabei nicht berücksichtigt. Für den Anspruch auf Grundsicherung muss das gesamte über diesen Betrag hinausgehende Vermögen zunächst verbraucht werden.

Eine formale Abgrenzung zur sonstigen Sozialhilfe bzw. Hilfe zum Lebensunterhalt wurde vorgenommen, um einer Stigmatisierung der Hilfeempfänger und damit einhergehende versteckte Altersarmut zu vermeiden. Aus diesem Grund erfolgt auch kein Unterhaltsrückgriff auf Angehörige. Zudem wird die Leistung dauerhaft für 12 Monate gewährt. Davon unabhängig gelten aber in weiten Teilen ähnliche Regeln wie für Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 82 SGB XII) oder die Grundsicherung für Arbeitssuchende laut SGB II (Arbeitslosengeld II bzw. „Hartz IV“). So entsprechen die Regelsätze denen der Hilfe zum Lebensunterhalt. Das waren im Jahr 2006 für Alleinstehende bzw. den Haushaltsvorstand 345 Euro in den Alten Bundesländern und Berlin und 331 Euro in den Neuen Bundesländern.¹²¹ 80 Prozent dieses Betrags werden für weitere Haushaltsangehörige gewährt; Zahlungen für Unterkunft entsprechend den angemessenen Kosten übernommen (§ 29 SGB XII). Durch die Absenkung des Rentenniveaus in der GRV ergibt sich unter gerechtigkeits-theoretischen Gesichtspunkten das Problem, dass ein Durchschnittsverdiener mittlerweile 27 Beitragsjahre aufweisen muss, um eine gesetzliche Rente über Grundsicherungsniveau zu erhalten (Nullmeier et al. 2008: 26)

Die Ausgaben beliefen sich für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahr 2006 auf 3,158 Mrd. Euro (2008: 3,788 Mrd. Euro). Am Ende des Jahres waren von den insgesamt etwa 682.000 Leistungsbeziehern, 371.000 Personen 65 Jahre und älter, was einem Anteil von 2,3 Prozent in dieser Altersgruppe entspricht. Frauen waren dabei überre-

¹²¹ Seit 1. 7. 2006 gelten einheitliche Sätze für Ost- und Westdeutschland von 345 Euro (seit 1. 7. 2009 359 Euro).

präsentiert, während der Anteil in Ostdeutschland etwas geringer ausfällt. Im Durchschnitt wurden 614 Euro (brutto) gewährt, wobei 262 Euro auf Heiz- und Wohnkosten entfielen. 233 Euro des eigenen Einkommens wurden im Schnitt je Empfänger angerechnet (Destatis 2007b). Für Alleinlebende beliefen sich die Aufwendungen auf durchschnittlich 681 Euro pro Monat, für Ehepaare auf 1.065 Euro (BMAS 2008: 333).¹²²

4.1.3 Beamtenversorgung

Eine Pension wird Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis wie Beamten, Richtern und Soldaten, aufgrund der verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Alimentationspflicht des Dienstherrn gewährt, wenn sie das Pensionsalter erreicht haben (vgl. BeamtVG).¹²³ Die Pension substituiert sowohl die Absicherung durch die Gesetzliche Rentenversicherung als auch die zusätzliche betriebliche Altersvorsorge bei abhängig Beschäftigten. Die Höhe der Pension richtet sich nach den aktuell gültigen Bezügen eines aktiven Beamten derselben Besoldungsgruppe. Jedes Dienstjahr in Vollzeit definiert dabei einen Anspruch in Höhe von 1,79375 Prozent der Bezugsgröße (für Teilzeit werden entsprechende Anteile angerechnet), maximal bis zu 71,75 Prozent der Bezüge eines aktiven Beamten.¹²⁴ Die letzte Besoldungsgruppe muss mindestens zwei Jahre vor der Pensionierung erreicht worden sein. Bei vorzeitiger Pensionierung werden die Ansprüche um 3,6 Prozent gekürzt. Ansprüche aus der GRV werden auf die Höhe der Pension angerechnet. Daneben gilt eine amtsunabhängige Mindestversorgung für Beamte, die 65 Prozent der Endstufe der Besoldungsgruppe A4 zuzüglich 30,68 Euro beträgt, im Jahr 2004 1.225,80 Euro (2010: 1.365,00 Euro). Pensionären werden 70 Prozent der Krankenkosten erstattet, die restlichen 30 Prozent werden gewöhnlich über Privatversicherungen individuell abgedeckt. Im Gegensatz zu Renten, die seit 2005 mit einem Ertragsanteil von 50 Prozent (2020: 80 Prozent; 2040 100 Prozent) der Einkommenssteuer unterliegen, müssen Pensionen voll versteuert werden. Für Witwen/Witwer von Beamten gibt es eine Hinterbliebenenversorgung in Höhe von 60 Prozent (55 Prozent für nach 1961 Geborene) der Pension, für Halbwaisen 12 Prozent und für Vollwaisen 20 Prozent.

¹²² Für das Jahr 2008 ergeben sich 767.682 Bezieher von Grundsicherung mit einem Bruttobedarf von 638 Euro, wovon 283 Euro auf Unterkunft und Heizung entfielen. 338 Euro eigenes Einkommen wurden im Schnitt angerechnet (Destatis 2008b). Die 409.985 Bezieher der Grundsicherung im Alter von 65 Jahren und älter entsprechen einer Quote von 2,45 Prozent in dieser Altersgruppe (Destatis 2008a).

¹²³ Körperschaften öffentlichen Rechts, wie die Kirchen, können Angestellte und Pfarrer ebenfalls verbeamten.

¹²⁴ Bei Dienstunfähigkeit werden sog. Ruhegehälter gezahlt (vgl. § 4 BeamtVG).

Die Pensionslasten durch die Beamtenversorgung stellen in Zukunft erhebliche Verpflichtungen dar, deren Gegenwartswert die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte bereits heute überschreitet. Unter Ungleichheitsgesichtspunkten ist zu beachten, dass die Versorgung der Beamten auch im Vergleich zu Arbeitern und Angestellten mit lückenloser Erwerbsbiografie wesentlich großzügiger ausfällt, unter anderem, weil für die Pensionshöhe die letzte Gehaltsstufe entscheidend ist und nicht der Durchschnitt über alle Jahre der Beschäftigung wie in der GRV. Eine Studie des DIW (Frick und Grabka 2010) auf Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) und der Versichertenkontenstichprobe des FDZ-RV kommt zu dem Ergebnis, dass bei Erreichen der Regelaltersgrenze der Gegenwartswert der Anwartschaften für Beamte im Schnitt etwa 400.000 Euro beträgt und damit gut doppelt so groß ausfällt, wie für die Gruppe der Arbeiter und Angestellten. Ein Umstand, der nicht alleine auf das durchschnittlich höhere Ausbildungsniveau der im Staatsdienst Beschäftigten zurückzuführen sei, so Frick und Grabka. Die Beitragsfreiheit erlaube es den Beamten darüber hinaus, während der Erwerbsphase höhere Geld- und Sachvermögen aufzubauen, was die Unterschiede hinsichtlich ökonomischer Ressourcen im Alter zwischen Arbeitern/Angestellten und Beamten weiter vergrößere.

4.1.4 Private Altersvorsorge

Die private Altersvorsorge basiert in Deutschland auf der grundsätzlichen Idee im Lebensverlauf, während der produktiven Phase, einen individuellen Kapitalstock aufzubauen, der im Alter inklusive der inzwischen angefallenen Kapitalzinsen verzehrt wird.¹²⁵ Hierfür existieren verschiedene Programme einer staatlich geförderten privaten Vorsorge („Riester-Rente“, „Wohnriester“), die vor dem Hintergrund einer im Vergleich zum Lohnniveau wachsenden Versorgungslücke in der GRV eingeführt wurden. Auf diesem Weg aufgebaute Vermögen sind jedoch nicht, oder nur eingeschränkt, vererbbar. Zugleich sind sie aber dem Zugriff der Agentur für Arbeit im Falle der Bedürftigkeitsprüfung etwa bei „Hartz-IV-Bezug“ entzogen. Auszahlungen aus Riester-Produkten werden allerdings mit der Grundsicherung im Alter ver-

¹²⁵ Wobei an dieser Stelle darauf hinzuweisen ist, dass private Vorsorge und Kapitaldeckung nicht gleichzusetzen sind, auch wenn dies praktisch in Deutschland gilt. So können staatliche Renten eine Kapitalfundierung aufweisen. Umgekehrt können private Altersrenten, bei denen fixe Auszahlungsbeträge definiert sind, Eigenschaften eines Umlagesystems beinhalten.

rechnet, so dass der Abschluss eines solchen Vertrages gerade für Geringverdiener wenig sinnvoll erscheint.

Riester-Rente

Die sog. Riester-Rente (seit 2002) richtet sich in erster Linie an den Kreis der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen und wird staatlicherseits durch Zulagen und die steuerliche Abzugsfähigkeit der Vorsorgeaufwendungen begünstigt. Die Art der Vorsorge kann durch Sparplan, Rentenversicherung, fondsgebundene Rentenversicherung oder Fondssparplan erfolgen. Daneben existiert auch die Möglichkeit, Bausparverträge oder die Finanzierung von Wohneigentum im Rahmen des sog. „Wohnriesters“ zu fördern. Eine Voraussetzung für die Zertifizierung als Riester-Vertrag ist die Garantie der eingezahlten Beiträge. Anders als normalerweise bei privaten Versicherungen üblich sind die Anbieter verpflichtet, Unisex-Tarife anzubieten, und in ihren Kalkulationen nicht die unterschiedlichen Lebenserwartungen von Männern und Frauen als Grundlage zu verwenden.

Kritisiert werden an den Riesterverträgen die im Vergleich zu ähnlichen Kapitalprodukten hohen Kosten, die mitunter die staatlichen Zulagen aufzehren. Auch im Vergleich zur gesetzlichen Rentenversicherung schneiden viele Riester-Produkte bei den Transaktionskosten wesentlich schlechter ab. Während in der GRV Verwaltungskosten von 2 bis 4 Prozent anfallen, liegen die Abzüge für Verwaltung, Vertrieb und Gewinne der privaten Versicherungsunternehmen bei Riester-Produkten zwischen 6 und 12 Prozent der Einzahlungen (Börsch-Supan 2000a: 15f). Da der Staat die Förderung zudem über die nachgelagerte Besteuerung der Auszahlungen wieder abschöpft, sehen manche (z. B. der ehem. Bundesminister Norbert Blüm) in der Riester-Rente keinen Anreiz zu größeren privaten Vorsorgeanstrengungen sondern vor allem eine indirekte Subventionierung der privaten Versicherungswirtschaft.¹²⁶

Rürup-Rente

Die Rürup-Rente oder „Basis-Rente“ ist eine staatlich (seit 2005) über Steuervorteile geförderte private Vorsorge, die sich in erster Linie an den Kreis der Selbständigen und freiberuflich Tätigen richtet. Sie entspricht hinsichtlich ihrer steuerlichen Behandlung weitgehend der gesetzlichen Rente, ist aber kapitalgedeckt und nicht umlagefinanziert. Bei längerer Arbeits-

¹²⁶ Eine Studie auf Basis des SOEP stellt tatsächlich die beabsichtigte Anreizwirkung im Hinblick auf zusätzliche private Vorsorge in Frage und findet Mitnahmeeffekte, da Kapital lediglich aus anderen Anlageformen umgeschichtet würde (Corneo et al. 2007).

losigkeit mit ALG-II-Bezug wird das angesparte Kapital nicht angerechnet. Im Todesfall verfällt das eingezahlte Kapital, sofern nicht eine zusätzliche Hinterbliebenenversorgung vertraglich vereinbart wurde.

Tabelle 3: Wichtige Reformen in der Alterssicherung seit 1989

1989 (Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung bzw. Rentenreformgesetz 1992)	ab 1992: <ul style="list-style-type: none"> - Rücknahme der Dynamisierung: Anpassung der Renten folgt der Nettolohnentwicklung und nicht mehr der Bruttolohnentwicklung - Festschreibung des Eckrentenniveaus auf 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts nach Steuern - Angleichung der Regelaltersgrenzen für Männer und Frauen - Anrechnung von drei statt einem Jahr für Kindererziehungszeiten für Geburten nach 1991 - Einführung versicherungsmathematischer Abschläge bei vorzeitigem Renteneintritt - Stufenweise Anhebung der vorgezogenen Altersgrenzen für bestimmte Rentenarten auf 65 Jahre
1996 (Gesetz zur Förderung des gleitenden Übergangs in den Ruhestand)	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung der Altersteilzeit
1997 (Rentenreformgesetz 1999)	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung des demografischen Faktors ab 1999; Reduktion der Ersatzquote von 70 auf 64 Prozent für die Eckrente - Erhöhung der EGP für Kindererziehungszeiten von 0,75 auf 1 - Einschränkung der Frühverrentungsmöglichkeiten für nach 1951 geborene - Mehrwertsteuererhöhung zum 1. 4. 1998 um einen Prozentpunkt zur Aufstockung des Bundeszuschusses, um Beitragssatzanstieg auf 21 Prozent zu verhindern
1998 (u. a. Gesetz zur Korrektur in der Sozialversicherung)	<ul style="list-style-type: none"> - Rücknahme des demografischen Faktors und Aussetzung der Fixierung des Nettorentenniveaus auf 64 Prozent - Einnahmen der „Öko-Steuer“ ersetzen Teile des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung
1999	<ul style="list-style-type: none"> - Aussetzen der Nettolohnorientierung ab dem Jahr 2000
2001 (sog. „Riesterreform“: Altersvermögensgesetz, Altersvermögensergänzungsgesetz)	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung der staatlich geförderten kapitalgedeckten privaten Vorsorge, sog. „Riester-Rente“ - „gebremste“ Bruttolohnorientierung des Rentenniveaus durch „Riesterfaktor“ bzw. die sog. „Riester-Treppe“ ab 2003; steigende Beitragssätze und private Vorsorgeaufwendungen dämpfen die Rentenanpassung - Niveausicherungsklausel: Reduktion des Eckrentenniveaus von 70 Prozent auf nicht unter 67 Prozent netto nach Steuern bis 2020 und 64 Prozent bis 2030 (vgl. § 154 SGB VI in der Fassung vor 1. 1. 2005) - Einführung einer bedarfsgeprüften Grundsicherung ab 2003 (Fortsetzung auf nächster Seite)

	(Fortsetzung von vorheriger Seite)
	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung von Erwerbsminderungsrenten anstelle von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten - Reduktion der Hinterbliebenenrenten von 60 auf 55 Prozent der Bezüge des Verstorbenen und stärkere Anrechnung eigener Einkommen; zugleich stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten - Rentensplitting: beteiligt Ehepartner an den Entgeltpunkten, wenn sie keiner eigenen Erwerbstätigkeit nachgehen; - Höherbewertung von unterdurchschnittlichen Entgeltpunkten während der ersten 10 Jahre der Kindererziehung nach der dreijährigen Erziehungszeit rückwirkend ab 1992 - Abschaffung der Anrechnung dreier Ausbildungsjahre für Akademiker
2004 (Rentenversicherungs- Nachhaltigkeitsgesetz 2004; Alterseinkünftegesetz)	ab 2005: <ul style="list-style-type: none"> - Berücksichtigung des „Rentnerquotienten“ über den Nachhaltigkeitsfaktor; α soll Anstieg der Beitragssätze über 20 Prozent bis 2020 und über 22 Prozent bis 2030 verhindern - „Schutzklausel“: verhindert Minusrunden durch den Nachhaltigkeitsfaktor - Niveausicherungsklausel: Nettorentenniveau vor Steuern soll bis 2020 nicht unter 46 Prozent, bis 2030 nicht unter 43 Prozent fallen (vgl. § 154 (3) SGB VI in der Fassung ab 1.1.2005); Berechnung nach Steuern ist aufgrund der nachgelagerten Besteuerung nicht mehr möglich - Dynamisierung anhand der Bruttolohnentwicklung basiert nun auf der tatsächlichen Beitragsbasis - Einstieg in die nachgelagerte Besteuerung von Renten bis 2040; bei zunehmender Steuerfreiheit für Beiträge - Einführung von Unisextarifen in der „Riester-Rente“
2007/2008 (Altersgrenzenanpassungs- gesetz; laut Koalitionsvertrag 2005)	<ul style="list-style-type: none"> - Schrittweise Erhöhung der gesetzlichen Altersgrenze von 65 auf 67 ab 2012 bis 2029 - Altersrente für besonders langjährig Versicherte mit 45 Pflichtbeitragszeiten erlaubt weiterhin abschlagsfreien Bezug bei vorzeitigem Renteneintritt - Einführung des „Nachholfaktors“ (§ 255d SGB VI): Durch die Schutzklausel ausbleibende negative Rentenanpassungen dämpfen die Dynamisierung bei positiver Lohnentwicklung in den Folgejahren
2009 „Rentengarantie“	ab 2010: <ul style="list-style-type: none"> - Erweiterung der Schutzklausel zur sog. „Garantieklausel“: Ausschluss negativer Rentenanpassungen bei negativer Bruttolohnentwicklung (vgl. §§ 68a (1), 255e (5), 255a (1) SGB VI)

Eigene Darstellung nach DRV (2010c: 243 u. 288-307) und Schulze und Jochem (2007: 277f).

4.1.5 Alterssicherung in der ehemaligen DDR

In der ehemaligen DDR wurden alle Lebensrisiken in einer einheitlichen Sozialpflichtversicherung (SPV) abgedeckt, die ca. 96 Prozent der Wohnbevölkerung erfasste. Daneben existierten für besonders staatsnahe Personengruppen zusätzliche Versorgungssysteme (ca. 3-4 Prozent der Bevölkerung), die höhere Renten gewährleisten sollten (Mientus 2006: 5f). In der SPV zahlten Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils zehn Prozent des Einkommens als Beitrag bis zu einer seit 1947 fixierten Bemessungsgrenze von 600 Mark. Als Renteneintrittsalter war für Männer 65 und für Frauen 60 Jahre definiert, wobei bei einem Unterschreiten der Mindestbeitragszeit von 30 Jahren eine Mindestrente in Höhe von 330 DM (Stand: 1. 7. 1990) gewährt wurde.

Ansonsten war die Rentenhöhe aus einem Fest- und einem Steigungsbetrag zusammengesetzt. Der Festbetrag lag im Jahr 1989 bei 170 DM bis unter 25 Arbeitsjahre und wurde für alle 5 weiteren Jahre um jeweils 10 DM erhöht, so dass 40 Arbeitsjahre und mehr 210 DM begründeten. Der Steigerungsbetrag ergab sich aus dem Produkt von Arbeitsjahren mal ein Prozent des jährlichen Durchschnittsverdiensts der letzten 20 Beitragsjahre. Als Arbeitsjahre wurden auch Schwangerschafts- und Wochengeld sowie Mütterunterstützung angerechnet. Für das erste und zweite Kind wurde jeweils ein Jahr angerechnet, bei drei und mehr Kindern jeweils drei Jahre (Mientus 2006: 10). Die aufgrund des früheren Renteneintrittsalters der Frauen fehlenden Arbeitsjahre wurden ausgeglichen. Für Frauen mit Kindern war die SPV also vergleichsweise günstig ausgestaltet und fügt sich so in die pronatalistische Familienpolitik der ehemaligen DDR.¹²⁷

Formal galt in der SPV das Äquivalenzprinzip, was aber faktisch durch die niedrige Beitragsbemessungsgrenze und die fehlende regelgebundene Dynamisierung nur von marginaler Bedeutung war. Die gewährten Mindestrenten führten hingegen zu einer weitgehenden Nivellierung der Einkommensunterschiede im Alter auf relativ niedrigem Niveau.¹²⁸ Zusammen mit der Subventionierung von Gütern des Grundbedarfs wurde so vor materieller Not im Alter

¹²⁷ Laut Schmidt (2005: 136) betrug die Zahlenrelation zwischen Kindergeld und Altersrente (ohne FZR) im Jahr 1989 79 Prozent, was darauf hindeute, dass die pronatalistische Familienpolitik gegenüber der Alterssicherung in der DDR Vorrang hatte. In der BRD waren die Prioritäten umgekehrt gesetzt.

¹²⁸ Zur Homogenität der Renten trug auch bei, dass Frauen in der DDR stärker in das Erwerbsleben integriert waren und Erwerbsunterbrechungen durch Arbeitslosigkeit quasi nicht existierten. Insgesamt waren die Verdienstunterschiede in der DDR gering, wobei Frauen im Schnitt dennoch um 16 Prozent (Daten von 1988) geringere Löhne erhielten als Männer (Stephan und Wiedemann 1990). Beträchtliche Unterschiede in der Qualität der Absicherung offenbarten sich allerdings zwischen produktionswichtigen und produktionsfernen Lebenslagen, z. B. bei Pflegefällen und Behinderten (Schmidt 2005: 135).

wirksam geschützt (Schmidt 2005: 134). Die SPV konnte aber nicht verhindern, dass der Lebensstandard Älterer im Vergleich zur Erwerbsbevölkerung immer weiter absank. Im Jahr 1989 betrug der durchschnittliche Arbeitsverdienst eines Vollzeitbeschäftigten 1.311 Mark. Die Mindestrente lag bei 330 Mark bzw. 470 Mark bei 45jähriger Arbeitszeit, die durchschnittliche Altersrente aus der SPV nur wenig darüber bei 483 Mark (Schmidt 2005: 134).

Die statische Ausrichtung der SPV verschlechterte die Einkommenssituation vieler Rentner gegenüber Erwerbstätigen zusehends. Aus diesem Grund wurde im Jahr 1971 eine freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR) eingeführt. Ziel war sowohl eine Erhöhung der Niveaus als auch eine stärkere Differenzierung nach den Arbeitsleistungen (Lampert und Althammer 2004: 111). Auch die Zusatzrente war abhängig von Versicherungszeit und versichertem Einkommen. Unternehmen und Arbeitnehmer leisteten dabei Beiträge von je 10 Prozent, sofern das Einkommen die Bemessungsgrenze der SPV von 600 Mark überstieg. Hinzu kam ein politisch disponibler Staatszuschuss, der am Ende der DDR fast 50 Prozent der Ausgaben abdeckte (Schmidt und Ostheim 2007: 176). Allerdings gelang damit nur eine geringfügige Verbesserung der Einkommenssituation der Rentner. Mitte der 80er Jahre bezog lediglich ein Drittel eine Zusatzrente aus der FZR, wodurch sich deren Renten im Schnitt um etwa 100 Mark monatliche erhöhten (Schmidt 2004: 91). Zuletzt hatte die FZR einen Abdeckungsgrad von 80 Prozent der Erwerbstätigen, 40 Prozent der Rentner bezogen eine Zusatzrente (Mientus 2006: 15).

Tabelle 4: Lohnersatzniveaus der durchschnittlichen Altersrenten in der ehem. DDR

Jahr	Anteil am durchschnittlichen Arbeitsverdienst in Prozent
1970	26
1975	29
1980	44
1985	41
1988	38

Nach Schmidt (2005: 135): Lohnersatzniveau der durchschnittlichen Altersrenten einschließlich FZR bezogen auf den durchschnittlichen Arbeitsverdienst eines Vollzeit-Beschäftigten

Trotz der Einführung der FZR blieb das Niveau der Alterssicherung in der DDR bescheiden. Ende der 80er Jahre verfügten etwa 45 Prozent der Rentnerhaushalte über weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens und waren damit als relativ arm zu bezeichnen (Schmidt 2005: 144). Rentnerhaushalten in der DDR stand im Jahr 1987 im Schnitt etwa ein Drittel des Einkommens von Arbeitnehmerhaushalten zur Verfügung, während in der Bundesrepublik dieser Anteil bei zwei Dritteln lag (Lampert und Althammer 2004: 108 u. 113). Nach der Wiedervereinigung stiegen die Renten im Osten, durch die Übertragung des westdeutschen Rentenrechts, bis zum Jahr 2000 auf Westniveau, wovon insbesondere ost-

deutsche Frauen infolge ihrer vergleichsweise langen Versicherungszeiten stark profitieren konnten. Laut Lampert und Althammer (2004: 116) gehören die Rentner in den neuen Bundesländern zu den am meisten durch die Wiedervereinigung begünstigten Gruppen. Im Vergleich der Rentensysteme von BRD und DDR wies das DDR-System ein niedrigeres Niveau auf, und – wenn man die Sonderversorgungssysteme außen vor lässt – auch eine geringere Differenzierung der Renten. Insofern kann man von einer universellen Grundsicherung sprechen. Auch wurden Kindererziehungsleistungen in der DDR stärker berücksichtigt. Insgesamt hatte in der DDR die Alterssicherung einen deutlich geringeren Stellenwert als die pronatalistische Familienpolitik, wodurch eine zur BRD genau entgegengesetzte „Schiefelage“ der Sozialpolitik erzeugt wurde (Schmidt 2005: 143).¹²⁹

4.2 Umlageverfahren vs. Kapitaldeckungsverfahren

Eine der wesentlichen Reformen im Alterssicherungssystem der letzten Jahre bestand in der Einführung einer staatlich geförderten privaten Vorsorge. Diese basiert auf dem Kapitaldeckungsverfahren und unterscheidet sich damit wesentlich vom in der GRV praktizierten Umlageverfahren. In diesem Zusammenhang ist eine politische Diskussion um die Vorzüge und Nachteile der beiden Systeme entbrannt, deren wichtigste Punkte kurz skizziert werden sollen. Zu beachten ist hierbei, dass Kapitaldeckungsverfahren und private Vorsorge im Grunde keine Synonyme sind, denn ein Kapitalstock könnte auch unter staatlicher Verwaltung aufgebaut werden (so z. B. in Singapur). Faktisch hat man sich in Deutschland aber dazu entschieden, die kapitalgedeckte Vorsorge privatwirtschaftlich zu organisieren, weshalb sich die Argumente im Folgenden auf diese spezifische Organisationsform beziehen. Ein wesentliches Merkmal kapitalfundierter privater Altersvorsorge besteht darin, dass durch sie kollektive Risiken weder intra- noch intergenerational gestreut werden.

Das Kapitaldeckungsverfahren wird mitunter als Heilmittel der demografiebedingten Probleme der GRV angeführt. Auch Argumente größerer intergenerationaler Gerechtigkeit spielen

¹²⁹ Der DDR-Sozialpolitik gelang es die Frauenerwerbsbeteiligung stark zu erhöhen. Die Geburtenraten waren aber erst ab Mitte der 70er Jahre merklich höher als in der BRD (Pötsch 2007: 17). In der BRD herrschte dagegen ein auf geschlechterstereotype Arbeitsteilung ausgelegtes Sozialstaatsregime, das den Männern die Erwerbs-sphäre und den Frauen die Haus- und Erziehungsarbeit im Rahmen der Familie zuwies. Im frühkindlichen Bereich wurde deshalb weitgehend auf den Ausbau einer staatlichen Erziehungsinfrastruktur verzichtet.

dabei eine zentrale Rolle (vgl. Breyer 2000: 398ff). Anstatt die Höhe der heutigen Renten an die Beiträge der gegenwärtigen Erwerbstätigengeneration zu koppeln und diese sozusagen auszubeuten, müsse jede Generation für ihre Versorgung im Alter selbst sorgen und einen entsprechenden Kapitalstock aufbauen, so die libertäre Grundidee.

Eine differenzierte Argumentation – die bei der Einführung der „Riester-Rente“ auf politischer Ebene eine tragende Rolle gespielt hat – geht davon aus, dass bei Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Rentenniveaus („Defined-Benefit-System“) die Beiträge steigen müssten um das demografische Schrumpfen der Beitragsbasis auszugleichen (vgl. Marschallek 2004: 298f). Dies würde aber höhere Lohnnebenkosten bedeuten – also den Faktor Arbeit verteuern – und damit die Beschäftigungschancen der „aktiven“ Generation reduzieren.¹³⁰ Es wird also ein Kriterium intergenerationaler Chancengleichheit verletzt. Findet jedoch keine Anpassung der Beiträge statt, sind die Renten nicht nachhaltig finanzierbar. Der Wechsel zu einem System mit konstanten Beitragssätzen („Defined-Contribution-System“), in dem die demografischen Schwankungen durch variable Rentenhöhen ausgeglichen werden, wirft dafür das Problem einer möglicherweise unzureichenden Versorgung im Alter auf. Durch staatlich geförderte private Vorsorge ließen sich dagegen steigende Beitragssätze vermeiden und gleichzeitig das Lohnersatzniveau der Alterseinkünfte stabilisieren.¹³¹ Ein Nebeneffekt der zusätzlichen Privatvorsorge sei, so die angebotstheoretische Argumentation, dass durch einen Kapitalstock größere Ersparnisse gebildet werden, die Investitionstätigkeit damit zunehme und schließlich höhere Wachstumsraten erzielt werden könnten. Für die kapitalgedeckten Vorsorgeprodukte wird zudem eine höhere Rendite der Einzahlungen als in der gesetzlichen Rentenversicherung prognostiziert.

¹³⁰ Derartig erhöhte Beitragssätze hätten eine sozial ausschließende Wirkung, und wären selbst unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten abzulehnen. Einzelne Mitglieder der Gemeinschaft, die ein bestimmtes Produktivitätsniveau unterschreiten, würden mit so hohen Solidaritätspflichten belastet, dass sie unter ihnen zusammenbrechen und die Fähigkeit verlieren für sich selbst zu sorgen (Heinze und Streeck 2003: 31). Negative Rückkopplungseffekte auf dem Arbeitsmarkt würden dann womöglich sogar eine Schmälerung der Beitragsbasis zur Folge haben, da sich die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse verringert, während umgekehrt eine Senkung der Beiträge durch positive Beschäftigungseffekte die Beitragssituation verbessern würde. Besonders problematisch ist diese „Kostenkrankheit“ des deutschen Sozialsystems für den weniger kapitalintensiven Dienstleistungssektor, da dort die Arbeitskosten stärker auf die Preise durchschlagen (Heinze und Streeck 2003: 28f).

¹³¹ Dies könnte allerdings auch durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters oder durch Zuschüsse aus allgemeinen Haushaltsmitteln erreicht werden (Schmähl et al. 2003: 17). Die Ableitung einer „schlichten Notwendigkeit“ (Börsch-Supan) zu privater Vorsorge aus dem oben dargestellten Sachverhalt wird von Marschallek (2004) kritisch hinterfragt.

Das Mackenroth-Theorem

Im Folgenden findet eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Argumentation statt, wobei das sog. Mackenroth-Theorem von besonderer Bedeutung ist. Nach diesem Theorem kann es kein Sparen im volkswirtschaftlichen Sinn geben, da alle Güter stets aus der gegenwärtigen Periode mit ihren jeweiligen demografischen Ressourcen geschaffen werden müssten:

„Nun gilt der einfache und klare Satz, daß aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muß. Es gibt gar keine andere Quelle und hat nie eine andere Quelle gegeben, aus der der Sozialaufwand fließen könnte, es gibt keine Ansammlung von Periode zu Periode, kein ‚Sparen‘ im privatwirtschaftlichen Sinne, es gibt einfach gar nichts anderes als das laufende Volkseinkommen als Quelle für den Sozialaufwand.“ (Mackenroth 1952)

Kurz gesagt, es gibt volkswirtschaftlich keinen Unterschied zwischen Kapitaldeckungs- und Umlagesystem. Das Kapitaldeckungsverfahren wäre demnach genauso abhängig von der demografischen Entwicklung wie das Umlageverfahren, da die nachfolgenden Generationen die Zinsen und Dividenden auf die Kapitalanlagen erwirtschaften müssen. Von Proponenten des Kapitaldeckungsverfahrens wird allerdings vorgebracht, das Mackenroth-Theorem gelte nur für eine geschlossene Volkswirtschaft. Dank offener Kapitalmärkte, könne das Kapital in Ländern mit günstigerer demografischer Entwicklung und höheren Wachstumsraten eingesetzt werden, um dort höhere Renditen zu erzielen (Börsch-Supan 2000b: 2; Homburg 1988). Außerdem können durch die Produktion langlebiger Gebrauchsgüter, anders als das Theorem nahelegt, Konsummöglichkeiten durchaus in die Zukunft verlagert werden (Breyer 2000: 386). Ein weiterer Vorteil gegenüber dem Umlageverfahren bestehe in einer größeren regionalen Risikostreuung, da man nicht allein von der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Unwägbarkeiten abhängig sei (Holzmann 2000: 21).

Die Risiken privater Vorsorge

Wenngleich diese Argumente zunächst einleuchten und das Mackenroth-Theorem entkräften, verdienen sie eine genauere Betrachtung. So ergeben sich aus dem Argument der globalen Diversifikation praktische Probleme hinsichtlich Informationsdefiziten, den damit verbundenen Transaktionskosten und den politischen Risiken gerade in Schwellenländern mit günstigeren Wachstumsprognosen. Aus diesem Grund wird das Geld auch bei offenen Kapitalmärkten vorwiegend im Heimatmarkt angelegt und die gewünschte globale Diversifikation bleibt

aus.¹³² Dieser sog. „Home-Bias“ der Anleger ist empirisch gut belegt (French und Poterba 1991; Tesar und Werner 1995).

Dass mit einer globalen Diversifikation der Altersvorsorge tatsächlich eine bessere Streuung der Risiken einhergeht, sollte im Übrigen mit Skepsis betrachtet werden. Denn in Schwellenländern mit „günstiger“ demografischer Entwicklung gibt es in der Regel auch größere politische und wirtschaftliche Instabilitäten. Solche im weitesten Sinn „politischen Risiken“ haben in der Vergangenheit in Deutschland zur mehrfachen Zerstörung des Kapitalstocks nach den beiden Weltkriegen durch Inflation und Wirtschaftskrisen geführt.¹³³ Das Kapitaldeckungsverfahren ist wesentlich krisenanfälliger gegenüber exogenen Schocks als das Umlageverfahren und stellt daher keinen Sicherheitsgewinn für zukünftige Generationen dar. Im Gegenteil: Gerade das Umlageverfahren vermag in ökonomischen Krisenzeiten kurzfristig nachfragestabilisierend und damit antizyklisch wirken, zumindest solange Beitragssatzsteigerungen ausbleiben. Ein kapitalgedecktes System würde in diesem Fall dagegen volkswirtschaftlich prozyklische Effekte induzieren.¹³⁴ Zudem unterliegt die kapitalgedeckte private Vorsorge durch mögliche Veränderungen im Steuerrecht auch im Inland einem politischen Risiko.

Hinzu kommt ein weiterer Unsicherheitsfaktor privater Vorsorgeprodukte, der sich aus der gegenüber staatlichen Bürokratien größeren Intransparenz privater Finanzkonzerne ergibt. Die Alten würden damit abhängig von unkontrollierbaren Kapitalmärkten und Finanzdienstleistern, so Leisering (2002: 349). Es gehöre zum soziologischen Grundwissen, dass Märkte auf sozialen und moralischen Voraussetzungen basieren, die sie selbst nicht erzeugen (vgl. Beckert 2001). Informationsasymmetrien zwischen Anlegern und Anbietern würden zur Herausbildung ineffizienter Märkte für solche Produkte führen und ein moralisches Risiko impli-

¹³² Dieser Einwand gilt unabhängig von der Frage, ob offene Kapitalmärkte überhaupt zu volkswirtschaftlich positiven Effekten führen. Studien aus dem Bereich der International Political Economy verweisen diesbezüglich kritisch auf die Gefahren von Blasenbildungen durch „overlending“ und dem anschließenden plötzlichen Abzug von Kapital in einer Krisensituation – sog. „overshooting“ und „contagion“ (Bacchetta und Van Wincoop 2000: 71). Die Asienkrise von 1997 überstanden Länder, die den freien Kapitalverkehr teilweise restringiert hatten, wie Malaysia, China, Taiwan und Indien besser als ihre Nachbarländer (Crotty und Epstein 1999) – und als die vom Internationalen Währungsfonds zur Deregulation gezwungenen Staaten Südostasiens (Stiglitz 2000, 2002).

¹³³ Tatsächlich sind es gerade Länder mit ausgeprägtem „youth bulge“ (Gary Fuller), die ökonomisch weniger günstige Bedingungen aufweisen. Der Wettbewerb um begrenzte Arbeitsplätze führt außerdem zu sozialen Konflikten.

¹³⁴ In einer Wirtschaftskrise würden die Renditen auf den angesparten Kapitalstock sinken, Rentner wären in diesem Fall gezwungen ihren Konsum einzuschränken oder Kapitalanlagen zu verkaufen, was zu sinkenden Kursen und einem weiteren Wertverlust des Kapitalstocks führen würde. Als Folge der letzten Finanzkrise von 2008 wurde deutlich, dass viele US-amerikanische Pensionsfonds ihre Rentenzusagen nicht einhalten können, was sich dämpfend auf die Konsumnachfrage auswirkte. So verlor der größte öffentliche Pensionsfonds Calpers Anfang 2009 40 Prozent seines Marktwerts (Buchter 2010).

zieren, so dass Anleger zu viel für die entsprechenden Produkte bezahlen (vgl. Akerlof 1970).¹³⁵ In einer wirtschaftlichen Krise müsste gegebenenfalls ein einzelner Anbieter oder das gesamte private System durch den Staat gestützt werden.

Die Begrenztheit globaler demografischer Diversifikationsoptionen

Abseits dieser ökonomischen Einwände kommt hinzu, dass sich viele Schwellenländer zwar aktuell in einem wirtschaftlich günstigen demografischen „Window of Opportunity“ befinden, aber mittelfristig ebenfalls schwierigen wachstumsdynamischen Bedingungen gegenüberstehen könnten. Die Entwicklung in China ist nicht nur wegen der Ein-Kind-Politik ein eindrückliches Beispiel hierfür (Feng 2005). Südostasiatische Stadtstaaten wie Hong Kong (0,91) oder Singapur (1,04) haben sogar die niedrigsten Geburtenraten in der Welt und verweisen, als im Vergleich zu ihren Nachbarstaaten bereits weiter entwickelte Regionen, auf die zukünftige demografische Entwicklung in Asien (Hesketh et al. 2005). Das Beispiel Japan zeigt eindrücklich, dass demografische Alterung mit niedrigeren Wachstumsraten einhergeht (Sachverständigenkommission 2010: 2f).¹³⁶ Da demografische Alterungsprozesse nicht alleine auf niedrige Geburtenraten, sondern insbesondere auch auf die zunehmende Lebenserwartung zurückzuführen sind, lässt sich zudem ein globaler Trend zur Alterung in fast allen Industrie- und Schwellenländern beobachten (vgl. z. B. Eurostat 2011b; Fehr und Jokisch 2006; OECD 2010c; United Nations Population Division 2008; Xenos und Kabamalan 1998). Barr & Diamond (2009: 6) verweisen sogar darauf, dass sich die Projektionen der Alterspyramiden von Indien, China und den USA für das Jahr 2050 erstaunlich ähneln. Zwar wächst die Weltbevölkerung insgesamt, aber gerade die Länder mit günstigen ökonomischen Wachstumsaussichten stehen in den kommenden Jahrzehnten vor ähnlichen Herausforderungen wie Deutschland, so dass die Ungültigkeit des Mackenroth-Theorems bei offenen Kapitalmärkten nicht selbstverständlich vorausgesetzt werden kann. Allerdings ist das Niveau der demografischen Alterung gemessen am sog. Altenquotienten hierzulande vergleichsweise ausgeprägt.

¹³⁵ Gerade Personen in einer prekären sozioökonomischen Lage sind in Finanzfragen in der Regel schlechter informiert: „[...] information poverty and financial poverty go hand in hand.“ (Barr 2002: 7)

¹³⁶ In Japan kommen auf einen Rentner 1,5 Beitragszahler, 21 Prozent sind über 65 Jahre alt, in Deutschland sind es 20 Prozent (2007). Japan kämpft bereits seit über einem Jahrzehnt gegen die Deflation. Demografisch günstiger stellt sich die Situation in Mexiko und der Türkei dar (OECD 2010a).

Übertriebene Renditeunterschiede

Weiter wird bei unseriösen Vergleichen der prognostizierten Renditen zwischen Kapitaldeckungsverfahren und Umlageverfahren häufig übersehen, dass die GRV Leistungen wie Hinterbliebenenversorgung, Versorgung bei Erwerbsunfähigkeit und Rehabilitationsmaßnahmen anbietet, die bei den privatwirtschaftlich organisierten kapitalgedeckten Vorsorgeprodukten nicht zum Standardleistungskatalog gehören, und deren Renditen entsprechend reduzieren würden (Schmähl 2007: 147). Idealtypisch entspricht die Rendite des Umlageverfahrens bei konstanten Beitragssätzen näherungsweise der Summe der Wachstumsrate der erwerbstätigen Bevölkerung und der Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität (Breyer 2000: 388). Nimmt man an, das Erwerbspersonenpotential wird sich im Zeitraum der nächsten 40 Jahre etwa um 1,2 Prozent pro Jahr verringern (vgl. Baas et al. 2009: 271), und die Arbeitsproduktivität um 1,8 Prozent pro Jahr erhöhen, so kommt man auf eine potentielle Rendite aus dem Umlagesystem von real 0,6 Prozent. Der Sachverständigenrat (2006: 246) kommt mit aufwändigeren Annahmen auf eine implizite Rendite für Männer von etwa 2 Prozent in der GRV für die Mitte der 90er Jahre geborenen Kohorten. Wird zusätzlich berücksichtigt, dass in der GRV auch die Risiken der Erwerbsminderung und der Hinterbliebenen mit abgesichert werden, ergibt sich ein Wert von etwa 2,7 Prozent

Die vergleichsweise höheren Renditeannahmen für die kapitalgedeckten Produkte von nominal 7 bis 8 Prozent (z. B. Börsch-Supan 2000a: 14) basierten in der Vergangenheit hingegen auf einer Zeitreihe, in der sich Kapitalmarktprodukte seit Anfang der 80er Jahre besonders günstig entwickeln konnten.¹³⁷ Im Jahr 2003, also noch vor der Finanzkrise, gingen Börsch-Supan et al. (2003) nur noch von einer langfristigen Kapitalrendite nominal und vor Steuern von 6,7 Prozent aus. Diese Zahl dürfte für private Vorsorgeprodukte jedoch nicht erreichbar sein, da Kosten für Verwaltung und Provisionen zusätzlich zu Buche schlagen. Die Kosten der Verwaltung betragen etwa 10 Prozent der Zuflüsse bei Kapitalmarktprodukten und zuletzt etwa 1,5 Prozent in der GRV (vgl. Breyer 2000; DRV 2010a: 20f; Marschallek 2004). Insbesondere besteht im Falle einer Stornierung des Vertrags bei Arbeitslosigkeit durch die

¹³⁷ Für diese „Great Moderation“ (Kim und Nelson 1999), die etwa von Anfang der 80er Jahre bis 2007 andauerte und die durch niedrige Inflationsraten bei zugleich niedrigen Zinsen gekennzeichnet war, scheinen neben einer veränderten Politik der Notenbanken und besserer Bestandsverwaltung der Unternehmen auch makroökonomisch singuläre Entwicklungen („good luck“) bedeutsam zu sein, wie etwa ein geringer Inflationsdruck aufgrund der zunehmenden Integration des chinesischen Arbeitskräfteangebots in den Weltmarkt oder die deutlichen Produktivitätssteigerungen durch die Entwicklungen in der Computertechnik (Summers 2005). Insgesamt wurden Kapitalanleger dadurch begünstigt, was womöglich auch zu Blasenbildungen bei den Vermögenspreisen geführt hat (vgl. The Economist 2009). Das für die Zeit danach prognostizierte „New Normal“ sei dagegen durch niedrigeres Wachstum gekennzeichnet.

sog. „Zillmerung“, bei der die Abschlusskosten auf die anfänglichen Prämien umgelegt werden, das Risiko heftige Verluste hinnehmen zu müssen (vgl. Schmähl et al. 2003: 30ff). Auch ist zu erwarten, dass die Lebenserwartung der Nutzer privater Rentenversicherungen aufgrund adverser Selektion eher überdurchschnittlich ist, und entsprechend zu niedrigeren Annuitäten führen muss. Nicht zu vergessen ist außerdem die finanztechnische Binsenweisheit, dass höhere Renditen ein höheres Risiko implizieren. Das Platzen der New-Economy-Blase und die aktuelle Finanz- und Schuldenkrise zeigen, wie problematisch Renditeextrapolationen auf Basis vergangener Zeitreihen sind. Krisenentwicklungen können kurz- und mittelfristig zu negativen Renditen bei Kapitalmarktprodukten führen (Miles und Timmermann 1999; Miles 2000). Die höhere Volatilität von Kapitalmarktprodukten verringert damit die Planbarkeit der Altersvorsorge und verleiht ihr einen Glücksspielcharakter. Da Riesterprodukte zumindest die eingezahlten Beiträge garantieren müssen, ergibt sich ein erhöhter Aufwand für Absicherungsgeschäfte, die die langfristig zu erwartenden Renditen dieser Produkte entsprechend schmälern. Betrachtet man also private Kapitalvorsorge, die hinsichtlich ihrer Anlagerisiken und ihrer sonstigen Leistungen mit der GRV vergleichbar sind, dürften inflationsbereinigt und nach Abzug der Kosten, kaum höhere Renditen zu erwarten sein als aus dem Umlagesystem (vgl. auch Sachverständigenrat 2003: 229).¹³⁸

Das „Double-Payment-Problem“

Man mag an dieser Stelle einwenden, dass in einer Krise ein schneller Umstieg auf das Umlageverfahren jederzeit möglich wäre, wobei die Kosten der Verwaltung des Kapitalstocks freilich abgeschrieben werden müssten. Weitaus problematischer ist jedoch der Umstieg vom Umlageverfahren auf ein Kapitaldeckungsverfahren, was im Grunde das wichtigste Argument gegen einen solchen Schritt darstellt. Denn beim Aufbau des Kapitalstocks werden die gegenwärtigen Beitragszahler doppelt belastet (vgl. Sachverständigenrat 2003: 229). Neben der Finanzierung der gegenwärtigen Renten über Beiträge (bzw. Steuern), müssen sie Beiträge für ihre privaten Vorsorgeprodukte leisten. Dieses „Double-Payment-Problem“ ist ein wichtiger

¹³⁸ Die Umlaufrendite langlaufender Staatsanleihen höchster Bonität betrug im Durchschnitt der letzten 10 Jahre 3,7 Prozent (Stand April 2011). Berücksichtigt man eine aktuell realistisch erscheinende und als Ziel der EZB ausgegebene Inflationsrate von etwa 2 Prozent, läge die Rendite real bei etwa 1,7 Prozent. Die Rendite der kapitalfundierte Altersvorsorge würde aber zum Beispiel weder eine Absicherung Hinterbliebener noch eine Absicherung gegen das Inflationsrisiko beinhalten. Ein denkbarer Inflationsschutz in der privaten Vorsorge über preisindexierte Bundesanleihen entspräche de facto einer Umlagefinanzierung, da die Anleihen aus Steuermitteln bedient werden. Eine mögliche Renditedifferenz zwischen umlagebasierter und kapitalfundierter Altersvorsorge kann dagegen wie eine Steuer interpretiert werden, die für intragenerationale und intergenerationale sozialpolitische Bedarfslagen erhoben wird.

Grund für die Pfadabhängigkeit der Rentengesetzgebung, die in vielen Ländern am Umlageverfahren festhält (Immergut et al. 2007: 19; Myles und Pierson 2001: 313). Die zusätzlichen Sparanstrengungen würden zudem die Binnennachfrage nach Gütern und Dienstleistungen senken und sich nach keynesianischer Logik dämpfend auf die wirtschaftliche Tätigkeit auswirken. Eine vollständige Umstellung kann deshalb nur über einen langen Zeitraum erfolgen. Es handelt sich bei der doppelten Belastung durch die Einführung einer Kapitaldeckung um den gegenläufigen Effekt, der bei der Einführung eines Umlageverfahrens auftritt: Die erste Generation der Rentner erhält im Umlagesystem ein Einführungsgeschenk, da sie keine Beiträge zahlen musste, gleichwohl aber Leistungen erhält.¹³⁹

Selbst eine nur partielle Umstellung auf ein kapitalfundiertes System wäre mit einem entsprechenden Konsumverzicht der aktiven Bevölkerung verbunden. Für die deutsche Wirtschaft ist jedoch die neo-keynesianische Argumentation nicht ganz von der Hand zu weisen, dass die Binnennachfrage zu schwach ausgebaut ist, während es tendenziell hohe Sparquoten und damit verbunden einen Liquiditätsüberschuss gibt (vgl. Marschallek 2004: 288). Die großen und spätestens seit 1999 nahezu kontinuierlich wachsenden positiven Handelsbilanzsaldo Deutschlands und der damit einhergehende Kapitalexport sprechen für eine solche Interpretation. Ohne nennenswerten Kapitalexport und ohne produktive Investitionsmöglichkeiten im Inland, kann sich daraus eine deflationäre Tendenz ergeben. Wie die „Japanische Malaise“ (Lee 2011) zeigt, reduziert sich die Nachfrage nach Gütern in alternden Gesellschaften, weil Jüngere in der Regel höhere Ausgaben für Familiengründung und Ausbildung aufwenden müssen. Zugleich impliziert der hohe Kapitalstock ein Überangebot an Kapital und „verdirbt“ die Renditen bei Investitionen im Inland. Kapitalexport ins Ausland führt dort aber unter Umständen zu einer Inflation bei Vermögenswerten („Blasenbildung“) – wie in der Finanzkrise geschehen; bzw. werden dadurch globale Leistungsbilanzungleichgewichte verstärkt (vgl. Sachverständigenkommission 2010: 11). Die im Jahr 2007 geplatzte Immobilienblase in den USA ist in dieser Hinsicht ein warnendes Beispiel, da sie in nicht unerheblichem Maß durch deutsche Kreditgeber finanziert wurde.¹⁴⁰

¹³⁹ Ein interessanter Nebenaspekt ist, dass die geringeren Renditen aus dem Umlagesystem im Vergleich zu einem Kapitaldeckungssystem in etwa dem Wert des Einführungsgeschenks entsprechen bzw. die im Kapitaldeckungsverfahren höheren Renditen für eine Generation ihrem Konsumverzicht in der Ansparphase entsprächen (Barr 2002: 17f).

¹⁴⁰ Mehrere deutsche Banken (u. a. SachsenLB bzw. Depfa, HRE, IKB, Dresdner Bank, Commerzbank, HSH-Nordbank, WestLB) gerieten dadurch in existenzielle Schieflagen, die nur durch das Einspringen des Staates mit Bürgschaften und/oder Eigenkapital abgefangen werden konnten.

In Ländern mit Zugang zu globalen Kapitalmärkten und ausreichend hohen Sparquoten zeigen sich empirisch keine positiven Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit durch das Kapitaldeckungsverfahren (Rürup 1998). Ein Anwachsen der privaten Ersparnis nach einer Umstellung auf das Kapitaldeckungsverfahren empirisch nachzuweisen, wie in Chile 1980, sei schwierig, so Breyer (2000: 386). Das in den 90er und 00er Jahren eher moderate Wachstum in Deutschland bei gleichzeitig hohen Kapitalexporten spricht gegen eine Kapitalknappheit und damit gegen die eher auf Schwellenländer bezogene angebotstheoretische Annahme, ein „tieferer“ Kapitalmarkt würde auch höheres Wachstum hervorrufen.¹⁴¹ Stattdessen haben weitere vorsorgeinduzierte Sparanstrengungen das Potential Blasen bei den Vermögenspreisen zu verursachen, mit der Gefahr unvermittelter Kursrückgänge durch „exogene Schocks“. Ebenso besteht die Gefahr eines demografischen „Asset-Meltdown“, wenn die wachsende Zahl von Rentnern im Alter das angesparte Kapital verbraucht, sich die Nachfrage nach Kapitalmarktprodukten also reduziert und diese an Wert verlieren.

Nicolas Barr (2002) zufolge ist der Unterschied zwischen einem Umlage- und einem kapitalfundierte System demnach auch zweitrangig, da ökonomische Unsicherheiten wie makroökonomische und demografische Schocks sowie politische Unwägbarkeiten beide Systeme betreffen.¹⁴² Das Kapitaldeckungsverfahren sei aber zusätzlich anfällig für Missmanagement und Investitionsrisiken, während im Umlagesystem eine breitere Risikostreuung zwischen Beitragszahlern, Rentenbeziehern, gegenwärtigen und zukünftigen Steuerzahlern stattfände (Barr 2002: 6). Gerade dieser letzte Punkt erscheint unter dem Gesichtspunkt intergenerationaler Gerechtigkeit besonders attraktiv. Das Umlagesystem stellt zudem einen Anreiz dar, ausreichend in die Bildung der Kinder-Generation zu investieren, während dies in einem globalisierten Kapitaldeckungssystem nicht notwendig sei (Breyer 2000: 393).

Aufgrund der aufgezählten Schwierigkeiten mit dem Kapitaldeckungsverfahren wird von der ökonomischen Politikberatung kein vollständiger Systemwechsel vom Umlage- zum Kapitalstockverfahren empfohlen, sondern lediglich eine „Verstärkung der kapitalfundierte Kofinanzierung“ (Rürup 1998).

¹⁴¹ Dies mag auch damit zusammenhängen, dass in entwickelten Volkswirtschaften häufig lediglich Substitutionseffekte von nicht-geförderten zu geförderten Kapitalmarktprodukten stattfinden (Pfarr und Schneider 2010: 11). D. h. insgesamt wird nicht mehr gespart, es ergeben sich lediglich Mitnahmeeffekte bei der staatlichen Förderung durch Personen, die auch ohne diese Förderung gespart hätten. Allerdings sind diese Effekte schwierig empirisch zu quantifizieren (vgl. hierzu Pfarr und Schneider 2010: 113f).

¹⁴² “Housing aside, a pensioner's living standard in old age will depend on his or her ability to consume goods and services produced by younger workers. PAYG and funding are both ways of organizing claims on that output.” (Barr und Diamond 2009)

4.3 Demografischer Wandel

Einer der Gründe für die Konjunktur der Frage nach der Generationengerechtigkeit ist der demografische Wandel und dessen Auswirkungen auf die gesetzliche Rentenversicherung. Steigende Lebenserwartung¹⁴³ und dauerhaft niedrige Geburtenraten¹⁴⁴ unterhalb des Reproduktionsniveaus von 2,1 Kindern je Frau haben zu einer „Alterung“ der Gesellschaft geführt, mit der Folge, dass immer weniger Personen im erwerbsfähigen Alter immer mehr Rentnern gegenüber stehen. Im Jahr 2005 betrug der sog. Altenquotient 32. Das heißt, auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und unter 65 Jahren kamen etwa 32 Personen, die 65 Jahre oder älter waren. Im Jahr 2030, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer größtenteils in Rente gegangen sein werden, soll der Altenquotient laut Berechnungen des Statistischen Bundesamts 53 betragen. Dann müssten etwa 2 potentielle Arbeitnehmer einen Rentner unterstützen. Für 2050 wird ein Quotient von 64 vorhergesagt und bis 2060 von 67.¹⁴⁵

Obwohl solche langfristigen Prognosen stark von den getroffenen Annahmen abhängen und Änderungen in der Geburtenrate oder der Entwicklung der Lebenserwartung sowie andere unvorhersehbare Entwicklungen zu deutlich abweichenden Vorhersagen führen können, ist an der Grundaussage der wahrscheinlichen Szenarien wenig zu deuten. Die Gesellschaft wird älter und einer geringeren Anzahl von potentiellen Erwerbstätigen wird eine größer werdende Anzahl Älterer und hoch Betagter gegenüber stehen. Selbst unrealistisch stark steigende Geburtenraten könnten diese Verschiebung in der Altersstruktur nicht ausgleichen, da der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter dafür inzwischen zu klein ist (Berkel et al. 2004: 82). Zu-

¹⁴³ Im Schnitt steigt die Lebenserwartung in Deutschland alle sieben Jahre um ein Jahr (ZDWA 2007). Die mittlere fernere Lebenserwartung eines Neugeborenen hat seit 1949/1951 bei Jungen um etwa 13 Jahre und bei Mädchen um 14 Jahre zugenommen und lag laut Sterbetafel 2007/2009 bei 77,3 Jahren für Jungen und 82,5 Jahren für Mädchen (DRV 2010c: 264). Aber auch in höheren Altersgruppen steigen die Lebenserwartungen kontinuierlich. Bei Vollendung des 65. Lebensjahres haben Männer eine fernere mittlere Lebenserwartung von 17 Jahren und Frauen von 20,5 Jahren. 1949/1951 betrugen diese Erwartungen 12,8 bzw. 13,7 Jahre.

¹⁴⁴ Zu Beginn der 1960er Jahre betrug die Geburtenziffer 2,5, sank danach jedoch deutlich (Destatis 2006: 27). Diese geburtenstarken Jahrgänge der sog. „Babyboomer“ werden zwischen 2020 und 2030 in Rente gehen. In den alten Bundesländern liegt die durchschnittliche Kinderanzahl bereits seit Mitte der 70er Jahre bei 1,4 Kindern je Frau. In der ehemaligen DDR war diese Rate mit Werten zwischen 1,6 und 1,9 noch höher, sank aber nach der Wiedervereinigung zeitweise unter 0,8.

¹⁴⁵ Die Prognose beruht auf der Variante 1-W1 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, also unter den Annahmen von annähernd gleich bleibender Fertilität von 1,4 Kindern je Frau, eines positiven Wanderungssaldos von 100.000 Personen pro Jahr und eines Anstiegs der Lebenserwartung bei Geburt bis 2060 auf 85 Jahre für Männer und 89 Jahre für Frauen (Destatis 2009c).

dem ist die Erwerbsbevölkerung des Jahres 2030 bereits heute nahezu vollständig geboren (Fuchs und Söhnlein 2007). Selbst bei einer Fertilität von 2,1 Kindern je Frau würde der Altenquotient im Jahr 2040 bei 58 liegen (Destatis 2009c). Mittelfristig würde sich durch höhere Geburtenraten sogar der sog. Gesamtquotient auf knapp über 100 im Jahr 2040 erhöhen. Der Gesamtquotient fasst dabei das Verhältnis potentiell Erwerbstätiger zu Alten und Kindern und Jugendlichen zusammen.¹⁴⁶ Das heißt, die Belastungsrelationen würden sich durch höhere Fertilität zu Ungunsten der Erwerbstätigen verschlechtern, während langfristig die Bevölkerungsalterung lediglich abgemildert würde.

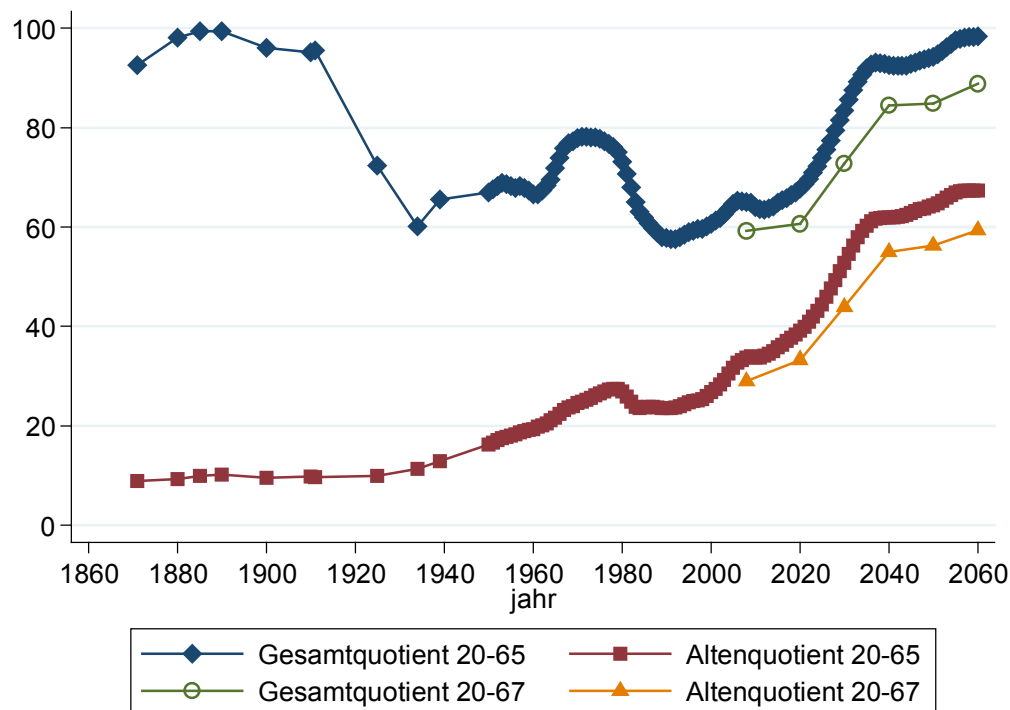
Wesentlich höhere Zuwanderungssalden in der Größenordnung von 300.000 Personen jährlich können für sich genommen die Schrumpfung der Bevölkerung genauso wenig aufhalten (Destatis 2006: 25), würden aber zu einer Verjüngung der Altersstruktur führen. Aufgrund der zuletzt zeitweise sogar negativen Wanderungssalden gilt dieses Szenario im Moment aber ebenfalls als wenig wahrscheinlich. Zwischen 1996 und 2006 betrug der Wanderungssaldo im Durchschnitt etwa 150.000 Personen und sinkt seit Beginn der 90er Jahre tendenziell. Auch in der Vergangenheit konnte Zuwanderung nicht verhindern, dass die Gesamtbevölkerung in Deutschland seit 2004 schrumpft (Münz und Ulrich 2007). Selbst unter der Annahme eines kontinuierlich positiven Wanderungssaldos wird das Erwerbspersonenpotential bis 2050 stärker schrumpfen als die Gesamtbevölkerung. Zwar erhöht sich das Erwerbspersonenpotential noch kurzzeitig bis ins Jahr 2020, nimmt dann aber drastisch ab, wenn die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 2020 und 2030 in Rente gehen. Berücksichtigt man schließlich die zukünftige Regelaltersgrenze von 67 Jahren, würde sich der Altenquotient zwar günstiger entwickeln, wäre mit einem Wert von 56 im Jahr 2050 aber immer noch wesentlich größer als zuletzt mit einem Wert von 29 im Jahr 2008 (Destatis 2009c). Alleine vermögen also weder höhere Geburtenraten noch höhere Zuwanderung die Alterung der Gesellschaft aufzuhalten. Unter sonst gleichen Bedingungen, wie z. B. konstanter Erwerbsquote, bedeutet diese Entwicklung für die GRV, dass entweder das Rentenniveau abgesenkt oder die Beitragssätze gesteigert werden müssen.

Allerdings zeigt Abbildung 7 auch, dass im 19. Jahrhundert wesentlich höhere Gesamtquotienten die Regel waren und in den 70er Jahren noch ein Gesamtquotient von etwa 80 vorlag, der erst in den letzten 30 Jahren deutlich gesunken ist. Eine Verschiebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre würde dazu führen, dass der Wert von 80 auch ab 2030 nur geringfügig

¹⁴⁶ Der Gesamtquotient bezieht die unter 20-Jährigen und ab 65-Jährigen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren.

gig überschritten würde. Allerdings ist in jedem Fall ein drastischer Anstieg der Belastung der Erwerbstätigengeneration zwischen den Jahren 2020 und 2040 zu erwarten.

Abbildung 7: Entwicklung des Gesamt- und des Altenquotienten



Quelle: BiB (2011) und 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des statistischen Bundesamts; Variante 1-W1, sog. „mittlere Bevölkerung Untergrenze“; Gesamtquotient: Unter 20jährige + 65jährige bzw. 67jährige und Ältere je 100 20 bis unter 65jährige bzw. unter 67jährige, Altenquotient: 65jährige bzw. 67jährige und Ältere je 100 20 bis unter 65jährige bzw. unter 67jährige; eigene Darstellung

Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Beitragssätze und Rentenniveau

Bezüglich der zukünftigen Höhe der Beitragssätze zu GRV gibt es in Abhängigkeit von den getroffenen Annahmen sehr unterschiedliche Voraussagen (vgl. z. B. Sinn und Thum 1999). Wird eine Regelaltersgrenze von 65 Jahren zugrunde gelegt, gehen jedoch alle von einem Beitragssatzanstieg aus. So werde im Referenzszenario der Prognos AG aus dem Jahr 2003 (2003: 52ff), also vor der Einführung der „Rente mit 67“ und des Nachhaltigkeitsfaktors, die gesetzliche Begrenzung des Beitragssatzes auf 20 Prozent bis 2020 bereits im Jahr 2017 überschritten.¹⁴⁷ Für 2020 wurde in diesem Gutachten ein Beitragssatz von 20,8 Prozent prognos-

¹⁴⁷ Unter anderem liegen der Prognose folgende Annahmen zugrunde: Regelaltersgrenze 65; positiver jährlicher Wanderungssaldo von 175.000 Personen bis 2020, danach 225.000 Personen; Bevölkerungsrückgang um 10 Mio. bis 2050; leichte Zunahme der Erwerbsbeteiligung unter den 25- bis 35-Jährigen; Anstieg der Erwerbsquote um 20 Prozent bei den 60- bis 65-Jährigen; wesentlich steigende Erwerbsbeteiligung bei älteren Frauen (90 Prozent im Jahr 2050); durchschnittliches Wachstum der Weltwirtschaft um 2,3 Prozent per annum; durchschnittli-

tiziert, für 2030 von 23,6 Prozent (gesetzlich vorgesehen: 22 Prozent) und für 2050 von 24,9 Prozent, wobei parallel auch mit steigenden Beitragssätzen zur GKV und zur Pflegeversicherung zu rechnen sei. Laut Gutachten dürfte das Ausgabenwachstum der GRV im Durchschnitt 0,4 Prozentpunkte über dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts liegen. Der Sozialbeirat kommt in seinem Gutachten von 2009, also bereits unter dem Eindruck neuer gesetzlicher Regelungen, zumindest in seinem mittleren Szenario zu dem Ergebnis, dass die gesetzlichen Beitragsziele für 2020 und 2030 eingehalten, in vier der insgesamt neun Prognosevarianten jedoch trotzdem verfehlt würden (Sozialbeirat 2009: 7f).

Hinsichtlich des Nettorentenniveaus sagt das Prognos-Gutachten für das Jahr 2050 eine Absenkung auf 63,8 Prozent nach Steuern (60 Prozent ohne Berücksichtigung zusätzlicher privater Vorsorgeleistungen) voraus, ausgehend von 69,1 Prozent im Jahr 2001. Im Jahr 2030 soll das Nettorentenniveau bei 64,3 Prozent liegen. Allerdings steht das Nettorentenniveau unter besonderem politischem Vorbehalt. So moniert der Sozialbeirat in seinem Gutachten von 2009, „dass der Gesetzgeber seit 1992 mehr als zehn Mal in die Anpassung – teils im Detail – teils grundsätzlich eingegriffen hat.“ In hohem Maß politisch disponibel ist allerdings auch der steuerfinanzierte Bundeszuschuss zu Rentenversicherung.¹⁴⁸

Hinsichtlich der Auswirkungen der „Rente mit 67“ auf die Finanzen der GRV muss man zwei Effekte unterscheiden. Kurzfristig verbessert der spätere Renteneintritt die Finanzen der GRV durch höhere Einnahmen und eine geringere Auszahlungsdauer. Langfristig liegt jedoch Kostenneutralität vor, da eine längere Erwerbsphase auch höhere Rentenanwartschaften begründen und somit höhere Auszahlungsbeträge. Dennoch kommt der Sozialbeirat zu dem Schluss, dass ein um zwei Jahre späterer Renteneintritt den Beitragssatzbedarf bis 2030 um etwa einen halben Prozentpunkt reduzieren könnte (Deutscher Bundestag 2006: 337).¹⁴⁹

che Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,5 Prozent pro Jahr; langfristig sinkende Arbeitslosigkeit; Steigerung des Beitragssatzes zur GKV auf 16,3 Prozent im Jahr 2050; Steigerung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung auf 2,9 Prozent im Jahr 2050.

¹⁴⁸ Bei einer Nettolohnorientierung in der GRV würden höhere Beiträge zu anderen Sozialversicherungen zu einer Absenkung des Nettolohnniveaus führen, wodurch auch das Rentenniveau sinkt und Beitragssatzsteigerungen bei der GRV paradoxerweise eher geringer ausfallen dürften (Sinn und Thum 1999: 4f).

¹⁴⁹ Die Einspareffekte werden jedoch durch die Möglichkeit langjährig Versicherter mit 45 Beitragsjahren abschlagsfrei vorzeitig in Rente zu gehen gemindert. Der Sozialbeirat weist zudem auf unerwünschte Umverteilungseffekte dieser Regelung hin, da insbesondere Frauen mit fragmentierten Erwerbsbiografien benachteiligt würden. Im Rentenzugang 2002 konnten nur 7,5 Prozent der Frauen aber 47,1 Prozent der Männer 45 Jahre mit Beitrags- oder Berücksichtigungszeiten vorweisen (Deutscher Bundestag 2006: 338).

Interdependenzen mit anderen Zweigen der Sozialversicherung

Wenn sich das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern wegen der demografischen Alterung verschlechtert, werden, unter sonst gleichen Bedingungen, höhere Beitragssätze notwendig, um das Rentenniveau konstant zu halten. Ein zentrales Legitimationsargument für die Rentenreformen der letzten Jahre war, dass eine Erhöhung der Beiträge zur Finanzierung der Renten aber nicht in Frage kommt, da sich durch die Verteuerung des Faktors Arbeit die Beschäftigungschancen der gegenwärtigen Erwerbsgeneration verschlechtern würden (z. B. Rürup-Kommission 2003: 75; Sachverständigenrat 2005: 331). Höhere Arbeitslosigkeit würde wiederum die Beitragsgrundlage der GRV schwächen, da weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einzahlen. Es handelt sich also um einen negativen Rückkopplungseffekt, der in einem konjunkturellen Abschwung prozyklisch wirkt und hohe gesellschaftliche Kosten durch unfreiwillige Arbeitslosigkeit verursacht.¹⁵⁰

Für die anderen Zweige der Sozialversicherung, die im Zusammenhang mit der Alterung der Gesellschaft ebenfalls mit höheren Ausgaben zu rechnen haben, also der GKV und der Pflegeversicherung, gilt das Gleiche. Beitragserhöhungen verschlechtern insbesondere die Beschäftigungschancen gering Qualifizierter mit niedriger Arbeitsproduktivität. Höhere Beitragssätze zur Kranken- und Pflegeversicherung führen außerdem zu steigenden Ausgaben in der GRV, da diese den „Arbeitgeberbeitrag“ der Rentner und Rentnerinnen bezahlt. Die alterungsbedingten Kostensteigerungen im Gesundheitswesen stellen insofern auch eine potentielle Belastung für die Finanzierung der GRV dar und dürfen als interagierendes Politikfeld nicht aus dem Blick geraten. Umgekehrt verbessert eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auch die Einnahmesituation der anderen Sozialversicherungszweige und entlastet die GRV.

4.4 Wirtschaftliche Strukturveränderungen

Prognosen, wie im vorherigen Abschnitt präsentiert, sind hochgradig von den zugrunde liegenden Annahmen abhängig und daher im Hinblick auf konkrete Zahlen wenig aussagekräftig, weisen aber auf wahrscheinliche Szenarien hin. In Politik und Wissenschaft wird kontrovers diskutiert, wie auf die mit dem demografischen Wandel einhergehenden Probleme der

¹⁵⁰ Beitragserhöhungen reduzieren allerdings auch den Altersvorsorgeanteil im „Riesterfaktor“ und führen damit zeitverzögert in der Rentenformel zu einem niedrigeren Rentenniveau und geringeren Ausgaben in der GRV.

Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) reagiert werden sollte. Neben systemendogenen Lösungsansätzen, wie einer Erhöhung des Renteneintrittsalters, stehen auch systemexogene Ansätze in der Familien-, Arbeitsmarkt- oder Migrationspolitik zur Disposition. Die vorgeschlagenen Maßnahmen besitzen zahlreiche ökonomische, rechtliche, gesellschaftliche und verteilungspolitische Implikationen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen im Folgenden einige der weiteren Strukturbedingungen aufgezeigt werden, die im Zusammenhang mit der Einnahme- und Ausgabenentwicklung der GRV berücksichtigt werden müssen und diese zukünftig modifizieren können.¹⁵¹

4.4.1 Das Renteneintrittsalter und die Beschäftigungschancen Älterer

Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters kann, wie soeben dargestellt, die Einnahmesituation der GRV verbessern, wirkt aber, aufgrund fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten und eines damit einhergehenden höheren Arbeitslosigkeitsrisikos für Ältere, häufig wie eine versteckte Rentenkürzung, da stattdessen als vorzeitiger Weg in den Ruhestand eine Verrentung mit Abschlägen gewählt wird (vgl. Radl 2006). Nach einem Bericht des Arbeitsministeriums vom November 2010 gingen lediglich 23,4 Prozent zwischen 60 und 64 Jahren einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Insofern ist davon auszugehen, dass die Entlastung für die Sozialversicherung durch die mit der „Rente mit 67“ verbundenen „versteckten“ Rentenkürzungen größer ausfällt als in den oben angeführten Modellrechnungen. Die Beschäftigungsquote der 60 bis 64jährigen ist in den letzten zehn Jahren allerdings auch überproportional um über 100 Prozent gestiegen (Öchsner 2010), wozu der Abbau von institutionellen Anreizen zur Frühverrentung auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite sicherlich beigetragen hat (Eichhorst 2006: 10f).¹⁵² So lag das durchschnittliche Verrentungsalter im Jahr 2000 noch bei 61 Jahren und betrug im Jahr 2008 bereits 63 Jahre (Struck 2008: 288). Allerdings ist nach wie vor Potential erkennbar. Zwar stieg die Erwerbsbeteiligungsquote der über 55 bis 64jährigen in Deutschland von 54,9 Prozent im Jahr 2006 auf 61 Prozent im Jahr 2009, in

¹⁵¹ Hinsichtlich der Generationenbeziehungen im weiteren Sinn ließen sich sozialpolitische, bevölkerungspolitische und familienpolitische Implikationen unterscheiden. Sozialpolitisch geht es beispielsweise um die Ungleichbehandlung von Kinderlosen und Familien mit Kindern, bevölkerungspolitisch um den Erhalt des Nettoerzeugungs-niveaus und familienpolitisch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Blome et al. 2008: 37).

¹⁵² Hierzu zählte neben der sog. „58er-Regelung“ nach § 428 SGB III, die Ende 2007 auslief, beispielsweise die Möglichkeit in die Rente wegen Arbeitslosigkeit mit 60 einzutreten. Die Altersgrenze hierfür wurde inzwischen auf 63 Jahre angehoben.

Ländern wie Norwegen, Neuseeland, Japan, Island, Schweiz und Schweden wurden im Jahr 2009 jedoch sogar Quoten von über 68 Prozent erreicht (OECD 2010b: 274ff).

Die Beschäftigungschancen Älterer nehmen also zu, sind aber stark von der Qualifikation abhängig (Bosch und Schief 2005: 281; Deutscher Bundestag 2006: 338). Gering qualifizierte Tätigkeiten sind zudem häufig körperlich anstrengender und beinhalten ein höheres Erwerbsunfähigkeitsrisiko, während die physische Fitness mit dem Alter abnimmt (Struck 2008: 287f). Die Entlastung der Rentenversicherung durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters wird also in erster Linie durch Geringqualifizierte getragen, die sowohl größere Abschläge hinnehmen müssen, als auch wegen ihrer geringeren Lebenserwartung verhältnismäßig kürzer in den Genuss der Leistungen aus der GRV kommen (vgl. Breyer 2010; Helmert et al. 2002; Lampert et al. 2007; Lauterbach et al. 2006). Soll sich deren finanzielle Situation im Alter in Zukunft nicht verschlechtern, bedarf es insgesamt größerer Anstrengungen bei der Weiterqualifikation älterer Arbeitnehmer. Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland in diesem Bereich nur mittelmäßig ab (vgl. z. B. Bertelsmann Stiftung 2010).

Im Vergleich zu sog. „Work-Line-Ländern“ wie Dänemark und Schweden ergeben sich aber noch weitere Ansatzpunkte (Bosch und Schief 2005: 285-289): (1) Um die Frauenerwerbsbeteiligung im Alter zu erhöhen, wäre bereits eine höhere Beschäftigungsquote der Frauen in jüngeren Lebensjahren notwendig. Voraussetzung hierfür sei der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen; (2) Neben physischen Arbeitsbelastungen seien es vor allem psychische Stressfaktoren, die bei gering Qualifizierten zu einem vorzeitigen Renteneintritt führen und durch eine „Humanisierung der Arbeit“ entschärft werden könnten; (3) Weiterbildungsmaßnahmen würden von gering Qualifizierten verhältnismäßig seltener besucht, bzw. richteten sich Weiterbildungsmaßnahmen zu selten an diesen Personenkreis; (4) Es seien flexiblere Arbeitszeitmodelle notwendig; (5) Es gebe zu wenig Motivation auf Seiten der Betriebe, ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen; (6) Wirtschaftswachstum sei eine Voraussetzung, da ansonsten die Mehrbeschäftigung Älterer mit größerer Jugendarbeitslosigkeit erkauft würde. Umgekehrt löse die Mehrbeschäftigung bestimmter Gruppen aber zusätzliche Nachfrageeffekte aus, so dass selbst bei geringem Wachstum ein insgesamt positiver Beschäftigungseffekt zu erwarten sei. Tatsächlich ist die Befürchtung, dass eine höhere Erwerbsbeteiligung der Älteren das Arbeitslosigkeitsrisiko jüngerer Kohorten erhöht, empirisch nicht haltbar (Boldrin et al. 1999). Im Gegenteil, im internationalen Vergleich gehen hohe Erwerbsquoten Älterer mit insgesamt geringerer Arbeitslosigkeit einher (Sachverständigenrat 2006: 252).

Insgesamt sind die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer in der Zukunft optimistischer einzuschätzen als heute, weil im Zuge der demografischen Entwicklung mit einem Fachkräftemangel zu rechnen ist. Hierdurch steigt für die Betriebe zwangsläufig die Notwendigkeit, in die Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer zu investieren, um deren langfristige Beschäftigungsfähigkeit zu gewährleisten, da Ältere nicht mehr so einfach wie bisher durch jüngere Arbeitnehmer substituiert werden können. Durch den Abbau der Frühverrentungsmöglichkeiten entfallen zudem die institutionellen Anreize für Unternehmen, sich ihrer älteren Arbeitnehmer zu entledigen.

4.4.2 Fachkräftemangel

Der langfristig erwartete demografiebedingte Fachkräftemangel wirkt sich nicht nur positiv auf die Beschäftigungschancen Älterer aus, sondern möglicherweise auch positiv auf die Höhe der Renten. Denn das mangelnde Arbeitskräfteangebot dürfte zu höheren Lohnabschlüssen und damit steigenden Renten bei gleichzeitig rückläufiger Anzahl der Beschäftigten führen (Prognos 2003: 53). Auch das Angebot sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse dürfte sich dadurch erhöhen. Allerdings ist sowohl das Ausmaß des Fachkräftemangels umstritten (Bonin et al. 2007; kritisch: Brenke 2010; Fuchs und Zirka 2010), da zunächst die bestehende Unterbeschäftigung abgebaut werden muss, als auch ungeklärt, inwieweit der Fachkräftemangel zu Wertschöpfungsverlusten führen kann, und negativ auf das Wirtschaftswachstum durchschlägt.

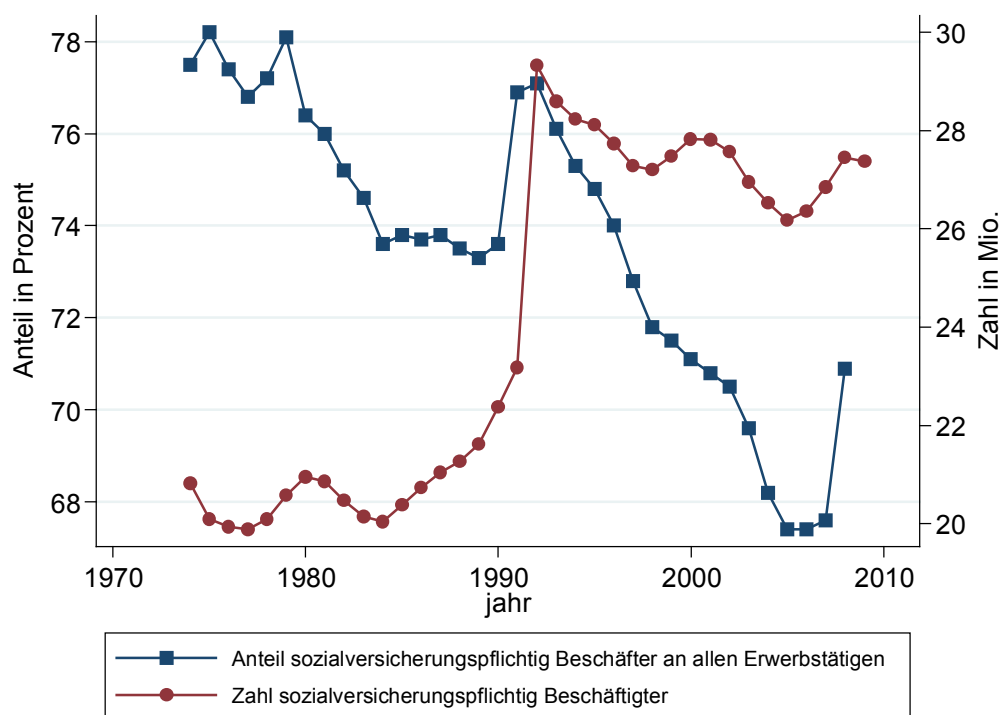
Ein weiteres Unsicherheitsmoment ergibt sich daraus, dass sich die Alterung und die insgesamt schrumpfende Bevölkerungszahl ebenfalls dämpfend auf die Nachfrage auswirken werden. Dabei sind parallel verlaufende demografische Entwicklungen in anderen europäischen Ländern zu beachten, wodurch die Absatzchancen der stark exportorientierten deutschen Wirtschaft in diesen Märkten beeinträchtigt werden könnte – insbesondere Osteuropa war nach dem Fall des Eisernen Vorhangs von einem einzigartigen Geburtenrückgang betroffen (Hradil 2008: 95f).

4.4.3 Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse

Kurzfristig wesentlich wichtiger als die demografische Entwicklung ist für die Finanzierung der GRV der Umfang von Arbeitslosigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

sowie des damit einhergehenden Lohn- und Arbeitsvolumens. Kurzfristig werden Defizite in der GRV und damit Beitragssatzsteigerungen und -senkungen stärker durch die Schwankungen in der Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse bestimmt, als durch den Altenquotienten (Sachverständigenrat 2005: 333). Hohe Arbeitslosenquoten und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes werfen deshalb ganz eigene Herausforderungen für die Finanzierung der GRV auf. Zuletzt war insbesondere der Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von knapp 28 Millionen im Jahr 1999 auf etwa 26 Millionen im Jahr 2005 problematisch.¹⁵³ Dieser Schwund wurde in den Jahren nach 2005 zwar wieder weitgehend aufgeholt, zugleich wuchs jedoch der Niedriglohnsektor und die Nettolöhne stagnierten. Der Anteil im Niedriglohnsektor Beschäftigter mit weniger als zwei Drittel des mittleren Nettostundenlohns (entspricht im Jahr 2008 9,50 Euro) stieg laut Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) zwischen 1998 und 2003 von 14,7 Prozent auf 20,3 Prozent.

Abbildung 8: Anteil und Umfang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung; vor 1992: Zahlen für Westdeutschland, nach 1991 Zahlen für Gesamtdeutschland

¹⁵³ Der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse war in Ostdeutschland besonders ausgeprägt. Die Anzahl solcher Beschäftigungsverhältnisse sank von 8,6 Mio. im Jahr 1990 auf 5,5 Mio. im Jahr 2003 (DRV 2004: 576).

Ohne Frage hat die Arbeitsmarktflexibilisierung und Lohzurückhaltung der letzten Jahre zum merklichen Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen und damit auch die Sozialkassen entlastet. Die Zunahme sog. atypischer Beschäftigungsformen (Befristung, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung und Leiharbeit) unter Jüngeren im Zuge dieser politisch gewollten Flexibilisierungsbestrebungen führt neben geringeren Einkommen am Ende aber auch zu geringeren Rentenanwartschaften bei den davon Betroffenen (Rürup-Kommission 2003: 80f; Stahl 2001: 327f).¹⁵⁴ Ein Trend zu sinkenden relativen Einkommen für Jüngere ließ sich schon in der Vergangenheit für mehrere westliche Länder nachweisen (Thomson 1993: 230). Die vermeintliche „Erosion“ des sog. Normalarbeitsverhältnisses – also unbefristeter Vollzeitarbeitsverhältnisse – im Zeitraum von 1970 bis 1996 von 84 auf 67 Prozent der Beschäftigten (Kommission für Zukunftsfragen 1998: 46) ist dagegen in erster Linie auf die Zunahme der Frauenerwerbsbeteiligung zurückzuführen, und hat damit für die Finanzierung der GRV auch positive Seiten. Allerdings lassen sich auch einige problematische Implikationen nicht von der Hand weisen, denn in dem Maß, wie abgeleitete Hinterbliebenenrenten gekürzt werden, sind auch normale Arbeitsverhältnisse notwendig, um überhaupt auf Rentenanwartschaften über dem Grundsicherungsniveau zu kommen. Gerade in Ostdeutschland sind die Erwerbsbiografien zudem, aufgrund der persistent hohen Arbeitslosigkeit nach der Wende, wesentlich stärker fragmentiert als noch zu Zeiten der DDR. Da die rentennahen Jahrgänge in Ostdeutschland auch kaum dazu in der Lage waren, eigene Vermögen aufzubauen, sind diese aber stärker auf ein auskömmliches Niveau der gesetzlichen Renten angewiesen.

Diese Entwicklungen zusammen betrachtet, schwächen einerseits die Einnahmesituation der GRV, weil Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen oder von der wachsenden Anzahl selbständiger Kleinstunternehmer und „prekärer“ freiberuflich Tätiger ausbleiben bzw. unregelmäßig oder in nur sehr geringem Maß erfolgen, zum anderen folgen daraus lediglich geringe Anwartschaften beim Renteneintritt. Im Zusammenhang mit der Ausweitung scheinbar selbständiger Arbeitsverhältnisse und unfreiwilliger Selbständigkeit zur Überbrückung von Arbeitslosigkeit, und des zunehmenden Wechsels zwischen selbständigen und nicht-selbständigen Erwerbsformen, wird auch eine Ausweitung der Versicherungspflicht

¹⁵⁴ Laut Angaben des Statistischen Bundesamts waren 1999 waren 19,7 Prozent aller Arbeitnehmer atypisch beschäftigt, im Jahr 2009 24,8 Prozent. Der Anteil befristet Beschäftigter unter allen Arbeitnehmern stieg um fast 50 Prozent von 10,5 Prozent im Jahr 1992 auf 14,5 Prozent im Jahr 2009, wodurch auch die subjektive Beschäftigungssicherheit seit 2001 abgenommen hat (Rhein 2010: 3-6). Allerdings deutet ein anderer Indikator, die Dauer der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit, auf weitgehende Stabilität hin. Sie liegt seit 1992 nahezu konstant zwischen zehn und elf Jahren.

auf diesen Personenkreis diskutiert. So sei der Anteil der Selbständigen mit einem Einkommen unter 1.100 Euro zwischen 1995 und 2005 von 24 auf 32 Prozent gestiegen. Zwei bis drei Millionen Selbständige verfügen über keine obligatorische Alterssicherung (Sozialbeirat 2009: 17ff).¹⁵⁵

Auf der Ausgabenseite ergeben sich also durch den tendenziellen Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in den letzten 15 Jahren und verbreiteter Niedriglohnarbeit zwar einerseits geringere Rentenanwartschaften und damit geringere Ausgaben, andererseits entsteht das Problem einer sich in Zukunft ausweitenden Altersarmut, was einen wiederum höheren Bedarf bei der steuerfinanzierten Grundsicherung hervorrufen dürfte. Aus gerechtigkeitstheoretischer Sicht ist diese Entwicklung problematisch, da das Equity- bzw. Leistungsprinzip in zweifacher Hinsicht verletzt wird. Erstens, weil ein beträchtlicher Teil von Arbeitnehmern mit niedrigen Einkommen trotz regelmäßiger Beitragszahlungen keine über die Grundsicherung hinausgehenden Rentenanwartschaften erzielen kann. In diesem Fall steht den Aufwendungen dieser Beitragszahler kein höherer Ertrag gegenüber als bei Personen, die nie in das System eingezahlt haben und Grundsicherung erhalten (vgl. sog. "Samariterdilemma", Sachverständigenrat 2003: 227). Zweitens, würde man ebenfalls gegen das Proportionalitätsprinzip verstoßen, wenn die Rentenanwartschaften der Personengruppe mit zu geringen Rentenanwartschaften, aber regelmäßigen Beiträgen, gesetzlich höher gewichtet werden als die Anwartschaften von Beitragszahlern mit Anwartschaften über dem Niveau der Grundsicherung.

4.4.4 Private Vorsorge und demografische Auswirkungen auf die Kapitalmärkte

Die Anpassung der Ausgaben der GRV und damit des Lohnersatzniveaus an die Einnahmesituation macht individuell ergänzende private Vorsorgemaßnahmen zur Sicherung des Lebensstandards erforderlich. Daraus entstehen „globale Generationenverhältnisse“ zwischen erwerbstätigen Käufern und nicht mehr erwerbstätigen Verkäufern von Kapitalanlagen. Histo-

¹⁵⁵ Positiv könnte man aus dieser Konstellation vielleicht schlussfolgern, dass das Beitragspotential der GRV nicht voll ausgeschöpft wird und die demografische Alterung daher weniger zu einer Mehrbelastung der bislang Erwerbstätigen führen muss als zu einer Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit insgesamt. Die Belastung Selbständiger mit geringen Einkommen mit dem vollen Beitragssatz dürfte jedoch zu unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und Schwarzarbeit führen.

risch betrachtet ergibt sich eine ständige Verbreiterung der Generationenbeziehungen, von der Familie, über den Staat hin zum globalen Kapitalmarkt (Leisering 2002: 348). Allerdings ist sowohl die Bereitschaft als auch das Vermögen zusätzlich privat für das Alter vorzusorgen unterschiedlich ausgeprägt. Man muss davon ausgehen, dass insbesondere jene Personengruppen mit ohnehin geringen Rentenanwartschaften weit weniger dazu in der Lage sein werden. Die Notwendigkeit privater Vorsorge führt außerdem dazu, dass letztlich die Belastung der Arbeitnehmer trotz der gedeckelten Rentenbeitragssätze steigt und die verfügbaren Einkommen somit sinken, während gleichzeitig die Verwaltungskosten der Privatvorsorge höher liegen als bei der gesetzlichen Rentenversicherung.

Demografische Entwicklungen dürften außerdem dazu führen, dass die Renditen der kapitalgedeckten Vorsorgeprodukte geringer als prognostiziert ausfallen. Gehen die Babyboomer nämlich in Rente, also etwa ab 2030, wird erwartet, dass sie Mittel zu Konsumzwecken aus dem Kapitalmarkt abziehen. Der These des „Asset-Meltdown“ zufolge, besteht die Möglichkeit, dass die Kurse dieser Anlagen und damit privater Vorsorgeinstrumente erheblich sinken, und sich die heute extrapolierten Wertzuwächse als unrealistisch herausstellen werden, da den Verkäufern dieser Anlagen weniger junge Käufer auf der Nachfrageseite gegenüber stehen (Netzler 2000: 503; Schröder und Schüler 2006: 48). Was ein demografisch bedingter Rückgang der Nachfrage bedeutet, kann heute bereits in den ländlichen Regionen Deutschlands bei den Immobilienpreisen beobachtet werden. Durch die Abwanderung hoch qualifizierter junger Leute in die Städte sind dort die Immobilienpreise seit Jahren rückläufig. Zudem dürfte der demografiebedingte Rückgang des Arbeitskräfteangebots zu einer relativen Verschiebung der Renditen von Kapital zu Humankapital beitragen, was dem Umlagesystem zugutekäme und Kapitalmarktprodukte weniger attraktiv machen würde.

Lässt man den lokal geprägten Immobilienmarkt außen vor, dann wird gegen die These vom „Asset-Meltdown“ jedoch eingewendet, dass alternde Gesellschaften den Faktor Arbeit zunehmend durch Kapital ersetzen müssen, was zu einer Stabilisierung der Nachfrage nach Kapital beitragen dürfte. In offenen Volkswirtschaften könne die inländische Wertpapiernachfrage zudem durch ausländische Nachfrage ersetzt werden. Am Ende sei der Kurs von Aktien außerdem weniger von der Anzahl der Nachfrager abhängig als vom Wert zukünftiger Dividenden (Schröder und Schüler 2006: 49). So kamen Börsch-Supan et al. im Jahr 2003 in einer Studie für die Deutsche Bank zu dem Ergebnis, dass die langfristigen Kapitalrenditen demografiebedingt lediglich um einen Prozentpunkt sinken würden. Internationale Kapitalströme könnten divergierende demografische Entwicklungen in den OECD-Ländern ausgleichen

(Börsch-Supan et al. 2003). Insgesamt deuten die empirischen Ergebnisse darauf hin, dass die Bewertung von Kapitalanlagen mit wachsendem Anteil der über 65jährigen tatsächlich zurückgehen wird; allerdings ist das Ausmaß schwer abzuschätzen (Netzler 2000: 505f).

4.4.5 Produktivitätswachstum

Ein weiterer für die Verteilungsspielräume in der GRV schwer vorhersehbarer Faktor ist das Produktivitätswachstum, das auch schon in der Vergangenheit die demografische Alterung mehr als ausgleichen konnte. In den Jahren 1991 bis 2006 betrug das Produktivitätswachstum je Erwerbstätigem etwa 1,5 Prozent jährlich, je Arbeitsstunde etwa 2 Prozent (Destatis 2007a). Die Frage der Generationengerechtigkeit wäre im Zusammenhang mit der Rente wohl kaum in dem Maß aufgekommen, wenn die wirtschaftlichen Wachstumsraten in den letzten zwei Jahrzehnten insgesamt höher ausgefallen wären, und damit Verschiebungen in den Belastungen zwischen den Generationen weniger den Charakter eines Nullsummenspiels angenommen hätten. Sinkende Geburtenraten kennzeichnen die gesellschaftliche Entwicklung schließlich seit Beginn der industriellen Revolution, ohne dass sich die Situation der Alten deswegen ökonomisch verschlechtert hätte. Zwar sind Geburtenraten unterhalb des Reproduktionsniveaus und unterhalb der Sterberate ein qualitativ neues Problem, das erst seit Mitte der 1970er Jahre auftritt („Pillenknicke“), und wodurch die Bevölkerung insgesamt schrumpft, aber auch für die Zukunft ist zu erwarten, dass das Wohlstandsniveau der Rentner weniger stark vom Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung abhängen wird als vom Produktivitätsniveau, also der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, und davon wie der von den Erwerbstätigen erwirtschaftete Wohlstand umverteilt wird.

Während im Jahr 1871 noch etwa 13 Personen im Erwerbsalter einem über 65jährigen gegenüberstanden, waren es 1934 nur noch etwa 10, 1970 noch etwa 4,6 und im Jahr 2000 etwa 4. Der prognostizierbare weitere Rückgang des Verhältnisses auf etwa 3 zu 1 (2020) und 2 zu 1 (2050) liegt also im Rahmen eines historischen Trends, der sich seit Beginn der industriellen Revolution fortsetzt. Ohne Zweifel hat sich in dieser Zeitspanne die wirtschaftliche Situation der Alten nicht zuletzt durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaats erheblich verbessert (vgl. Struck 2008: 281).¹⁵⁶ Es ist weiter zu beachten, dass der Zeitaufwand, der heute zur Erwirt-

¹⁵⁶ Thomson (1993) bezeichnet diesen Trend, der für viele westliche Industrienationen kennzeichnend ist, als „welfare aging“.

schaftung eines Entgeltpunkts in der GRV notwendig ist, wesentlich geringer ausfällt als noch in den 50er und 60er Jahren (Deutscher Bundestag 2002: 51).

Schließlich ist gesamtwirtschaftlich weniger der Altenquotient entscheidend, sondern der Gesamtquotient – also das Verhältnis von Alten und Kindern bzw. Jugendlichen zu Personen im erwerbsfähigen Alter. Dieser soll im Jahr 2020 etwa 68 betragen. D. h. auf 68 potentiell abhängige Personen kämen 100 potentiell Erwerbstätige im Alter zwischen 20 und 65 Jahren (Destatis 2009c).¹⁵⁷ Der Gesamtquotient fällt damit niedriger aus als noch im Jahr 1970, als er fast 80 betrug. Allerdings wird der Gesamtquotient laut Prognose bereits 2030 etwa 83,5 betragen und damit in einem Zeitraum von nur 10 Jahren alterungsbedingt um 23 Prozent ansteigen. Die zwischen 2020 und 2030 stark ansteigende Belastung der Erwerbstätigen durch die demografische Alterung müsste durch Produktivitätssteigerungen und eine Ausweitung der Erwerbsbeteiligung kompensiert werden.

Dies ist zwar schwierig, aber nicht ausgeschlossen, wie ein Blick auf die Zahlen der Vergangenheit zeigt: Zwischen 1991 und 2001 ist die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen zwar lediglich um 16,5 Prozent gestiegen, je Erwerbstätigenstunde jedoch um 23,7 Prozent (Destatis 2009b). Produktivitätssteigerungen, wie sie in der Vergangenheit im Durchschnitt vorlagen, würden also genügen, um die Belastungen auszugleichen. Dies allerdings nur, wenn die Entwicklung der Reallöhne und die daran gekoppelten Altersbezüge auch tatsächlich mit der Produktivitätsentwicklung mithalten (Struck 2008: 282). In den letzten Jahren war das nicht der Fall. Während die Gewinneinkommen stark anstiegen, entwickelten sich die Arbeitseinkommen in konstanten Preisen teilweise sogar negativ. Laut statistischem Bundesamt sanken die realen Stundenlöhne zwischen 2001 und 2006 von 11,92 auf 11,73 Euro (Seith 2007).

Ein anderer kritischer Punkt ist, inwieweit im Zuge einer weiteren Tertiarisierung der Wirtschaft überhaupt Produktivitätssteigerungen wie in der Vergangenheit möglich sein werden. Viele insbesondere personennahe Dienstleistungen sind durch das Uno-acto-Prinzip gekennzeichnet und beinhalten kaum Potential für Rationalisierungen. Zudem müsste der Großteil, der durch Produktivitätssteigerungen frei werdenden Kapazität, in die Alterssicherung fließen. Auch hier ist fraglich, inwiefern sich daraus Anreizprobleme ergeben, denn die Umverteilung würde entweder über die Sozialversicherung oder das Steuersystem erfolgen – oder inwiefern die frei werdenden Ressourcen nicht effizienter im (frühkindlichen) Bildungsbe-

¹⁵⁷ Entsprechend Variante 1-W1 („Mittlere Bevölkerung Untergrenze“) der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

reich und bei der Kinderbetreuung einzusetzen wären, wo der in Deutschland betriebene Aufwand im OECD-Vergleich unterdurchschnittlich ausfällt (vgl. Esping-Andersen und Sarasa 2002). Schließlich würden höhere Geburtenraten nur dann etwas zur Entlastung der GRV beitragen, wenn die Jüngeren tatsächlich besser ausgebildet werden, sie dadurch produktiver sind und für entsprechenden Verteilungsspielraum sorgen (Berkel et al. 2004: 87).¹⁵⁸

Diese historischen Entwicklungen illustrieren, dass Wohlfahrtsgewinne durch Produktivitätssteigerungen und deren Redistribution über den Staat für die Alterssicherung in der Vergangenheit wesentlich wichtigere Determinanten darstellten als die demografische Entwicklung.¹⁵⁹

Ähnliches lässt sich auch über eine höhere Zuwanderung sagen. Diese trägt nur zu einer Entlastung der GRV bei, wenn die Zuwanderer ein bestimmtes Qualifikationsniveau vorweisen können. Hierbei ergibt sich momentan jedoch das Problem, dass die Wanderungssalden mit weniger als 100.000 Personen seit 2004 unter dem Niveau aller in den Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegten Szenarien lag, und damit weniger zur Verjüngung beiträgt als angenommen (Destatis 2010). Der Zuwanderungssaldo sinkt seit 2001 zudem fast kontinuierlich und war im Jahr 2008 erstmals negativ. Um das Niveau der Erwerbsbevölkerung bis ins Jahr 2030 auf dem heutigen Stand zu halten, wäre dagegen eine jährliche Nettozuwanderung von rund 400.000 Personen notwendig (Bäcker et al. 2009: 304).

¹⁵⁸ Gemäß der neuen bzw. endogenen Wachstumstheorie sind Investitionen in das Humankapital die entscheidende Größe für das langfristige wirtschaftliche Wachstum weit entwickelter Gesellschaften. Dies bedeutet jedoch, dass wirtschaftliche Ressourcen aus dem Konsumsektor (zu dem auch die Alterssicherung zählt) in den Bildungs- und Forschungsbereich umgeleitet werden müssen (Romer 1990).

¹⁵⁹ In der Theorie des demografischen Übergangs (Notestein 1945; Thompson 1929) sind mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergehende Modernisierungsprozesse gerade die Treiber der Bevölkerungsentwicklung. Die Demografie ist also nicht ein bedingender Faktor, sondern eine Folge anderer sozioökonomischer Strukturveränderungen. Allerdings sind komplexe Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demografie nicht von der Hand zu weisen. Langfristige und kurzfristige Prozesse können dabei gegenläufig verlaufen, je nachdem ob zum Beispiel Kinder in erster Linie als Kosten- oder Nutzenfaktor wahrgenommen werden. Gerade auf kurze Sicht überwiegt die Kostenperspektive. Während es im wirtschaftlichen Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg zu einem Babyboom kam, bewirkte der Marktschock nach dem Ende des kalten Kriegs in Osteuropa einen dramatischen Abfall der Geburtenraten (Kohler et al. 2002). In Zeiten wirtschaftlicher Rezession sinken die Geburtenraten also in der Regel kurzfristig, während sie in Zeiten des Aufschwungs ansteigen. Langfristig haben aber gerade Wohlstandsgewinne und der Ausbau des Sozialstaats zu sinkenden Geburtenraten geführt, während in wirtschaftlich weniger entwickelten Gesellschaften eine große Anzahl eigener Kinder als Alterssicherung fungiert.

4.4.6 Zunahme der Frauenerwerbsbeteiligung

Der entscheidende Indikator für die tatsächliche Belastung der Erwerbstätigen durch die Alterung ist, wie bereits angesprochen, nicht der Altenquotient, da zu seiner Berechnung das gesamte Erwerbspersonenpotential herangezogen wird. Dieses wird aber in der Regel nicht voll ausgeschöpft. So waren im Jahr 1994 lediglich 64,5 Prozent in der Altersgruppe der 15- bis 64jährigen tatsächlich erwerbstätig und im Jahr 2009 70,4 Prozent (2006: 67,2 Prozent). Obwohl die Erwerbsbeteiligung in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat, existiert immer noch eine Lücke zu anderen OECD-Ländern, in denen Raten von knapp über 75 Prozent (Dänemark, Niederlande, Norwegen) oder sogar über 77 Prozent (Schweiz) erreicht werden (OECD 2010c: 274ff). Insbesondere bei der Frauenerwerbsbeteiligung betrug der Abstand im Jahr 2006 teilweise noch über 10 Prozentpunkte zu den Spitzenländern (Schweiz, Dänemark, Norwegen und Schweden). Diese Differenz hat sich 2009 zwar bereits verringert, deutet aber immer noch Potential an. Zumal fast die Hälfte der Frauen in Teilzeit beschäftigt ist und ihr Arbeitsvolumen weiter ausweiten könnte.¹⁶⁰ Eine größere Frauenerwerbsbeteiligung bietet sich folglich zur Stärkung der Beitragssituation der GRV an und würde zukünftig zudem das derzeit höhere Altersarmutsrisiko von Frauen reduzieren (vgl. Himmelreicher und Frommert 2006).¹⁶¹

Aufgrund des durchschnittlich höheren Qualifikationsniveaus jüngerer Frauen – Frauen waren die Hauptprofiteure der Bildungsexpansion – und veränderter geschlechtsspezifischer Rollenerwartungen (Lück 2009: 277f), kann davon ausgegangen werden, dass eine solche Entwicklung auch den tatsächlichen Neigungen jüngerer Frauenkohorten entspricht. Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft (Häußermann und Siebel 1995) hat für eine solche Entwicklung die entsprechende Opportunitätsstruktur auf der Nachfrageseite eröffnet. Wie eine höhere Erwerbsbeteiligung praktisch realisiert werden kann, ist aber zugleich von den institutionellen Rahmenbedingungen abhängig, insbesondere der Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren. Mangelnde Betreuungsangebote im frühkindlichen Bereich in Kombination mit Fehlanreizen durch das Ehegattensplitting und die kostenlose Mitversicherung von nichterwerbstätigen Ehepartnern reduzieren jedoch das Arbeitsangebot (Dingeldey 2001). Der

¹⁶⁰ Laut Labour Force Survey 2005 waren 43,8 Prozent der Frauen und 7,8 Prozent der Männer in Teilzeit beschäftigt – die Teilzeit-Quote der Frauen ist in Deutschland damit deutlich höher als in vielen anderen europäischen Ländern.

¹⁶¹ Laut Prognose der Rürup-Kommission (2003: 60) wird das Erwerbspersonenpotential durch die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern bis ins Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2000 lediglich um 3,2 Prozent abnehmen, während die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren um 7 Prozent abnimmt.

persistente Gender-Wage-Gap in einer Größenordnung von etwa 12 (Anger und Schmidt 2010; Gartner und Hinz 2009; Hinz und Gartner 2005) begünstigt haushaltsökonomisch betrachtet eine geringere Erwerbsorientierung von Frauen.

Traditionell von Frauen innerhalb der Familie erbrachte „Reproduktionsarbeit“ durch soziale Dienstleistungen zu ersetzen, hätte dabei einen zweifachen Arbeitsmarkteffekt. Frauen würden von familialen Verpflichtungen entlastet, könnten ihr Arbeitsangebot ausweiten und wären zudem weniger stark von Dequalifizierung durch Erwerbsunterbrechungen betroffen. Gleichzeitig würde die Nachfrage nach Arbeitskräften in traditionell „weiblichen“ Berufsfeldern steigen. Eine notwendige Voraussetzung für eine höhere Frauenerwerbsbeteiligung dürfte darüber hinaus aber ein tiefgreifender Wertewandel in den Unternehmenskulturen sein, der nicht nur zu einer höheren Akzeptanz von Frauen mit Kindern im Berufsleben führt, sondern auch männlichen Arbeitnehmern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert und generell flexiblere Arbeitszeiten ermöglicht.

4.5 Einige politische Implikationen

Die politische Debatte um Generationengerechtigkeit in sozialstaatlichen Institutionen hat ihren Ursprung in den USA zu Beginn der 80er Jahre in einem Klima, das man mit Verweis auf die Reagan-Administration als anti-etatistisch bezeichnen kann. Die Vorstellung von „generational equity“ diente in diesem Zusammenhang vorwiegend als Legitimationsgrundlage zur Förderung privater Vorsorge und dem Rückzug des Staates aus der Alterssicherung (Kingson und Williamson 1993). Bezeichnend für den Diskurs war die Konstruktion von Generationen als Gruppen mit antagonistischen Interessen, die in einem Nullsummenspiel um die Verteilung knapper Güter konkurrieren (z. B. Kinderarmut vs. Wohlstand im Alter, vgl. Quadagno 1989). Andere querverlaufende Ungleichheitsdimensionen und weiter gefasste gesellschaftliche Interdependenzen zwischen Jung und Alt wurden dabei weitgehend ausgeblendet, während das wachsende Haushaltsdefizit ursächlich auf den Anteil der Ruheständler in der Bevölkerung zurückgeführt wurde. In Zeitungsartikeln dieser Zeit werden die Älteren u. a. als „Greedy Geezers“ bezeichnet, die ein Drittel des Bundesbudgets verschlängen, so zum Beispiel von Henry Fairlie im Jahr 1988 in *The New Republic*. Der Think Tank Americans for Generational Equity (AGE) versuchte Medien, Politik und Öffentlichkeit mit entsprechenden Artikeln und Konferenzen zu beeinflussen.

Um die Ungleichgewichte der Verteilungsströme zwischen Jung und Alt in den öffentlichen Haushalten nachzuweisen, entwickelte Lawrence Kotlikoff (1992) zeitgleich mit der aufkommenden Debatte das sog. „generational accounting“, das in Deutschland als Generationenbilanz bezeichnet wird (Feist und Raffelhüschen 2000; Raffelhüschen 1999b). Dabei werden die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben, wie Renten und Sozialbeiträge, unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung in die Zukunft fortgeschrieben. So soll die sog. implizite Staatsschuld sichtbar werden, also die Schulden (oder Rücklagen), die für zukünftige Generationen entstehen würden, wenn die gegenwärtigen institutionellen Regelungen in gleicher Form aufrecht erhalten blieben.

4.5.1 Die Situation in Deutschland

Obwohl sich die demografische Problematik in Deutschland wesentlich gravierender darstellt als etwa in den USA, wo die Altersstruktur aufgrund höherer Geburtenraten von etwa 2 Kindern pro Frau und konstanter Zuwanderung als vergleichsweise günstiger gelten kann, ist die Diskussion um Generationengerechtigkeit hierzulande erst später ins öffentliche Bewusstsein vorgedrungen, und war stets stark auf die Gesetzliche Rentenversicherung fokussiert. Zwar sprach das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ bereits 1989 von einem „Krieg der Generationen“, an Fahrt aufgenommen hat die politische Debatte um Generationengerechtigkeit hierzulande aber erst im Verlauf der 90er Jahre nach dem Einsetzen der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“ (1992-2002) und im Zusammenhang mit der anhaltenden Wachstumschwäche der deutschen Wirtschaft. Während in der Vergangenheit, aufgrund höherer wirtschaftlicher Wachstumsraten, so umverteilt werden konnte, dass trotz demografischer Verschiebungen, Beitragszahler und Rentenempfänger kaum Wohlstandsverluste hinnehmen mussten, zeichnete sich spätestens Ende der 90er Jahre ab, dass diese Option distributiver Politik nicht mehr in gewohntem Maß zur Verfügung stehen würde. Es entwickelte sich zudem eine Standortdebatte, in deren Verlauf die vorgeblich mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft u. a. der hohen Belastung des Faktors Arbeit durch Sozialabgaben zugeschrieben wurde (Marschallek 2004: 296).

Rentenpolitik bekam durch diese Konstellation auch hierzulande immer stärker den Charakter eines Nullsummenspiels zwischen den Generationen. Insbesondere auch, weil die sozialstaatlichen Institutionen wie die GRV durch den Institutionentransfer von West nach Ost stark zur Finanzierung der deutschen Einheit beitrugen, und bereits bestehende strukturelle

Defizite somit verstärkt wurden. Die in der Folge der deutschen Einheit hohe Arbeitslosigkeit erodierte zudem die Beitragsgrundlage. Manche Autoren sehen hierin sogar die eigentliche Ursache der Finanzierungsprobleme der GRV und nicht in der demografischen Alterung (z. B. Wilkoszewski 2003: 65ff). Eine Sichtweise, der man kurzfristig sicherlich etwas abzugewinnen vermag, die aber langfristige strukturelle Zusammenhänge vernachlässigt.

Betrachtet man die Rentenreformen seit 1989, dann wies bereits das auf den ersten Blick unspektakuläre Rentenreformgesetz von 1992 mit etwa 100 Mrd. DM bis 2010 sehr große Einspareffekte auf, die von den nachfolgenden Reformen nicht übertroffen wurden (Schulze und Jochem 2007: 695-697 und 705). Die 1989 beschlossenen Maßnahmen änderten wenig an den zentralen Prinzipien der Alterssicherung, hatten aber das Potential von Beitragssatzreduzierungen in der Größenordnung von 3,5 Prozentpunkten auf Sicht von 20 Jahren, während die Einführung der „Riester-Rente“ im Jahr 2001 lediglich eine Reduktion um einen Prozentpunkt im gleichen Zeitrahmen ermöglicht.¹⁶²

Trotzdem waren im Verlauf der 90er Jahre steigende Beiträge notwendig, um die Rentenbezüge weiterhin an die Lohnentwicklung anpassen zu können, und erreichten im Jahr 1999 den bislang höchsten Satz von 20,3 Prozent. Die dadurch bedingte Verteuerung des Faktors Arbeit wurde, angesichts der zugleich steigenden strukturellen Arbeitslosigkeit, als wirtschaftspolitisch kontraproduktiv erachtet. Letztlich hat diese Gemengelage laut Hinrichs (2004) einen „Paradigmenwechsel“ in der Rentenpolitik hin zu einer einnahmeorientierten Ausgabenpolitik mit einer partiellen Abkehr vom Ziel der Lebensstandardsicherung in der GRV bewirkt, wobei das Konzept der Generationengerechtigkeit als zentrales Legitimationsargument für die politischen Reformbemühungen herangezogen wurde.¹⁶³ Allerdings handelt es sich bei diesem „Paradigmenwechsel“ eher um eine tendenzielle Verschiebung in Richtung eines Defined-Benefit-Systems, da z. B. der Nachhaltigkeitsfaktor nur zu einem Viertel ein-

¹⁶² Auch die Anhebung der Altersgrenze auf 67 führt lediglich zu einer Reduktion des Beitragssatzes um etwa 0,6 Prozentpunkte bis 2030 gegenüber dem Status-quo-Szenario. Der Nachhaltigkeitsfaktor bringt eine Ersparnis von 1,4 Prozentpunkten, während sich das Bruttorentenniveau um 1,8 Prozentpunkte (ca. 70 Euro) verringert (Rürup-Kommission 2003: 105). Abseits des kurzfristigen Einspareffekts erlaubt die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors im Jahr 2004 jedoch eine schnelle Anpassung an sich verändernde demografische Bedingungen in der Zukunft und weist insofern großes Einsparpotential auf. Derzeit wirkt sich die demografische Alterung damit nur zu einem Viertel auf die Rentenanpassung aus. Die langfristigen Auswirkungen der Einführung der „Riester-Rente“ sind derzeit noch nicht absehbar, markieren aber eine möglicherweise erst beginnende Abkehr von der Umlagefinanzierung.

¹⁶³ Im Bericht der Rürup-Kommission (2003: 103) heißt es z. B.: „Orientiert man sich im Interesse einer nachhaltigen Belastungsbegrenzung der Beitragszahlerinnen und -zahler an der Konzeption einer einnahmeorientierten Ausgabenpolitik, so folgt daraus, dass die Rentenanpassungsformel um einen Faktor ergänzt werden muss, der bei Zunahme der Beitragszahler zu höheren und bei Zunahme der Rentner zu geringeren Rentenanpassungen führt.“

geht. Der Sachverständigenrat spricht deshalb auch von einem „intergenerativen Verteilungskompromiss“ (Sachverständigenrat 2007: 176). Vor dem Hintergrund der im theoretischen Teil erläuterten Generationengerechtigkeitskonzepte entsprechen die Reformen insgesamt betrachtet eher der Musgrave-Regel als einem reinen Defined-Benefit-System, da zudem der Absenkung des Nettoersatzniveaus nach unten durch die „Niveausicherungsklausel“ Grenzen gesetzt und weitere Beitragssatzsteigerungen in der Zukunft geplant sind. Auch die Verschiebung der Regelaltersgrenze ist gut mit dieser Vorstellung vereinbar.

Die zahlreichen Reformen der letzten Jahre in der Alterssicherungspolitik (vgl. Tabelle 3, S. 111) zeigen, dass trotz der vielfach bemängelten Reformunfähigkeit des deutschen Staatesgebildes auf die demografische Herausforderung reagiert wurde.¹⁶⁴ Die jüngsten Rentenreformen (Nachhaltigkeitsfaktor im Jahr 2004, „Rente mit 67“) orientieren sich explizit am Leitbild der Generationengerechtigkeit. Von Franz Müntefering, dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden, wurde die in der Bevölkerung wenig populäre Anhebung des Renteneintrittsalters als „sinnvoll und auch generationengerecht“ verteidigt.¹⁶⁵ Und im Entwurf des „Nachhaltigkeitsgesetzes“ heißt es: „Richtschnur für diese Reformmaßnahmen ist dabei der Grundsatz der Generationengerechtigkeit.“ (vgl. auch Bundesregierung 2003: 44; Rürup 2004). Allerdings illustrieren die kurzfristig eingeführten Einschränkungen der Reformen, wie z. B. die sog. „Rentengarantie“, die Rentenkürzungen durch den Nachhaltigkeitsfaktor und durch negative Lohnentwicklungen ausschließen soll, auch eine zunehmende Angst der Politik vor der „Rache des Medianwählers“. Durch das zunehmende Alter der Bevölkerung wird es wahrscheinlicher, bei Wahlen Stimmverluste hinnehmen zu müssen, wenn man direkte Leistungszurücknahmen in der gesetzlichen Rente politisch zu verantworten hat (Breyer 2010: 575). Aus dem Blickwinkel der politischen Psychologie ist es jedoch keine schlechte Strategie, direkte Rentenkürzungen zu vermeiden und stattdessen positive Anpassungen zu dämpfen, wie das der sog. „Nachholfaktor“ vorsieht. Denn Verluste werden emotional intensiver wahrgenommen als gleichwertige Gewinne (vgl. Heinemann et al. 2008; Kahneman et al. 1991). Diese Logik gilt auch für Beitragssatzsenkungen, die durch die Nachhaltigkeitsreformen möglich gewesen wären, durch deren kurzfristige Einschränkung aber ausblieben.

¹⁶⁴ Vgl. z. B. das Konzept der „Politikverflechtungsfälle“ (Kitschelt 2001; Scharpf et al. 1976).

¹⁶⁵ Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,474813,00.html>; Zugriff 5.1.2008.

4.5.2 Das wachsende politische Machtpotential der Älteren

Das im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ohnehin höhere Durchschnittsalter der Wahlberechtigten, wird mit dem demografischen Wandel weiter steigen. Prognosen gehen davon aus, dass im Jahr 2050 über die Hälfte der Wahlberechtigten über 46 Jahre alt sein wird (Priddat 2007: 151; Wilkoszewski 2006). Die Älteren stellen damit eine immer größer werdende Ressource politischer Macht dar. In dem Maße, in dem das Durchschnittsalter des Medianwählers steigt, dürfte es also allein aus quantitativen Gründen schwieriger werden bei redistributiver Politik gegen die Interessen der Älteren zu agieren. Hinzu kommt eine wahlrechtsbedingte strukturelle Benachteiligung der Familien bzw. der Jüngeren, da das Wahlrecht altersmäßig nach unten begrenzt ist, nach oben jedoch nicht.

Auch im Hinblick auf ihre ökonomischen Verhältnisse verfügt zumindest die westdeutsche Rentnergeneration aktuell und in Zukunft über in der Geschichte Deutschlands einzigartiges Machtressourcen (Braun et al. 2002; Lauterbach 2009: 125). Als weiteres Reservoir politischer Unterstützung müssen der überproportionale Anteil von Rentnern in den Gewerkschaften und den ehemaligen Volksparteien CDU und SPD berücksichtigt werden sowie die Zeit, die sie im Vergleich zu Erwerbstätigen für politisches Engagement aufbringen können. Zahlreiche empirische Studien zur politischen Partizipation zeigen, dass Ältere nicht nur häufiger Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen, sondern generell stärker an politischen Prozessen teilnehmen (vgl. Mühleck 2007: 103; Schmidt 2008: 141f).¹⁶⁶ Unterstellt man hypothetisch, dass die Akzeptanz von Politik allein durch Interessen geleitet ist, wird es deshalb für Regierungsparteien in Zukunft schwieriger werden, eine explizit auf finanzielle Einschnitte bei der GRV gerichtete Politik betreiben zu können.¹⁶⁷ Rentenkürzungen müssten stattdessen geschickt in komplexen Gesetzesvorhaben versteckt werden, um möglichst wenig Unmut zu erzeugen. Manche Autoren warnen gar vor den Gefahren einer kommenden „Gerontokratie“ und sehen nur noch bis ins Jahr 2016 eine Chance für Reformen. Danach wäre der Median-

¹⁶⁶ Allerdings ist auch bekannt, dass das Interesse (im Sinne von Partizipation) an politischen Fragen im Rentenalter wieder geringer wird (vgl. Martin 2003: 79).

¹⁶⁷ Besonders drastisch wird die Vorstellung einer Generation, die in erster Linie die eigenen Interessen verfolgt, in Donald Thomsons „Selfish Generations?“ (1991) am Beispiel Neuseelands illustriert. Für die Kohorten, die in den 1920er bis frühen 1940er Jahren geboren wurden, zeigt er, dass die Zielrichtung des Wohlfahrtsstaats diese tendenziell im gesamten Lebensverlauf begünstigt hat. Der Fokus des Wohlfahrtsstaates ging dabei weg von Kindern und jungen Familien bei zugleich geringer Altersvorsorge, über eine relativ ausgeglichene Ressourcenverteilung zwischen den Generationen, hin zu einer Bevorzugung der Alterssicherung gegenüber Unterstützungsleistungen für Kinder. Wichtig ist, dass Thomsons Betrachtung keine generationenegozentrische Sicht im Sinne sozialstaatlicher Generation zugrunde liegt, sondern im Sinne kohortenspezifischer Generationen.

wähler davon zu stark beeinträchtigt (Sinn und Uebelmesser 2003).¹⁶⁸ Der Appell an übergeordnete normative Überzeugungen, wie Generationengerechtigkeit, mag vor diesem Hintergrund eine Möglichkeit darstellen, unpopuläre politische Reformen gegen die generationenspezifischen Interessen der Älteren zu legitimieren und durchzusetzen.

Allerdings darf eine solche antagonistische Sicht der Dinge nicht vernachlässigen, dass die ökonomische Situation vieler Rentner grundverschieden ist, und es sich insofern nicht um eine Quasigruppe im Sinne Dahrendorfs handelt. Zwar erhält die überwiegende Mehrheit Zahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, diese Leistungen sind aber sehr heterogen und treffen zudem auf ein unterschiedliches Maß an Bedürftigkeit. Im Osten fehlen beispielsweise große Vermögen, und die nach der Wende hohe strukturelle Arbeitslosigkeit wird zu verhältnismäßig kleinen Rentenanwartschaften der dortigen Bevölkerung führen, während im Westen weitaus mehr alternative Quellen von Alterseinkommen zur Verfügung stehen, deren Streuung wesentlich größer ausfällt (DRV 2010b: 70-73). Die dortige Rentnergeneration konnte zum Teil stark von der Wohlstandsentwicklung in der Anfangsphase der BRD profitieren und verfügt über erhebliche Vermögenswerte. Die Unterstellung einer homogenen politischen Interessenlage ist von daher in der Gruppe der Rentner schwierig zu rechtfertigen. Am ehesten kann man dies noch bei den Rentnern im Osten vermuten, da diese kaum über andere Alterseinkommensquellen außerhalb der GRV verfügen.

Aber selbst wenn man den Rentnern ein einheitliches latentes Interesse unterstellen würde, ist kaum zu erwarten, dass sie ihre Wahlentscheidung vorwiegend auf Grundlage „generationen-egozentrischer“ Kalkulationen treffen (Nullmeier 2007: 156). Es ist weiter zu bezweifeln, dass Rentenpolitik für Rentner grundsätzlich das Feld mit der größten politischen Salienz darstellt, auch wenn man annehmen kann, dass die Bedeutsamkeit dieses Politikfelds in alternden Gesellschaften zunimmt (vgl. Kaufmann et al. 1992: 13). Eine allein auf Alimentation der Rentner ausgerichtete Politik wird sich somit kaum eins zu eins in politische Macht umsetzen lassen. Von manifesten Generationeninteressen auszugehen, wäre insofern zu einfach gedacht. Hinzu kommt: in Zukunft wird die Gruppe der Rentner angesichts stärker fragmentierter Lebensläufe heterogener hinsichtlich ihres sozioökonomischen Status werden (vgl. Backes et al. 2004: 7f) und sich damit auch hinsichtlich ihrer Organisationsfähigkeit der Generation

¹⁶⁸ Faktisch haben viele europäische Wohlfahrtsstaaten in den letzten Jahren trotz zunehmender Alterung Kürzungen im Rentensystem vorgenommen (Immergut et al. 2007). Dies mag auch darin begründet sein, dass das politische Machtpotential der Alten und der Problemdruck für Rentenreformen positiv miteinander korreliert sind und sich gegenseitig aufheben, andere Faktoren werden dadurch wichtiger.

der Erwerbstätigen annähern. Das ökonomische Konfliktpotential der Rentner ist zudem geringer als das der Erwerbstätigen, da sie aus der Produktionssphäre, dem funktional zentralen Bereich kapitalistischer Gesellschaften, überwiegend ausgeschieden sind. Die Reformbereitschaft der Älteren könnte sogar wachsen, wie Ribhegge (1998: 312) bemerkt, denn, falls sich das System als nicht nachhaltig herausstellen sollte, wären sie diejenigen, die bei Aufkündigung des Generationenvertrags, z. B. durch Auswanderung der Jüngeren, am Meisten zu verlieren hätten (vgl. auch Breyer 2010; Breyer und Stolte 1999).

4.5.3 Familienpolitische Implikationen

Wenn überhaupt von einem intergenerationalen Konflikt gesprochen werden sollte, dann deuten Umfrageergebnisse eher auf Spannungen zwischen Familien mit Kindern und kinderlosen Erwerbstätigen hin (Schrenker und Wegener 2007); sowie zwischen einem eher konservativen Familienverständnis unter Älteren, dass die Verantwortlichkeit für die Kinderbetreuung vor allem bei den Müttern in der Familie verortet und einer größeren staatlichen Verantwortungszuschreibung unter Jüngeren (Liebig und Scheller 2007: 307). Die Ursachen hierfür liegen zum einen in der von Schmähl konstatierten doppelten Benachteiligung der Familien durch das Rentensystem, da deren Erziehungsleistungen, angesichts der unzureichenden Kinderbetreuungsangebote, zunächst Verdienstaufschlag bei einem Partner und schließlich niedrigere Rentenanwartschaften nach sich ziehen; zum anderen in sich verändernden instabileren Familienstrukturen (vgl. Brüderl 2004; Peuckert 2008), der höheren Erwerbsneigung und besseren Bildung in jüngeren Frauenkohorten sowie wachsender Kinderarmut und hohen Armutsquoten unter Alleinerziehenden (Butterwegge und Klundt 2002; Netzler 2000). Sowohl der Anteil Alleinerziehender als auch der Anteil Kinderloser wuchs in den letzten Jahren (Blome et al. 2008: 319).¹⁶⁹ Und während die Armutsgefährdungsquoten¹⁷⁰ unter Älteren seit den 70er Jahren auf ein leicht unterdurchschnittliches Niveau von 15 Prozent im Jahr 2008 gesunken sind, lässt sich ein Trend zu sinkenden Einkommen bei Familien mit kleinen Kindern und deutlich überdurchschnittlichen Armutsquoten von 36 Prozent bei Alleinerziehenden feststellen (vgl. Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen, EU-SILC, Esping-

¹⁶⁹ Kennzeichnend sind häufigere Scheidungen, spätere und seltenere Eheschließungen, weniger und spätere Geburten pro Frau und ein zunehmender Anteil kinderloser Paare; außerdem eine „Polarisierung der Haushaltsformen zwischen Kernfamilien auf der einen Seite und kinderlosen Paaren bzw. Einpersonenhaushalten auf der anderen Seite“ (Blome et al. 2008: 81).

¹⁷⁰ Dies entspricht 60 Prozent des Medians des äquivalenzgewichteten Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommens.

Andersen und Sarasa 2002: 9; Hauser 2007: 151). Vor Sozialleistungen ergäben sich sogar weit unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten bei den über 65jährigen und deutlich höhere Armutsquoten bei den unter 18jährigen. Diese Konstellation wird von Esping-Andersen und Sarasa (2002) als ein spezifisches Problem des kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaatsregimes identifiziert, das durch besondere Rentenlastigkeit bei gleichzeitig hoher Beschäftigungsfeindlichkeit geprägt sei. Verantwortlich hierfür seien die hohen Sozialbeiträge und – trotz mitunter hoher finanzieller Transfers – mangelnden sozialen Dienstleistungen für junge Familien.¹⁷¹ Esping-Andersen und Sarasa (2002) plädieren daher für größere soziale Investitionen in Kinder, da diese positive sekundäre Effekte, etwa über das Produktivitätswachstum, auch für die Wohlfahrt der Älteren hätten. In diesem Sinn entwickelt Leisering (2004) aus der Vorstellung einer „funktionalistischen Gerechtigkeit“ heraus die Idee eines „sozialinvestiven Staates“, der den Fokus von redistributiver Politik hin zur Bildungspolitik verschiebt, und so sowohl die Geburtenhäufigkeit als auch die Qualität der Ausbildung erhöht. Empirisch stellt sich die Frage, inwiefern die Erhöhung der Geburtenrate als bevölkerungspolitischer Lösungsansatz sowie bessere Bildungsangebote als Beitrag zur Entschärfung des Gerechtigkeitsproblems in der GRV gesehen werden.

Allerdings ist in diesem Zusammenhang noch die Familie als ein zu Staat und Markt komplementärer Bereich der Wohlfahrtsproduktion zu beachten. Sollten staatliche und private Renten in Zukunft nicht ausreichen, um den Lebensstandard der Älteren zu erhalten, hat das zwangsläufig Auswirkungen auf Solidaritätserwartungen an familiäre Netzwerke. Unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten entstehen daraus eine Reihe von weiteren Fragestellungen: (1) Ob eher der Staat oder eher die Familie als subsidiäre Struktur für die Versorgung im Alter bzw. für die Kindererziehung Verantwortung tragen soll; (2) inwieweit umfassende staatliche Kinderbetreuung und höhere Frauenerwerbsbeteiligung überhaupt als wünschenswert betrachtet werden; (3) ob Kindererziehungszeiten stärker angerechnet werden sollen, oder ob dies aus emanzipatorischen Gründen eher abzulehnen ist, da sie das „männliche Familienernährer-Modell“ reproduzieren; (4) inwiefern eine Ungleichbehandlung von kinderlosen und Familien im Rentensystem wahrgenommen wird und wenn ja, wie diese bewertet wird; und schließlich, (5) ob die Diskrepanz in den Armutsquoten von Rentnerhaushalten und Ein-Elternhaushalten überhaupt als Problem der Generationengerechtigkeit identifiziert wird.

¹⁷¹ Laut Blome et al. (2008: 94) lässt sich gemessen an den Pro-Kopf-Ausgaben für Rentner jedoch keine ausgeprägte Rentenlastigkeit des deutschen Sozialstaats konstatieren.

5 Verteilungswirkungen der Institutionen der Alterssicherung

5.1 Intergenerationale Verteilungswirkungen

5.1.1 Generationengerechtigkeit als „Generational Equity“

Wie in den vorherigen Abschnitten dargestellt, fungierte Generationengerechtigkeit als zentrale Legitimationsfigur bei den jüngsten Reformen im System der Alterssicherung. Primärer Gegenstand generationaler Gerechtigkeit ist die normative Bewertung der intergenerativen Verteilungswirkungen des Systems der Alterssicherung. Es stellt sich damit die Frage, wie solche intergenerativen Verteilungswirkungen gemessen werden können.

Starke Verbreitung in der Politikberatung hat in den letzten Jahren eine Equity-Konzeption des Begriffs Generationengerechtigkeit erfahren, die entweder von gleichen Proportionen zwischen Beiträgen und Rentenanwartschaften für verschiedene Kohorten ausgeht oder davon, dass zukünftige Ausgaben und Einnahmen in der GRV ausgeglichen sein sollten. Als Messkonzepte dienen im ersten Fall sog. implizite Renditen (Deutsche Bundesbank 2000: 61; Rürup-Kommission 2003: 47; Rürup 2002; 2004: 131ff; Sachverständigenrat 2003, 2006) oder im zweiten Fall sog. Generationenbilanzen (Auerbach et al. 1991; Bonin 2001; Hagist et al. 2007; Kotlikoff 1992; Raffelhüschen 1999a; Sozialbeirat 2001).¹⁷²

Diese Messkonzepte wurden zumindest in der Vergangenheit offensiv als Möglichkeit propagiert intergenerationale Gerechtigkeit zu messen. So formulierte der Sozialbeirat der Bundesregierung ganz explizit für die GRV, Generationengerechtigkeit läge dann vor, wenn sich das Verhältnis von Beiträgen zu Leistungsansprüchen zwischen den Generationen nicht verändere (Sozialbeirat 2001: 9).¹⁷³ Da die Renditen aus der GRV für Jüngere jedoch sinken, wird erstens, eine Verpflichtung zur Entlastung der jüngeren Generation abgeleitet und zweitens, die Förderung privater kapitalgedeckter Vorsorge, da hier die Renditen größer als in der GRV seien:

¹⁷² In neueren Arbeiten wurde der explizite Anspruch Generationengerechtigkeit zu operationalisieren jedoch zurückgenommen.

¹⁷³ Es handelt sich also um ein egalitaristisches Konzept intergenerationaler Gerechtigkeit im Sinn proportionaler Gleichheit, da die Gleichheit impliziter Renditen für verschiedene Kohorten angestrebt wird.

„Versteht man unter Gerechtigkeit eine Gleichbehandlung verschiedener Generationen, muss aus Gerechtigkeitsgründen eine Verbesserung der Beitrags-/Leistungsrelation für diese Generationen vorgenommen werden. Der Weg zu einem solchen Zustand – darin sind sich Politiker und Wissenschaftler einig – kann nur durch die Einführung einer kapitalgedeckten Säule erreicht werden.“ (Rürup 2002: 275)

Weder Generation noch Gerechtigkeit sind jedoch eindeutig definierte Begriffe, weshalb insbesondere die Gleichsetzung gleicher Renditen für verschiedene Generationen oder ausgeglichener Generationenbilanzen mit generationaler Gerechtigkeit äußerst umstritten ist. Kritisiert wird etwa die Ausblendung querverlaufender intragenerationaler Ungleichheitsdimensionen (Bäcker 2004), die Vernachlässigung nicht-staatlicher Verteilungsströme (Kohli 2002) oder, dass zukünftige Generationen aufgrund höherer Produktivität, eines größeren Kapitalstocks und der Infrastrukturinvestitionen ihrer Vorfahren in jedem Fall über ein höheres Wohlstandsniveau verfügen würden (Schmähl 2004: 77). Auf weitere Kritikpunkte wird in den folgenden Abschnitten noch genauer eingegangen.

Auch die Anwender dieser Konzepte – in der Regel Ökonomen – sind sich der Problematik, beispielsweise eine ausgeglichene Generationenbilanz mit Gerechtigkeit gleichzusetzen, inzwischen mitunter bewusst. Gleichwohl findet man nach wie vor implizit die Verknüpfung normativer Schlussfolgerungen mit diesen Formen der Bilanzierung (vgl. z. B. Börsch-Supan 2010; Raffelhüschen und Schoder 2007), so dass man die selbstkritischen Eingeständnisse ihrer Anwender auch als oberflächliche Immunisierungsstrategie gegen tiefergehende erkenntnis- und gerechtigkeitstheoretische Einwände bezeichnen könnte.¹⁷⁴ „Gerechtigkeit“ wird dabei häufig durch den vermeintlich leichter objektivierbaren Begriff der „Nachhaltigkeit“ ersetzt: Ein „semantischer Trick“ – denn es besteht kein Zweifel darüber, dass „Nachhaltigkeit“ in diesem Zusammenhang als eine normative Zielgröße verstanden wird.

Ungeachtet aller kritischen Einwände sind diese Messkonzepte im Idealfall dazu geeignet, die Effekte institutioneller Änderungen auf generationenspezifische Verteilungsströme gegenüber dem Status quo operationalisierbar zu machen und unter Umständen von rein konjunkturellen Effekten abzugrenzen, was in der Praxis allerdings nicht immer gelingt. Ohne

¹⁷⁴ Ein Argumentationsmuster funktioniert dabei in etwa so: Wir möchten gerne etwas über Gerechtigkeit aussagen, versuchen wir aber das Konzept der Gerechtigkeit analytisch zu fassen, zerrinnt es in den Fingern. Deshalb werden Generationenbilanzen verwendet, denn sie sind immerhin quantifizierbar. Gleichwohl wird Generationengerechtigkeit als zentraler Legitimationsmaßstab anerkannt (Börsch-Supan 2010). Ein Blick auf die Publikationsliste des Freiburger Zentrums Generationenverträge (FZG) zeigt zum Beispiel, dass in vielen Veröffentlichungen bereits im Titel explizit auf Gerechtigkeit verwiesen wird.

Frage entfalten sie auf politischer Ebene außerdem eine große normative Wirkung, da sie von beratenden Gremien der Bundesregierung wie der Nachhaltigkeitskommission, dem Sozialbeirat und dem Sachverständigenrat offensiv eingesetzt wurden. Aus diesem Grund sollen sie hier genauer behandelt werden.

5.1.2 Generationenbilanzen

Bei Generationenbilanzen wird unter Zuhilfenahme weitreichender Annahmen über wirtschaftliche, fiskalpolitische und demografische Entwicklungen die gegenwärtige Struktur öffentlicher Ausgaben und Einnahmen in die Zukunft extrapoliert. Dadurch werden implizite Verpflichtungen des Staates sichtbar, die in der herkömmlichen Berechnung der Staatsschuld nicht aufgeführt werden. Diese impliziten Schulden ergeben sich aus dem Gegenwartswert zukünftiger Ausgaben, denen keine zukünftigen Einnahmen mit äquivalentem Gegenwartswert gegenüber stehen. Implizite und explizite Staatsschulden stellen zusammen die sog. Nachhaltigkeitslücke dar. Eine Fiskalpolitik wird dann als nachhaltig bezeichnet, wenn sie „bis in alle Ewigkeit fortgeführt werden kann“ (Hagist et al. 2008: 5), ohne die Budgetrestriktion zu verletzen, dass die Staatsschuld durch zukünftige Nettosteuerzahlungen abgegolten werden kann (vgl. auch Feist und Raffelhüschen 2000: 441).

Aussagekräftiger als die Nachhaltigkeitslücke selbst, sind die zum Ausgleich notwendigen Abgabenerhöhungen oder Transfersenkungen, da diese die Pro-Kopf-Belastung deutlich machen. So würde sich unter bestimmten Annahmen – sowohl bei höherer Zuwanderung, als auch bei höherer Fertilität – zwar die Nachhaltigkeitslücken zum Referenzszenario vergrößern, da die Transferleistungen die Einnahmen übersteigen, die notwendigen Abgabenerhöhungen aber verringern, da die Belastung auf eine größere Erwerbsbevölkerung verteilt werden könnte.

Für das Jahr 2006 berechnen Hagist et al. (2008: 6ff) eine implizite Staatsschuld von 163 Prozent des BIP (Annahmen: Realzins 3 Prozent; Wachstumsrate 1,5 Prozent). Zusammen mit der expliziten Staatsschuld in Höhe von 62,3 Prozent ergibt sich eine Nachhaltigkeitslücke von insgesamt 225,4 Prozent des BIP. Um diese Nachhaltigkeitslücke zu schließen, wäre eine Erhöhung der Abgaben um 10,4 Prozent (10,1 Prozent bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von 2 Prozent) oder eine Senkung der Transferleistungen um 8,9 Prozent notwendig.

Diese Ergebnisse sind jedoch stark von den getroffenen Annahmen und der fiskalischen Situation im Basisjahr abhängig, wie die folgenden Beispiele zeigen.¹⁷⁵ Unter optimistischeren Annahmen hinsichtlich der steuerlichen Leistungsfähigkeit der ausländischen Bevölkerung wäre lediglich eine Abgabenerhöhung um 7,3 Prozent (oder eine Transfersenkung um 6,6 Prozent) erforderlich. Im Vorjahr war man unter den gleichen Annahmen, aber unter dem Eindruck einer schlechteren konjunkturellen Lage, auf eine notwendige Abgabenerhöhung von 10,3 Prozent (Transfersenkung um 9,1 Prozent) gekommen. Die Nachhaltigkeitslücke hat sich also innerhalb eines Jahres, allein aufgrund einer konjunkturellen Verbesserung der Steuer- und Beitragseinnahmen, von 234,6 Prozent auf 167,6 Prozent des BIP verringert. Noch frappierender ist der Unterschied zum Jahr 2004: Damals wurde noch eine Nachhaltigkeitslücke von 274,6 Prozent berechnet (Hagist et al. 2007: 7).¹⁷⁶ Im Zeitraum von zwei Jahren ergab sich also überwiegend konjunkturbedingt eine Reduktion der Nachhaltigkeitslücke um fast die Hälfte.

Auch die für die GRV spezifisch berechenbare Nachhaltigkeitslücke verringerte sich von 117,4 Prozent des BIP im Jahr 2005 auf 87,6 Prozent, teils aufgrund von Annahmeänderungen, teils aufgrund der konjunkturellen Entwicklung (Hagist et al. 2008: 12ff). Zum Vergleich: Die Aussetzung des Riesterfaktors würde die Nachhaltigkeitslücke um lediglich 15 Prozentpunkte vergrößern.

Kritik an der Generationenbilanz

Angesichts solch drastischer, nicht strukturell bedingter Schwankungen im Zeitraum weniger Jahre bleibt fraglich, als wie belastbar diese Zahlen eigentlich im Hinblick auf einen längerfristigen Zeithorizont gelten können.¹⁷⁷ Wie zu sehen ist, hängen die Ergebnisse hochgradig von der fiskalischen Situation im Basisjahr ab und mehr oder weniger willkürlich festgesetzten Annahmen über die zukünftige Entwicklung (vgl. auch Bach 2010: 6). Bereits kleine kon-

¹⁷⁵ Feist und Raffelhüschen (2000: 447) stellen eine Variation der Nachhaltigkeitslücke zwischen 58 und 427 Prozent des BIP fest, je nachdem ob, wie bei der ersten Zahl, ein Produktivitätswachstum von 1,5 Prozent und eine Diskontrate von 4 Prozent unterstellt wird oder ob ein Produktivitätswachstum von 0,5 Prozent und eine Diskontrate von 2 Prozent unterstellt wird, wie bei der zweiten Zahl.

¹⁷⁶ An anderer Stelle ist von einer Nachhaltigkeitslücke von 323,7 Prozent des BIP im Jahr 2004 die Rede (Hagist et al. 2006: 5). Zur ihrer Schließung wären Abgabenerhöhungen in Höhe zwischen 14,4 und 14,9 Prozent bzw. Transfersenkungen von 12,5 Prozent nötig.

¹⁷⁷ Die Rente mit 67 und der Nachholfaktor reduzieren die Nachhaltigkeitslücke in der GRV von 144,6 auf 119,2 Prozent (Hagist et al. 2007: 9). Bei dieser Berechnung wurde allerdings der gesetzlich festgelegte Spielraum für Beitragssatzerhöhungen bis 22 Prozent ab 2020 nicht ausgeschöpft, sondern von einem konstanten Beitragssatz in Höhe von 19,9 Prozent ausgegangen. Legt man ein Renteneintrittsalter von 67 und einen Beitragssatz von 22 Prozent zugrunde, beträgt die Nachhaltigkeitslücke 46,2 Prozent des BIP (Hagist et al. 2006: 7f)

junkturelle Abweichungen, etwa bei der Arbeitslosenquote, können dadurch zu massiven Verschiebungen bei den impliziten Schulden führen. Dieses Problem wiegt insbesondere deshalb schwer, weil es die Intention der Generationenbilanz ist, gerade die langfristigen strukturellen Defizite und nicht Effekte kurzfristiger konjunktureller Schwankungen abzubilden. Tatsächlich würden aber in Generationenbilanzen kurzfristig veränderliche konjunkturelle und institutionelle Gegebenheiten als quasi statisch angenommen und langfristig extrapoliert, so die Kritik (Diamond 1996: 602; Haveman 1994: 99). Die Generationenbilanzen verdeutlichen deshalb, dass viele Finanzierungsprobleme der GRV eher durch kurzfristige konjunkturelle Problemlagen auf dem Arbeitsmarkt verursacht werden und weniger durch die demografische Entwicklung.

Wie der Sachverständigenrat selbst einräumt, sind die absoluten Größen der Tragfähigkeitslücken nicht sehr aussagekräftig, da sie äußerst sensitiv auf die Annahmen zu Wachstumsraten und Zinssätzen reagieren. Dies gelte aber nicht für relative Änderungen der Nachhaltigkeitslücken als Folge politischer Maßnahmen, weshalb sie zur Beurteilung alternativer Reformoptionen gut geeignet seien (Sachverständigenrat 2003: 283).

Davon unabhängig besteht ein weiterer Kritikpunkt in der unzureichenden Differenzierung zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben bei der Berechnung der impliziten Schulden. Schuldenfinanzierte Investitionen in der Berechnung der Nachhaltigkeitslücke als Belastung zu berücksichtigen, widerspricht der eigentlichen Zielsetzung der Generationenbilanz, da von diesen Investitionen maßgeblich spätere Kohorten profitieren. Unter dem Gesichtspunkt intergenerationaler Gerechtigkeit ist es sogar geboten Investitionen, von denen in erster Linie spätere Kohorten profitieren, über Schulden zu finanzieren, um die „Profiteure“ an den Kosten zu beteiligen. Diesbezüglich wäre eine qualitative Bewertung vonnöten, in welche Bereiche investiert wird. Nicht eine „Schuldenminimierung“ wäre angemessen – wie von der Generationenbilanz suggeriert – sondern eine „Schuldenoptimierung“ (Barr 2002: 14). So erhöhen Bildungs- und Forschungsausgaben zwar explizite und implizite Schulden auf kurze Sicht, dürften langfristig jedoch das Produktivitätsniveau steigern und damit die Verschuldung reduzieren. Diese Dynamik wird durch die Generationenbilanz jedoch nicht erfasst, sie bleibt eine statische Extrapolation der fiskalischen Situation im Basisjahr.

Neben dem Humankapitalbestand und Humankapitalinvestitionen findet das volkswirtschaftliche Nettoanlagevermögen, also die Aktiva, ebenfalls keine Beachtung auf der Haben-seite in der Generationenbilanz; die Infrastruktur kann schließlich noch von nachfolgenden Generationen genutzt werden (vgl. Hauser 2007: 155-165; Lampert und Althammer 2004:

283). Berücksichtigt man solche Vermögensbestände, so wird aus der negativen „Nachhaltigkeitslücke“ eine positive „Generationenerbschaft“ in Höhe von etwa 300 Prozent des BIP im Jahr 2030 (Hauser 2007: 163ff). Diese Erbschaft falle auch größer aus als die Erbschaft, die die jetzt alte Generation von ihrer Vorgängergeneration erhalten habe. Laut Bach (2010: 8) haben Schulden und Vermögensbestände des Staates in etwa die gleiche Größenordnung. Im Jahr 2009 lagen die expliziten Schulden des Staates bei 75 Prozent des BIP, während die Vermögensbestände des Staates einen Gegenwert von etwa 80 Prozent des BIP aufwiesen. Allerdings sind die Vermögensbestände des Staates seit Beginn der 90er Jahre tendenziell gesunken, während die privaten Vermögensbestände gestiegen sind. Das Nettovermögen der privaten Haushalte belief sich im Jahr 2009 auf etwa 405 Prozent des BIP (Bach 2010: 7). Bei einer generationenspezifischen Betrachtung sollte zudem nicht vernachlässigt werden, dass der staatlichen Verschuldung in der Regel private Forderungen (z. B. Staatsanleihen) in gleicher Größe gegenüber stehen, sofern diese Verschuldung im Inland finanziert wurde. Ein Aspekt, der in der Generationenbilanz ausgeklammert wird und eher auf ein intragenerationales Verteilungsproblem verweist.

Weitere konzeptionelle Kritik bezieht sich auf das Lebenszyklus-Konzept, das den Generationenbilanzen zugrunde liegt. Alle Leistungen und Beiträge, die ein Individuum im Lebensverlauf durch den Staat erhält bzw. an diesen abführt, werden saldiert. Dadurch werden ausschließlich die Zahlungsströme zwischen Generationen innerhalb des staatlichen Transfersystems berücksichtigt, private Inter-Vivos-Transfers und Vermächtnisse von Alten zu Jungen dagegen ausgeklammert (vgl. Raffelhüschen 1999b: 25). Die Zahlungsströme von Jungen zu Alten sind somit systematisch überrepräsentiert. Man könnte stattdessen aber annehmen, dass die im staatlichen System angehäuften Schulden, mit denen die nachfolgenden Generationen belastet werden, durch private Inter-Vivos-Transfers ausgeglichen werden (Kohli 2002, 2006). Mit anderen Worten, das Geld, das der Staat von Jungen zu Alten transferiert, fließt von diesen im privaten Kontext wieder zurück an die Jüngeren, wenn es nicht benötigt wird. Die nachfolgenden Generationen würden zudem von dem vererbten Geld- und Realkapital wie zum Beispiel Immobilien profitieren (Schmähl 2007: 150).

Diesbezüglich ist zur Verteidigung der Generationenbilanzierung allerdings einzuwenden, dass die Wahrscheinlichkeit zu erben, genauso wie die Vererbungs- und Schenkungsmotivation individuell unterschiedlich ausgeprägt ist und sich außerdem kein Rechtsanspruch auf ein Vermächtnis oder Schenkungen zu Lebzeiten ableiten lässt. Insofern sind solche Transfers eher Akte intergenerationeller Solidarität, die zudem patriarchale Abhängigkeitsverhältnisse

konstituieren können. Nicht zu vergessen ist, dass Erbschaften in aller Regel erst relativ spät im Leben eintreten, während der höchste Bedarf bei den Empfängern in der Ausbildungs- und Familiengründungsphase vorliegt.¹⁷⁸

Die Generationenbilanz möchte dagegen gerade die staatlichen institutionellen Regelungen mit rechtsverbindlichem Charakter untersuchen, die unabhängig sind von den persönlichen familiären Konstellationen. Die Nicht-Berücksichtigung von Inter-Vivos-Transfers erscheint von daher sinnvoll, auch wenn damit nur ein Ausschnitt aus der Gesamtheit intergenerationaler Zusammenhänge Beachtung findet. Des Weiteren gibt es empirische Hinweise dafür, dass das Konsumniveau der Abkömmlinge, kontrolliert man deren eigene Einkommen, weitgehend unabhängig von den Ressourcen der älteren Verwandten ist. D. h. von den staatlichen Transferleistungen wird der größte Teil nicht von den Rentnern und Pensionären weitergegeben, und die in der Generationenbilanz angenommene Saldierung generationenspezifischer Ausgaben und Einnahmen im Lebensverlauf erscheint näherungsweise den tatsächlichen Transferströmen zu entsprechen (Altonji et al. 1992: 1196).

Grundsätzlich zu würdigen an der Generationenbilanz ist der Versuch, die Lücken in der herkömmlichen Darstellung staatlicher Haushalte im Hinblick auf zukünftige, aber nicht verbrieft Verpflichtungen zu beheben. Auch den Einwand der unzureichenden Differenzierung zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben kann man bei einer rein auf die GRV fokussierten Betrachtung möglicherweise außen vor lassen. Man sollte jedoch nicht vergessen, dass späteren Generationen auch ein höheres Produktionspotential überlassen wird, von dem die GRV über höhere Beitragseinnahmen indirekt profitiert. An der grundsätzlichen Aussage der Generationenbilanz, dass das gegenwärtige Ausgabenniveau auf Dauer schwierig zu finanzieren sein dürfte, wenn die Erwerbsbeteiligung und das Produktivitätswachstum nicht höher ausfallen als zuletzt, ist kaum zu zweifeln. Diese Größen sind aber nicht in Stein gemeißelt. Die genaue Quantifizierung der Nachhaltigkeitslücke ist insgesamt folglich mit einer Reihe konzeptioneller Schwächen, fragwürdiger Annahmen und technischer Probleme behaftet, so dass die Substantialität der daraus gezogenen politischen Schlussfolgerungen mit Skepsis betrachtet werden sollte. Dies steht jedoch in einem bemerkenswerten Gegensatz zur überaus aktiven Politikberatungstätigkeit und der Verve, mit der die Anwender der Generationenbilanz ihre politischen Schlussfolgerungen propagieren.

¹⁷⁸ Priddat (2007: 152) weist darauf hin, dass in 63 Prozent der Erbfälle die Erben älter als 40 Jahre sind.

Tatsächlich wird die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Anwender der Generationenbilanzierung von Nichtregierungsorganisationen wie Lobbycontrol angezweifelt.¹⁷⁹ Raffelhüschen – der in Deutschland prominenteste Vertreter dieses Instruments – ist ein häufiger Talkshow-Gast, der in seiner Rolle als Hochschulprofessor auf Basis der Generationenbilanzen den Ausbau der privaten Vorsorge anmahnt. Dabei bleibt zumeist verborgen, dass sein Freiburger Forschungszentrum Generationenverträge (FZG) durch die private Versicherungswirtschaft und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) kofinanziert wird. Die INSM ist ihrem Selbstverständnis nach eine neoliberale Lobby-Plattform und steht wegen der aggressiven Platzierung eigener „Experten“ in den Medien und der damit einhergehenden Vermischung von Journalismus und PR in der Kritik (Nuernbergk 2006). Vor diesem Hintergrund und aufgrund der zahlreichen Nebentätigkeiten Raffelhüschens für die private Versicherungswirtschaft können Interessenkonflikte hinsichtlich der Ergebnisse der Generationenbilanzierung und ihrer Interpretation nicht ausgeschlossen werden.¹⁸⁰ Besonders irritiert dabei die wiederkehrende Schlussfolgerung Raffelhüschens, die privaten Vorsorgeanstrengungen müssten erhöht werden, da Ausgabensenkungen in der GRV unvermeidlich seien. Vorausgesetzt wird hierbei, dass es neben Beitragssatzsteigerungen keine anderen Finanzierungsquellen für die GRV gebe und diese aufgrund ihrer negativen beschäftigungspolitischen Effekte grundsätzlich zu vermeiden sind. Logisch ist eine Ausgabensenkung in der GRV aber keineswegs zwingend aus der Generationenbilanz abzuleiten. Die Generationenbilanz ist normativ völlig unspezifisch hinsichtlich der Frage, ob diese einnahmeseitig oder ausgabenseitig ausgeglichen werden sollte, ob also Rentner oder Beitragszahler belastet werden sollten. Möchte man die Nachhaltigkeitslücke reduzieren, könnte außerdem ebenso gut systemexogen auf andere Steuereinnahmen, wie z. B. höhere Konsum- oder Vermögenssteuern zurückgegriffen werden, die den Faktor Arbeit nicht belasten. Insbesondere die Erhöhung des Erbschaftssteueraufkommens würde einer gewissen Logik nicht entbehren, da das Schulden-

¹⁷⁹ <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2007/01/zdf-themenschwerpunkt-demographie-als-buhne-der-lobbyisten/>; Zugriff 10. 9. 2010.

¹⁸⁰ Raffelhüschen selbst sitzt im Aufsichtsrat der ERGO-Versicherungsgruppe. Zahlreiche Nebentätigkeiten für private Versicherungsunternehmen sind bekannt (z. B. Victoria Versicherungen, MLP, siehe auch Raffelhüschen und Ehrentraut 2007). Zu den Sponsoren des Trägervereins des FZG gehören unter anderem HDI-Gerling, die Münchner Rück oder der Verband der privaten Krankenversicherung e. V. sowie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (<http://www.vwl.uni-freiburg.de/fakultaet/fiwi/fzg/verein/sponsoren.html>; Zugriff 6. 9. 2010; <http://www.insm.de/in-sm/ueber-die-in-sm/Ziele-der-Initiative.html>; Zugriff 6. 9. 2010). Diese für die ökonomische Politikberatung typischen Interessenkonflikte stellen ein wissenschaftspolitisch keineswegs vernachlässigbares Problem dar, wie neue Untersuchungen zu Verflechtungen von Wirtschaftswissenschaft und Privatwirtschaft in den USA belegen. Gerald Epstein stellt fest, solche Netzwerkstrukturen hätten im Vorlauf der Finanzkrise eine effiziente Kapitalmarktregulierung verhindert.

wachstum des Staates in den 90er Jahren durch einen Anstieg der privaten Vermögensbestände überkompensiert wurde (Bach 2010: 8). Insofern geht es bei der wachsenden Staatsverschuldung weniger um ein intergenerationales, als um ein intragenerationales Verteilungsproblem.

5.1.3 Implizite Renditen

Bei sog. impliziten Renditen handelt es sich um ein den Generationenbilanzen ähnliches Konzept.¹⁸¹ Die implizite Rendite für einen Jahrgang ist definiert als der Zinssatz bei dem der Barwert aller Einzahlungen und aller erhaltenen Leistungen eines repräsentativen Mitglieds der GRV gerade null ist. Die Gleichheit impliziter Renditen für verschiedene Kohorten wurde in der Vergangenheit vom Sachverständigenrat als „Maßstab für die intergenerative Gerechtigkeit in der Rentenversicherung“ herangezogen (Sachverständigenrat 2003: 220). Bei impliziten Renditen wird also das jeweilige Verhältnis von Beiträgen und Leistungen aus der GRV für unterschiedliche Geburtsjahrgänge verglichen.¹⁸² Ob sich diese Größe tatsächlich zur Messung von Generationengerechtigkeit eignet, ist freilich zu bezweifeln, da hier im Großen und Ganzen die gleichen Einwände gelten wie für die Generationenbilanz. Forscher, die mit impliziten Renditen arbeiten, äußern diesen normativen Anspruch zumindest nicht mehr ausdrücklich – stellen ihre Ergebnisse aber nach wie vor in einem Gerechtigkeitskontext dar (vgl. z. B. Börsch-Supan 2010). Ohne Zweifel können implizite Renditen aber, genauso wie Generationenbilanzen, Auswirkungen von Veränderungen im System der GRV auf die kohortenspezifischen Zahlungsströme sichtbar machen (Bomsdorf 2004: 89).

Dies kann am Beispiel der Einführung der „Rente mit 67“ verdeutlicht werden (Abbildung 9): So ergeben sich durch die spätere Regelaltersgrenze für die alten Jahrgänge keine, für die jungen Jahrgänge¹⁸³ geringe und für die mittleren Jahrgänge starke Renditesenkungen, da Letztere kaum von der Begrenzung des Beitragssatzanstiegs profitieren, für sie aber dennoch

¹⁸¹ „Die implizite Rendite einer Generation in der gesetzlichen Rentenversicherung ist hierbei die Rendite, bei der der Barwert aller Einzahlungen einer Generation in das System gleich dem Barwert aller erhaltenen Leistungen dieser Generation aus dem System entspricht. Diese Größe eignet sich zum Vergleich der Rendite verschiedener Geburtsjahrgänge und vor allem auch zur Messung von Auswirkungen der Veränderung im System aber kaum zur Messung von Generationengerechtigkeit.“ (Bomsdorf 2004: 89)

¹⁸² Häufig wird dabei eine Unterteilung in die Jungen (bis 35 Jahre), die Mittelalten (über 35) und die aktuellen Rentner vorgenommen.

¹⁸³ Bei den jungen Jahrgängen erwartet die Rürup-Kommission (2003: 109) erstmals für die Mitte der 90er Jahre geborenen Kohorten Renditeverbesserungen durch die Reformen.

das neue Renteneintrittsalter von 67 Jahren gilt (Sachverständigenrat 2003: 222). Dieser Renditeverlust ist um den Jahrgang 1965, also für die „Babyboomer“, am größten. Allerdings bleibt für die Jüngeren abzuwarten, ob es nicht in Zukunft noch zu weiteren Anpassungen des Renteneintrittsalters nach oben kommen wird. Die Benachteiligung der mittleren Generation gegenüber den Bestandsrentnern, ließe sich dagegen nur durch Rentenkürzungen beheben, was als politisch unrealistisch zu betrachten ist und unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes rechtlich problematisch wäre.

Es ergibt sich also durch die „Rente mit 67“ eine intergenerative Umverteilung von den mittleren Kohorten zu den älteren Kohorten, da deren längere Rentenbezugsdauer finanziert wird und eine „Umverteilung“ zu den jüngeren Kohorten, da diese im Vergleich zum Status quo ante bei den Beiträgen nicht stärker belastet werden. Der Sachverständigenrat spricht daher auch von einer „Sandwichgeneration“ (Sachverständigenrat 2006: 249). Insgesamt kommt der Sachverständigenrat zu dem etwas widersprüchlichen Schluss, dass durch die Anhebung des Renteneintrittsalters zwar die langfristige Finanzierbarkeit, mit anderen Worten also die Nachhaltigkeit, der Renten verbessert, die intergenerative Ungleichbehandlung gemessen an den impliziten Renditen aber zugleich erhöht werde (Sachverständigenrat 2003: 224). Die „Rente mit 67“ macht also die GRV nachhaltiger, aber im Sinne der impliziten Renditen weniger „generationengerecht“. Um dieses Missverhältnis auszugleichen, wären einerseits Rentenkürzungen bei den Bestandsrentnern und weitere Anhebungen des Renteneintrittsalters bei den Jüngeren notwendig.¹⁸⁴

¹⁸⁴ Ein weiteres verwandtes Konzept ist die sog. implizite Einkommenssteuer (Sachverständigenrat 2006: 270-275). Bei diesem Messkonzept wird die Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung mit der kapitalgedeckter Vorsorgeprodukte verglichen. Während bei den Kapitalprodukten ein Steuersatz von null angenommen wird, ergeben sich in der GRV entsprechend höhere Steuersätze, wenn die Barwerte der Beiträge höher sind als die Barwerte der Rentenzahlungen (Rürup-Kommission 2003: 47; Thum und Weizsäcker 2000). Da für dieses Messkonzept im Großen und Ganzen dieselben Argumente wie für implizite Renditen gelten, wird an dieser Stelle nicht weiter darauf eingegangen.

Abbildung 9: Implizite Renditen in der GRV laut Sachverständigenrat

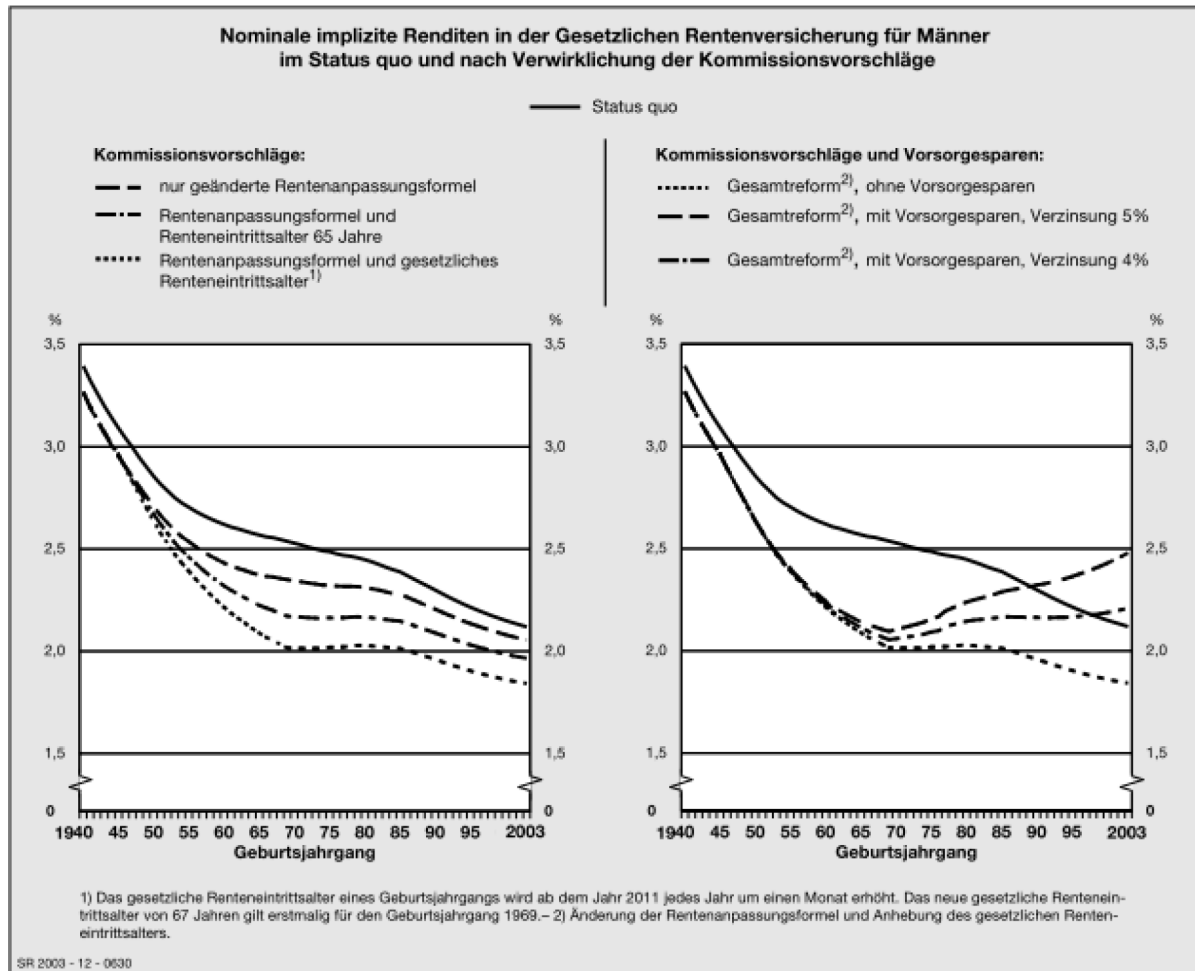


Abbildung übernommen aus Sachverständigenrat (2003: 229)

Kritik an impliziten Renditen

Wie die Generationenbilanz ist auch die Berechnung impliziter Renditen stark von den getroffenen Annahmen etwa hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, der Entwicklung der Beitragssätze in anderen Zweigen der Sozialversicherung oder der Berücksichtigung von Hinterbliebenenrenten abhängig.¹⁸⁵ Es gelten also viele der Kritikpunkte, die bereits im vorherigen Abschnitt zur Generationenbilanz genannt wurden. Daneben gibt es noch weitere konzeptionelle Einwände:

Implizite Renditen fallen für spezifische Angehörige einer Kohorte sehr unterschiedlich aus. So sind die impliziten Renditen im Durchschnitt für Frauen, aufgrund ihrer etwa vier Jahre längeren Lebenserwartung, immer größer als für Männer (Sachverständigenrat 2003:

¹⁸⁵ So ging die Rürup-Kommission von etwa 3,8 Millionen Arbeitslosen im Jahr 2010 aus (Sachverständigenrat 2003: 219). Tatsächlich überstieg die Zahl der Arbeitslosen trotz Wirtschafts- und Finanzkrise nicht die Grenze von 3,7 Millionen auf ihrem Höhepunkt im Februar 2010 und sank bis Oktober sogar auf knapp 3 Millionen.

22; Schmähl et al. 2003: 51f). Renditeunterschiede liegen also schon immer in der GRV vor und stellen das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen dar, die traditionell nicht als Gerechtigkeitsproblem betrachtet wurden, sondern als Bestandteil eines Versicherungsimmanenten Lastenausgleichs.¹⁸⁶ Intergenerationale Renditeunterschiede könnte man mit dem gleichen Argument legitimieren. Es wäre in diesem Zusammenhang empirisch zu klären, inwiefern diese fehlende Anerkennung als Gerechtigkeitsproblem in der Bevölkerung für generationenspezifische Renditeunterschiede ebenfalls zutrifft. Barr und Diamond (2009: 13) stehen einer Fokussierung auf aktuarische Ausgeglichenheit in Rentensystemen skeptisch gegenüber und bezeichnen dies als „Tunnel Vision“, weil damit andere Ziele der Altersvorsorge, wie Armutsvermeidung ausgeklammert würden. Umverteilungselemente von einem Sicherungssystem (z. B. der GRV) in ein anderes (z. B. der Sozialhilfe) zu transferieren, bringe keinen Effizienzgewinn.

Weiter sähen die kohortenspezifischen Renditevergleiche anders aus, würde man die Arbeitszeit zum Erwerb eines Entgeltpunkt berücksichtigen. Diese ist in einem Zeitraum von rund 40 Jahren um ein Viertel gesunken (Deutscher Bundestag 2002: 51; Dombois 1999: 16; Schmähl 2007: 147f). Die im Zeitverlauf gesunkene Rendite in der GRV spiegelt das Produktivitätswachstum also nicht in adäquater Weise wieder. Problematisch ist auch der gelegentlich in den Medien vorgenommene Vergleich zwischen impliziten Renditen und den erwarteten Renditen privatwirtschaftlich organisierter kapitalgedeckter Rentenversicherungen, da in diesen, anders als in der GRV, Erwerbsunfähigkeitsrenten, Hinterbliebenenrenten und Rehabilitationsleistungen nicht zum Standardleistungskatalog gehören.

Hinzuzufügen wäre schließlich, dass die Renditen der ersten Rentenjahrgänge in umlagefinanzierten Systemen aufgrund des „Einführungsgeschenks“ – die erste Generation erhält Renten, obwohl sie nie eingezahlt hat – prinzipiell nie wieder erreicht werden können, und im Zeitverlauf zwangsläufig sinken müssen (Orszag und Stiglitz 1999: 19).¹⁸⁷ Mit anderen Worten: die Rendite der ersten Rentnergeneration in einem umlagefinanzierten System ist unendlich, sinkende Renditen in Umlagesystemen damit systemimmanent und politisch intendiert.

¹⁸⁶ Solche Unterschiede liegen z. B. für Männer und Frauen im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Inanspruchnahme von Witwenrenten vor, aufgrund unterschiedlicher Erwerbsbeteiligung, aber auch für Angehörige unterschiedlicher Schichten wegen abweichender Lebenserwartungen. Diese Problematik wäre gering einzuschätzen, wenn es bei impliziten Renditen in erster Linie um den Vergleich der Kohorteneffekte unter ceteris-paribus-Bedingungen ginge. Praktisch werden jedoch Kohortenaggregate verglichen. Sind die Kohorten sozialstrukturell unterschiedlich zusammengesetzt, etwa aufgrund höherer Frauenerwerbsbeteiligung, ist ein direkter Vergleich problematisch, da Kompositionseffekte aus der Sozialstruktur der Kohorte Effekte der institutionellen Struktur der Alterssicherung überdecken können.

¹⁸⁷ Dies wurde bereits von Paul A. Samuelson aufgezeigt.

Das Generational-Equity-Kriterium ist folglich in umlagefinanzierten Systemen per Definitionem verletzt und verhältnismäßig niedrige implizite Renditen gerade ein Zeichen „reifer“ Umlagesysteme.

In der Gesamtschau zeigt vor allem der Widerspruch zwischen dem Prinzip der nachhaltigen Finanzierbarkeit, das in erster Linie Rentenkürzungen bei den mittleren Kohorten erfordert und der Gleichheit impliziter Renditen, welches Rentenkürzungen bei den ältesten Kohorten notwendig machen würde, dass das Konzept der intergenerativen Gerechtigkeit nicht stringent angewendet wird, sondern tatsächlich arbeitsmarktpolitische Überlegungen im Vordergrund stehen. Die Beitragssätze sollen nicht steigen, damit sich der Faktor Arbeit nicht verteuert.¹⁸⁸ Darin wird einmal mehr deutlich, wie bei institutionellen Verteilungsprozessen Gerechtigkeitserwägungen „systemfremde“ Anforderungen darstellen, auf die von den entscheidenden Akteuren – Politikern, öffentlicher Verwaltung, Politikberatung – nur instrumentell zurückgegriffen wird, um nach anderen Kriterien getroffene Entscheidungen ex post zu legitimieren (Liebig 2004: 5; Schmidt 2000).

5.1.4 Taugt Generational Equity als Maßstab der Generationengerechtigkeit?

Die Konzeption von Generationengerechtigkeit als *Generational Equity* ist umstritten, wie in den vorherigen Abschnitten dargestellt wurde (vgl. u. a. Bomsdorf 2004: 89; Feist und Raffelhüschen 2000; Orszag und Stiglitz 1999). Die Kritiker bemängeln, dass die gesetzliche Rentenversicherung nur einer von vielen gesellschaftlichen Bereichen ist,¹⁸⁹ in denen Austauschbeziehungen zwischen Generationen vorliegen (Kohli 2002), dass das für die Zukunft, infolge des Produktivitätsfortschritts, durchschnittlich erwartbar höhere Wohlstandsniveau unberücksichtigt bleibe (Schmähl 2004: 77) oder dass implizite Renditen für spezifische Gruppierungen innerhalb einer Generation stark variieren können. Kohli (2006) weist darauf

¹⁸⁸ Anzumerken wäre noch, dass sich die Entlastung des Faktors Arbeit gerechtigkeits-theoretisch leichter mit Rawls' Maximin-Prinzip und einem intergenerationalen Chancengleichheitsgebot als mit dem Konzept der impliziten Renditen rechtfertigen ließe: Die Arbeitsmarktchancen, der jetzigen Erwerbsgeneration sollen nicht unter ein bestimmtes Niveau fallen, weshalb der Anstieg der Lohnnebenkosten begrenzt werden muss. Die Teilhabe am Arbeitsmarkt und damit auch die Absicherung in der GRV ständen ansonsten nur Personen offen, die ein bestimmtes Produktivitätsniveau überschreiten.

¹⁸⁹ Im familialen Bereich wären finanzielle Unterstützung, Betreuung und Erbschaften zu nennen, auf staatlicher Ebene steuerfinanzierte Bildungsangebote oder die Infrastruktur, die von Alten zu Jungen transferiert werden (Blome et al 2008: 43). Bei den Generational-Equity-Ansätzen besteht die Gefahr intergenerationale Zahlungsströme unzureichend und nur in eine Richtung zu erfassen.

hin, dass lebensstandardsichernde Renten auch eine wichtige Entlastungsfunktion für die erwerbstätige Bevölkerung hätten, da dann keine finanziellen Transfers von Jungen zu Alten im familialen Kontext notwendig wären. Und Schokkaert und Van Parijs (2003: 252) schreiben bezüglich der Generationenbilanzierung sehr eindeutig:

„Such accounting exercises give useful insights, but as a theory of justice this approach is a non-starter. It concentrates exclusively on the intercohort transfers through the government budget. It neglects the crucial problem of intracohort distribution”

Generationenbilanzen und implizite Renditen vernebeln damit eher die Gerechtigkeitsproblematik in der GRV, als dass sie diese erhellen, denn sie stellen die Ungleichheit zwischen Generationen im Durchschnitt in den Vordergrund. Das eigentliche Problem sei aber die Ungleichheit zwischen Generationen hinsichtlich der Varianz – also der im Zeitverlauf zunehmenden Ungleichheit der Alterseinkommen innerhalb einer Generation (Bäcker 2004; Schmähl 2007: 150). So wurde in den Minderheitenvoten der Rürup-Kommission (2003: 139) darauf hingewiesen, dass die von der Mehrheit der Kommissionmitglieder favorisierten Gerechtigkeitskonzepte (implizite Renditen & Generationenbilanzen) die zunehmende „Pluralisierung der Erwerbsbiografien“ vernachlässigen würden, und damit im Widerspruch zum Auftrag der Bundesregierung stehen. Des Weiteren werden in der Generational-Equity-Betrachtungsweise intendierte und gerechtigkeitsrelevante Umverteilungseffekte der GRV systematisch ausgeblendet, die sich beispielsweise auf die Verhinderung von Altersarmut richten.

Neben diesen Überlegungen hinsichtlich der Frage, welche Ungleichheitsdimensionen eigentlich gerechtigkeitsrelevant sind, sei eine weitere kritische Anmerkung mit Verweis auf die empirisch fundierte Gerechtigkeitspsychologie gestattet: Zwar gelten Equity-Konzeptionen von Gerechtigkeit bei lokalen interpersonalen Vergleichsprozessen als empirisch gut bestätigt und anerkannt – Abweichungen von der Proportionalitätsregel führen demnach in direkten Austauschbeziehungen zu Ungerechtigkeitsempfindungen (Adams 1966; Homans 1976; Walster et al. 1976) – auf gesellschaftliche Austauschbeziehungen auf der Makroebene ist dies jedoch nicht ohne Weiteres übertragbar. In einem späteren Abschnitt wird noch ausführlicher auf diese Problematik einzugehen sein (siehe S. 238ff).¹⁹⁰ Bei der

¹⁹⁰ Equity-Konzeptionen postulieren proportionale Gleichheit von Inputs und Outcomes zweier Individuen als allgemeingültigen Gerechtigkeitsstandard. Diese Konzeption ist in interpersonalen Austauschbeziehungen häufig eindeutig. Abseits interpersonaler Austauschbeziehungen ist die Theorie aber zu unspezifisch. Kritisch äußern

Generationenbilanzierung werde das Equitykonzept aber als normative Annahme implizit vorausgesetzt (Schokkaert und Van Parijs 2003: 252ff). Wähle man einen anderen normativen Standpunkt, wie z. B. Rawls' Maximin-Prinzip, seien Unterschiede zwischen den Generationen in den impliziten Renditen vollkommen unproblematisch, solange sie die Situation der am schlechtesten gestellten verbessern. Zunehmende Renditedifferentiale in der Generationenabfolge hätten somit den Charakter einer Steuer, mit der andere sozialpolitische Bedarfe gedeckt werden – wie etwa die Einführung des Umlagesystems nach dem Krieg, um der Altersarmut zu begegnen. In diesem Sinn spiegeln die gesunkenen Renditen im Umlagesystem eine Beteiligung heutiger Generationen an den Kosten des zweiten Weltkriegs, der Großen Depression und der Hyperinflation wieder oder in jüngerer Zeit an der Wiedervereinigung. Die Abwesenheit von Renditeunterschieden in der GRV wäre somit gerade das Gegenteil von intergenerationaler Gerechtigkeit, weil damit die Möglichkeit eines intertemporalen Risikoausgleichs zwischen Generationen negiert würde.

Aufgrund der Kritik ist man deshalb in der Politikberatung dazu übergegangen, die Gleichheit impliziter Renditen nicht mehr als absoluten Gerechtigkeitsmaßstab zu betrachten, sondern Veränderungen dieser Renditen heranzuziehen, um zu einer Evaluation der intergenerativen Verteilungswirkungen einzelner Reformmaßnahmen vis-à-vis dem Status quo zu gelangen. Implizite Renditen dienen somit als Indikator, ob eine Reform eine bestimmte „Generation“ im Vergleich zum Status quo tendenziell entlastet oder belastet (Bomsdorf 2004: 89). Generationenbilanzen und implizite Renditen geben auf diese Weise wichtige Anhaltspunkte über kohortenspezifische Verteilungswirkungen einzelner Reformmaßnahmen, können Generationengerechtigkeit aber weder konzeptionell noch analytisch vollständig erfassen.

Unter dem Eindruck der Kritik hat sich in der wissenschaftlichen Politikberatung zudem eine Art Konsens über generationale Gerechtigkeit etabliert, der stärker an der Musgrave-Regel (vgl. S. 61ff) angelehnt ist, und nur im weiteren Sinn einer Equity-Konzeption entspricht. Er beruht darauf, dass die Konsequenzen der demografischen Entwicklung nicht von einer bestimmten Geburtskohorte allein zu tragen seien, sondern möglichst gleichmäßig auf alle Generationen verteilt werden sollten.¹⁹¹ Hiermit ist die Annahme verbunden, die erwerbstätige Bevölkerung müsste bei einer Beibehaltung der althergebrachten ausgabeorientierten

sich hinsichtlich des universellen Anspruchs der Equity-Theorie auch die Vertreter sog. Mehrprinzipienansätze (Deutsch 1975; Schwinger 1980).

¹⁹¹ Ähnlich Karl Schillers Ansicht, dass eine rationale Wirtschaftspolitik dafür sorgen muss, die Kosten der Anpassung gleichmäßig auf die beteiligten Gruppen zu verteilen.

Einnahmepolitik in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) die Belastungen des demografischen Wandels alleine tragen und würde durch hohe Sozialabgaben besserer Beschäftigungschancen beraubt, wodurch das Wohlfahrtsniveau insgesamt auch für die Älteren sinke. Stattdessen müssen die weiteren Belastungen der jüngeren Generationen durch die demografische Entwicklung eingeschränkt werden, während die Älteren relativ zum Lohnniveau Verluste hinnehmen müssen, wobei aber gleichzeitig darauf zu achten ist, dass das Rentenniveau nicht unter das sozio-kulturelle Existenzminimum absinkt und die Bestandsrentner nur moderate Verluste hinnehmen müssen. Implizit wird also das Bedarfsprinzip mitberücksichtigt. Private kapitalgedeckte Vorsorge spielt dabei eine lediglich ergänzende Rolle zur Abmilderung dieser Verluste und zur Risikostreuung, da eine stärkere Kapitalfundierung die jetzt aktive Generation doppelt belasten würde.

Auch wenn man dieser Sichtweise sowohl unter ökonomischen Gesichtspunkten als auch unter normativ theoretischen Gesichtspunkten etwas abzugewinnen vermag, verengt sie doch das Blickfeld etwas, denn ein Teil der Probleme der GRV ist nicht allein auf die Demografie zurückzuführen, sondern auf Verschiebungen der Machtverhältnisse, weg vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Kapital. Welche Erklärungen dafür herangezogen werden können, sei zunächst dahingestellt. Es ist aber kaum zu bestreiten, dass sich die vergleichsweise stark wachsenden Gewinneinkommen der letzten beiden Jahrzehnte, bei real stagnierenden oder sogar sinkenden Arbeitseinkommen, auch auf die Renditeerwartungen in kapitalfundierte und umlagefinanzierten Sicherungssystemen ausgewirkt haben (vgl. Braun et al. 2011; Brenke 2011: 7). Hinter dem Streit, ob nun die Renditen im Kapitaldeckungs- oder im Umlageverfahren größer seien, verbirgt sich also letztlich die Frage, welche Einkommensarten, ob Kapitalgewinne oder Arbeitseinkommen, schneller wachsen bzw. ob die Anbieter der Produktionsfaktoren, Kapital oder Arbeit, über größere Marktmacht verfügen. Die Förderung der privaten Vorsorge erscheint vor diesem Hintergrund eher eine Kur an den Symptomen als an den Ursachen. Die Arbeitnehmer durch größere Kapitalvorsorge an der Entwicklung der Gewinneinkommen zu beteiligen, stellt nur eine Möglichkeit dar, damit umzugehen, die andere bestünde darin, etwas an der Machtbalance zwischen Kapital und Arbeit zu ändern.

Allerdings ist durchaus umstritten, inwiefern die Ursachen dieser Machtverschiebung auf nationalstaatliche und damit institutionell prinzipiell veränderbare Prozesse bzw. Prozesse sozialer Schließung zurückgeführt werden können (Groß 2009). Denn Treiber dieser Entwicklung sind zum Teil globale Faktoren, wie deregulierte Kapitalmärkte und Freihandel sowie technische Entwicklungen und damit einhergehend höhere Qualifikationsanforderungen, die

in Deutschland als kapitalreiches, aber „arbeitsarmes“ Land zu einer relativen Verschiebung der Faktorpreise zu Ungunsten gering qualifizierter Arbeit geführt haben und daher unter Umständen kaum politisch beeinflussbar oder gar reversibel sind (Krugman und Obstfeld 2009: 106-111).¹⁹² Ob eine solche fatalistische Schlussfolgerung hinsichtlich der politischen Gestaltungsmöglichkeiten angemessen ist, bleibt jedoch fraglich, denn die Verlierer solcher Prozesse könnten immerhin durch entsprechende institutionelle Regelungen geschützt bzw. fiskalisch kompensiert werden. Außerdem sind die empirischen Belege für die Validität des sog. Faktorpreisausgleichstheorems nicht eindeutig, wie Krugman und Obstfeld (2009: 110) konstatieren. Nach dem Theorem müssten sich zudem die Einkommen aus Kapital und Arbeit bei unrestringiertem Außenhandel auf lange Sicht ausgleichen, so dass die Renditevorteile kapitalgedeckter Vorsorgeprodukte gegenüber dem Umlagesystem schmelzen würden.¹⁹³ Um Risiken optimal zu streuen, sei es aber in jedem Fall sinnvoll, beide Elemente zur Alterssicherung einzusetzen, da die Renditen auf Kapital und Humankapital auf lange Sicht negativ korreliert sind (Schokkaert und Van Parijs 2003: 253).

5.1.6 Vermögen und Inter-Vivos-Transfers

Im Zusammenhang mit dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist noch ein weiterer Aspekt von Bedeutung: Manche der Alten von morgen, werden möglicherweise auf niedrige Renten, aber große Erbschaften zurückgreifen können (vgl. Szydlis und Schupp 2004: 610). Es werden bei den Alterseinkünften Erben und Nicht-Erben gegenüberstehen. Dies stellt ein ganz anderes intergenerationales Gerechtigkeitsproblem dar als der Renditevergleich zwischen jungen und alten Kohorten.

¹⁹² Kennzeichnend ist im Zusammenhang mit dem sog. Faktorpreisausgleichstheorem bzw. Lerner-Samuelson-Theorem (Krugman und Obstfeld 2009: 106-124) der Rückgang der Einkommen gering qualifizierter Arbeitnehmer in Deutschland aufgrund des Angebots billiger Arbeit in Osteuropa und Asien. Es gibt allerdings nur wenige empirische Studien, die den Rückgang der Einkommen gering qualifizierter Arbeitnehmer tatsächlich auf den wachsenden Welthandel, also die Globalisierung zurückführen können, während in erster Linie der technische Fortschritt als Hauptursache identifiziert wird (Berthold und Thode 1998: 324). Dabei ist jedoch unklar, ob diese beiden Entwicklungen überhaupt analytisch trennbar sind.

¹⁹³ Andere Autoren, wie z. B. Epstein und Jayadev (2005: 46ff) verweisen unter dem Stichwort „Finanzialisierung“ darauf, dass die sog. Rentierseinkommen – gemeint sind Einkommen, die auf Zinsen von Kapitalmarktprodukten und Gewinnen von Finanzmarktanbietern basieren – global seit Anfang der 80er Jahre gestiegen seien. Der Rentiersklasse sei es seit Ende der 70er Jahre gelungen politisch an Macht zu gewinnen, Finanzmärkte zu deregulieren, Gewerkschaften zu schwächen sowie niedrige Inflationsraten und damit hohe reale Zinssätze durchzusetzen.

Entscheidend für den Lebensstandard im Alter sind neben den Renten aus der GRV die Vermögensbestände, die als Quelle von Kapitaleinkünften dienen oder in Form von Wohnimmobilien genutzt werden können. In dieser Hinsicht unterschieden sich die Rentner von heute sehr stark von früheren Kohorten. Von 1993 bis 2002 ist das Nettovermögen um rund 31 Prozent gestiegen (Kohli et al. 2006). Der seit Anfang der neunziger Jahre zu konstatierende Konzentrationsprozess bei den Vermögen – von 1993 bis 2003 stieg der Gini-Koeffizient von 0,62 auf 0,67 – ist nicht zuletzt auf die Zunahme des Anteils Älterer in der Bevölkerung zurückzuführen, die bereits mehr Zeit in ihrem Leben hatten, ein Vermögen aufzubauen (Lauterbach 2009: 123ff). In den nächsten 20 Jahren wird diese Nachkriegsgeneration in erheblichem Umfang Vermögensbestände vererben, die, historisch in Deutschland einmalig, von Krieg und Inflation unbeschadet sind. Die Rede ist deshalb auch von einer „Erb-schaftswelle“ (Szydlic und Schupp 2004). Jährlich werden etwa 36 Mrd. Euro vererbt, was 2 Prozent des BIP entspricht. Inklusive der Schenkungen belaufen sich die Transfers sogar auf 50 Mrd. Euro (Kohli et al. 2006: 74).¹⁹⁴ Eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) geht davon aus, dass 27 Prozent des gesamten Nettovermögens zwischen den Jahren 2011 und 2020 vererbt werden. Zwischen den Generationen soll das Gesamtvolumen der Vermächtnisse in diesem Zeitraum 1,741 Mrd. Euro betragen, wobei pro Erbfall im Durchschnitt 305.000 Euro und pro Erbe 153.000 Euro anfallen. Lässt man die oberen zwei Prozent der Erbfälle weg, blieben theoretisch immerhin noch 106.000 Euro für jeden Erben (Braun et al. 2011).

Die heutige Erwerbstätigengeneration darf also auf die Vererbung großer Vermögensbestände hoffen, die sie zudem im Schnitt mit einer geringeren Anzahl von Geschwistern teilen muss als die Generationen vor ihr. Man könnte argumentieren, dass die Erbschaften und Schenkungen die Einbußen bei den Renten und die Belastungen bei Sozialbeiträgen und privaten Vorsorgeanstrengungen kompensieren können (vgl. z. B. Blome et al. 2008: 320). Die Hoffnung, dass die stärkere Belastung jüngerer Kohorten mit dem Eintritt der Babyboomer ins Rentenalter durch Inter-Vivos-Transfers und Erbschaften ausgeglichen werden, vernachlässigt jedoch, dass dadurch die intragenerationale Ungleichheit verstärkt wird. Denn intergenerationale Übertragungen im familialen Transfersystem folgen dem Matthäus-Prinzip: „Wer hat, dem wird gegeben“. Davon profitieren, diejenigen mit höherer Bildung und höheren Einkommen sowie eher Westdeutsche als Ostdeutsche (vgl. Szydlic und Schupp 2004). Die

¹⁹⁴ Eine andere Schätzung geht von 130 Mrd. Euro jährlich aus (Bach und Bartholomai 2002).

Wahrscheinlichkeiten zu Erben und die Höhe der Übertragungen sind äußerst ungleich verteilt. Große Erbschaften erhalten in erster Linie diejenigen, die selbst über ausreichende Anwartschaften in der Gesetzlichen Rentenversicherung verfügen. Eine generationelle Betrachtung verleitet also in diesem Zusammenhang leichtfertig zu falschen Schlussfolgerungen. Die Ergebnisse von Kohli et al. (2006) zeigen zwar, dass sich die Vermögensungleichheit gesamtgesellschaftlich durch Erbschaften sogar geringfügig reduziert, wenn man relative Ungleichheitskonzepte¹⁹⁵ zugrunde legt, die Ungleichheit innerhalb der Erwerbstätigengeneration sich in absoluten Größen aber verstärkt: „Höhere soziale Schichten erfahren häufiger einen Vermögenszuwachs durch Erbschaften“ (Künemund und Vogel 2008: 229).¹⁹⁶ Der Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung liegt bei 0,67 im Jahr 2003, der der vererbten Vermögen sogar bei knapp über 0,7 (2001/2002), so dass von großen Erbschaften nur Wenige profitieren werden, während viele Erben geringe Erbschaften zu erwarten haben. Der Untersuchung von Kohli et al. (2006) zufolge erhielten 9,2 Prozent der Erben mehr als 255.646 Euro, während 31 Prozent weniger als 12.782 Euro erhielten. Diese Ungleichverteilung ist im Osten noch ausgeprägter als im Westen (vgl. Kohli et al. 2006: 62ff).

Die Betrachtung der privaten Vermögensbestände bestätigt also, dass die Annahmen zur Berechnung der Nachhaltigkeitslücke in intergenerationaler Hinsicht zu kurz greifen, da die staatlichen und privaten Vermögensbestände nicht berücksichtigt werden. Bezieht man diese intergenerationalen Transfers mit ein, wird die intergenerationale Sparquote positiv und es zeigt sich, dass es sich bei der impliziten und expliziten Staatsverschuldung nicht um ein intergenerationales Verteilungsproblem sondern um ein intragenerationales Verteilungsproblem entlang klassischer sozialer Ungleichheitsdimensionen handelt – nämlich zwischen Kapitalbesitzern, die u. a. die staatlichen Schuldtitel halten, und den Erwerbstätigen, die z. B. über Steuern die Renditeerwartungen der privaten Gläubiger bedienen. In vielen Fällen dürfte es sich bei Gläubigern und Schuldnern um dieselben Personen handeln, so dass die gezahlten Steuern über Kapitaleinkünfte wieder zurück fließen. Wie die Steuerbelastung verteilt werden muss, ist aber eine Frage der intragenerationalen Gerechtigkeit.

¹⁹⁵ Der Grund für die relative Verringerung der Ungleichheit liegt darin, dass der Anteil der Erbschaften am Gesamtvermögen der Erbenhaushalte mit großen Vermögen wesentlich kleiner ausfällt als der Anteil der Erbschaften am Gesamtvermögen der Erbenhaushalte mit geringen Vermögen. Der relative Zuwachs fällt in dieser Gruppe also größer aus. Relative Ungleichheitsmaße wie der Gini-Koeffizient verringern sich dementsprechend.

¹⁹⁶ Frick und Grabka (2009) weisen auf die starke Konzentration der Nettovermögen in Deutschland hin. 30 Prozent der Bevölkerung besitzen im Jahr 2007 demnach 90 Prozent des Vermögens. Die reichsten 10 Prozent allein über 60 Prozent. Die Vermögen sind damit wesentlich ungleicher verteilt als die Einkommen. Im Jahr 2005 betrug der Gini-Koeffizient der Nettoäquivalenzeinkommen 0,32 (BMAS 2008: 19).

5.1.7 Altersorientierung von Sozialpolitik

Bei den in den vorherigen Abschnitten vorgestellten Generational-Equity-Konzepten wurden jeweils Inputs und Outcomes im Rahmen eines asynchronen bzw. diachronen Vergleichs untersucht, eine synchrone Vergleichsperspektive wird dagegen bei der Untersuchung der Altersorientierung von Sozialpolitik eingenommen. Anders als in den Generational-Equity-Konzepten werden nicht Ergebnisse für Rentner und Beiträge der Erwerbstätigen zu unterschiedlichen Zeitpunkten gegenüber gestellt. Die Altersorientierung von Sozialpolitik wird bestimmt, indem man zu einem Zeitpunkt die Höhe der Ausgaben des Rentensystems für die Alterssicherung, mit anderen Sozialtransfers vergleicht, die sich vorwiegend an Kinder und Jugendliche bzw. die erwerbstätige Bevölkerung mit Kindern richten. Es handelt sich also um eine synchrone Vergleichsperspektive, bei der nur Ausgaben betrachtet werden und die Beitragsseite ausgeblendet wird. Da aber Änderungen in den Ausgabengrößen allein aufgrund von Änderungen in den relativen Kohortengrößen verursacht sein können, muss hierbei die Altersstruktur der Bevölkerung kontrolliert werden. Nur so können qualitativ unterschiedliche Schwerpunktsetzungen im zeitlichen oder internationalen Vergleich identifiziert werden.

Diese Herangehensweise verzichtet auf die problematischen Projektionen der Generational-Equity-Ansätze und kommt mit wesentlich weniger Annahmen aus, da man sich an faktisch vorliegenden Ausgaben orientiert. Problematisch ist allerdings, dass viele Ausgaben nicht eindeutig zuordenbar sind. Ausgaben, wie das Kindergeld, kommen schließlich nicht zwangsläufig den Kindern zugute, sondern fließen möglicherweise in den Konsum der Eltern. Bildungsausgaben dagegen werden klassischerweise nicht zu den Sozialausgaben gerechnet und gehen deshalb häufig nicht in entsprechende Berechnungen mit ein.¹⁹⁷ Des Weiteren machen Renten aufgrund ihrer typischen Konzeption als Einkommensersatzleistung im Alter in Wohlfahrtsstaaten im Allgemeinen einen wesentlich größeren Anteil am Sozialbudget aus, als die bedarfsgeprüften ergänzenden Sozialleistungen für Familien, weswegen die absoluten Ausgabenrelationen wenig aussagekräftig sind (vgl. z. B. Blome et al. 2008: 90ff).¹⁹⁸ Im zeit-

¹⁹⁷ Bildungsleistungen der Betriebe im Rahmen der dualen Ausbildung finden sogar überhaupt keine Berücksichtigung, da sie nicht durch den Staatshaushalt fließen.

¹⁹⁸ Man mag allerdings einwenden, dass es sich bei der Konzeption der Alterssicherung als bedarfsunabhängige staatliche Einkommensersatzleistung bereits um eine normative Zielsetzung handelt, die nicht selbstverständlich ist und die eben bestimmt, dass Alterssicherung nicht in erster Linie durch die Familie oder den Markt zur Verfügung zu stellen ist. Genauso wie es eine normative Zielsetzung ist, dass ein solches Ausmaß an Defamilialisierung beim Lebensunterhalt der Kinder nicht gewünscht ist und deshalb staatliche Unterstützung nur in besonderen Bedarfslagen gewährt wird. Die Vorschläge von Schreiber zur Kinderrente oder neuere Vorschläge zum

lichen oder internationalen Vergleich geben sie aber Auskunft über die relative generationenspezifische Ausrichtung staatlicher Leistungen.

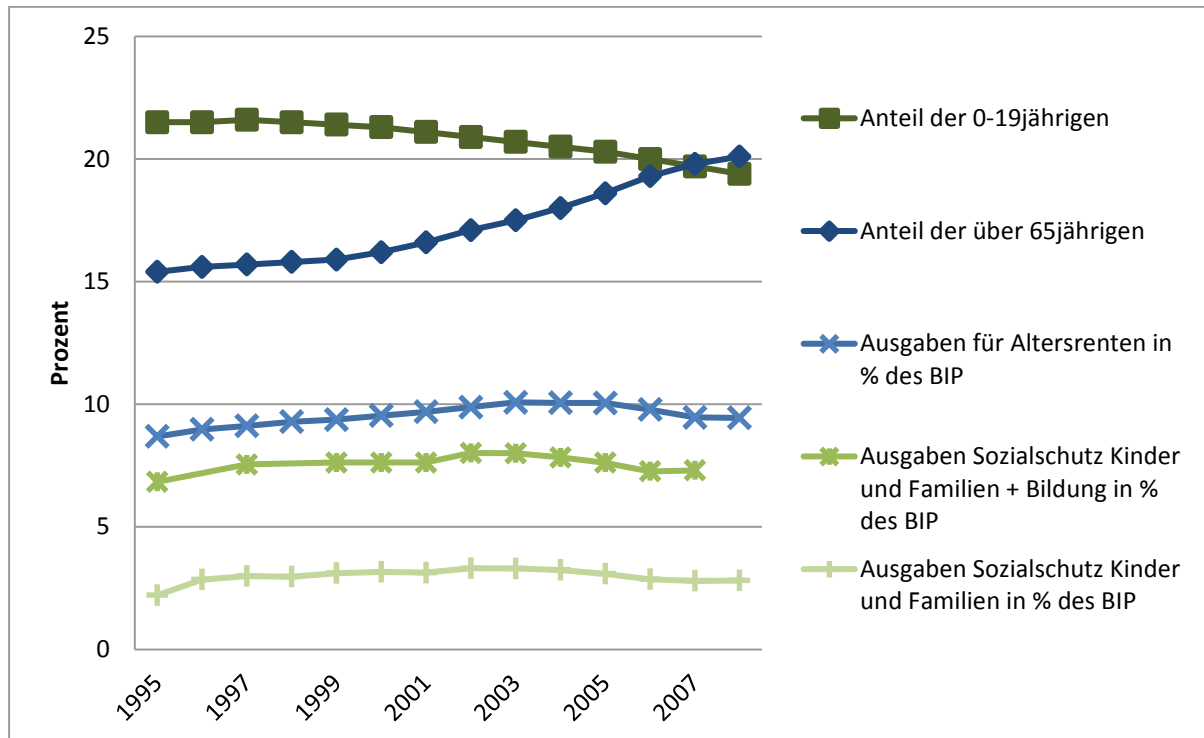
Blome et al. (2008: 95) setzen in diesem Sinn die Sozialschutzleistungen für ältere Menschen pro Kopf der über 65-jährigen ins Verhältnis zu den entsprechenden Ausgaben für Familien pro Kopf der unter 15-jährigen und stellen fest, dass sich dieses Verhältnis in den Jahren von 1993 bis 2003 von 5,7 auf 3,6 verringert hat. Die Altersorientierung in Deutschland ist damit im Jahr 2003 geringer als in Frankreich (5,1) und Schweden (4,5). Im Jahr 1993 lag Deutschland noch über diesen beiden Ländern. Die Betrachtung hat allerdings eine gravierende Schwäche, denn die Veränderung der Relation in Deutschland ist in erster Linie auf den Zuwachs der Ausgaben bei den Familien zurückzuführen, der sich im Zeitraum der betrachteten 10 Jahre verdoppelt hat. In der Veränderung der Altersorientierung der Staatsausgaben spiegelt sich also lediglich wieder, dass mehr Familien Sozialleistungen beziehen, was auch auf eine Veränderung der Bedarfslage hindeuten könnte und insofern keine qualitative Neuausrichtung intergenerationaler Umverteilungspolitik darstellt. Aus der Verringerung der Altersorientierung automatisch eine institutionelle Besserstellung der Jungen abzuleiten, wäre deshalb ein Fehlschluss.

Eigene Berechnungen in Anlehnung an Blome et al. (2008), die zusätzlich die öffentlichen Bildungsausgaben und die Entwicklung der letzten Jahre einbeziehen, können das Bild jedoch etwas verfeinern. Die Bildungsausgaben anteilig am BIP sind besonders interessant, weil Deutschland in dieser Hinsicht in den einschlägigen OECD-Rankings (2007a, 2010b: 235-242) gewöhnlich hintere Plätze einnimmt. Schmidt (2005: 121) konstatiert diesbezüglich, der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt verdiene in Deutschland „bestenfalls das Prädikat ‚Mittelmaß‘“, während das Land bei den Sozialfinanzen im internationalen Vergleich zur Spitzengruppe gehöre.

Für die eigene Analyse wird ebenfalls auf die Daten von Eurostat (2011b) zurückgegriffen. Der Anteil des BIP, der vom Staat für den sog. „Sozialschutz“ von Kindern und Familien ausgegeben wird, ist nach 1995 zunächst gestiegen und nach 2005 wieder gesunken (siehe Abbildung 10). Addiert man die öffentlichen Ausgaben für Bildung hinzu, um der Gefahr entgegenzuwirken, lediglich Bedürftigkeitslagen abzubilden, dann zeigt sich, dass der Ausgabenanteil am BIP der tendenziell den Jungen zugutekommt, nahezu konstant ist, der Anteil der null bis 19-jährigen an der Bevölkerung im gleichen Zeitraum aber deutlich gesunken ist.

bedingungslosen Grundeinkommen heben diese Ungleichbehandlung von Alterseinkommen und Kindereinkommen tendenziell auf.

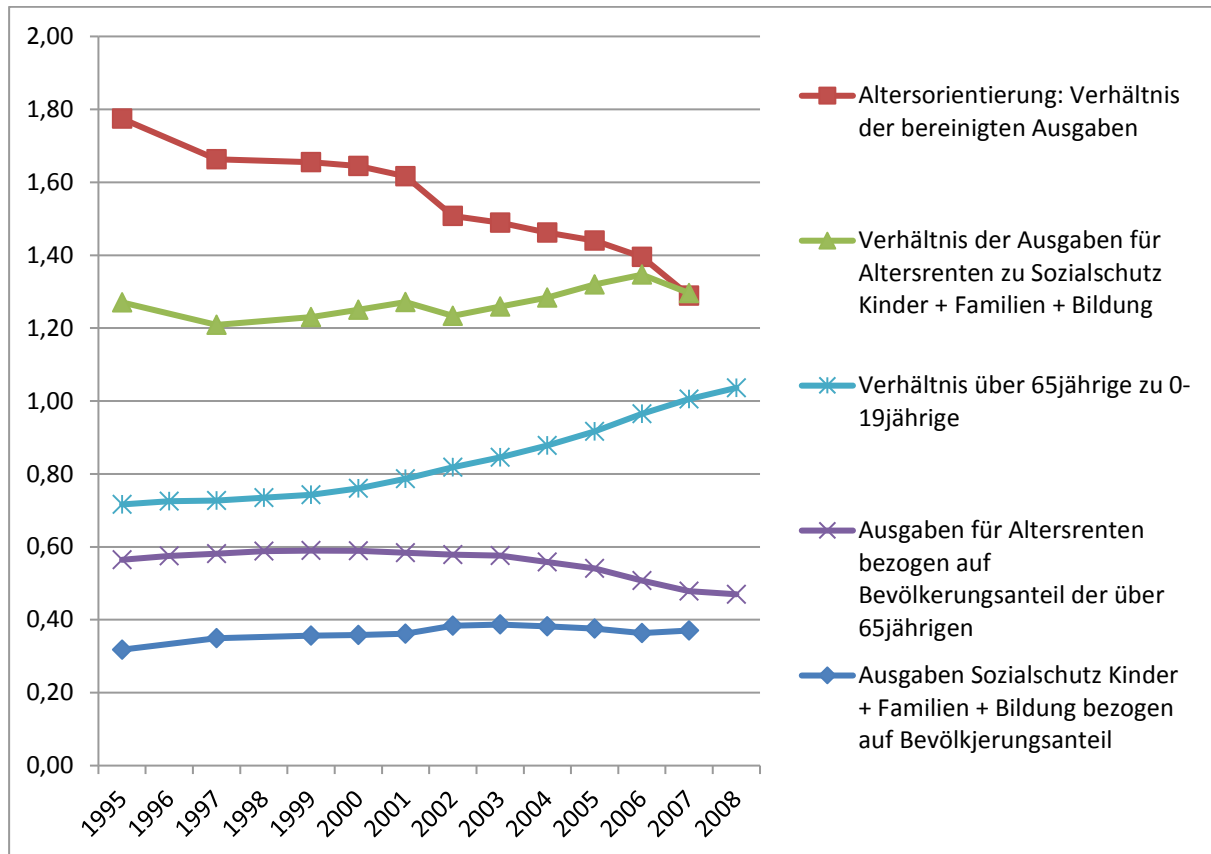
Abbildung 10: Ausgabenanteile und Bevölkerungsanteile



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Umgekehrt fällt auf, dass die Ausgaben für Altersrenten in Prozent des BIP seit 1995 nur leicht zugenommen haben und zuletzt sogar zurückgegangen sind, während der Bevölkerungsanteil der über 65jährigen deutlich angestiegen ist, von 15,4 Prozent auf 20,1 Prozent im Jahr 2008. Die Ausgaben für Altersrenten sind also, bezogen auf den Bevölkerungsanteil der Alten, insbesondere seit 2001 gesunken. Würde man nur Ausgaben für Alte und Junge ins Verhältnis setzen, ohne die jeweiligen Bevölkerungsanteile zu berücksichtigen, müsste man einen leichten Anstieg der Altersorientierung konstatieren (siehe Abbildung 11). Bereinigt man die Ausgaben jedoch um die jeweiligen Bevölkerungsanteile, die davon tendenziell profitieren, dann ist die „Alterslast“ seit 1995 drastisch gesunken. Der Knick nach 2001 verdeutlicht die Effekte der Rentenreform. Weil die Altersrenten trotz steigendem Bevölkerungsanteil der Alten gedeckelt wurden und die Ausgaben für Junge, trotz sinkendem Bevölkerungsanteil, konstant blieben, gibt der Staat pro Person mittlerweile annähernd so viel Geld für junge Leute aus wie für Alte. Waren die Ausgaben für Altersrenten pro Person im Jahr 1995 noch fast 80 Prozent höher als die Ausgaben für die Jungen, betrug dieser Abstand im Jahr 2008 nur noch etwa 30 Prozent.

Abbildung 11: Verhältniszahlen zur Altersorientierung



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

5.2 Intragenerationale Verteilungswirkungen der Institutionen der Alterssicherung

Einer der Hauptkritikpunkte an den Intergenerational-Equity-Konzepten besteht darin, dass der alleinige Fokus auf Generationenaggregate zu kurz greift, da intragenerationale Ungleichheitsdimensionen ausgeblendet werden, die ebenfalls gerechtigkeitsrelevant sind. Zudem verändert sich die intragenerationale Ungleichheit über die Zeit. Besonders zu beachten ist dabei der Arbeitsmarkt und die in den letzten Jahren zunehmende Einkommensungleichheit sowie die nach wie vor bestehende geschlechtsspezifische Segmentation des Arbeitsmarktes. Da die Altersrenten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung eine „Bilanz der Erwerbsbiografie“ (Allmendinger 1994) darstellen, spiegeln sich solche soziale Ungleichheiten der Erwerbsphase zeitverzögert in den Alterseinkommen der Bevölkerung im Ruhestand wieder. In den folgenden Kapiteln werden einige Aspekte dieser durch die Institutionen der Alterssicherung „vermittelten“ Ungleichheiten im Alter genauer beleuchtet.

5.2.1 Einkommen

Im Jahr 2006 bekam ein sog. Standardrentner mit 45 Versicherungsjahren 12.796 Euro netto vor Steuern, was, bezogen auf das durchschnittliche Jahresarbeitsentgelt von 24.475 Euro vor Steuern (29.494 brutto), einem Rentenniveau von 52,3 Prozent entspricht (DRV 2009). Die Entwicklung dieses Niveaus ist seit Beginn der 90er Jahre deutlich negativ (Abbildung 12). Allerdings ist das Standardrentenniveau kein empirisch valides Messkonzept für die tatsächliche finanzielle Situation im Alter, da viele Rentenbezieher und insbesondere Frauen deutlich weniger als 45 Versicherungsjahre aufweisen. Der Fokus auf den „Eckrentner“ zeugt lediglich vom vorherrschenden konservativen Sozialstaatsverständnis in der Sozialbürokratie. Für westdeutsche Männer ist das Konstrukt des „Eckrentners“ nämlich durchaus typisch, wie Himmelreicher und Frommert (2006: 115ff) anhand des Rentenzugangs 2003 zeigen (vgl. auch DRV 2010b: 40-47).¹⁹⁹ Aber auch bei den Männern gibt es eine beträchtliche Variation

¹⁹⁹ Im Jahr 2003 entsprachen 45 Versicherungsjahre mit durchschnittlich einem Entgeltpunkt pro Jahr einem monatlichen Rentenzahlungsbetrag von etwa 1.300 Euro brutto.

in der Höhe der Entgeltunkte, wobei im Zeitverlauf eine Tendenz zu zunehmender Ungleichheit und weniger Entgeltpunkten zu konstatieren ist.

Abbildung 12: Entwicklung des Nettorentenniveaus vor Steuern

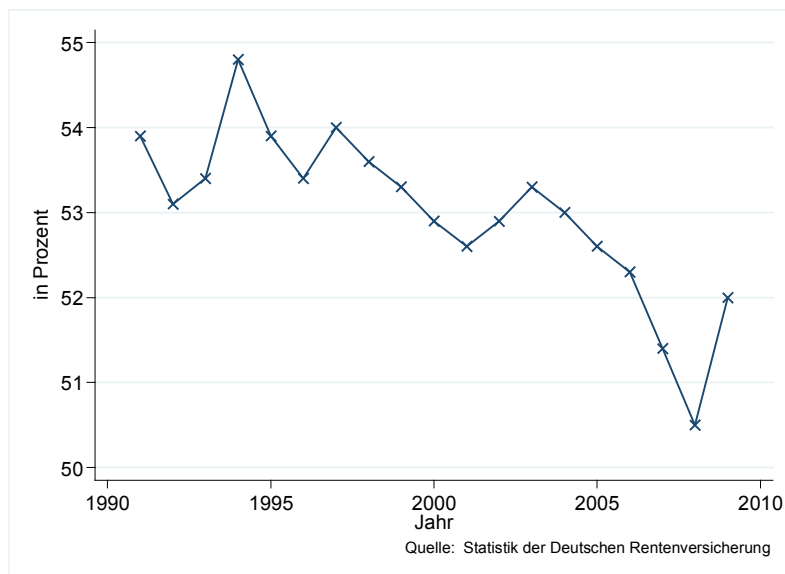


Tabelle 5: Durchschnittliche Zahlbeträge 2006 nach Rentenarten

	Männer	Frauen	
Deutschland gesamt:	960	519	716
Langjährig Versicherte	1.134	517	1.048
Regelaltersrenten	832	396	551
Witwen-Witwerrenten	233	551	
Alte Bundesländer:	950	478	693
Langjährig Versicherte	1.142	514	1.046
Regelaltersrenten	765	349	506
Witwen-Witwerrenten	220	547	
Neue Bundesländer:	1.001	666	805
Langjährig Versicherte	1.082	597	1.060
Regelaltersrenten	1.120	611	777
Witwen-Witwerrenten	260	564	

Quelle: Statistik der deutschen Rentenversicherung – Rentenversicherung in Zeitreihen 2009

Betrachtet man die durchschnittlichen Auszahlungsbeträge nach verschiedenen Rentenarten (Tabelle 5), dann sind bereits deutliche Unterschiede erkennbar. Hinterbliebenenrenten sind niedriger als etwa Renten für langjährig Versicherte mit mindestens 35 Jahren Wartezeit. Zu beachten ist jedoch, dass Hinterbliebenenrenten mitunter mit eigenen Rentenansprüchen zusammen fallen, so dass die Abstände zwischen den Rentenarten keine faktischen Einkom-

mensunterschiede bei den Empfängern widerspiegeln. Etwa ein Fünftel aller Rentner waren im Jahr 2009 Mehrfachrentenbezieher, wobei es sich zu über 75 Prozent um Frauen handelte (DRV 2010b: 50). Den größten Anteil im Rentenbestand haben die sog. Regelaltersrenten, die all diejenigen beantragen können, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und mindesten 5 Jahre Wartezeit aufweisen können. Ein markanter Unterschied zwischen neuen und alten Bundesländern ergibt sich bei den Zahlungsbeträgen an Frauen. Die Renten fallen aufgrund der größeren Arbeitsmarktintegration ostdeutscher Frauen gut 39 Prozent höher aus als die ihrer westdeutschen Pendants.

Die im Durchschnitt höheren Auszahlungsbeträge in den neuen Bundesländern erklären sich zum einen aus dem Fehlen offizieller Arbeitslosigkeit und der hohen Frauenerwerbsbeteiligung in der ehemaligen DDR und zum anderen dadurch, dass es in den alten Bundesländern wesentlich mehr Selbständige und Beamte im Rentenbestand gibt. Beispielsweise würde ein Selbständiger, der nur zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn einer abhängigen Beschäftigung nachging, eine vergleichsweise geringe Rente aus der GRV erhalten, während sich seine finanzielle Situation ansonsten durchaus überdurchschnittlich darstellen kann. Es ist deshalb notwendig, alle Einkünfte zu betrachten, um ein umfassendes Bild der finanziellen Situation im Alter zu bekommen. Während in den neuen Bundesländern nämlich die gesetzliche Altersrente häufig die einzige Einkommensquelle im Alter darstellt, liegen in den alten Bundesländern in vielen Fällen noch andere finanzielle Ressourcen vor. Neben den Zahlungen aus der sog. zweiten und dritten Säule (betriebliche bzw. private Vorsorge), sind auch Einkommen aus Kapitalanlagen und aus Vermietung und Verpachtung zu berücksichtigen sowie der geldwerte Vorteil von selbstgenutztem Wohneigentum.

Laut der ASID-Erhebung 2007 stammt das Einkommen der älteren Bevölkerung ab 65 Jahren zu 65 Prozent aus der GRV, zu 20 Prozent aus anderen Alterssicherungssystemen und zu 10 Prozent aus privater Vorsorge. In den neuen Bundesländern liegt der Anteil der GRV am Gesamtvolumen der Einkünfte allerdings bei über 85 Prozent, der Anteil privater Vorsorge unter 4 Prozent (DRV 2010b: 70).

Tabelle 6: Durchschnittliche Bruttobeträge aus der GRV je Bezieher pro Monat 2007

	Männer	Frauen	
Alte Bundesländer	1.219	767	958
Neue Bundesländer	1.210	1.005	1.089

Quelle: ASID 07

Alternative Einkommensquellen wie betriebliche Renten, die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und die Beamtenversorgung sind regional und geschlechtsspezifisch sehr unterschiedlich verteilt (Tabelle 7). Die durchschnittlichen Auszahlungsbeträge der betrieblichen Altersvorsorge liegen bei 403 Euro im Westen, wobei etwa 31 Prozent der Männer und lediglich 12 Prozent der Frauen eine solche zusätzliche Rente beziehen. Im Osten ist diese Form der Vorsorge quasi irrelevant mit einer Bezieherquote von 1 Prozent (DRV 2010b: 71).

Tabelle 7: Einkommensquellen der älteren Bevölkerung laut ASID 07

0 = Weniger als 0,5, jedoch mehr als 0. / = Wert statistisch nicht gesichert, nicht hochgerechnete Fallzahl < 50.
Quelle: BMAS, Alterssicherung in Deutschland 2007 (ASID 07)

Einkommensquellen der älteren Bevölkerung 2007						
Anteil der Personen (ab 65 Jahren) und durchschnittlicher Brutto-Betrag je Bezieher pro Monat, eigene und abgeleitete Alterssicherungsleistungen						
Alterssicherungs- system	insgesamt		Männer		Frauen	
	Bezieher- quote in %	Betrag je Bezieher in Euro	Bezieher- quote in %	Betrag je Bezieher in Euro	Bezieher- quote in %	Betrag je Bezieher in Euro
alte Bundesländer						
gesetzliche Rentenversicherung	90	958	89	1 219	90	767
Beamtenversorgung	8	2 165	11	2 577	6	1 640
berufsständische Versorgung	1	1 737	1	2 170	0	1 048
Alterssicherung der Landwirte	5	400	5	474	4	341
betriebliche Altersversorgung	21	403	31	490	12	239
Zusatzversorgung im öffentl. Dienst	11	332	11	432	12	266
neue Bundesländer						
gesetzliche Rentenversicherung	99	1 089	99	1 210	99	1 005
Beamtenversorgung	0	1 921	1	1 782	0	2 248
berufsständische Versorgung	0	621	0	678	0	577
Alterssicherung der Landwirte	0	200	0	74	0	352
betriebliche Altersversorgung	1	199	2	260	1	122
Zusatzversorgung im öffentl. Dienst	4	121	5	135	4	109

Übernommen aus Deutsche Rentenversicherung in Zahlen 2010 (DRV 2010b: 71)

Generell ist eine haushaltsbezogene Betrachtung aussagekräftiger als die Betrachtung der individuellen Renten, da gerade beim traditionellen männlichen Familienernährermodell eine Rente im Alter den Konsumbedarf von zwei Personen weitgehend abdecken muss. Die finanzielle Situation eines Ehepaars mit einer hohen Rente und einer niedrigen „Hausfrauenrente“ kann sich von daher wesentlich schlechter darstellen, als wenn beide Ehepartner durchschnittliche Renteneinkünfte beziehen. Etwa 13 Prozent der Ehepaare in den alten Bundesländern verfügen 2007 über ein Alterseinkommen von weniger als 1.250 Euro, in den neuen Bundesländern – bedingt durch die höhere Frauenerwerbsbeteiligung – lediglich 6 Prozent. Der Anteil von Ehepaaren mit mittleren Einkommen ist dagegen im Osten größer: 58 Prozent verfügen in den alten Bundesländern über Einkommen zwischen 1.500 und 3.000 Euro, in den

neuen Bundesländern sind es 78 Prozent (DRV 2010b: 72f). Erst bei Alterseinkünften über 3.000 Euro sind die Anteile im Westen wieder größer. Die Struktur der Alterseinkommen ist damit in den alten Bundesländern stärker polarisiert.

Betrachtet man die Entwicklung der Alterseinkommen von Ehepaaren im Zeitverlauf, so wird deutlich, dass sich deren Situation in Ostdeutschland bis Mitte der 90er Jahre im Zuge der allgemeinen Einkommensangleichung und Übertragung des westdeutschen Rentenrechts stark verbessert hat und danach weitgehend parallel zu der Entwicklung im Westen verlief, bis sich etwa seit dem Jahr 2003 der Abstand wieder merklich vergrößert. Dies hängt mit dem Renteneintritt, der nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern stark von Arbeitslosigkeit betroffenen rentennahen Jahrgänge zusammen.

Abbildung 13: Entwicklung der Nettoeinkommen der älteren Bevölkerung

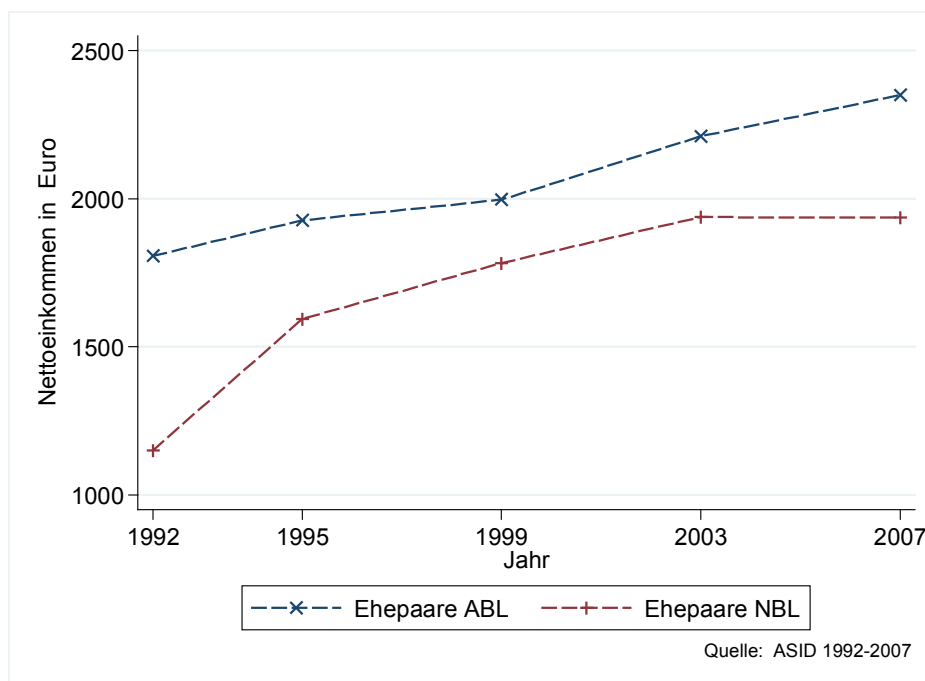


Tabelle 8: Nettoeinkommen der älteren Bevölkerung laut ASID 07

	alleinstehende Männer	alleinstehende Frauen	Ehepaare
Alte Bundesländer	1.568	1.201	2.350
Neue Bundesländer	1.188	1.152	1.937

Quelle: ASID 07

Die Nettoeinkommen der älteren Bevölkerung betrugen im Jahr 2007 im Durchschnitt für Ehepaare im Osten 1.937 Euro und im Westen 2.350 Euro netto. Im Osten wird deutlich, dass sich die Durchschnittswerte durch die Hinzunahme anderer Einkommensquellen kaum verbessern. D. h. die GRV stellt in den neuen Bundesländern im Grunde die einzige nennenswerte Quelle von Alterseinkommen dar. Berechnet man mit allen Alterseinkünften Nettoer-

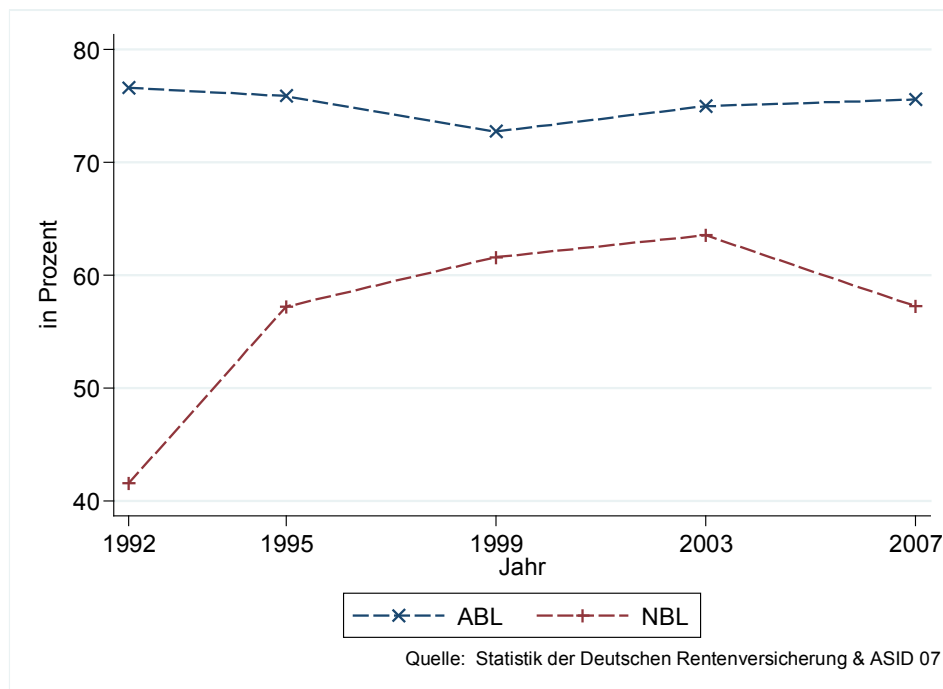
satzquoten bezogen auf die durchschnittlichen Jahresarbeitsentgelte, so kommt man auf Werte die deutlich über der Ersatzquote liegt, die sich nur auf Basis einer Standardrente aus der GRV ergibt, wobei sich entsprechend regionale Unterschiede zeigen.²⁰⁰ Während die Sicherung des Lebensstandards im Westen, außer bei alleinstehenden Frauen, im Allgemeinen relativ gut gelingt, sind im Osten weitaus schmerzhaftere Einbußen im Alter zu verzeichnen. Am Beispiel alleinstehender Männer lässt sich zudem illustrieren, dass so berechnete Ersatzquoten für Westdeutsche seit Beginn der 90er Jahre nahezu konstant ausfallen, während sie im Osten zuletzt deutlich gesunken sind (Abbildung 14). Im Alter vergrößert sich der Einkommensabstand zwischen Ost und West also wieder.

Tabelle 9: Nettoersatzquoten 2007 vor Steuern

	alleinstehende Männer	alleinstehende Frauen	Ehepaare
Alte Bundesländer	75,6	57,9	75,5
Neue Bundesländer	57,3	55,5	62,2

Nettoersatzquote bezogen auf 24.897 Euro durchschnittliches Jahresarbeitsentgelt netto vor Steuern im Jahr 2007; Gewichtung bei Ehepaaren mit 1,5 in Anlehnung an die neue OECD-Skala; Quelle ASID 07, Rentenversicherung in Zeitreihen, eigene Berechnungen

Abbildung 14: Entwicklung der Nettoersatzquoten alleinstehender Männer



Ein anderer Aspekt intragenerationaler Umverteilung ist in der differenziellen Lebenserwartung unterschiedlicher Einkommensgruppen zu sehen. Breyer (2010: 578) weist darauf hin,

²⁰⁰ Blome et al. (2008: 139) kommen im Jahr 2000 auf Haushaltsebene unter Berücksichtigung von staatlichen und betrieblichen Renten auf eine Nettoersatzrate von 88 Prozent bezogen auf die durchschnittlichen Arbeitseinkommen der 50- bis 59jährigen.

dass Beitragszahler deren Entgeltpunkte im Durchschnitt aller Beitragsjahre um einen EGP höher liegen, mit einer um vier Jahre höheren Lebenserwartung rechnen können. Das Rentensystem verteile daher zu Gunsten der Besserverdienenden um (vgl. auch Breyer und Hupfeld 2010; Lauterbach et al. 2006). Daraus folgt auch, dass Geringverdiener stärker von der Erhöhung des Renteneintrittsalters betroffen sind. Personen mit durchschnittlich 0,5 EGP würden dadurch 28 Prozent ihrer Bezugsdauer einbüßen, während Personen mit durchschnittlich 1,5 EGP lediglich 18 Prozent verlieren (Breyer 2010: 578).

Für die Zukunft ist zu erwarten, dass sich die seit Mitte der 90er Jahre verstärkende Lohnspreizung zunehmend auch in den Rentenzahlbeträgen widerspiegeln wird. Spätestens seit Beginn des 21. Jahrhunderts lässt sich in Deutschland, wie in vielen anderen westlichen Industriestaaten, eine Zunahme der Einkommensungleichheit nachweisen. Insbesondere sinkende Realeinkommen am unteren Ende der Einkommensverteilung haben zu dieser Entwicklung beigetragen (Bach und Steiner 2007; Giesecke und Verwiebe 2008; Grabka und Frick 2008; Lauterbach 2009: 123f; Noll und Weick 2005). Aktuell ist die ältere Bevölkerung zwar unter den Armen unterrepräsentiert, während insbesondere Alleinerziehende und Ausländer mit Armutsquoten um oder über 30 Prozent (Noll und Weick 2005: 5) einem starken Armutsrisiko ausgesetzt sind. Die zunehmende Einkommensarmut wird sich in Zukunft aber ohne Zweifel auch bei den Rentnern und Rentnerinnen widerspiegeln, womit die Grundsicherung im Alter häufiger in Anspruch genommen werden dürfte (Weber 2005: 387).²⁰¹ Niedrige Erwerbseinkommen bedeuten außerdem eine geringe Sparfähigkeit, weswegen nicht in nennenswertem Umfang mit Alterseinkommen aus anderen Quellen gerechnet werden kann. Da bei der Bruttolohnanpassung in der Rentenformel mittlerweile die tatsächliche Bemessungsgrundlage bis zur Beitragsbemessungsgrenze herangezogen wird, ergibt sich ferner eine zunehmende Abweichung der durchschnittlichen Renten von den durchschnittlichen Einkommen (also inklusive der Beträge über der Bemessungsgrenze und der Einkommen der Beamten und Selbständigen). Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung wird sich dadurch das Einkommensniveau der Rentner weiter verschlechtern. Soziale Ungleichheiten der Erwerbsphase werden sich im Alter also tendenziell verstärken.

²⁰¹ Vor dem Jahr 2006 wurde die Grundsicherung lediglich von etwa 2 Prozent der potentiell Berechtigten in Anspruch genommen, wohingegen in den letzten Jahren laut Sozialhilfestatistik eine langsam aber kontinuierlich steigende Tendenz zu verzeichnen ist.

5.2.2 Armut im Alter

Im Jahr 2005 galten 13 Prozent der alten Menschen als armutsgefährdet.²⁰² Wie Richard Hauser feststellt, liegt damit nicht nur die durchschnittliche Wohlstandposition der Altersbevölkerung nahe am Gesamtdurchschnitt, sondern auch die Streuung der Alterseinkommen entspricht der allgemeinen Einkommensverteilung (Hauser 2009: 251). Altersarmut stellt also momentan kein prioritäres Problem in der deutschen Sozialpolitik dar. Allerdings stellt sich, wie bereits erwähnt, die Frage, ob diese vergleichsweise unproblematische Einkommenssituation der älteren Bevölkerung auch in Zukunft so bleiben wird.

Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung sind zwei Faktoren entscheidend: Zum einen die Rentenreformen der letzten Jahre, die zu einer sukzessiven Absenkung des Rentenniveaus gegenüber dem allgemeinen Lohnniveau führen und zum anderen die Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt, in deren Folge es zu einer stärkeren Lohnspreizung gekommen ist.²⁰³ Legt man einen Stundenlohn von 7,50 Euro zugrunde, würden die Rentenanwartschaften eines Arbeitnehmers selbst nach 45 Beitragsjahren nicht das Niveau der Grundsicherung inkl. Wohnkosten überschreiten (Hauser 2009: 255). Bei der mit den Reformen absehbaren langfristigen Senkung des Rentenniveaus um 10 Prozent wären für alleinstehende Durchschnittsverdiener 35 statt bisher 28 Beitragsjahre (in Westdeutschland) notwendig, um über das Grundsicherungsniveau zu kommen.

Aktuell ist unter dem Gesichtspunkt intergenerationaler Gerechtigkeit jedoch eher ein anderes Armutsproblem relevant. Die Zahl Alleinerziehender ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen (Destatis 2007c). Die Armutsrisikoquote dieser Personengruppe lag im Jahr 2008 weit überdurchschnittlich bei 37,5 Prozent (Destatis 2009a). Ein Grund dafür ist in den fehlenden Kinderbetreuungsangeboten zu sehen, was es einem Großteil der vorwiegend weiblichen Alleinerziehenden erschwert, einer auskömmlichen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die unzureichenden Betreuungsangebote und die damit einhergehende schwierige Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Kindern wirken sich wiederum auf die erzielbaren Rentenanwartschaften in der GRV aus. Die gravierende Ungleichheit, die zwischen Männern und Frauen bei den Renten besteht, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen.

²⁰² Die Armutsrisikogrenze beträgt 60 Prozent des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen. Dieses betrug im Jahr 2005 laut European Statistics on Income and Living Conditions 781 Euro pro Monat.

²⁰³ Die seit den 70er Jahren wachsende Arbeitslosigkeit hat außerdem zu stärker fragmentierten Erwerbsverläufen und diskontinuierlichen Beitragsphasen geführt. Häufigere Perioden prekärer Selbständigkeit ohne ausreichende Möglichkeit zu privater Vorsorge tragen zu dieser Entwicklung bei (z. B. Dörre 2006).

5.2.3 Geschlecht

Die beträchtlichen Unterschiede in den Rentenanwartschaften von Männern und Frauen sind größtenteils keine direkten Effekte der Rentenversicherung, sondern ergeben sich indirekt aus der Arbeitsmarktsituation von Frauen – über die enge Kopplung der Rentenhöhe an die Erwerbsbiografie. Diese ist für Frauen durch kürzere und stärker fragmentierte Erwerbstätigkeitsphasen gekennzeichnet, was zu einer geringeren Anzahl von Beitragsjahren führt. Die Entgeltpunkte fallen im Schnitt aber auch wegen des „Gender-Pay-Gaps“ niedriger als bei Männern aus. Der geschlechtsspezifische Lohnabstand wird vom statistischen Bundesamt relativ konstant bei 23 Prozent ermittelt. Diese Diskrepanz hat zum Teil strukturelle Ursachen, neben der häufigeren Teilzeitbeschäftigung von Frauen²⁰⁴ ist dafür das geringere Lohnniveau in überwiegend „weiblichen“ Berufsfeldern, die im Schnitt geringere Berufserfahrung oder das im Vergleich zu Männern geringere Qualifikationsniveau älterer Frauen ausschlaggebend (sog. Ausstattungseffekte). Ein Teil der durchschnittlichen Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen ist aber nur durch Diskriminierung zu erklären (sog. Gruppeneffekte). Diese Einkommensbenachteiligung, die nicht auf Ausstattungseffekte zurückzuführen ist, liegt in einer Größenordnung von maximal 12 Prozent (Anger und Schmidt 2010; Hinz und Gartner 2005).²⁰⁵ Der Gender-Pay-Gap findet seine Entsprechung in einer „geschlechtsspezifischen Rentenlücke“ (Rasner 2006), die laut dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger beim Rentenzugang 2003 für Westdeutschland unbereinigt im Durchschnitt 57 Prozent (in Ostdeutschland 28 Prozent) betrug und damit wesentlich größer ausfällt als der durchschnittliche unbereinigte Gender-Pay-Gap von 23 Prozent. Verantwortlich für die Diskrepanz sind die diskontinuierlicheren Erwerbsverläufe der Frauen.

Gerade aus der geschlechtsneutralen Bewertung von Beitragszeiten und relativen Einkommenshöhen resultieren also Nachteile bei den Alterseinkommen für Frauen im Allgemeinen und für Mütter im Besonderen, die lediglich durch die großzügige Ausgestaltung der Hinterbliebenenrenten und Kindererziehungszeiten etwas kompensiert werden. Da die Rentenversicherung die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Alterseinkommen aber nicht di-

²⁰⁴ Die Teilzeitquote betrug unter Frauen im Jahr 2006 50,7 Prozent, bei Männern 16,6 Prozent (BMAS 2009).

²⁰⁵ Die Differenz von 12 Prozent dürfte den Gruppeneffekt, also den diskriminierungsbedingten Pay-Gap tendenziell überschätzen, da die Unterschiede in der Berufserfahrung in der vorliegenden Studie von Hinz und Gartner (2005) nicht vollständig kontrolliert werden konnten. Neuere Untersuchungen des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft kommen jedoch zu ähnlichen Ergebnissen. In Ostdeutschland fällt der Pay-Gap geringer aus. Der Ausstattungseffekt, der durch Merkmale wie Qualifikation, Berufserfahrung, Branche oder Betriebsgröße verursacht wird liegt über 20 Prozent (Anger und Schmidt 2010).

rekt verursacht, stellt sich die gerechtigkeits-theoretische Frage, inwieweit sie der richtige Ort ist, um solche in anderen Lebensbereichen entstandenen Ungleichheiten zu kompensieren.²⁰⁶ Sicherlich relevant ist in diesem Zusammenhang, dass Mütter durch Kindererziehungszeiten einerseits einen wesentlichen generativen Beitrag zum Systemerhalt der GRV leisten (siehe Urteile des Bundesverfassungsgerichts: BVerfGE 87,1: 35ff; BVerfGE 94, 241), ihnen hierdurch andererseits aber Verluste bei Einkommen und Beitragszeiten entstehen, die auch bei einem verbesserten Kinderbetreuungsangebot nicht zwangsläufig ausbleiben würden, und die den Wert der drei anrechenbaren Entgeltpunkte für Kindererziehung übersteigen.²⁰⁷ So führen Erwerbsunterbrechungen am Beginn der Karriere, also gerade dann, wenn die Familiengründungsphase ansteht, zu sog. „Narbeneffekten“ und reduzieren auch die späteren Einkommenschancen (Sachverständigenkommission 2010: 133).²⁰⁸ Eine stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten steht aber in einem Spannungsverhältnis zu Bestrebungen, die Rentenzahlungsbeträge stärker beitragsäquivalent auszugestalten und würde die Anreize zur Erwerbstätigkeit von Müttern reduzieren. Insofern verbirgt sich dahinter ein eher konservatives Familienverständnis.

Betrachtet man die frauenspezifische Verteilung von Entgeltpunkten und Beitragszeiten, dann erhält man die größte Dichte in den alten Bundesländern bei der Kombination von durchschnittlich 0,6 Entgeltpunkten pro Versicherungsjahr und 5 bis 10 Beitragsjahren, was eigenen Altersrenten von etwa 78 bis 156 Euro entspräche (Himmelreicher und Frommert 2006: 116). Frauen in den alten Bundesländern verfügen also in der Regel über nur kurze Erwerbsphasen und haben ihre Anwartschaften vorwiegend durch die Anrechnung der Kindererziehungszeiten erhalten. Varianz ergibt sich in erster Linie – und in wesentlich größerem Ausmaß als bei Männern – aus der Anzahl der Versicherungsjahre und kaum aus der durch-

²⁰⁶ Bei der Untersuchung objektiver Ungleichheiten stellt sich stets die Frage: Welche Ungleichheiten sind eigentlich relevant? Man kann deshalb die deskriptive Betrachtung objektiver Ungleichheit nicht vollständig von der Frage nach deren Legitimität abkoppeln.

²⁰⁷ Kindererziehungszeiten werden wie Pflichtbeitragszeiten eines Durchschnittsverdieners bewertet. Kindererziehende erhalten daher für jeden Kalendermonat 0,0833 Entgeltpunkte (§ 70 Abs. 2 SGB VI), was einem Entgeltpunkt pro Jahr entspricht. Für jedes Kindererziehungsjahr ergibt sich somit eine monatliche Rente in Höhe von 26,56 € in den alten und 23,34 € in den neuen Bundesländern (Rentenwert vom 1. Juli 2008). Für vor 1992 geborene Kinder wird lediglich ein Rentenentgeltpunkt angerechnet.

²⁰⁸ Da die Anrechnung mit drei Entgeltpunkten erst seit 1992 besteht, gibt es noch keine verlässliche Datengrundlage um deren Effekte abzuschätzen sondern nur Modellrechnungen. Unter den (eher optimistischen) Annahmen, dass Frauen drei Jahre nach der Geburt wieder halbtags und 10 Jahre danach wieder ganztags arbeiten sowie, dass Frauen ohne Kinder jährlich 0,85 Entgeltpunkte erwerben, ergeben sich im Vergleich zu einer kinderlosen Frau etwas niedrigere Rentenansprüche bei einem Kind und etwas höhere bei zwei oder drei Kindern. Bei einem Kind würden 12 Prozent, bei zwei Kindern 20 Prozent und bei drei Kindern 27 Prozent der Ansprüche auf die Kindererziehungsleistungen zurückgehen (Rürup-Kommission 2003: 73).

schnittlichen Höhe der Entgeltpunkte. Insgesamt zeigt sich bei den Frauen ein Trend zu steigenden Renten auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Himmelreicher und Frommert konstatieren: „Während Männer im Alter eher gut versorgt sind, gibt es bei Frauen im Hinblick auf die individuelle Absicherung schon jetzt ein erhebliches Armutsrisiko.“ (2006: 126) Im Haushaltskontext sei dieser Befund zwar zu relativieren, da Frauen durch ihre Partner häufig ausreichend versorgt seien, dürfte aber im Zusammenhang mit einem größer werdenden Anteil alleinstehender Menschen in Zukunft größere Brisanz bekommen. Mit der Stärkung privater und betrieblicher Vorsorge, käme es außerdem zu einer Reduktion der umverteilenden Effekte der GRV, die dort etwa durch die Anrechnung der Kindererziehungszeiten bestehen (Himmelreicher und Frommert 2006: 127f).

Vergleicht man statt der Rentenhöhen dagegen die Renditen, also das Verhältnis von Beiträgen und Leistungen im Lebensverlauf, dann schneiden Frauen im Durchschnitt besser ab als Männer. Dies ist vor allem auf die längere Lebenserwartung zurückzuführen. Die durchschnittliche Rentenbezugsdauer betrug 1995 noch 15,8 Jahre, 2005 bereits 17,2 Jahre und 2009 18,2 Jahre, wobei Frauen im Jahr 2009 im Schnitt 20,6 Jahre ihren Ruhestand genießen konnten, während Männer dafür lediglich 15,8 Jahre Zeit hatten (DRV 2010b: 67).²⁰⁹

5.2.4 Regionale Ungleichheit

Neben der geschlechtsspezifischen Ungleichheit, ist die regionale Ungleichheit die zweite zentrale Ungleichheitsdimension in der GRV. Die männlichen Erwerbsbiografien in Ostdeutschland entsprechen mit etwa 40 bis 50 Versicherungsjahren hinsichtlich der Dauer weitgehend den Erwerbsbiografien im Westen. Die Spreizung des Lohnniveaus fällt allerdings geringer aus und die größte Dichte liegt niedriger bei durchschnittlich 0,8 bis 0,9 Entgeltpunkten (Himmelreicher und Frommert 2006: 118). Die Entgeltprofile der ostdeutschen Frauen unterscheiden sich, infolge ihrer wesentlich kontinuierlicheren Erwerbsbiografien, dagegen stark von denen der westdeutschen Frauen. Sie konzentrieren sich bei 45 Versicherungsjahren. Mit im Schnitt knapp 0,7 Entgeltpunkten pro Beitragsjahr ist aber gleichwohl ein deutlicher Abstand zur Höhe der Entgeltpunkte der ostdeutschen Männer feststellbar. Im Vergleich zu Männern verfügen Frauen im Osten also über nur etwas weniger Versicherungsjahre, aber

²⁰⁹ Betrachtet man nur die alten Bundesländer, dann hat sich seit Beginn der 60er Jahren die Rentenbezugsdauer um gut 8 Jahre verlängert (Männer: 6,6 Jahre, Frauen: 9,5 Jahre), also nahezu alle 6 Jahre um ein Jahr.

über deutlich schlechtere durchschnittliche Löhne. Die Varianz ist bei Entgeltpunkten und Versicherungsjahren gering (Himmelreicher und Frommert 2006: 119).

Bedeutende Unterschiede bei den Alterseinkommen zwischen West und Ost ergeben sich insbesondere aus der Verfügbarkeit zusätzlicher Einkommensquellen neben der GRV. Während in den alten Bundesländern, zumindest bei Männern, geringe Rentenanwartschaften häufig mit hohen anderen Einkommen korrespondieren, ist dies für Ostdeutschland nicht der Fall. Hier machen die GRV-Einkünfte den mit Abstand wichtigsten Teil der Alterseinkünfte aus. Die GRV ist für die Alterssicherung in den neuen Bundesländern wesentlich bedeutsamer, da in der ehemaligen DDR keine Möglichkeit zu privater oder betrieblicher Altersvorsorge bestand. Zudem ist der Vermögensbildungsprozess in Ostdeutschland auch nach der Wende, aufgrund des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds, kaum vorangekommen und noch weit vom westdeutschen Niveau entfernt.

5.3 Normative Leitbilder der institutionalisierten Alterssicherung

Grundsätzlich haben Rentensysteme mehrere Zielsetzungen: Glättung der Konsumfunktion im Lebensverlauf und Statussicherung, Versicherung gegen Risiken wie Invalidität und Armut sowie Umverteilung (vgl. Barr und Diamond 2008). Die Gewichtung dieser Ziele kann sich jedoch erheblich unterscheiden, so dass unterschiedliche Gerechtigkeitsziele wie Gleichheit, Leistungsäquivalenz, Bedarfssicherung oder Statussicherung stärker oder schwächer verwirklicht werden. Klassischerweise wird in der empirischen Gerechtigkeitsforschung zwischen dem Leistungsprinzip, dem Gleichheitsprinzip und dem Bedarfsprinzip unterschieden (Deutsch 1975; Schwinger 1980). Man kann nun danach fragen, „welche [dieser] normativen Konzeptionen von Gerechtigkeit in den Bauplänen der gesellschaftlichen Institutionen verankert sind“ (Liebig 2006: 5) und wie die Verteilungspraxis und die Verteilungsergebnisse tatsächlich aussehen?

Nach dem Leistungsprinzip und synonymen Konzepten, wie dem Equity-, Proportionalitäts- oder Äquivalenzprinzip, sollen Güter proportional zu den erbrachten Leistungen verteilt werden. Allerdings ist häufig nicht immer eindeutig, was tatsächlich eine Leistung konstituiert. Offensichtlich tritt dieses Problem im Fall der Rentenversicherung bei der Frage auf, ob nur monetäre Beiträge oder auch generative Beiträge berücksichtigt werden sollen. Lampert und Althammer (2004: 290) argumentieren z. B., dass gerade die Leistungsgerechtigkeit eine stärkere Berücksichtigung von Erziehungsleistungen im Rentensystem erfordere, während die

Rürup-Kommission (2003) dies mit Verweis auf das durch die Beitragsäquivalenz gewährleistete Leistungsprinzip ablehnt und die vorliegenden Regelungen für ausreichend erachtet.²¹⁰ Nach dem Gleichheitsprinzip sollen die Verteilungsergebnisse ein möglichst konstantes Niveau über unterschiedliche Personengruppen aufweisen, und nach dem Bedarfsprinzip soll sich die Güterzuweisung nach den individuell unterschiedlichen Bedarfslagen der Menschen richten. Zu beachten ist, dass diese drei Gerechtigkeitsprinzipien, Leistung, Gleichheit und Bedarf, im intragenerationalen und intergenerationalen Kontext unter Umständen unterschiedliche Verteilungsimplicationen aufweisen.

Tabelle 10: Inter- und intragenerationale Implikationen unterschiedlicher Gerechtigkeitsprinzipien

	intragenerational	intergenerational
Leistungsprinzip	Sicherung der relativen Statusposition innerhalb der jeweiligen Kohorte	Proportionale Gleichheit impliziter Renditen zwischen unterschiedlichen Kohorten
Gleichheitsprinzip	Gleichheit innerhalb einer Generation, keine Transmission der Ungleichheit aus der Erwerbsphase	Gleichheit zwischen Generationen, z. B. zwischen Rentnern und Erwerbstätigen hinsichtlich des Konsumniveaus oder Gleichheit zwischen Generationen hinsichtlich der Beitragssätze und Rentenniveaus
Bedarfsprinzip	Bedarfsabhängige Zuweisung von Alterseinkommen	Intragenerationaler Risikoausgleich, z. B. bei der Einführung des Umlagesystems

Folgende Dimensionen der Alterssicherungsinstitutionen sind bei einer Evaluation der Gerechtigkeitsprinzipien von zentraler Bedeutung:

- Die Abhängigkeit der Renten von der Einkommenshöhe: Starke Abhängigkeit entspricht dem Äquivalenzprinzip, wirkt statussichernd und reproduziert die soziale Ungleichheit der Erwerbsphase im Alter.
- Die Äquivalenzbewertung anhand realer monetärer Beiträge oder der Statusposition: Werden bei der Äquivalenzbewertung reale monetäre Beiträge zugrunde gelegt, entspricht dies einem intergenerationalen Equity-Prinzip im Sinne impliziter Renditegleichheit. Werden lediglich relative Statuswerte zugrunde gelegt, ist das Äquivalenzprinzip nur intragenerational im Rahmen der jeweiligen Kohorte erfüllt.

²¹⁰ Es ist zudem schwierig eine überzeitliche Vergleichbarkeit von Aufwendungen herzustellen.

- Die Abhängigkeit der Renten von den Beitragszeiten: Starke Abhängigkeit entspricht eher dem intergenerationalen Äquivalenzprinzip, begünstigt „normale“ Erwerbsbiografien und damit tendenziell eher Männer und Kinderlose. Die Begünstigung Kinderloser widerspricht aber möglicherweise einer Auffassung des Äquivalenzprinzips, die weniger stark an monetären Beiträgen orientiert ist als an generativen Beiträgen.
- Die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bei der Leistungsbemessung: Eine starke Berücksichtigung widerspricht einem eng an monetären Beiträgen orientierten Äquivalenzprinzip, ist aber vereinbar mit einer weiteren Auffassung des Äquivalenzprinzips (siehe oben). Ihre Berücksichtigung begünstigt tendenziell nicht-erwerbstätige Frauen und Familien. Eine fehlende Berücksichtigung benachteiligt Familien gegenüber Kinderlosen.
- Die Ersatzquote: Je höher, umso eher sichert die Rente den Lebensstandard und umso stärker wird intergenerationaler Ungleichheit zwischen Erwerbstätigen und Rentnern hinsichtlich ihres Konsumniveaus entgegengewirkt. Voraussetzung dafür ist eine Lohn- bzw. Preisindexierung der Rentenanwartschaften. Wird die Lohnanpassung gedämpft, sinkt die Ersatzquote und die intergenerationale Einkommensungleichheit zwischen Erwerbstätigen und Rentnern nimmt zu.
- Die Höhe der Grundsicherung: Je höher, umso stärker wirkt die Alterssicherung armutsvermeidend und intragenerational egalitaristisch.
- Die Höhe abgeleiteter Renten von Hinterbliebenen begünstigt tendenziell konservative Formen intrafamiliärer Arbeitsteilung, also in der Regel Hausfrauen. Das Bedarfsprinzip wird umso stärker verwirklicht, je stärker eigene Einkommen auf solche Renten angerechnet werden.
- Die Regelaltersgrenze: Eine höhere Regelaltersgrenze benachteiligt Angehörige niedriger Schichten aufgrund ihrer durchschnittlich geringeren Lebenserwartung. Sie wirkt insofern eher anti-redistributiv. Intergenerational wird die aktive Generation (als sozialstaatliche Generation) begünstigt, da Renten gemindert werden, wenn der Eintritt in den Ruhestand vorzeitig erfolgt. Das Äquivalenzprinzip wird dadurch intergenerational gestärkt.
- Demografische Faktoren: Diese wirken einerseits dämpfend auf die Renten und verteilen insofern zu Gunsten einer kleineren erwerbstätigen Generation um, da deren Belastung sich zumindest nicht erhöht. Als Kohorte wird diese Generation aber auch später geringere Leistungen erhalten. Insofern handelt es sich auf das gesamte Lebenseinkommen be-

zogen eher um eine intertemporale Umverteilung von Konsummöglichkeiten aus der Rentenphase in die Erwerbsphase, als um eine intergenerationale Umverteilung.

- Beitrags- vs. Leistungsvariabilität: Unter den gegebenen demografischen Bedingungen bewirkt größere Leistungsvariabilität bei konstanten Beitragssätzen eine intertemporale Verschiebung von Konsummöglichkeiten zu Gunsten der Erwerbstätigen. Leistungsvariabilität wird als pareto-besser angesehen, da das Arbeitsangebot dadurch nicht negativ beeinflusst wird. Das Gleichheitsprinzip wird, bezogen auf das Leistungsniveau, intergenerational verletzt. Leistungsvariabilität kann aber auch intragenerational zu größerer Ungleichheit zwischen denjenigen führen, die ausschließlich auf Alterseinkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung angewiesen sind. Bei Beitragsvariabilität verstärkt sich dagegen die intragenerationale Ungleichheit unter Erwerbstätigen, da sich die Beschäftigungschancen gering qualifizierter verringern. Auch hierdurch wird das intergenerationale Gleichheitsprinzip verletzt.
- Weitere Aspekte wie die Höhe der Beitragsbemessungsgrenze, die Bemessungsgrundlage bzw. allgemein der Inklusionsgrad: Ein höherer Inklusionsgrad wirkt intragenerational egalitaristisch, da dadurch in der Regel leistungsfähigere Gruppen wie Selbständige oder Beamte die solidarischen Komponenten der GRV mitfinanzieren müssen. Da die Einkommen der Selbständigen in den letzten Jahren überproportional gestiegen sind, würde sich das Rentenniveau tendenziell erhöhen.

Die Gesetzliche Rentenversicherung wird nun entlang dieser Dimensionen im Hinblick auf die Verwirklichung der drei zentralen Gerechtigkeitsprinzipien bewertet.

Die Äquivalenz von Beiträgen und Leistungen vs. Statussicherung

Hinsichtlich der Äquivalenz von Beiträgen und Leistungen steht weniger die intertemporale Sicherung der Einkommensposition als die Sicherung der relativen Statusposition im Vordergrund (vgl. Rürup 1998). Dies wird in der Rentenformel formal umgesetzt, indem die relative Einkommensposition in jedem Beitragsjahr während der Erwerbsphase, also eine Statusmaß, und die Anzahl der Beitragsjahre, mit anderen Worten eine Equitykomponente, in etwa gleich stark als Determinanten eingehen. Ein Beitragsjahr mit durchschnittlichem Einkommen entspricht dabei einem Entgeltpunkt. Wenn also im Durchschnitt der Beitragsjahre 125 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient wurden, dann soll die Rentenhöhe bei 125 Prozent der Durchschnittsrente liegen, sofern 45 Beitragsjahre vorliegen. Vollständige Beitragsäquivalenz ist nicht möglich, weil über die Entgeltpunkte lediglich die relative Einkommenssituation im

jeweiligen Beitragsjahr und nicht die tatsächliche Beitragshöhe zur Berechnung der Renten herangezogen werden. Dies wird als Prinzip der Teilhabeäquivalenz bezeichnet. Das Prinzip der Teilhabeäquivalenz stellt sicher, dass die relative Statusposition innerhalb der eigenen Kohorte bei Renteneintritt erhalten bleibt, verhindert aber kein Absinken des Einkommensniveaus im Vergleich zur Erwerbsbevölkerung. Wichtig ist außerdem, dass das Prinzip der Teilhabeäquivalenz nicht zu einer Gleichbehandlung unterschiedlicher Kohorten im Sinne gleichbleibender impliziter Renditen führt. Ausgedrückt in der Sprache der empirischen Gerechtigkeitsforschung handelt es sich also um kein *intergenerationales* Equity-Konzept, das eine proportionale Gleichheit von Aufwand und Ertrag für Mitglieder unterschiedlicher Kohorten fordern würde, sondern um ein lediglich *intragenerationales* Equity-Prinzip.²¹¹

Eingeschränkt wird das Äquivalenzprinzip unter anderem durch die Möglichkeit für besonders langjährige Versicherte nach 45 Beitragsjahren bereits vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente zu gehen. Trotz gleicher Entgeltpunktzahl können Versicherte also unterschiedlich hohe Renten bekommen, je nachdem in wie vielen Versicherungsjahren sie diese Punkte erworben haben. Diese Ungleichbehandlung bevorzugt tendenziell Männer, da diese häufiger über 45 Beitragsjahre verfügen als Frauen. Weiter wird das Äquivalenzprinzip dadurch eingeschränkt, dass bei Renteneintritt Leistungen nicht nach der ferneren Lebenserwartung gestaffelt werden. Dies wäre aber nötig, um der durchschnittlich längeren Lebenserwartung von Frauen und höheren Einkommensgruppen nach dem Prinzip der Beitragsäquivalenz gerecht zu werden (vgl. Lauterbach et al. 2006: 3f).

Insgesamt wurde durch die Rentenreformen der letzten Jahre die Rolle der Beitragszeiten gestärkt, da z. B. Anrechnungen für die Ausbildung und beim Bezug von Lohnersatzleistungen gekürzt wurden oder bei vorzeitigem Renteneintritt inzwischen aktuarische Abschläge berechnet werden (vgl. Blome et al. 2008: 115f). Auch die Verschiebung des Renteneintrittsalters fördert, intergenerational betrachtet, das Prinzip der Beitragsäquivalenz, weil der inzwischen längeren Bezugsdauer der Renten dadurch auch wieder eine längere Beitragsdauer gegenüber steht. Allerdings verschlechtert sich damit zugleich die intragenerationale Bilanz im Bezug auf das Äquivalenzprinzip unter Umständen, da sich die Umverteilungseffekte von niedrigen zu hohen Einkommen durch den sozialen Gradienten bei der Lebenserwartung verstärken.

²¹¹ In diesem Sinn liegt folglich auch keine egalitaristische Vorstellung intergenerationaler Gerechtigkeit vor (Lauterbach et al. 2006: 2).

Die Berücksichtigung von Kindererziehungsleistungen ist dagegen schwierig mit einem eng an monetären Inputs angelehnten Beitragsprinzip zu vereinbaren. Der sog. „Kinderlastenausgleich“ wird deshalb aus rechtsdogmatischen Gründen durchaus kritisch gesehen und sollte nach Meinung einiger Autoren außerhalb der GRV stattfinden bzw. in erster Linie durch Steuern und nicht über Beiträge finanziert werden (z. B. Nullmeier et al. 2008: 31f). Wichtiger als monetäre Transfers sei eine bessere Infrastruktur zur Kinderbetreuung, so dass Mütter in die Lage versetzt werden, Rentenanwartschaften aus eigener Erwerbstätigkeit aufzubauen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vertritt hinsichtlich des Kinderlastenausgleichs im Sozialversicherungssystem jedoch eine andere Auffassung und betont die Rolle der Kindererziehungsleistungen als funktionale Voraussetzung des Umlagesystems (vgl. BverfGE 87; BverfGE 103: 242ff und 266ff). Danach entspräche die stärkere Berücksichtigung von Erziehungszeiten einem intergenerationalen Equity-Gedanken.

Insgesamt betrachtet sind generative Beiträge in der GRV, trotz der Verbesserungen in den 90er Jahren, aber von untergeordneter Bedeutung. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher empirischer Gerechtigkeitstheorien haben wir es in der GRV also mit einer Mischung aus Statuswert-Orientierung (siehe S. 241ff) und Equity-bzw. Proportionalitätsprinzip zu tun. Die Statusorientierung ergibt sich aus der Entgeltpunktberechnung, die lediglich ein relatives Statusmaß für das jeweilige Beitragsjahr darstellt. Erst durch die Aufsummierung der Entgeltpunkte über die Beitragsjahre wird der tatsächliche Aufwand einer Person ersichtlich, ohne dass jedoch die faktisch geleisteten monetären Beiträge auf einem individuellen Konto gutgeschrieben würden.

Die Einkommensersatzfunktion als Ausdruck des Gleichheitsprinzips

Die Einkommensersatzfunktion der Rentenversicherung hat tendenziell einen intergenerational egalitaristischen Anspruch, da damit der Ungleichheit zwischen Erwerbsbevölkerung und Rentnern entgegengewirkt werden soll. Dies wird durch das Umlagesystem und die Dynamisierung der Renten anhand der allgemeinen Lohnentwicklung bewerkstelligt. Faktisch war das Ziel der Lebensstandardsicherung aber auch in der Vergangenheit nur partiell erfüllt. Nicht nur, dass lediglich ein Anteil am Lohnniveau als Zielgröße festgelegt war, wie z. B. 70 Prozent nach Steuern im Rentenreformgesetz von 1992 – das gesetzlich definierte Lohnersatzniveau bezog sich auch auf das sozialbürokratische Konstrukt des Eckrentners und wurde

empirisch nur von einer Minderheit der Rentner erreicht.²¹² Die tatsächliche Substitutionsquote ist insbesondere bei Frauen mit durchschnittlich kürzeren Erwerbsphasen wesentlich niedriger und genügt kaum zur Absicherung des Lebensstandards. Anders als z. B. in Frankreich, wird zur Ermittlung des Rentenanspruchs in der GRV die gesamte Versicherungszeit berücksichtigt und nicht nur die besten Jahre (in Frankreich die 25 einkommensstärksten Jahre). Da die Einkommen mit zunehmendem Alter im Schnitt steigen, führt dies zu niedrigeren Ersatzniveaus. Generell werden „männliche Normalbiografien“ dadurch begünstigt und Frauen mit Erwerbsunterbrechungen durch Erziehungszeiten benachteiligt.

Durch die Rentenreformen von 2001 und 2004 ist die Einkommensersatzfunktion der gesetzlichen Renten abgeschwächt worden, da sich die Dynamisierung nun stärker an der tatsächlichen Beitragsbasis orientiert und sich steigende Belastungen der Beitragszahler negativ auf die Zuwächse bei den Rentenzahlbeträgen auswirken. Das Lohnersatzniveau der Rentenzahlungen dürfte damit auch in Zukunft weiter sinken, was langfristig lediglich durch die Niveausicherungsklausel begrenzt wird, die Nettoersatzquoten vor Steuern von nicht unter 43 Prozent für den Eckrentner festlegt. Die entscheidende Veränderung durch die jüngeren Reformen besteht darin, dass in der Vergangenheit primär eine einnahmeorientierte Ausgabenpolitik verfolgt wurde, bei der ein bestimmtes Leistungsniveau als Zielgröße definiert und die Einnahmesituation entsprechend angepasst wurde. Mit dem Altersvermögensergänzungsgesetz von 2001 werden nun die Ausgaben als abhängige Größe betrachtet, die in gewissen Grenzen an die jeweilige Einnahmesituation angepasst werden müssen. Da langfristig durchaus eine Steigerung der Beitragssätze in Kauf genommen wird, handelt es sich jedoch nicht um ein reines Defined-Contribution-System, sondern eher um eine stärkere Betonung dieses Aspekts. Sowohl die Beitragshöhe als auch das Nettoersatzniveau werden voraussichtlich in Zukunft flexibler gehandhabt, um die Belastungen aus dem demografischen Wandel gleichmäßiger auf die beiden sozialstaatlichen Generationen der Erwerbstätigen und der Beitragszahler verteilen. Allerdings findet damit eine zunehmende Abkehr von der Zielsetzung der Lebensstandardsicherung statt. Dies soll durch ergänzende Vorsorge außerhalb der GRV gewährleistet werden. Zunehmend wird also lediglich die relative Statusposition, und nicht die absolute Einkommenssituation, aus der Erwerbsphase durch die Rentengesetzgebung abgebildet, wobei weitere Niveauabsenkungen, aufgrund der demografischen Entwicklung, in der

²¹² So unterschreiten mehr als 50 Prozent der männlichen und 95 Prozent der weiblichen Rentner in der GRV die beim Eckrentenniveau zugrunde gelegten 45 Entgeltpunkte (Deutscher Bundestag 2002: 153).

Zukunft wahrscheinlich sind. In der GRV ist damit das Prinzip der Beitragsäquivalenz gegenüber dem egalitaristischen Anspruch der Lebensstandardsicherung gestärkt worden.

Allerdings wird gerade durch die Niveauabsenkung das Beitragsprinzip möglicherweise auch gefährdet. Im Zusammenhang mit den demografischen und ökonomischen Strukturveränderungen ist nämlich absehbar, dass der Fokus in Zukunft stärker auf die Armutsvermeidung gerichtet werden muss und das Ziel der Lebensstandardsicherung stärker durch ergänzende Systeme außerhalb der GRV gewährleistet werden sollte (Deutscher Bundestag 2002: 152). Die Absenkung des Rentenniveaus wirft aber insbesondere im Vergleich zu bedarfsgeprüften, aber nicht an Beitragszahlungen gebundenen Leistungen wie der Grundsicherung im Alter ein Anreizproblem auf. Das Niveau des Sozialhilfeanspruchs beträgt etwa 40 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts. Selbst bei einem Eckrentenniveau von 70 Prozent nach Steuern werden etwa 26 Entgeltpunkte benötigt, um bei einem Renteneintritt mit 65 über das Sozialhilfeniveau hinaus zu kommen (Deutscher Bundestag 2002: 153). Sinkt das Lohnersatzniveau der Rente weiter, werden immer mehr Beitragszahler, mit unterdurchschnittlichen Einkommen und diskontinuierlichen Erwerbsverläufen, Rentenanwartschaften erhalten, die nicht über das Sozialhilfeniveau bzw. die Grundsicherung hinausgehen. Wenn Beitragszahlungen an die GRV lediglich Ansprüche begründen, die unterhalb von anderen sozialstaatlichen Leistungen liegen, erodiert jedoch die Legitimationsbasis der Beitragszahlungen zur Gesetzlichen Rentenversicherung.

Abschließend wäre noch auf einen Punkt hinzuweisen: Auch wenn auf der Leistungsseite das intergenerationale Gleichheitsprinzip geschwächt wurde, hat es doch auf der Beitragsseite eine Stärkung erfahren, da ein weiterer Anstieg der Beitragssätze damit verhindert wird. Die Reformen der jüngeren Zeit kann man deshalb auch als Annäherung an die Musgrave-Regel interpretieren.²¹³ Zudem verhindert die Deckelung der Beitragssätze eine weitere Verschlechterung der Beschäftigungschancen gering Qualifizierter, womit auch intragenerational das Gleichheitsprinzip gestärkt wird.

²¹³ Allerdings sind die Einbußen der Rentner bei der Ersatzquote prozentual betrachtet größer als die Einbußen der Erwerbsbevölkerung bei den Nettolöhnen durch Beitragssatzsteigerungen. Somit wird das Verhältnis der Konsumniveaus zwischen den beiden Generationen nicht wirklich konstant gehalten, sondern dasjenige der Rentner stärker abgesenkt.

Bedarfsprinzip I: Das Versicherungsprinzip als rawlsianisches Maximin-Prinzip

Generell gilt nach dem Versicherungsprinzip, dass die Mitglieder einer Versicherungsgemeinschaft finanzielle Beiträge in die Versicherungskasse leisten, aus der der Einzelne im Schadensfall den Schaden begleichen kann. Auf diese Weise werden Risiken, die für den Einzelnen schlecht abschätzbar sind, auf eine große Gruppe umgelegt, für die das Risiko versicherungsmathematisch bestimmbar ist (Rürup-Kommission 2003: 69). Wenn man möchte, kann man darin eine Verwirklichung des rawlsianischen Maximin-Gedankens erkennen, sofern ex-ante keine Risikodifferenzierung vorgenommen wird. Die GRV versichert in diesem Sinn gegen Langlebigkeit, gegen Erwerbsminderung und im familiären Kontext gegen den Tod des Haupteinkommensbeziehers. Obwohl hinsichtlich dieser Risiken für bestimmte Personengruppen, z. B. nach Geschlecht oder Schichtzugehörigkeit, durchaus unterschiedliche Erwartungswerte ex-ante quantifizierbar wären, findet keine entsprechende Staffelung von Beiträgen oder Leistungen statt, was zu Umverteilungseffekten führt.²¹⁴ Aufgrund unterschiedlicher Lebenserwartungen finden solche Umverteilungen z. B. von Männern zu Frauen und von Niedrigeinkommensgruppen zu Hocheinkommensgruppen statt (vgl. Lauterbach et al. 2006).

Auch die Finanzierung durch das Umlagesystem kann man als eine Form der intergenerativen Risikostreuung auffassen (siehe S. 61ff). Da mit der Einführung der „Riester-Rente“ 2001 eine partielle Abkehr vom Umlagesystem stattfand, ist das intergenerationelle Versicherungsprinzip geschwächt worden. Allerdings dürfen hinsichtlich bestimmter versicherungsmathematisch kalkulierbarer Risiken auch Riesterprodukte keine Selektion vornehmen und müssen z. B. Unisex-Tarife anbieten. Durch entsprechende Kinderzulagen werden Familien zudem besser gestellt als Kinderlose.

Insgesamt ist es problematisch im Versicherungsprinzip eine Verwirklichung des Bedarfsprinzips zu sehen, da die Leistungsvergabe in der Regel nach den Beiträgen gestaffelt ist und eine Anrechnung eigener Einkommen nur teilweise und erst durch das Altersvermögensergänzungsgesetz in verstärktem Maß erfolgt. Es handelt sich also eher um eine versicherungstechnische Umsetzung des Leistungsprinzips mit kleineren Einschränkungen.

²¹⁴ Für manche Risiken werden deshalb privatwirtschaftlich keine Versicherungen angeboten, da die für bestimmte Personengruppen festgelegte Höhe der Prämien keine marktgängigen Versicherungen erlauben würde.

Bedarfsprinzip II: Das Solidaritätsprinzip

Im engeren Sinn bedeutet das Bedarfsprinzip in der Sozialversicherung, dass sich die Beitragshöhe nicht nach dem individuellen Risiko richtet, sondern nach der Leistungsfähigkeit und der Leistungsanspruch nach dem Bedarf, so dass die Starken die Schwachen unterstützen. Dies wird auch als *Leistungsfähigkeits- oder Solidaritätsprinzip* bezeichnet. Im Gesetzlichen Rentensystem steht das Bedarfs-/Solidaritätsprinzip in einem Spannungsverhältnis mit dem Äquivalenzprinzip. Dies ist ein entscheidender Unterschied zur GKV, in der aufgrund der für alle gleichen Leistungsgewährung nach Bedarf, bei zumindest bis zur Beitragsbemessungsgrenze für unterschiedliche Einkommensgruppen gestaffelten Beiträgen, eine Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen stattfindet. In der GRV richten sich die Leistungen dagegen nach der Höhe der Beiträge.

Insofern handelt es sich beim Umlageverfahren um keine Verwirklichung des Bedarfsprinzips. Zwar könnte man argumentieren, dass dort die leistungsfähigen Jungen die Alten ohne eignes Einkommen unterstützen, letztere bekommen aber zum einen keine gleichen Leistungen und zum anderen verfügen sie unter Umständen über weitere Einkommensquellen, so dass objektiv überhaupt keine Bedürftigkeit vorliegt.²¹⁵ In ähnlicher Weise kann man bezüglich der Gewährung von Hinterbliebenenrenten argumentieren. Zwar finden auch hier Transfers zu Personen außerhalb des engen Kreises der Beitragszahler statt, so dass die Renten am Ende gleicher verteilt sind als die Einkommen, aber die Leistungen sind von den Beiträgen der aktiv Versicherten abgeleitet, so dass darin in erster Linie das Leistungs- und das Versicherungsprinzip zum Ausdruck kommen. Allerdings werden eigene Einkommen seit der Rentenreform 2001 stärker angerechnet (vgl. Sachverständigenrat 2006: 257). Am stärksten sieht man das Bedarfsprinzip noch bei der Einführung des Umlagesystems in den 50er Jahren in der BRD und später nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern zur Vermeidung von Altersarmut verwirklicht.

Das Bedarfsprinzip wird in der GRV also dadurch eingeschränkt, dass Bedürftigkeit für die Bemessung der Leistungshöhe eine nur sehr eingeschränkte Rolle spielt. Im Falle von Rentenansprüchen, die das sozio-kulturelle Existenzminimum nicht absichern, greift die Grundsicherung. Die solidarischen Komponenten werden weiter dadurch limitiert, dass die Beitragsbemessungsgrenzen Einkommen ab einer bestimmten Höhe von der gesetzlichen

²¹⁵ Betrachtet man die Verteilung der Vermögen im Lebensverlauf, scheinen tatsächliche eher die Schwachen die Starken zu unterstützen.

Rentenversicherungspflicht ausnehmen und damit von der Finanzierung dieser Komponenten befreien. Und schließlich aus der Tatsache, dass nicht alle erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen – Selbständige, Beamte und geringfügig Beschäftigte – an der Finanzierung der GRV beteiligt werden.

Betrachtet man das Rentensystem insgesamt, ist durch die Einführung der Grundsicherung im Alter sicherlich eine etwas stärkere Berücksichtigung des Bedarfsprinzips zu konstatieren. Allerdings fällt die Grundsicherung im Alter nur unwesentlich höher aus als die Sozialhilfe. Wegen des Verzichts auf einen Einkommensrückgriff auf Verwandte in der Grundsicherung, ist der Bedarfsaspekt zudem geringer ausgeprägt als in der früheren Sozialhilfe. In der Gesetzlichen Rentenversicherung selbst spielt das Bedarfsprinzip also lediglich eine marginale Rolle und geht im Wesentlichen im Versicherungsprinzip auf.

Abschließende Bewertung der impliziten Gerechtigkeitsprinzipien in der GRV

Der „institutionelle Kern der GRV“ (Marschallek 2004: 300) besteht aus Umlageverfahren und Lebensstandardsicherung, wobei in den Institutionen der Alterssicherung in Deutschland gewöhnlich drei Zielsetzungen besonders hervorgehoben werden: das der Äquivalenz von Beiträgen und Leistungen, das der Einkommensersatzfunktion und das des sozialen Risikoausgleichs (Lauterbach et al. 2006: 2; Rürup-Kommission 2003: 68ff). Hinsichtlich der relativen Gewichtung dieser drei Zielsetzungen repräsentiert die Gesetzliche Rentenversicherung in typischer Weise das konservative deutsche Sozialstaatsmodell, da Armutsvermeidung und sozialer Risikoausgleich einen geringeren Stellenwert einnehmen als das Äquivalenzprinzip.²¹⁶ Durch die Reformen der letzten Jahre hat die Einkommensersatzfunktion der gesetzlichen Rente relativ an Bedeutung verloren, während das Äquivalenzprinzip eher gestärkt wurde.

In der Gesamtschau ist das Leistungsprinzip also sicherlich das dominierende Prinzip in der GRV, allerdings nicht im streng formalen Sinn eines intergenerationalen Equity-Prinzips, sondern auf dem Prinzip der Statussicherung beruhend. Das entscheidende Input-Kriterium ist weniger der monetäre Wert der geleisteten Beiträge als deren Statuswert. Die jüngsten Reformen haben dieses Element tendenziell gestärkt. Anders ist das bei der egalitaristischen Komponente in der GRV: Intragenerational ist es in der GRV ohnehin von untergeordneter

²¹⁶ Die Typisierung folgt Esping-Andersens (1990) Unterscheidung in liberale, sozialdemokratische und konservative Sozialstaatsregime.

Bedeutung, aber es wird auch intergenerational durch die Rücknahme der Dynamisierung im Zuge der demografischen Alterung und der damit einhergehenden Erosion der Lebensstandardsicherungsfunktion weiter an Bedeutung verlieren. Ausgeglichen werden sollen die Verluste durch andere Einkommensquellen im Alter. Diesen Einschränkungen des intergenerationalen Gleichheitsprinzips auf der Ausgabenseite steht allerdings ein Ausbau des Gleichheitsprinzips auf der Beitragsseite gegenüber, da mittlerweile ein intergenerational konstantes Beitragsniveau angestrebt wird. Für das Versicherungsprinzip in der GRV lässt sich konstatieren, dass dessen intergenerationaler Aspekt des Risikoausgleichs im Moment noch stark durch das Umlagesystem repräsentiert wird, aber teilweise durch kapitalgedeckte private Vorsorge substituiert werden soll. Die Möglichkeiten zum intergenerationalen Risikoausgleich werden dadurch eingeschränkt. Das Bedarfsprinzip ist in der GRV sicherlich intragenerational das am schwächsten ausgeprägte Prinzip, man darf jedoch nicht vergessen, dass das Umlagesystem in der Vergangenheit in historisch schwierigen Konstellationen (2. Weltkrieg, Wiedervereinigung) die Verarmung weiter Bevölkerungsteile der älteren Bevölkerung wirksam verhindern konnte.

Tabelle 11: Institutionalisierte Gerechtigkeitsprinzipien der Alterssicherung

Prinzipien	Elemente	intra- generational	inter- generational
Leistungsprinzip (Teilhabe- äquivalenz)	<ul style="list-style-type: none"> - Proportionalität von Beiträgen und Leistungen - Teilhabeäquivalenz über Entgeltpunkte zur Sicherung der relativen Statusposition - Prinzip der Beitragsäquivalenz in Form einer intergenerationalen Gleichheit implizierter Renditen ist sekundär und noch am stärksten durch die Berücksichtigung der Beitragsjahre gewährleistet - Verzicht auf Risikodifferenzierung impliziert partielle Umverteilung aufgrund systematisch unterschiedlicher Langlebigkeit bestimmter Personengruppen: etwa von Männern zu Frauen oder von niedrigen zu hohen Einkommensgruppen - Die Hinterbliebenenversorgung sowie die Anrechnung von Kindererziehungszeiten führen zu Umverteilung von erwerbstätigen Ein-Personen-Haushalten zu Ehepaaren und Familien bzw. deren Hinterbliebenen. Die Neuregelung von 1992 mit 3 EGP hat diesen Effekt tendenziell verstärkt (vgl. Rürup-Kommission 2003: 73f) 	stark	mittel; Status- äquivalenz, aber keine Beitrags- äquivalenz; Umlagefinan- zierung impli- ziert Umvertei- lung von Fami- lien zu Kinder- losen und von jungen und mittleren Ko- horten zu alten Kohorten

(Fortsetzung auf nächster Seite)

(Fortgesetzt von vorheriger Seite)

Gleichheitsprinzip (Einkommens- ersatzfunktion; Umlagesystem; Einnahmeorientie- rung)	<ul style="list-style-type: none"> - Teilweise Absicherung des Lebensstan- dards - Die faktischen Transferströme verlaufen von Erwerbstätigen zu Rentnern - Dynamische Anpassung an die Entwick- lung der Erwerbseinkommen - Rentenrechtlich betrachtet, handelt es sich um eine intertemporale Umverteilung im Lebensverlauf zur Glättung der Konsum- funktion (Eigentumscharakter der EGP) 	eher schwach, da Ungleich- heiten der Er- werbsphase ins Alter transfe- riert werden	mittel; in Zukunft weniger stark auf der Leis- tungsseite, aber stärker auf der Beitragsseite
Bedarfsprinzip I; (Maximin-Prinzip; Versicherungs- prinzip)	<ul style="list-style-type: none"> - Versicherung gegen Deprivation im Alter infolge von Langlebigkeit, bei Erwerbs- minderung, zur Versorgung Hinterbliebe- ner - Umlagefinanzierung als intergenerationaler Risikoausgleich 	mittel, da Leis- tungen nach Beiträgen ge- staffelt sind	eher stark, durch partielle Substitution mit privater kapital- gedeckter Vor- sorge in Zu- kunft weniger stark
Bedarfsprinzip II; (Solidaritäts- prinzip)	<ul style="list-style-type: none"> - Teilweise Anrechnung anderer Einkünfte bei Erwerbsminderungsrenten und Hinter- bliebenenrenten - Berücksichtigung beitragsfreier Zeiten wie bei Schwangerschaft und Mutterschaft, Krankheit und Arbeitslosigkeit - Leistungen an in der DDR politisch ver- folgte - Transfers von West nach Ost - Umverteilung zu Gunsten der Nachkriegs- rentnergeneration durch das „Einführungs- geschenk“ - Versicherungsfremde Leistungen, also Leistungen, denen keine äquivalenten Bei- träge gegenüber stehen, wie Erwerbsmin- derung, Hinterbliebenenversorgung und Rehabilitationsmaßnahmen werden teilwei- se durch Bundeszuschüsse kompensiert; Bundeszuschüsse entsprechen in etwa den versicherungsfremden Leistungen 	schwach	In der Vergan- genheit stark durch Umlage- finanzierung; in Zukunft schwä- cher durch den Ausbau privater Vorsorge

Eigene Darstellung in Anlehnung an den Bericht der Rürup-Kommission (2003) sowie Ruland (1990).

Einstellungsanalytischer Teil

6 Warum „empirische“ Gerechtigkeitsforschung?

Der vorherige Abschnitt hat gezeigt, dass das, was unter Generationengerechtigkeit zu verstehen ist, nicht einfach mit den von Ökonomen entwickelten Messkonzepten zu erfassen ist und, dass darüber hinaus in den Institutionen der Alterssicherung bereits eine Vielzahl unterschiedlicher intra- und intergenerationaler Gerechtigkeitskonzepte verwirklicht ist. Wie sich diese untereinander verhalten sollen, kann letztlich nur durch eine Rückbindung der normativen Vorschläge an die Gerechtigkeitsintuitionen der Bevölkerung geklärt werden, wie dies auch in verschiedenen Gerechtigkeitstheorien gefordert wird (vgl. die Ausführungen zu Rawls, Walzer und dem Capability-Ansatz im ersten Teil). Es gilt also im nächsten Schritt zu eruieren, wie bestehende Regelungen wahrgenommen werden und was dabei als gerecht eingeschätzt wird.

Auch wenn man grundsätzlich der Meinung ist, der Austausch normativer und empirischer Herangehensweisen sei fruchtbar, kommt man nicht umhin, die Bedeutung der eigenen Methode zu erläutern. Entscheidend dafür sich überhaupt mit der empirischen Erklärung sozialer Normen abzumühen, ist zunächst ein grundsätzliches Defizit vieler vertragstheoretischer Ansätze, zu denen auch der von Rawls gehört: Zu zeigen, dass sich ein Vorteil für alle aus einer sozialen Ordnung ergibt, ist noch nicht gleichzusetzen mit einer Erklärung des Entstehens dieser Ordnung.

Andere, zu denen etwa von v. Hayek inspirierte Ökonomen zählen, hegen dagegen Zweifel daran, dass die Frage danach, was gerecht sei, überhaupt empirisch beantwortet werden kann, da es sich um einen normativen Untersuchungsgegenstand handelt.²¹⁷ Es käme lediglich darauf an, die geeigneten Mittel zu finden, mit denen exogen gegebene Präferenzen zu geringsten Kosten realisiert werden können. Die Frage der Gerechtigkeit reduziert sich also darauf, zu kalkulieren, was der effizienteste Weg ist, ein normatives Ziel zu erreichen. Gerechtigkeit wird damit als externe Größe betrachtet, die nicht Gegenstand wissenschaftlicher Analyse ist.²¹⁸

²¹⁷ Ein ähnlicher Standpunkt ist bei Max Weber zu finden, wonach die Soziologie als empirische Wissenschaft nicht über geeignete normative Kriterien verfüge, um über das Vorliegen sozialer Gerechtigkeit zu entscheiden (vgl. Liebig 1997: 67-70).

²¹⁸ Die Rentenproblematik könnte auch rein versicherungsmathematisch angegangen werden. Durch die höhere Lebenserwartung erhöhen sich die Leistungen an die Rentner im Durchschnitt und verursachen Zusatzbelastun-

Gegen eine solche Herangehensweise ist vielleicht unter pragmatischen Gesichtspunkten wenig einzuwenden, solange die Beliebigkeit der Ziele und damit deren eingeschränkte Verallgemeinerbarkeit klar benannt und die zugrunde gelegten normativen Annahmen explizit gemacht werden („Wir definieren Generationengerechtigkeit so...“).²¹⁹ In diesem Fall ist der gewählte Standpunkt offen für Kritik und es kann diskutiert werden, inwiefern dieser allgemein anerkennungswürdig ist. Aus soziologischer Sicht ist es aber gerade die Frage des Zustandekommens dieser Präferenzen und ihrer allgemeinen Anerkennungswürdigkeit, die von größtem Interesse ist.

Dass auch in der Ökonomie auf Gerechtigkeit rekurriert wird, steht dabei außer Frage. Als Beispiel können einige Ausführungen von Rürup aus dem Jahr 1998 dienen: So seien die Leistungsrücknahmen des Rentenreformgesetzes von 1999 aus den Gründen der Akzeptanz des Systems, der Arbeitskostenstabilisierung und der intergenerativen Gerechtigkeit zu rechtfertigen. Die Definition der „intergenerativen Gerechtigkeit“ erschließt sich aus einer Fußnote, die Bezug nimmt auf eine Generationenbilanzierung im Oktoberbericht der Bundesbank von 1997 und eine deutliche Benachteiligung der jüngsten und zukünftigen Generationen konstatiert. Im weiteren Verlauf seiner Ausführung relativiert Rürup (1998) aber diese Definition intergenerativer Gerechtigkeit und spricht sozusagen rawlsianisch von einem „von den Gruppenmitgliedern akzeptierte[n] und umsetzbare[n] Gerechtigkeitsbegriff“. ²²⁰ Hieran könnte die empirische Gerechtigkeitsforschung direkt anknüpfen, indem sie herausfindet, was dieser allgemein akzeptierte Gerechtigkeitsbegriff wäre. Rürup führt diesen Gedanken jedoch nicht konsequent zu Ende. So wird später noch der Terminus „sachgerecht“ eingeführt, ohne dass klar wird, was damit gemeint ist. Es ist zu vermuten, dass nur Experten wissen, was „sachgerecht“ ist. ²²¹ Es wird deutlich, dass Rürup letztlich doch am Equity-Konzept der Generationenbilanzierung als universellem Gerechtigkeitskonzept festhält.

gen bei den Beitragszahlern. Zur Reduzierung dieser Belastungen und des Transfergewinns bei den Leistungsbeziehern ist eine Leistungsrücknahme erforderlich.

²¹⁹ Problematisch wird diese Exogenisierung, wenn der normative Standpunkt leichtfertig festgesetzt wird oder lediglich implizit bleibt. Gerade den Generational-Equity-Proponenten (vgl. Abschnitt zur Generationenbilanzierung, S. 146ff) kann dies zumindest in früheren Arbeiten zum Vorwurf gemacht werden.

²²⁰ In diese Richtung geht auch die Konzeption von Generationengerechtigkeit bei Bomsdorf (2004: 89), wonach „Gerechtigkeit zwischen den Generationen [...] in der Alterssicherung vor[liegt], wenn keine Generation Veranlassung hat, an der Alterssicherung kurz-, mittel- oder langfristig etwas zu ändern.“ Generationengerechtigkeit wäre also dann verletzt, wenn sich bezüglich der Präferenzen für Alterssicherungsinstitutionen Altersunterschiede nachweisen lassen.

²²¹ Die Vorstellung, dass es bestimmte technokratische Eliten sind, die wüssten, was letztlich gerecht sei, findet sich bei Jon Elster (1992: 236): „views to be widely held by lawyers, economists, and politicians, who are professional secular all-round problem solvers“. Ein Standpunkt, der aufgrund seiner normativen Beliebigkeit und demokratietheoretischen Fragwürdigkeit kaum zu überzeugen vermag (Wegener 1995b).

Die Festlegung von „Generational Equity“ als Generationengerechtigkeit, die von der ökonomischen Politikberatung als plausible Annäherung an einen schwer fassbaren Begriff vorgeschlagen wird, für den sie in der Bevölkerung entsprechende Präferenzen unterstellt, ist jedoch eine heroische Annahme. Wie bisherige Ergebnisse der empirischen Gerechtigkeitsforschung nahelegen und wie in dieser Arbeit untermauert werden soll, ist es für die Bevölkerung keineswegs selbstverständlich, Generationengerechtigkeit vornehmlich als Tauschgerechtigkeit unter dem Gesichtspunkt der Beitragsäquivalenz aufzufassen. Im Gegenteil, es zeigen sich, unabhängig vom ökonomischen Eigeninteresse andere Präferenzen in der Bevölkerung, die Statussicherung, ebenso wie bestimmten Umverteilungsaspekten ein erheblich höheres Gewicht zuschreiben. Equity, im Sinne von Beitragsäquivalenz, ist dabei nur ein Kriterium unter anderen und nicht einmal das Wichtigste. Mit anderen Worten, die von den Generational-Equity-Proponenten unterstellten Gerechtigkeitspräferenzen sind falsch. In der empirischen Gerechtigkeitsforschung geht es nun darum, diese exogenisierten Präferenzen zu explizieren und hinsichtlich ihrer Determinanten zu rekonstruieren.

Die Betrachtung impliziter Renditen oder impliziter Schulden wird dabei keineswegs als vollkommen uninteressant erachtet. Implizite Renditen und Generationenbilanzen sind ohne Frage ein wichtiges Instrument, um die Umverteilungswirkungen einzelner politischer Maßnahmen gegenüber dem Status quo messbar zu machen und daraus zumindest latente ökonomische Interessen (im Sinne Dahrendorfs) für unterschiedliche Kohorten abzuleiten.²²² Allerdings werden in der Debatte häufig normative Empfehlungen und Ansprüche mit der Gegenüberstellung impliziter Renditen verknüpft und in die Politikberatung eingebracht, die auf der Grundlage der eben vorgebrachten Argumente nicht vertretbar erscheinen.

Vorbehalte gegen die empirische Gerechtigkeitsforschung gibt es auch in der von Juristen dominierten Sozialbürokratie. Die Instrumente der Umfrageforschung seien zu grob, um mit ihnen die detaillierten und gerade im Rentenrecht technisch oft ausgesprochen komplexen gesetzlichen Regelungen angemessen evaluieren zu können, so eine Kritik.

Es ist richtig, dass die Bewertung technischer Konzepte wie der Entgeltpunkte, des Eckrentners oder des sog. Nachholfaktors in Umfragen ohne entsprechendes Vorwissen der Befragten kaum möglich ist. Dessen ungeachtet stehen hinter diesen konkreten Regelungen aber normative Prinzipien, wie Statussicherung oder Leistungsäquivalenz, deren Akzeptanz zwar

²²² Latente Interessen haben "[...] einen quasi-objektiven Charakter, insofern sie sich eben aus der objektiven, d. h. wirtschaftlich-sozialen Situation von 'Massen' deduzieren, durch direkte Befragung der betroffenen Personen aber nicht ermitteln lassen" (Dahrendorf 1972 (1955): 59).

ebenfalls nicht direkt gemessen werden kann, die aber als latente Konstrukte mittels geeigneter Indikatoren näherungsweise und reliabel bestimmt werden können. Insofern ist die Intention der empirischen Gerechtigkeitsforschung weniger die Bewertung konkreter Einzelregelungen, sondern die Evaluation der damit verbundenen bzw. intendierten Leitbilder, Verteilungsprinzipien und Verteilungsergebnisse von Sozialpolitik auf einer höheren Abstraktionsebene.²²³

Für eine soziologische Herangehensweise spricht zudem, dass die vertretenen Gerechtigkeitsvorstellungen, wie die empirische Gerechtigkeitsforschung wiederholt zeigen konnte, nicht unabhängig von der eigenen sozialen Position variieren. Ein Befund, der auf die in ihrem Selbstverständnis objektiven fachwissenschaftlichen Experten und Berater der Sozialbürokratie übertragbar sein dürfte. Hinsichtlich der Bewertung des Status quo und verschiedener Reformansätze unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten vertreten diese häufig andere Vorstellungen als der Durchschnitt der Bevölkerung (Köcher 2003; Wegener und Schrenker 2007). Umgekehrt besteht die Möglichkeit, dass die Fachleute bestimmte für die Bevölkerung bestehende Gerechtigkeitsprobleme nicht als solche wahrnehmen (Liebig 2006: 2).

Die Untersuchung der in der Bevölkerung vorliegenden Gerechtigkeitsvorstellungen ist zudem allein aufgrund der damit in demokratischen Systemen verbundenen legitimatorischen Implikationen interessant (Rothstein 1998). Politische Vorhaben sind gegen die Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung in Demokratien nicht, oder nur zu hohen Kosten, durchsetzbar. Die Legitimationsfunktion der Gerechtigkeitsvorstellungen ist der Kern der von Barr (2002: 23) geforderten „Politischen Nachhaltigkeit“ von Rentenreformen. Ihre Untersuchung wäre allerdings wenig relevant, wenn diese Gerechtigkeitseinstellungen keinerlei Verhaltenskonsequenzen aufweisen würden. In früheren Studien wurde bereits gezeigt, dass sich Gerechtigkeitswahrnehmungen und -einschätzungen auf politische Partizipation, Wahl- und Protestverhalten oder etwa die Häufigkeit krankheitsbedingter Fehltage auswirken (Lengfeld et al. 2002; Liebig und Schupp 2008; Liebig und Wegener 1999; Mühleck 2007). Weitere Verhaltenskonsequenzen sind naheliegend, wurden aber bislang kaum untersucht, etwa hinsicht-

²²³ Ein zweites Argument der Sozialbürokratie bezieht sich darauf, dass sich die Legitimation der gesetzlichen Regelungen aus den parlamentarischen Institutionen ergibt und insofern keiner weiteren Evaluation bedürfe. Diese Argumentation legt allerdings ein naives Verständnis des politischen Prozesses nahe. Oft genug hat gerade die Sozialbürokratie erheblichen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess, der zusätzlich von nicht demokratisch legitimierten Expertenkommissionen und Lobbygruppen entscheidend geprägt wird. Die Vorstellung Responsivität sei allein über die gewählten Vertreter des Parlaments herstellbar, ist vor diesem Hintergrund nicht aufrechtzuerhalten. Diese Sichtweise wäre zudem einseitig rechtspositivistisch und setzt Legalität mit Legitimität gleich.

lich der Befolgung als ungerecht empfundener rechtlicher Regelungen oder – im Zusammenhang mit der Alterssicherung – hinsichtlich eigener privater Vorsorgemaßnahmen oder Sozialversicherungsbetrug.

Zusammenfassend können an dieser Stelle noch einmal vier Argumente für die Relevanz der Analyse der in der Bevölkerung vorliegenden Gerechtigkeitsvorstellungen wiederholt werden, die von Mühleck und Wegener (2004a: 3) vorgebracht wurden:

- (1) Institutionen, die nicht die politische Unterstützung der Bevölkerung genießen, fehlt es an Legitimation (demokratiethoretisches Argument).
- (2) Regelungen, die polarisierend wirken oder sogar abgelehnt werden, sind gegen politische Widerstände schwer durchsetzbar bzw. Gegenstand politischer Kontroversen und von daher instabil (realpolitisches Argument).
- (3) Regierungen, die Regelungen einführen oder beibehalten, die mehrheitlich auf Ablehnung stoßen, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit abgewählt (machtpolitisches Argument).
- (4) Regeln, die als legitim betrachtet werden, werden dagegen eher befolgt, wodurch sich der Kontrollaufwand verringert (institutionentheoretisches Argument).

Letztlich muss es in einer Demokratie einen Konsens darüber geben, welche Ungleichheiten in welchem Ausmaß akzeptabel sind und welche Verteilungsregeln und Ergebnisse als legitim gelten. Die Frage nach der Gerechtigkeit, ist also eine Frage des gesellschaftlichen Konsenses und muss sich im politischen Prozess immer wieder aufs Neue bewähren, um neben den oben aufgeführten Punkten insbesondere die soziale Kohäsion zu gewährleisten. Diesen Konsens und seine Antezedensbedingungen zu untersuchen, ist Aufgabe der empirischen Gerechtigkeitsforschung.

7 Bisherige Ergebnisse zu Verteilungspräferenzen in der Alterssicherung

Es gibt bislang kaum empirische Studien, die Gerechtigkeitseinstellungen zur Alterssicherung untersuchen (Dallinger und Liebig 2004). Aber es existieren einige Analysen zu sozialstaatlichen Einstellungen, in denen teilweise auch der Bereich Alterssicherung behandelt wird. Es muss deshalb im Folgenden zwischen allgemeiner soziologischer Einstellungsforschung und empirischer Gerechtigkeitsforschung im engeren Sinn unterschieden werden. Einige Ergebnisse aus der allgemeinen Einstellungsforschung werden zunächst kurz wiedergegeben:

In Deutschland, wie auch in Frankreich, Italien und Spanien, gibt es im Jahr 2000 mehrheitlich Zustimmung für eine garantierte Mindestrente (Boeri et al. 2001, 2002a, b, 2004). Und obwohl im Detail eine Präferenz für den Status quo auszumachen ist, existieren Sorgen hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit der Rentensysteme und damit verbunden eine generelle Reformbereitschaft. In Deutschland finden Boeri et al. (2001) größere Unterstützung für eine teilweise Substitution des Umlagesystems durch verpflichtende private Vorsorge bei Jüngeren, bei ökonomisch privilegierten Statusgruppen und bei über die Alterssicherung besser Informierten. Bemerkenswert ist, dass weniger als die Hälfte der Beitragszahler in Deutschland wissen, dass ihre Beiträge zur Rentenversicherung vollständig zur Finanzierung der gegenwärtigen Renten herangezogen werden (Boeri et al. 2001: 42). Sofern der Status quo nicht beibehalten werden sollte, präferieren die Befragten eher eine Verschiebung staatlicher Ausgaben zugunsten Jüngerer. Allerdings stellen Boeri et al. (2002a: 400) in einer Wiederholungsbefragung fest, dass die Riester-Reform dieses Verhältnis wieder zu Ungunsten der Jüngeren verschoben hat.

Wunder und Schwarze (2005) konstatieren für Deutschland im Jahr 2002, also ebenfalls nach der Riester-Reform, eine deutlich geringere Zufriedenheit mit der Alterssicherung unter Jüngeren als unter Älteren. Dieser Effekt lag im Jahr 1992 noch nicht vor. Zufriedenheit dient dabei in einem ökonomischen Theorierahmen als subjektiver Nutzenindikator. Fragmentierte Erwerbsbiografien wirken sich besonders negativ auf die Zufriedenheit aus. Privatwirtschaftlicher Vorsorge wird gleichwohl mit Skepsis begegnet und staatlichen Institutionen größeres Vertrauen entgegengebracht.

Nüchter et al. (2008) zeigen anhand einer für Deutschland repräsentativen telefonischen Befragung im Jahr 2006, dass Riester-Produkte in sozioökonomisch weniger privilegierten Bevölkerungsgruppen kaum genutzt werden, weil die Einkommenssituation das nicht zulässt.

Ein Ausbau der privaten Vorsorge wird von diesen entsprechend abgelehnt. Im Gegensatz zur in anderen Studien überwiegend vorgefundenen Präferenz für den Status quo stellen Nüchter et al. (2008: 111) fest, dass 72 Prozent der Befragten eine grundsätzliche Reform des Rentensystem als notwendig erachten. Bei konkreten Fragen zur Ausgestaltung des Umlagesystems wird allerdings deutlich, dass eine relative Mehrheit von 44 Prozent die reformintendierte Konstanz der Beitragssätze (Defined Contributions) ablehnt und stattdessen mehrheitlich für eine Beibehaltung der Rentenhöhen plädiert, auch wenn das höhere Beitragssätze zur Folge hätte (Nüchter et al. 2008: 112). Allerdings geht der Trend in den Zustimmungswerten in Richtung des Defined-Contribution-Systems, wie ein Vergleich mit einer Erhebung aus dem Jahr 2001 zeigt (vgl. auch Kohl 2003). Nichtsdestotrotz zeigen sich damit nach wie vor deutliche Präferenzen für die Regelungen, die vor den Reformen im Rentensystem galten. Auch die Erhöhung des Renteneintrittsalters wird mit großer Mehrheit abgelehnt – ein Befund, der sich im Vergleich zur Umfrage des Jahres 2001 als stabil erweist.²²⁴ Daneben wird deutlich, dass eine überwältigende Mehrheit der Befragten eine garantierte Mindestrente und die Ausweitung der Beitragsbasis auf Selbständige und Beamte befürwortet. Hinsichtlich der Organisationsprinzipien der Alterssicherung werden die Statussicherungsfunktion sowie eine umverteilende und umfassende staatliche Absicherung wesentlich stärker befürwortet als eine maßgeblich auf Eigenverantwortung basierende Alterssicherung. Die Präferenzen für die letzten beiden Organisationsprinzipien sind mit den auch im ISJP erhobenen Gerechtigkeitsideologien *Egalitarismus* und *Individualismus* positiv korreliert (Nüchter et al. 2008: 133-144; siehe auch S. 263).

Jacobs und Matthews (2008) zeigen anhand einer repräsentativen US-amerikanischen Stichprobe, wie Unsicherheit über langfristige politische Entwicklungen dazu führt, dass kurzfristig schmerzhaft Reformen zur Lösung langfristiger Probleme im Rentensystem keine Mehrheit finden. Der zukünftige Nutzen entsprechender Maßnahmen wird wegen der politischen Unsicherheit soweit diskontiert, dass er die individuellen Reformkosten in der Gegenwart nicht mehr aufzuwiegen vermag. Regierungsvertrauen wird dabei als Moderatorvariable identifiziert.

²²⁴ Für Schokkaert und Van Parijs (2003: 260) erscheint eine gerechtigkeits-theoretische Rahmung geeignet, um Reformen im Alterssicherungssystem zu vermitteln. Diese Legitimationsgrundlage sei insbesondere im Zusammenhang mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters wichtig, da es diesbezüglich starke Widerstände in der Bevölkerung gebe.

Blome et al. (2008: 315-336) widmen sich den Fragen, ob es einen Generationenkonflikt gibt und – unter Bezugnahme auf das Konzept der „Versorgungsklassen“ – inwiefern Präferenzen bezüglich Alterssicherung und Generationenpolitik interessengeleitet sind. In Deutschland finden sie im Jahr 2001 (Datenbasis: Eurobarometer) Zustimmungswerte von 90 Prozent dafür, dass der Staat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem für Frauen fördern sollte, um deren Erwerbsbeteiligung zu erhöhen.²²⁵ Insgesamt gibt es einen großen Konsens zwischen den Altersgruppen, wenngleich die Zustimmung in der Gruppe der 30- bis 45jährigen etwas größer ausfällt. Frauen stimmen deutlich häufiger zu als Männer.

Größere Altersunterschiede finden Blome et al. (2008) beim Vertrauen in die Rentenversicherung (Datenbasis: European Quality of Life Survey 2003). Bei den unter 45jährigen vertrauen nur knapp über 20 Prozent der Befragten dem Rentensystem. Bei den über 65jährigen sind es immerhin noch knapp über 50 Prozent (siehe auch Nüchter et al. 2008). Direkt danach gefragt, für wie stark die Befragten Spannungen zwischen Jung und Alt halten, sehen aber weniger als 15 Prozent starkes Konfliktpotential. Spannungen zwischen Arm und Reich, Arbeitern und Managern oder ethnischen Gruppen werden dagegen ungefähr von jedem Dritten als gravierend eingeschätzt. Interessant ist, dass gerade die Altersgruppe der 30- bis 44jährigen, also diejenige, die dem Rentensystem besonders misstraut, am seltensten intergenerationale Konflikte wahrnimmt.

Aus ihrer Analyse schließen Blome et al. (2008), dass die Einhegung intergenerationalen Konfliktpotentials in persönliche Beziehungen konsensstiftend wirke, weswegen man in Bereichen wie der traditionell stark familial organisierten Pflege kaum Alterseffekte findet, während man diese im staatlichen Bereich der Alterssicherung durchaus zu identifizieren vermag. Aber auch dort stünden sich keine antagonistischen Sozialkategorien gegenüber, sondern letztlich Eltern, Kinder und Enkel, was die Antagonismen im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Spannungslinien dämpfe. Weiter sei im Gegensatz zu anderen sozialen Konflikten die Zugehörigkeit zu einer der generationalen Kategorien im Lebenszyklus nicht fix, und Rentenzahlungen würden zudem innerhalb der Familie oftmals umverteilt. Aus Sicht der Autoren sei der Generationenkonflikt daher „eher Mythos als Realität“ (Blome et al. 2008: 336).

Zu einem ähnlichen Schluss kommt Köcher (2003) auf Basis von Umfragedaten aus dem Jahr 2003. Weder gebe es einen Generationenkonflikt, noch fehle es bei den Jüngeren an Bereitschaft, höhere Belastungen zur Absicherung der Rentner hinzunehmen. Sie hält das Prob-

²²⁵ Die Werte mit „starker Zustimmung“ sind in Deutschland allerdings deutlich geringer als beispielsweise in Schweden.

lem der Generationengerechtigkeit deshalb für eine „Schimäre“ und sieht eine große Diskrepanz zwischen der Bevölkerung und den Vorstellungen der Experten bei diesem Thema. Auch im europäischen Vergleich gibt es eine große Bereitschaft, bei steigenden Belastungen die gegenwärtigen Rentenniveaus aufrecht zu erhalten (Kohl 2003).

Die Situation in Deutschland unterscheidet sich damit nicht wesentlich von früheren Ergebnissen aus den USA: die Unterstützung des Rentensystems war dort in allen Altersgruppen annähernd gleich groß und sehr hoch (Day 1990: 41-52). Van Parijs (2006: 298) schlussfolgert daraus, dass sich trotzdem darin das Eigeninteresse der Jüngeren widerspiegeln, da diese selbst früher oder später ins Rentenalter kämen. Bei anderen Themen ließen sich nämlich durchaus auf Eigeninteresse zurückführbare Altersunterschiede finden. So gebe es negative Korrelationen zwischen Alter und einer Befürwortung von Bildungsausgaben oder Transferzahlungen zu den Jüngeren sowie bei langfristigen Umweltthemen. Da es in Zukunft mehr Kinderlose und schwächer ausgeprägte Bindungen zwischen Alten und Jungen aufgrund geografischer und sozialer Mobilität gebe, vermutet er, dass Konflikte zunehmen dürften.

Ähnliche deskriptive Ergebnisse finden Liebig und Scheller (2007: 315) auf Grundlage der auch hier analysierten Daten aus dem International Social Justice Project. Hinsichtlich der Rentenpolitik gibt es kaum Altersunterschiede, sehr wohl aber hinsichtlich der Unterstützung junger Familien durch den Staat. Allerdings wird in der Bevölkerung mehrheitlich eine ungerechte Benachteiligung der Jüngeren in der Alterssicherung wahrgenommen. Das gefühlte Gerechtigkeitsdefizit hat sich gegenüber dem Jahr 2000 vergrößert (Wegener und Schrenker 2007).

Neben den beiden zuletzt referenzierten Studien, ist die Untersuchung von Dallinger und Liebig (2004) eine der wenigen mit explizitem Gerechtigkeitsbezug und steht in der Tradition der empirischen Gerechtigkeitsforschung. Die Autoren finden auf Basis der ISJP-Erhebung 2000 in Deutschland kaum strukturelle Determinanten für die Wahrnehmung einer ungerechten Benachteiligung der Jüngeren im Rentensystem. Den stärksten Effekt hat noch die Kohortenzugehörigkeit, wobei jüngere Kohorten tendenziell mehr Ungerechtigkeit wahrnehmen als Ältere. Es zeigt sich also ein linearer Zusammenhang und es sind nicht die „mittleren“ zwischen 1950 und 1969 geborenen Kohorten, die die Benachteiligung am stärksten empfinden. Hinsichtlich spezifischer Organisationsprinzipien treten diese Kohorteneffekte jedoch in den Hintergrund. Die Zustimmung zum Äquivalenzprinzip in der Rente ist vor allem abhängig von allgemeinen normativen Dispositionen (Gerechtigkeitsideologien), wobei Frauen Einkommensäquivalenz stärker ablehnen. Die Effekte der individuellen sozioökonomischen Posi-

tion sind ansonsten erstaunlich gering. Die Befürwortung einer Grundrente ist allerdings in der mittleren Generation (Kohorten 1950 bis 1969) mit 49 Prozent am stärksten ausgeprägt. Die Zustimmung, sowohl zum Äquivalenzprinzip als auch zu einer staatlichen Grundrente, steigt mit zunehmender Bildung, während sich beim Einkommen ein positiver Effekt bezüglich des Äquivalenzprinzips und ein negativer Effekt bezüglich der Zustimmung zur Grundrente offenbart. Sorgen um die Sicherheit der Renten führen nicht zu einer Abkehr vom Äquivalenzprinzip, erhöhen aber die Präferenz für ein Grundrentensystem.²²⁶

Abgesehen von den Untersuchungen von Dallinger und Liebig (2004) und Nüchter (2008), in denen zumindest ein Zusammenhang zu sog. *Gerechtigkeitsideologien* (siehe S. 260ff) hergestellt wird, nehmen die vorliegenden Untersuchungen bisher kaum Bezug zu etablierten Konzepten und Erklärungsansätzen aus der empirischen Gerechtigkeitsforschung. Insbesondere Ansätze aus dem Bereich der sog. *Belohnungsgerechtigkeit* (siehe S. 237ff) wurden bisher nicht in der Forschung berücksichtigt. Bei den Präferenzen für bestimmte Sicherungssysteme wurden in der Regel nur sehr allgemeine Fragen verwendet, die beispielsweise nicht genau quantifizieren können, wie stark die Kopplung der Renten an die Erwerbseinkommen oder Beitragsjahre ausfallen sollte. In vielen Studien wurden Hinweise auf die mehrheitliche Befürwortung einer garantierten Mindestrente gefunden, ohne dass jedoch geklärt wurde, welches Grundsicherungsniveau tatsächlich präferiert wird. Die Höhe einer solchen Mindestrente ist aber entscheidend dafür, ob sie eher egalisierend oder eher differenzierend hinsichtlich der Altersvorsorge wirkt. Die bisherigen Ergebnisse lassen also viel Interpretationsspielraum, so dass der Konsens in spezifischen Bereichen möglicherweise überschätzt wird.

Insgesamt wird in den meisten Studien implizit ein Zusammenhang zwischen sozialstaatlichen Präferenzen und bestimmten normativen Verteilungsvorstellungen unterstellt, ohne dass dieser operationalisiert und empirisch nachgewiesen wird. Außerdem bleibt im Dunkeln, woher die Gerechtigkeitsvorstellungen in der Alterssicherung kommen. Bislang nicht ausreichend geklärt ist insbesondere, ob sozialstaatliche Präferenzen in der Alterssicherung eher

²²⁶ Im Bereich der sozialstaatlichen Einstellungsforschung gibt es noch eine Reihe weiterer Studien, die hier nicht einzeln aufgeführt werden, da sie tendenziell zu ähnlichen Ergebnissen kommen wie die oben angeführten Studien (Blekesaune 2007; Blekesaune und Quadagno 2003; Heien 2002: 62ff; Jaeger 2009; Kaufmann 2005; Kohl 2007; Taylor-Gooby 1995, 2005). Marquardt und Peters (1997) testen das Median-Voter-Argument, wonach Reformen zugunsten Jüngerer mit zunehmender demografischer Alterung schwieriger werden und finden dafür Bestätigung. Ansonsten ist dem Autor nur eine weitere Untersuchung zur Alterssicherung mit explizitem Gerechtigkeitsbezug bekannt: Van der Heijden et al. (1997) stellen anhand einer Befragung in den Niederlanden fest, dass jüngere Personen und Personen mittleren Alters bei ihren Verteilungspräferenzen im Umlagesystem eher von Gerechtigkeitserwägungen geleitet werden als Ältere.

von spezifischen *intergenerationalen* Gerechtigkeitsüberlegungen geleitet werden oder von allgemeinen *intragenerationalen* Verteilungsideologien. Bisher unbefriedigend sind auch die verwendeten Erklärungsansätze zur Variation sozialstaatlicher Präferenzen, die in den meisten Fällen lediglich auf ökonomische Interessen Bezug nehmen, seltener auch normative Dispositionen berücksichtigen und vor allem zu wenig auf kognitive und wahrnehmungspsychologische Phänomene eingehen. Ungeklärt ist z. B. die Diskrepanz, die sich zwischen dem Vertrauensverlust gegenüber der Alterssicherung, der Wahrnehmung einer starken Benachteiligung der Jüngeren und der behaupteten hohen Reformbereitschaft in der Bevölkerung im Allgemeinen auf der einen Seite und der überwiegenden Präferenz für den Status quo im Konkreten auf der anderen Seite ergibt. Die Ergebnisse von Nüchter et al. (2008) deuten darauf hin, dass sich Gerechtigkeitsvorstellungen in der Alterssicherung stark am Status quo orientieren und sich diesem nach einer institutionellen Veränderung zeitverzögert anpassen. Die empirische Gerechtigkeitsforschung kann möglicherweise die Mechanismen für solche Anpassungsprozesse herausarbeiten.

8 Empirische Erklärungsansätze von Gerechtigkeitseinstellungen

Die empirische Gerechtigkeitsforschung geht grundsätzlich davon aus, dass man Gerechtigkeitsurteile und Gerechtigkeitswahrnehmungen systematisieren und auf ihre kausalen Anteilsbedingungen hin untersuchen kann. Implizit lehnt sie damit den nihilistischen Standpunkt ab, der Rekurs auf Gerechtigkeit sei beliebig und würde stets willkürlichen oder subjektiven Setzungen der Akteure unterliegen; mit anderen Worten: Gerechtigkeit liege im ‚Auge des Betrachters‘ (Walster et al. 1976) oder sei lediglich ein rhetorisches Stilmittel der politischen Kommunikation (Kersting 2003; vgl. auch Luhmann 1991) – häufig genug würden (doppelte) moralische Standards nicht einmal die Minimalforderung individueller Kohärenz erfüllen.²²⁷

Für die empirische Gerechtigkeitsforschung sind die alltäglichen Verwendungsweisen des Gerechtigkeitsbegriffs hingegen nicht beliebig, sondern folgen bestimmten, entweder universellen oder kontextuell variierenden, Gesetzmäßigkeiten, die empirisch rekonstruiert werden können (Wegener 1995a). Sie versucht folgende, bereits eingangs erwähnte, zentrale Fragen zu klären:

- (1) Was empfinden Individuen oder Kollektive als gerecht und warum?
- (2) Wie beeinflussen Vorstellungen des Gerechten tatsächliche Situationen?
- (3) Welches Ausmaß an Ungerechtigkeit empfinden Individuen, wenn perfekte Gerechtigkeit nicht vorliegt?
- (4) Welche Konsequenzen hinsichtlich Verhalten und Gesellschaft folgen aus wahrgenommener Ungerechtigkeit?

Zur Beantwortung dieser Fragen kann sich die empirische Gerechtigkeitsforschung auf bestehendes theoretisches Vorwissen beziehen, das in den folgenden Kapiteln dargestellt werden soll. Dabei kann man sich grob auf zwei unterschiedliche sozialwissenschaftliche Traditionen berufen: (1) In Anlehnung an Durkheim, Parsons oder den „späten“ Rawls (1992) kann man betonen, wie wichtig Konsens über die grundsätzlichen Normen der Verteilung von Ressourcen für das Funktionieren und den Zusammenhalt in einer Gesellschaft ist. (2) Man kann aber auch die konflikttheoretische Position vertreten und, z. B. mit Verweis auf Marx, hinter unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen vor allem die ökonomischen Interessen antagonistischer Klassen oder sozialer Statusgruppen vermuten. In den folgenden Kapiteln werden neben

²²⁷ Auch Weber lehnte die Möglichkeit von Gerechtigkeit als eines „einheitlichen integrativen Wertstandards“ in einer von sozialer Differenzierung und damit einhergehender Wertepluralisierung geprägten Gesellschaft ab (Müller 1995; Müller und Wegener 1995: 13).

diesen divergenten Grundpositionen einige sozialwissenschaftliche Mikrotheorien dargestellt, um schließlich genauer auf empirische Erklärungsansätze im Bereich der psychologisch und soziologisch fundierten Gerechtigkeitsforschung einzugehen.

8.1 Sozialwissenschaftliche Hintergrundtheorien

8.1.1 Die Konsens- und konflikttheoretische Perspektive auf Gerechtigkeit

In der Soziologie existieren zwei grundsätzliche makrosoziologische Sichtweisen auf Gerechtigkeit – einer konsenstheoretische und einer konflikttheoretische (Arts 1995; Arts und van der Veen 1992; Liebig 1997: 31-74; Müller und Wegener 1995).²²⁸ Die konsenstheoretische Perspektive legt ihren Fokus auf das Problem der sozialen Kohäsion: „Wie ist es möglich, dass Menschen friedlich zusammenleben?“ (Arts 1995: 109). Nach Durkheim ist eine Gesellschaft „[...] nur dann ‚solidarisch‘ und stabil, wenn die Formen der Arbeitsteilung und die institutionellen Verteilungsregeln mit den Gerechtigkeitsprinzipien der herrschenden Moral übereinstimmen“ (Wegener 1992b: 269). Je größer das Ausmaß der Arbeitsteilung und sozialen Differenzierung, umso universellere Konzeptionen von Gerechtigkeit werden benötigt. Dieser Prozess wird bei Parsons (1951) als Normgeneralisierung bezeichnet. Für moderne Gesellschaften sei daher ein auf funktionalistische Leistungsbewertung hin angelegter Normkonsens konstitutiv (Wegener 1992a, 1995b). Unterschiedliche Berufe werden darin nach ihrer Wichtigkeit für das Überleben und den Wohlstand einer Gesellschaft hierarchisch geordnet und mit unterschiedlich hohen Belohnungen ausgestattet. Die Güterallokation wird dabei aber nicht allein dem Markt überlassen, sondern gegebenenfalls institutionell so modifiziert, dass sie mit funktionalistischen Vorstellungen von Leistungsgerechtigkeit vereinbar ist. Entlohnungen entlang askriptiver Merkmale, die nicht durch individuelle Anstrengung modifizierbar sind, werden dagegen beschränkt. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die wichtigsten beruflichen Positionen für die talentiertesten Individuen attraktiv und zugänglich sind und ein möglichst allgemeingültiger Bewertungsmaßstab angewendet wird. Die soziale

²²⁸ In Anlehnung an Weber kann noch ein dritte makrosoziologische Perspektive unterschieden werden, die von Müller als „Unmöglichkeitstheorem“ (Müller 1995: 140) bezeichnet wird. Begründet wird die Unmöglichkeit von Gerechtigkeit mit der sozialen Differenzierung, die zu einer „Pluralisierung der Wertsphären“ geführt habe. Eine ähnliche Position findet sich bei Luhmann (vgl. Liebig 1997: 67-70).

Kohäsion ist dabei umso höher, je stärker die Mitglieder einer Gesellschaft integriert sind und je strikter ihre Sozialisation im Hinblick auf diesen Normkonsens ist (Arts 1995: 110). Auch bei modernen Gerechtigkeitstheoretikern, wie John Rawls, findet sich die Vorstellung eines für Arbeitsteilung konstitutiven Gerechtigkeitskonsenses wieder. Der aus sozialer Ungleichheit resultierende Interessenpartikularismus stellt jedoch eine Herausforderung jeder Gerechtigkeitskonzeption dar: Wenn Ungleichheiten durch den Normkonsens nicht legitimiert sind, kommt es zu sozialen Konflikten.

Diese konflikttheoretische Sichtweise auf Gerechtigkeit lässt sich zu Marx zurückverfolgen. Für Marxisten sind die bestimmenden Faktoren gesellschaftlicher Entwicklung soziale Ungleichheit und antagonistische Interessen (Arts 1995: 116). Moralische Prinzipien entstehen aus den materiellen Gegebenheiten einer Gesellschaft und dienen vor allem der Legitimation von ökonomischen Klasseninteressen – zumindest sofern die Klasseninteressen bewusst sind und aus der „Klasse an sich“ eine „Klasse für sich“ geworden ist. Im historischen Materialismus sind es nicht die Gerechtigkeitserwägungen, die die Verteilungsverhältnisse bestimmen, sondern die Produktionsverhältnisse („Sein“) bestimmen die Gerechtigkeitsvorstellungen („Bewusstsein“).

Allerdings macht das von Marx geprägte Ideologieverständnis deutlich, dass das Vorhandensein und die stabilisierende Funktion konsensueller Gerechtigkeitsvorstellungen durchaus anerkannt werden (Liebig 1997: 48).²²⁹ Die Interpretation dieses Umstands fällt jedoch wesentlich kritischer aus als in der funktionalistischen Schichtungstheorie: Die „herrschenden Ideen einer Zeit“ spiegeln demnach „stets nur“ die „Ideen der herrschenden Klasse“ wieder (Marx und Engels 2009 (1872): 46) und lassen sich bei den Ausgebeuteten als „falsches Bewusstsein“ (Lukács 1923) wiederfinden. Gerechtigkeitsideologien sind Bestandteil des kulturellen Überbaus und dienen der herrschenden Klasse dazu, Zwang und Ausbeutung zu legitimieren. Gerechtigkeit wird insofern ein lediglich instrumenteller Charakter zugesprochen. Anders als bei Rawls geht es dabei eben nicht um den Ausgleich partikularer Interessen, sondern um deren Durchsetzung (Liebig 1997: 49). Da die herrschende Klasse, sowohl die kulturelle als auch die industrielle Produktion kontrolliert, führen Indoktrination und Lohnabhängigkeit zu einer Übernahme der dominanten Ideologie in der Arbeiterklasse. Das marxistische Konzept des „falschen Bewusstseins“ verweist zudem darauf, dass Wahrnehmungen eine

²²⁹ Die Rede ist deshalb auch von zwei unterschiedlichen Ideologietheorien bei Marx (Abercrombie und Turner 1978: 150)

zentrale Rolle bei der Vermittlung zwischen objektiven Ungleichheitsbedingungen und subjektiven Gerechtigkeitsvorstellungen zukommt.

Die sog. *Dominant-Ideology-Hypothese* (Abercrombie 1980) versucht die beiden, etwas widersprüchlichen, marxistischen Ideologietheorien – dominante Ideologien vs. antagonistische Klassenideologien – zu integrieren, indem zwischen einer abstrakten und einer konkreten Bewertungsebene differenziert wird (Arts 1995: 117f). Auf abstrakter Ebene findet eine Anerkennung des dominierenden und systemlegitimierenden Leistungsprinzips auch von der unterdrückten Klasse statt, während in konkreten Verteilungssituationen sog. „challenging beliefs“ (Kluegel 1986, 1989) vertreten werden, die auf das Gleichheits- oder Bedürfnisprinzip rekurrieren und das Eigeninteresse der subordinierten Klasse widerspiegeln.²³⁰

Die empirische Untersuchung von Konsens und Konflikt ist auch im Hinblick auf die für die Gerechtigkeitsphilosophie wichtige Frage interessant, ob es so etwas wie universelle Gerechtigkeitsstandards gibt. Während Michael Walzer die Vorstellung einer universellen Gerechtigkeit ablehnt, erhebt Rawls den Anspruch der universellen Gültigkeit seiner Konzeption. Gerade weil Rawls aber den Kultur- und Interessenpartikularismus als empirische Realität anerkennt, kann sich die „universelle Gerechtigkeit“ jedoch nur auf die Grundstruktur westlicher Gesellschaften beziehen. Auch bei Parsons ist Konsens über die Verteilungsprinzipien funktional notwendig, aber nur innerhalb einer Gesellschaft. Zwischen Gesellschaften werden dagegen durchaus kulturelle Unterschiede erwartet.²³¹ Allgemein kann man die Hypothese aufstellen, dass in kulturell und sozialstrukturell homogenen Gesellschaften leichter Konsens über Gerechtigkeit herzustellen sein wird als in heterogenen Gesellschaften (Arts 1995: 123). In heterogenen Gesellschaften wird dieser Konsens allenfalls auf einer abstrakten Ebene vorliegen, während in gesellschaftlichen Teilbereichen und konkreten Situationen zunehmend mit Dissens zu rechnen ist.²³² Als weitere Determinante des Konsensgrades wird von Arts (1995: 124) das Ausmaß der Institutionalisierung genannt. Bei Verteilungsproblemen, für die bereits kodifizierte Regeln vorliegen, werden sich Individuen an diesen orientieren und ihre

²³⁰ Auf diesen Punkt wird in einem späteren Abschnitt noch genauer eingegangen (siehe S. 257ff), da die Vorstellung einer *dominanten Ideologie* verfehlt sei, wie Abercrombie und Turner (1978) selbst gezeigt haben.

²³¹ Man kann aber davon ausgehen, dass im Zuge einer zunehmenden globalen Arbeitsteilung und einer stärkeren Integration einzelner Nationalstaaten in überstaatliche Gebilde, wie z. B. der EU, auch eine globale Normgeneralisierung zunehmend notwendig wird und der Druck zu einer Konvergenz moralischer Standards steigen dürfte.

²³² Nach dem Konzept der „Issue-Specific-Publics“ (Converse 2004) ist in Bereichen, die nur für gesellschaftliche Teilgruppen relevant sind, zudem in größerem Umfang mit indifferenten Haltungen zu rechnen. Danach kann man davon ausgehen, dass insbesondere bei Jüngeren, für die die Alterssicherung „weit entfernt“ erscheint, noch wenig ausgeprägte Präferenzen in diesem Bereich vorliegen dürften.

eigenen Vorstellungen tendenziell am Status quo ausrichten.²³³ Die bestehenden Regelungen stellen dabei so etwas wie einen normativen Fokuspunkt der Aufmerksamkeit dar. Selektive Aufmerksamkeitsprozesse können dazu führen, dass eher Begründungen gesucht und auch zur Verfügung gestellt werden, dafür, warum eine Güterverteilung so sein sollte, wie sie ist (Legitimationsfunktion), als Gründe dafür, warum sie nicht so sein sollte (vgl. Mussweiler 2007; Strack und Mussweiler 1997).

8.1.2 Homo Sociologicus, Oeconomicus oder Heuristicus?

Auch wenn die eben skizzierten makrosoziologischen Sichtweisen auf Gerechtigkeit für sich interessant sind, benötigt eine Erklärung individueller Einstellungen eine mikrosoziologische Fundierung, die über die relevanten kausalen Mechanismen der Genese von Gerechtigkeits-einstellungen informiert. Wenn man individuelle Einstellungen und Verhalten erklären will, muss man sich folglich zunächst über einige anthropologische Annahmen verständigen, auf deren Basis theoretische Vorhersagen erst möglich werden. Um von keinem einseitigen, reduktionistischen Menschenbild auszugehen, werden im Folgenden drei Basisannahmen eingeführt, die sich an das RREEMM-Modell Siegwart Lindbergs anlehnen (1985, 2001b, a, 2006):²³⁴ Die makrosoziologischen Sichtweisen auf Gerechtigkeit – konsentstheoretisch oder konfliktstheoretisch – korrespondieren mit den Vorstellungen des Homo Sociologicus und des Homo Oeconomicus. Diese beiden klassischen Sichtweisen werden ergänzt um wahrnehmungs- und kognitionspsychologische Elemente (Homo Heuristicus).

Die erste Annahme geht von der klassischen soziologischen Vorstellung bei Durkheim und Parsons aus, dass Menschen bestimmten internalisierten Wertvorstellungen folgen, die sich aus der gesellschaftlichen Eingebundenheit der Individuen ergeben (Modell des Homo Sociologicus). Da Menschen auf die Gemeinschaft angewiesen sind, gehören zur *conditio humana* nach Lindenberg immer soziale Beschränkungen wie Rollenerwartungen, Traditionen, rechtliche und soziale Normen oder Moralvorstellungen. Diese reduzieren Verhaltensunsicherheiten und erleichtern so das Zusammenleben zwischen Individuen. Zudem werden durch soziale Normen aus einer Vielzahl von Verhaltensoptionen bestimmte Handlungsalter-

²³³ Das Vorliegen kodifizierter Regelungen bestimmt auch, ob etwas überhaupt als Gerechtigkeitsproblem wahrgenommen wird. So argumentieren Liebig und Scheller (2007: 307), dass das weitgehende Fehlen kodifizierter Verteilungsregeln im Bereich der Hausarbeit dazu führt, dass objektive Ungleichbehandlungen bzw. Benachteiligungen nicht als Gerechtigkeitsproblem wahrgenommen werden (vgl. auch Major 1993; Mikula 1998: 218).

²³⁴ RREEMM steht für resourceful, restricted, evaluating, expecting, maximizing, man (vgl. auch Esser 1993).

nativen vorselektiert.²³⁵ Dabei können soziale Normen zunächst so verstanden werden, wie das von Jon Elster (1989: 98) formuliert wurde:

„I define social norms by the feature that they are not outcome-oriented [...]. The imperatives expressed in social norms [...] are unconditional [...].“

Soziale Normen sind demnach kein Mittel um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, sondern haben einen Wert ‚an sich‘, weswegen sie von Individuen auch ohne bewusste instrumentelle Überlegungen befolgt werden. Sie sind nicht begründungsbedürftig im Hinblick auf ihre Konsequenzen und deshalb gerade bei Unsicherheit attraktiv. Freilich ist eine solche Gegenüberstellung von extrinsisch-ökonomischen und internal-normativen Motiven letztlich zu schematisch. Die Einhaltung sozialer Normen kann gleichwohl auf außerindividuelle Ziele gerichtet sein, etwa auf Erwartungen sozialer Anerkennung, auf Prestigegewinne oder transzendente Heilserwartungen.²³⁶ Schichtspezifische Sozialisationsprozesse können außerdem zur unbewussten Herausbildung von Normvorstellungen führen, die den eigenen Klasseninteressen dienen. Zudem ist soziale Anerkennung und materieller Wohlstand gemäß der funktionalistischen Schichtungstheorie in kapitalistischen Gesellschaften in der Regel hoch korreliert (Davis und Moore 1945). Die wichtige Botschaft ist hier aber, dass für Lindenberg, Individuen nicht nur nach ökonomischem Wohlergehen streben, sondern auch nach sozialer Anerkennung und deshalb materielle Verluste hinnehmen würden. Den gesellschaftlich vorherrschenden normativen Vorstellungen kommt deshalb eine zentrale Bedeutung zu.

Besonders betont wird die Rolle sozialer Normen im Strukturfunktionalismus bei Parsons (1940, 1951), wo aus den Prozessen der „Wertverallgemeinerung“ und „Normerhaltung“ immer eine Stabilisierung des Status quo folgt. Kritisch ist daran zu sehen, dass sozialer Wandel gewissermaßen eine theoriefremde Anomalie darstellt, solange Veränderungen der externen Umwelt keine Zielanpassung verlangen. Die Rede ist deshalb auch vom „übersozialisierten Individuum“ (Wrong 1961). Gerechtigkeitsprobleme entstehen lediglich aus der Diskrepanz zwischen neuen funktionalen Erfordernissen und den überlieferten und internalisierten Wertvorstellungen (Liebig 1997: 64).

Der zweite Ansatzpunkt schließt an Marx, Weber und Dahrendorf bzw. an die „engeren“ Ausformulierungen der Theorien rationaler Wahl an. Grundlegend ist dabei die Annahme,

²³⁵ Da man sich Individuen ohne Sozialisation nicht vorstellen kann, entpuppt sich das Problem der sozialen Ordnung, wie es von den Vertragstheoretikern formuliert wird, als realitätsfernes intellektuelles Gedankenspiel.

²³⁶ Der Rückgriff auf Normen ist in komplexen Umwelten außerdem auch in einem engen Sinn zweckrational, weil dadurch die Suchkosten für eine vermeintlich optimale Lösung minimiert werden.

dass Individuen in erster Linie ihren egoistischen ökonomischen Interessen folgen (Modell des Homo Oeconomicus).²³⁷ Wir haben es also mit dem Typus des „rationalen Egoisten“ zu tun, der ohne moralische, normative und altruistische Erwägungen strikt auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist. Im Gegensatz zum „übersozialisierten“ Menschenbild der funktionalistischen Schichtungstheorie wird damit sozialer Wandel auch individuell erklärbar. Das zentrale Problem ist das der sozialen Ungleichheit. Wobei die daraus ableitbaren Interessen nicht immer klar auf der Hand liegen (latente vs. manifeste Interessen); mit Verweis auf das Problem kollektiver Handlung (Olson 1965) nicht gleichermaßen organisations- und konfliktfähig sind; und sich subjektiv aufgrund unterschiedlicher Wertvorstellungen selbst bei gleicher objektiver Lage unterscheiden können.²³⁸ Eine einfache Basisannahme ist aber, dass Personen immer dann Präferenzen für einen bestimmten Zustand A entwickeln, wenn dieser Zustand *ceteris paribus* einen höheren materiellen Gewinn gegenüber einem alternativen Zustand B für das Individuum verheißt. Die Voraussetzungen hierfür sind, dass einerseits Informationen über die erwartbaren Kosten und Nutzen der verschiedenen Zustände hinreichend vorhanden sind und andererseits, dass das Individuum kognitiv dazu in der Lage ist, die Zustände gemäß den eigenen Präferenzen zu ordnen. Beides ist nicht selbstverständlich gegeben.²³⁹ Informationsbeschaffung und Informationsverarbeitung verursachen selbst Kosten oder überfordern Individuen kognitiv.

Der dritte Ansatzpunkt geht deshalb davon aus, dass Menschen grundsätzlich einem Prinzip der kognitiven Effizienz folgen (Kluegel 1986: 14) und sowohl bei der Verarbeitung von Informationen, als auch bei der Entscheidungsfindung und Präferenzbildung bewusst oder unbewusst Wahrnehmungs- und Kognitionsheuristiken anwenden (Modell des Homo Heuristicus; vgl. Gigerenzer und Brighton 2009; Gigerenzer und Selten 2001).²⁴⁰ Solche Heu-

²³⁷ Was ein Interesse konstituiert ist häufig nicht selbstevident: Zu unterscheiden ist zwischen kurz- und langfristigen Interessen, individuellen oder kollektiven oder gruppenbezogenen Interessen sowie ökonomisch-monetären Interessen im engeren Sinn oder subjektiven Nutzenkalkülen, zu denen auch soziale Anerkennung gehört; schließlich auch, ob Nutzen maximiert oder lediglich befriedigt wird bzw. ob eher Risiken minimiert werden.

²³⁸ Auf eine ausführliche Diskussion der spezifischen Probleme der Theorien rationaler Wahl, wie der Nutzenmessung, der Zirkularität des Revealed-Preferences-Ansatzes oder der Beliebigkeit verschiedener SEU-Ansätze, wird an dieser Stelle verzichtet, da sie für die vorliegende Analyse wenig relevant sind (vgl. z. B. Braun 1999).

²³⁹ Hinzu kommt das Problem, dass viele Entscheidungen zukünftige Zustände betreffen, für die keine Erwartungswerte abschätzbar sind. Entscheidungen werden nicht auf Basis eines potentiell quantifizierbaren Risikos gefällt, sondern finden unter individueller Unsicherheit statt. Sie werden daher auf der Basis von Annahmen über die Zukunft getroffen, die lediglich in den Wertvorstellungen und Persönlichkeitseigenschaften der Individuen verankert sind, aber keine „rationale“ Basis im Sinne eines Erwartungsnutzens aufweisen.

²⁴⁰ Demnach würde der Versuch, alle relevanten Informationen für eine Handlung zu berücksichtigen, in vollständiger Lähmung enden. Entscheidungen werden daher nur auf Grundlage einiger weniger möglichst bedeutender („salienter“) Faktoren getroffen.

ristiken führen beispielsweise dazu, dass Entscheidungen ausschließlich auf Basis der am leichtesten verfügbaren und relevantesten Information getroffen werden und alle weiteren Informationen ignoriert werden (Verfügbarkeitsheuristik, „take-the-best“), dass nur die Informationen beachtet werden, die zu einer vorliegenden Entscheidung oder einem vorliegenden Verteilungsergebnis passen (selektive Aufmerksamkeit, Overconfidence, Ankerheuristik, Status-quo-Bias, Default-Heuristik; vgl. u. a. Kahneman et al. 1991; Tversky und Kahneman 1974), dass Verluste höher gewichtet werden als Gewinne, da erstere möglicherweise zu existenziellen Krisen führen können („Loss Aversion“), oder dass man einfach die Mehrheit imitiert (vgl. Boyd und Richerson 2005).²⁴¹

Wann einer der drei Modi – normative Überzeugung, egoistische Interessenverfolgung, oder heuristische Beurteilung – überwiegt, ist zunächst offen und abhängig von Kontextbedingungen.²⁴² Je offensichtlicher die individuellen ökonomischen Kosten und Nutzen verschiedener Handlungsalternativen sind, desto eher dürfte eine egoistische Kosten-Nutzen-Abwägung erfolgen. Dies hängt aber auch von den kognitiven Ressourcen des Individuums ab und ob eine egoistische Nutzenoptimierung vom sozialen Umfeld als legitim erachtet und anerkannt wird. Bei komplexen multidimensionalen Entscheidungsproblemen, wie sie im Gerechtigkeitskontext häufig auftreten, muss man jedoch davon ausgehen, dass weniger kurzfristige egoistische Nutzenerwägungen erfolgen, als dass Heuristiken zur Anwendung kommen. Dies zumal im Kontext der Alterssicherung mit langem Zeithorizont und entsprechend großer Unsicherheit kalkuliert werden müsste. Im weiteren Sinn kann der Rückgriff auf soziale Normen auch als eine spezielle Entscheidungsheuristik verstanden werden. Soziale Normen reduzieren Erwartungsunsicherheit und damit die Transaktionskosten der Informationsbeschaffung und Urteilsbildung. Soziale Normen haben aber auch einen „Wert an sich“ und machen damit materiell-instrumentelle Erwägungen überflüssig. Da der kognitive Abwägungsprozess auf diese Weise kurzgeschlossen wird, sind sie außerdem „schnell“. Im engeren Sinn sind mit Heuristiken aber internale kognitive Prozesse bzw. psychologische Prozesse der Wahrnehmung gemeint. Die Anwendung einer Heuristik ist aus dem Blickwinkel der präskriptiven Entscheidungstheorie nicht per se als suboptimal anzusehen, sondern kann sogar zu „besseren“ Ergebnissen führen wie Gigerenzer und Brighton (2009) zeigen.²⁴³ Beispielsweise

²⁴¹ Eine ausführliche Liste ist bei Gigerenzer und Brighton zu finden (2009: 130f).

²⁴² Boudon (1998) unterscheidet analog zu den drei Modi zwischen axiologischer Rationalität bzw. Wertrationalität, instrumenteller Rationalität und kognitiver Rationalität.

²⁴³ Im Gegensatz zu Tversky vertreten Gigerenzer und Brighton die Ansicht, dass es keinen fundamentalen Zielkonflikt zwischen Genauigkeit und Aufwand bei der Entscheidungsfindung gibt, sondern dass die Verwendung

ist es dann günstig der Mehrheit zu folgen, wenn die Umweltbedingungen stabil sind und sich nur langsam verändern, während die Informationsbeschaffung kostenintensiv oder zeitaufwändig ist.

8.2 Mikrotheorien zu Erklärung sozialstaatlicher Einstellungen

Entsprechend der drei Basisannahmen sollen in den folgenden Abschnitten einige allgemeine sozialwissenschaftliche Mikromechanismen genauer herausgearbeitet werden, bevor auf empirische Gerechtigkeitstheorien im engeren Sinn eingegangen wird. Gemäß der Ausführungen im vorherigen Abschnitt, wird auch bei Untersuchungen wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen danach differenziert, ob diese durch ökonomische Interessen oder sozialisationsbedingte moralische bzw. ideologische Prädispositionen determiniert sind (Andreß et al. 2001; Blekesaune 2007; Dallinger 2009; 1997; Nüchter et al. 2008; Roller 1992: 48ff; Ullrich 2000), während nur gelegentlich situations- oder wahrnehmungsbezogene Faktoren zusätzlich berücksichtigt werden (z. B. Gangl 1997; Kluegel 1986).

Als kausal verantwortlich werden im ersten Fall rationale Kalküle hinsichtlich der sozioökonomischen Konsequenzen sozialstaatlichen Handelns angenommen. Sozialstaatseinstellungen hängen demnach maßgeblich von einer ökonomisch relevanten sozialstrukturellen Position des Individuums ab. Dieser Begründungszusammenhang wird hier deshalb als *Strukturhypothese* bezeichnet. Für moralische Prädispositionen werden dagegen Norminternalisierung und Sozialisation als wesentlich angenommen, also die Eingebundenheit des Individuums in einen spezifischen kulturellen Kontext. Dieser Zusammenhang wird im Folgenden als *Sozialisationshypothese* bezeichnet. Unterschiedliche Wahrnehmungen werden zudem als dritter – möglicherweise komplementärer Erklärungsansatz – berücksichtigt. Demnach sind spezifische Wahrnehmungen und Situationsdefinitionen verantwortlich für divergente Sozialstaatseinstellungen. Dieser Begründungszusammenhang wird im Folgenden als *Situationshypothese* bezeichnet (Gabriel 1997: 24ff). Die drei unterschiedlichen Erklärungsansätze spiegeln also die im vorherigen Abschnitt dargestellten anthropologischen Annahmen wieder. Die nächsten Abschnitte beginnen mit der Darstellung sozialisationstheoretischer Ansätze.

von Heuristiken mitunter zu „besseren“ Ergebnissen im Sinne einer präskriptiven Entscheidungstheorie führen kann (sog. "less-is-more-Effekt"; Gigerenzer und Brighton 2009: 109).

8.2.1 Sozialisationstheoretische Ansätze

Den sozialisationstheoretischen Ansätzen wird im Kontext alterssicherungsbezogener Gerechtigkeitsvorstellungen a priori eine höhere Wichtigkeit zugesprochen als interessenbasierten Ansätzen. Wie im theoretischen Teil gezeigt wurde, ist eine Herleitung intergenerationaler Kooperation auf Basis des rationalen Egoismus mit Problemen verbunden und die Verfügbarkeit anderer Motivationsquellen beschränkt (vgl. Birnbacher 2009). Wie Höffe (2002 (1996): 458) feststellt, sei beispielsweise die Forderung das Alter zu ehren, nahezu universal verbreitet, aber die rationale Rechtfertigung bereite gewisse Schwierigkeiten. Kooperation zwischen Generationen beruht also auf moralischen Voraussetzungen, die sich aus anderen Quellen speisen müssen. Es liegt nahe, dass solche Standards auf Norminternalisierung beruhen und entweder bewusst anerzogen oder über den Enkulturationsprozess unbewusst übernommen werden.

Die Grundidee der sog. *Sozialisationshypothese* besteht also darin, dass individuelle Gerechtigkeitsvorstellungen vor allem durch die Internalisierung gesellschaftlicher Normen zu Stande kommen. Durch Enkulturationsprozesse werden Gerechtigkeitsprinzipien zunächst weitgehend unreflektiert übernommen und vom Individuum als natürlich bzw. selbstverständlich anerkannt. Mit zunehmenden kognitiven Kompetenzen tritt im Entwicklungsprozess an die Stelle der weitgehend passiven, lerntheoretisch begründbaren, Sozialisation jedoch die aktive Auseinandersetzung mit der Umwelt.²⁴⁴ Die primäre Sozialisation erfolgt dabei zunächst in Familie und Erziehungseinrichtungen, während später sog. sekundäre Sozialisationsinstanzen wie Massenmedien, intermediäre Institutionen, Peer-Groups und der berufliche Kontext eine wichtigere Rolle einnehmen.

²⁴⁴ In der Soziologie ist die Ansicht weit verbreitet, Menschen würden in erster Linie den normativen Vorgaben der Gesellschaft folgen (vgl. z. B. Aalmond und Verba 1963; Parsons 1971). Es wird dabei im Allgemeinen eine Logik der Anpassung, der Assimilation oder der Angemessenheit zugrunde gelegt. Man kann hier zwischen zwei Paradigmen unterscheiden (Boudon und Bourricaud 1992: 513f): (1) dem der Konditionierung, wonach einmal in Kindheit und Jugend im behavioristischen Sinn erlernte Normen, Werte, Einstellungen, Mentalitäten und Rollenerwartungen als unkonditionale, also intrinsische Motivlagen vorliegen, die zeitlich stabil sind und (2) dem interpretativen Paradigma, welches stärker die aktive Auseinandersetzung mit den aktuellen Vergemeinschaftungszusammenhängen in den Vordergrund stellt. Auch danach orientiert sich das Individuum an bislang erlernten Denkweisen, Interaktionsmustern und interpretativen Schemata, vermag diese aber neuen Gegebenheiten anzupassen. Das interpretative Paradigma schließt daher behavioristische Vorstellungen nicht aus, betont aber stärker als ein mechanistisch verstandener Behaviorismus die kognitive Auseinandersetzung mit der Umwelt und „Lernen am Modell“ (vgl. Ulich 1991), während in der behavioristischen Vorstellung Einstellungen und Verhaltensweisen über externe Sanktionsmechanismen, wie gesellschaftliche Anerkennung oder Ächtung, positiv bzw. negativ verstärkt werden. Der Grad der Internalisierung variiert somit. Aus beiden Sozialisationsansätzen folgt aber eine mehr oder minder große Konformität individueller Prädispositionen mit den Verhaltensregeln und Normen, die in einer spezifischen Gemeinschaft bereits vorliegen.

Besonders prägend im Hinblick auf moralische Normen und „rechtsanaloge Regelungen“ ist die formative Kind- und Jugendphase (Nunner-Winkler 2008a). Wie die Untersuchungen der LOGIK-Studie (Nunner-Winkler 2008a; Schneider 2008) zeigen, würden Kinder schon früh auf Besitz und Eigentumsrechte rekurrieren. Im Alter von 9 bis 11 Jahren sei ein Verständnis des Tausches mit der Übertragung aller Verfügungsrechte ausgebildet. Ab etwa 15 bis 16 Jahren wird das Denken zunehmend abstrakter, gesellschaftliche Verhältnisse werden weniger aus einer personalisierten Perspektive als aus einer Systemperspektive bewertet. Probleme übertriebener Staatseinmischung würden erkannt und gegen individuelle Selbstbestimmungsrechte abgewogen. Zugleich fördere aber die Entwicklung hypothetisch-deduktiver Denkfähigkeiten moralischen Relativismus. Normen verlören ihre unhinterfragte Gültigkeit (Nunner-Winkler 2008a: 150).

Das Wissen über moralische Normen wird also schon in früher Kindheit ausgebildet, wobei vom Moralverständnis die Entwicklung moralischer Motivation, also der Befolgung dieser Normen, abzugrenzen sei. Diese erfolgt zeitverzögert und steigt im weiteren Entwicklungsverlauf im Durchschnitt an. Über 70 Prozent der Kinder wiesen in der LOGIK-Studie im Alter von 4 Jahren noch eine niedrige moralische Motivation auf, obwohl sie bereits über entsprechende moralische Wissensbestände verfügten. Bis ins Alter von 22 Jahren fiel dieser Anteil auf unter 20 Prozent (Nunner-Winkler 2008a: 152). Es zeigt sich im späteren Verlauf zudem eine deutlich niedrigere moralische Motivation bei männlichen Jugendlichen, die mit dem Ausmaß der individuellen Geschlechtsidentifikation korreliert ist. Das heißt, eine stärkere Orientierung an stereotypen Geschlechterrollen geht bei Männern mit niedrigerer moralischer Motivation einher.

Die *SozialisationsThese* beinhaltet, dass einmal internalisierte Gerechtigkeitsvorstellungen langfristig stabil sind und sich im Zeitverlauf auf der interpersonalen Ebene kaum verändern (Mühleck 2003; Mühleck und Wegener 2008). Wie die Ergebnisse der LOGIK-Studie nahelegen, scheinen normative Wertvorstellungen sogar stabiler zu sein als Persönlichkeitsmerkmale, die im Zusammenhang mit Schicksalsschlägen größeren Variationen im Lebensverlauf unterliegen (Schneider 2008: 103-138).

Stabilität ist jedoch nicht gleichbedeutend mit Homogenität, weswegen differentielle Sozialisationskontexte zu unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen führen können. Modernisierungsprozesse gehen mit einer funktionalen Ausdifferenzierung und einer Pluralisierung von Wertvorstellungen einher. Typisch für Menschen in modernen Gesellschaften dürfte daher eine Vielzahl divergierender Rollenerwartungen und daraus möglicherweise resultierender

Konflikte sein. Auf einige dieser Kontextbedingungen, die im Zusammenhang mit Gerechtigkeitseinstellungen relevant sind, wird im Folgenden eingegangen.²⁴⁵

Geschlechtsspezifische Sozialisation

Die Hypothese geschlechtsspezifisch unterschiedlicher Gerechtigkeitseinstellungen basiert auf der Annahme, dass Frauen eher konkrete, flexible und fürsorgliche Gerechtigkeitsvorstellungen vertreten, während sich Männer eher an abstrakten und rigiden Gerechtigkeitsprinzipien orientieren (Davidson et al. 1995; Gilligan und Attanucci 1994; Nunner-Winkler 2008b: 82). Eine gewisse Plausibilität erlangt die Hypothese vor dem Hintergrund traditioneller geschlechtsspezifischer Rollenerwartungen. Die Mutterrolle erfordert im familiären Kontext Fürsorglichkeit und auf konkrete Bedürftigkeitslagen abgestimmtes Handeln; im traditionell „männlichen Berufskontext“ haben dagegen abstrakte leistungsbezogene Verteilungsprinzipien Vorrang.

Problematisch ist die empirische Unterbestimmtheit, die eine solche Hypothese in Abgrenzung zu interessenbasierten Ansätzen aufweist. Denn die bei Frauen zu erwartende größere Zuschreibung von Fürsorgeverpflichtungen an den Staat kann sowohl auf entsprechender Sozialisation beruhen als auch auf dem Eigeninteresse der nicht-berufstätigen Frauen ohne eigene Erwerbseinkommen.²⁴⁶ Empirisch ließen sich in früheren Studien zu allgemeinen wohlfahrtsstaatlichen Gerechtigkeitseinstellungen häufig Geschlechtseffekte nachweisen, die sich jedoch unter Kontrolle der sozioökonomischen Lage nicht immer als stabil erwiesen (z. B. Davidson et al. 1995; Wegener 1999). In Deutschland finden Andreß et al. (2001: 130ff) eine höhere Präferenz für staatliche Verantwortung in der Alterssicherung nur bei Frauen in Westdeutschland. Ein Effekt, der also auch mit der dort stärker ausgeprägten geschlechtsspezifischen Segmentation des Arbeitsmarkts im Vergleich zu den neuen Bundesländern bzw. der ehem. DDR zu tun haben könnte. In der Analyse von Dallinger und Liebig (2004) auf Basis der ISJP-Erhebung des Jahres 2000 präferieren Frauen eine geringere Einkommensäquivalenz

²⁴⁵ In einem späteren Abschnitt (S. 257ff) wird auf das Konzept der *primären* und *sekundären Ideologien* eingegangen. Es handelt sich um möglicherweise zueinander in einem Zielkonflikt stehende ideologische Positionen, die aber trotzdem von einer Person gleichzeitig, sozusagen mit „gespaltenem Bewusstsein“ (Kluegel 1989), vertreten werden (Wegener 1995a: 203).

²⁴⁶ Gleichen die Gerechtigkeitspräferenzen von berufstätigen Frauen denen der Männer stärker, kann dies auf eine andere Interessenlage oder den beruflichen Sozialisationskontext zurückgeführt werden. Sollten berufstätige Frauen dagegen ebenfalls stärkere Fürsorgeorientierungen aufweisen als berufstätige Männer, spräche das für die *Sozialisationshypothese*.

der Renten auch unter Kontrolle des sozioökonomischen Status, aber keine signifikant höhere Präferenz für eine Grundrente.²⁴⁷

Regimespezifische Sozialisation

Ein Wohlfahrtsregime bezeichnet die spezifische Aufteilung der Wohlfahrtsproduktion in einem Land zwischen Staat, Markt und Familie (Esping-Andersen 1990, 1999). Klassischerweise wird in Anlehnung an Esping-Andersen ein konservativer, ein liberaler und ein sozialdemokratischer Regimetypus unterschieden. Verfeinerungen von Esping-Andersens Typologie gehen zudem von einem eigenständigen postsozialistischen (Aidukaite 2009) und einem „mediterranen“ Wohlfahrtsregime aus (Arts und Gelissen 2002; Ferrera 1996).

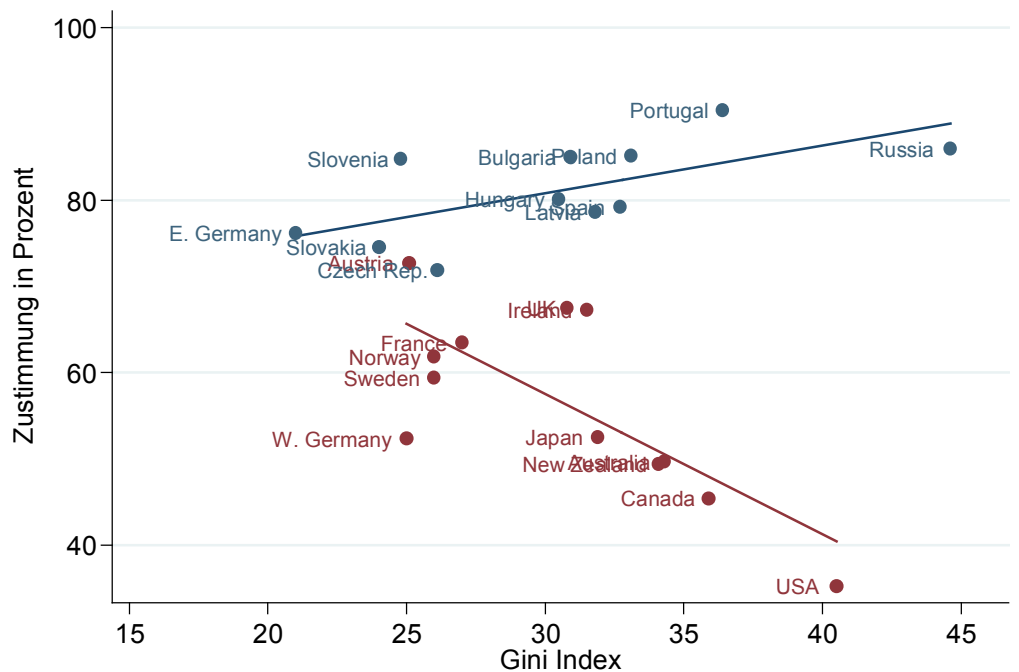
In jedem Regime liegt eine zu diesem kongruente wohlfahrtsstaatliche Kultur vor, die sich parallel mit dem Wohlfahrtsstaat entwickelt hat (Lippl 2003).²⁴⁸ Man kann davon ausgehen, dass in Demokratien die jeweiligen spezifischen kulturellen Präferenzen wesentlich zu einer entsprechenden Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme geführt haben (sog. *Demokratiethese*), aber auch, dass faktische Institutionen prägend hinsichtlich der in der Bevölkerung vorliegenden Wertvorstellungen wirken, da ihre Existenz beständig legitimiert werden muss (sog. *Institutionenthese*). Letztere These unterstellt also, dass Institutionen „Norm bildend“ wirken (Mau 2002: 351). Diese „normative Kraft des Faktischen“, „Macht der Gewohnheit“ oder „institutionelle Trägheit“ führt zur Reproduktion von mit Systemeigenschaften vereinbaren Präferenzen.²⁴⁹

²⁴⁷ Der Erwerbsstatus wurde jedoch in der Studie von Dallinger und Liebig (2004) nicht kontrolliert. Hinsichtlich der Wahrnehmung intergenerationaler Ungerechtigkeit gab es keine Geschlechtsdifferenzen. Insgesamt sind die Ergebnisse in diesem Bereich der Forschung bisher wenig eindeutig. Eine internationale Studie auf Basis des ISSP kommt zu dem Ergebnis, dass Frauen generell mehr staatliche Unterstützung in der Alterssicherung präferieren (Blekesaune und Quadagno 2003). Als sozioökonomisches Merkmal wurde jedoch nur Arbeitslosigkeit kontrolliert. Svallfors (1997) findet im Vergleich von 8 Ländern, darunter Deutschland, generell größere Präferenzen für sozialstaatliche Umverteilung bei Frauen als bei Männern; aber auch hier wurden sozioökonomische Faktoren nur unvollständig erfasst, da z. B. Einkommen nicht kontrolliert wurde. Legewie (2008) findet auch unter Kontrolle einer Vielzahl ökonomischer Merkmale für allgemeine egalitaristische Verteilungsideologien eine höhere Präferenz bei Frauen sowie größeren Fatalismus und für individualistische Verteilungsideologien eine höhere Präferenz bei Männern. Auch hier wurde der Erwerbsstatus allerdings nicht berücksichtigt.

²⁴⁸ Faktische Umverteilung und die Präferenz für Umverteilung sind positiv korreliert.

²⁴⁹ Empirische Belege lassen sich für beide Hypothesen finden (vgl. Blekesaune 2007: 395). Welcher Wirkungszusammenhang überwiegt ist bislang ungeklärt.

Abbildung 15: Präferenzen für staatliche Umverteilung vs. Gini-Index im Jahr 1999



Quelle: ISSP 1999 Soziale Ungleichheit, WIDER 2007

Zustimmung zur Aussage: „Es ist Aufgabe des Staates, die Einkommensunterschiede zu verringern“

Größere Diskrepanzen zwischen wohlfahrtsstaatlicher Kultur und faktischen Institutionen können aber in jüngeren Demokratien wie den postsozialistischen Transformationsgesellschaften vorliegen. Abbildung 15 illustriert dieses Auseinanderklaffen zwischen den Präferenzen für staatliche Umverteilung und faktisch vorliegender Ungleichheit für „verspätete Demokratien“. Diese Diskrepanz dürfte tendenziell auch für Ostdeutschland gelten. Man kann zwei Prozesse dafür als ursächlich annehmen (Lippl 2003: 108): (1) Das westlich geprägte Institutionengefüge ist in postsozialistischen Gesellschaften relativ neu und mit der regime-spezifischen Sozialisation ihrer Bewohner vor dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ wenig kompatibel. In den Sozialisationsprozessen und Wertvorstellungen wurde der institutionelle Wandel noch nicht vollständig nachvollzogen (sog. „cultural lag“; Ogburn 1973). (2) Die Institutionen wurden häufig während der Transformation von außen in einem Top-Down-Prozess eingeführt – die Rede ist vom „market shock“, der in Ostdeutschland beispielsweise zu massiver Arbeitslosigkeit beitrug –, ohne dass dafür eine ausreichende legitimatorische Grundlage in der Bevölkerung bestand. Da es sich um relativ „junge“ Demokratien handelt, sind die Institutionen noch nicht vollständig an bestehende kulturelle Präferenzen angepasst (sog. „institutional lag“).

Die zentrale Behauptung der *regimespezifischen Sozialisation* besteht nun darin, dass Institutionen und Strukturen in homogener Weise, sozusagen „across the board“, Wertvorstellungen von Mitgliedern einer Gesellschaft prägen (Andreß et al. 2001: 35; vgl. auch Heien 2001). Gerechtigkeitseinstellungen sollten sich demnach entlang existierender Institutionen entwickeln und sich – sofern sie im Einklang mit institutionellen Regeln stehen – verstärken. Als Mechanismen können hierfür auch kognitive Anpassungsprozesse im Sinne der Dissonanzreduktion (Festinger 1957) sowie die Reproduktion sozialer Normen durch Bildungsinstitutionen angeführt werden.²⁵⁰

Deutschland ist dem konservativen Regimetypus zuzuordnen, für den die Verknüpfung sozialer Rechte mit dem Berufsstatus, eine starke geschlechtsspezifische Segmentation des Arbeitsmarktes nach dem „Male-Breadwinner-Modell“ (Ostner 1995) sowie die einkommensabhängige Gestaltung sozialer Leistungen über das Versicherungsprinzip kennzeichnend sind. Intratemporale Umverteilung zwischen Lebensphasen zum Zweck der Statussicherung genießt Priorität gegenüber einer Umverteilung zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, wobei dem Staat ansonsten eine eher subsidiäre Rolle zukommt. Soziale Dienstleistungen werden in großem Umfang durch die Familie erbracht.²⁵¹ Elemente sozialdemokratischer Regime, wie universelle soziale Leistungen, gibt es kaum. Mindestsicherungsleistungen, wie die Grundsicherung im Alter, sind bedarfsgeprüft und entsprechen damit eher dem liberalen Modell. Trifft die *Sozialisationshypothese* zu, sollten diese institutionellen Gegebenheiten ceteris paribus in Westdeutschland eine stärkere affirmative Bestätigung erfahren als in Ostdeutschland.

Geht man weiter davon aus, dass die regimespezifische politische Sozialisation vor allem in der formativen Jugendphase stattfindet und dann im Lebensverlauf längerfristig stabil bleibt, sollten ältere Ostdeutsche eher für Verteilungsprinzipien plädieren, die sich an den Idealen des DDR-Sozialregimes orientieren. Sie sollten generell stärker egalitaristische Verteilungsprinzipien befürworten, sozialer Ungleichheit kritischer gegenüber stehen, dem Staat eine höhere Verantwortung zuschreiben und verteilungsindividualistischen Vorstellungen seltener etwas abgewinnen. Daraus folgt für die Präferenzen älterer Ostdeutscher in der Al-

²⁵⁰ Dies gilt unabhängig von ökonomischen Interessen, wobei sich aus dem Transformationsprozess ebenfalls spezifische ökonomische Interessenlagen ableiten lassen, mit in der Folge ähnlichen Verteilungspräferenzen.

²⁵¹ Leitner et al. (2004: 18) untersuchen Tendenzen der De-Familialisierung und Re-Familialisierung in Deutschland und stellen dem „Male-Breadwinner-Modell“, das Modell der Zweiverdienerfamilie gegenüber. Bezogen auf die GRV wirkten die Rentenkürzungen von 2001, 2003 sowie die verbesserte Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Jahr 2001 eher im Sinne einer Re-Familialisierung, die verbesserte Anerkennung von Kindererziehungszeiten von in Teilzeit erwerbstätigen Eltern dagegen eher im Sinne einer De-Familialisierung.

terssicherung eine Ablehnung privater kapitalgedeckter Vorsorge, eine geringere Ungleichheit und Abhängigkeit vom beruflichen Einkommen bei den Rentenhöhen, ein vergleichsweise höheres Grundsicherungsniveau und weniger Verständnis für die finanziellen Restriktionen bei den Rentenhöhen, die durch die Beitragsfinanzierung entstehen.²⁵²

Kohortenspezifische Sozialisation und Wertewandel

Ronald Ingleharts Untersuchungen zum Wertewandel legen nahe, dass in westlichen Wohlfahrtsstaaten in den 70er Jahren ein Wandel von materialistischen zu postmaterialistischen Wertvorstellungen stattgefunden hat (Inglehart 1990). Grundlegend dafür seien die materiell gesicherten Sozialisationsbedingungen, die in den 50er und 60er Jahren in der formativen Jugendphase herrschten. Erfahrungen materieller oder existenzieller Not in der Jugendphase würden dagegen zu einer Ausprägung materialistischer Wertvorstellungen führen, da der Sicherung dieser Bedürfnisse auch langfristig eine höhere Wichtigkeit eingeräumt wird. Die Argumentation basiert auf der maslowschen Mangelhypothese, wonach auf die Befriedigung existentieller Bedürfnisse nach Nahrung, Wohnung sowie materieller und physischer Sicherheit das Streben nach Erfüllung höherwertiger Bedürfnisse, wie sozialer Anerkennung und Selbstverwirklichung, folgt (vgl. Inglehart 1971; Maslow 1954). Auch geringere Geburtenraten seien eine Folge dieses Wertewandels.

Ob sich daraus auch bestimmte Präferenzen für Verteilungsgerechtigkeit schlussfolgern lassen, liegt nicht klar auf der Hand. Klassischerweise zählen zu den postmaterialistischen Werten auch Umweltschutz und damit der Nachhaltigkeitsgedanke. Man könnte von daher bei den in den späten 60er und 70er Jahren politisch sozialisierten Kohorten von einer stärkeren Verzichtsbereitschaft zu Gunsten zukünftiger Generationen ausgehen. Ein weiterer Ansatz-

²⁵² Ob Divergenzen zwischen Ost- und Westdeutschen bei der Präferenz von Gerechtigkeitsprinzipien auf Struktur- oder auf Kulturunterschiede zurückzuführen sind, ist in der Forschung nicht eindeutig geklärt. In vielen Studien konnte gezeigt werden, dass es große Ost-West-Unterschiede auch unter Kontrolle der sozioökonomischen Strukturdivergenzen gibt, was für die Sozialisationshypothese spricht (Schrenker 2004; Schrenker und Wegener 2009; Wegener 2000). Allerdings wurde die nach wie vor stark abweichende Vermögenssituation unzureichend kontrolliert. Auf der anderen Seite gab es nach der Wende aber auch große Veränderungen in den Einstellungen in Ostdeutschland. Zum Teil war festzustellen, dass sich die Unterschiede in den 90er Jahren sogar vergrößerten. Mit dem Sozialisationsansatz sind solche Ergebnisse schwierig vereinbar. Eine mögliche Alternativerklärung bietet die *Situationshypothese*, wonach die Einstellungsdivergenz eine Reaktion auf den Transformationsprozess darstellt. Es handelt sich also um Struktureffekte, die jedoch kulturspezifisch „geframet“ sind. D. h. die Wahrnehmung strukturell ähnlicher Lagen unterscheidet sich in beiden Landesteilen aufgrund kulturell divergierender Interpretationsmuster. Ein solcher Erklärungsansatz wäre auch gut vereinbar mit modernen Sozialisationsansätzen, wonach die Wertgenese nicht mit der Adoleszenz abschlossen ist, sondern weiter stattfindet in aktiver kognitiver Auseinandersetzung mit der Umwelt.

punkt besteht darin, dass ein relativer Bedeutungsverlust des Leistungsprinzips unter den Nachkriegskohorten mit der Verbreitung postmaterialistischer Werte plausibel gemacht werden könnte, da „harte Arbeit“ nicht mehr zwangsläufig zur Sicherung existenzieller Grundbedürfnisse notwendig ist. Universalistische egalitäre Alterssicherungssysteme könnten in diesen Kohorten als gerechter wahrgenommen werden als beitragsäquivalente Sozialversicherungssysteme. Umgekehrt wird man mit Verweis auf die in Zukunft sinkenden Rentenniveaus davon ausgehen können, dass die Angst vor existenzieller Not im Alter zunehmen dürfte und damit leistungsbezogene und weniger solidarische Verteilungsprinzipien bei jüngeren Kohorten wieder relativ an Bedeutung gewinnen könnten.

Sozialmoralische Milieus

Unabhängig vom durch ökonomische Sozialisationsbedingungen induzierten Wertewandel verweisen Inglehart und Baker (2000) auch auf die Wichtigkeit persistenterer kultureller Werte, die sich etwa aus der religiösen Tradition einer Gesellschaft ergeben. Ähnlich argumentieren Liebig und Wegener (1995; Wegener und Liebig 1995) in Bezug auf individualistische und etatistische Gerechtigkeitsideologien, deren unterschiedliche Verbreitung sie in Deutschland und den USA aus dem individualistischen calvinistischen Puritanismus und dem gleichheitsorientierten lutherischen Pietismus herleiten. Neben der makrosoziologischen Bedeutung solcher kultureller Prägungen für ganze Gesellschaften wäre mikrosoziologisch auch eine differentielle Sozialisation in unterschiedlichen sozialmoralischen Milieus zu beachten. Eine solche Hypothese würde z. B. gleichheitsorientierte Verteilungsprinzipien im Arbeitermilieu nahelegen oder verteilungsindividualistische Vorstellungen in einem säkularen urbanen Umfeld. In katholisch geprägten Milieus dürfte mit Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre Familialismus stärker ausgeprägt sein (Sachße 2003). Die Kindererziehung sollte danach Aufgabe von Familien bzw. der Frauen sein; im Alter liegt die Verantwortung des Staates lediglich in der Armutsvermeidung, während sich die Altersvorsorge ansonsten weniger am individuellen als am familialen Status ausrichten sollte. Vom Partner abgeleitete Rentenanwartschaften, aber auch eine großzügigere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten, dürften damit Anerkennung finden. Zugleich kann eine höhere Präferenz für private Vorsorge und intrafamiliäre Unterstützungsleistungen vermutet werden als in anderen Milieus, da nach dem Subsidiaritätsprinzip der Staat nur die letzte Instanz bei der Absicherung sozialer Risiken darstellt, während individueller bzw. familialer Verantwortung sowie intermediären Institutionen eine wichtigere Rolle zugeschrieben wird. Generell dürfte mit

höherer Religiosität auch die Forderung einer Unterstützung der Alten durch die Jungen stärker ausfallen, weil eine solche Forderung einfacher transzendental zu begründen ist, als durch rationale Motive. Bezüglich solcher Vorstellungen dürfte sich eine religiöse Moralsozialisati-
on also positiv auswirken.²⁵³ Im Osten wäre eine staatskritischere Haltung religiöser Protes-
tanten vor dem Hintergrund der historischen Benachteiligung der Kirche und ihres „Nischen-
status“ in der ehemaligen DDR plausibel. Auch sollte nicht ignoriert werden, dass in der mar-
xistischen Ideengeschichte Religion als „Opium des Volkes“ fungiert, also als ein Mittel das
den Blick auf gesellschaftliche Ausbeutungsverhältnisse vernebelt. Liegt in dieser Unterstel-
lung ein Fünkchen Wahrheit, dann sollte mit zunehmender Religiosität *ceteris paribus* auch
weniger Ungerechtigkeit wahrgenommen werden.

8.2.2 Interessenbasierte Ansätze

Im Gegensatz zur *Sozialisationshypothese* versteht die sog. *Strukturhypothese* Wertorientie-
rungen v. a. als Ausdruck ökonomischer Interessenlagen und geht von dem weberianischen
Anspruch aus, soziale Phänomene immer zuerst durch Interessen zu erklären. Die Vorausset-
zung für einen solchen Erklärungsansatz ist, dass sozialstaatliche Institutionen für Individuen
sowohl Opportunitäten als auch Restriktionen bereithalten. In diesem Zusammenhang sind in
erster Linie die Umverteilungswirkungen im Sozialstaat und deren ungleichheitsgenerieren-
den oder -nivellierenden Effekte bedeutsam. Sozialstaatliche Institutionen sind daher nicht
interessenneutral. Es ist anzunehmen, dass die soziostrukturelle Lage einer Person ihre Ein-
stellungen zum Sozialstaat allgemein und im Besonderen auch zu Gerechtigkeitseinstellungen
im Kontext der Alterssicherung strukturiert. Dieser Einflussvermutung liegt zugrunde, dass
Präferenzen hinsichtlich der Einstellungsobjekte des Sozialstaates Ausdruck eines Selbstinte-
resses oder einer egoistischen Nutzenerwartung sind, die mit einer intentionalen Maximie-

²⁵³ Vgl. hierzu die Formulierung im Dekalog: „Ehre deinen Vater und deine Mutter, damit deine Tage verlängert werden und es dir wohl ergehe auf dem Boden, den der Herr dein Gott, dir schenken wird“ (Dt 5,16). Diese Formulierung begründet familialen Altruismus mit einem langfristigen egoistischen Motiv, das aber durch trans-
zendente Reziprozität sanktioniert wird. Insofern ist die Befolgung des Gebots nicht ohne eine spezifische
religiöse Moralsozialisati-on vorstellbar. Allerdings sind, wenn man die inhärenten familialen und transzendenten
Bezüge ignoriert, auch zwei moderne Auslegungen möglich: (1) In modernen Wohlfahrtsstaaten tritt an die
Stelle Gottes das Recht und der Staat als Verteilungs- und Sanktionsinstanz. (2) Im Sinne des kategorischen
Imperativs sollte das Individuum stets so handeln, dass die Maxime des eigenen Handelns zu einem allgemein-
gültigen Prinzip werde: Die Jungen unterstützen die Alten, damit sie selbst im Alter unterstützt werden.

rungsstrategie einhergeht (vgl. Esser 1993). Ein solcher Erklärungsansatz ist jedoch mit einer Reihe von theoretischen und methodischen Problemen verbunden.

Zunächst kann eine Präferenzbildung im Sozialstaat immer nur unter Risiko bzw. individueller Unsicherheit stattfinden. Für Kollektive sind, aufgrund des Gesetzes der großen Zahl, Arbeitslosigkeitswahrscheinlichkeiten oder Lebenserwartungen quantifizierbar, an denen man sich orientieren kann. Einzelne Personen können jedoch nie mit Sicherheit davon ausgehen, von einem bestimmten sozialstaatlichen Arrangement zu profitieren, sondern immer nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit. Eine Präferenzbildung ist ferner schwierig, weil die Redistributionseffekte der Alterssicherungsinstitutionen komplex sind und zukünftige Entwicklungen unter politischem Vorbehalt stehen. Es bleibt nur die Möglichkeit, auf Basis heutiger Ungleichheitseffekte, plausible Vermutungen bezüglich der individuellen Wohlfahrtswirkungen zu entwickeln.²⁵⁴

Eine sehr allgemeine Hypothese lässt sich zunächst aus dem „Streben nach Selbstverbesserung“ ableiten (vgl. Festinger 1954: 124f). Sofern individuelle Kosten oder negative Nebenfolgen einer bestimmten sozialstaatlichen Policy weder implizit vorliegen noch explizit bewusst gemacht werden, dürften Individuen „[v]on allem Guten mehr und von allem Schlechten weniger“ (Ullrich 2000) präferieren. Das heißt, solange nur ein minimaler individueller Nutzen erkennbar ist, sollten aus rationalen Beweggründen höhere und umfassendere sozialstaatliche Leistungen präferiert werden. Allerdings kann man davon ausgehen, dass die Kosten sozialstaatlicher Politik in verschiedenen sozialen Gruppen auch unterschiedlich präsent sein dürften und implizit bei der Bewertung der verschiedenen Einstellungsobjekte mit beachtet werden.

²⁵⁴ Ein weiteres Problem besteht in der nur schwer möglichen Abgrenzung von individuellem und kollektivem Selbstinteresse: Inwieweit wird z. B. der Nutzen naher Angehöriger oder anderer Angehöriger einer Gemeinschaft, mit der man sich identifiziert, in die eigene Nutzenfunktion integriert? Auch sind intersubjektive, also objektive Nutzenvergleiche, a priori nicht möglich (Wegner 1977: 167). Selbst die Wertschätzung, die direkt quantifizierbaren Größen, wie Geldtransfers, entgegengebracht wird, kann individuell variieren. Der Nutzen eines öffentlichen Gutes, sozialer Sicherheit beispielsweise, unterliegt subjektiven Bewertungen, in die normative Vorstellungen des Guten ebenso hineinspielen wie beispielsweise die Risikoaversion der jeweiligen Person. Es gibt also keinen objektiv messbaren Nutzen sozialstaatlichen Handelns für das Individuum. Präferenzäußerungen gegenüber einem beliebigen Einstellungsobjekt des Sozialstaates a posteriori als Ausdruck eines subjektiven Nutzens zu interpretieren, ist dagegen tautologisch und bringt keinen Erklärungsgewinn. Vgl. hierzu auch Michael und Becker (1973: 380): „The weakness in the received theory of choice, then, is the extent to which it relies on differences in tastes to ‘explain’ behavior when it can neither explain how tastes are formed nor predict their effects.“ Die eigentlich interessante Frage, wie bestimmte subjektive Präferenzen entstehen, wird somit gar nicht behandelt.

Historisch betrachtet war der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit von zentraler Bedeutung in der Genese des Sozialstaats. Dieser Konflikt konnte während der lange anhaltenden Nachkriegsprosperität durch den keynesianischen Wohlfahrtsstaat jedoch weitgehend eingeeht werden. Der Sozialstaat in der alten BRD hat sich in dieser Zeit von einem Mittel der Grundsicherung zu einem Mittel der Statussicherung entwickelt. Mit der Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit seit Mitte der 70er-Jahre hat jedoch eine „neue“ ökonomische Konfliktlinie an Bedeutung gewonnen: Arbeitslosigkeit bedeutet für den Einzelnen nicht nur, den Lebensunterhalt häufig nicht mehr aus eigenen Mitteln bestreiten zu können, sondern zudem die faktische Exklusion aus den lohnarbeitszentrierten Sozialversicherungssystemen, unter denen die Rentenversicherung besonders relevant ist. Den längerfristig Betroffenen droht damit der Abstieg auf das Niveau der Grundsicherung im Alter. Umgekehrt sind für höher Gebildete neben einem höheren zu erwartenden Lebensarbeitseinkommen auch geringere Arbeitslosigkeitswahrscheinlichkeiten quantifizierbar. Höhere Bildungsschichten dürften deshalb in der Regel ein weniger großzügig ausgebautes staatliches Rentensystem bevorzugen und eine stärkere Lohnabhängigkeit der Rentenhöhe. Dies gilt genauso für Angehörige höherer Einkommens- und Vermögensschichten, die eher in der Lage sind privat vorzusorgen. Arbeitslose oder Personen mit längeren Arbeitslosigkeitsphasen in der Vergangenheit dürften dagegen generell höhere Leistungen aus der GRV und eine weniger starke Lohnarbeitszentriertheit der sozialen Sicherung einfordern – also z. B. eine geringere Abhängigkeit der Rentenhöhen von vollwertigen Beitragszeiten. Für Ostdeutsche und Frauen sollte dies als Kompositionseffekt ebenfalls gelten, da sie im Schnitt sowohl höhere Arbeitslosigkeitswahrscheinlichkeiten aufweisen als auch ein geringeres Lohnniveau und geringere Vermögensbestände. Generell ist für Frauen außerdem mit einem erhöhten sozialstaatlichen Absicherungsbedürfnis aufgrund potentieller Mutterschaft zu rechnen. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass im konservativen Wohlfahrtsstaat familiale Abhängigkeitsverhältnisse auch über den Sozialstaat vermittelt werden (vgl. Pateman 1988). Man muss deshalb davon ausgehen, dass gerade jüngere Frauen, mit weniger traditionellen Rollenerwartungen, vom Partner abgeleiteten Rentenansprüchen eher kritisch gegenüberstehen und dass sie eine universalistische Ausgestaltung des Rentensystems, einem auf Lohnarbeit beruhendem, sozialversicherungsbasierten Rentensystem vorziehen würden.

Versorgungsklassen

Ein stärker auf den Transferbeziehungen im Sozialstaat aufbauender Ansatz geht von sog. „Versorgungsklassen“ (Alber 1984; Lepsius 1979) in Abgrenzung zu Besitz- und Erwerbsklassen aus. Rentner wären demnach eine Versorgungsklasse, da sie in erster Linie sozialstaatliche Leistungen erhalten und nur in geringem Umfang über Steuern an der Umverteilung im Rentensystem beteiligt sind. Für Personen im Ruhestand dürfte daher ein höheres Anspruchsniveau zu erwarten sein. Für ostdeutsche Rentner gilt das in besonderem Maße, da sie kaum über alternative Einkommensquellen außerhalb der GRV verfügen. Für die Beitragszahler, als hauptsächliche Finanziere des Rentensystems, ist das Gegenteil zu erwarten. Jüngere sollten außerdem staatlich finanzierten familienpolitischen Leistungen positiver gegenüber stehen als einem Ausbau des Rentensystems (vgl. Blome et al. 2008).

Der Idee, dass die Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zu einer Versorgungsklasse Einstellungen zum Sozialstaat strukturiert, liegt die Annahme zugrunde, dass klassische Ungleichheitsdimensionen, wie soziale Schicht oder Geschlecht, durch die Expansion des Wohlfahrtsstaats in den Hintergrund getreten sind. Dieser Annahme sollte man jedoch mit Skepsis begegnen, da der Wohlfahrtsstaat die klassischen Ungleichheitsdimensionen nicht eliminiert hat, sondern sie lediglich überformt. Die starke Beitragsabhängigkeit und die konservative Ausrichtung der GRV sprechen dafür, dass die klassischen Dimensionen nach wie vor wichtiger sind. Die sozioökonomische Binnenheterogenität in der Klasse der Rentner ist größer als die Unterschiede zwischen Finanzierern und Transferbeziehern in der GRV.

Gegen die Idee einer „Versorgungsklasse“ der Rentner als Strukturkategorie spricht noch ein weiterer Aspekt: Mit Coleman kann man darauf verweisen, dass sich die Verfolgung langfristiger egoistischer Interessen auch in kurzfristigem Altruismus äußern kann. Da die Jüngeren ihre zukünftige Situation im Ruhestand möglicherweise mitberücksichtigen, ist davon auszugehen, dass solche altersspezifischen Gruppenunterschiede, wenn überhaupt, nur gering ausfallen dürften. Berücksichtigt man die Ergebnisse aus der Berechnung der impliziten Renditen (vgl. S. 156ff) und unterstellt, dass die Umverteilungswirkungen der Reformen in der Bevölkerung zumindest näherungsweise präsent sind, kann man sogar davon ausgehen, dass insbesondere die noch erwerbstätige und relativ große Generation der um 1960 herum gebo-

renen die größten Vorbehalte gegen weitere Einschnitte im Rentensystem hegt, da diese Generation davon in Zukunft besonders stark betroffen wäre.²⁵⁵

Wie im institutionenanalytischen Teil bereits dargelegt (vgl. S. 144ff), kann man auch erwarten, dass Rentner ein Interesse daran haben, die erwerbstätige Generation und ihre Familien nicht zu stark zu belasten, da von deren Wohlbefinden und Humankapital die langfristige Finanzierung ihrer eigenen Renten abhängen. Unter einem soziologischen Blickwinkel ist außerdem davon auszugehen, dass Vorleistungen der Alten, wie etwa Erziehungsleistungen oder staatliche Infrastruktur, Verpflichtungsgefühle bei den so „Beschenkten“ erzeugen. Kohli (2003: 540) weist darauf hin, dass die finanziellen Transfers und Dienstleistungen, wie „Grandparenting“, von Alten zu Jungen eine „generationenübergreifende Klammer“ schaffen, die etwaige Generationenkonflikte entschärfen.

Institutionalistische Ansätze

Institutionalistische Ansätze nehmen alternative institutionelle Ausgestaltungsmöglichkeiten in den Blick und untersuchen deren spezifische Anreizstrukturen. Für Offe (1990) müssen sozialstaatliche Institutionen v. a. gegen zwei unerwünschte Fälle Vorkehrungen treffen, um für Individuen aus rationalen Gründen akzeptabel zu sein: zum einen dagegen, dass die „berechtigten und zu Beitragszahlungen verpflichteten Teilnehmer des Sicherungssystems [...] nicht in den Genuss der erwarteten Leistung [kommen]“ oder dagegen, dass „[Personen] in den Genuss von Leistungen kommen [...], die nicht durch Beitragszahlungen und andere Voraussetzungen hierzu berechtigt sind“ (Offe 1990: 181f). Insgesamt lassen sich laut Ullrich (2001) aus diesem Forschungsstrang drei verbreitete Thesen destillieren: eine *Universalitätsthese*, eine *Sozialversicherungsthese* und eine *Rezipiententhese* (vgl. auch Hamann et al. 2001; Karl et al. 1998).

Der *Universalitätsthese* zufolge können sich v. a. diejenigen Systeme sozialer Sicherung einer hohen Akzeptanz erfreuen, die allen Teilen der Bevölkerung zur Verfügung stehen und nicht nur einem selektiven, eng definierten Kreis von Leistungsempfängern zugutekommen (Skocpol 1991). In den Worten von Kluegel & Miyano (1995: 87):

„[...] the larger the number of groups in a nation who benefit from welfare state programs in some tangible and salient way [...], the less likely it is that people will come to oppose government intervention to reduce inequalities.“

²⁵⁵ Gemäß der Medianwählerhypothese, müsste die relative Größe der Kohorte der Babyboomer dazu führen, dass deren Interessen im politischen Prozess stärker berücksichtigt werden. Dies ist aber nicht der Fall.

Die These stützt sich darauf, dass erstens, mehr Menschen in den Genuss von Leistungen aus universellen Sicherungssystemen kommen, dass zweitens, wer einzahlt zugleich auch Leistungsempfänger ist und somit drittens, geringere Umverteilungseffekte vermutet werden, auch wenn diese zum Teil nur weniger offensichtlich sind. Die Akzeptabilität der GRV müsste von daher mit dem Abdeckungsgrad in der Bevölkerung variieren. So dürfte deshalb der Status quo beispielsweise unter Männern höhere Akzeptanz genießen als unter Frauen und im Osten eine höhere Akzeptanz als im Westen, da es dort mehr Beamte und Selbständige gibt, die nicht Teil des Systems sind. Umgekehrt müsste die Akzeptanz im Zeitverlauf sinken, wenn immer weniger aktiv Versicherte dazu in der Lage sind, Rentenanwartschaften über dem Grundsicherungsniveau zu erwerben. In diesem Fall müssten sich stärkere Präferenzen für ein höheres Grundsicherungsniveau entwickeln.

Die *Sozialversicherungsthese* (vgl. Offe 1990; Rürup-Kommission 2003) geht dagegen davon aus, dass bei beitragsfinanzierten Systemen mit einer generell höheren Akzeptanz zu rechnen sei, als bei steuerfinanzierten Systemen. Für diese Annahme spreche laut Ullrich (2001), dass in beitragsfinanzierten Systemen in erster Linie das *Äquivalenzprinzip* gelte, welches als dominantes Gerechtigkeitsprinzip allgemein anerkannt sei.²⁵⁶ Die Vergabe der Mittel ist zweckgebunden und im Gegensatz zu steuerfinanzierten Leistungen, wie der Grundsicherung, auf den Adressatenkreis der Einzahler beschränkt.²⁵⁷ In dem Maß wie die Beitragsäquivalenz abnimmt, etwa weil zunehmend versicherungsfremde Leistungen finanziert werden, sollten sich dementsprechend Ungerechtigkeitswahrnehmungen verstärken. Für Personengruppen, die nicht zum Versichertenkreis gehören, wie Beamte und Selbständige, ist dagegen zu erwarten, dass sie weitaus geringere Gerechtigkeitsprobleme in der Alterssicherung wahrnehmen, da für sie der direkte Zusammenhang zwischen Beitragsfinanzierung und Rentenniveau nicht vorliegt und die Beamtenversorgung bislang von Anpassungen an die demografische Entwicklung weitgehend verschont blieb. Diese Personengruppen dürften auch gegen eine stärkere Steuerfinanzierung bzw. steuerfinanzierte Ausweitung der versicherungs-

²⁵⁶ Das *Äquivalenzprinzip* werde laut Offe (1990: 183) auch durch die Umverteilungswirkungen nicht in Frage gestellt. Umverteilungen ergäben sich erst „ex post“ aufgrund unterschiedlicher Risikolagen oder Wahrscheinlichkeiten, krank zu werden, zu sterben oder Kinder zu kriegen. Sie seien daher nicht beabsichtigt, und somit „moralisch unanständig“. Warum eine Risikoverschiebung, die sich „ex post“ ergibt, unbeabsichtigt sein muss, bleibt in der Argumentation von Offe jedoch im Dunkeln.

²⁵⁷ Einen ähnlichen Ansatz wie Ullrich verfolgt Krüger (1999, 2001). Er differenziert zwischen Mehrheits- und Minderheitsprogrammen, was in etwa Ullrichs Unterscheidung von universellen und nicht-universellen Sicherungssystemen entspricht. Zudem wird bei Krüger zwischen reziproker (utilitaristischer) Solidarität, die in Deutschland für beitragsfinanzierte Versicherungssysteme kennzeichnend wäre, und nicht-reziproker (altruistischer) Solidarität, z. B. bei steuerfinanzierten Systemen wie der Grundsicherung, differenziert.

fremden Leistungen, wie Hinterbliebenenrenten oder Kindererziehungszeiten, in der GRV plädieren.

Die dritte, sog. *Rezipiententhese* befasst sich mit den Eigenschaften von Leistungsempfängern bzw. mit den Kriterien des Leistungsanspruchs, die in einem System gelten. Ein solches Kriterium stellt z. B. Bedürftigkeit dar, wobei Systemen, die lediglich fremd verschuldete Bedürftigkeit berücksichtigen, höhere Legitimität zugesprochen wird, als solchen, die nicht zwischen Selbst- und Fremdverschulden differenzieren.²⁵⁸ Ein weiteres Kriterium der Akzeptabilität von Institutionen stellt in Rechnung, inwieweit der Leistungsempfänger seinen Mitwirkungsrechten nachkommt und ob „nicht-kooperatives“ Verhalten, von Seiten des Empfängers, zu einem Verwirken der Ansprüche führen kann. Ferner werden in diesem Zusammenhang auch die Schutzvorkehrungen gegen „Mitnahmeeffekte“ und Trittbrettfahrer berücksichtigt.

Da das Bedürftigkeitsprinzip in der gesetzlichen Rentenversicherung nur wenig Relevanz besitzt, ist die Erklärungskraft der *Rezipientenhypothese* im vorliegenden Kontext als gering einzuschätzen. Dass im Zuge der jüngsten Rentenreformen z. B. eigene Einkommen bei der Berechnung der Ansprüche aus Hinterbliebenenrenten stärker berücksichtigt werden, um eine Überversorgung zu vermeiden, müsste allerdings die Akzeptanz des Rentensystems erhöht haben, wenn die *Rezipientenhypothese* zutrifft. Zudem kann man davon ausgehen, dass geringe Rentenanwartschaften, die sich infolge von Kindererziehungszeiten ergeben haben, als ungerecht wahrgenommen werden. Diese Erwartung widerspricht aber der *Sozialversicherungshypothese*, da es sich bei einer Aufstockung von Renten in solchen Fällen um Leistungen handelt, die nicht auf eigenen monetären Beiträgen zum Sozialversicherungssystem beruhen.

Als weiterer institutionalistischer Ansatz sind sog. *Policy-Feedbacks* zu nennen. Demnach definieren wohlfahrtsstaatliche Arrangements Reformoptionen vor, weil sie Anreize für politisches Handeln entlang eines spezifischen Entwicklungspfads mit sich bringen (Pierson 1996). So verweist Rose (1990: 283) darauf, dass ein sozialpolitisches Arrangement als integraler Bestandteil der Lebensplanung von Individuen nicht einfach geändert werden könne. Insbesondere ist bei Umlagesystemen eine kurzfristige und umfassende Umstellung auf ein Kapitaldeckungsverfahren unmöglich, weil die Lebensplanung und Sparentscheidungen eines Großteils der Bevölkerung damit konterkariert würden und dementsprechend – abgesehen von

²⁵⁸ Häufig ist auch die Rede von „deserving poor“, wenn Armut externen Bedingungen zugeschrieben wird vs. „undeserving poor“, wenn Armut internen Bedingungen zugeschrieben wird.

der rechtlichen Problematik – mit massivem Widerstand in der Bevölkerung zu rechnen wäre. Aus dem Eigentumscharakter der Rentenanwartschaften ergibt sich bei einer Umstellung eine individuelle Interpretation der geleisteten Beiträge als „sunk costs“, die nicht remonetarisierbar sind. Eine Kürzung der Renten bei den aktuellen Bestandsrentnern würde aus den gleichen Gründen Ungerechtigkeitsgefühle verstärken, obwohl bestimmte intergenerative Gerechtigkeitskonzepte, wie implizite Renditen, genau das nahelegen. Man kann deshalb folgende Hypothese formulieren: Je stärker langfristige oder nicht revidierbare Entscheidungen von Individuen durch Reformen im Rentensystem tangiert werden, umso mehr Ungerechtigkeitsgefühle entstehen dadurch.

Wettbewerbshypothese

Ein letzter interessenbasierter Ansatz, der sich aus makroökonomischen Strukturbedingungen ergibt, soll hier als *Wettbewerbshypothese* bezeichnet werden. Diese basiert auf der Annahme, dass ein größeres Sicherheitsgefühl die Voraussetzung für die Bereitschaft darstellt, selbst etwas vom eigenen Wohlstand abzugeben, um sozialpolitische Ziele zu finanzieren. Die *Wettbewerbshypothese* ähnelt insofern der Begründung des Wertewandels bei Inglehart, nimmt aber nicht die Sozialisationsbedingungen in den Blick sondern aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen. Es wird also ein Periodeneffekt postuliert und kein Kohorteneffekt. So stellen Schokkaert und Van Parijs (2003: 256) fest:

“[...] the safer one feels, the more altruistic one becomes (Goodin 1993) and therefore also the more favourable to political programmes that include a generous minimum pension.”

Im Umkehrschluss gilt, dass die Zunahme von Statusängsten in der Mittelschicht (Lengfeld und Hirschle 2009), die sich etwa aus der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts oder aus den Reallohnverlusten in den letzten Jahren ergeben haben, dazu führen dürfte, die Umverteilungselemente in der Alterssicherung einzuschränken und stattdessen das Prinzip der Beitragsäquivalenz zu stärken. Mit anderen Worten: Statussicherung wird in den Augen der Bevölkerung wichtiger, während egalitaristische Prinzipien in der Rente an Unterstützung verlieren und zwar in dem Maß wie gesamtwirtschaftliche Verteilungsspielräume schrumpfen.

Die Alternativhypothese zur *Wettbewerbshypothese* soll hier als *Verunsicherungshypothese* bezeichnet werden. Sie geht davon aus, dass sich in Zeiten wachsender ökonomischer Unsicherheit, z. B. aufgrund von wachsenden Arbeitslosenquoten, stärkere Präferenzen für sozialstaatliche Umverteilung ausbilden, um wieder ein allgemein höheres Sicherheitsniveau zu erreichen (vgl. Blekesaune 2007: 395). Bezogen auf allgemeine Einstellungen zu sozialstaat-

licher Umverteilung findet Blekesaune (2007) eher Bestätigung für diese Hypothese (vgl. auch nächsten Abschnitt). Legewie (2008) ermittelt für Deutschland ebenfalls eine Zunahme allgemein egalitaristischer Vorstellungen und eine Abnahme individualistischer und konservativer Vorstellungen unter den Bedingungen wachsender makroökonomischer Arbeitslosigkeit. Es bleibt aber zu klären, ob diese Ergebnisse auch auf die Alterssicherung übertragbar sind.

Abschließend wäre darauf hinzuweisen, dass eine hohe Erklärungskraft interessenbasierter Ansätze für eine Vorstellung von Gerechtigkeit als eigenständiges soziales Basisphänomen gewisse theoretische Probleme aufwerfen würde. Zum Beispiel wäre es vorstellbar, dass Individuen in konkreten Verteilungssituationen grundsätzlich Personen oder Personengruppen mit den gleichen sozialen Merkmalen bevorzugen würden (Homophilie), da die verallgemeinerte gerechte Ordnung sie auch immer selbst betreffen würde. Man hätte es dann mit einer egoistischen „Deformation“ des kategorischen Imperativs zu tun und einer Bestätigung des Modells des Homo Oeconomicus (vgl. Kelsen 2000 (1953): 41). In diesem Fall würden die Gerechtigkeitsurteile gerade nicht von einem Standpunkt der Unparteilichkeit aus gefällt und die „circumstances of justice“ wären somit nicht erfüllt. Die rawlsianische Vorstellung eines übergreifenden Gerechtigkeitskonsenses würde als ein hypothetisches Kartenhaus in sich zusammenfallen, während die marxistische Annahme, dass sich hinter Gerechtigkeitsabwägungen nichts weiter als Ideologien zur Legitimation ökonomischer Klasseninteressen verbergen, ihre Bestätigung gefunden hätte.

8.2.3 Wahrnehmungsbasierte und kognitive Ansätze

In der Sozialstaatsforschung ist der Rückgriff auf Wahrnehmungsverzerrungen, Situationsdefinitionen („Framing“) und Heuristiken der dritte, eher kognitiv-psychologisch fundierte Ansatz zur Erklärung von sozialstaatlichen Einstellungen (z. B. Andreß et al. 2001; Gangl 1997; Kluegel 1986; Wegener 1987). Ausgangspunkt ist ein Verständnis von Gerechtigkeitsurteilen als multidimensionalen Optimierungsproblemen, in denen eine Vielzahl von situativen Randbedingungen und persönlichen Dispositionen zu berücksichtigen sind. Diese Abwägungen sind kognitiv anspruchsvoll und die Beschaffung der dafür notwendigen Informationen verursacht Kosten. Zusätzlich sind die Informationen häufig intransparent, unvollständig, unsicher oder risikobehaftet, weswegen bei der Urteilsfindung von den Individuen Heuristiken einge-

setzt werden. Eine Folge kann auch sein, dass hinsichtlich der objektiven Güterverteilung eigentlich irrelevante Informationen Gerechtigkeitsurteile über Framing- oder Ankereffekte stark beeinflussen können und objektive Gegebenheiten „verzerrt“ wahrgenommen werden.

Ein Problem dieses Ansatzes besteht bislang darin, dass es sich dabei um keine integrierte Theorie handelt, sondern nur um einen Katalog von Vorurteilen, Annahmen über gesellschaftliche Zusammenhänge, Heuristiken und Verzerrungen, die in verschiedenen Zusammenhängen nachgewiesen wurden und ad hoc zur Erklärung von Präferenzen und Entscheidungen herangezogen werden, die nicht mit den Vorhersagen präskriptiver Entscheidungstheorien, wie der Theorie rationaler Wahl oder der Wahrscheinlichkeitstheorie, übereinstimmen (Gigerenzer 1996; Tversky und Kahneman 1986a).

Die Antezedensbedingungen für solche Wahrnehmungseffekte sind also theoretisch unbestimmt. In welchem Ausmaß bestimmte Heuristiken angewendet werden, dürfte aber von kognitiven Fähigkeiten, Bildung und Persönlichkeitsmerkmalen abhängen.²⁵⁹ Individuenspezifische Unterschiede in der Wahrnehmung können sich des Weiteren aus dem Ausmaß der Zeitpräferenz, der Risikoaversion oder der internen bzw. externen Attribution von Erfolg und Misserfolg ergeben.²⁶⁰ Zeitpräferenz wird ein eher hohes und schuldenfinanziertes Sicherungsniveau begünstigen, Risikoaversion eher staatliche als private Vorsorge, und bei einer internen Zuschreibung wird die Akzeptanz sozialstaatlicher Umverteilung eher gering ausfallen als bei externer Zuschreibung. Zugleich legitimiert die interne Zuschreibung von Armut unsolidarisches Verhalten im sozialstaatlichen Kontext.

Ein anderer kognitiver Ansatz, der in der sozialstaatlichen Einstellungsforschung Verwendung gefunden hat, bezieht sich darauf, welcher Zusammenhang von Individuen implizit zwischen wirtschaftlicher Prosperität und sozialstaatlicher Umverteilung vermutet wird (Gangl 1997: 173). So könnten negative Erwartungen bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung zu einer geringeren Akzeptanz sozialstaatlicher Umverteilung führen (siehe *Wettbewerbshypothese*, S. 230), wenn wirtschaftliche Prosperität als eine Voraussetzung da-

²⁵⁹ Persönlichkeitsmerkmale werden üblicherweise als äußerst stabil angenommen, können sich aber insbesondere im Zusammenhang mit einschneidenden Lebensereignissen verändern, während Wertvorstellungen schon in früher Jugend fixiert zu sein scheinen (Schneider 2008). Außerdem variieren wahrgenommene Persönlichkeitsmerkmale stark mit der Situation, in der sich eine Person befindet und mit einhergehenden Rollenerwartungen (z. B.: der dominante Manager ist zu Hause umgänglich). Persönlichkeitsmerkmale werden daher oft nur in der Außenbetrachtung als invariant angenommen, da eine bestimmte Person immer in einem spezifischen Situationskontext erlebt wird und von diesem Kontext fälschlich auf die Person verallgemeinert wird.

²⁶⁰ Hinsichtlich Risikoaversion (vgl. Riley und Chow 1992) und Zeitpräferenz (vgl. Mischel et al. 1989) liegen schicht- und bildungsspezifische Unterschiede vor. Es handelt sich also um keine essentialistischen Dispositionen.

für betrachtet wird, oder staatliche Umverteilung sogar als Wachstumshemmnis interpretiert wird – wie von libertären Ökonomen. Aber auch eine umgekehrte Wirkungsvermutung ist vorstellbar. In diesem Fall wird ein ausgebauter Sozialstaat als Voraussetzung wirtschaftlicher Prosperität angenommen und ein negativer wirtschaftlicher Ausblick sollte die Akzeptanz für sozialstaatliche Umverteilung erhöhen.

Naheliegender ist insbesondere, dass Personen, die sich Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft oder ihre Alterssicherung machen, mehr staatliche Verantwortung in der Alterssicherung und ein höheres Absicherungs-niveau einfordern werden (siehe auch *Verunsicherungshypothese*, S. 230). Diese Vorhersage kann direkt aus der SEU-Theorie (Savage 1954) abgeleitet werden, da die Wahrscheinlichkeit auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein, in diesem Fall subjektiv höher ausfällt, und die staatliche Absicherung damit *ceteris paribus* einen höheren Erwartungsnutzen aufweist. Auch die Wahrnehmung makroökonomischer Bedingungen, wie hoher Arbeitslosigkeit kann zu solchen Nutzenerwartungen führen, selbst wenn man für sich nicht erwartet, von Arbeitslosigkeit unmittelbar betroffen zu sein. Die Annahme ist hier, dass Individuen eine Form kollektiver Rationalität anwenden, und den Gesamtnutzen ihres Umfelds (Familienangehörige, Nachbarschaftseffekte, soziale Kosten der Arbeitslosigkeit) in ihre eigene Nutzenfunktion integrieren. Für egalitaristische Einstellungen konnte z. B. gezeigt werden, dass diese auch unter Kontrolle individueller Merkmale mit dem Ausmaß regionaler Arbeitslosigkeit zunehmen (Legewie 2008).

Die Enlightenment-Hypothese

Ebenfalls den kognitiven Ansätzen kann man die sog. *Enlightenment-Hypothese* zuordnen. Sie geht davon aus, dass mit zunehmender Bildung die Verbreitung negativer Vorurteile gegenüber anderen sozialen Gruppen abnimmt und sich daraus eher „umverteilungsfreundliche“ sozialstaatliche Einstellungen ergeben (vgl. Andreß et al. 2001: 43; Jackman und Muha 1984; Robinson und Bell 1978). Mit höherer formaler Bildung ist also eine weniger auf den Vorteil der eigenen sozialen Gruppe bedachte Haltung zu erwarten und die funktionale Notwendigkeit des Sozialstaats sollte eher anerkannt werden. Jackman und Muha (1984: 751) konstatieren jedoch, dass die bisherigen empirischen Hinweise für einen solchen Zusammenhang gemischt seien und lehnen die Hypothese auf Grundlage ihrer eigenen empirischen Analysen ab. Stattdessen würden die dominanten sozialen Gruppen generell Ideologien entwickeln, die den Status quo legitimieren. Unter den dominanten Gruppen seien die höher Gebildeten sogar diejenigen, die diese Ideologien intellektuell besonders elaboriert vertreten würden. Des Wei-

teren ist vorstellbar, dass mit zunehmender Bildung die Einsicht in funktionale Defizite des Sozialstaats wächst.

Eine mögliche Synthese der beiden Sichtweisen bestünde in der Annahme eines Moderatoreffekts der sozialen Ungleichheit. Danach würden in einer Gesellschaft mit großer sozialer Ungleichheit höher Gebildete in stärkerem Ausmaß negative Nebenfolgen sozialer Ungleichheit wahrnehmen und abweichend von der dominanten Ideologie eher egalitaristische Vorstellungen vertreten, während dieser Zusammenhang in Gesellschaften mit geringer Ungleichheit genau umgekehrt vorliegen würde. In diesem Fall würden von den höher Gebildeten dysfunktionale Elemente sozialstaatlicher Umverteilung stärker wahrgenommen und egalitaristische Vorstellungen eher kritisch gesehen. Die sozioökonomischen Interessen der höheren Bildungsschichten genießen dann Vorrang.

Heuristiken und Verzerrungen in der Verhaltensökonomie

Weitere Ansätze beziehen sich auf Reformwiderstände gegen als notwendig erachtete und ökonomisch vermeintlich paretosuperiore institutionelle Veränderungen (vgl. Heinemann et al. 2008). Zur Erklärung solcher Reformwiderstände wird häufig das Konzept der *Verlustaversion* herangezogen. Dieses wurde vor allem durch Kahneman und Tversky (1979) im Rahmen der *Prospect-Theorie* erläutert, spielt aber auch in der *Gerechtigkeitspsychophysik* (Jasso und Wegener 1997) eine zentrale Rolle.²⁶¹ Generell haben Verluste eine höhere emotionale Valenz als Gewinne von objektiv gleichem ökonomischem Wert. Veränderungen des Status quo, bei denen es sich lediglich um eine intertemporale Umverteilung handelt, wie z. B. Rentenkürzungen in der Zukunft, denen äquivalente Gewinne bei der Beitragssatzbelastung in der Gegenwart gegenüber stehen, werden demnach als ungerecht bewertet, weil die Verluste stärker wahrgenommen werden. Eine Beitragssenkung um 30 Euro würde nicht in gleichem Umfang positive Reaktionen hervorrufen, wie eine Rentenkürzung um diesen Betrag negative Gefühle erzeugt. Eine Folge von *Verlustaversion* ist, dass man hinter ein einmal

²⁶¹ Verwandte bzw. daraus abgeleitete Konzepte sind der sog. *Status-quo-Bias* (Samuelson und Zeckhauser 1988) und *Endowment-Effects* (Kahneman et al. 1991). Verluste und Gewinne ergeben sich in der *Prospect-Theorie* immer im Vergleich zu einem Referenzpunkt. Dessen Wahl bestimmt, ob überhaupt ein Verlust oder ein Gewinn wahrgenommen wird („framing“): z. B. besitzt Ego eine Tasse und will sie verkaufen (Verlust), oder besitzt sie nicht und möchte sie kaufen (Gewinn). Aufgrund von *Verlustaversion* sind für den Verkauf höhere Preise notwendig als für den Kauf des Produkts. In vielen Fällen ist der Status quo ein salienter Referenzpunkt (Anker) für die „mentale Buchführung“ der Individuen. Verluste und Gewinne werden dann immer im Vergleich zum Status quo betrachtet und nicht im Vergleich zu einer alternativen beispielsweise reforminduzierten kontrafaktischen Entwicklung, die unter Umständen höhere Verluste oder Gewinne bedeuten würde. Infolgedessen ergeben sich Präferenzen für den Status quo gegenüber dem kontrafaktischen Referenzszenario.

erreichtes sozialstaatliches Ausgabenniveau nur zu hohen politischen Kosten zurückfallen kann (vgl. auch Wilensky 1975: 10ff).

Eine andere Vorhersage der *Prospect-Theorie* lautet, dass faktische Kürzungen ebenfalls intensiver wahrgenommen werden als ausbleibende Gewinne, also Opportunitätskosten in der gleichen Größenordnung.²⁶² Die mit den Rentenreformen erzielte Konstanz der Beitragssätze würde danach mental nicht als Gewinn verbucht – obwohl ein Verzicht auf die Reformen zu höheren Beitragssätzen führen würde – und den Kürzungen beim Rentenniveau gegenübergestellt. Eine politische Implikation, die sich daraus ableiten lässt, lautet, dass keine nominalen Rentenkürzungen vorgenommen werden sollten, sondern es stattdessen weniger Ungerechtigkeitsgefühle erzeugt, die Anpassungen der Rentenhöhen an ein steigendes Lohnniveau zu dämpfen („Geldillusion“). Gewinne ungleich zu verteilen ist also gerechtigkeitspsychologisch weniger problematisch, als eine ökonomisch gleichwertige Reallokation, bei der es zu nominalen Einschnitten kommt (vgl. Kahneman et al. 1986: 740).²⁶³

Eine zentrale Implikation der vorgestellten Ansätze ist, dass sich objektiv gleiche ökonomische Lagen, aufgrund von Wahrnehmungsunterschieden und differenziellen Situationsdefinitionen, in sehr unterschiedlichen Sozialstaatspräferenzen äußern können. Für die Gerechtigkeitsbewertung des Alterssicherungssystems bedeutet das z. B., dass sowohl Leistungszurücknahmen als auch Ausweitungen Ungerechtigkeitsgefühle verstärken können, je nachdem welche intergenerationalen Gerechtigkeitskonzepte im Kopf der Befragten der Bewertung zugrunde liegen und wie unterschiedliche Gewinne und Verluste aus Rentenreformen auf Beitrags- und Auszahlungsseite mental miteinander verrechnet werden. Im Wiedervereinigungskontext ist z. B. entscheidend, ob in Ostdeutschland für Vergleiche als Referenzpunkt die Situation der Alterssicherung in der ehemaligen DDR, bzw. in anderen östlichen Transformationsländern, oder in Westdeutschland gewählt wird. Im ersten Fall hätten die Befragten einen „Gewinnframe“, im zweiten Fall einen „Verlustframe“ und die gefühlte Ungerechtigkeit sollte im Osten wesentlich größer ausfallen. Da nach der *Social-Comparison-Theorie* (Festinger

²⁶² „The relevant psychological principle is, that losses are more aversive than objectively equivalent foregone gains.” (Kahneman et al. 1986: 740)

²⁶³ Die *Prospect-Theorie* prognostiziert ferner, dass Individuen in einer hoch wahrscheinlichen Verlustsituation eher bereit sind Risiken einzugehen als in einer hoch wahrscheinlichen Gewinnsituation, in der sie sich eher risikoavers verhalten würden. In Situationen mit niedriger Eintrittswahrscheinlichkeit (z. B. Lotto) würden sich Personen dagegen bei Verlusten risikoavers zeigen und bei Gewinnen das Risiko suchen (Tversky und Kahneman 1992). Sichere Gewinne und Verluste würden zudem gegenüber wahrscheinlichen Gewinnen und Verlusten mit gleichem Erwartungswert übergewichtet. Von wesentlicher Bedeutung ist zudem die politische Kommunikation, die Reformen als Verluste oder Gewinne „framen“ kann (Tversky und Kahneman 1986a).

1954: 121) Vergleiche zu möglichst ähnlichen Vergleichsgruppen überwiegen, ist der „Verlustframe“ a priori wahrscheinlicher.

Eine weitere Implikation der vorgestellten kognitiven Ansätze ist, dass sich Individuen hinsichtlich ihrer Gerechtigkeitspräferenzen stark am Status quo orientieren werden, da negative Abweichungen vom Status quo als Referenzpunkt, also Verluste oder „Unterbelohnungen“, stärker wahrgenommen und emotional intensiver erlebt werden als positive Abweichungen, also Gewinne oder „Überbelohnungen“. Daraus ergibt sich ein *Status-quo-Bias* (Samuelson und Zeckhauser 1988).²⁶⁴ In der Folge werden individuelle Belastungen in Reformprozessen überschätzt und Entlastungen unterschätzt (vgl. Heinemann et al. 2008). Ein gegebener Zustand wird daher gegenüber ökonomisch gleichwertigen oder gar besseren Alternativen bevorzugt.²⁶⁵ *Verlustaversion* impliziert, dass ein wahrgenommenes Gerechtigkeitsdefizit gegenüber den Jüngeren auf antizipierte Verluste zurückgeführt werden kann, etwa wegen eines geringeren Rentenniveaus oder einer längeren Lebensarbeitszeit. Dagegen dürfte eine „Überbelohnung“ der heutigen Rentner oder die Höhe der aktuellen Beitragssätze kaum als problematisch wahrgenommen werden, da die Entlastungen durch niedrigere Beitragssätze unterschätzt werden. Generational-Equity-Konzeptionen von Gerechtigkeit können diese psychologisch ungleiche Gewichtung von Entlastungen und Belastungen nicht erfassen.

Wichtig ist allerdings der Hinweis, dass Status-quo-Orientierungen nicht nur wahrnehmungspsychologisch verstanden werden können, sondern ebenso als Ergebnis einer spezifischen Sozialisation. Während die Erwartungswertbildung bei quantitativen Größen (Belohnungen) durch eine kurzfristige Orientierung am Status quo gut nachvollziehbar ist, dürften bei spezifischen Verteilungsprinzipien langfristige Prozesse der Norminternalisierung bedeutsamer sein. Personen, die in unterschiedlichen Sicherungssystemen sozialisiert wurden, sollten dementsprechend die dort jeweils vorherrschenden Verteilungsregeln verinnerlicht haben. Für Ostdeutsche ist folglich eine stärkere Ausrichtung an den institutionellen Gegebenheiten des früheren DDR-Rentensystems zu erwarten, die auch heute noch nachzuweisen sein dürfte. Sie sollten ceteris paribus Präferenzen für eine eher egalitaristische Verteilung der Altersbe-

²⁶⁴ Diese Überlegungen wurden vom Autor bereits veröffentlicht (Schrenker 2009).

²⁶⁵ Samuelson und Zeckhauser (1988: 36) halten *Status-quo-Bias* für ein Phänomen, das nicht ausschließlich auf *Verlustaversion* zurückzuführen ist. Als Alternativklärungen werden die unterschiedliche Sichtbarkeit von Opportunitätskosten und pekuniären Kosten (Kahneman et al. 1986: 731), individuen-spezifische Unsicherheit (Fernandez und Rodrik 1994; Jacobs und Matthews 2008) oder Risikoaversion genannt. Gegenüber dem gesamten Forschungsansatz kritisch äußert sich Gigerenzer (1996). Im Zusammenhang mit Pfadabhängigkeit wird ferner auf die Transaktionskosten von Systemänderungen als Entscheidungskosten oder sunk costs verwiesen (Pierson 2000).

züge offenbaren und eine höhere universelle Grundrente sowie eine geringere Abhängigkeit der Renten von der früheren Einkommensposition befürworten.²⁶⁶

8.3 Empirische Gerechtigkeitstheorien

Bei den bisher vorgestellten Ansätzen handelt es sich um ein Konglomerat von Hypothesen aus dem Bereich der sozialstaatlichen Akzeptanzforschung, in denen lediglich cursorisch auf Gerechtigkeit Bezug genommen wird. Es handelt sich um keine integrierte Theorie. Die empirische Gerechtigkeitsforschung hat sich dagegen darum bemüht einen einheitlichen theoretischen Rahmen zu entwickeln, der auch auf sozialstaatliche Verteilungsergebnisse und Verteilungsprinzipien anwendbar ist.²⁶⁷ In den folgenden Abschnitten geht es darum, diesen darzustellen und auf die Institutionen der Alterssicherung zu beziehen. In der empirischen Gerechtigkeitsforschung wird dabei zwischen zwei konzeptuell unterschiedlichen Untersuchungsgegenständen unterschieden: zwischen konkreten Belohnungshöhen und abstrakten Verteilungsprinzipien. Die folgenden Abschnitte beginnen zunächst mit einer Darstellung der im Bereich der *Belohnungsgerechtigkeit* einschlägigen empirischen Erklärungsansätze. Daran anschließend werden verschiedene Ansätze aus dem Bereich der *Prinzipiengerechtigkeit* dargestellt.

8.3.1 Klassische Ansätze im Bereich der Belohnungsgerechtigkeit

Einen theoretischen Rahmen für die empirische Auseinandersetzung mit der Gerechtigkeit der gesetzlichen Rentenhöhen bietet die *Theorie der Belohnungsgerechtigkeit*. Sie baut auf älteren sozialpsychologischen Ansätzen auf, wie dem *Konzept der relativen Deprivation* (Stouffer et al. 1949, Runciman 1966), der *Equity-Theorie* (Homans 1974, Adams 1966, Walster et al. 1975) und der *Status-Value-Theorie* (Berger et al. 1972), die zunächst vorgestellt werden sollen.

²⁶⁶ Dass die DDR-Renten insgesamt sehr niedrig waren (Sachverständigenrat 2005: 374; Schmidt 2004), dürfte dagegen, aufgrund der zwischenzeitlichen Anpassung an westdeutsches Niveau, wenig bedeutsam sein.

²⁶⁷ Eine guten Überblick über die empirische Gerechtigkeitsforschung bieten Hegtvéd (2006) und Gollwitzer et al. (2009).

Relative Deprivation

Das Konzept der relativen Deprivation wurde von Stouffer et al. (1949) in ihrer Untersuchung „The American Soldier“ eingeführt, ohne dort jedoch formal definiert zu werden. Grundlegend für diesen Ansatz ist, dass es weniger objektive Benachteiligungen oder absolute Mangelzustände sind (absolute Deprivation), die für Individuen frustrierend wirken und damit als Auslöser von Ungerechtigkeitsempfindungen fungieren, als vielmehr relative Unterschiede oder ausbleibende Gewinne, die im Vergleich zu anderen wahrgenommen werden.²⁶⁸ Dies können zum Beispiel relative Verluste zu einer bestimmten Referenzgruppe oder Referenzperson sein, die sich daraus ergeben, dass sich die Situation der Referenzgruppe gegenüber der eigenen Position verbessert hat (Runciman 1993; Stouffer et al. 1949).²⁶⁹

Equity Theorie

Auch die *Equity-Theorie* (Adams 1963, 1966; Homans 1961, 1976; Walster et al. 1976) geht davon aus, dass es Vergleichsprozesse sind, die Ungerechtigkeitsgefühle auslösen. In der *Equity-Theorie* liegt Verteilungsgerechtigkeit zwischen zwei Individuen dann vor, wenn das Verhältnis von Aufwand (Input) und Ertrag (Outcome) einer Person A gleich dem Verhältnis von Aufwand und Ertrag einer Person B ist. Dieses Gesetz gilt universell.²⁷⁰

$$\frac{O(A)}{I(A)} = \frac{O(B)}{I(B)}$$

Die Belohnung eines Individuums muss also grundsätzlich proportional zu ihrem Aufwand sein, wobei Vergleiche von A nicht nur zu anderen Personen, sondern auch mit sich selbst zu

²⁶⁸ Aus den Anwendungen in ihrer Untersuchung erschließt sich, dass mit den „Anderen“ in der Regel Personen gemeint sind, die hinsichtlich eines salienten sozialen Status ähnlich und zugleich verschieden hinsichtlich eines anderen sozialen Status sind. Dennoch bleibt diese „Theorie“ sehr unspezifisch, da ad hoc immer eine Vergleichsperson gefunden werden kann für die diese Bedingungen in irgendeiner Weise zutreffen und so ein bestimmtes Ungerechtigkeitsempfinden plausibel gemacht werden kann. Die Theorie ist wenig informativ hinsichtlich der Auswahl der Referenzperson und wirft in diesem Sinn mehr Fragen auf, als sie Antworten zu liefern vermag (Merton und Rossi 1964: 238).

²⁶⁹ Beispielsweise fanden Stouffer et al. (1949), dass Angehörige der Luftwaffe wesentlich unzufriedener waren mit ihren Karrieremöglichkeiten als Angehörige der Militärpolizei, obwohl es bei Letzteren objektiv schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten gab. Das Ergebnis erschien jedoch vor dem Hintergrund plausibel, dass für einen Militärpolizisten das Ausbleiben einer Beförderung nichts Ungewöhnliches war und diese somit keine hohen Erwartungen an ihre Aufstiegsmöglichkeiten stellten, während in der Luftwaffe eine ausbleibende Beförderung eine unerwartete Enttäuschung darstellte.

²⁷⁰ Da sich aus der Formel in ihrer einfachen Version nach Adams (1965) u. a. bei negativen Inputs und positiven Outcomes (Belohnungen) für A und positiven Inputs und negativen Outcomes (Kosten) für B auch gleiche Verhältnisse ergeben, dies unseren Gerechtigkeitsintuitionen aber diametral entgegengesetzt wäre, schlugen Walster et al. (1973: 4) eine Modifikation der Formel vor, auf die hier jedoch aus Platzgründen nicht weiter eingegangen wird.

einem anderen Zeitpunkt oder in einer anderen Situation stattfinden können. Ist die Bedingung proportionaler Gleichheit verletzt, liegt eine Ungerechtigkeit vor, die eine für das Individuum unangenehme kognitive Dissonanz (Festinger 1957) erzeugt und zur Wiederherstellung von Verhältnisgleichheit motiviert.²⁷¹

Ein gravierendes Problem der *Equity-Theorie* ist, dass abseits lokaler Austauschverhältnisse oft nicht hinreichend klar ist, was eigentlich einen relevanten Input konstituiert und mit wem A verglichen werden sollte. Auf die Frage, warum Person A ausgerechnet mit Person B zu vergleichen ist, liefert dieser Ansatz abseits rein dyadischer Interaktionen keine befriedigende Antwort. Die *Equity-Theorie* geht lediglich davon aus, dass die jeweilige Vergleichsperson in ihren Merkmalen möglichst ähnlich sein muss.²⁷² Unklar bleibt dabei jedoch, welche Merkmalsdimensionen letztlich entscheidend sind.

Weiterhin ist problematisch, dass die Bewertungen von *Inputs* und *Outcomes* nicht intersubjektiv konstant sein müssen. Das heißt, Individuen bewerten einen Input-Faktor wie beispielsweise Zeit und Leistung durchaus unterschiedlich. Unklarheiten ergeben sich schon alleine dadurch, dass man sich bei der Bewertung der Leistung am Aufwand, den ein Individuum betrieben hat oder am Ergebnis, dass mit diesem Aufwand erzielt wurde, orientieren kann. Damit kann eine Reaktion auf das Fehlen von Verhältnisgleichheit nicht nur in dem Bestreben bestehen, etwas an der vorliegenden Verteilung zu ändern (Handlungsmotivation), sondern auch in der subjektiven Reinterpretation bzw. anpassenden Gewichtung der Input- und Outcome-Faktoren, so dass Verhältnisgleichheit zumindest kognitiv wieder hergestellt wird. In vielen Fällen ist eine solche Rationalisierung eines objektiv oder für einen anderen Beobachter nicht proportionalen Verteilungsergebnisses leichter zu bewerkstelligen, als an dem Verteilungsergebnis selbst etwas zu ändern.

Im Gegensatz zum zunächst universellen Anspruch des Proportionalitätsprinzips, führt dies letztlich zur Schlussfolgerung, jeder habe sein eigenes Konzept von Verhältnismäßigkeit bzw. Gerechtigkeit liege im „Auge des Betrachters“ (Walster et al. 1976: 4). Gleichwohl gehen Walster et al. (1976: 4) davon aus, dass Gesellschaften Equity-Normen entwickeln, diese

²⁷¹ Bei der Equity-Theorie handelt es sich um eine Theorie rationaler Wahl, da Aufwendungen individuell nur dann vorgenommen werden, wenn ihnen auch entsprechende Outcomes gegenüber stehen.

²⁷² Hinsichtlich der Auswahl der Vergleichskategorie/-gruppe/-person wurden unterschiedliche Vorschläge gemacht (vgl. Walster et al. 37f): der spezifische Interaktionspartner in einem lokalen Austauschprozess (Homans 1961: 76), Personen oder Gruppen, deren Fähigkeiten oder Ansichten als nah wahrgenommen werden (Festinger 1954: 121), besonders attraktiv erscheinende Gruppen (Festinger 1954: 131), Personen zu denen langfristige Bindungen bestehen, die zur gleichen sozialen Kategorie gehören und sich zugleich hinsichtlich eines relevanten Aspekts von einem selbst unterscheiden (Merton 1957).

ihren Mitgliedern vermitteln und somit ein Konsens über sie bestehe. Auch Homans (1976: 243f) findet, dass soziale Gemeinschaften aus funktionalen Erwägungen heraus bestimmte Verteilungsregeln etablieren und das Gefühl ungerecht behandelt zu werden, oft daher rührt, dass eine Verteilung plötzlich nicht mehr nach diesen überlieferten Regeln vorgenommen wird. Er schlussfolgert daraus, dass Gerechtigkeit auf Erwartungen basiere und diese wiederum langfristig auf tatsächlichen Gegebenheiten beruhen. Unverhältnismäßige Bedingungen würden daher auf lange Sicht immer rationalisiert werden:

"Justice depends on expectations, and expectations in the long run on actualities. What is, is always becoming what ought to be." (Homans 1976: 244)

Wenn die Erwartungen mit den tatsächlichen Verteilungsergebnissen aber nicht mehr in Einklang stehen, habe das meistens mit Veränderungen im Verhältnis zwischen einer Gruppe und ihrer externen Umwelt zu tun (Homans 1976: 244). Diese Beschreibung könnte für die Erwartungen an Alterssicherungssysteme unter den Bedingungen des demografischen Wandels ebenfalls zutreffen.

Gerechtigkeitsvorstellungen basieren also in der *Equity-Theorie* immer auf existentiellen Standards und orientieren sich damit am Status quo. Da aber auch tatsächliche Gegebenheiten unterschiedlich wahrgenommen werden, bleibt es eine empirisch zu beantwortende Frage, wie umfassend ein Konsens bezüglich einer Equity-Norm ist, bzw. wie stark Individuen in ihrer Wahrnehmung und Gewichtung von *Inputs* und *Outcomes* variieren und wovon diese Variationen möglicherweise abhängen. Utopische Standards sind daher nicht vollkommen irrelevant, da sie die subjektive Gewichtung unterschiedlicher *Inputs* bestimmen können. Dieser Aspekt wird in der *Psychophysik der Gerechtigkeit* aufgegriffen und genauer ausgeführt (siehe S. 242ff).

Neben der mangelnden Spezifität der Theorie wurde auch der universelle Gültigkeitsanspruch des Proportionalitätsprinzips durch die sog. *Mehrprinzipienansätze* (Deutsch 1975, Schwinger 1980, Leventhal 1980, Hochschild 1981) in Frage gestellt. Diese gehen davon aus, dass in bestimmten Kontexten Verteilungen nach dem Gleichheits- oder dem Bedürftigkeitsprinzip als fairer betrachtet werden als Verteilungen nach dem Proportionalitätsprinzip (siehe S. 256f).²⁷³ In der Alterssicherung begegnen wir dem Equity-Prinzip in der Forderung danach,

²⁷³ Um den Universalitätsanspruch des Equity-Prinzips aufrecht zu erhalten, gab es Versuche das Equity-Prinzip so umzuformulieren, dass unterschiedliche Bedürftigkeitslagen als differenzielle Inputs aufgefasst werden bzw. eine 0-Gewichtung der Inputs zu Ergebnisgleichheit führt (vgl. Arts 1995). Damit wird das Konzept aber überdehnt und verliert seinen intuitiven, einfachen Charakter, da zusätzliche Ad-hoc-Annahmen benötigt werden.

die faktisch geleisteten monetären Beiträge zur Grundlage der Berechnung der Rentenhöhen zu machen, also in der Forderung nach Beitragsäquivalenz, nach versicherungsmathematischen Abschlägen bei vorzeitigem Renteneintritt oder im intergenerationalen Kontext, nach der Gleichheit impliziter Renditen und einem späteren Renteneintritt für jüngere Geburtskohorten mit höherer Lebenserwartung.

Status-Value-Theorie

Die *Equity-Theorie* basiert auf dem Konzept der lokalen Vergleiche. Das heißt, beim Referenzobjekt handelt es sich um einen direkten Interaktionspartner in einer konkreten Situation. In diesem Zusammenhang ist hinreichend klar, wer die Vergleichsperson ist und was die relevanten Inputs sind, die dem Vergleich zugrunde gelegt werden müssen. Unter den Bedingungen ausdifferenzierter arbeitsteiliger Gesellschaften ist das allerdings wenig weiterführend.²⁷⁴ Berger et al. (1972) zufolge berücksichtigt die *Equity-Theorie* die strukturellen Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit zu wenig. Was mit strukturellen Aspekten gemeint ist, erläutern sie in ihrer *Status-Value-Theorie*. Zunächst unterscheiden Berger et al. (1972: 133) zwischen lokalen und referentiellen Vergleichen. Referentielle Vergleiche zeichnen sich gegenüber den lokalen Vergleichen der *Equity-Theorie* dadurch aus, dass es sich bei der Referenzobjekt nicht um ein konkretes Individuum handelt, sondern um ein generalisiertes Individuum, was man sich am besten als den typischen Angehörigen einer bestimmten sozialen Kategorie vorstellen muss, z. B. „ausgebildete Flugzeugmechaniker“. Diese besitzen spezifische Statusmerkmale („states & characteristics“), z. B. vier Jahre Ausbildung, die mit bestimmten sog. Zielobjekten („goal-objects“) assoziiert werden, z. B. 1.800 € Einkommen pro Monat. Das Konzept des „Zielobjekts“ fungiert in diesem Zusammenhang lediglich als allgemeiner Ausdruck für Belohnung oder Bestrafung. Für die Merkmale („characteristics“) und Zielobjekte („goal-objects“) gilt ferner die Bedingung, dass sie statusbewertet („status-valued“) sein müssen.

In Anlehnung an Veblen (1971 (1899)) gehen Berger et al. also davon aus, dass vielen Objekten nicht nur ein Konsumwert eigen ist, sondern zugleich ein sog. Statuswert zukommt, der die gesellschaftliche Hierarchieposition des Besitzers oder Konsumenten anzeigt. Von solchen Objekten behaupten sie, sie besäßen Statussignifikanz. Dabei wird generell in der *Status-*

Nicht-leistungsbezogene Faktoren und Null-Gewichtung können in der Theorie der Belohnungsgerechtigkeit befriedigender integriert werden.

²⁷⁴ Im obigen Beispiel sind die monetären Beiträge früherer Rentner zwar ein zunächst naheliegender Vergleichsmaßstab, können aber nicht selbstverständlich als einziger und wichtigster Bestimmungsfaktor der gerechten Rentenanwartschaft heutiger Rentner vorausgesetzt werden.

Value-Theorie unterstellt, dass Beobachter von Statuskonsistenz ausgehen und daher von einzelnen bekannten statussignifikanten Merkmalen auf unbekannte statusrelevante Eigenschaften der Individuen schließen würden: bei Personen mit hoher Bildung wird von hohem Einkommen ausgegangen und umgekehrt. Einen Bezugsrahmen, der die oben beschriebenen Komponenten beinhaltet, bezeichnen Berger et al. als Referenzstruktur.²⁷⁵ Zentrale Determinante ist also die über statusbewertete Eigenschaften vermittelte Wahrnehmung der Statusposition des Empfängers. Auf diesem Weg bildet der Beobachter Erwartungen darüber, welche Zielobjekte dem Empfänger – bei dem es sich unter Umständen um den Beobachter selbst handelt – berechtigterweise zustehen.

Die *Status-Value-Theorie* (Berger et al. 1972) versucht also die Unbestimmtheit der *Equity-Theorie* abseits lokaler Vergleichsprozesse aufzulösen, indem, anstatt einer konkreten Referenzperson, ein generalisierter Referenzrahmen als normativer Bezugspunkt vorgeschlagen wird. Dieser Referenzrahmen basiert auf dem Statuswert der Aufwendungen und Erträge und ist das Ergebnis eines funktionalistischen gesellschaftlichen Bewertungsprozesses. Das heißt, dass vor allem statusbewertete Merkmale der Rentenbezieher wie Bildung, Einkommen oder beruflicher Status die gerechte Belohnung determinieren und weniger die tatsächlich geleisteten monetären Beiträge. Personen, die sich hinsichtlich dieser Merkmale ähnlich sind, sollten demgemäß gleiche Belohnungen, bzw. im Kontext der Alterssicherung, gleiche Rentenzahlungsbeträge erhalten.²⁷⁶

8.3.2 Die Theorie der Belohnungsgerechtigkeit

Aufbauend auf der *Theorie relativer Deprivation* (Runciman 1993; Stouffer 1949), der *Equity-Theorie* (Adams 1966; Homans 1974; Walster et al. 1973) und der *Status-Value-Theorie* (Berger et al. 1972) sowie der *Psychophysik* (Stevens 1959, 1986), stellt die sog. *Theorie der Belohnungsgerechtigkeit* bzw. die *Gerechtigkeitspsychophysik* einen der meist verbreiteten

²⁷⁵ Für den Beobachter erhalten bestimmte Merkmale und Zielobjekte Statussignifikanz durch die Wahrnehmung von Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen statusrelevanten Eigenschaften eines beliebigen Empfängers und der Referenzstruktur. Es gilt nun zu klären, welche Merkmale es sind, die Statussignifikanz besitzen. Die Forschung im Bereich des Sozialprestiges (Wegner 1985) und des Statuserwerbs (Blau und Duncan 1967) kann diesbezüglich Hinweise liefern. Wichtig sind sicherlich Merkmale, wie Bildung, Einkommen, berufliche Tätigkeit oder der Grad der Handlungsautonomie im Arbeitskontext.

²⁷⁶ In der GRV begegnet uns ein solcher Referenzrahmen in der EGP-Berechnung, die ein relatives Statusmaß darstellt; in der Beamtenversorgung in der Ableitung der Pensionsansprüche nur aus den Bezügen der letzten zwei Jahre, die an Stelle der Bezüge der gesamten Laufbahn berücksichtigt werden.

und umfassendsten Ansätze in der empirischen Gerechtigkeitsforschung dar (Jasso 1978, 1980, 1989, 1990, 2006a, b; Jasso und Webster Jr 1999; Jasso und Wegener 1997; Wegener 1982, 1987, 1990, 1999; Wegener und Steinmann 1995; Whitmeyer 2004). Es handelt sich dabei um einen Versuch die verschiedenen Implikationen ihrer theoretischen Vorläufer in einen theoretischen Rahmen zu integrieren und damit Gerechtigkeitsurteile in einer mathematisch präzisen Weise zu rekonstruieren.²⁷⁷

Ein kurzes Beispiel soll den Ansatz illustrieren: In der Regel kann das Empfinden von Ungerechtigkeit auf die Abweichung einer tatsächlichen Belohnung von einem normativen Zielobjekt zurückgeführt werden. Dieser Vergleichsprozess liegt auch den meisten oben angeführten Theorien der Belohnungsgerechtigkeit zugrunde. Die *Gerechtigkeitspsychophysik* spezifiziert deshalb die erfahrene Ungerechtigkeit (J) als eine Funktion einer tatsächlichen Belohnung (A) und einer gerechten Belohnung (C) unter den Annahmen, dass Gerechtigkeitsurteile als Reaktion auf variable Stimulusintensitäten von A und C in einer vorhersagbaren Weise ausgedrückt werden können; dieser Reiz-Reaktions-Zusammenhang nomologisch rekonstruiert werden kann; er für verschiedene Beobachter mit gewissen Zufallsschwankungen konstant ist und es sich dabei um die Emanation eines anthropologisch universellen „Gerechtigkeitssinns“ handelt (Jasso 1989).

In ähnlicher Weise können vier Typen funktionaler Zusammenhänge in Analogie zu den zentralen Fragen der empirischen Gerechtigkeitsforschung spezifiziert werden (siehe Einleitung). Diese Funktionen beziehen sich auf die gerechte Belohnung (C), die Wahrnehmung bzw. die objektive Verteilung tatsächlicher Belohnungen (A), die emotionale Reaktion (J) auf Abweichungen zwischen gerechten Belohnungen und tatsächlichen Belohnungen sowie den daraus folgenden Handlungskonsequenzen (Jasso und Wegener 1997):

- (1) Die gerechte Belohnungsfunktion gibt eine Antwort auf die Frage, „Was ist eine gerechte Belohnung?“
- (2) Die tatsächliche Belohnungsfunktion bildet ab, inwiefern Gerechtigkeitsvorstellungen neben anderen Faktoren die Determination tatsächlicher Belohnungen beeinflussen.
- (3) Die Gerechtigkeitsbewertungsfunktion rekonstruiert den Vergleichsprozess von tatsächlicher und gerechter Belohnung sowie die emotionale Reaktion, die daraus erfolgt. Sie beantwortet die Frage nach dem Ausmaß der erfahrenen Ungerechtigkeit.

²⁷⁷ Die folgenden Ausführungen basieren stark auf den Arbeiten von Wegener und Jasso.

- (4) Die Gerechtigkeitskonsequenzfunktion befasst sich schließlich mit den Verhaltenskonsequenzen erfahrener Ungerechtigkeit.

In allen vier Funktionen kann sich der allgemeine Ausdruck „Belohnung“ (A) sowohl auf Güter als auch auf Lasten beziehen. Zusätzlich ist zwischen einer beobachterspezifischen und empfängerspezifischen Perspektive zu unterscheiden. Wenn z. B. Beobachter (i) und Empfänger (j) identisch sind ($i = j$), das heißt der Beobachter seine eigene Belohnung bewertet, ist die Rede von einem *reflexiven* funktionalen Zusammenhang. Wenn der Beobachter mit der Bewertung der Belohnung eines anderen konfrontiert ist, wird von einem *nicht-reflexiven* Zusammenhang gesprochen. Alle vier Funktionen können also als *reflexiv* in Bezug auf die Belohnung von *Ego* ausgedrückt werden oder als *nicht-reflexiv* in Bezug auf die Belohnung von *Alter*. Bei reflexiven Urteilen ist generell davon auszugehen, dass Eigeninteresse eine größere Rolle spielt (Hegtvedt 2006: 47). Des Weiteren können Empfänger und Beobachter Individuen oder Gruppen sein und die Messungen können sowohl auf Individual- als auch auf der Aggregatebene vorgenommen werden.²⁷⁸

In der Tradition des *non-statement view of theories* (Sneed 1971; Wegener 1982) können Theorien grundsätzlich in einen *Theorierahmen*, einen *Theoriekern* und einen *erweiterten Theoriekern* unterteilt werden. Im Kontext der empirischen Gerechtigkeitsforschung bilden die vier zentralen Fragen und die entsprechenden funktionalen Zusammenhänge den Rahmen der Theorie der Belohnungsgerechtigkeit. Nur die zu berücksichtigenden Elemente werden im Rahmen genannt, während die genauen mathematischen Zusammenhänge zwischen den Elementen und ihre Parameter noch unbestimmt bleiben. Die Spezifikation der funktionalen Zusammenhänge ist Bestandteil des Theoriekerns, ihre Anwendung in verschiedenen konkreten Bereichen ist dem erweiterten Kern zuzuordnen.²⁷⁹

²⁷⁸ Eine gründlichere Diskussion theoretischer Implikationen und weitere konzeptionelle Unterscheidungen sind bei Jasso und Wegener (1997) zu finden. Dort wird beispielsweise zwischen offengelegten („disclosed“) und wahren („true“) gerechten Belohnungen differenziert. Die „true just rewards“ müssen statistisch aufwendig und messfehlerbehaftet aus J geschätzt werden, sollen laut Jasso aber frei von Effekten sozialer Erwünschtheit sein. Da es sich dabei um eine kaum überprüfbare Annahme Jassos handelt, wird dieser Ansatz hier jedoch nicht weiter verfolgt. In den vorliegenden Analysen haben die stattdessen verwendeten direkt geäußerten gerechten Belohnungen höhere Erklärungskraft für Handlungskonsequenzen. Ihre Variation lässt sich zudem besser erklären als die der „wahren“, über J geschätzten, Belohnungshöhen. Damit sind die „offengelegten“ gerechten Belohnungshöhen sozial relevanter, während der Kriteriumsvalidität der „true just rewards“ eine gewisse Skepsis entgegengebracht werden sollte.

²⁷⁹ Diese dreiteilige Struktur hat mehrere Vorteile: Sie zwingt die Anwender dazu, theoretische Überlegungen so explizit wie möglich zu formulieren. In dem Maß wie das theoretische Wissen vom Kern zu den Erweiterungen abnimmt (während die Spezifität zunimmt), wird klar, welche Teile der Theorie auf einem soliden Vorwissen basieren, und welche Teile nur unter bestimmten Bedingungen gültig sind bzw. induktiv-empirisch rekonstruiert werden müssen. Auf diese Weise ist es möglich sowohl sehr allgemeine als auch hoch spezifische theoretische

Im Folgenden wird zunächst der Theorierahmen spezifiziert und dann einige Aspekte des Kerns präsentiert, die sich in der Vergangenheit in verschiedenen empirischen Anwendungsbereichen bewährt haben. Die Ausführungen basieren im Wesentlichen auf den Arbeiten von Wegener und Jasso. Mögliche Erweiterungen werden im Anschluss daran vorgestellt.

8.3.3 Der Rahmen der Theorie der Belohnungsgerechtigkeit

Die gerechte Belohnungsfunktion

Die gerechte Belohnungsfunktion befasst sich damit, dass Individuen Erwartungen darüber bilden, wie hoch eine gerechte Belohnung in einer spezifischen Situation für einen bestimmten Empfänger sein sollte, welche Input-Faktoren den genauen Betrag determinieren sollten und wie diese Input-Faktoren zu gewichten sind.

Formal betrachten wir die gerechte Belohnung (C) als eine abhängige Variable²⁸⁰ und \mathbf{X} als einen Vektor determinierender Faktoren x_1, x_2, \dots, x_k , wobei es sich bei x_k um persönliche Merkmale des Empfängers (bezeichnet mit dem Index j), persönliche Merkmale des Beobachters (bezeichnet mit dem Index i), aggregierte Eigenschaften einer sozialen Gesamtheit oder um situative Faktoren handeln kann. Im Falle reflexiver Urteile sind Empfänger und Beobachter identisch ($i = j$). Die hier beschriebenen Zusammenhänge sind außerdem stochastischer Natur. Aus Gründen der Einfachheit wird im Folgenden aber auf den Fehlerterm ε verzichtet.

$$\text{gerechte Belohnung: } C = h(\mathbf{X}, \boldsymbol{\theta}, A) \quad (1)$$

Parameter von h wie $\beta_{1i}, \beta_{2i}, \dots, \beta_{ki}$ gewichten Inputfaktoren x_k , und werden als Mikroprinzipien der Gerechtigkeit bezeichnet, wenn sie aus dem Blickwinkel eines individuellen Beobachters (i) geschätzt werden, während Schätzer von β_k , die für ganze Populationen gelten, als Makroprinzipien der Gerechtigkeit bezeichnet werden. Um die Mehrebenenstruktur von Gerechtigkeitsurteilen vollständig zu erfassen, müssen die Mikroprinzipien der Gerechtigkeit als potentiell variable Größen betrachtet werden, die von weiteren Eigenschaften der Be-

Ansätze in einem theoretischen Rahmen anzuwenden. Neue Einsichten aus empirischen Tests können zu Revisionen der Kernerweiterungen führen, ohne die Validität des Theoriekerns in Frage zu stellen. Erkenntnisse bezüglich des erweiterten Kerns werden erst in den Kernbestand übernommen, wenn Anwendungen in verschiedenen Bereichen und die Replikation der Ergebnisse dies gerechtfertigt erscheinen lassen.

²⁸⁰ C steht für „comparison holding“.

obachter oder der Makroeinheiten, in denen diese sich wiederfinden, abhängen. Dies gilt genauso für die zentrale Tendenz der gerechten Belohnung, wiedergegeben durch die Konstante der Gleichung β_{0i} auf der individuellen Ebene, und das Ausmaß der Sicherheit, mit der die Individuen die Mikroprinzipien anwenden (z. B. durch ein beobachterspezifisches R_i^2).

Diese Variablen – beobachterspezifische Parameter und ihre Funktionen – werden in der Menge θ zusammenfasst. Im Jargon der statistischen Modellbildung würde die Regression der Elemente von θ auf individuelle oder kontextuelle Variablen einem Random-Coefficients-Modell mit Cross-Level-Interaktionen entsprechen (Hox et al. 1991; Hox und Kreft 1994; Jasso 2006a; Kreft und de Leeuw 1998). Werden die Elemente von θ (das heißt die β s) stattdessen als konstant über individuelle Beobachter angenommen, führt dies zu einer Schätzung des Konsenses über die Makroprinzipien der Gerechtigkeit in einer bestimmten Population (sog. Konsensmodell; vgl. Schrenker 2008).

Schließlich gibt es zahlreiche theoretische Argumente dafür, dass A, die tatsächliche Belohnung, als zusätzliche Determinante von C in den Rahmen der Theorie aufgenommen werden sollte.²⁸¹ In Anlehnung an Jasso (2006b) spreche ich hier von *existenzieller* Determination. Homans war beispielsweise so ernüchtert von der Unbestimmtheit der *Equity-Theorie*, dass er schlussfolgerte, „[...] what people say ought to be is determined in the long run and with some lag by what they find in fact to be the case.“ (Homans 1974: 249f)

Aber auch andere Theorien, auf die später noch genauer eingegangen werden soll (siehe S. 257ff), wie die *System-Justification-Theorie* (Jost et al. 2004), die *Gerechtigkeitsmotivtheorie* (Lerner 1975, 1980) oder die *Attributionstheorie* (Lee 1977; Lerner und Miller 1978; Pettigrew 1979), betonen die Wichtigkeit des Status quo als Determinante gerechter Belohnungen. Psychologische Anpassungs- und Rationalisierungsprozesse sind hierbei die entscheidenden Mechanismen. Auch der Wunsch, eine interne Kontrollenerwartung aufrecht zu erhalten, kann zu einer affirmativen Bestätigung vorliegender Benachteiligungen führen. Das Phänomen des „Victim-Blaming“ ist ein eindrückliches Beispiel (Maes 1994). Aus den Untersuchungen von Kahneman et al. (1991) ist ferner bekannt, wie einflussreich vorherige Erfahrungen für die Entwicklung von Belohnungserwartungen sind und wie dies zu einer irrationalen Bevorzugung des Status quo führen kann. Ferner sind psychologische Prozesse, wie

²⁸¹ Wie bei Jasso wird im Folgenden von existenzieller Determination gesprochen, wenn die gerechte Belohnung eine Funktion der tatsächlichen Belohnung ist. Wenn die gerechte Belohnung stattdessen vorwiegend durch normativ-ideologische Dispositionen der Beobachter, also Gerechtigkeitsideale, bestimmt wird, ist die Rede von utopischer Determination.

kognitive Dissonanzreduktion (Festinger 1957), selektive Aufmerksamkeit oder Ankereffekte (Jacowitz und Kahneman 1995; Markowsky 1988; Strack und Mussweiler 1997) in der experimentellen Forschung gut dokumentiert. Sie stellen Erklärungsmechanismen zur Verfügung, wie tatsächliche Belohnungen gerechte Belohnungen direkt determinieren können. Ein weiterer Mechanismus der Affirmation des Status quo ist nicht zuletzt in systemintegrierender Sozialisation zu sehen, wie dies von der funktionalistischen Schichtungstheorie nahegelegt wird (vgl. Parsons 1951: 551).

Ein naheliegendes Argument ist nicht zuletzt, dass alle empirischen Gerechtigkeitstheorien im Bereich der Belohnungsgerechtigkeit auf existenziellen Vergleichsprozessen basieren (Jasso 1990, 2001). Die *Equity-Theorie*, die *Status-Value-Theorie* und die *Theorie der relativen Deprivation* beziehen sich immer auf die tatsächlichen Belohnungen von Anderen oder eines früheren Selbst als Bestimmungsfaktor der gerechten Belohnung. Allerdings ist bei solchen sozialen Vergleichen die Frage der Auswahl der Referenzgruppe von zentraler Bedeutung und bislang nicht zufriedenstellend geklärt.²⁸² Wie die *Status-Value-Theorie* nahelegt, werden solche Vergleiche in der Regel zu generalisierten Referenzobjekten mit gleichen statusbewerteten Merkmalen vorgenommen. Ausgehend von einer menschlichen Motivation nach Selbstverbesserung wäre bei reflexiven Vergleichen anzunehmen, dass Ego ein Referenzobjekt auswählt, das über ein höheres Einkommen bei ansonsten gleichen Statusmerkmalen verfügt (Festinger 1954: 124f).²⁸³ Reflexive Gerechtigkeitsurteile orientieren sich deshalb in der Regel an den tatsächlichen Belohnungen höherer Statusgruppen und adaptieren diese. Das heißt, die Personenkategorie mit dem höchsten Einkommen bei sonst möglichst gleichen Statusmerkmalen fungiert als normative Zielgröße.²⁸⁴ Dies ist umso wahrscheinlicher, wenn das vergleichende Individuum auch die Möglichkeit sieht, die eigene Belohnung zu verbessern, also mit entsprechender Handlungsautonomie bzw. Macht ausgestattet ist. Aufwärts-Vergleiche sind deshalb eher bei statushohen Personen zu erwarten. Bei Personen mit geringer Handlungsautonomie könnte man dagegen davon ausgehen, dass es der Stärkung des eigenen Selbstwertgefühls dienlicher wäre, sich auch im reflexiven Fall eher mit Personen zu

²⁸² In lokalen Vergleichsprozessen ist das Referenzobjekt häufig offensichtlich, beispielsweise ein Arbeitskollege mit denselben Aufgaben.

²⁸³ Der *Social-Comparison-Theorie* (Festinger 1954: 131) zufolge werden Vergleiche außerdem tendenziell zu attraktiven Gruppen, also Gruppen mit höherem Status, vorgenommen.

²⁸⁴ Danach dürfte zum Beispiel die Verpflichtung zur Offenlegung von Managereinkommen, mit der Zielsetzung durch soziale Kontrolle Einkommensexzesse zu vermeiden, entgegen der Intention, zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Managereinkommen führen, da der am besten bezahlte Manager den existenziellen Vergleichsstandard festlegt (sog. Referenzgruppenentlohnung; Benz und Stutzer 2003).

vergleichen, denen es schlechter ergeht. Wenn sich Aufwärts-Vergleiche unangenehm hinsichtlich des eigenen Selbstwertgefühls auswirken, weil keine Möglichkeit besteht etwas an der Situation zu ändern, sollte also eher ein Vergleich nach unten erfolgen (vgl. Buunk und Gibbons 2007). Da man im Alter kaum noch etwas an seinen Renteneinkünften ändern kann, dürfte psychologische Rationalisierung folglich ein verbreitetes Phänomen sein.

Tabelle 12: Auswahl des existenziellen Vergleichsobjekts (A) bei der Bestimmung gerechter Belohnungen

		<i>Empfänger der gerechten Belohnung C</i>	
		reflexiv: Ego	nicht-reflexiv: Alter
<i>Status/ Autonomie des Beobachters</i>	hoch	aufwärts (Selbstverbesserung)	möglichst gleich (Dissonanzreduktion)
	niedrig	abwärts (Psychologische Rationalisierung)	abwärts (Psychologische Selbsterhöhung)

Bei nicht-reflexiven Vergleichen sollten statushohe Beobachter eher eine Auswahl des Zielobjekts an möglichst ähnlichen Einkommensgrößen bzw. am faktischen Durchschnitt vornehmen, da dies die geringste kognitive Dissonanz erzeugt. Statusniedrige Beobachter dürften sich bei der Bestimmung gerechter Einkommen anderer wiederum am unteren Ende des Einkommenskontinuums orientieren, da dies eine Möglichkeit zur psychologischen Selbsterhöhung des Beobachters darstellen kann (vgl. Buunk und Gibbons 2007; Della Fave 1980; Suls et al. 2002; Wegener 1987).

Die tatsächliche Belohnungsfunktion

Die *tatsächliche Belohnungsfunktion* kann als klassische Statuserwerbs- (Blau und Duncan 1967) oder Einkommensdeterminationsfunktion verstanden werden, wie sie aus der Humankapitaltheorie bekannt ist (Becker 1964; Mincer 1958, 1974). Auf der linken Seite der Gleichung steht die tatsächliche Belohnung (A), auf der rechten Seite zunächst objektive Faktoren, von denen man annimmt, dass sie die Einkommenshöhe beeinflussen. Diese werden durch den Vektor **W** dargestellt.

In vielen Situationen, in denen Güter und Lasten verteilt werden, sind die Ergebnisse jedoch nicht allein von objektiven Faktoren abhängig, sondern basieren auch auf Konventionen und Gerechtigkeitsvorstellungen, die in der sozialen Gemeinschaft der Empfänger konsensuell vorherrschen (Makrodetermination), oder auf den individuellen Gerechtigkeitsvorstellungen der Empfänger selbst (Mikrodetermination). Makrodetermination läge zum Beispiel vor, wenn objektive geschlechtsspezifische Lohnunterschiede vom Ausmaß der normativen Betonung von Geschlechtsunterschieden, d. h. dem Vorherrschen bestimmter askriptiver Ideolo-

gien, in einer Gesellschaft abhingen. Eine Mikrodetermination läge vor, wenn sich Männer und Frauen systematisch hinsichtlich der Gewichtung von Zeitautonomie und Qualifikation bei der Bestimmung des gerechten Einkommens unterscheiden (Jasso und Webster Jr 1999). Wenn Frauen zum Beispiel Zeitautonomie höher und Qualifikationsadäquanz niedriger gewichten, resultieren daraus geschlechtsspezifisch unterschiedlich hohe Reservationslöhne (ein Proxy für C), mit der Folge dass auch die tatsächliche Belohnung für Frauen unter sonst gleichen Bedingungen im Durchschnitt geringer ausfällt.²⁸⁵ Deswegen sollte die gerechte Belohnung C bzw. die Gewichtung bestimmter Mikroprinzipien bei der Determination der tatsächlichen Belohnung mitberücksichtigt werden.

$$\text{tatsächliche Belohnung } A = f(C, \mathbf{W}) \quad (2)$$

Eine zusätzliche Erweiterung ist mit Verweis auf das sog. „Thomas-Theorem“ denkbar, wonach die Wahrnehmung über das, was tatsächlich der Fall ist, relevanter für emotionale Reaktionen und Verhalten ist, als das, was objektiv der Fall ist.²⁸⁶ Man kann deshalb eine Wahrnehmungsfunktion („positive-belief-function“) als subjektive Analogie zur tatsächlichen Belohnungsfunktion spezifizieren (Jasso 2006a). Basierend auf der Annahme, dass die Wahrnehmung sozialer Phänomene selten unverzerrt vonstattengeht, werden wahrgenommene Belohnungen (A_{per}) nicht nur als abhängig von tatsächlichen Belohnungen (A) betrachtet, sondern als ebenfalls abhängig von den Eigenschaften der Beobachter (\mathbf{X}_i) oder Eigenschaften der Empfänger und situativen Faktoren (\mathbf{W}).

$$\text{wahrgenommene Belohnung } A_{\text{per}} = f(A, \mathbf{W}, \mathbf{X}_i, \boldsymbol{\theta}) \quad (2b)$$

Interaktionen zwischen \mathbf{X}_i und \mathbf{W} machen auch hier ein Mehrebenenmodell erforderlich, weswegen die Menge $\boldsymbol{\theta}$ auf der rechten Seite der Gleichung berücksichtigt wird, die aus den beobachterspezifischen Gewichten der Elemente von \mathbf{W} besteht. Ein solches Gewicht gibt zum Beispiel an, in welchem Ausmaß ein Beobachter denkt, dass Geschlecht einen Einfluss auf die Höhe der Entlohnung hat. Die Menge beinhaltet auch einen Parameterschätzer für $\beta_{\text{per},i}$, der die beobachterspezifische Abweichung zwischen tatsächlicher und wahrgenomme-

²⁸⁵ Folgt man der *Self-Evaluation-Theorie* (Della Fave 1980), der *Gerechtigkeitsmotivtheorie* (Lerner 1981) und der *System-Justification-Theorie* (Jost et al. 2004), dann handelt es sich bei der abweichenden Gewichtung der Mikroprinzipien aber um psychologische Rationalisierungsprozesse, die bei objektiver Diskriminierung selbstwertdienlich sind.

²⁸⁶ „If men define situations as real, they are real in their consequences.“ (Thomas und Thomas 1928: 572)

ner Belohnung wiedergibt. Es handelt sich dabei um ein Maß der individuellen Wahrnehmungsverzerrung (Wegener 1999).

Die Gerechtigkeitsbewertungsfunktion

Gerechtigkeitsbewertungen (J) basieren immer auf einem Vergleichsprozess zwischen (wahrgenommener) tatsächlicher Belohnung und einem normativen Zielobjekt, der gerechten Belohnung (C). Es liegt auf der Hand, dass eine größere Abweichung zwischen diesen beiden Größen auch größere Ungerechtigkeitsgefühle hervorrufen wird. Allerdings gibt es in der Gerechtigkeitsforschung Uneinigkeit darüber, ob bzw. unter welchen Bedingungen sich die emotionale Reaktion auf diese Abweichung besser durch ein Verhältnis oder durch eine Differenz modellieren lässt. Die genaue funktionale Beziehung wird deshalb im Rahmen der Theorie der Gerechtigkeit nicht spezifiziert und erst im Kern näher bestimmt.

$$\text{Gerechtigkeitsbewertung } J = g(A, C) \quad (3)$$

Die Gerechtigkeitskonsequenzfunktion

Die Verhaltenskonsequenzen von Gerechtigkeitsgefühlen und Gerechtigkeitsvorstellungen sind von zentraler Bedeutung für die Relevanz der Gerechtigkeitsforschung überhaupt. Wenn wir keinen Verhaltenskonsequenzen nachweisen können, wäre es möglicherweise wenig ergiebig, überhaupt Gerechtigkeitsvorstellungen zu untersuchen. Unglücklicherweise ist dieser Bereich – mit wenigen Ausnahmen (Jasso 1983a; Liebig und Wegener 1999; Mühleck 2007) – in der soziologischen Gerechtigkeitsforschung bislang wenig ausgebaut.²⁸⁷ Deshalb können im Moment nur sehr allgemeine theoretische Überlegungen angestellt werden. Es ist anzunehmen, dass beobachtbares Verhalten in diesem Kontext nicht nur von Gerechtigkeitsbewertungen abhängt, sondern auch vom Zeitprofil solcher Evaluationen $T(J)$ (z. B. Schock vs. graduelle Veränderung; Zunahme vs. Abnahme von J; zeitlicher Abstand zu einer Reform), der Involviertheit des Akteurs (z. B. reflexiv vs. nicht-reflexiv: geht es um eigene Belohnungen oder die Belohnungen anderer?), einem Set von Faktoren Δ , das die Kosten und Effektivität der Verhaltensalternativen bezüglich einer Veränderung von J enthält und einer Menge weiterer Faktoren Γ , die sich auf Eigenschaften des Beobachters (z. B. Nettosteuerzahler vs. Trans-

²⁸⁷ Das mag damit zusammenhängen, dass Verhalten im Rahmen von soziologischen Umfrageprojekten schwerer zu untersuchen ist als im Rahmen experimenteller psychologischer Forschung. Ein Beispiel für eine Untersuchung der Verhaltenskonsequenzen von Gerechtigkeit mittels Umfrageforschung, ohne die tatsächlichen Verhaltenskonsequenzen jedoch zu messen, ist Kahneman et al. (1986).

ferempfänger), des Empfängers (z. B. selbstverschuldete vs. fremdverschuldete Armut) oder der Situation (z. B. wirtschaftliche Prosperität vs. Rezession) beziehen.²⁸⁸

$$\text{Gerechtigkeitskonsequenz } K = \xi[T(J), \Delta, \Gamma] \quad (4)$$

Insbesondere ist zu erwarten, dass es nach einer Veränderung des Verteilungsergebnisses A mit zunehmendem zeitlichen Abstand zu psychologischen Rationalisierungsprozessen kommt, die Ungerechtigkeitsempfindungen reduzieren und eine Verhaltensreaktion unwahrscheinlicher werden lassen.

8.3.4 Der mathematische Kern der Theorie der Belohnungsgerechtigkeit

In diesem Abschnitt werden nun einige Elemente des mathematischen Kerns der Theorie der Gerechtigkeit dargestellt, die sich empirisch gut bewährt haben und in vielen Bereichen angewendet werden können.

Die Gerechtigkeitsbewertungsfunktion als Logarithmus des Verhältnisses von A und C

Wie bereits erwähnt, ist es wissenschaftlich umstritten, ob sich die Abweichung zwischen einem tatsächlichen Zustand und einem gerechten Zustand besser als gefühlte Ungerechtigkeit quantifizieren lassen, indem man Differenzen (Berger et al. 1972) oder Verhältnisse (Homans 1961, 1974) betrachtet. Eine Reihe empirischer Untersuchungen (Jasso 1978, 1994; Jasso und Rossi 1977) hat nahegelegt, dass sich die Gerechtigkeitsbewertung (J) gut über den Logarithmus des Verhältnisses aus tatsächlicher Belohnung (A) und gerechter Belohnung (C) wiedergeben lässt.²⁸⁹

$$\text{Gerechtigkeitsbewertung } J = \theta \ln \left(\frac{\text{tatsächliche Belohnung}}{\text{gerechte Belohnung}} \right) = \theta \ln \left(\frac{A}{C} \right) \quad (5)$$

²⁸⁸ Eine weitere Unterscheidung kann zwischen absichtsvollem und responsivem Verhalten gezogen werden (Jasso 1993: 243). „Absichtsvoll“ bezieht sich dabei auf subjektiv variierende Intentionen, die mit verschiedenen Handlungsalternativen verbunden werden, während sich „Responsivität“ auf die kausale Verursachung durch vorgängige Bedingungen und teilweise unbewusste Reaktionsmechanismen bezieht (Coleman 1973). Darüber hinaus können suppressiv-psychologische und evokativ-behaviorale Konsequenzen unterschieden werden. Erstere beziehen sich auf psychologische Anpassungsprozesse, also eine situationale Reinterpretation („reframing“) im Kopf der Befragten. Letztere sind auf eine Veränderung der Situation selbst ausgerichtet, z. B. durch Leistungszurücknahme, „Exit“ oder „Voice“ (vgl. Cook und Hegtvædt 1983: 227-229; Hirschman 1970).

²⁸⁹ Eine quadratische Spezifikation mag zwar mitunter geringfügig bessere Modellanpassungen erlauben, die Einfachheit und die theoretisch ansprechenden Eigenschaften der Logarithmus-Form sind dem aber vorzuziehen.

Der Ausdruck als logarithmiertes Verhältnis hat verschiedene theoretisch attraktive Eigenschaften: Wenn im Fall eines bestimmten Gutes A und C gleich groß sind, dann ist J gleich 0 und stellt den Punkt perfekter Gerechtigkeit dar; ist A größer als C, dann resultieren positive reelle Zahlen und bringen eine Überbelohnung zum Ausdruck; ist A kleiner als C resultieren negative reelle Zahlen und bringen ein Unterbelohnung zum Ausdruck.

Der Logarithmus trägt außerdem der Tatsache Rechnung, dass zumindest im Vergleich zu einer fixen Quantität eines gerechten Gutes (C), Defizienz stärkere emotionale Reaktionen hervorruft als eine Überbelohnung derselben Größenordnung (Jasso und Wegener 1997: 410). Damit kann *Verlustaversion* direkt mathematisch abgebildet werden (siehe auch *Prospect-Theorie*; Kahneman et al. 1986; Kahneman und Tversky 1979).²⁹⁰ Die *Prospect-Theorie* und die *Gerechtigkeitspsychophysik* teilen ferner die Implikation, dass die Reaktion auf eine Zunahme der tatsächlichen Gütermenge konkav ist, während die Reaktion auf zunehmende tatsächliche Belastungen konvex ist (Jasso 1993: 249; Tversky und Kahneman 1986b: 75, 1986a: 258f). Konkavität hinsichtlich der Güter bedeutet, dass der Einheitseffekt oder marginale Effekt auf J mit zunehmenden tatsächlichen Belohnungen abnimmt. Das heißt, 1.000 Euro zusätzlich werden einen größeren Effekt auf J haben, wenn der Empfänger 2.000 Euro verdient als wenn er 20.000 Euro verdient. Der Faktor θ in Gleichung (5) variiert individuell für jeden Beobachter (idiosynkratisch) und indiziert durch sein Vorzeichen, ob der Beobachter die Belohnung als Gut oder Last wahrnimmt. Der absolute Wert von θ ist ein Schätzer der Expressivität des Beobachters. Infolgedessen führt Weglassen von θ zur sog. *erfahrenen* Gerechtigkeitsbewertung, während Berücksichtigung von θ zur sog. *ausgedrückten* Gerechtigkeitsbewertung führt.

Die Wahrnehmung tatsächlicher Belohnungen

Wie bereits zuvor angedeutet, ist die Wahrnehmung tatsächlicher Belohnungen (A_{per}) selten unverzerrt. Psychophysische Experimente haben gezeigt, dass die Reaktionen auf variable Stimulus-Intensitäten am besten als Potenz-Funktionen beschrieben werden können (Stevens 1957, 1959). In Analogie dazu kann eine Serie wahrgenommener tatsächlicher Belohnungen

²⁹⁰ Die logarithmierte Verhältnisform geht zurück auf Fechners (1877) psychophysisches Gesetz und Bernoullis Nutzenfunktion (1738 (1954)). Eine theoretische Ableitung des logarithmischen Ausdrucks auf der Makroebene besteht darin, dass eine größere Ungleichheit eines teilbaren Gutes, wie Geld, die Gesamtwohlfahrt ($E[J]$) reduzieren wird (Jasso 1993: 238), da der marginale Nutzen zusätzlicher Einheiten für Empfänger mit geringen Einkommen größer ist als für Empfänger mit großen Einkommen – eine Einsicht, die auch schon dem klassischen Ökonomen Jean-Baptiste Say bekannt war (siehe erstes Gossensches Gesetz).

mathematisch als Funktion der objektiven tatsächlichen Belohnungen zur Potenz β_{per} , dem sog. Wahrnehmungskoeffizienten ausgedrückt werden (Wegener 1999).

$$A_{\text{per},j} = \alpha A_{\text{obj},j}^{\beta} \quad (6)$$

$$\ln(A_{\text{per},j}) = \ln(\alpha) + \beta \ln(A_{\text{obj},j}) \quad (7)$$

Für viele physikalische Stimuli, wie die Helligkeit von Licht, Lautstärke oder die Größe von Quadraten ist bekannt, dass die individuelle Fähigkeit zur Diskriminierung mit zunehmenden Größen des präsentierten Stimulus abnimmt. In diesen Fällen ist β kleiner als 1. Für andere Stimuli (z. B. Lasten), wie Schmerzen oder Gewicht, nimmt β dagegen Werte größer als 1 an, während z. B. Unterschiede bei projizierten Linien proportional wahrgenommen werden ($\beta = 1$). Anders ausgedrückt, β gibt Auskunft darüber, ob ein Stimulus-Kontinuum in der Wahrnehmung des Beobachter komprimiert ($\beta < 1$) oder gestreckt wird ($\beta > 1$). Zusätzlich informiert der Skalenfaktor α darüber, ob die absolute Größe des Stimulus im Durchschnitt über- oder unterschätzt wird. Wegener (1985, 1987) hat gezeigt, dass die Fähigkeit zur Diskriminierung von Prestigeunterschieden nicht konstant ist, sondern mit dem sozialen Status der Beobachter variiert. Während Beobachter mit hohem Status das Kontinuum strecken und damit Statusunterschiede betonen, komprimieren Personen mit niedrigem sozialem Status das Kontinuum und nivellieren so Statusunterschiede in ihrer Wahrnehmung. Man kann diese Art der Wahrnehmungsverzerrung als eine Möglichkeit interpretieren, die eigene subjektive soziale Position zu verbessern und so das Selbstwertgefühl zu stärken.²⁹¹

Wie verschiedene Untersuchungen zeigen konnten, ist dieser Befund auch auf die Wahrnehmung des Einkommenskontinuums übertragbar (Verwiebe und Wegener 1999; Wegener 1992a; 1999: 88). Somit kann man einen Vektor \mathbf{S}_i mit Eigenschaften des Beobachters spezifizieren, der dessen Position in einer hierarchischen Sozialstruktur beschreibt und einen Vektor $\mathbf{\Omega}$ mit weiteren Eigenschaften, die β_i beeinflussen.

$$\beta_i = f(\mathbf{S}_i; \mathbf{\Omega}) \quad (8)$$

Wie Wegener (1999: 188) außerdem zeigen konnte, beeinflusst die verzerrte Wahrnehmung von Statusunterschieden auch die Gerechtigkeitsbewertungen tatsächlicher Belohnungen. Per-

²⁹¹ Della Faves (1980) Self-Evaluation-Theorie zufolge dienen solche Wahrnehmungsverzerrungen vor allem dem Erhalt eines positiven Selbstwertgefühls. Ähnliche Ergebnisse wurden von Alexander (1972), Lewis (1964) und Evans und Kelley (1998) vorgelegt.

sonen mit niedrigem sozialem Status empfinden dadurch weniger Ungerechtigkeit als wenn ihre Wahrnehmung unverzerrt wäre. Die Unterschätzung der sozialen Ungleichheit durch Personen mit niedrigem Status führt in letzter Konsequenz zu einer Affirmation des existierenden Schichtungssystems von denjenigen, die aus egoistischen Motiven das größte Interesse an einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse haben sollten. Wegener (1987) bezeichnet dies als „Illusion der Verteilungsgerechtigkeit“.

Gerechtigkeitsprinzipien als unvollständiges Wissen

Eine zentrale Frage der Theorie der Belohnungsgerechtigkeit lautet, wie Gerechtigkeitsprinzipien oder Gerechtigkeitsideologien in den Kern der Theorie integriert werden können. Ein möglicher Ansatz dazu wird im Folgenden dargestellt (vgl. Wegener 1999: 189ff).

Bei der Bestimmung der gerechten Belohnung, werden Beobachter (i) häufig nicht sicher sein, wie Unterschiede im Alter oder der Bildung genau in spezifische Einkommensunterschiede übersetzt werden sollen. Sie werden aber trotzdem Vorstellungen über bestimmte Verteilungsprinzipien äußern, wie etwa „Leistung muss belohnt werden“ oder „ältere Menschen verdienen mehr als Jüngere“. Diese Aussagen sind jedoch in mehrfacher Hinsicht unvollständig, sie definieren weder einen spezifischen Empfänger, noch eine genaue Belohnungshöhe, noch die genauen Bedingungen für die Belohnung (Wegener 1999). Mit dem Begriff „Leistung“ können verschiedene Beobachter ganz unterschiedliche Dinge meinen; und auch wenn sie über die Bedeutung von „Leistung“ übereinstimmen, kann über die Höhe der Belohnung Uneinigkeit herrschen, die gerechterweise mit Einheiten von „Leistung“ korrespondiert. Obwohl, oder gerade weil, diese Prinzipien unpräzise sind, wird man ihnen jedoch häufig in Alltagssituationen begegnen und die Leute werden ihnen mit einer größeren Gewissheit zustimmen als einer präziseren Aussage wie „Empfänger j mit Eigenschaften X sollte eine Belohnung in Höhe von C erhalten.“

$$C_{ij} = \beta_{0i} + \beta_{1i}x_{1j} + \beta_{2i}x_{2j} + \dots + \beta_{ki}x_{kj} + \varepsilon_{ij} \quad (9)$$

Man kann die gerechte Belohnungsfunktion h in einer Weise ausbauen, die die Präferenzen der Beobachter für verschiedene Verteilungsprinzipien integriert, indem man die Parameter $\beta_{1i}, \beta_{2i}, \dots, \beta_{ki}$, die die belohnungsrelevanten Eigenschaften der Empfänger (j) gewichten, als für die Beobachter (i) variabel spezifiziert (9). Variationen in den beobachterspezifischen Werten der β_i -Koeffizienten, können dann mit der Stärke erklärt werden, mit der Beobachter verschiedene Verteilungsprinzipien unterstützen.

Wie im Rahmen der Theorie dargelegt, werden die β -Koeffizienten, also die Relevanzgewichte der Empfängereigenschaften, in der Menge θ zusammengefasst. Deshalb können wir für jedes der Elemente θ_i (z. B. β_{ki}) aus θ eine Ebene-2-Gleichung aufstellen, in der die beobachterspezifischen Parameter aus der Ebene-1-Gleichung (9) auf die von den Beobachtern in unterschiedlichem Ausmaß präferierten Gerechtigkeitsprinzipien $p_{1i}, p_{2i}, \dots, p_{li}$ zurückgeführt werden.²⁹² Unter der Annahme, dass die Beobachter einer bestimmten Form der Wertrationalität folgen, sollten die Gerechtigkeitsprinzipien oder -ideologien mit den β_i -Koeffizienten der gerechten Belohnungsfunktion in einem systematischen Zusammenhang stehen. Mit dieser Herangehensweise wird es möglich, zu rekonstruieren, wie die Präferenz unspezifischer Gerechtigkeitsprinzipien sich in konkrete Belohnungszuweisungen übersetzt. Der Term v_i repräsentiert schließlich einen beobachterspezifischen Vorhersagefehler.

$$\theta_i = \gamma_0 + \sum \gamma_k z_{ki} + \xi_1 p_{1i} + \xi_2 p_{2i} + \dots + \xi_l p_{li} + v_i \quad (10)$$

Weitere Eigenschaften z_{ki} der Beobachter, die sich z. B. auf deren soziökonomische Position beziehen, können ebenfalls die Verteilung der gerechten Belohnungen beeinflussen. Beispielsweise könnten Beobachter aus Eigeninteresse dazu tendieren solche Empfänger zu bevorzugen, die über ähnliche Eigenschaften wie sie selbst verfügen (Homophilie). Wäre dies der Fall, würde die bei Rawls für Gerechtigkeitsurteile so zentrale Unvoreingenommenheitsannahme verletzt sein. Man könnte dann keine „moralische Überlegenheit“ der Gerechtigkeitsmotivation gegenüber einer rein egoistischen Motivation mehr postulieren. Die in der empirischen Gerechtigkeitsforschung unterstellte herausgehobene Legitimationsfunktion von Gerechtigkeitseinstellungen stünde damit infrage.

8.3.5 Ansätze im Bereich der Prinzipiengerechtigkeit

Beziehen sich Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit nicht auf eine konkrete Belohnungshöhe, sondern auf eine Verteilungsregel oder auf ein institutionelles Arrangement der gesellschaftlichen Güterverteilung, so wird in der empirischen Gerechtigkeitsforschung von Gerechtigkeitsprinzipien gesprochen. Steht ein Set von Gerechtigkeitsprinzipien in einem argu-

²⁹² Beide Gleichungen können in einer Gleichung zusammengefasst und simultan mittels eines Maximum-Likelihood-Verfahrens als Mehrebenenmodell geschätzt werden (Bryk und Raudenbush 1992; Goldstein 1995; Hox et al. 1991; Hox und Kreft 1994; Kreft und de Leeuw 1998; Rabe-Hesketh und Skrondal 2005).

mentativen Begründungszusammenhang oder kann als ein Glaubenssystem zur Legitimation eines Verteilungsregimes verstanden werden, so wird die zugrunde liegende latente Variable als *Gerechtigkeitsideologie* bezeichnet (Wegener 1999: 190f). Um unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich dieser Gerechtigkeitsprinzipien bzw. Gerechtigkeitsideologien zu erklären, haben sich in der Vergangenheit verschiedene Ansätze bewährt, die im Folgenden dargestellt werden.

Mehrprinzipienansätze

Ein Ausgangspunkt für die Untersuchung von Gerechtigkeitsprinzipien ist die von Morton Deutsch (1975) formulierte Kritik am universellen Gültigkeitsanspruch der *Equity-Theorie*. Neben dem Proportionalitätsprinzip existieren demnach andere Prinzipien, wie das Bedarfs- oder das Gleichheitsprinzip, die unter bestimmten Bedingungen als gerechter angesehen werden. Die Präferenz für eines der Prinzipien hängt nach diesen Ansätzen von der Art der sozialen Kooperationsbeziehung (vgl. Cook und Hegtvedt 1983; Hochschild 1981; Leventhal 1976; Schwinger 1980) oder Eigenschaften des zu verteilenden Gutes ab (Törnblom und Foa 1983). Im auf Produktivität und Wettbewerb ausgerichteten Arbeitskontext würde das Proportionalitätsprinzip dominieren, in einem Kontext, der auf persönliche Entwicklung und Wohlfahrt ausgereicht ist, wie in der Familie, hätte dagegen das Bedürfnisprinzip Priorität und in einem Kontext, in dem es um die Aufrechterhaltung möglichst angenehmer sozialer Beziehungen geht, wie bei Freundschaftsbeziehungen, würde das Gleichheitsprinzip präferiert werden (Deutsch 1975: 144).²⁹³ Die Art der Beziehung und die Wahl des Verteilungsprinzips stehen dabei in einem Interdependenznexus (Törnblom und Foa 1983: 169): Wird das Gleichheitsprinzip gewählt, ist die Wahrscheinlichkeit der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen größer, wird dagegen das Proportionalitätsprinzip gewählt, werden sich eher Beziehungen entwickeln, die auf Wettbewerb ausgerichtet sind.

Truncated Utilitarianism

Ein anderer Ansatz aus dem Bereich der Prinzipiengerechtigkeit versucht Forderungen aus der Gerechtigkeitsphilosophie, wie das *Differenzprinzip* bei Rawls oder die Maximierung des Durchschnittsnutzens im Utilitarismus direkt empirisch zu testen, indem die jeweiligen Be-

²⁹³ Aufgrund des hohen Stellenwerts, den die Ökonomie in westlichen Gesellschaften einnimmt, sei es aber wenig überraschend, dass das Proportionalitätsprinzip dort eine dominierende Bedeutung habe (Deutsch 1975: 149).

dingungen („Schleier des Nichtwissens“) in einer experimentellen Situation angenähert werden (Frohlich und Oppenheimer 1992; Frohlich et al. 1987b). Die Versuchspersonen werden dabei aufgefordert, eine Verteilungsregel konsensuell festzulegen, ohne vorher zu wissen, ob sie von dieser Verteilungsregel selbst profitieren werden. Ergebnisse dieser Untersuchungen deuten darauf hin, dass Individuen durchaus in der Lage sind, einen Konsens über Gerechtigkeit zu erzielen. Allerdings wird keineswegs das von Rawls postulierte *Differenzprinzip* gewählt, sondern ein hybrides Gerechtigkeitsprinzip, das Frohlich und Oppenheimer als „*truncated utilitarianism*“ bezeichnen (Frohlich et al. 1987b). Danach wird von den Versuchsteilnehmern eine Maximierung des Durchschnittsnutzens angestrebt, wenn für ein kulturell variables „floor constraint“ gesorgt wurde, also eine Mindestsicherung, unter die niemand fallen kann.²⁹⁴

Obwohl der Untersuchungsansatz vielversprechend ist, muss man die externe Validität der Ergebnisse zurückhaltend bewerten. Die Experimente wurden zwar in unterschiedlichen Ländern durchgeführt, aber mit sozioökonomisch relativ homogenen Untersuchungspopulationen (Studierenden), so dass bei den Ergebnissen eine sozialstrukturelle Verzerrung nicht ausgeschlossen werden kann (vgl. Frohlich und Oppenheimer 1992; Lissowski et al. 1991). Es ist zumindest kaum verwunderlich, dass hinsichtlich ihres Humankapitals relativ privilegierte Gruppen ein eher utilitaristisches Prinzip wählen und sich weniger an den am schlechtesten gestellten Gesellschaftsmitgliedern orientieren. Auch wenn die Verteilungssituation selbst keinen Interessenpartikularismus zuließ, muss man davon ausgehen, dass die Probanden von ihrem sozioökonomischen Sozialisationshintergrund nicht vollständig abstrahieren konnten.

Gerechtigkeitsmotivtheorie

Ebenfalls in den Bereich der Prinzipiengerechtigkeit wird hier die sog. *Gerechtigkeitsmotivtheorie* (Lerner 1975, 1980; Montada und Lerner 1998) eingeordnet. Dieser Theorie zufolge ist Gerechtigkeit eine dem Selbstinteresse vergleichbare Basismotivation menschlichen Verhaltens, da viele soziale Verhaltensweisen nur über das sog. Gerechtigkeitsmotiv zu erklären

²⁹⁴ Frohlich et al. (1987a: 21) sprechen auch von einem zwei-faktoriellen Gerechtigkeitsprinzip, da durch die variable Höhe des Mindeststandards sehr unterschiedliche Gerechtigkeitsprinzipien bedient werden können. Sie sehen darin einen Kompromiss zwischen der utilitaristischen Maximierung des Durchschnittsnutzens und dem *Differenzprinzip* (Frohlich et al. 1987a).

sein.²⁹⁵ Dieses Motiv besteht darin, den Glauben aufrecht erhalten zu wollen, dass die Welt gerecht sei und jeder das bekomme, was er verdiene:

“People want to and have to believe they live in a just world so that they can go about their daily lives with a sense of trust, hope, and confidence in their future” (Lerner 1980: 14)

Nur unter dieser Bedingung entwickle sich bei Kindern und Jugendlichen die Bereitschaft kurzfristig auf Bedürfnisbefriedigung zu verzichten, um langfristig attraktivere Ziele erreichen zu können (Lerner 1981: 24; Liebig 2004: 3). Der Glaube an eine gerechte Welt wird jedoch beeinträchtigt, wenn Personen nicht bekommen, was sie verdienen. Individuen werden dann versuchen, Gerechtigkeit wiederherzustellen, indem sie gerechte Zustände einfordern oder die Ungerechtigkeit der bestehenden Zustände durch Rationalisierung „wegbegründen“ (siehe auch *Equity-Theorie*, S. 238f). Mit dem Gerechtigkeitsmotiv kann also sowohl sozialer Fortschritt als auch die Aufrechterhaltung des Status quo erklärt werden. So wurde empirisch häufig festgestellt, dass Personen, die ein extern verursachtes negatives Schicksal erleiden, ihr eigenes Handeln soweit umdeuten, dass sie glauben, ihr Schicksal berechtigterweise verdient zu haben (vgl. Lerner und Miller 1978; Lerner 1981: 21). Auch „Victim-Blaming“ kann über das Gerechtigkeitsmotiv erklärt werden (Maes 1994). „Victim Blaming“ hilft dabei dem Beobachter, ein Gefühl der Kontrolle über das eigene Schicksal aufrecht zu erhalten.

System-Justification-Theorie

Eine Weiterentwicklung der Gerechtigkeitsmotivtheorie, die sich in erster Linie auf die den Status quo erhaltenden Wirkungen des Gerechtigkeitsmotivs bezieht, stellt die sog. *System-Justification-Theorie* dar (Jost und Banaji 1994; Jost et al. 2004; Jost und Major 2001). Die Theorie unterstellt ein generelles ideologisches Motiv, das für die Internalisierung von Minderwertigkeitsgefühlen bei benachteiligten sozialen Gruppen verantwortlich sei. Dieses liege unbewusst und zuweilen besonders ausgeprägt bei denjenigen vor, die am wenigsten vom Status quo profitieren (Jost und Banaji 1994; Jost et al. 2004). Betrachte man bisherige Forschungsergebnisse, so falle auf, dass Selbstinteresse bzw. die Bevorzugung der eigenen sozialen Gruppe gerade nicht die überwiegend vorzufindenden Verhaltensweisen seien (vgl. Jost et al. 2004). Im Gegenteil: die vom System bevorteilten Gruppen würden sich häufig gegenüber benachteiligten Gruppen kooperativ zeigen, um deren wohlwollende Akzeptanz des Status

²⁹⁵ Das Gerechtigkeitsmotiv ist so stark, dass es andere Handlungsmotive überlagert (vgl. Liebig 2004: 3). Ob die Verfolgung egoistischer Interessen in einem bestimmten Kontext legitim ist, wird selbst von Gerechtigkeits-erwägungen bestimmt.

quo zu erhalten. Umgekehrt seien die Einstellungen der benachteiligten Gruppen häufig ambivalent und würden nicht selten die eigene soziale Gruppe abwerten und Systemlegitimierende Vorstellungen beinhalten.²⁹⁶

Als zentraler Mechanismus hierfür wird unter Bezugnahme auf die Theorie kognitiver Dissonanz (Festinger 1957) psychologische Rationalisierung angeführt. Wahrscheinliche Ereignisse werden danach als wünschenswerter deklariert als unwahrscheinliche Ereignisse, selbst wenn sie ursprünglich weniger attraktiv erschienen (Jost et al. 2004: 889). Derselbe Mechanismus führe schließlich zur Entwicklung negativer Stereotype gegenüber sozialen Gruppen mit niedrigem Status und positiver Stereotype gegenüber sozialen Gruppen mit hohem Status. Diese werden auch von den Mitgliedern der benachteiligten Gruppe selbst aufrecht erhalten („Outgroup-Favoritism“). Methodisch muss hierbei zwischen expliziten, bewussten, und impliziten, unbewussten, Messungen von „Outgroup-Favoritism“, z. B. über den „Implicit Association Test“ (IAT), unterschieden werden. Obwohl es auch Beispiele für expliziten „Outgroup-Favoritism“ gebe (Jost und Banaji 1994), treten solche Phänomene unbewusst ungleich häufiger auf (vgl. Jost et al. 2004: 894ff). Das Ausmaß mit dem der Status quo als gerecht anerkannt wird, fungiert dabei als Moderator: Affirmation des Status quo (Konservatismus) resultiert in stärkerem „Outgroup-Favoritism“ bei Personen mit niedrigem Status und stärkerem „Ingroup-Favoritism“ bei Personen mit hohem Status (Jost et al. 2004: 901).

Eine Folge solcher Effekte ist, dass bei benachteiligten Gruppen eigene Ansprüche zurückgeschraubt werden: So würden Frauen sich selbst für die gleiche Arbeit im Durchschnitt 18 Prozent weniger zahlen als Männern (Jost et al. 2004: 905). Die Effekte sozialer Ungleichheit werden also internalisiert und Erwartungen so angepasst, dass sie dem Status quo entsprechen. Eine weitere Folge des System-Justification-Motives sei es, dass Wähler mit niedrigem sozialen Status häufig nicht ihrem Eigeninteresse entsprechend wählen gehen und das Ausmaß systemlegitimierender Vorstellungen gerade in Gesellschaften mit großer Ungleichheit besonders ausgeprägt sei.

Weniger überzeugend am System-Justification-Ansatz ist bislang, dass damit zwar gut Einstellungen erklärt werden können, die egoistischen Interessen oder Interessen der eigenen Gruppe entgegenstehen, nicht jedoch unter welchen Bedingungen eine Dominanz der „System-Justification“ gegenüber der „Ego-“ und „Group-Justification“ auftritt. Die Theorie zeigt lediglich auf, dass bei Angehörigen benachteiligter sozialer Gruppen mit größerer Wahr-

²⁹⁶ Solche Abwertungen und negative Stereotype gegenüber der eigenen sozialen Gruppe illustrieren z. B. Seccombe et al. (1998) anhand qualitativer Interviews mit sog. „Welfare Mothers“ eindrücklich.

scheinlichkeit ambivalente Haltungen hinsichtlich der drei Legitimationsmotive für Selbst, Gruppe und System vorliegen dürften, während für Angehörige dominanter sozialer Gruppen in der Regel kein Gegensatz zwischen den drei Motiven zu erwarten ist (Jost et al. 2001).²⁹⁷ Als Antezedensbedingung der System-Legitimation wird aber u. a. eine Bedrohung des Systems identifiziert, die durch die Herausbildung einer „Burgfriedensmentalität“ die Status-quo-Legitimation begünstigen würde (Jost und Hunyady 2005). Es stellt sich außerdem die Frage, inwieweit die Ergebnisse von Jost und Kollegen über den us-amerikanischen Kontext hinaus verallgemeinerbar sind, oder ob es sich dabei um ein Spezifikum der dort vorherrschenden politischen Kultur handelt, in der negative „Outcomes“ traditionell stärker individuell attribuiert werden und soziale Ungleichheit deshalb weniger als ein Systemproblem wahrgenommen wird, sondern als eines, für das die Angehörigen benachteiligter Gruppen selbst die Verantwortung tragen (vgl. Kreidl 2000).

Dominante Ideologien, Split-Consciousness und primäre und sekundäre Ideologien

Während die bisher dargestellten Ansätze eher aus einer psychologischen Forschungstradition stammen, schließt die soziologische Untersuchung von Gerechtigkeitsprinzipien an die klassische Unterscheidung zwischen strukturellen und kulturellen Erklärungen sozialstaatlicher Einstellungen an (siehe S. 214ff). Ausgangspunkt ist die Zurückweisung der marxistischen Vorstellung, dass es so etwas wie eine dominante Ideologie gibt (Abercrombie 1980; Wegener 1992b: 273; vgl. Wegener 1999: 192-197): Wie Abercrombie und Turner (1978) selbst gezeigt hätten, ist diese Vorstellung verfehlt. Die sog. dominanten Ideologien würden eher dem internen Zusammenhalt der herrschenden Klasse dienen und damit der Selbst-Vergewisserung der eigenen Position, als dass sie einen alle gesellschaftliche Bereiche und Statusgruppen durchdringenden Charakter hätten. Des Weiteren lägen in Gesellschaften immer mehrere Gerechtigkeitsideologien vor, die sich teilweise widersprechen, aber trotzdem von bestimmten Personen oder Personengruppen quasi mit „gespaltenem Bewusstsein“ (Kluegel 1989) gleichermaßen stark vertreten werden.²⁹⁸ Wegener und Liebig (1995: 268f) sprechen deshalb lieber von *primären* und *sekundären Ideologien*. Nach ihrer zunächst rein

²⁹⁷ Im Selbstverständnis dominanter sozialer Gruppen dient die Verfolgung des Eigeninteresses dem ganzen System. Beispielsweise wird mit der „Trickle-Down-Hypothese“ der Reichtum der Reichen und mit Lohnzurückhaltung zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts die Armut der Armen zur wirtschaftlichen Notwendigkeit.

²⁹⁸ Im Gegensatz zur Gerechtigkeitsphilosophie besteht empirisch für Gerechtigkeitsprinzipien keine Notwendigkeit zur logischen Widerspruchsfreiheit. Im Gegenteil, es ist gerade ein Kennzeichen intuitiver Gerechtigkeitsvorstellungen, dass sie häufig widersprüchlich und inkonsistent sind.

operationalen Definition sei es für *primäre Ideologien* kennzeichnend, dass sie mehrheitlich und unabhängig von der eigenen Statusposition vertreten werden, während *sekundäre Ideologien* von gesellschaftlichen Teilgruppen in unterschiedlichem Ausmaß unterstützt werden (Liebig und Wegener 1995: 268f).

Überlegungen zur Genese dieser verschiedenen Ideologien können verständlich machen, warum in zahlreichen empirischen Untersuchungen in der Vergangenheit sowohl konsensuelle als auch dissensuelle Gerechtigkeitsvorstellungen in einer Gesellschaft vorgefunden wurden (vgl. Arts 1995: 118-121). Laut Wegener (1992b: 274) hätten *primäre Ideologien* nämlich ihre Wurzeln in historisch-kulturellen Gegebenheiten, während sich *sekundäre Ideologien* aus den sozioökonomischen Interessenlagen von Teilgruppen der Bevölkerung erklären ließen (siehe auch Liebig und Wegener 1995; Wegener 1999: 192). *Primäre Ideologien* werden demnach durch Normsozialisation vermittelt und sind auf ein tradiertes Staats- oder Wirtschaftsverständnis oder gesamtgesellschaftlich prägende religiöse Doktrinen zurückzuführen. Es muss sich dabei um Sozialisationsbedingungen handeln, die für alle Mitglieder einer Gesellschaft gleich und in diesem Sinn kulturtypisch sind.²⁹⁹ Man könne sie deshalb auch als Ausdruck der Gewöhnung an die faktisch vorliegenden institutionalisierten Verteilungsregeln interpretieren (Wegener 1992b: 274). Eine *sekundäre Ideologie* sei hingegen durch ökonomische Motive zu erklären und spiegelt die „rationalen“ Interessen partikularer gesellschaftlicher Gruppen wieder. Sie ist insofern strukturell bedingt. Mit anderen Worten: die primäre Ideologie stellt den gerechtigkeits-theoretischen Konsensfall dar und bildet die Grundlage der Legitimation einer Gesellschaft, die sekundäre Ideologie verweist dagegen auf einen gesellschaftlichen Verteilungskonflikt.

Ein Problem dieser operationalen Definition unterschiedlicher Gerechtigkeitsideologien besteht in der unzureichenden Konkretisierung dessen, was unter gesellschaftsweiter Geltung zu verstehen ist. Denn eine bestimmte Gerechtigkeitsvorstellung kann mit großer Mehrheit akzeptiert werden, die dann vergleichsweise geringe Variation aber dennoch relativ gut sozioökonomisch erklärbar sein. Nach der Definition von Wegener und Liebig würde es sich um eine *sekundäre Ideologie* handeln, obwohl eine große Mehrheit dieser Ideologie zustimmt. Umgekehrt kann es Gerechtigkeitsvorstellungen geben, die in der Bevölkerung stark variieren, oder insgesamt in weit geringerem Ausmaß akzeptiert werden, und dennoch können sich

²⁹⁹ Unterschiede, die sich zwischen Gesellschaften ergeben, nachdem deren sozialstruktureller Aufbau analytisch konstant gehalten wurde, werden deshalb als kulturelle Unterschiede hinsichtlich der *primären Ideologie* betrachtet (sog. Residual-Variation-Ansatz; vgl. Kohn 1989).

kaum soziostrukturelle Effekte nachweisen lassen, weil die Verbreitung dieser Gerechtigkeitsvorstellungen idiosynkratisch ist. Das Kriterium gesellschaftsweiter Geltung wäre damit kaum erfüllt, aber soziostrukturelle Unterschiede lägen trotzdem nicht vor. Die operationale Definition von Wegener und Liebig weist also Kriterien auf, die sich teilweise widersprechen. Um mit dem Konzept weiter arbeiten zu können, wird hier eine Priorisierung der Kriterien vorgeschlagen.

Tabelle 13: Kriterien für primäre und sekundäre Ideologien

Primäre Ideologie	Sekundäre Ideologie
Mehrheitliche Zustimmung	Gemischte Zustimmung
Konsens; geringe Variation	Dissens; starke Variation/Polarisierung
Keine Erklärung durch sozioökonomische Faktoren	Erklärung durch sozioökonomische Faktoren
Unterschiede zwischen Gesellschaften bleiben unter Kontrolle sozioökonomischer Faktoren bestehen	Unterschiede zwischen Gesellschaften verschwinden unter Kontrolle sozioökonomischer Faktoren

Das Kriterium der mehrheitlichen Zustimmung sollte dabei als zentral angenommen werden, da es sich in diesem Fall bei interindividuellen Variationen im Zustimmungsgrad um Nuancen der zugrunde liegenden Ideologie handelt, die deren Grundaussage jedoch nicht in Frage stellen.

Ein anderer Nachteil des Konzepts *primärer* und *sekundärer Ideologien* besteht darin, dass es sich um eine rein operationale Definition handelt, die keinerlei inhaltliche Festlegungen trifft. Dafür muss auf andere Theorien zurückgegriffen werden, wie etwa die funktionalistische Schichtungstheorie oder auf die historisch-genetische Herleitung eines bestimmten Sozialstaatsverständnisses (siehe z. B. Liebig und Wegener 1995: 271-275). In früheren ISJP-Erhebungen ließ sich für westliche, marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften empirisch feststellen, dass meritokratische Verteilungsprinzipien, die Anreizfunktion von Einkommensunterschieden sowie das Recht auf Privateigentum zu einer *primären Ideologie* gehören, die mit großer Mehrheit akzeptiert wird. Staatliche Eingriffe in den Markt und Umverteilung dagegen Bestandteil einer sekundären etatistischen Ideologie sind, deren Unterstützung in der Bevölkerung stärker variiert (Marshall et al. 1999; Schrenker 2003).³⁰⁰

³⁰⁰ Nicht selten wird man empirisch Individuen finden, die beide Ideologien gleichermaßen stark befürworten. Man kann dies als irrational oder inkonsistent abtun, wenn man davon ausgeht, dass staatliche Umverteilung und das Leistungsprinzip in einem Spannungsverhältnis stehen. Es ist aber auch plausibel, dass der Rückgriff auf beide Ideologien in unterschiedlichen Kontexten erfolgt bzw. ein Etatist mit der Formel, „wer viel leistet, soll

Wendet man diese Konzepte auf die Alterssicherung an und berücksichtigt die von Esping-Andersen eingeführte Typologie von Sozialstaatstraditionen, könnte man davon ausgehen, dass die *primäre Ideologie* das historisch tradierte konservative deutsche Sozialstaatsmodell inklusive des Umlagesystems legitimieren müsste, während sich sekundäre Ideologien auf das Ausmaß der Umverteilung in der Gesetzlichen Rentenversicherung und den Ausbau der privaten Altersvorsorge beziehen werden.

Cultural Theory und das Grid-Group-Paradigma

Hinsichtlich der Frage, welche Gerechtigkeitsideologien es überhaupt gibt, haben Wegener und Liebig (1993) jedoch auch einen inhaltlichen Vorschlag gemacht, der Vorstellungen der Kulturanthropologin Mary Douglas (1970, 1982, 1996; Wildavsky 1987) aufgreift und zwischen vier grundsätzlichen Denkstilen der Gerechtigkeit unterscheidet. Für Douglas stellen die Wertvorstellungen der Menschen Reaktionen auf ihre sozialen Umweltbedingungen dar und rechtfertigen diese in gewisser Weise.³⁰¹ Vereinfachend geht Douglas davon aus, dass es nur zwei Dimensionen gibt, auf denen diese Umweltbedingungen variieren: *Grid* und *Group*. *Grid* beschreibt dabei das Ausmaß zu dem ein Individuum hierarchischen Zwängen ausgesetzt ist und über sein Tun selbst bestimmen kann. *Group* beschreibt das Ausmaß der sozialen Inkorporation, also der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe, und damit auch der Internalisierung der jeweiligen Gruppennormen sowie der Verfügbarkeit von Gruppenressourcen. Betrachtet man die beiden Dimensionen *Grid* und *Group* als jeweils zweifach gestuft, dann ergeben sich vier unterschiedlichen Gerechtigkeitsideologien (Wegener und Liebig 1993).

viel verdienen“ gerade staatliche Intervention assoziiert, weil er/sie durch den staatlichen Eingriff erst das Leistungsprinzip gewährleistet sieht und gegen die Unwägbarkeiten des Marktes abgesichert glaubt.

³⁰¹ Der Ausgangspunkt der *Cultural Theory* kann folgendermaßen zusammengefasst werden: “Rejecting a social science that begins at the end by assuming interests, I wish to make what people want – their desires, preferences, values, ideals – into the central subject of our inquiry.” (Wildavsky 1987: 5) Um Präferenzen auszubilden ist nach Wildavsky (1987) kein wesentlicher kognitiver Aufwand nötig, stattdessen erfolgt eine Institutionalisierung moralischer Urteile. Nicht zuletzt würden gerade im politischen Bereich häufig inkonsistente oder unvereinbare Präferenzen ausgebildet. Das Faktum inkonsistenter Präferenzen führt zu der Frage, ob die Leute Nichts verstehen oder die Wissenschaftler nicht verstehen, wie die Leute ihre Präferenzen ausbilden. Präferenzen werden über die Heuristiken mögen/nicht mögen, Gleichheitsideologie (liberal vs. konservativ bzw. „equality of results“ vs. „equality of opportunity“) und Verantwortungszuschreibung (System vs. Individuum) gebildet. Präferenzen werden über die Kultur internalisiert (Enkulturation), sie müssen nicht vom Individuum selbst ausgebildet werden. Kulturelle Praktiken würden in diesem Zusammenhang gerechtfertigt und nicht in einem kognitiven Prozess entwickelt.

Tabelle 14: Das Grid-Group-Paradigma

		Group: Stärke der Gruppengrenzen	
		schwach	stark
Grid:	zahlreich und	Apathie	Hierarchie
Zahl und	vielfältig	(<i>Fatalismus</i>)	(<i>Konservatismus/Askriptivismus</i>)
Vielfalt der			
Vorschriften	wenig und gleich	Wettbewerb	Gleichheit
		(<i>Individualismus</i>)	(<i>Egalitarismus/Etatismus</i>)

nach Wildavsky (1987: 6)

Umweltbedingungen, die durch starke Zwänge bei gleichzeitig geringer Gruppensolidarität geprägt sind, führen demnach zu Apathie. Als Haltung gegenüber Gerechtigkeit folgt daraus *Fatalismus*: Es macht keinen Sinn Gerechtigkeitspräferenzen zu entwickeln, wenn man ohnehin nichts an der Situation ändern kann. Die Haltung gegenüber Gerechtigkeit als Ordnungskategorie ist indifferent, zweifelnd oder sogar ablehnend. Als typischen Vertreter kann man sich einen resignierten Langzeitarbeitslosen vorstellen, für den die Hoffnung auf Beschäftigung aussichtslos ist, der sich aufgrund materieller Armut starken sozialen Zwängen ausgesetzt fühlt, den Großteil seiner sozialen Beziehungen verloren hat und sich abwartend in sein Schicksal fügt.

Wettbewerb kennzeichnet dagegen Umweltbedingungen, in denen wenige und gleiche Regeln gelten, das Individuum aber auf sich alleine gestellt ist. Chancengleichheit und Eigenverantwortung sind also zwei zentrale Merkmale. Als Gerechtigkeitsideologie resultiert *Individualismus*. Ein typischer Vertreter ist flexibel und ungebunden und verfügt über individuelle Ressourcen (z. B. Talent), die es ihm ermöglichen, im Wettbewerb zu bestehen. Prototypisch kann man sich einen selbständigen Unternehmer ohne Familie oder andere soziale Bindungen vorstellen, der davon überzeugt ist, dass seine individuelle Leistung der einzige Grund seines Erfolgs ist.

Gleichheit ist das zentrale Merkmal von Bedingungen mit wenigen und gleichen Zwängen, aber hoher Gruppenkohäsion. Privilegierungen und Autoritäten werden abgelehnt und *Egalitarismus* wird folglich als Verteilungsideologie präferiert. Um soziale Ungleichheiten zu verringern, sind allerdings staatliche Eingriffe in den Markt notwendig, weswegen Egalitaristen auch Etatisten sind. Gewerkschaftlich organisierte Facharbeiter stellen typische Vertreter dieser Ideologie dar.

Starke Gruppenbindung sowie zahlreiche und vielfältige Regelungen charakterisieren dagegen hierarchische Umweltbedingungen. Soziale Ungleichheiten werden als quasi „naturgegeben“ anerkannt, weshalb auch keine Anstrengungen unternommen werden sollten, an ihnen

etwas zu ändern. Als Gerechtigkeitsideologie wird *Konservatismus* – die Bewahrung bestehender Ungleichheiten – oder *Askriptivismus* – die Verteilung von Belohnungen nach Merkmalen, die vom Individuum nicht beeinflusst werden können – präferiert (vgl. Wegener und Liebig 1993). Für Wildavsky (1987: 6f) handelt es sich dabei auch um eine kollektivistische Vorstellung, weil die Individuen unter solchen Bedingungen soziale Ungleichheiten aus Gründen eines übergeordneten Gruppeninteresses akzeptieren würden (z. B. „Wohl der Familie“, „volkswirtschaftliche Prosperität“). Ein Prototyp wäre der „Pater familias“, der für seine Angehörigen sorgt, aber im Gegenzug erwartet, dass der familiäre Zusammenhalt sowie seine Autorität und Entscheidungshoheit von diesen nicht in Frage gestellt werden.

Das *Grid-Group-Paradigma* behauptet, es gäbe nur diese vier Kosmologien, die „lebensfähige“ Formen des Zusammenlebens darstellen. Zwischen den Kosmologien gibt es Wildavsky zufolge ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis. Konservative würden Fatalisten, Individualisten und Egalitaristen als Unterbau ihrer gesellschaftlichen Strukturen benötigen. Individualisten hätten keine Chance auf Wettbewerb ohne die hierarchische Institution des Rechts, die Vertragssicherheit gewährleistet. Fatalisten benötigen Hierarchien, die ihnen zeigen, „wo es lang geht“. Und Egalitaristen „brauchen“ unfairen Wettbewerb und Hierarchien, um dies kritisieren zu können. Gleichzeitig sind die Anhänger der einzelnen Ideologien aber der Ansicht, es wäre besser, wenn alle so wären wie sie selbst. Konflikte zwischen den Kulturen sind demnach eine notwendige Bedingung für die eigene kulturelle Identitätsbildung.

Kritisch an der *Cultural Theory* ist zu sehen, dass sozioökonomische Ungleichheit als zentrale Dimension vernachlässigt wird, obwohl die Kosmologien immer wieder auf diese Strukturdimension zurückfallen. Bei *Individualismus* und *Konservatismus* handelt es sich um Ideologien, die soziale Ungleichheit legitimieren. Im ersten Fall sind diese legitim, weil sie durch individuelle Leistung begründet sind, im zweiten Fall sind sie legitim, weil sie auf „natürliche“ Ungleichheiten zurückgeführt werden können. *Individualismus* und *Konservatismus* werden deshalb stärker in ökonomisch privilegierten Gesellschaftsschichten verbreitet sein und teilweise gleichzeitig vertreten werden. *Egalitarismus* und *Fatalismus* stehen dagegen der bestehenden Ungleichheit kritisch gegenüber, wenngleich die Schlussfolgerungen diesbezüglich verschieden ausfallen. Egalitaristen wollen unter Verweis auf Gerechtigkeitsstandards etwas an der bestehenden Ordnung ändern, Fatalisten resignieren und sehen keinen Sinn darin sich für Veränderungen zu engagieren. Beide Ideologien werden in ökonomisch unterprivilegierten Schichten stärker verbreitet sein. Wichtig ist aber der Hinweis, dass die sozioökonomische Position die Akzeptanz dieser Ideologien nicht vollständig determiniert. Beispielswei-

se gehört es zum Wesen des *Konservatismus*, Ungleichheiten auch dann als natürlich anzuerkennen, wenn man selbst von diesen benachteiligt wird.

Das *Grid-Group-Paradigma* ermöglicht es, bezogen auf die Alterssicherung, vier unterschiedliche Gerechtigkeitsideologien abzuleiten, die kurz zusammengefasst so beschrieben werden können (Gerlitz et al. 2007; Scheller und Mühleck 2007): Individualisten werden für private Vorsorge und minimale staatliche Absicherung eintreten. Egalitaristen für eine umverteilende Wirkung der Renten, so dass aus der Erwerbsphase bestehende Ungleichheiten verringert werden. Konservative werden dagegen dafür eintreten, dass die Ungleichheiten der Erwerbsphase im Alter möglichst genau reproduziert werden, also für Statussicherung, und Fatalisten werden Altersvorsorge für sinnlos halten. *Fatalismus* kann deshalb auch als Indikator für Zeitpräferenz aufgefasst werden. Empirisch gilt es herauszufinden, ob sich die allgemeinen Gerechtigkeitsprinzipien in den individuellen Präferenzen zur Alterssicherung reproduzieren lassen, oder ob es sich bei der Alterssicherung um eine Sphäre im Sinne Walzers handelt, in der Individuen von ihren allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellungen abweichende Prinzipien vertreten.

8.3.6 Fazit: Gerechtigkeit und die Orientierung am Status quo

Hinsichtlich der Frage, wo Gerechtigkeitsvorstellungen eigentlich herkommen, zeigen viele der vorgestellten empirischen Erklärungsansätze eine Tendenz: Danach orientieren sich Gerechtigkeitsvorstellungen am Status quo, basieren auf Gewohnheit und psychologischer Rationalisierung und dienen in erster Linie der Legitimation bestehender Ungleichheiten. Diese Tendenz wird durch regimespezifische Sozialisation verstärkt und nur in geringem Maß durch die ökonomischen Interessen der Individuen eingeschränkt. Allerdings stellt sich die Frage nach der Kausalität: Haben sich kodifizierte Regeln entlang bestehender Gerechtigkeitsvorstellungen entwickelt oder folgen Gerechtigkeitsvorstellungen den vorliegenden institutionalisierten Regelungen? Für die Hypothese der institutionellen Determination gibt es, wie die vorherigen Abschnitte illustriert haben, einige theoretische Ansatzpunkte sowie spezifische kausale Mechanismen. Damit soll aber nicht ausgeschlossen werden, dass auch die entgegengesetzte Wirkungsrichtung in responsiven Demokratien Gültigkeit beanspruchen kann.

Stimmt es jedoch, dass Institutionen eher Gerechtigkeitsvorstellungen determinieren als umgekehrt, dann ist auch das kritische Potential von Gerechtigkeitsvorstellungen dementsprechend zu bewerten. Ungerechtigkeitsgefühle entstehen dann in erster Linie, wenn Abwei-

chungen vom Status quo wahrgenommen und auf diesem basierende Erwartungen frustriert werden. Gerechtigkeitsvorstellungen bestätigen also eher bestehende Ungleichheitsverhältnisse affirmativ, als dass sie zur Veränderung dieser Verhältnisse motivieren. Hinsichtlich der Handlungskonsequenzen von Gerechtigkeitseinstellungen darf man daher nicht allzu optimistisch sein. Der Handlungsimpetus, der aus ihnen hervorgeht, dürfte schwach ausfallen. Die wahrscheinlichere Konsequenz ist psychologische Rationalisierung. Menschen erweisen sich als extrem anpassungsfähig an äußere Bedingungen. Wenn man möchte, kann man darin auch einen evolutionären Vorteil erkennen.

Das kritische Potential von Gerechtigkeit ergibt sich dagegen aus den sozioökonomischen Interessen verschiedener Statusgruppen, aus differentiellen Sozialisationskontexten und, damit verbunden, aus der unterschiedlich starken Unterstützung für verschiedene *utopische* Gerechtigkeitsstandards. Anpassungen der Gerechtigkeitserwartungen an den Status quo fallen umso geringer aus, je überzeugter Individuen utopischen Gerechtigkeitsstandards anhängen.

Für das Rentensystem bedeuten diese theoretischen Überlegungen, dass sich Ungerechtigkeitsgefühle eher aus Abweichungen vom gewohnten Rentensystem ergeben. Die Statussicherungsfunktion der Renten (*Konservatismus*) stellt dabei so etwas wie eine *primäre Ideologie* in der Alterssicherung dar, die mehrheitlich anerkannt wird, während das Ausmaß privater Vorsorge und das Ausmaß der Umverteilung in der GRV zwischen sozioökonomischen Statusgruppen umstritten sein sollte. Entgegen der *Dominant-Ideology-Hypothese* ist nicht zu vermuten, dass der Konsens bei abstrakten Prinzipien größer ausfällt als in konkreten Verteilungssituationen. Im Gegenteil, gerade dadurch dass konkrete Verteilungssituationen durch eine Logik der Situation bestimmt werden, die relativ komplex ausfallen kann, werden Entscheidungsheuristiken, die sich am Status quo orientieren, eher zu Konsens führen als bei abstrakten Ideologien, in denen Personen auf erlernte normative Dispositionen und rationale ökonomische Erwägungen zurückgreifen können. Insbesondere bei Belohnungsentscheidungen sollten psychologische Rationalisierungsprozesse daher eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen.

9 Methoden

9.1 Daten

Die in den vorherigen Abschnitten vorgestellten theoretischen Überlegungen werden im Folgenden hauptsächlich anhand von Umfragedaten der deutschen Forschungsgruppe des International Social Justice Projects (ISJP) aus dem Jahr 2006 überprüft. Die Erhebung mit dem Titel „Soziale Gerechtigkeit/Generationengerechtigkeit“ basiert auf einer geschichteten Einwohnermeldestichprobe und ist damit repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung.³⁰² Insgesamt stehen 3.059 analysierbare Datensätze aus den persönlichen Interviews zur Verfügung (Legewie et al. 2007). Ein besonderes Merkmal des Erhebungsdesigns war eine Vignettenstudie zur Gerechtigkeit der Renten, die als schriftlicher Drop-Off Bestandteil der Befragung war. Stellenweise wird auch auf frühere Erhebungen des ISJP aus den Jahren 1996 (N = 2.124) und 2000 (N = 3.215) zurückgegriffen, bei denen es sich ebenfalls um für die deutsche Wohnbevölkerung repräsentative allgemeine Bevölkerungsumfragen handelt (vgl. Christoph et al. 1997; Hauss et al. 2001). Die Umfrage des Jahres 2006 war disproportional nach Altersgruppen geschichtet, so dass die Altersgruppen 18 bis 34 Jahre, 35 bis 59 Jahre und 60 bis 85 Jahre etwa gleich häufig in der Stichprobe vertreten sind. Bei deskriptiven Auswertungen wird deshalb auf ein entsprechendes Design- bzw. Redressmentgewicht zurückgegriffen.

Neben den ISJP-Daten wird zur Schätzung der nicht-reflexiven tatsächlichen Belohnungsfunktion außerdem auf prozessproduzierte Daten des Forschungsdatenzentrums der deutschen Rentenversicherung zurückgegriffen. Dazu wurde das Scientific-Use-File des Rentenbestands 2005 verwendet (FDZ-RV Rentenbestand 2005). Berücksichtigt wurden nur Altersrenten, ohne Renten nach dem Fremdrentengesetz, Erwerbsminderungsrenten und Hinterbliebenenrenten. Um einen zu den Nettoerwerbseinkommen vergleichbaren Indikator für die Einkommensposition der Individuen zu erhalten, wurden aus den durchschnittlichen Entgeltpunkten pro Jahr unter Anwendung der Steuertabelle 2005 und eines pauschalen Sozialversicherungs-

³⁰² Das International Social Justice Project wurde in Deutschland von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unter den Kennziffern WE1019/3-1, WE1019/3-2, WE1019/3-3, WE1019/9-1, WE1019/9-2, WE1019/11-1, WE1019/11-2, WE1019/113-1 gefördert und von Bernd Wegener geleitet.

betrags von 20,7 Prozent synthetische Nettoeinkommensangaben für die Fälle im Rentenbestand ermittelt.³⁰³

9.2 Erhebungsinstrumente

9.2.1 Der faktorielle Survey

Mit Hilfe des Factorial-Survey-Designs ist es möglich, den kognitiven Prozess zu rekonstruieren, nach dem die Befragten gerechte Renteneinkommen bestimmen (Jasso 2006a; Schrenker 2007). Aus den Ergebnissen können Präferenzen für die spezifische Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme nach Gerechtigkeitskriterien abgeleitet werden. Grundsätzlich werden in faktoriellen Surveys Merkmale von hypothetischen Objekten oder Situationen in sog. Vignetten in experimenteller Weise variiert und den Befragten zur Bewertung vorgelegt (Beck und Opp 2001; Hox et al. 1991; Jasso 2006a; Rossi 1979; Rossi und Anderson 1982). Wesentlich ist im hier vorliegenden Kontext, dass die Befragungspersonen mehrere Input-Faktoren von fiktiven Rentnern (z. B. Beitragsjahre, letztes Einkommen und Kinderanzahl) und eine Outcome-Dimension (die gerechte Rente) in einem kognitiven Prozess gegeneinander abwägen und bewerten mussten. Zielkonflikte, die sich aus der Berücksichtigung unterschiedlicher Input-Faktoren ergeben, mussten von den Befragten also explizit aufgelöst werden, was einen entscheidenden methodischen Fortschritt gegenüber herkömmlichen Einstellungsabfragen darstellt, in denen solche Zielkonflikte bestenfalls von den Befragten implizit bedacht werden.³⁰⁴ Mit Hilfe statistischer Verfahren können dann für die einzelnen Input-Faktoren Relevanzgewichte bestimmt werden, die im vorherigen Kapitel als Mikroprinzipien der Gerechtigkeit eingeführt wurden. Diesen wird eine höhere Validität zugesprochen als den Ergebnissen einfacher Einstellungsabfragen nach der Wichtigkeit bestimmter Input-Faktoren, weil

³⁰³ Die gestaffelten Sozialversicherungsbeiträge in der Gleitzone wurden ebenfalls berücksichtigt.

³⁰⁴ Präferenz-, Akzeptanz- und Gerechtigkeitsurteile zu sozialstaatlichen Institutionen werden herkömmlich mit einfachen Einstellungsfragen operationalisiert. Dies wird oft als unbefriedigend betrachtet, da den Abwägungsprozessen, mit denen die Urteile zu Stande kommen, zu wenig Rechnung getragen wird (Jasso 2006a; Ullrich 2001). Das Vignettendesign zwingt die Befragten dagegen, Zielkonflikte in ihrer Urteilsfindung zu berücksichtigen. In der Gerechtigkeitsforschung wurde dieses Verfahren bisher u. a. in Untersuchungen zur Einkommensgerechtigkeit (Auspurg et al. 2009a; Castillo 2010; Jasso 1978, 2006a; Jasso und Rossi 1977; Markowsky 1988; Rossi 1979; Sauer et al. 2009), zur Gerechtigkeit von Entlassungen (Struck et al. 2008), von Freiheitsstrafen (Miller et al. 1986) und des Steuersystems (Liebig 2005) angewendet. Vgl. auch Auspurg et al. (2009a) für Anwendungen des faktoriellen Surveys in anderen Forschungsbereichen und mögliche methodische Probleme.

beispielsweise sozial erwünschtes Antwortverhalten reduziert wird (vgl. Alexander und Becker 1978; Auspurg et al. 2009a: 63).³⁰⁵

In der ISJP-Umfrage „Soziale Gerechtigkeit/Generationengerechtigkeit“ haben 2.690 Teilnehmer (88 Prozent) größtenteils ausgefüllte Vignettenbögen abgegeben, so dass 64.739 bewertete Vignetten für die Analyse zur Verfügung stehen. Im Schnitt bewertete jeder Befragte 24,1 Vignetten (Legewie et al. 2007). Hinweise auf eine systematische Selbstselektion ließen sich nicht finden.³⁰⁶ Die Vignetten beschrieben fiktive Rentenempfänger, die sich auf sechs Dimensionen unterschieden: Dem Geschlecht, dem letzten monatlichen Nettoeinkommen, der Dauer ihrer Erwerbstätigkeit, der Anzahl der von ihnen großgezogenen Kinder, der Tatsache, ob von ihrer Rente auch noch ein Partner zu versorgen ist oder nicht, und der Höhe der monatlichen Rente, die sie angeblich beziehen (vgl. Anhang, Abbildung 27 und Tabelle 39). Aus allen theoretisch möglichen Kombinationen dieser Merkmale, dem Vignettenuniversum, wurden 250 Vignetten zufallsgesteuert ausgewählt und wiederum zufällig auf 10 sog. Decks mit je 25 Vignetten verteilt.³⁰⁷ Jedem Fragebogen wurde eines dieser 10 Decks beigelegt, so dass in der Analysestichprobe alle Decks ungefähr gleichhäufig zum Einsatz kamen. Die einzelnen Vignetten, von denen jeder Studienteilnehmer also 25 bewerten sollte, waren so aufgebaut, dass zunächst die fiktive Person mit allen ihren Merkmalen vorgestellt wurde – inklusive eines Rentenbetrags (A), den die Person angeblich monatlich erhält. Daran anschließend wurden die Befragten darum gebeten, auf einer 11-stufigen Skala anzugeben, ob

³⁰⁵ Die Komplexität der Aufgabenstellung im Factorial-Survey-Design erschwert „satisficing“ und sozial erwünschtes Antworten. Jann (2003) findet mit Hilfe eines faktoriellen Surveys beispielsweise heraus, dass Frauen bei ansonsten gleichen Merkmalen geringere Löhne zugesprochen werden – also ein Ergebnis, dass den faktischen Zuständen auf dem Arbeitsmarkt entspricht (z. B. Hinz und Gartner 2005), während bei einfachen Einstellungsfragen eine solche Geschlechterdiskriminierung in der Regel abgelehnt wird.

³⁰⁶ Um dies zu überprüfen wurden die Modelle nochmals unter Kontrolle einer instrumentellen Variable, die die Stichprobeninklusionswahrscheinlichkeit enthielt, geschätzt. Es ergaben sich jedoch keine substanziellen Veränderungen in den Koeffizienten und Signifikanzniveaus.

³⁰⁷ Bei kleineren Vignettensets werden häufig sog. fraktionalisierte orthogonale Designs eingesetzt, die, trotz Sparsamkeit, die Unabhängigkeit und Varianz der Stimuli gewährleisten (Dülmer 2007; Steiner und Atzmüller 2006). Dies soll die Effizienz der Schätzungen optimieren und die Identifikation von Interaktionseffekten höherer Ordnung sicherstellen. In der vorliegenden Untersuchung war angesichts der großen Zahl der Vignetten ($N = 250$) und der großen Fallzahl kein spezieller Versuchsplan notwendig, um eine präzise und verlässliche Schätzung der Effekte vorzunehmen. Allerdings ist es angebracht unplausible Kombinationen von fiktiven Renten (> 1500 €) und niedrigen Einkommen (< 1500 €) und umgekehrt (Einkommen > 1500 € und Renten < 500 €) vorab aus dem Vignettenuniversum auszuschließen (vgl. Auspurg et al. 2009a; Auspurg et al. 2011). Bei der anschließenden Zufallsauswahl der Vignetten wurde darauf geachtet, dass aufgrund dieser Restriktion keine zu hohe Konfundierung zwischen letzter Rente und Einkommen zustande kam ($r = .23$), und dass alle anderen Stimuli möglichst unkorreliert und gleichmäßig verteilt im Feld eingesetzt wurden. Die sog. D-Effizienz als Maßzahl für die Ausschöpfung der maximal möglichen Effizienz (auf Basis standardisierter orthogonaler Kodierung) betrug für das letztlich ausgewählte Zufallsset der Vignetten 91 Prozent (vgl. Kuhfeld 2005: 65ff), was als absolut zufriedenstellend zu betrachten ist. Eine D-Effizienz von 91 Prozent bedeutet, dass bei einem streng orthogonalen Design $250 \cdot 91 \approx 228$ Vignetten genügt hätten, um dieselbe Effizienz zu erreichen.

sie den Rentenbetrag als gerecht (0), ungerecht zu niedrig (-5) oder ungerecht zu hoch (+5) bewerten (sog. Gerechtigkeitsbewertung J), und was aus ihrer Sicht ein gerechter monatlicher Rentenbetrag (C) für die beschriebene Person wäre, sofern der in der Vignette genannte Rentenbetrag (A) als ungerecht empfunden wurde. Zu Beginn wurden die Befragten explizit darauf hingewiesen, dass die Fallbeschreibungen nicht die derzeitige Rentengesetzgebung widerspiegeln und allein von Interesse sei, was sie persönlich als gerecht empfänden.

9.2.2 Equity-Perspektiven in der Alterssicherung

Die drei im Theorieteil eingeführten intergenerationalen Equity-Perspektiven wurden über folgende Fragen im ISJP 2006 operationalisiert:

- Die *asynchrone* Perspektive mit der Aussage: „Es ist ungerecht, wenn die Jüngeren später einmal weniger Rente erhalten als die heutigen Rentner“. Diese sollten die Befragten mit einer Antwortskala von (1) „lehne ganz ab“ bis (5) „stimme voll zu“ bewerten.
- Die *diachrone* Perspektive mit der Frage: „Die jetzigen Rentner haben früher in die Rentenkassen eingezahlt. Ist die Höhe der Renten, die sie dafür heute im Allgemeinen bekommen, gerecht? Sind die Renten zu niedrig, sind sie gerecht, oder sind sie zu hoch?“ Die Befragten konnten mit der auch in den Vignetten verwendeten Gerechtigkeitsbewertungsskala mit Werten von (-5) „sehr viel zu niedrig“ über (0) „gerecht“ bis (+5) „sehr viel zu hoch“ antworten.
- Die *synchrone* Perspektive mit der Frage: „Diejenigen, die heute arbeiten, finanzieren durch ihre Rentenbeiträge die Renten der Älteren mit. Ganz allgemein gesprochen, für wie gerecht halten Sie die Höhe dieser Beiträge?“. Auch hier konnte mit der Gerechtigkeitsbewertungsskala geantwortet werden.

Die genauen Formulierungen der weiteren verwendeten Items sind dem Anhang zu entnehmen (siehe Anhang, Tabelle 40).³⁰⁸

³⁰⁸ In den Auswertungen wird den Antwortskalen ein quasimetrisches Skalenniveau unterstellt und in der Regel lineare Regressionsmodelle und pearsonsche Korrelationskoeffizienten geschätzt. Die Ergebnisse wurden aber durchgängig mit ordinalen Logit-Modellen auf Robustheit überprüft. Diese erbrachten substantiell identische Ergebnisse, weshalb hier die leichter interpretierbaren und gegen Voraussetzungsverletzungen robusteren linearen Modelle präsentiert werden. Die Verwendung von pearsonschen Korrelationen anstelle von polychorischen Korrelationen führt in der Regel zu einer Unterschätzung der Zusammenhänge, aber substantiell äquivalenten Ergebnissen.

9.2.3 Gerechtigkeitsideologien der Alterssicherung

Zur Operationalisierung der alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien nach dem *Grid-Group-Paradigma* wurde eine Itembatterie aus dem ISJP 2006 verwendet (siehe Tabelle 15). Eine konfirmatorische Faktoranalyse bestätigt die vier-faktorielle Struktur der Gerechtigkeitseinstellungen und liefert ein für allgemeine Bevölkerungsumfragen zufriedenstellendes Ergebnis (vgl. auch Gerlitz et al. 2007; Mühleck und Scheller 2008).

Tabelle 15: Gerechtigkeitsideologien der Alterssicherung

	Fatalismus	Konservatismus	Egalitarismus	Individualismus	1-h ²
Es hat keinen Sinn für das Alter vorzusorgen, weil man ohnehin nicht weiß, was die Zukunft bringt.	.95				.11
Es ist besser, sein Geld heute auszugeben, als es für das Alter aufzusparen.	.54				.69
Es ist gerecht, dass Leute mit höherem Einkommen höhere Rente bekommen können als andere.		.66			.54
Wer es im Beruf weit gebracht hat, sollte im Alter Ansehen und Wohlstand genießen.		.55			.74
Es ist ungerecht, dass die, die in ihrem Beruf viel verdient haben, auch eine hohe Rente bekommen.		-.42			.68
Die staatliche Altersvorsorge sollte zu größerer Gleichheit der Einkommen und Lebensbedingungen unter den Älteren beitragen.			.58		.67
Wer über ein großes Vermögen verfügt, sollte weniger gesetzliche Rente erhalten.			.42		.78
Jeder sollte selbst die Verantwortung für seine Versorgung im Alter tragen.				.56	.62
Es ist ausreichend, wenn die gesetzliche Rente den Grundbedarf der Menschen deckt.				.54	.72
Varianzanteile	.40	.37	.30	.21	

N = 2820; ISJP 2006; eigene Berechnungen; Log Likelihood = -2.29248; AIC = 64.855; Maximum Likelihood Faktoranalyse; Promax-Rotation; absolute Ladungen >.3; 4 Faktoren vs. saturiert: Chi²(6) = 4.57 P > Chi² = 0.6

Als Rotationsverfahren wurde eine oblique Promaxrotation gewählt, da gemäß der Grid-Group-Typologie von Zusammenhängen zwischen den latenten Dimensionen auszugehen ist. Tatsächlich erweisen sich die ungleichheitslegitimierenden Ideologien *Konservatismus* und *Individualismus* als positiv miteinander korreliert, bei zugleich negativen Korrelationen zu

Egalitarismus und *Fatalismus* (Tabelle 16). In weiteren Analysen werden auf Grundlage dieser Faktorenlösung geschätzte Faktorscores verwendet. Fehlende Werte (N = 239; 7,8 Prozent) wurden dabei durch eine Best-Subset-Regression imputiert. Eine orthogonale Varimax-Rotation kommt zu substantiell ähnlichen Ergebnissen (vgl. Anhang, Tabelle 42), erwies sich aber hinsichtlich der Güte der Scores (Messfehler) als weniger zufriedenstellend und erscheint auch theoretisch nicht angemessen. Um die Zusammenhänge zwischen allgemeinen Gerechtigkeitsideologien und spezifischen alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien zu überprüfen, wurde außerdem eine konfirmatorische Faktoranalyse mit den entsprechenden Items aus dem ISJP-Kernbestand berechnet (vgl. Stark et al. 1999). Aufgrund einer besseren Einfachstruktur wurde bei der Operationalisierung von *Konservatismus/Askriptivismus* ein anderes Item als in der klassischen Operationalisierung verwendet (vgl. Anhang, Tabelle 43). Auch diese Faktorenlösung ist oblique spezifiziert.

Tabelle 16: Korrelationen der latenten alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien

	Fatalismus	Konservatismus	Egalitarismus	Individualismus
Fatalismus	1			
Konservatismus	-.30	1		
Egalitarismus	.32	-.47	1	
Individualismus	.04	.21	-.20	1

ISJP 2006; eigene Berechnungen; modellimplizierte Korrelationen

9.2.4 Sonstige Variablen

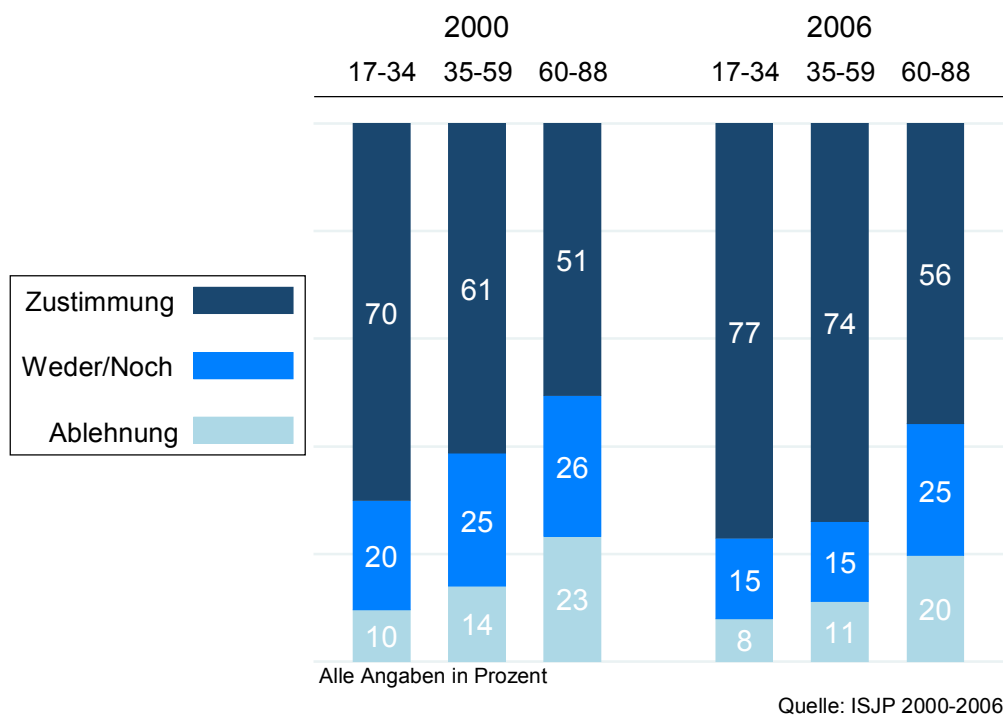
Der sozioökonomische Status wurde über das nach der neuen OECD-Skala bedarfsgewichtete Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen operationalisiert. Für die Verwendung im Trenddatensatz fand eine Inflationsbereinigung anhand des vom statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellten Verbraucherpreisindex statt. Bildung wird über die siebenstufige Casmin-Klassifikation (König et al. 1988) als quasimetrische Variable in den Regressionsmodellen verwendet. Obwohl die Casmin-Klassifikation streng genommen nicht einmal ordinales Skalenniveau aufweist, haben Vergleiche mit anderen Bildungsoperationalisierungen, wie z. B. als Dummy-Set, über Schuljahre, oder die alternative ISCED-Klassifikation, keine schlechteren oder sogar bessere Vorhersagewerte der Casmin-Klassifikation bestätigt. Aus Gründen der Einfachheit, und da Bildung hier nicht das primäre Forschungsinteresse darstellt, wurde deshalb mit der Casmin-Operationalisierung in der beschriebenen Weise verfahren. Die Operationalisierung der ansonsten verwendeten Variablen ist in Tabelle 40 im Anhang dokumentiert.

10 Analysen

10.1 Problemwahrnehmung

Die empirischen Analysen beginnen mit der Frage, inwieweit im Rentensystem überhaupt ein Problem intergenerationaler Gerechtigkeit wahrgenommen wird und welche Konzepte intergenerationaler Gerechtigkeit dabei eine Rolle spielen. In den ISJP-Erhebungen der Jahre 2000 und 2006 wurde gefragt, ob das Rentensystem ungerecht gegenüber der jüngeren Generation sei. Wie Abbildung 16 zeigt, stimmt in allen Altersgruppen eine Mehrheit dieser Aussage zu, wobei allerdings deutliche Altersunterschiede erkennbar sind. Der Anteil der Personen, die tendenziell zustimmen, ist in der Altersgruppe der 17 bis 34jährigen am Größten und nimmt mit zunehmendem Alter ab. Im Vergleich der Erhebungsjahre wird deutlich, dass die Wahrnehmung einer Benachteiligung der Jüngeren im Jahr 2006 zugenommen hat. Der höchste Anstieg ist in der Gruppe der 35 bis 59jährigen zu verzeichnen – also in der Altersgruppe, die durch die Rentenreformen vor 2006 am stärksten zusätzlich belastet wurde (vgl. S. 156ff). Die geringste Zunahme zeigt sich bei den Kohorten über 60.

Abbildung 16: Wahrnehmung intergenerationaler Ungerechtigkeit



Aussage: „Das Rentensystem ist ungerecht gegenüber der jüngeren Generation“; Zustimmung in Prozent nach Erhebungsjahr und Alter; redressmentgewichtet

Um herauszufinden, von welchen Gerechtigkeitsvorstellungen diese Wahrnehmung bestimmt wird, wurde eine Regression der Ungerechtigkeitsbewertung des Jahres 2006 auf die vier alterssicherungsspezifischen Gerechtigkeitsideologien durchgeführt sowie auf verschiedene intergenerationale Equity-Perspektiven (vgl. Tabelle 17). Sozialstrukturelle Merkmale der Befragten werden dabei kontrolliert (nicht dargestellt; vgl. Anhang, Tabelle 44, für die vollständigen Schätzergebnisse). Festzuhalten ist jedoch, dass sozioökonomische Faktoren offenbar eine untergeordnete Rolle spielen, weder Einkommen noch Bildung, noch Arbeitslosigkeit wirken sich signifikant auf die allgemeine Ungerechtigkeitsbewertung des Rentensystems aus. Auch die Kinderanzahl hat keinen Einfluss. Ostdeutsche sehen weniger *intergenerative* Ungerechtigkeit als Westdeutsche und die Ungerechtigkeitswahrnehmung ist unter denjenigen mit Wohneigentum überraschenderweise sogar größer. Weniger überraschend ist dagegen, dass Beamte und Selbständige, also Personengruppen außerhalb der GRV, die Jüngeren weniger benachteiligt sehen. Den stärksten Effekt unter den demografischen Merkmalen hat das Alter bzw. die Geburtskohorte: Es lässt sich ein linearer negativer Zusammenhang feststellen. Je jünger eine Person ist, desto ungerechter empfindet sie das Rentensystem. Sieht man vom Alterseffekt ab, zeigt sich insgesamt, dass die Ungerechtigkeitswahrnehmung kaum durch soziostrukturelle Faktoren determiniert ist.

Vor dem Hintergrund welcher normativen Prinzipien wird nun die Beurteilung der intergenerativen Ungerechtigkeit in der Alterssicherung vorgenommen? Um dies zu beantworten, werden zunächst die vier alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien *Fatalismus*, *Konservatismus*, *Egalitarismus* und *Individualismus* betrachtet. Von den vier Gerechtigkeitsideologien erweisen sich nur zwei als signifikant: *Individualismus* und *Egalitarismus*. Berücksichtigt man, dass *Individualismus* und *Egalitarismus* negativ miteinander korreliert sind, ist es erstaunlich, dass beide Ideologien die Ungerechtigkeitswahrnehmung erhöhen. Sowohl bei überdurchschnittlichem *Individualismus* als auch bei überdurchschnittlichem *Egalitarismus* wird in zunehmendem Maß eine Benachteiligung der Jüngeren ausgemacht. Die Wahrnehmung zunehmender intergenerationaler Ungerechtigkeit folgt also zwei entgegengesetzten normativen Rationalen. Zum einen der egalitaristischen Vorstellung, dass die Renten zu größerer Gleichheit unter der Altersbevölkerung beitragen sollen, zum anderen der verteilungsindividualistischen Vorstellung, dass jeder selbst für seine Versorgung im Alter die Verantwortung trägt. Egalitaristen befürchten offenbar eine zunehmende Ungleichheit der Alterseinkommen. Individualisten halten das staatliche System dagegen für zu großzügig und möchten mehr private Vorsorgeanstrengungen und lediglich eine Abdeckung des Grundbedarfs im

Alter. Je stärker Personen eine dieser beiden Ideologien vertreten, umso ungerechter empfinden sie das Rentensystem gegenüber Jüngeren. Die beiden divergenten Gerechtigkeitsvorstellungen werden dabei in der Wahrnehmung ihrer Anhänger ähnlich stark durch das gegenwärtige Rentensystem verletzt. Der Zusammenhang mit der egalitaristischen Vorstellung fällt allerdings etwas stärker aus.

Tabelle 17: Determinanten der intergenerationalen Ungerechtigkeitsbewertung der Alterssicherung

	M1	M2
Alter	-.23 (5.57)**	-.17 (4.39)**
Religiosität	-.10 (3.12)**	-.09 (3.05)**
Alterssicherungsbezogenen Rentenideologien:		
Fatalismus	-.02 (.94)	-.02 (.80)
Konservatismus	-.01 (.26)	-.01 (.46)
Egalitarismus	.17 (5.16)**	.13 (3.91)**
Individualismus	.14 (5.51)**	.11 (4.35)**
Asynchroner Vergleich:		
In Zukunft sinkendes Rentenniveau ist ungerecht		.11 (5.03)**
Diachroner Vergleich:		
Implizite Rendite der heutigen Renten zu hoch		-.04 (1.88)
Synchroner Vergleich:		
Belastung heutiger Beitragszahler durch Beiträge zu hoch		.08 (3.57)**
Problemwahrnehmung:		
Demografischer Wandel		.12 (5.22)**
Zu wenig Beitragszahler		.05 (2.26)*
Wachsende Dominanz der Älteren		.08 (3.50)**
Korr. R ²	.08	.14
N	1874	1874

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$; OLS-Schätzung; standardisierte Koeffizienten (Betas); ISJP 2006, eigene Berechnungen; folgende Kontrollvariablen werden nicht dargestellt: Geschlecht, Haushaltsäquivalenzeinkommen, Bildung, Erwerbsstatus, frühere Arbeitslosigkeit, Wohneigentum, berufliche Stellung: Beamte signifikant negativ gegenüber Angestellten, Protestanten signifikant positiv gegenüber Konfessionslosen; Konstante nicht dargestellt; Rentenideologien sind oblique; orthogonale Operationalisierung der Rentenideologien bringt substantiell identische Ergebnisse; Spezifikation als Ordered-Logit bringt substantiell identische Ergebnisse

Konservatismus und *Fatalismus* wirken sich dagegen nicht signifikant aus, was durchaus plausibel ist: *Konservatismus* ist diejenige Ideologie, mit der das gegenwärtige Rentensystem

überwiegend legitimiert wird und Fatalisten besitzen kein alternatives Konzept vor dessen Hintergrund sie die Gerechtigkeit des Rentensystems bewerten könnten.

Im nächsten Schritt wird die Ungerechtigkeitswahrnehmung gegenüber Jüngeren mit den unterschiedlichen intergenerationalen Equity-Vorstellungen in Zusammenhang gebracht, um herauszufinden, von welcher intergenerationalen Vergleichsperspektive sie geleitet wird (vgl. Abbildung 2, S. 54). Zu einer höheren Ungerechtigkeitswahrnehmung führt die generationen-egalitaristische Vorstellung eines konstanten Rentenniveaus für unterschiedliche Generationen (sog. asynchrone Perspektive: „Es ist ungerecht, wenn die Jüngeren später einmal weniger Rente erhalten als die heutigen Rentner.“; $\beta = .11$). Die Bewertung der Höhe der heutigen Renten in Relation zu früheren Beitragszahlungen – mit anderen Worten der impliziten Renditen der heutigen Rentner – wirkt sich dagegen nicht aus.³⁰⁹ Damit erweist sich ausgerechnet die in der Politikberatung prominente diachrone Vergleichsperspektive aus Sicht der Bevölkerung als irrelevant. Allerdings wird die mit der Finanzierung der heutigen Renten verbundene Belastung der Jüngeren durch die Beiträge sehr wohl wahrgenommen und verstärkt die Ungerechtigkeitswahrnehmung signifikant (synchrone Perspektive; $\beta = .08$). Ungerechtigkeitsgefühle ergeben sich also in erster Linie aus dem Vergleich des zukünftig sinkenden Rentenniveaus mit dem heutigen Rentenniveau (asynchron) und der Belastung heutiger Erwerbstätiger durch die Beitragssätze (synchron). Nicht aber aus dem Vergleich heutiger Renten mit früheren Beitragsleistungen (diachron). Der Fokus liegt damit auf den „Verlusten“ (Beitragssatzbelastung, zukünftiges Rentenniveau), nicht aber auf einer Wahrnehmung von möglichen relativen „Opportunitätsgewinnen“ oder überproportionalen „Belohnungen“ (ausbleibende Beitragssatzsteigerungen, aktuelles Rentenniveau), wie sie beispielsweise der Betrachtung impliziter Renditen zugrunde liegt.

Zuletzt wurde untersucht, welche kognitiven Aspekte die Gerechtigkeitsbewertung des Alterssicherungssystems unter intergenerativen Gesichtspunkten beeinflussen. Wenig überraschend ist, dass das Ausmaß der Problemwahrnehmung im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel von zentraler Bedeutung ist ($\beta = .12$). Je größer die Problematik des

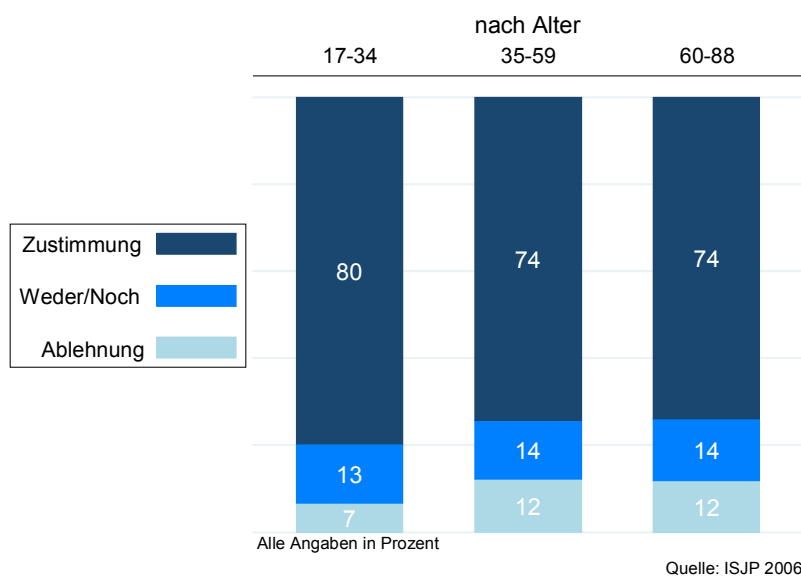
³⁰⁹ Bewertet wurde die Aussage „Die jetzigen Rentner haben früher in die Rentenkasse eingezahlt. Ist die Höhe der Renten, die sie dafür heute im Allgemeinen bekommen, gerecht?“ mit einer 11-stufigen Gerechtigkeitsbewertung von -5 („sehr viel zu niedrig“) über 0 („gerecht“) bis +5 („sehr viel zu hoch“). Andere Transformationen der Skala, wie Verwendung der Absolutwerte oder der quadrierten Werte, die die Bipolarität der Antwortmöglichkeiten „ungerecht zu viel, ungerecht zu wenig“ berücksichtigen wurden getestet und erbrachten keine substantielle Modellverbesserung. Die synchrone Perspektive wurde mit der gleichen 11-stufigen Bewertung der Aussage erfasst, „Diejenigen, die heute arbeiten, finanzieren durch ihre Rentenbeiträge die Renten der Älteren mit“.

demografischen Wandels eingeschätzt wird, umso stärker werden die Jüngeren in der Alterssicherung als benachteiligt gesehen. Verstärkt wird die Ungerechtigkeitswahrnehmung auch durch Befürchtungen, die Älteren könnten im Zuge des demografischen Wandels ihre Interessen zunehmend zu Lasten der Jüngeren durchsetzen und, dass die Jüngeren die Renten nicht mehr bezahlen können. Ein bemerkenswerter gegenläufiger Effekt besteht darin, dass sich größere Religiosität dämpfend auf die Ungerechtigkeitswahrnehmung auswirkt ($\text{Beta} = -.09$). Die marxistische Rede vom „Opium des Volkes“ findet hier tatsächlich eine empirische Bestätigung.

10.1.1 Synchrone, asynchrone und diachrone intergenerationale Gerechtigkeit

Wie die Analysen des vorangegangenen Abschnitts gezeigt haben, wird die Gerechtigkeitsbewertung des Rentensystems vergleichsweise stark von einer egalitaristischen Form intergenerationaler Gerechtigkeit bestimmt, nach der die Rentenhöhen für aufeinanderfolgende Kohorten möglichst nicht sinken sollten. Diese Sichtweise ist mit Zustimmungswerten nahe 75 Prozent in allen Generationen sehr weit verbreitet (Abbildung 17). Gemäß dem im Theorieteil eingeführten Schema handelt es sich dabei um eine asynchrone Perspektive auf intergenerationale Gerechtigkeit.

Abbildung 17: Asynchrone intergenerationale Gerechtigkeit



Zustimmung zur Aussage: "Es ist ungerecht, wenn die Jüngeren später einmal weniger Rente erhalten als die heutigen Rentner"; redressmentgewichtet

Von der asynchronen Betrachtungsweise sind die synchrone und diachrone Perspektive zu unterscheiden: Nach der synchronen Perspektive wird bei der Gerechtigkeitsbewertung die Belastungsverteilung zwischen kontemporären Rentnern und Erwerbstätigen verglichen. Im vorigen Abschnitt wurde gezeigt, dass diese Perspektive etwas unwichtiger ist als die asynchrone Perspektive, aber die Gerechtigkeitsbewertung der Alterssicherung insgesamt noch signifikant beeinflusst. Die diachrone Perspektive setzt schließlich die Höhe der Renten in Relation zu früheren Beiträgen. Es handelt sich also um eine Equity-Konzeption, wie sie etwa bei impliziten Renditen zugrunde liegt. Diese hat sich im vorherigen Abschnitt bei der Bewertung der intergenerationalen Gerechtigkeit als unbedeutend erwiesen. Die Verteilungen in der Bevölkerung hinsichtlich dieser beiden Perspektiven sollte man sich dennoch genauer ansehen (Tabelle 18).

Tabelle 18: Gerechtigkeitsbewertung von heutigen Renten und Beiträgen

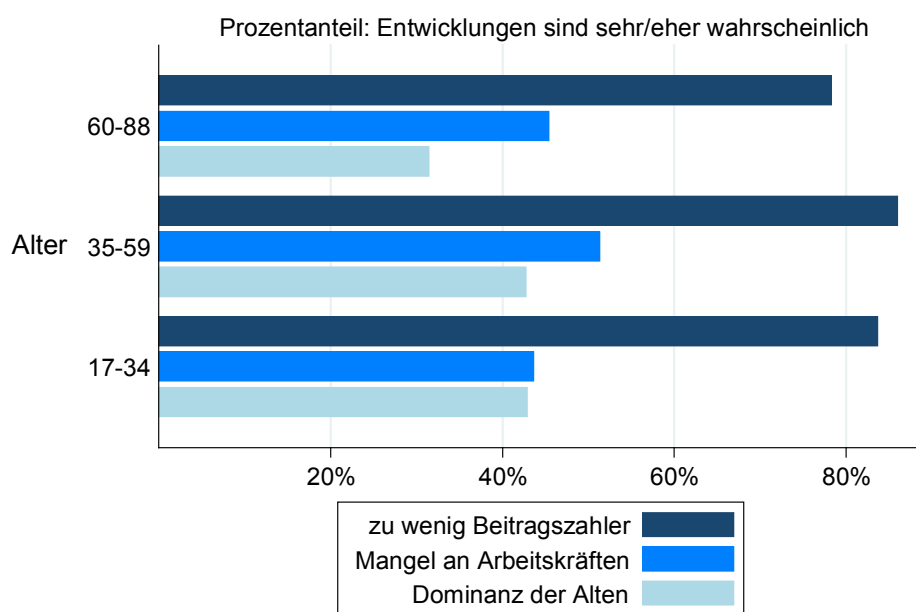
		Rentenhöhe heutiger Rentner			Total
		zu niedrig	gerecht	zu hoch	
Beitragshöhe heutiger Beitragszahler	zu niedrig	7.4	1.5	0.6	9.5
	gerecht	19.8	22.2	2	44
	zu hoch	25.6	16.1	4.8	46.5
	Total	52.7	39.9	7.4	100

ISJP 2006; Zellenprozente; redressmentgewichtet

Zunächst ist festzuhalten, dass knapp 40 Prozent der Befragten die Höhe der derzeitigen Renten im diachronen Vergleich und 44 Prozent die Höhe der derzeitigen Beiträge im synchronen Vergleich für gerecht halten. Dies kann man als die erwartete hohe Übereinstimmung mit dem Status quo deuten. Die Ergebnisse entsprechen damit den von Nüchter et al. (2008) mit ähnlichen Fragen im Jahr 2006 erhobenen Werten. Ansonsten bestätigt sich die Erkenntnis, dass generell bei der Untersuchung sozialstaatlicher Einstellungen „von allem Guten mehr, von allem Schlechten weniger“ (Ullrich 2000) gefordert wird. Eine knappe Mehrheit hält die Renten für zu niedrig und fast ebenso viele halten die Beiträge für zu hoch (47 Prozent; siehe Randverteilungen). Auffällig ist dabei, dass gut ein Viertel der Befragten sogar gleichzeitig die Beiträge als zu hoch und die Renten als zu niedrig einschätzt. Insgesamt blenden gut 62 Prozent der Befragten den fundamentalen Funktionszusammenhang zwischen Beiträgen und Renten im Umlagesystem aus, da sie entweder höhere Renten bei niedrigeren oder gleichbleibenden Beitragssätzen für gerecht halten bzw. niedrigere Beitragssätze bei höheren oder gleichbleibenden Renten. Insgesamt scheinen nur etwa 12 Prozent der Befragten diesen Zusammenhang bei der Gerechtigkeitsbewertung von Rentenhöhen und Beitragshöhen zu be-

rücksichtigen: Davon halten aber mehr als die Hälfte (7,4 Prozent) sowohl Renten als auch Beiträge für zu niedrig und vertreten damit eine den Reformintentionen genau entgegengesetzte Position. Die Kosten höherer Renten auf der Beitragsseite werden von einem noch kleineren Teil der Befragten bedacht: Nicht einmal 5 Prozent halten Beiträge und Renten für zu hoch. Unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten würden damit nur etwa 7 Prozent den eingeschlagenen Weg der Reformen präferieren, der gleichbleibende Beitragssätze und niedrigere Renten vorsieht (grau unterlegte Zellen). Es liegt also ein gravierendes Akzeptanzproblem vor. Man kann nun Vermutungen anstellen, warum das so ist. Möglicherweise liegt bei der Mehrzahl der Befragten kein Bewusstsein für die funktionalen Zusammenhänge in der Alterssicherung vor. Dagegen spricht, dass die Finanzierungsprobleme der GRV den Befragten mehrheitlich bekannt sind (vgl. Abbildung 18): Über 80 Prozent halten es für eher oder sehr wahrscheinlich, dass die Jüngeren die Renten der Älteren nicht mehr bezahlen werden können.

Abbildung 18: Folgen des demografischen Wandels



Quelle: ISJP 2006

Empirisch lässt sich nachweisen, dass ein höheres Bewusstsein für die demografisch bedingten Finanzierungsprobleme der GRV tendenziell dazu führt, dass die heutigen Beiträge für zu hoch und die zukünftigen Renten für zu niedrig gehalten werden (vgl. Tabelle 19). Ein Zusammenhang zwischen der allgemeinen Wahrnehmung, dass die Alterssicherung ungerecht gegenüber Jüngeren sei und der Gerechtigkeitsbewertung der impliziten Renditen der heutigen Rentner lässt sich jedoch nicht bestätigen, wie bereits oben gezeigt wurde. Allerdings ist erkennbar, dass diese diachrone Perspektive ceteris paribus mit zunehmender Bildung ver-

stärkt eingenommen wird. Dies deutet zumindest darauf hin, dass die Bewertung intergenerationaler Proportionalitätsverhältnisse kognitiv anspruchsvoller ist bzw. mehr Wissen erfordert.³¹⁰

Tabelle 19: Determinanten von asynchroner, synchroner und diachroner Generationengerechtigkeit

	Intergenerationaler Egalitarismus (asynchron) Gleichbleibendes Renten-niveau	Gerechtigkeitsbewertung der Rentenhöhe (diachron) Heutige Renten zu hoch	Gerechtigkeitsbewertung der Beitragshöhe (synchron) Heutige Beiträge zu hoch
Alter	-.11**	n.s.	-.08**
Frau	.12*	-.24**	n.s.
Ost	n.s.	-.26*	n.s.
Bildung (Casmin)	n.s.	.14**	n.s.
Rentner	n.s.	-.32*	n.s.
Problem: zu wenig Beitragszahler	.14**	n.s.	.12**
korr. R²	.03	.05	.02
N	2185	2123	2044

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$; OLS-Schätzung; Standardisierte Koeffizienten für metrische Variablen, unstandardisierte Koeffizienten bei dichotomen Variablen; ISJP 2006, eigene Berechnungen; Kontrollvariablen: Kinderanzahl, Haushaltsäquivalenzeinkommen, berufliche Stellung, Erwerbsstatus, Konfession, Religiosität, Gewerkschaftsmitgliedschaft; Kontrollvariablen in der Regel nicht signifikant

Insgesamt sind die Zusammenhänge so schwach, dass man davon ausgehen muss, dass die intergenerationalen Gerechtigkeitsvorstellungen eher unterentwickelt sind und sich die Mehrheit der Bevölkerung keine Alternativen abseits des Status quo in der Alterssicherung vorstellen kann; oder aber, was ebenso plausibel ist, dass die Befragten eher eine systemexogene Lösung für das Gerechtigkeitsproblem in der Alterssicherung bevorzugen. Unterstützung erfährt diese Interpretation, wenn man die Befragten verschiedene Policy-Alternativen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel bewerten lässt (vgl. Abbildung 19).

Die systemendogenen Lösungsansätze das Renteneintrittsalter anzuheben oder die Beitragssätze zu erhöhen, weisen die geringsten Zustimmungswerte auf. Knapp über 60 Prozent sind dagegen, dass die Renten gekürzt werden, auch wenn das eine höhere Staatsverschuldung zur Folge hätte. Systemexogene Maßnahmen, wie die Förderung junger Familien, Privatvorsorge und, mit etwas Abstand, die Forcierung des Zuzugs ausländischer Fachkräfte finden größere Zustimmung als Veränderungen im Rentensystem.

³¹⁰ Nach Piaget handelt es sich beim Umgang mit Proportionalitäten um eine höhere kognitive Entwicklungsstufe.

Abbildung 19: Maßnahmen zur Lösung der Finanzierungsprobleme des Rentensystems

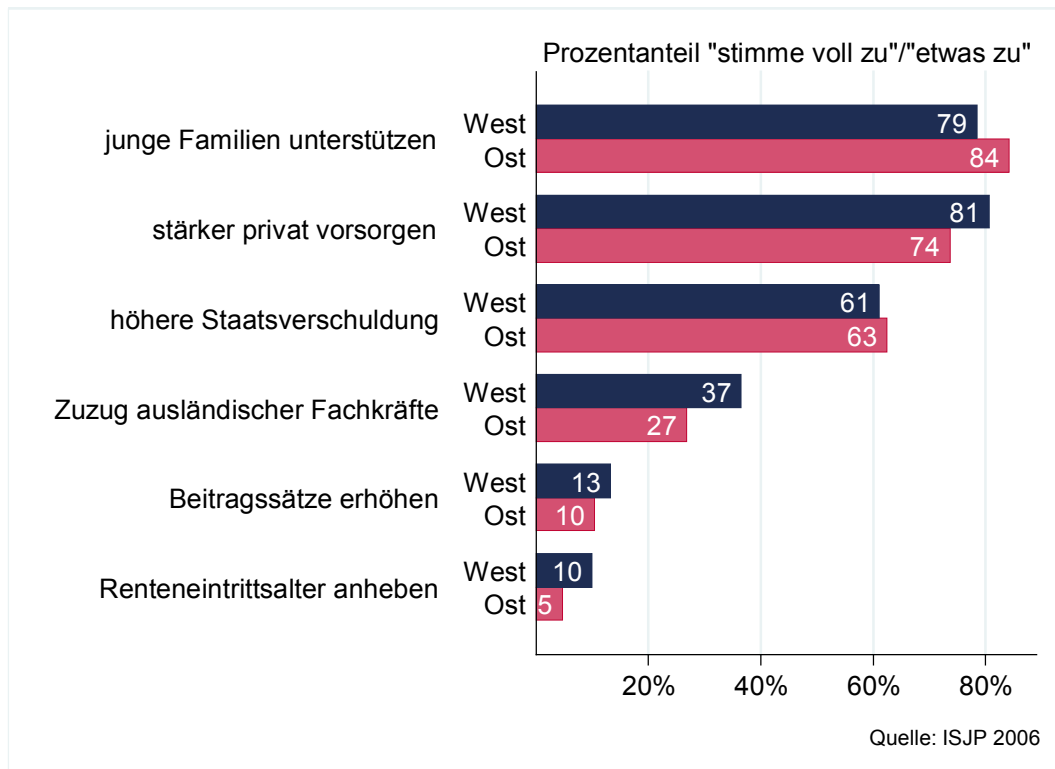
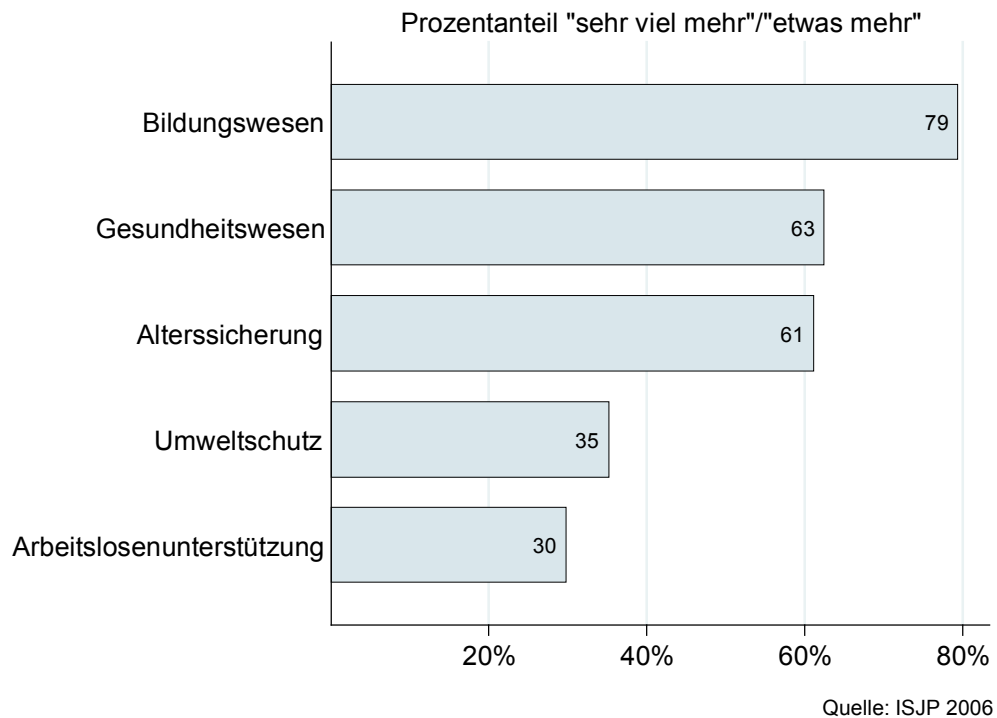


Abbildung 20: Wo sollte die Regierung mehr ausgeben?



Für eine Mehrheit kommt offenbar auch eine stärkere Steuerfinanzierung in Betracht. Bei den Regierungsausgaben sagen immerhin 61 Prozent, dass im Bereich der Alterssicherung etwas mehr oder sehr viel mehr ausgegeben werden sollte (vgl. Abbildung 20). Eine wesentlich größere Akzeptanz für eine Ausgabenexpansion gibt es im Bildungsbereich, was unter dem Gesichtspunkt intergenerationaler Gerechtigkeit nicht vernachlässigt werden sollte. Die Vorstellung eines investiven Sozialstaats, wie von Esping-Andersen und Sarasa (2002; vgl. auch Leisering 2002) vorgeschlagen wurde, scheint ein durchaus mehrheitsfähiges Konzept zu sein.

Insgesamt sind die Zusammenhänge der drei intergenerationalen Gerechtigkeitsperspektiven mit der allgemeinen Wahrnehmung intergenerationaler Ungerechtigkeit in der Alterssicherung ernüchternd gering. Das Ergebnis spricht dafür, dass es keine universale Vorstellung intergenerationaler Gerechtigkeit gibt, die in diesem Kontext zur Anwendung kommt. Auch hier sind offenbar bestimmte ideologische Prädispositionen der Individuen wichtiger, denn die Zusammenhänge mit den alterssicherungsspezifischen Gerechtigkeitsideologien fielen etwas größer aus (vgl. Tabelle 17, S. 276). Allerdings beinhalten diese Ideologien, die im nächsten Kapitel genauer beschrieben werden, bereits implizit einen „Bias“ in Richtung bestimmter intergenerativer Vorstellungen, denn die Ideologien sind auf vorhersehbare Weise mit den intergenerationalen Gerechtigkeitsbewertungen verbunden (vgl. Tabelle 20). Die Ungerechtigkeitswahrnehmung in diachroner Perspektive (implizite Renditen) ist am höchsten mit der individualistischen Alterssicherungsideologie korreliert und zwar positiv. Das heißt, Individualisten sehen die heutigen Renten vor dem Hintergrund früherer Beiträge eher als ungerechtfertigt zu hoch an ($r = .27$). Für *Konservatismus* gilt der gleiche Zusammenhang, jedoch in etwas schwächerer Ausprägung ($r = .17$). Mit *Egalitarismus* ist die diachrone Vergleichsperspektive dagegen negativ korreliert ($r = -.22$). Egalitaristen nehmen also die heutigen Renten vor dem Hintergrund früherer Beiträge tendenziell als ungerecht zu niedrig wahr. Egalitaristen sehen auch eine stärkere Ungerechtigkeit darin, dass das Rentenniveau im Vergleich zu früheren Kohorten überhaupt sinkt (asynchroner Vergleich). *Intragenerationale* Egalitaristen sind also tendenziell auch *intergenerationale* Egalitaristen in der asynchronen Perspektive. Die synchrone Betrachtungsweise ist offenbar mit keiner der Rentenideologien enger korreliert, ebenso wenig wie *Fatalismus* umgekehrt mit einer der intergenerationalen Vergleichsperspektiven.³¹¹

³¹¹ Orthogonal rotierte Faktoren führen zu substanziell identischen Interpretation, weisen im Durchschnitt jedoch geringere Korrelationen auf (vgl. Anhang, Tabelle 45).

Tabelle 20: Korrelationen zwischen alterssicherungsbezogenen Ideologien und intergenerationalen Gerechtigkeitsbewertungen

	Konservatismus	Egalitarismus	Individualismus	Fatalismus
Asynchron: intergenerational konstante Rentenhöhe	-.01	.12**	-.03	.017
Diachron: heutige Rentenhöhe bezogen auf frühere Beiträge	.17**	-.22**	.27**	-.07**
Synchron: heutige Beiträge bezogen auf heutige Renten	-.01	-.05**	-.03	.06**
Allgemeine Wahrnehmung intergenerationaler Ungerechtigkeit	-.06**	.08**	.08**	.04*

ISJP 2006; * signifikant bei .05, ** signifikant bei .01

Zusammenfassung der Ergebnisse

Der demografische Wandel mit seinen Auswirkungen auf das System der Alterssicherung ist mittlerweile tief im öffentlichen Bewusstsein verankert. Im Jahr 2006 halten 61 Prozent der Befragten den demografischen Wandel für ein sehr großes oder großes Problem, weitere 24 Prozent für ein mittleres Problem. Hinsichtlich der Folgen herrscht weitgehend Übereinstimmung: 83 Prozent bezeichneten die Entwicklung, dass die Jüngeren die Renten der Älteren nicht mehr bezahlen werden können, als eher oder sehr wahrscheinlich (vgl. Wegener und Schrenker 2007). Auch was das Kriterium der Generationengerechtigkeit anbelangt, gibt es ein eindeutiges Votum. Der Aussage „Unser Rentensystem ist ungerecht gegenüber der jüngeren Generation“ stimmten 65 Prozent unter allen Befragten tendenziell zu. Erwartungsgemäß gibt es deutliche Altersunterschiede. In der Altersgruppe der 17 bis 34jährigen lag die Zustimmung bei 77 Prozent. Das Rentensystem wird also mehrheitlich nicht als generationengerecht wahrgenommen. Daten aus dem Jahr 2000 verdeutlichen zudem: die Ungerechtigkeitswahrnehmung hat in den letzten Jahren zugenommen.

Das Gefühl eines zunehmenden Gerechtigkeitsdefizits gegenüber den Jüngeren ist besonders bemerkenswert, da zwischenzeitlich mit der Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors im Jahr 2004 (RV-Nachhaltigkeitsgesetz) und der „Rente mit 67“ laut Koalitionsvertrag 2005 zwei Maßnahmen mit der expliziten Zielsetzung verabschiedet wurden, für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen und insbesondere die jüngere Erwerbstätigengeneration zu entlasten.³¹² Die Gutachten des Sachverständigenrats (2004, 2006) bescheinigen sowohl dem Nach-

³¹² Das Altersgrenzenanpassungsgesetz wurde zwar erst im Frühjahr 2007 verabschiedet, war aber bereits im Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD im Jahr 2005 festgeschrieben worden.

haltigkeitsfaktor als auch der Rente mit 67 einen Entlastungseffekt für die Jahrgänge ab 1976. Gerade diese Kohorten sehen aber nach wie vor das größte Gerechtigkeitsdefizit.³¹³

Offenbar hat das Rentensystem ein gravierendes Legitimationsproblem. Vor allem die Jüngeren sind äußerst unzufrieden. Bei genauer Betrachtung einzelner institutioneller Aspekte der Alterssicherung ergibt sich jedoch ein differenzierteres Bild. Zwar sind 46 Prozent der Befragten der Meinung, die Beitragssätze zur Rentenversicherung seien zu hoch (53 Prozent in der Gruppe der 17-34jährigen). Aber fast ebenso viele, 44 Prozent, halten die Höhe der Beiträge für gerecht, weitere 9 Prozent sogar für zu niedrig. Das sind erstaunliche Werte.

Misst man die Akzeptanz konkreter Policy-Vorschläge, dann erscheint die Struktur der öffentlichen Meinung vollends paradox. Zwar wird eine Erhöhung der Beitragssätze mit deutlicher Mehrheit abgelehnt, aber ausgerechnet ein Reformvorhaben, das dies verhindern soll, die Anhebung des Renteneintrittsalters, erweist sich in der Bevölkerung als mit Abstand am unpopulärsten. Lediglich 10 Prozent in den alten Bundesländern und 5 Prozent in den neuen Bundesländern befürworten einen späteren Renteneintritt. Die auf politischer Ebene unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit favorisierte Maßnahme erhält also die geringste Zustimmung, während sogar Maßnahmen, die dem Kriterium der *Generational Equity* zuwider laufen, wie eine höhere Staatsverschuldung, mehrheitlich in Kauf genommen würden.

Die Reformen im Rentensystem haben also sogar zu einer Vergrößerung des gefühlten Gerechtigkeitsdefizits beigetragen: unter Egalitaristen, weil das Rentenniveau nicht über die Zeit konstant gehalten wird, unter Individualisten, weil die Reformen vermutlich nicht weit genug gehen. Unter intergenerationaler Gerechtigkeit wird in der Bevölkerung offenbar etwas anderes verstanden als auf politischer Ebene. In der Bevölkerung überwiegt ein intergenerationaler Egalitarismus, der von konstanten Rentenniveaus für aufeinanderfolgende Kohorten ausgeht – also eher dem Status quo vor den Reformen entspricht (defined benefit), jedoch im Unterschied dazu auch Beitragssatzerhöhungen weitgehend ablehnt. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass alternative Finanzierungsquellen und eine Vergrößerung der Bei-

³¹³ So heißt es im Gutachten des Sachverständigenrats (2004) mit Bezug auf den Nachhaltigkeitsfaktor: „Bei den Jahrgängen ab 1976 überwiegt der Beitragssatzsenkungseffekt den Rentendämpfungseffekt“. Auch durch die Rente mit 67 würden in erster Linie die unter 35jährigen entlastet (Sachverständigenrat 2006: 249). Für die zwischen 1960 und 1975 geborenen überwiege dagegen der Effekt der Rentendämpfung durch diese Maßnahmen, während sie von den niedrigeren Beitragssätzen kaum profitieren könnten. Die überproportionale Zunahme des Ungerechtigkeitsempfindens bei der besonders belasteten, mittleren, „Sandwichgeneration“ verwundert insofern weniger.

tragsbasis für die gesetzliche Rentenversicherung erschlossen werden müssten. Auf politischer Ebene überwiegt dagegen eher die synchrone und die diachrone Perspektive auf intergenerationale Gerechtigkeit: Die Belastung der Erwerbstätigen durch Beiträge soll gedämpft werden (soweit gibt es eine Übereinstimmung mit der Bevölkerung) und die Rentenhöhen stärker den tatsächlich geleisteten Beiträgen entsprechen, während systemexogene Finanzierungsmöglichkeiten kaum in Erwägung gezogen werden.

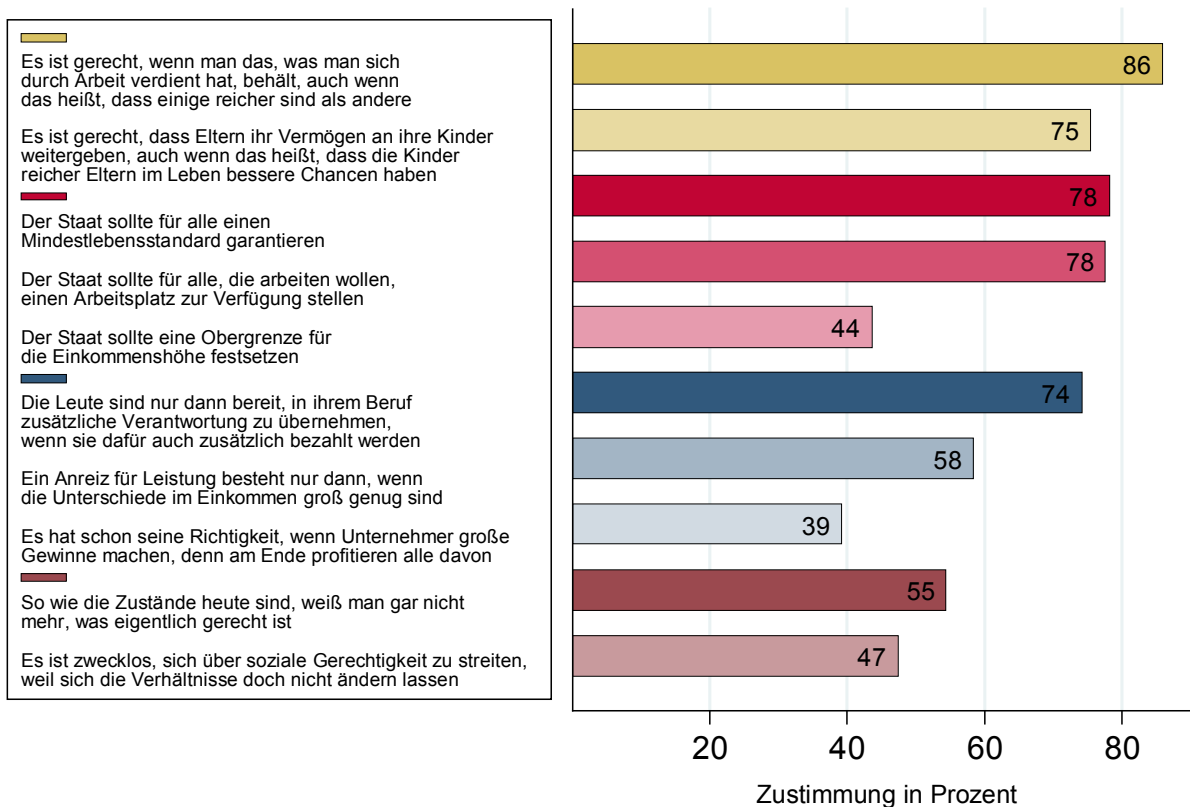
Man kann die bisherigen Befunde so zusammenfassen: Zwar gibt es in der Bevölkerung ein diffuses Bedauern gegenüber der jüngeren Generation im Rentensystem, geht es jedoch um konkrete institutionelle Regelungen, werden diese als weitgehend fair bewertet. Policy-Maßnahmen, die das althergebrachte System modifizieren, werden mehrheitlich abgelehnt; mehrheitlich befürwortet werden hingegen Vorschläge, die nicht in das gewohnte Versicherungssystem direkt eingreifen, sondern nach exogenen Lösungen suchen. Die Ergebnisse deuten außerdem darauf hin, dass die Menschen in Deutschland in dieser Frage weniger von explizit intergenerationalen Gerechtigkeitsvorstellungen geleitet werden als von allgemeinen Gerechtigkeitsideologien. Das nächste Kapitel widmet sich diesen normativen Dispositionen.

10.2 Prinzipiengerechtigkeit in der Alterssicherung

10.2.1 Deskription der Alterssicherungsideologien

Bevor mit der Beschreibung alterssicherungsspezifischer Gerechtigkeitsideologien begonnen wird, sollte man sich die Verteilung von *allgemeinen* Gerechtigkeitsprinzipien in der Gesellschaft vergegenwärtigen, wie sie im ISJP-2006 erhoben wurden (Abbildung 21). Gemäß des *Grid-Group-Paradigmas* lassen sich die gesellschaftlich vertretenen Verteilungsvorstellungen vier Kosmologien zuordnen: *Konservatismus/Askriptivismus*, *Egalitarismus/Etatismus*, *Individualismus* und *Fatalismus*. Eine Faktoranalyse bestätigt diese vier-dimensionale Struktur (siehe Anhang, Tabelle 43). Betrachtet man die einzelnen Prinzipien, dann kann man eine Rangfolge in der Zustimmung zu diesen Ideologien feststellen. Konservative Vorstellungen über soziale Ungleichheit werden am stärksten befürwortet. Die Zustimmung zu etatistischen Vorstellungen fällt bereits etwas geringer aus. Ihnen folgen verteilungsindividualistische Vorstellungen und an letzter Stelle rangieren fatalistische Vorstellungen.

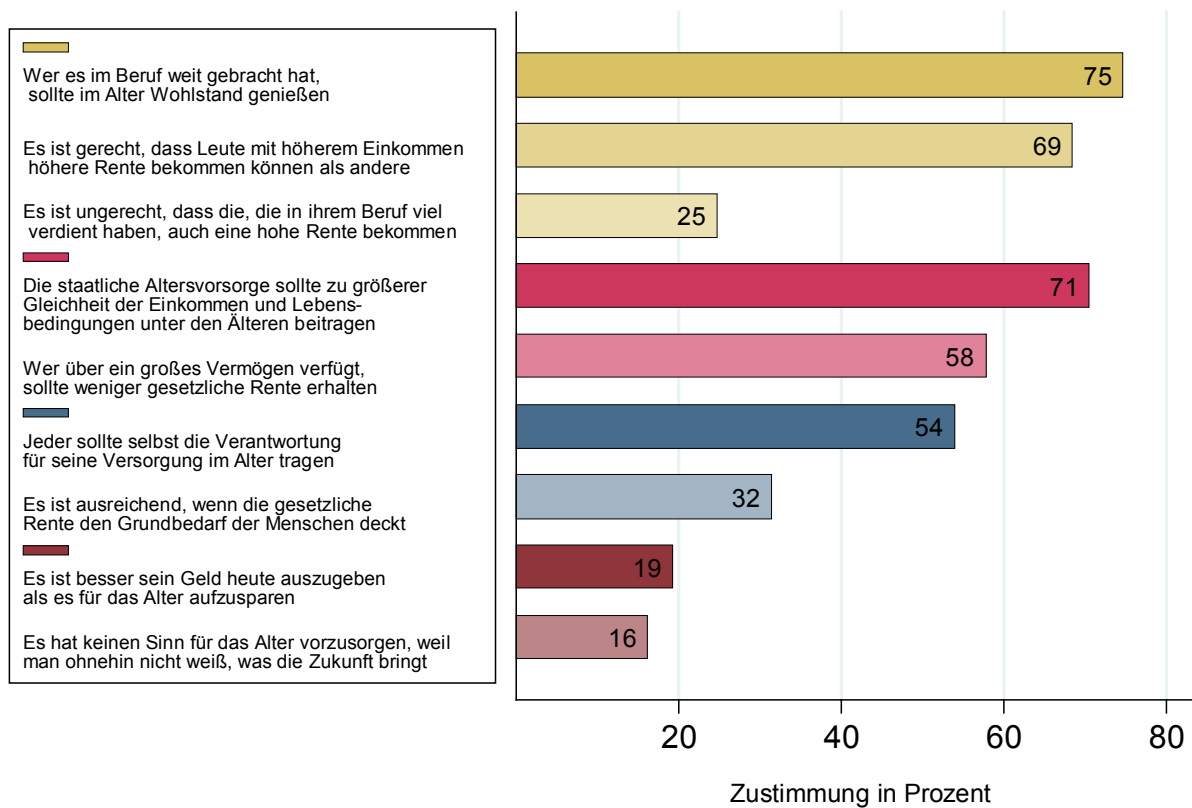
Abbildung 21: Zustimmung zu allgemeinen Gerechtigkeitsprinzipien



Quelle: ISJP 2006

In der ISJP-Untersuchung von 2006 wurden diese vier Denkstile der Gerechtigkeit auf die Alterssicherung angewendet. Mit den dafür entwickelten Items ließ sich nicht nur die vierfaktorielle Struktur reproduzieren, sondern auch die tendenzielle Rangfolge in der Zustimmung zu den unterschiedlichen Gerechtigkeitsideologien (Abbildung 22). Die konservativen Aussagen, die sich für eine Staffelung der Renten nach dem beruflichen Einkommen aussprechen, erfahren auch hier die größte Zustimmung (das dritte Item ist gedreht), dicht gefolgt von egalitaristischen Vorstellungen, die eine größere Gleichheit der Altersrenten befürworten. Individualistische Prinzipien, wonach die staatliche Alterssicherung nur den Grundbedarf abdecken sollte und ansonsten jeder selbst für seine Absicherung im Alter verantwortlich ist, fallen dagegen bereits etwas ab; fatalistische Aussagen, wonach Altersvorsorge sinnlos ist, erhalten die geringste Zustimmung. Die Gerechtigkeitsvorstellungen entsprechen damit der konservativen Ausrichtung des Alterssicherungssystems in Deutschland, das zwar sowohl egalitaristische als auch individualistische Komponenten beinhaltet, aber in erster Linie auf die Sicherung der relativen Statusposition ausgerichtet ist.

Abbildung 22: Zustimmung zu Gerechtigkeitsprinzipien in der Alterssicherung



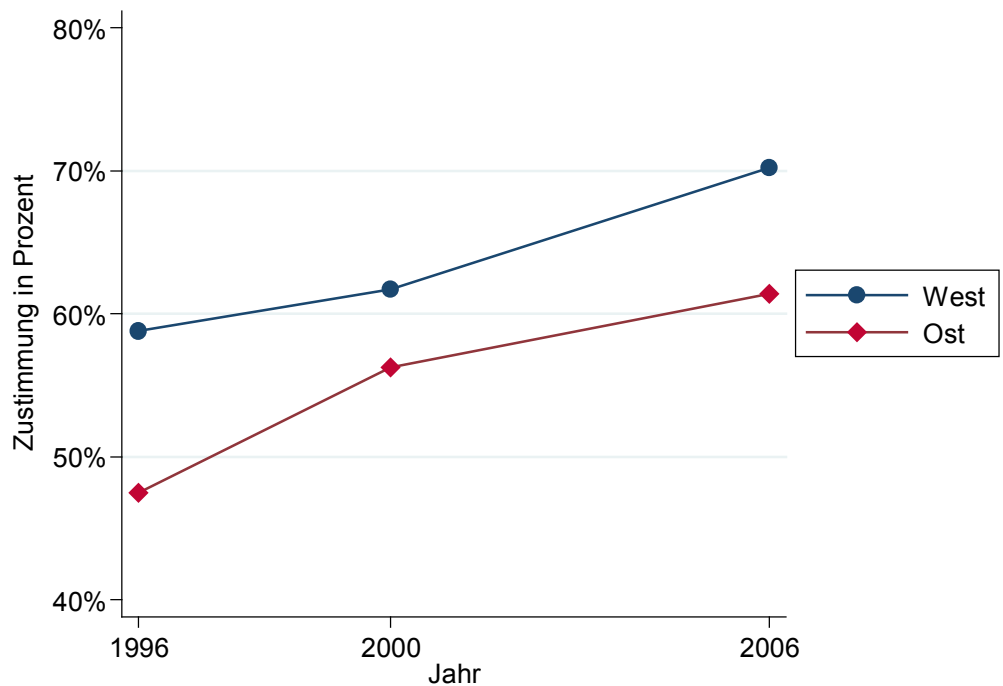
Quelle: ISJP 2006

Die zeitliche Entwicklung konservativer Einstellungen in der Alterssicherung kann mit Hilfe des Items „Es ist gerecht, dass Leute mit höherem Einkommen höhere Rente bekommen können als andere“ nachgezeichnet werden, da hierfür Angaben aus den ISJP-Erhebungen von 1996, 2000, und 2006 vorliegen. Es zeigt sich, dass die Zustimmung zu dieser Aussage im Zeitverlauf, relativ stark, um gut 10 Prozentpunkte angewachsen ist (vgl. Abbildung 23). Durch die demografische Alterung der Bevölkerung allein lässt sich dieser Periodeneffekt nicht erklären. Zwar steigt mit zunehmendem Alter bzw. weiter zurückliegendem Geburtsjahr der Konservatismus, der Effekt ist jedoch zu klein, um die deutliche Zunahme über die Zeit zu erklären (vgl. Anhang, Tabelle 46). Dieser Befund würde für die Gültigkeit der *Wettbewerbshypothese* sprechen, wonach in Zeiten knapper werdender Verteilungsspielräume die Akzeptanz für sozialstaatlicher Umverteilung abnimmt und eher auf die Absicherung der eigenen Statusposition bedachte Vorstellungen an Bedeutung gewinnen.³¹⁴ Die größere Zu-

³¹⁴ Die Periode war einerseits durch hohe und zunehmende Arbeitslosigkeit geprägt, so dass sich eine verstärkte Konkurrenz wahrnehmung auf dem Arbeitsmarkt ergab, andererseits sind die demografiebedingten Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung verstärkt in der Öffentlichkeit diskutiert worden.

stimmung zu dem konservativen Verteilungsprinzip in Westdeutschland deutet auch darauf hin, dass nach wie vor kulturelle Unterschiede fortbestehen, die sich aus den unterschiedlichen Sozialstaatstraditionen in der ehem. DDR und der BRD ergeben haben. Eine multivariate Analyse bestätigt, dass dieser deutliche Unterschied zwischen beiden Regionen auch unter Kontrolle sozioökonomischer Merkmale bestehen bleibt und sich kaum verringert.³¹⁵

Abbildung 23: Zustimmung zur Einkommensäquivalenz der Renten



Quelle: ISJP 1996-2006

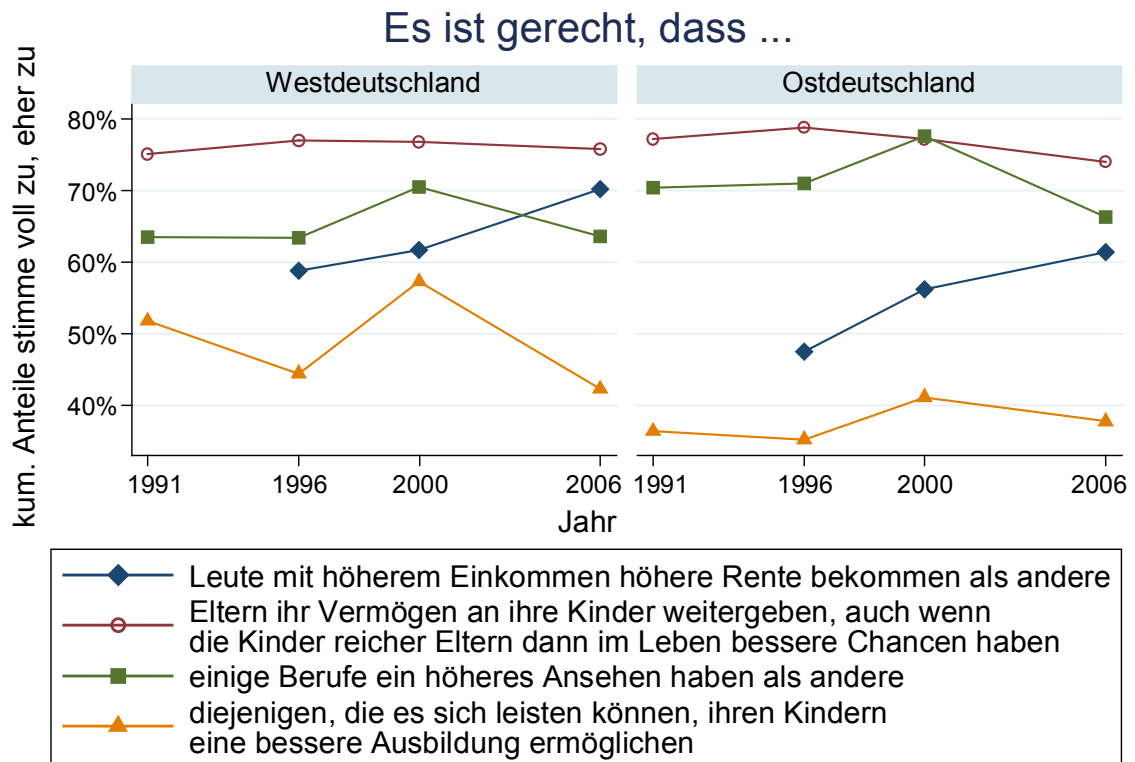
Aussage: „Es ist gerecht, dass Leute mit höherem Einkommen höhere Rente bekommen können als andere.“;
ISJP 1996-2006; redressmentgewichtet

Bemerkenswert ist die Zunahme konservativer Vorstellungen in der Alterssicherung auch vor dem Hintergrund einer fehlenden allgemeinen Zunahme konservativer Einstellungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen (vgl. Abbildung 24). Beim Bildungsaskriptivismus (Legitimation von Bildungsungleichheit aufgrund der sozialen Herkunft) ist in Westdeutschland, zumindest tendenziell, sogar eine leichte Abnahme zu verzeichnen. Die Akzeptanz von Vermögensungleichheiten ist auf konstant hohem Niveau. In der Vererbung großer Vermögen

³¹⁵ Der von Dallinger und Liebig (2004) vorgefundene Geschlechtseffekt wird für das Jahr 2000 bestätigt und ist für die gepoolte Stichprobe signifikant, nicht jedoch in den Jahren 1996 und 2006 (vgl. Anhang, Tabelle 46). Möglicherweise ist die Stärke des Geschlechtsunterschieds von makroökonomischen Bedingungen abhängig. Dies wäre plausibel, da sich nach dem „Alternativrollenkonzept“ (Offe und Hinrichs 1977) die Beschäftigungschancen von Frauen in engen Arbeitsmärkten zuerst verschlechtern.

wird von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung offenbar kein intergenerationales Gerechtigkeitsproblem gesehen.

Abbildung 24: Entwicklung konservativer Gerechtigkeitsprinzipien im Zeitverlauf



ISJP 1991-2006; redressmentgewichtet

10.2.2 Zusammenhänge zwischen allgemeinen und spezifischen Gerechtigkeitsideologien

Die deskriptiven Ergebnisse zeigen, dass die im Bereich der Alterssicherung vertretenen Gerechtigkeitsideologien eine ähnliche Struktur und Verbreitung aufweisen, wie die allgemein in Deutschland vorliegenden Gerechtigkeitsideologien. Es handelt sich somit bei der Alterssicherung um keine abgrenzbare Gerechtigkeitsphäre im Sinne Michael Walzers. Die generellen Normen sind auch im Teilbereich der Alterssicherung gültig. Der Befund wird unterstützt

durch die Korrelationen, die zwischen den allgemeinen und den entsprechenden alterssicherungsspezifischen Ideologien jeweils am größten sind (siehe graue Fläche in Tabelle 21).³¹⁶

Tabelle 21: Zusammenhänge zwischen allgemeinen und spezifischen Gerechtigkeitsideologien

		allgemein				spezifisch		
		K.	E.	I.	F.	K.	E.	I.
allgemein	Konservatismus							
	Egalitarismus	-.19						
	Individualismus	.51	-.14					
	Fatalismus	.07	.45	.37				
spezifisch	Konservatismus	.44	-.32	.22	-.09			
	Egalitarismus	-.26	.49	-.12	.24	-.68		
	Individualismus	.22	-.26	.28	.05	.33	-.35	
	Fatalismus	-.18	.25	.03	.29	-.38	.44	.02

N = 3058; ISJP 2006; eigene Berechnungen; Korrelationen der Faktorscores aus zwei getrennten obliquen Promax-Faktorlösungen für allgemeine und alterssicherungsspezifische Gerechtigkeitsideologien

Tabelle 21 illustriert zudem, Ungleichheitslegitimierende Ideologien, wie *Konservatismus* und *Individualismus*, sind positiv korreliert, und negativ korreliert mit ungleichheitskritischen Ideologien, wie *Egalitarismus* und *Fatalismus*. *Egalitarismus* und *Fatalismus* sind wiederum untereinander positiv korreliert. Diese Beziehungen deuten darauf hin, dass dem *Grid-Group-Paradigma* eine fundamentale Ungleichheitsdimension zugrunde liegt, die sowohl für allgemeine als auch für alterssicherungsspezifische Gerechtigkeitsideologien gilt. Es gibt jedoch eine Ausnahme: Bei den generellen Gerechtigkeitsideologien sind *Individualismus* und *Fatalismus* positiv korreliert. Ein Befund, der vor dem Hintergrund der Dichotomie Ungleichheitslegitimation vs. Ungleichheitskritik nicht zu erwarten war, aber möglicherweise auf die gleichermaßen ablehnende Haltung von Fatalisten und Individualisten gegenüber Gerechtigkeitsüberlegungen zurückzuführen ist. Nicht zuletzt sind es gerade libertäre Ökonomen wie v. Hayek (1976), die das Konzept der Verteilungsgerechtigkeit für irrelevant halten. Eine Gemeinsamkeit von *Fatalismus* und *Individualismus* liegt in der „schwachen Gruppenbindung“, also der Vernachlässigung gesellschaftlicher Kooperationszusammenhänge. Diese Gemeinsamkeit scheint die Divergenz auf der Ungleichheitsdimension zu überlagern.

Die Ergebnisse zeigen allerdings auch, dass es in der Alterssicherung nicht ein dominantes Verteilungsprinzip gibt, sondern dass mehrere unterschiedliche Prinzipien parallel vertreten werden. Sowohl konservative als auch egalitaristische Vorstellungen genießen mehrheitlich

³¹⁶ Überlegungen eine relativ hohe unbedingte Grundrente ähnlich dem sog. „Schweizer Modell“ einzuführen, wie das in manchen Grundeinkommensmodellen vorgesehen ist, muss man daher mit Skepsis begegnen (vgl. Opielka 2004). Die große Zustimmung, zu einer solchen Mindestrente in manchen Umfragen (z. B. Nüchter et al. 2008), ist ohne die Spezifikation eines genauen Sicherungsniveaus wenig aussagekräftig.

Zustimmung und die negative Korrelation zwischen den beiden Ideologien ist bestenfalls mittelmäßig (vgl. Abbildung 22, S. 288). D. h. viele der Befragten treten gleichzeitig für Statussicherung wie auch für Umverteilung ein. Es bestätigt sich also das in früheren Studien häufig vorgefundene „gespaltene Bewusstsein“. Ein großer Teil der Bevölkerung folgt bei der Gerechtigkeit in der Alterssicherung weniger einer Logik des „entweder-oder“ als einer Logik des „sowohl-als-auch“.³¹⁷ Man sollte deshalb untersuchen, wie man die Variation in der Zustimmung zu den Ideologien erklären kann, und ob sich die Bestimmungsfaktoren für die einzelnen Ideologien möglicherweise unterschiedlich zusammensetzen, wie das durch das Konzept der *primären* und *sekundären Ideologien* (siehe S. 260) nahegelegt wird. Gemäß der Annahme, dass soziale Ungleichheit eine fundamentale Dimension des *Grid-Group-Schemas* darstellt, sollte die Varianz aller Ideologien durch sozioökonomische Merkmale der Befragten zu einem gewissen Grad erklärt werden können. Der nächste Abschnitt widmet sich diesem Aspekt.

10.2.3 Determinanten der alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien

Wie Tabelle 22 zu entnehmen ist, lassen sich Unterschiede in den ideologischen Dispositionen zur Alterssicherung kaum durch das Alter der Befragten erklären. Unter Kontrolle weiterer Merkmale verfehlen die Alterseffekte überwiegend das Signifikanzniveau. Es scheint also keine allgemeine intergenerationale Konfliktlinie vorzuliegen. Lediglich die fatalistische Einstellung gegenüber der Alterssicherung ist unter Jüngeren stärker ausgeprägt. Alterssicherungsspezifischer *Konservatismus* nimmt mit dem Alter zwar zu, verfehlt aber unter Kontrolle des Ruhestandsstatus das Signifikanzniveau. Man kann trotzdem schlussfolgern, dass Jüngere dem Prinzip der Einkommensäquivalenz tendenziell kritischer gegenüberstehen und dieser Befund nicht allein auf die vergleichsweise höheren Einkommen älterer Personen zurückgeführt werden kann. Dies legen zumindest ergänzende Analysen mit den „gepoolten“ Daten von 1996 und 2000 nahe, in denen sich der Alterseffekt bezüglich der Präferenz von Ein-

³¹⁷ Es stellt sich dann allerdings die Frage, ob die Verwendung des Ideologiebegriffs in diesem Zusammenhang angemessen ist, da es sich bei Ideologien um geschlossene Weltbilder handelt.

kommensäquivalenz als robust erweist. Möglicherweise verbirgt sich dahinter aber auch ein Kohorteneffekt, also ein genuiner Wertewandel.³¹⁸

Zwischen Männern und Frauen lassen sich im Unterschied zur Analyse der Präferenzen für Einkommensäquivalenz in der GRV von Dallinger und Liebig (2004) keine Unterschiede in den ideologischen Vorstellungen aufdecken. Eine Replikation der Untersuchung von Dallinger und Liebig (2004) unter zusätzlicher Berücksichtigung der ISJP-Daten von 1996 und 2000 zeigt, dass sich der Geschlechtseffekt beim alterssicherungsspezifischen *Konservatismus* nur im Jahr 2000 nachweisen lässt, nicht aber in den Jahren 1996 und 2006 (Ergebnisse hier nicht dargestellt; vgl. Anhang, Tabelle 46). Möglicherweise wird die Stärke des Geschlechtsunterschieds von makroökonomischen Bedingungen moderiert. Dies wäre plausibel, da sich nach dem „Alternativrollenkonzept“ (Offe und Hinrichs 1977) die Beschäftigungschancen von Frauen in engen Arbeitsmärkten zuerst verschlechtern. Die hohe Arbeitslosigkeit im Jahr 2000 könnte also diesen Befund erklären. Verzichtet man auf eine Kontrolle der sozioökonomischen Situation, dann sind Frauen zudem signifikant weniger individualistisch eingestellt als Männer (hier nicht dargestellt), aber auch dieser Geschlechtseffekt ist in den unterschiedlichen sozioökonomischen Opportunitätsstrukturen von Männern und Frauen begründet und verschwindet unter deren Kontrolle.

Einer der stärksten Prädiktoren ist nach wie vor das Erhebungsgebiet. Da eine Vielzahl sozioökonomischer Faktoren kontrolliert wird, spricht der *Residual-Variation-Ansatz* (vgl. S. 260ff) für persistente kulturelle Unterschiede zwischen beiden Regionen, die auf unterschiedliche Sozialstaatstraditionen zurückgeführt werden können. Ostdeutsche sind bei der Alterssicherung ceteris paribus weniger konservativ und individualistisch, aber stärker egalitaristisch und fatalistisch als Westdeutsche.³¹⁹

³¹⁸ Trotz einer generellen Zunahme des Konservatismus im Zeitverlauf, sind Jüngere auch unter Kontrolle ihrer schlechteren Einkommenssituation weniger konservativ. Es ist allerdings analytisch unmöglich hierbei zwischen einem Alters- und einem Kohorteneffekt zu differenzieren (vgl. Abbildung 23 und Anhang, Tabelle 46).

³¹⁹ Die Vermögensverhältnisse wurden in der ISJP-Umfrage nicht erhoben und werden nur durch die sehr groben Indikatoren des Wohneigentums und der Altersvorsorge über Kapitalanlagen kontrolliert. Aus einer telefonischen Befragung von 2009 ist aber bekannt, dass sich nach Kontrolle der Vermögensverhältnisse Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen hinsichtlich egalitaristischer Einstellungen deutlich verringern, gleichwohl aber signifikant bleiben (Schrenker und Wegener 2009). Die Vermögenssituation ist also ein starker Prädiktor für *Egalitarismus*, vermag aber dennoch Unterschiede zwischen beiden Regionen nicht restlos zu erklären, weswegen weiterhin von einem „kulturellen“ Unterschied ausgegangen werden sollte. Durch selektive Migrationsprozesse können sich solche struktur- und kulturbedingten Unterschiede verfestigen.

Tabelle 22: Determinanten der alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien

	Konservatismus	Egalitarismus	Individualismus	Fatalismus
Alter	.00 .07 (1.81)	-.00 -.03 (.92)	.00 .01 (.21)	-.00 -.09 (2.38)*
Frau	.03 (.96)	.00 (.04)	-.05 (1.63)	-.05 (1.21)
Ost	-.16 (3.88)**	.19 (5.17)**	-.28 (7.21)**	.12 (2.39)*
Kinderanzahl	-.01 -.02 (.78)	.02 .03 (1.29)	-.01 -.03 (1.11)	.03 .04 (1.72)
Wohneigentum	.06 (1.76)	-.07 (2.43)*	.01 (.47)	-.14 (3.42)**
Kapitalrücklagen	.17 (5.10)**	-.12 (4.05)**	.14 (4.57)**	-.20 (4.90)**
Bildung (Casmin)	.03 .06 (2.71)**	-.07 -.14 (6.15)**	.03 .05 (2.20)*	-.09 -.14 (5.84)**
HH-Einkommen	.00 .19 (7.77)**	-.00 -.20 (8.58)**	.00 .06 (2.57)*	-.00 -.07 (2.98)**
Arbeiter (Ref. Ang.)	.04 (.56)	.06 (1.05)	.05 (.86)	.10 (1.36)
Beamte	.03 (.34)	.01 (.15)	-.03 (.29)	-.00 (.03)
Selbständige	.20 (2.41)*	-.12 (1.64)	.13 (1.74)	-.05 (.49)
Nicht-Erwerbstätige	.02 (.28)	-.01 (.19)	.17 (2.19)*	.01 (.15)
Student	.03 (.39)	.01 (.10)	.03 (.44)	.02 (.24)
Im Ruhestand	.20 (3.18)**	-.09 (1.56)	.11 (1.94)	.03 (.34)
Arbeitslose	-.15 (1.91)	.20 (2.97)**	.01 (.16)	.47 (5.09)**
Frühere Arbl. (Monate)	-.00 -.03 (1.46)	.00 .04 (1.97)*	-.00 -.05 (2.20)*	.00 .05 (2.10)*
Katholisch	.08 (1.54)	-.10 (2.09)*	-.00 (.06)	.01 (.18)
Evangelisch	.03 (.69)	-.08 (1.82)	.07 (1.57)	-.00 (.01)
Religiosität	-.01 -.02 (.72)	.01 .03 (.93)	-.02 -.04 (1.30)	-.04 -.07 (2.32)*
Gewerkschaftsm.	-.09 (2.10)*	.07 (1.96)	-.11 (2.84)**	-.06 (1.15)
Konstante	-.68 (6.97)**	.65 (7.49)**	-.17 (1.89)	.83 (7.04)**
Korr. R ²	.13	.17	.07	.12
N	2257	2257	2257	2257

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$; OLS-Schätzung; unstandardisierte Koeffizienten, standardisierte Koeffizienten (Betas) bei metrischen Variablen in zweiter Zeile; ISJP 2006, eigene Berechnungen; abhängige Variablen basieren auf Faktor-Scores der Promax-Rotation; nicht dargestellt: Dummy für sonstigen Erwerbsstatus n. s.

Ansonsten sollte für soziökonomische Faktoren gelten, dass sich höherer Status verstärkend hinsichtlich konservativer und individualistischer ungleichheitslegitimierender Ideologien in der Altersvorsorge auswirkt und abschwächend hinsichtlich egalitaristischer und fatalistischer Ideologien. Diese Zusammenhänge bestätigen sich für Wohneigentum partiell und bei Kapitalrücklagen durchgehend – es handelt sich dabei um einen relativ guten Prädiktor – sowie für Einkommen und Bildung. Die *Enlightenment-Hypothese* ist damit widerlegt. Arbeitslose sind außerdem egalitaristischer und fatalistischer. Bei der beruflichen Stellung zeigen sich kaum Effekte: nur Selbständige sind signifikant konservativer als Angestellte.

In unterschiedlichen sozialmoralischen Milieus lassen sich nur schwache ideologische Unterschiede feststellen: Personen die selbst, oder deren Familienangehörige Gewerkschaftsmitglieder sind, stellen sich als weniger konservativ und individualistisch und tendenziell auch als egalitaristischer heraus, wobei der letzte Effekt knapp insignifikant ist. Religiöse Personen sind generell weniger fatalistisch. Ansonsten erweisen sich lediglich Katholiken als signifikant weniger egalitaristisch.

Insgesamt ist es möglich, alterssicherungsspezifische Gerechtigkeitsideologien durch soziostrukturelle Merkmale zu erklären, wenn auch in begrenztem Umfang. Anhand der R^2 -Werte lässt sich ablesen, dass nur egalitaristische Vorstellungen stark durch sozioökonomische Interessen bestimmt werden. Nach der Definition von Wegener und Liebig handelt es sich also um eine *sekundäre Ideologie*, in der sich partikulare Interessen widerspiegeln. Aber auch alle anderen Ideologien werden durch den sozioökonomischen Status mitbestimmt. Allerdings sind die Zusammenhänge bei individualistischen Vorstellungen in der Alterssicherung vergleichsweise schwach, während sie bei *Konservatismus* und *Fatalismus* mittelmäßig ausgeprägt sind. Man kann daraus möglicherweise schlussfolgern, dass es in der Alterssicherung so etwas wie eine primäre Ideologie, die allein aus einer kulturspezifischen Sozialisation folgt, nicht gibt. Zugleich liegen aber auch für alle vier Ideologien „kulturelle“ Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen vor, die unter Kontrolle sozialstruktureller Effekte bestehen bleiben. Gerade bei individualistischen Vorstellungen scheint dieses zweite Kriterium einer *primären Ideologie* stärker erfüllt zu sein, allerdings ist die Zustimmung zu individualistischen Verteilungsprinzipien in der Alterssicherung auch in Westdeutschland vergleichsweise gering ausgeprägt und variiert idiosynkratisch in der Bevölkerung. Das zentrale Kriterium für eine *primäre Ideologie* ist mehrheitliche Zustimmung und die liegt bei individualistischen Vorstellungen auch in Westdeutschland nicht vor. Dieses Kriterium wird noch am besten von *Konservatismus* erfüllt, wenngleich auch hier einige sozioökonomische Unterschiede vorlie-

gen. Betrachtet man die Zustimmungswerten getrennt nach Regionen, dann wird deutlich, dass *Konservatismus* in Westdeutschland noch etwas weiter vor *Egalitarismus* liegt, während es in Ostdeutschland quasi keine Unterschiede in den Zustimmungswerten zu beiden Ideologien gibt (hier nicht berichtet). *Konservatismus* fungiert also im Westen als *primäre Ideologie*, während es im Osten keine *primäre Ideologie* in der hier vorliegenden Definition gibt, was man als eine Folge der noch nicht allzu lang zurückliegenden Systemtransformation werten kann. Die ideologische Struktur hat sich noch nicht vollständig auskristallisiert.

Der regionale Unterschied ist bei alterssicherungsbezogenem *Individualismus* nach Kontrolle sozioökonomischer Merkmale am stärksten ausgeprägt. D. h. Unterschiede im *Individualismus* im Kontext der Alterssicherung zwischen Ost- und West sind vor allem über die regimespezifische Sozialisation bzw. durch die Prägung in den beiden Regionen zu erklären. Eine wichtige Rolle mag hierbei dennoch spielen, dass Ostdeutsche weder zu Zeiten der ehemaligen DDR noch nach der Wende mehrheitlich dazu in der Lage waren, privat in nennenswertem Umfang vorzusorgen und dies in der ehemaligen DDR auch gar nicht vorgesehen war. Diese Erfahrung, und daraus resultierende Erwartungen, prägen die Menschen in den neuen Bundesländern offenbar auch heute noch, unabhängig von ihren mittlerweile verfügbaren Ressourcen. Interaktionen zwischen dem Erhebungsgebiet und dem Alter der Befragten, zeigen, dass die Alterseffekte in den beiden Regionen für Konservatismus, Egalitarismus und insbesondere Individualismus in entgegengesetzte Richtungen verlaufen und bestätigen damit die regimespezifische Sozialisation. Für Konservatismus und Egalitarismus verringern sich die Effekte unter Kontrolle der Einkommenssituation allerdings soweit, dass sie im Osten das Signifikanzniveau verfehlen.

Tabelle 23: Gerechtigkeitsideologien in der Alterssicherung und regimespezifische Sozialisation

	Konservatismus	Egalitarismus	Individualismus	Fatalismus
Alter	.01 (6.99)**	-.00 (2.86)**	.00 (2.84)**	-.00 (2.40)*
Frau	.02 (.50)	.01 (.44)	-.06 (2.01)*	-.04 (1.06)
Ost	-.03 (.26)	.18 (1.90)	.03 (.35)	.41 (3.14)**
Ost*Alter	-.00 (1.55)	.00 (.36)	-.01 (3.35)**	-.00 (1.83)
HH.-Einkommen	.00 (12.29)**	-.00 (15.50)**	.00 (5.28)**	-.00 (10.06)**
Konstante	-.67 (10.79)**	.48 (8.64)**	-.17 (3.04)**	.48 (6.35)**
Korr. R ²	.10	.13	.05	.06
N	2287	2287	2287	2287

* p < 0.05, ** p < 0.01; OLS-Schätzung; unstandardisierte Koeffizienten; ISJP 2006, eigene Berechnungen; abhängige Variablen basieren auf Faktor-Scores der Promax-Rotation

Diese insgesamt etwas widersprüchlichen Befunde können am besten so zusammengefasst werden: Für Deutschland insgesamt ist *Konservatismus* in der Altersvorsorge eine *primäre Ideologie*, die allerdings im Osten historisch bedingt nicht voll ausgebildet ist und im Westen stärker unter Älteren als unter Jüngeren Unterstützung findet. Die deutlichsten kulturellen Unterschiede zwischen Ost und West zeigen sich aber bei individualistischen Vorstellungen, also dem Ausmaß mit dem eine vorwiegend private Altersvorsorge bevorzugt wird. *Egalitarismus* in der Altersvorsorge ist dagegen eine *sekundäre Ideologie*, deren Präferenz sich insbesondere über die soziökonomische Position des Individuums erklären lässt. Die nach wie vor sehr hohen Zustimmungswerte für egalitaristische Positionen in der Alterssicherung im Osten verweisen darauf, dass es sich dabei in der ehemaligen DDR um die *primäre Ideologie* handelte.

10.3 Die Belohnungsgerechtigkeit der Renten

Gerechtigkeitsprinzipien befassen sich mit abstrakten Verteilungsprinzipien, Belohnungsgerechtigkeit dagegen mit konkreten Belohnungen. Die Beurteilung konkreter Belohnungen unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten wird hier als multidimensionales Optimierungsproblem aufgefasst, in dem vom Beobachter eine Vielzahl von Informationen berücksichtigt wird. Neben situativen Faktoren dürften dessen normative Dispositionen und ökonomischen Interessen solche Gerechtigkeitsurteile beeinflussen. Eine der zentralen Thesen dieser Arbeit ist, dass zur kognitiv effizienten Bewältigung solcher komplexen Urteile Heuristiken eingesetzt werden. Eine solche Heuristik, auf die viele empirische Gerechtigkeitstheorien verweisen, stellt die Orientierung am Status quo dar. Im nächsten Kapitel soll deshalb zunächst die tatsächliche Verteilung der Alterseinkommen in der Bevölkerung dargestellt und genauer hinsichtlich ihrer Determinanten untersucht werden. Diese sog. *tatsächliche Belohnungsfunktion* stellt die „objektive“ Seite der Ungleichheit in der Alterssicherung dar. Danach wird die subjektive Seite sozialer Ungleichheit in der Alterssicherung, also die individuelle Bewertung der Rentenhöhen unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten untersucht (sog. *gerechte Belohnungsfunktion*) und mit dem Status quo kontrastiert, um das Ausmaß der Status-quo-Orientierung abschätzen zu können.

Die Einsicht, dass sich Gerechtigkeitsüberzeugungen in erster Linie an realen Verhältnissen orientieren, ist nicht neu, wie weiter oben bereits dargelegt wurde. Die *Equity-Theorie*

postuliert zwar die Proportionalität von Aufwand und Ertrag als allgemeingültigen Gerechtigkeitsgrundsatz, muss aber, angesichts ihrer inhaltlichen „Unterbestimmtheit“, auf existierende Verteilungsarrangements zurückgreifen, wie George Homans formuliert:

„In the end, and always, the sense of injustice is invariably grounded on a defeat of expectations, and expectations in the long run are always grounded on what actually happens [...]” (1967: 67)

In ähnlicher Weise argumentieren Kahneman et al. (1986: 730): „[...] any stable state of affairs tends to become accepted eventually, at least in the sense that alternatives to it no longer readily come to mind.” Und auch die Forschung zu Just-World-Beliefs (Lerner 1975, 1980) und die *System-Legitimation-Theory* (Jost et al. 2004; Jost und Major 2001) behauptet, Menschen hätten ein grundsätzliches Bedürfnis zu glauben, die Welt sei ein gerechter Ort und Individuen bekämen im Allgemeinen das, was sie verdienten. Dieses Motiv führe dazu, dass die bestehende Ordnung sogar von Personen als gerecht akzeptiert werde, die vom Status quo tendenziell benachteiligt würden. Schließlich geht auch der Ansatz der *Status-Value-Theorie* (Berger et al. 1972) bei individuellen Gerechtigkeitsurteilen von einer Schlussfolgerung von Sein- auf Sollens-Aussagen aus. Danach wird in sozialen Vergleichsprozessen determiniert, was eine gerechte Belohnung (hier: eine gerechte Rente) für ein bestimmtes Individuum darstellt, wobei eine Person hinsichtlich statusbewerteter Dimensionen, wie etwa ihrer beruflichen Stellung, ihrer Bildung oder ihres Erwerbseinkommens eingeordnet wird. Die gerechte Rente für eine Person richtet sich dann danach, was im Allgemeinen für Personen des gleichen sozialen Status üblich ist.

Lässt man zunächst einmal die *Status-Value-Theorie* außen vor, dann sollten sich die in der Bevölkerung vertretenen Gerechtigkeitsüberzeugungen bezüglich der Alterssicherung weitgehend an der tatsächlichen Rentengesetzgebung orientieren. Der faktorielle Survey, der im Rahmen der ISJP-Erhebung von 2006 als schriftlicher Drop-Off durchgeführt wurde, ermöglicht eine Überprüfung dieser Hypothese. Dazu sollte man sich zunächst noch einmal vor Augen führen, dass die gesetzliche Altersvorsorge in typischer Weise das konservative deutsche Sozialstaatsmodell repräsentiert und in erster Linie die im Erwerbsleben erreichte Statusposition absichern bzw. erhalten soll. Dies wird als Prinzip der Teilhabeäquivalenz bezeichnet. Formal umgesetzt wird es in der Rentenformel, indem dort die relative Einkommensposition während der Erwerbsphase, also die Statuskomponente, und die Anzahl der Beitragsjahre, mit anderen Worten die Equitykomponente, in etwa gleich stark eingehen. Weitere Kriterien, wie generative Beiträge, also die Anzahl der Kinder, Bedürftigkeit oder das Ge-

schlecht der Rentner sind in der Rentengesetzgebung kaum oder gar nicht relevant und sollten von daher auch in den Augen der Befragten eine untergeordnete Rolle spielen. Einschränkend ist hinzuzufügen, dass nach Maßgabe der *Status-Value-Theorie* dem letzten Einkommen bzw. der individuellen Statusposition ein höheres Gewicht beizumessen wäre als dies in der tatsächlichen Rentengesetzgebung der Fall ist. Der nächste Abschnitt beginnt mit einer Analyse des Status quo der tatsächlichen Belohnungsfunktion, also der Determinanten von Rentenzahlungsbeträgen.

10.3.1 Die reflexive tatsächliche Belohnungsfunktion

Die im ISJP angegebenen Werte zu den monatlichen Nettozahlungsbeträgen aus der GRV sind in den erwarteten Größenordnungen. Männer bekommen im Durchschnitt höhere Renten als Frauen. Und während bei den Männern Westdeutsche fast um 250 Euro höhere Beträge erhalten als Ostdeutsche, gibt es bei den Frauen kaum Unterschiede. Hier sind die ostdeutschen Frauen in einer etwas besseren Situation.

Tabelle 24: Monatliche Nettozahlungsbeträge der eigenen gesetzlichen Renten im ISJP 2006

	Ost	West
Männer	987	1.252
Frauen	779	743

ISJP 2006, redressmentgewichtet; gesetzliche Rente netto; gekappt bei 2.250 Euro; Alter >49

Tiefergehende Einblicke über die Effekte einiger sozialstruktureller Merkmale auf die Rentenhöhe vermag eine Regressionsanalyse zu geben (Tabelle 25): Im Allgemeinen wirken sich Kinder negativ auf die Auszahlungsbeträge aus und zwar um etwa 62 Euro pro Kind. Berechnet man die Effekte getrennt für Männer und Frauen, so wird klar, dass diese Einbußen in erster Linie bei den Frauen anfallen, aber auch Männer verfügen über eine um 38 Euro niedrigere monatliche Rente, wenn sie eigene Kinder haben. Der Zusammenhang ist relativ stark (Beta = .14, M2). Es wird damit deutlich, dass die generativen Beiträge bei den Bestandsrentnern nicht einmal annähernd durch die vor 1992 anrechenbaren Zeiten in der GRV kompensiert werden.³²⁰

³²⁰ Die für Kinder seit 1992 verbesserten Anrechnungsmöglichkeiten werden bei dieser Gegenwartsbetrachtung noch nicht berücksichtigt, da die betroffenen Kohorten größtenteils noch nicht in Rente gegangen sind.

Tabelle 25: Reflexive tatsächliche Belohnungsfunktion

	M1	M2	M3
Alter (zentriert)	3.28 .05 (1.39)	6.01 .09 (2.73)**	5.83 .09 (2.72)**
Ost	-93.26 (2.78)**	-152.98 (4.75)**	-90.84 (.99)
Frau	-479.41 (15.35)**	-414.09 (13.49)**	-463.53 (8.45)**
Kinderanzahl	-62.24 -.18 (5.30)**	-48.59 -.14 (4.42)**	-38.02 -.11 (2.35)*
Witwe/r	94.74 (2.41)*	113.92 (3.10)**	121.72 (3.40)**
Frühere Selbständigkeit	-200.71 (3.89)**	-182.23 (3.80)**	-165.70 (3.55)**
Bildung (Casmin)		114.24 .30 (9.44)**	142.02 .37 (9.27)**
Nie erwerbstätig gewesen		-52.79 (.52)	-13.48 (.14)
Über Partner abgesichert		-161.30 (3.90)**	-131.43 (3.23)**
Ost*Bildung			-70.88 (3.02)**
Ost*Frau			318.64 (5.14)**
Frau*Kinderanzahl			-22.85 (1.06)
Konstante	1362.46 (39.96)**	973.20 (18.19)**	903.01 (13.29)**
Korr. R ²	.31	.41	.44
N	634	634	634

* p < 0.05, ** p < 0.01; OLS-Schätzung; unstandardisierte Koeffizienten, standardisierte Koeffizienten (Betas) bei metrischen Variablen in zweiter Zeile; eigene Berechnungen auf Basis des ISJP 2006; Abhängige Variable: Gesetzliche Renten gekappt bei 2250 Euro, Alter > 49; alle Rentenarten aus der GRV

Ansonsten ist erkennbar, dass Frauen in Westdeutschland eine um etwa 460 Euro geringere Rente erhalten, während die Geschlechterdiskrepanz mit etwa 150 Euro im Osten wesentlich geringer ausfällt. Auch der Bildungseffekt ist im Osten nur etwa halb so groß wie im Westen, was sicherlich mit der geringeren Einkommensungleichheit in der ehem. DDR zu tun hat. Die Renten sind dort also weniger stark nach Status differenziert. Als Kontrollvariablen wurden frühere Selbständigkeit und das Merkmal „verwitwet“ in das Modell aufgenommen. Es wird deutlich, dass Hinterbliebene eine um etwa 100 Euro höhere Rente beziehen, während die Anwartschaften ehemaliger Selbständiger aus der GRV wesentlich geringer ausfallen.

10.3.2 Die reflexive gerechte Belohnungsfunktion

In einem nächsten Analyseschritt wird die reflexive gerechte Belohnungsfunktion betrachtet und mit der tatsächlichen Belohnungsfunktion verglichen. Zunächst ist festzuhalten, dass ein beträchtlicher Teil der Befragten (ungefähr 50 Prozent) die eigenen Renten für gerecht oder sogar zu hoch hält, also mit dem Status quo durchaus eiverstanden ist. Allerdings sind dabei sehr große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen zu erkennen. In Ostdeutschland sind es weniger als 30 Prozent, die ihre Rente für gerecht, und etwa 71 Prozent, die sie für ungerecht zu niedrig halten.

Tabelle 26: Gerechtigkeitsbewertung der eigenen Renten

	Ost	West	Total
mehr als gerecht	2	4	3
gerecht	27	53	47
weniger als gerecht	54	37	40
viel weniger als gerecht	17	7	9
Total	100	100	100

ISJP 2006, Spaltenprozente, redressmentgewichtet

Vergleicht man nun die gerechte Belohnungsfunktion mit der tatsächlichen Belohnungsfunktion, dann ist erstaunlich, wie sich die Determinationsprozesse gleichen (vgl. Tabelle 27). Der markanteste Unterschied ist noch in den Konstanten zu finden. Die gerechte Rente für einen selbst, fällt im Schnitt etwa 240 Euro höher aus, als sie tatsächlich ist. Man kann dies als Ausdruck der generellen Motivation nach Selbstverbesserung interpretieren (Festinger 1954: 124f). Der andere signifikante Unterschied zwischen tatsächlicher und gerechter Belohnungsfunktion ist beim Effekt der regionalen Herkunft festzustellen. Hinsichtlich der präferierten gerechten Rente unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche nicht signifikant, d. h. Ostdeutsche wollen im Schnitt genauso hohe Renten wie Westdeutsche, während sie faktisch im Schnitt um 150 Euro geringere Renten beziehen. Ansonsten werden die durch die tatsächliche Belohnungsfunktion generierten Ungleichheiten weitgehend durch die gerechte Belohnungsfunktion reproduziert und damit legitimiert. Diesbezüglich ist insbesondere bemerkenswert, dass es sich dabei auch um askriptive, nicht durch Leistung gerechtfertigte Ungleichheiten handelt, die als legitim betrachtet werden, wie z. B. die um gut 400 Euro geringeren Renten der Frauen. Selbst wenn man Bildung konstant hält, spiegelt sich dieser Effekt in der gerechten Belohnungsfunktion wieder. Die niedrigeren Renten werden von Frauen als legitim empfunden, obwohl sie als Folge der geschlechtsspezifischen Segmentation des Arbeitsmarkts betrachtet werden müssen. Auch der pro Kind entstehende Verlust von etwa 50 Euro bei den Alterseinkommen wird hingenommen. Personen, die über ihren Partner abgesichert sind,

sprechen sich unter Berücksichtigung der generell höheren Werte in der gerechten Belohnungsfunktion sogar niedrigere Renten zu, als sie tatsächlich erhalten.³²¹ Es gibt also starke Anzeichen für psychologische Rationalisierungsprozesse bei den Befragten, die zwar alle mehr wollen, aber in ihren Ansprüchen trotzdem die bestehenden Verhältnisse weitgehend reproduzieren. Die Einzigen, die sich mit ihren vergleichsweise geringeren Renten nicht abfinden, sind die Ostdeutschen. Dieser Effekt sollte noch etwas genauer untersucht werden.

Tabelle 27: Vergleich der tatsächlichen mit der gerechten reflexiven Belohnungsfunktion

	A	C	$\beta(A)-\beta(C) = 0$ Chi ² -Test
Alter (zentriert)	6.01 (2.73)**	2.00 (.67)	*
Ost	-152.98 (4.75)**	-22.83 (.52)	**
Frau	-414.09 (13.49)**	-411.54 (9.86)**	
Kinderanzahl	-48.59 (4.42)**	-64.65 (4.25)**	
Witwe/r	113.92 (3.10)**	102.98 (2.06)*	
Frühere Selbständigkeit	-182.23 (3.80)**	-64.79 (1.00)	*
Bildung (Casmin)	114.24 (9.44)**	109.64 (6.71)**	
Nie erwerbstätig gewesen	-52.79 (.52)	-81.21 (.58)	
Über Partner abgesichert	-161.30 (3.90)**	-216.63 (3.89)**	
Konstante	973.20 (18.19)**	1209.56 (16.69)**	**
Korr. R ²	.41	.29	
N	634	602	

* p < 0.05, ** p < 0.01; OLS-Schätzung; unstandardisierte Koeffizienten; ISJP 2006, eigene Berechnungen

Analysiert man die gerechte Belohnungsfunktion genauer, dann wird deutlich, dass für die größeren Diskrepanzen zwischen tatsächlicher und gerechter Belohnungsfunktion vor allem die ostdeutschen Frauen verantwortlich sind, die für sich wesentlich höhere Renten einfordern (vgl. Tabelle 28). Dies ist bemerkenswert, weil gerade die ostdeutschen Frauen von den Rentenanpassungen nach der Wende profitieren konnten. Offensichtlich orientieren sich ostdeutsche Frauen aber stärker an den Renten der Männer als westdeutsche Frauen, was aufgrund

³²¹ Das gleiche Modell wurde auch mit den logarithmierten Rentenbeträgen geschätzt und weist deutlich höhere R²-Werte auf, kommt aber zu substanziell identischen Ergebnissen wie das hier aus Gründen der einfacheren Interpretation verwendete untransformierte Modell.

ihrer höheren Arbeitsmarktintegration in der ehem. DDR nahe liegt. Westdeutsche Frauen verfügen dagegen nicht über diesen existenziellen historischen Vergleichsmaßstab, orientieren sich an anderen westdeutschen Rentnerinnen und akzeptieren ihre geringen Renten deshalb.

Tabelle 28: Reflexive gerechte Belohnungsfunktion

	M1	M2	M3	M4
Alter zentriert	-.47 (.15)	2.00 (.67)	1.91 (.65)	-3.24 (1.43)
Ost	48.28 (1.10)	-22.83 (.52)	-155.89 (1.25)	-74.59 (.78)
Frau	-492.27 (11.97)**	-411.54 (9.86)**	-513.50 (6.73)**	-112.35 (1.81)
Kinderanzahl	-78.50 -.18 (4.97)**	-64.65 -.15 (4.25)**	-62.53 -.14 (2.67)**	-33.24 -.08 (1.84)
Witwe/r	86.78 (1.68)	102.98 (2.06)*	106.94 (2.17)*	4.49 (.12)
Frühere Selbst.	-82.98 (1.22)	-64.79 (1.00)	-50.16 (.78)	88.11 (1.77)
Bildung (Casmin)		109.64 .24 (6.71)**	117.04 .26 (5.57)**	-5.20 -.01 (.30)
Nie erwerbstätig gewesen		-81.21 (.58)	-55.22 (.40)	-32.64 (.31)
Über Partner abge- sichert		-216.63 (3.89)**	-176.01 (3.17)**	-59.77 (1.39)
Ost*Bildung			-23.07 (.72)	38.33 (1.54)
Ost*Frau			401.23 (4.74)**	120.32 (1.81)
Frau*Kinderanzahl			-11.35 (.37)	10.48 (.45)
Tatsächliche Rente				.85 .72 (20.16)**
Konstante	1578.01 (35.22)**	1209.56 (16.69)**	1233.94 (13.13)**	466.85 (5.71)**
Korr. R ²	.22	.29	.31	.59
N	602	602	602	602

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$; OLS-Schätzung; unstandardisierte Koeffizienten, standardisierte Koeffizienten (Betas) bei metrischen Variablen in zweiter Zeile; ISJP 2006, eigene Berechnungen

Führen wir in der gerechten Belohnungsfunktion als zusätzliche Determinante die tatsächliche Belohnung ein (M4), also die Rente, die die befragte Person faktisch erhält, dann bestätigt sich eindrücklich, wie sehr sich die Befragten am Status quo orientieren. Keiner der zuvor gefundenen Effekte erreicht noch das Signifikanzniveau, obwohl sich das R² nahezu verdoppelt. Drei Effekte liegen zwischen 5- und 10%-Niveau und man kann davon ausgehen, dass sie bei größerer Teststärke signifikant sein würden: Das ist der Geschlechtseffekt der Frauen

in Westdeutschland und der Effekt der Kinderanzahl. Beide sind negativ und zeugen daher von einem sehr niedrigen Anspruchsniveau. Frauen, bzw. Personen mit Kindern, „untererwarten“ sozusagen hinsichtlich der Rentenansprüche, die sie für sich für gerecht halten, was man als eine besonders ausgeprägte Form psychologischer Rationalisierung interpretieren kann. Der Geschlechtseffekt der ostdeutschen Frauen ist dagegen positiv und impliziert damit, dass ostdeutsche Frauen nicht mit den institutionellen Regelungen der GRV einverstanden sind. Ihre Gerechtigkeitserwartungen sind von ihrer DDR-Sozialisation geprägt, und werden bzw. wurden durch den nach wie vor geschlechtsspezifisch segmentierten Arbeitsmarkt nach der Wiedervereinigung nicht erfüllt.

10.3.3 Die nicht-reflexive tatsächliche Belohnungsfunktion

Da die im Rentenbestand vorliegenden Angaben zu den Rentenhöhen nicht sehr differenziert erfasst wurden – beispielsweise wurden keine Unterscheidungen nach der Rentenart vorgenommen – und auch keine Angaben zu den Beitragsjahren oder dem letzten Einkommen vorliegen, empfiehlt es sich, die tatsächliche Belohnungsfunktion noch einmal mit prozessproduzierten Daten der Rentenversicherung genauer zu rekonstruieren. Ziel ist dabei nicht, die Rentenformel empirisch nachzubilden, sondern herauszufinden wie sich soziale Ungleichkeitsdimensionen, wie Geschlecht, Einkommen oder regionale Herkunft, vermittelt über die Rentenformel, in tatsächlichen Belohnungshöhen niederschlagen, und mit welchen Faktoren Beitragsjahre und Einkommen, mit anderen Worten Equity und Status, in einem linearen Modell gewichtet werden.

Bei der Betrachtung der mittleren Zahlbeträge für Männer und Frauen in Ost- und Westdeutschland werden auch unmittelbar Abweichungen von den im ISJP 2006 vorgefundenen Ergebnissen sichtbar (Tabelle 29). Diese resultieren zum einen daraus, dass bei der Analyse des Rentenbestands nur Altersrenten ohne Erwerbsminderungs- oder Witwenrenten erfasst werden, zum anderen aus der sicherlich höheren Datenqualität der prozessproduzierten Daten der Rentenversicherung. Falsche Klassifikationen von Renten als gesetzliche Renten, die eigentlich aus anderen Quellen stammen, würden zumindest erklären, warum im Westen im Durchschnitt im ISJP um 200 Euro höhere Beträge genannt werden. Im Osten, wo es kaum andere Alterseinkünfte als aus der GRV gibt, tritt dieser Effekt nicht auf. Insgesamt sind die Angaben aus dem Rentenbestand auch plausibler, da ostdeutsche Frauen, aufgrund ihrer

durchschnittlich längeren Erwerbstätigkeit, über höhere Anwartschaften aus der GRV verfügen sollten als westdeutsche Frauen.

Tabelle 29: Monatliche Nettozahlbeträge im Rentenbestand 2005

	Ost	West
Männer	1.031	1.037
Frauen	701	466

Rentenbestand 2005, nur Altersrenten ohne Hinterbliebenenrenten

In einer multivariaten Analyse zeigt das erste Modell zum Rentenbestand 2005 zunächst die Determination der Rentenhöhe durch askriptive Merkmale wie Geschlecht, Geburtsjahr und Wohnort sowie die Kinderanzahl (vgl. Tabelle 30): Der Geschlechtseffekt und der Effekt der Kinder entspricht dabei weitgehend der Vorhersage aus dem ISJP-Modell. Der im ISJP in der tatsächlichen Belohnungsfunktion vorgefundene regionale Unterschied ist dagegen nicht vorhanden, was bestätigt, dass die westdeutschen Teilnehmer in der ISJP-Erhebung ihre Einkünfte aus der gesetzlichen Rente tendenziell überschätzen und nicht ausreichend von anderen Alterseinkünften abgrenzen.

Kontrolliert man nun nach der Anzahl der Beitragsjahre, wird der regionale Effekt deutlich größer, was darauf zurückzuführen ist, dass die Entgeltpunkte pro Beitragsjahr im Osten im Schnitt geringer ausfallen. Kontrolliert man zusätzlich nach der Einkommenssituation, verringert sich der Effekt wieder.³²² Auch der Geschlechtseffekt, also der Effekt des anderen askriptiven Merkmals, verringert sich dann deutlich. Die unterschiedlichen Rentenhöhen von Männern und Frauen sind also Kompositionseffekte, die auf die Unterschiede in den Beitragsjahren bei den Frauen und den Einkommenshöhen zwischen Ost und West zurückzuführen sind. Das gleiche gilt für den negativen Effekt der Kinderanzahl, der unter Kontrolle der Beitragsjahre nahezu vollständig verschwindet.

Die beiden zentralen Bestimmungsfaktoren der Rentenhöhe sind also die Beitragsjahre ($\text{Beta} = .62$) und die durchschnittliche Einkommenssituation ($\text{Beta} = .48$), die in den entsprechenden Beitragszeiten vorlag. Gemäß der Stichprobe des Rentenbestands führt danach jedes Beitragsjahr zu einer um etwa 21 Euro höheren monatlichen Rente; und ein um 100 Euro höheres Einkommen im Durchschnitt der Beitragsjahre, zu einer um etwa 54 Euro höheren monatlichen Rente (M3).

³²² Aufgrund der großen Fallzahl werden im Rentenbestand auch relativ kleine Unterschiede signifikant. Die Interpretation der Signifikanzniveaus ist deshalb wenig aussagekräftig.

Tabelle 30: Tatsächliche nicht-reflexive Belohnungsfunktion im Rentenbestand 2005

	M1	M2	M3	M4
Geburtsjahr (zentriert)	5.80 .06 (23.37)**	-3.38 -.03 (19.87)**	-5.86 -.06 (54.53)**	-4.75 -.05 (49.45)**
Alter bei Rentenbeginn (zentriert)	-17.95 -.17 (65.21)**	-9.84 -.09 (52.35)**	-12.90 -.12 (108.71)**	-12.87 -.12 (121.75)**
Ost	-8.75 (2.45)*	-99.72 (40.93)**	16.34 (10.43)**	39.05 (26.45)**
Frau	-443.17 (141.63)**	-235.75 (106.69)**	-42.11 (28.35)**	-20.57 (14.85)**
Kinderanzahl	-54.93 -.18 (52.40)**	4.86 .02 (6.63)**	7.34 .02 (15.91)**	-4.44 -.01 (9.62)**
Ost*Frau	186.12 (37.11)**	42.98 (12.56)**	13.22 (6.13)**	35.74 (15.24)**
Beitragsjahre		23.82 .71 (329.35)**	20.92 .62 (452.56)**	19.83 .59 (472.65)**
Einkommen (zentriert/100)			54.24 .48 (373.31)**	71.94 .64 (354.97)**
Frau*Einkommen				-26.31 (78.45)**
Ost*Einkommen				20.76 (56.56)**
Kinder*Einkommen				-5.47 (42.92)**
Konstante	1036.22 (587.59)**	201.09 (71.75)**	155.47 (87.84)**	146.54 (91.53)**
Korr. R ²	.45	.75	.90	.92
N	91716	91716	91716	91716

* p < 0.05, ** p < 0.01; OLS-Schätzung; unstandardisierte Koeffizienten, standardisierte Koeffizienten (Betas) bei metrischen Variablen in zweiter Zeile; Rentenbestand 2005, eigene Berechnungen; Abhängige Variable: nur Altersrenten; synthetische Einkommen berechnet aus durchschnittlichen Entgeltpunkten aus vollwertigen Beitragszeiten*monatliches durchschnittliches Jahresentgelt 2005 netto nach Steuern, Mittelwert = 1.324 Euro; Kinder < 1 EGP; Rentenzahlbetrag Mittelwert = 756 Euro; Std. = 426 Euro; Gini = .32; durchschnittliches Nettoersatzniveau nach Steuern = .57; durchschnittliches Nettoersatzniveau nach Steuern bei 45 Beitragsjahren & 45 EGP & Alter 65 = .74; Nettoersatzniveau nach Steuern mit Steuersätzen von 2005 und Sozialversicherungsbeiträgen in Höhe von 20,7 Prozent

10.3.4 Die nicht-reflexive gerechte Belohnungsfunktion

Nachdem im vorherigen Kapitel die nicht-reflexive *tatsächliche* Belohnungsfunktion näher bestimmt wurde, gilt es im nächsten Schritt, die nicht-reflexive *gerechte* Belohnungsfunktion zu rekonstruieren. Dazu wird das sog. Factorial-Survey-Design verwendet. Es ermöglicht die

experimentelle Variation situativer Stimuli im Rahmen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage.³²³

In der ISJP-Untersuchung beschrieben die Vignetten fiktive Rentenempfänger auf sechs Dimensionen: Dem Geschlecht, dem letzten monatlichen Nettoeinkommen, der Dauer ihrer Erwerbstätigkeit, der Anzahl der von ihnen großgezogenen Kinder, der Tatsache, ob von ihrer Rente auch noch ein Partner zu versorgen ist oder nicht und der Höhe der monatlichen Rente, die sie angeblich beziehen (vgl. S. 269 und Anhang, Tabelle 39). Daran anschließend sollten die Befragten auf der 11-stufigen Gerechtigkeitsbewertungsskala (J) angeben, ob sie den Rentenbetrag als gerecht bewerten, und wenn nicht, was aus ihrer Sicht ein gerechter monatlicher Rentenbetrag (C) für die beschriebene Person wäre. Aus Gründen der einfacheren Interpretation beziehen sich die nachfolgenden Analysen vor allem auf C und nicht auf die Gerechtigkeitsbewertung (J).³²⁴

Die Befragten sollten also *gerechte* Renten für fiktive Personen mit variierenden erwerbsbiografischen Merkmalen bestimmen. Im Gegensatz zu herkömmlichen Fragetechniken mussten mehrere Dimensionen (letztes Einkommen, Berufsjahre, Kinder usw.) in einem kognitiven Prozess gegeneinander abgewogen werden. So kann empirisch rekonstruiert werden, welche „Beiträge“ oder Inputfaktoren in der Bevölkerung als für die Rente relevant angesehen werden und wie diese zueinander ins Verhältnis gesetzt werden. Ob etwa Statuskriterien wichtiger sind als Equity-Überlegungen, ist dabei nicht nur aus einer gerechtigkeits-theoretischen Perspektive von Interesse, sondern auch von unmittelbarer politischer Relevanz. Denn die Rentenreformen der letzten Jahre – wie die „Rente mit 67“ – basieren vor allem auf der Idee der „Generational Equity“, also einer Ausweitung der Beitragszeiten angesichts steigender Lebenserwartung.³²⁵

Der faktorielle Survey bietet darüber hinaus viele weitere Analysemöglichkeiten, etwa hinsichtlich des Grades der Übereinstimmung zwischen den Befragten bei der Gewichtung dieser Kriterien, also der Frage des gesellschaftlichen Konsenses, oder der Höhe eines unkon-

³²³ Zentrale Ergebnisse dieses Kapitels wurden bereits veröffentlicht (Schrenker 2008, 2009).

³²⁴ Jasso (2006b: 212; 2007: 17; Jasso und Wegener 1997) schlägt vor, anstelle der direkten Messung von C, die sog. „wahre“ gerechte Belohnung (C*) auf Grundlage von J zu schätzen, da C nicht frei von Effekten der Sozialisation und sozialer Erwünschtheit sei. Für die hier interessierenden Fragestellungen ist es aber gerade interessant, solche Effekte zu untersuchen, weshalb die Analyse von C* kaum angezeigt wäre. Beide Spezifikationen wurden jedoch getestet. Es zeigte sich, dass C hinsichtlich der Vorhersagegüte C* überlegen ist. Die Verwendung von C* ist aus Sicht des Autors nur dann in Erwägung zu ziehen, wenn keine direkte Messung von C vorgenommen wurde und lediglich J erhoben wurde.

³²⁵ Auch die Berechnung versicherungsmathematischer Abschläge bei vorzeitigem Renteneintritt folgt diesem intergenerationalen Gerechtigkeitsmaßstab.

ditionalen Grundsicherungsniveaus. Stellen wir Dissens zwischen den Befragten bezüglich der Kriterien und des Grundsicherungsniveaus fest, ergibt sich zudem die Frage nach möglichen Ursachen dafür. Mit Hilfe von Mehrebenenmodellen kann geklärt werden, ob es sich dabei um zufällige oder um idiosynkratische Abweichungen handelt, oder ob unterschiedliche Gewichtungen eher durch das ökonomische Eigeninteresse der Befragten oder deren normative Überzeugungen erklärt werden können. Zudem kann Homans' Diktum, dass tatsächliche Gegebenheiten determinieren, was gerecht sei, einem direkten empirischen Test unterzogen werden.

Empirische Ergebnisse

Im Durchschnitt verfügten die in den Vignetten beschriebenen fiktiven Personen „per Design“ über „tatsächliche“ Renten in Höhe von 1.285 Euro; diese variierten mit einer Standardabweichung von etwa 1.000 Euro ($Gini = .37$). Zunächst soll die Frage geklärt werden, welche Renten die Befragten als gerecht einschätzten. In 28 Prozent der Vignetten wurden die vorgegeben Beträge als gerecht eingestuft, bei 45 Prozent wurden sie als zu niedrig betrachtet und bei 27 Prozent als zu hoch. Im Mittel wurde von den Befragten ein Betrag von 1.393 € als gerecht angegeben, mit einer Standardabweichung von 829 € ($Gini = .28$). Die Angaben fallen also durchaus differenziert aus, wobei eine deutlich gleichmäßigere Verteilung der „gerechten“ Renten vorgenommen wurde als bei den „tatsächlichen“ Renten vorlag. Die Befragten haben also mehrheitlich „umverteilt“. Laut Rentenbestand 2005 weisen die Rentenzahlbeträge der Altersrenten einen Gini von .32 auf, was relativ nah an der von den Befragten vorgenommenen Verteilung liegt.³²⁶

Die Variation der gerechten Renten lässt sich auf verschiedene Ebenen zurückführen. Sie kann verursacht sein durch: (1) situative Faktoren: d. h. die in den Vignetten beschriebenen Merkmale der Rentenempfänger, (2) methodische Artefakte: d. h. die spezifische Zusammenstellung und Reihenfolge der Vignetten in den einzelnen Decks oder (3) subjektive Gewichtungen: d. h. die unterschiedlichen Gerechtigkeitsstandards der Befragten. Mit Hilfe eines Random-Intercept-Modells (vgl. Tabelle 31: M1 RI; sog. Baseline-Modell oder Nullmodell) lassen sich die verschiedenen Varianzanteile quantifizieren. Etwa zwei Prozent der Gesamtva-

³²⁶ Die Urteile der Befragten basieren auf einem vergleichsweise homogenen Vignettenuniversum, da alle fiktiven Rentner wenigstens 10 Jahre gearbeitet haben. Bei größerer Varianz im Vignettenuniversum läge der Gini also möglicherweise noch näher an .32. Zugleich fällt die Verteilung aber ungleicher aus, als die OECD (2007b: 45) für die tatsächlichen Renten in Deutschland angibt ($Gini = .20$).

riation sind danach auf Deckeffekte zurückzuführen (Intraklassenkorrelation: $\rho = .024$), zehn Prozent der Variation auf unterschiedliche Gerechtigkeitsstandards der Befragten ($\rho = .104$). Die Restvariation kann potentiell durch Vignettenmerkmale erklärt werden. Bereits hier wird deutlich, dass es in erster Linie Merkmale der Empfänger- und nicht der Beobachter sind, die die Einschätzung gerechter Renten bestimmen.

Tabelle 31: Regression der gerechten Renten (C) auf Empfängermerkmale (nicht-reflexiv)

	M1 RI	M2 OLS	M2 RI	M3 OLS	M3 RI
Letzt. Einkommen		.22 (54.96)**	.22 (204.30)**	.22 (55.45)**	.22 (206.64)**
Berufsjahre		9.34 (40.96)**	9.35 (58.16)**	9.12 (40.29)**	9.13 (57.48)**
Frau				-35.12 (-7.00)**	-35.33 (-7.47)**
Kinderanzahl				28.62 (21.19)**	28.7 (20.76)**
Abh. Partner				159.07 (25.96)**	159.18 (34.19)**
Konstante	1393.92 (34.05)**	516.56 (46.00)**	515.81 (18.82)**	397.05 (33.65)**	396.25 (16.23)**
<i>Random Effects</i>					
Varianz(Decks)	16402 (21.24)**		6766 (18.74)**		4994 (17.78)**
Varianz(Befragte)	71397 (303.01)**		80979 (350.66)**		81371 (352.55)**
Varianz(Vignetten)	599422 (2343.71)**		348439 (2248.00)**		338826 (2243.07)**
R ² (Decks)			.59		.70
R ² (Vignetten)		.38	.42	.39	.43

N: Vignetten = 64739, Befragte = 2690, Decks = 10; * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$; unstandardisierte Koeffizienten; ISJP 2006, eigene Berechnungen; alle Koeffizienten in Euro; RI: Random-Intercept-Modelle basieren auf ML-Schätzern, absolute z-Werte in Klammern, R² nach Bryk und Raudenbush (1992); OLS: OLS-Modelle mit cluster-robust-VCE-Estimator, absolute t-Werte in Klammern, Befragte als Cluster, Deck-Effekte wurden mit Hilfe einer Deviation-Effekt-Codierung kontrolliert, Schätzer sind nicht dargestellt, unkorrigiertes R²; Unstandardisierte Koeffizienten, alle Koeffizienten in Euro

Die Vignettenmethode ermöglicht es nun, die Gewichte zu schätzen, die die Merkmale der Rentenempfänger bei der Bestimmung gerechter Renten (C) bekommen. Dazu wird die Höhe der gerechten Renten regressionsanalytisch auf die Vignettendimensionen zurückgeführt. Analyseeinheiten sind dementsprechend nicht die Befragten, sondern die einzelnen Vignetten. Da korrelierte Fehler für die einzelnen Befragten angenommen werden müssen, ist es erforderlich, entweder die Standardfehler unter Berücksichtigung der Cluster-Struktur robust zu schätzen oder im Rahmen eines Mehrebenenmodells zu berechnen (Hox et al. 1991). Hier kommen zunächst beide Verfahren zum Einsatz.

Wie Modell 2 zeigt, genügt eine sparsame Modellspezifikation mit dem letzten Einkommen und den Berufsjahren der fiktiven Rentner als Prädiktoren, um mehr als 38 Prozent der Varianz der „gerechten“ Renten aufzuklären. Das „letzte Einkommen“, als Statuskomponente³²⁷ ($\text{Beta} = .583$, $\text{Beta}^2 = .34$), stellt sich dabei als deutlich wichtiger heraus, als die Equitykomponente „Berufsjahre“ ($\text{Beta} = .16$, $\text{Beta}^2 = .03$). Unter der Annahme, dass alle *Beobachter/Befragten* die gleiche Konstante bzw. Grundrente präferieren, erhält man ein R^2 von .38 (OLS-Modell), was für eine hohe Übereinstimmung zwischen den Befragten hinsichtlich der Gewichtung dieser Kriterien und dem durchschnittlichen Rentenniveau spricht (sog. *Konsensmodell*). Ließe man unterschiedliche Rentenniveaus für die einzelnen Beobachter zu (d. h. befragtenspezifisch variable Konstanten), dann erhöht sich die Varianzaufklärung um lediglich 4 Prozentpunkte (siehe RI-Modell).

Modell 3 beinhaltet schließlich die restlichen Merkmale der Rentenempfänger. Der Effektkoeffizient der Konstante in Modell 3 kann als unkonditionale Grundrente in Höhe von 396 Euro interpretiert werden, die unter den Bedingungen keine Erwerbsbeteiligung, kein letztes Einkommen, keine Kinder, kein abhängiger Partner und männliches Geschlecht im Durchschnitt gewährt würde. Dieser Betrag ist erstaunlich nahe am Wert der tatsächlichen Grundsicherung im Alter (zumindest ohne Berücksichtigung des Wohnkostenzuschusses). Hinsichtlich der Höhe dieser „Mindestsicherung“ oder „Grundrente“ kann man weiterhin von einem großen Konsens ausgehen. Die Erklärungskraft des dritten Modells mit einem R^2 von .39 (OLS) ist als hoch einzustufen, aber nur unwesentlich besser als das sparsamere Modell 2. Auch ansonsten sind die Ergebnisse nahezu identisch. Die systematischen Unterschiede zwischen den Befragten bezüglich der Höhe der „Grundrente“ bleiben ebenfalls gering (siehe RI-Modell). Die Befragten beherzigen im Großen und Ganzen gemeinsam geteilte Gerechtigkeitsstandards.

Wie die Ergebnisse zeigen, soll sich die „gerechte“ Rente also vor allem nach dem letzten Einkommen richten. Im Vordergrund steht damit die Funktion der Statussicherung. Tausend Euro mehr oder weniger Einkommen ziehen im Durchschnitt 220 Euro Unterschied bei der

³²⁷ Hier wird unterstellt, dass das letzte Einkommen für die Befragten als Statusindikator fungiert. Formaljuristisch betrachtet spielt das letzte Einkommen in der Rentenformel natürlich keine Rolle. Eine direkte Operationalisierung der institutionell implementierten Statussicherungsfunktion über Entgeltpunkte erschien jedoch aufgrund forschungspraktischer Überlegungen im Feld nicht angebracht.

Rente nach sich.³²⁸ Der Einkommensgradient verläuft also flacher als in der tatsächlichen Belohnungsfunktion, was sicherlich damit zu tun hat, dass es dort kein Grundrentenniveau gibt. Der zweitwichtigste Faktor sind die Berufsjahre: 10 Jahre sollen sich in 91 Euro zusätzlicher monatlicher Rente auszahlen. Einer männlichen Person, die vierzig Berufsjahre vorweisen kann und zuletzt 2.000 Euro netto verdient hat, würden folglich etwa 396 Euro (Grundbetrag), plus 364 Euro für die Beitragsjahre, plus 440 Euro als Statusäquivalent zugestanden, insgesamt also rund 1.200 Euro pro Monat.³²⁹

Zumindest hinsichtlich der „Grundrente“ und der Priorität der Statussicherung verweist die Vignettenmethode auf eine starke Entsprechung zwischen individuellen Normen und faktischen Institutionen. Die Gewichtung der Berufsjahre in das Status-quo-Argument einzuordnen, ist dagegen schwieriger. In der Rentenformel kann ein halb so hohes Einkommen durch doppelt so viele Beitragsjahre kompensiert werden. Die Befragten halten dagegen das Kriterium Berufsjahre für deutlich unwichtiger als das letzte Einkommen, was dem Proportionalitäts- bzw. Beitragsäquivalenzprinzip tendenziell widerspricht.³³⁰ Equity-Konzeptionen von Gerechtigkeit, wie sie auch der Erhöhung des Renteneintrittsalters zugrunde liegen, werden offenbar in geringerem Ausmaß angewendet, als zunächst hätte vermutet werden können. Gleichwohl sind die Beitragsjahre das zweitwichtigste Kriterium. Die Ergebnisse bestätigen damit die *Status-Value-Theorie* und widersprechen tendenziell der *Equity-Theorie*.

Ein andere Diskrepanz zum Status-quo ergibt sich aus der Steilheit der Gradienten, die für das letzte Einkommen und die Berufsjahre als gerecht angesehen werden. Diese fallen für die Beitragsjahre und die Einkommenssicherung in der tatsächlichen Belohnungsfunktion gut doppelt so groß aus. Das heißt, die Befragten bevorzugen eine wesentlich geringere Einkommens- und Beitragsäquivalenz als sie in der Rentenformel praktisch vorliegt. Auch die Höhe der unkonditionalen Grundrente erscheint noch einmal in einem anderen Licht. Sie entspricht zwar der Grundsicherung und orientiert sich insofern am Status quo, aber in der faktischen

³²⁸ Die Koeffizientenschätzer sollten nicht „auf den Cent genau“ interpretiert werden, da sie von der Anzahl der Vignettendimensionen im Untersuchungsdesign beeinflusst werden (Auspurg et al. 2009b). Tendenziell nimmt die Größe des Effekts mit zunehmender Anzahl von Vignettendimensionen ab.

³²⁹ Gemäß der tatsächlichen Belohnungsfunktion läge der Rentenzahlbetrag für eine solche Person bei 1.357 Euro (Rentenzahlbetrag = -563 Euro + 40*21 Euro + 2000*.54 Euro), also gut 150 Euro höher, was auf die geringere Beitragsäquivalenz in der gerechten Belohnungsfunktion zurückzuführen ist.

³³⁰ Um das Modell einfach zu halten, wird an dieser Stelle auf die Modellierung eines Interaktionsterms zwischen Berufsjahren und letztem Einkommen in Anlehnung an die tatsächliche Rentenformel verzichtet. In Voruntersuchungen bestätigte sich allerdings auch in dieser Spezifikation die verhältnismäßig geringere Bedeutung der Berufsjahre. Zudem konnten signifikante Interaktionseffekte in der erwarteten Richtung nicht über die gesamte Spannweite der Berufsjahre nachgewiesen werden, so dass sich ein eher uneinheitliches Bild ergibt, welches den Berufsjahren gerade im oberen Bereich eine eher geringe Relevanz zuschreibt.

Rentenformel ist eine solche unkonditionale Grundrente nicht vorgesehen. Wer nur über kurze Erwerbstätigkeitsphasen verfügt, bekommt dort Renten, die unterhalb des Grundsicherungsniveaus liegen würden.

Wenig bedeutsam sind schließlich die Kriterien, „Kinderanzahl“, „Mitversorgung des Partners“ und „Geschlecht“. Diese erweisen sich als signifikant, bringen aber zusammen nur 1 Prozent zusätzlicher Varianzaufklärung. So wird Jedes Kind mit 29 Euro berücksichtigt: Generative Beiträge haben also ein relativ geringes Gewicht. Die GRV ist aus Sicht der Befragten offenbar nicht der geeignete Ort um Erziehungsleistungen zu kompensieren. Der gewährte Geldbetrag entspricht aber in etwa dem einen EGP, der auch in der tatsächlichen Rentengesetzgebung nach der alten Regelung zugestanden würde. Ein über die Rente mitzuversorgender Partner (als Proxy für eine besondere Bedarfslage), erhöht den Betrag um weitere 160 Euro. Dies ist zwar mehr als in der GRV, wo dieses Kriterium irrelevant ist, aber deutlich weniger als der entsprechende Regelsatz in der Grundsicherung. Schließlich entlarvt die Vignettenmethode eine signifikante Geschlechtsdiskriminierung: Frauen erhielten eine um 35 Euro geringere Rente als Männer, selbst wenn sie ansonsten mit den gleichen Merkmalen in den Vignetten beschrieben wurden.³³¹

Auch wenn einzelne Ergebnisse der Vignettenstudie bezüglich des Status-quo-Arguments Interpretationsspielraum lassen, kann insgesamt eine hohe Übereinstimmung zwischen allgemeinen Gerechtigkeitsstandards und den faktisch geltenden Regelungen in der GRV konstatiert werden.³³² Etwas widersprüchlich sind die Ergebnisse zur unkonditionalen Grundrente. Denn eine solche Grundrente ist in der GRV nicht vorgesehen. Es ist aber zu vermuten, dass sich die Befragten hier eher an der Grundsicherung im Alter orientieren und diese als unkonditionale Grundrente modifiziert sehen wollen. Die von den Befragten mit großer Übereinstimmung durchschnittlich gewählte Höhe entspricht dabei in etwa dem faktischen Grundsicherungsniveau. Ein solches „floor constraint“ weist Ähnlichkeiten zum von Frohlich und Oppenheimer (1992) vorgeschlagenen *Truncated Utilitarianism* auf, der ein kulturell variab-

³³¹ Eine genauere Analyse dieses Effekts zeigt, dass sowohl männliche als auch weibliche Befragte Männer bevorzugen. Frauen diskriminieren ihre Geschlechtsgenossinnen nur in minimal geringerem Ausmaß als Männer (Schrenker 2007). Es lassen sich im Übrigen durchaus Argumente für eine faktische strukturelle Benachteiligung der Frauen durch die GRV finden (Allmendinger 1990), so dass auch hier eine Anpassung an faktische Gegebenheiten als ursächlich anzunehmen ist.

³³² Das Vignettendesign bietet zur Überprüfung dieser Hypothese viele Möglichkeiten, die in der vorliegenden Studie nicht ausgeschöpft wurden. So könnten anstelle individueller Merkmale fiktiver Rentner institutionelle Merkmale direkt variiert werden, insbesondere die Höhe der Beitragssätze, das Rentenzugangsalter, durchschnittliche Erwerbseinkommen, durchschnittliche Renten, das typische Lohnersatzniveau, der Altenquotient oder die Inklusion von Beamten und Selbständigen.

les Mindestsicherungsniveau erfordert. Ansonsten gibt es insbesondere hinsichtlich der Statussicherungsfunktion und der weitgehenden Irrelevanz von Bedürftigkeit und generativen Beiträgen deutliche Entsprechungen zwischen faktischen institutionellen Regeln und Gerechtigkeitspräferenzen. Allein bei der Bedeutung der Beitragsjahre zeichnet sich eine größere Diskrepanz ab. Während gerade die Rentenreformen der letzten Jahre (dazu gehört auch die Einschränkung der abschlagsfreien Frühverrentungsmöglichkeiten) diese Equitykomponente tendenziell gestärkt haben, wird sie in der Bevölkerung als deutlich weniger wichtig betrachtet als gesetzlich vorgesehen. Neue Wege in der Rentenpolitik zu beschreiten, fällt vor diesem Hintergrund schwierig. Im Folgenden werden drei mögliche Mechanismen dieser Status-quo-Orientierung diskutiert und empirisch überprüft: *Ankereffekte*, *regimespezifische Sozialisation* und *Verlustaversion*.

Ankereffekte

Ohne Frage handelt es sich bei Gerechtigkeitsurteilen um schwierige mehrdimensionale Optimierungsprobleme. Der hier verfolgte Erklärungsansatz rekuriert auch darauf, dass Urteile über gerechte Renten, aufgrund der komplexen Materie und der begrenzten Informationsverarbeitungskapazität der Individuen, unmittelbar an bestehenden institutionellen Setzungen ausgerichtet sind, ohne dass dabei zweck- oder wertrationale Überlegungen zwingend eine Rolle spielen müssen. Auf diese Weise wird plausibel, warum bestehende Einzelregelungen als fair wahrgenommen werden, während insgesamt ein Gerechtigkeitsdefizit konstatiert wird.

In der vorliegenden Studie mussten fünf inhaltlich relevante Kriterien berücksichtigt werden. Bei derart komplexen Entscheidungsprozessen kommen häufig Heuristiken zum Einsatz. So ist vielfach empirisch belegt, wie leicht verfügbare, aber irrelevante quantitative Informationen die Urteile von Befragten verzerren (Jacowitz und Kahneman 1995; St Amand und Zamble 2001; Tversky und Kahneman 1974). Solche Ankereffekte sind insbesondere dann zu erwarten, wenn es sich um einen dem Zielobjekt aufgrund seiner Skalenidentität ähnlichen Stimulus handelt. Über die zugrunde liegenden psychologischen Mechanismen herrscht allerdings weniger Klarheit (vgl. Chapman und Johnson 1999; Strack und Mussweiler 1997; Wilson et al. 1996). Chapman und Johnsons (1999) Synthese geht davon aus, dass mit dem Anker (hier: der tatsächlichen Rente) konsistente Informationen, ähnlich wie beim Phänomen der „Overconfidence“ (Koriat et al. 1980), stärker aktiviert werden und damit größeres Gewicht im Entscheidungsfindungsprozess erlangen:

„As a result, anchors have their effect because decision makers consider reasons why their value for the target item is like the anchor, but show relative neglect for reasons why their value for the item is unlike the anchor.” (Chapman und Johnson 1999: 121)

Es handelt sich somit um einen Mechanismus kognitiver Dissonanzreduktion, wobei konsonante Elemente im Urteilsprozess höher gewichtet und dissonante Elemente geringer gewichtet werden. Ähnliche Effekte sind z. B. aus der Konsumentenpsychologie bekannt: Vom Preis eines Produkts wird auf dessen qualitative Beschaffenheit geschlossen. Laut Strack und Mussweiler (1997) führen extreme Anker zu einer Abschwächung des Ankereffekts, da die Information unmittelbar als unplausibel verworfen wird und somit nicht in die Entscheidungsfindung eingeht. In der vorliegenden Untersuchung würde etwa ab einer Rentenhöhe von 2.000 Euro, also ab einem Betrag, der unter geltendem Recht aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen unrealistisch ist, von einem extremen Anker auszugehen sein.

Mit Hilfe der ISJP-Vignettenstudie lässt sich erstmals anhand eines repräsentativen Bevölkerungsquerschnitts überprüfen, ob Ankereffekte Einfluss auf Gerechtigkeitsurteile ausüben. Ein Spezifikum des faktoriellen Surveys bestand darin, dass der Rentenbetrag (A), den der fiktive Rentenempfänger angeblich erhält, zufällig auf die Vignetten verteilt wurde. Der Stimulus A ist also so gewählt, dass nahezu kein Zusammenhang zwischen den Merkmalen der fiktiven Rentner und ihrer angeblichen Rente besteht.³³³ Damit kann Homans Annahme, tatsächliche Gegebenheiten würden Gerechtigkeitseinstellungen determinieren, einem direkten empirischen Test unterzogen werden (Jasso 2006b). Wenn „is becomes ought“ zutrifft, dann sollten die Befragten sich von dem fiktiven Rentenbetrag (A) beeinflussen lassen, während sie einen gerechten Rentenbetrag (C) angeben. Die Überprüfung dieses Zusammenhangs durch Jasso (2006b) an einer Studierendenstichprobe erbrachte jedoch ein negatives Ergebnis. Jasso betont daher die „observer independence of mind“: Die studentischen Befragten besaßen feste, in sich konsistente Überzeugungen und zeigten sich nicht beeinflussbar. Es stellt sich jedoch die Frage, ob dieser Befund von Jasso über diese spezielle Stichprobenpopulation hinaus generalisierbar ist – zumal in der Vergangenheit Ankereffekte für Gerechtigkeitsurteile bereits in Vignettenstudien nachgewiesen wurden (Markowsky 1988) und bekannt ist, dass

³³³ Vignetten mit besonders unrealistischen Merkmalskombinationen wurden aus dem Vignettenuniversum ausgeschlossen, was eine schwache Korrelation der Dimensionen A und „letztes Einkommen“ von .23 zur Folge hatte. Dies kann zu einer Konfundierung der Effekte führen, die bei der Betrachtung partieller Regressionsgewichte jedoch statistisch herausgerechnet wird. Der Effizienzverlust gegenüber einer vollständig unabhängigen Präsentation der Stimuli beträgt lediglich 9 Prozent, was angesichts der hohen Fallzahl vernachlässigbar ist. Stellt man einen substanziellen Zusammenhang zwischen A und den Urteilen der Befragten unter Kontrolle des letzten Einkommens fest, kann dies also nicht als methodisches Artefakt interpretiert werden.

diese bei gut informierten Personen schwächer ausfallen (Mussweiler und Strack 2000). Insofern wäre bei einem studentischen Sample ein Ausbleiben des Ankereffekts weniger überraschend.

Empirische Ergebnisse zum Ankereffekt

Überprüft wird der Ankereffekt, indem man die vorgegebenen Renteneinkommen (A) der fiktiven Rentner zur Vorhersage der von den Befragten gewählten gerechten Rente (C) heranzieht.³³⁴ Tatsächlich lässt sich, wie Modell 4 zeigt, ein deutlicher Effekt nachweisen (vgl. Tabelle 32). Veränderte sich der Rentenstimulus um 100 Euro, so hatte dies, ceteris paribus, eine Änderung der als gerecht empfundenen Rente um im Mittel 15 Euro zur Folge. Die Effekte der anderen Variablen bleiben weitgehend konstant.³³⁵ Auf der Ebene der Vignetten erhöht sich das R^2 um 5 Prozentpunkte auf 47 Prozent im Random-Intercept-Modell bzw. um 3 Prozentpunkte im OLS-Modell. Der Zusammenhang ($Beta = .18$) ist deutlich und bewegt sich etwa in der Größenordnung des Zusammenhangs zwischen Berufsjahren und gerechten Renten ($Beta = .16$). Auch die erklärte Varianz zwischen den Decks erhöht sich um 10 Prozentpunkte. Das heißt, in Decks in denen im Durchschnitt größere Stimuli verwendet wurden, vergaben die Befragten auch durchweg höhere Beträge für die gerechte Rente (C).

Die „tatsächlichen“ Renten, die die fiktiven Rentner erhalten, entpuppen sich damit als die zweitwichtigste Determinante des gerechten Rentenbetrags. Die Befragten halten also die in den Vignetten vorgegebenen, aber vollkommen willkürlichen Beträge tendenziell für gerecht. Man kann nun vermuten, dass die Befragten, solange die Vorgabe einigermaßen plausibel ist, einfach dabei bleiben und sich eine genauere Abwägung ersparen. Dafür, dass dies zum Teil der Fall ist, spricht die Reduktion des Ankereffekts von .15 auf .9, wenn man die direkt als gerecht bewerteten Vignetten aus der Analyse ausschließt (hier nicht dargestellt). Der auch unter diesen Bedingungen deutlich signifikante Effekt zeugt aber davon, dass sich bei von der Vorgabe abweichenden Urteilen ebenfalls eine Verzerrung in die vorgegebene Richtung ergibt.

³³⁴ Die tatsächlichen Rentenbeträge (A) wurden hierfür zentriert.

³³⁵ Der Effekt des letzten Einkommens ($Beta = .54$) schwächt sich minimal ab, was auf die designbedingte Multikollinearität mit A zurückzuführen ist.

Tabelle 32: Regression der gerechten Renten (C) auf Empfängermerkmale und tatsächliche Rente

	M4 OLS	M4 RI	M5 RI
Letzt. Einkommen	.21 (50.39)**	.21 (193.19)**	.30 (70.07)**
Letzt. Einkommen quadriert			-.00 (-23.95)**
Berufsjahre	9.36 (41.34)**	9.37 (60.97)**	9.13 (59.80)**
Frau	-35.91 (-7.35)**	-36.10 (-7.89)**	-15.18 (-3.31)**
Kinderanzahl	24.81 (18.53)**	24.88 (18.59)**	28.70 (21.51)**
Abh. Partner	165.04 (27.97)**	165.14 (36.66)**	157.81 (35.28)**
tat. Rente (A) zentriert	.15 (37.98)**	.15 (65.30)**	.20 (50.56)**
tat. Rente (A) quadriert			-.00 (-19.04)**
Konstante	435.17 (36.62)**	434.40 (21.11)**	349.08 (18.76)**
<i>Random Effects</i>			
Varianz(Decks)		3306 (16.32)**	2274 (14.89)**
Varianz(Befragte)		82367 (356.96)**	82566 (357.98)**
Varianz(Vignetten)		317049 (2231.37)**	311812 (2228.43)**
R ² (Decks)		.80	.86
R ² (Vignetten)	.42	.47	.48

N: Vignetten = 64739, Befragte = 2690, Decks = 10; * p < 0.05, ** p < 0.01; unstandardisierte Koeffizienten; ISJP 2006, eigene Berechnungen; alle Koeffizienten in Euro; RI: Random-Intercept-Modelle basieren auf ML-Schätzern, absolute z-Werte in Klammern, R² nach Bryk und Raudenbush (1992); OLS: OLS-Modelle mit cluster-robust-VCE-Estimator, absolute t-Werte in Klammern, Befragte als Cluster, Deck-Effekte wurden mit Hilfe einer Effekt-Codierung kontrolliert, Schätzer sind nicht dargestellt, unkorrigiertes R².

Um einen Ceiling-Effekt bei hohen Beträgen der „tatsächlichen Rente“ A zu überprüfen, wurde der Ankereffekt in Modell 5 als quadratischer Term spezifiziert. Diese Operationalisierung erweist sich ebenfalls als signifikant. Die Effektstärke nimmt mit größer werdenden Stimuli tendenziell ab. Ab einem Schwellenwert von etwa 2.000 Euro geht sie gegen 0. Dieser Schwellenwert scheint im Zusammenhang mit der gesetzlichen Rente von besonderer Bedeutung zu sein. Denn auch bei hohen Beträgen für das letzte Einkommen lässt sich ein nicht-linearer Verlauf des Zusammenhangs nachweisen (Abbildung 25). Die institutionelle Entsprechung zu diesem Effekt kann man in der durch die Beitragsbemessungsgrenzen gekappten, maximal erzielbaren Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung vermuten. Beide kurvilinearen Effekte sind jedoch eher schwach ausgeprägt und tragen nicht zu einer substantziellen

Verbesserung der Modellgüte bei. In weiteren Analysen wird aus Gründen der Sparsamkeit auf die quadratischen Terme verzichtet.

Abbildung 25: Bivariate Zusammenhänge zwischen C und A bzw. letztem Einkommen

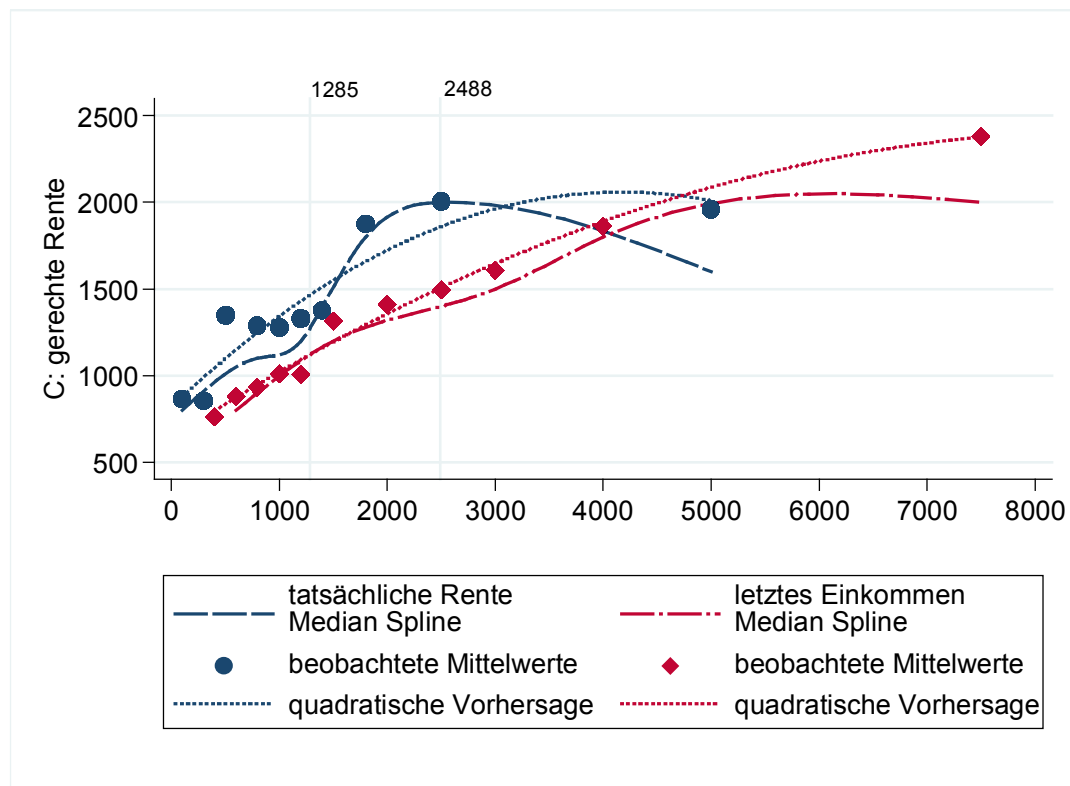


Tabelle 33: Beobachterspezifische Determinanten des Ankereffekts

Ost	Frau	ln(HH-Eink)	Bildung (mittel)	Bildung (hoch)	Alter	Alter ²	Konstante
.002	.000	-.008	-.014	-.023	-.003	.000	.312
(.36)	(.09)	(1.63)	(2.12)*	(3.37)**	(3.31)**	(3.44)**	(8.37)**

korrigiertes $R^2 = .21$; $N = 2082$; Minimum bei Alter: 48 Jahre; * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$; OLS-Schätzung; unstandardisierte Koeffizienten; ISJP 2006, eigene Berechnungen; Abhängige Variable: Empirical-Bayes-Prediction des befragten-spezifischen Effekts von A auf C; Unstandardisierte Koeffizienten, alle Koeffizienten in Euro; logarithmiertes bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen, Beträge der t-Werte in Klammern; Deck-Effekte wurden durch Deviation-Effekt-Kodierung kontrolliert, Schätzer sind nicht dargestellt

Abschließend soll geklärt werden, ob die Bildung der Befragten die Stärke des Ankereffekts moderiert. Dies könnte auf bestimmte kognitive Antezedensbedingungen des Ankereffekts verweisen. Hierzu wurde der Ankereffekt als variabel modelliert (Modell M4) und befragten-spezifische Empirical Bayes Predictions berechnet (Rabe-Hesketh und Skrondal 2005). Diese geben für jeden Befragten an, wie stark sie auf den Stimulus A reagieren. In einem OLS-Modell wurden sie auf verschiedene Befragtenmerkmale zurückgeführt (Tabelle 33). Auch wenn die Zusammenhänge als eher schwach einzustufen sind, lässt sich feststellen: Je höher die Bildung der Befragten, umso geringer fällt der Ankereffekt aus. Ferner reagieren Personen

mit Ende 40 am wenigsten auf den Anker. Möglicherweise sind Angehörige dieser Altersgruppe besonders gut mit dem Rentensystem vertraut und von daher weniger beeinflussbar.³³⁶

Der Nachweis des Ankereffekts zeigt, wie willkürlich entstandene institutionelle Vorgaben dazu geeignet sind, unsere Gerechtigkeitsvorstellungen entscheidend zu prägen. Kognitionspsychologisch ist dies ein sehr plausibles Ergebnis, da Individuen, sobald sie mit einem sozialen Phänomen (z. B. einem bestimmten Rentenniveau) konfrontiert werden, nach Möglichkeiten der Sinnkonstruktion suchen, um so Gefühle kognitiver Dissonanz (Festinger 1957) abzubauen (vgl. auch Hegtvedt 2006: 50). Der Anker steuert dabei selektive Aufmerksamkeitsprozesse (vgl. Strack und Mussweiler 1997): Die Befragten suchen nach Gründen, warum etwas gerecht ist und blenden andererseits Argumente bzw. Faktoren aus, warum etwas ungerecht ist. Der Status quo wird in der Folge als gerecht empfunden, weil er rationalisiert wird. Es liegt nahe, dass beliebige institutionelle Setzungen, wie etwa die Höhe der Sozialhilfe oder die Höhe der Renten, ähnliche Effekte auf die Gerechtigkeitserwartungen der Menschen zur Folge haben.

10.3.5 Verlustaversion und Status-quo-Orientierung

Gemäß der *Prospect-Theorie* (Kahneman und Tversky 1979) fungiert der Status quo als Wahrnehmungsanker in Vergleichsprozessen und prägt so die Erwartungen von Individuen. Negative Abweichungen von diesem Referenzpunkt, also Verluste, werden dabei stärker wahrgenommen und emotional intensiver erlebt als positive Abweichungen oder Gewinne. Dieses Phänomen wird als *Verlustaversion* bezeichnet. Es impliziert, dass Personen häufig einen gegebenen Zustand präferieren, auch wenn es im ökonomischen Sinn gleichwertige oder bessere Alternativen gibt.³³⁷ Die Rede ist daher auch von *Status-quo-Bias* (Samuelson und Zeckhauser 1988) und „*Endowment-Effects*“ (Thaler 1999).

Auch die *Psychophysik der Gerechtigkeit* (Jasso 1978¹⁴¹⁵; Jasso und Wegener 1997) geht von einer unterschiedlichen emotionalen Valenz von Gewinnen und Verlusten aus. Danach kann das Ausmaß der vom Individuum empfundenen Ungerechtigkeit (J) als logarithmiertes Verhältnis von tatsächlicher Belohnung (A) und einem normativen Zielobjekt, der gerechten

³³⁶ Boeri et al. (2001: 24) bestätigen in ihrer Analyse eine bessere Informiertheit Älterer bezüglich institutioneller Regelungen der Alterssicherung.

³³⁷ „[...] [T]he disutility of giving up an object is greater than the utility associated with acquiring it.” (Kahneman et al. 1991: 193).

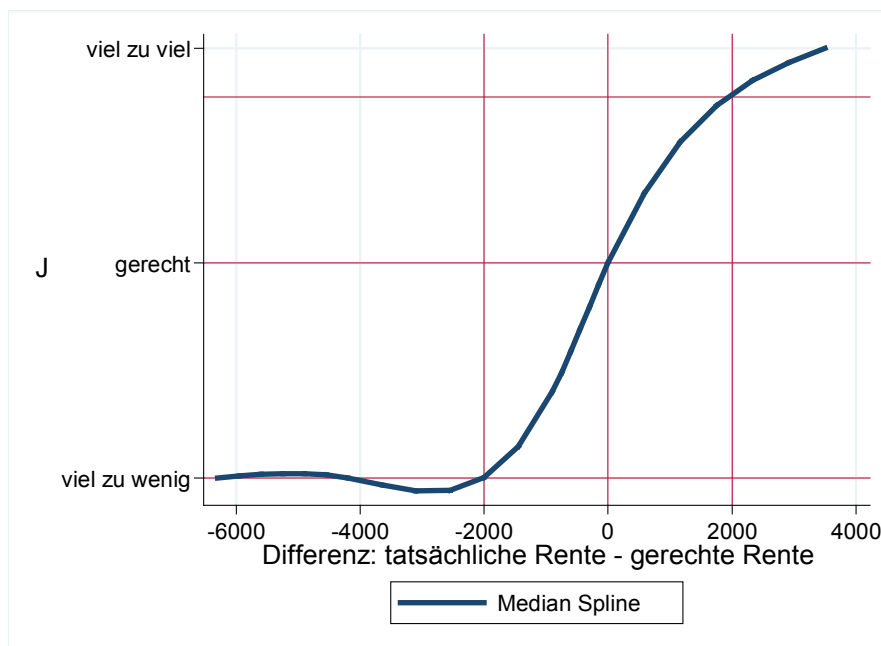
Belohnung (C), dargestellt werden (Jasso 1980; Jasso und Wegener 1997). Wobei C , wie im vorherigen Abschnitt zu sehen war, wiederum eine Funktion von A und weiteren Faktoren X ist.

$$J = \theta \ln\left(\frac{A}{C}\right) \quad \rightarrow \quad \left| J_{(A=C-k)} \right| > J_{(A=C+k)}$$

wobei J = Gerechtigkeitsbewertung, A = tatsächliche Belohnung, C = gerechte Belohnung, θ = Expressivitätskoeffizient, k = eine positive Konstante

Der Logarithmus drückt mathematisch aus, dass eine Unterbelohnung bzw. ein Mangel ($A = C - k$) intensiver erlebt wird als eine Überbelohnung ($A = C + k$). Diese Funktionsbeziehung ist empirisch gut bestätigt (Jasso 1978, 1980, 1994, 2006b). Geschätzt mit befragtenspezifischen Expressivitätskoeffizienten θ_i weist sie für die Gerechtigkeitsbewertung der Renten ein R^2 von .77 auf. Bei äquivalenter Gewichtung von Über- und Unterbelohnung in einem linearen Modell, etwa durch Spezifikation von $J = \theta(A - C)$, ließe sich dagegen lediglich ein R^2 von .71 realisieren.

Abbildung 26: Verlustaversion am Beispiel der Gerechtigkeitsbewertung der Renten



Die geringere emotionale Valenz von Überbelohnungen, die in Abbildung 26 durch den flacheren Verlauf der Kurve im positiven Bereich deutlich wird, kann erklären, warum Erwerbstätige die derzeitigen Renten selten als ungerecht zu hoch ansehen, während sie sich durchaus unverhältnismäßig durch die Beitragszahlungen belastet fühlen. Legt man eine Equity-Konzeption zugrunde, dann können unter den gegebenen Bedingungen im Rahmen des bestehenden Rentensystems niedrigere oder konstante Beitragssätze nur um den Preis eines gerin-

geren Rentenniveaus erreicht werden. In der ISJP-Erhebung schätzten dagegen nur insgesamt 7 Prozent die derzeitigen Renten als zu hoch ein; aber selbst unter denen, die auch die Beiträge für zu hoch halten (46 Prozent), steigt dieser Anteil auf lediglich 9 Prozent (vgl. Tabelle 18, S. 279). Der Zielkonflikt zwischen niedrigen Beitragssätzen und hohen Renten wird nur von einer verschwindend kleinen Minderheit (5 Prozent) anerkannt. Anders als in den Generational-Equity-Konzepten wird in der Bevölkerung keine direkte Kopplung der Einnahme- und Ausgabeseite vorgenommen.

Ganz im Gegenteil, bezüglich der Rentenpolitik dominiert eine zweifache Verlustwahrnehmung. Hierfür mag auch entscheidend sein, dass individuelle Belastungen und Entlastungen unterschiedlich sichtbar sind, wie die *Prospect-Theory* nahelegt: „In violation of normative standards, [people] are more sensitive to out-of-pocket costs than to opportunity costs and more sensitive to losses than to foregone gains.” (Kahneman et al. 1986: 731). Durch die Rentenreformen sind für die Jüngeren im Vergleich zum Status quo ante – wegen der längeren Lebensarbeitszeit und des niedrigeren Rentenniveaus – direkte Belastungen zu konstatieren. Zugleich kommt es indirekt zu Entlastungen durch die Dämpfung des Beitragssatzanstiegs. Dieser Reformgewinn ist es, der die Maßnahmen aus Sicht der wissenschaftlichen Politikberatung rechtfertigt. Die Entlastung offenbart sich für die Beitragszahler aber lediglich im Vergleich zu einem makroökonomischen Referenzszenario, welches bei Fortschreibung des Status quo ante steigende Beiträge und ein noch niedrigeres Rentenniveau prognostiziert, als unter Reformbedingungen zu erwarten wäre. Wie bereits zu sehen war, werden die Beitragsbelastungen aber stärker ignoriert als ein zu niedriges Rentenniveau. So ist der Anteil derjenigen, die niedrigere Beitragssätze wünschen (46 Prozent), kleiner als der Anteil der Personen, die höhere Renten befürworten (54 Prozent) und zwar selbst in der jüngsten Altersgruppe.

Tabelle 34 macht ferner deutlich, dass Ungerechtigkeitsgefühle in der Alterssicherung nur auf einer generellen Ebene stark altersabhängig sind, während sie bei der Bewertung konkreter einzelner Regelungen nur noch schwach auftreten. Dieser Befund widerspricht der *Dominant-Ideology-Hypothese*, wonach auf einer abstrakten Ebene mit Normkonsens zu rechnen ist, während in konkreten Verteilungssituationen zunehmend Eigeninteresse eine Rolle spielt. Empirisch zeigt sich eher das Gegenteil. Es scheint so zu sein, dass sich generationenegoistische Interessen leichter auf einer abstrakten Ebene artikulieren lassen als bei komplexen Einzelregelungen.

Tabelle 34: Einstellungen zur Generationengerechtigkeit nach Altersgruppen

	Total	17-34	35-59	60-88	(df)Chi ²
Unser Rentensystem ist ungerecht gegenüber der jüngeren Generation	70	77	74	56	(2)123.59**
Die Jüngeren werden die Renten der Älteren nicht mehr bezahlen können	83	84	86	78	(2)21.03**
Es ist ungerecht, wenn die Jüngeren später einmal weniger Rente erhalten als die heutigen Rentner	76	80	74	74	(2)15.3**
Renten zu hoch	7	8	9	3	(4)29.99**
Renten gerecht	39	37	39	41	
Renten zu niedrig	54	55	52	56	
Beiträge zu hoch	46	53	49	36	(4)77.92**
Beiträge gerecht	44	37	41	57	
Beiträge zu niedrig	9	9	11	8	
Jeder Einzelne sollte stärker privat für das Alter vorsorgen	80	79	80	80	(2)0.07
Die Renten sollten auf keinen Fall gekürzt werden, auch wenn der Staat dadurch mehr Schulden machen muss	60	57	70	61	(2)22.94**
Das Rentenalter sollte weiter angehoben werden	9	10	8	10	(2)2.58
Total		26	45	28	

ISJP 2006; eigene Berechnungen; Zustimmung in Prozent; ** p < 0.01

Direkte Verluste sind also sichtbarer und werden intensiver erlebt, für potenzielle Gewinne gilt das Gegenteil.³³⁸ In letzter Konsequenz bedeutet *Verlustaversion*, dass das wahrgenommene Gerechtigkeitsdefizit gegenüber den Jüngeren in erster Linie auf die für die Zukunft antizipierten Einschnitte auf der Ausgabenseite zurückzuführen ist – und weniger auf die Höhe der Beitragssätze. Ein Verständnis der Austauschbeziehungen zwischen Jung und Alt nach dem Motto: was die Jungen zukünftig zu wenig haben (Unterbelohnung), haben die Alten von heute zu viel (Überbelohnung), ist dagegen kaum zu erwarten. Die gefühlte Benachteiligung

³³⁸ Um welchen Faktor Gewinne Verluste übersteigen müssten, um den Effekt der *Verlustaversion* zu neutralisieren ist unklar, wobei die *Prospect-Theory* behauptet, dass die emotionale Valenz von Verlusten das etwa zweifache der emotionalen Valenz von Gewinnen betrage (Kahneman et al. 1991: 196).

der Jüngeren sollte deshalb in erster Linie mit dem zukünftig erwarteten Rentenniveau und weniger mit der Wahrnehmung der heutigen Beitragssätze zusammen hängen.

Eine Regressionsanalyse bestätigt dies (Beta = .13; siehe Tabelle 35). Die Finanzierungsprobleme der GRV werden zwar durchaus antizipiert (Beta = .12), die Höhe der derzeitigen Beitragssätze (Beta = .07) ist jedoch vergleichsweise unbedeutend und die Höhe der derzeitigen Renten sogar nicht signifikant. Es ist also weniger die Form der institutionalisierten Austauschbeziehungen zwischen Jung und Alt als der antizipierte Verlust der Statussicherungsfunktion der GRV, der Ungerechtigkeitsgefühle erzeugt. Zudem fallen die Korrelationen insgesamt schwach aus, was dafür spricht, dass die Befragten kaum systemische Zusammenhänge zwischen Beitragshöhe, Rentenhöhe und Generationengerechtigkeit sehen. Equity-Konzeptionen von Gerechtigkeit stoßen in der öffentlichen Wahrnehmung deshalb auf wenig Widerhall.

Tabelle 35: Das Rentensystem ist ungerecht gegenüber der jüngeren Generation

	b	Beta	t-Wert
Frau	.02		(.30)
Ost	-.11		(1.88)
Alter	-.01	-.20	(7.64)**
Haushaltsäquivalenzeinkommen	.00	.01	(.37)
Bildung (mittel)	.11		(1.75)
Bildung (hoch)	.03		(.48)
Kinderanzahl	.04	.04	(1.77)
Es ist ungerecht, wenn die Jüngeren später einmal weniger Rente erhalten als die heutigen Rentner (1 = „lehne ganz ab“ bis 5 = „stimme voll zu“)	.13	.13	(5.65)**
Die Jüngeren werden die Renten der Älteren nicht mehr bezahlen können (1 = „sehr unwahrscheinlich“ bis 5 = „sehr wahrscheinlich“)	.14	.12	(5.63)**
(J) Renten (-5 = „sehr viel zu niedrig“ bis +5 = „sehr viel zu hoch“)	-.02	-.03	(1.14)
(J) Beiträge (-5 = „sehr viel zu niedrig“ bis +5 = „sehr viel zu hoch“)	.05	.07	(3.31)**
Konstante	3.23		(19.15)**
Korr. R ²	.09		
N	1954		

* p < 0.05, ** p < 0.01; OLS-Schätzung; unstandardisierte und standardisierte Koeffizienten, absolute t-Werte in Klammern; ISJP 2006, eigene Berechnungen; Abhängige Variable: 1 = „lehne ganz ab“ bis 5 = „stimme voll zu“; Spezifikation als Ordered-Logit erbringt substanziell identische Ergebnisse

Regimespezifische Sozialisation

Nicht nur wahrnehmungspsychologische, sondern auch lerntheoretische Argumente sprechen dafür, dass sich Individuen bei Gerechtigkeitsurteilen an institutionellen Vorgaben orientieren. Personen, die in unterschiedlichen Sicherungssystemen sozialisiert wurden, sollten die dort jeweils vorherrschenden Verteilungsnormen internalisiert haben. Demgemäß sollten sich

Ostdeutsche stärker an den institutionellen Gegebenheiten des früheren DDR-Rentensystems orientieren. D. h., sie sollten Präferenzen für ein eher egalitaristisches Rentensystem aufweisen und eine höhere universelle Grundrente sowie eine geringere Abhängigkeit der Renten von der früheren Einkommensposition, also eine geringere Einkommensäquivalenz, befürworten. Diese regional divergierenden Präferenzen sollten auch unter Kontrolle der sozioökonomischen Lage der Befragten bestehen bleiben, da ansonsten die ökonomischen Unterschiede zwischen Ost- und West als plausible Alternativerklärung angeführt werden müssen.

Insgesamt werden im Folgenden drei Ansätze zur Erklärung der sog. Mikroprinzipien der Gerechtigkeit, also der beobachterspezifischen Variation bei der Vergabe gerechter Renten, berücksichtigt: Als erste Erklärungsmöglichkeit werden, wie eben erwähnt, unterschiedliche unbewusste Verteilungspräferenzen in Ost- und Westdeutschland angenommen, die auch unabhängig von ökonomischen Interessen und normativen Dispositionen bestehen können. Ursächlich hierfür sind Gewöhnungseffekte, die sich historisch aus den unterschiedlichen Sozialsystemen ergeben haben. Allerdings kann nur von einem Sozialisationseffekt gesprochen werden, wenn die unterschiedlichen Präferenzen unter Kontrolle der sozioökonomischen Lage der Befragten bestehen bleiben. Der zweite Ansatz basiert dementsprechend auf dem Eigeninteresse der Befragten: Es wird angenommen, die Beobachter bevorzugen Rentenempfänger, die mit ähnlichen Merkmalen ausgestattet sind wie sie selbst (Homophilie). Dies soll beispielhaft anhand der Einkommenssituation überprüft werden. Befragte mit hohem Haushaltseinkommen sollten also Rentenempfänger begünstigen, die während ihrer Erwerbsphase ebenfalls über ein hohes Einkommen verfügten. Als dritte Erklärungsmöglichkeit dienen normative Dispositionen: Es wird angenommen, die Befragten folgen bei der Vergabe der gerechten Renten bestimmten Verteilungsideologien. Der dritte Ansatz unterfüttert die ersten beiden Hypothesen inhaltlich und unterstellt, dass bei den regionalen Unterschieden spezifische Formen der Wert- bzw. Zweckrationalität zugrunde liegen. Wie weiter oben gezeigt wurde, kann man davon ausgehen, dass die Präferenzen für unterschiedliche Verteilungsideologien von ökonomischen Interessen und Sozialisationsbedingungen mitbestimmt werden (vgl. S. 292ff). Stellen wir jedoch fest, dass die regionalen Unterschiede bei der Verteilung gerechter Rentenbeträge selbst nach Kontrolle der ideologischen Dispositionen bestehen bleiben, dann würde es sich dabei um eine unbewusste regimespezifische Prägung handeln.

Um diese Hypothesen zu überprüfen, wurde mit den Vignettendaten ein Random-Coefficients-Modell geschätzt. Aus Gründen der Sparsamkeit wurde neben der Konstante nur die Gewichtung des letzten Einkommens als über die Befragten variabel spezifiziert. Dem

liegt die Annahme zugrunde, dass das Ausmaß der Einkommensabhängigkeit der Rente und die Höhe der Grundrente die beiden zentralen Mikroprinzipien sind, die die Gestalt des Rentensystems bestimmen. Diese beiden Faktoren determinieren in welchem Ausmaß die beiden Hauptziele von Alterssicherungssystemen – die Bekämpfung von Altersarmut und die Lebensstandardsicherung – gewichtet werden. Eine höhere Grundsicherung und ein weniger steiler Einkommensgradient würden folglich einem egalitäreren Rentensystem entsprechen, ähnlich dem der ehemaligen DDR.³³⁹ Als Determinanten werden dann sukzessive die regionale Herkunft der Beobachter, deren Einkommenssituation und deren normative Dispositionen eingeführt. Letztere werden über die alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien *Egalitarismus* und *Konservatismus* operationalisiert (vgl. S. 272). Konservative befürworten die Verteilung von Gütern nach Statuskriterien und sollten dementsprechend das letzte Einkommen höher gewichten und ein niedrigeres Grundrentenniveau ansetzen. Egalitaristen plädieren für Gleichverteilung bzw. Umverteilung und sollten das letzte Einkommen geringer gewichten und ein höheres Grundrentenniveau ansetzen.

Ergebnisse: Regionale Effekte bei der Verteilung gerechter Renten

Wenn wir nun befragtenspezifische Steigungskoeffizienten für das letzte Einkommen zulassen, verbessert sich die Modellgüte substantiell. Die LogLikelihood von -373607 ist deutlich höher, als die LogLikelihood von -504547 für das Vergleichsmodell ohne variable Einkommensgradienten (Modell nicht dargestellt).³⁴⁰ Es gibt also trotz großer Übereinstimmung noch beträchtliche befragtenspezifische Idiosynkrasien hinsichtlich der Statusabhängigkeit der Renten – wie auch in weitaus geringerem Umfang hinsichtlich der Grundrenten. Diese befragtenspezifische Variation wird im nächsten Schritt auf die sozioökonomische Lage und die regionale Herkunft der Befragten zurückgeführt.

³³⁹ Wobei das DDR Rentensystem durch einen Egalitarismus auf äußerst niedrigem Niveau gekennzeichnet war (Sachverständigenrat 2005: 374; Schmidt 2004).

³⁴⁰ Die Berechnung von R^2 für RC-Modelle ist streng genommen nicht zulässig, kann aber trotzdem als grobe Richtschnur für den Vergleich zwischen Random-Coefficient- und Random-Intercept-Modell dienen. Zusätzlich können die LogLikelihoods und das Maddala-Pseudo- R^2 herangezogen werden. Im Vergleich zum RI-Modell ohne befragtenspezifischen Einkommenseffekt verbessert sich das Bryk-und-Raudenbush- R^2 um 28 Prozentpunkte auf 75 Prozent auf Ebene der Vignetten; das auf der LogLikelihood basierende Maddala R^2 gibt eine Verbesserung um 25 Prozentpunkte an. Für den Vergleich der RC-Modelle untereinander sollten dagegen vor allem die Signifikanzen der Koeffizienten betrachtet werden.

Tabelle 36: Beobachterspezifische Determinanten der nicht-reflexiven gerechten Renten

	M4	M5	M6	M7
<i>Empfängermerkmale:</i>				
letztes Einkommen/100	20 (14.17)**	21 (15.55)**	17 (10.93)**	8 (11.80)**
Konstante ("Grundrente")	466 (23.45)**	439 (22.02)**	509 (21.08)**	475 (19.32)**
<i>Befragtenmerkmale:</i>				
<i>Effekte auf die Konstante</i>				
Ostdeutschland		106 (6.54)**	90 (5.50)**	72 (4.49)**
Haushaltseink./1000			-50 (5.24)**	-19 (2.14)*
Egalitarismus				101 (8.68)**
Konservatismus				-12 (.79)
<i>Effekte auf $\beta_{\text{letztes Einkommen}/100}$</i>				
Ostdeutschland		-6 (7.36)**	-5 (6.08)**	-4 (5.12)**
Haushaltseink./1000			3 (6.80)**	2 (3.80)**
Egalitarismus				-6 (9.58)**
Konservatismus				2 (3.54)**
<i>Random Effects</i>				
<i>Befragte:</i>				
Varianz(β_i ; letztes Einkommen)	.0240	.0233	.0228	.0214
Varianz(ζ_i ; beobachterspezifische Konstante)	87094	85039	83705	77551
<i>Vignetten:</i>				
Varianz(ε_{div})	135901	135913	135917	135949
<i>Erklärter Varianzanteil:</i>				
β_i ; letztes Einkommen	.07	.09	.11	.17
ζ_i ; beobachterspezifische Konstante	.03	.06	.07	.14
R ² (Vignetten)	.73	.73	.73	.73
Log Likelihood	-358757	-358712	-358678	-358559

N: Vignetten = 48158; Befragte = 1998; Decks = 10; rho(Decks) = .029, rho(Befragte) = 0.097

* p < 0.05, ** p < 0.01; Maximum-Likelihood Schätzer, unstandardisierte Koeffizienten in Euro, z-Statistiken in Klammern; ISJP 2006, eigene Berechnungen; Bryk-and-Raudenbush-R²; alle Likelihood-Ratio-Tests signifikant bei 1 Prozent; Schätzer für Empfängermerkmale Frau, Berufsjahre, Kinderanzahl, mitzuversorgender Partner, tatsächliche Rente sowie deckspezifische Varianzkomponenten nicht dargestellt;

Wie Modell 5 (Tabelle 36) zeigt, befürworten Ostdeutsche eine um 106 Euro höhere Grundrente und auch ihr Gradient für das letzte Einkommen verläuft wesentlich flacher. Es wird von ihnen also eine egalitäre Verteilung der gerechten Renten vorgenommen. Während sich 1.000 Euro im Westen in 210 Euro mehr Rente auszahlen soll, werden im Osten lediglich 150 Euro als fair betrachtet. Wird nach dem Haushaltseinkommen der Befragten kontrolliert, dann

verringern sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen tatsächlich. Wie Modell 6 deutlich macht, beeinflusst die Einkommenssituation einer Befragungsperson den bevorzugten Einkommensgradienten in der Rentenversicherung und die bevorzugte unbedingte Grundrente.³⁴¹ Verfügt eine Person etwa über ein um 1.000 Euro höheres bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen, gibt sie im Durchschnitt eine um 50 Euro niedrigere Grundrente als gerecht an. Die unterschiedlichen sozialpolitischen Präferenzen in Ost und West sind aber nur zu einem kleinen Teil auf die geringeren Einkommen in Ostdeutschland und damit auf divergierende ökonomische Interessenlagen zurückzuführen. Auch unter Kontrolle der wirtschaftlichen Lage fällt die als gerecht empfundene Grundrente im Osten noch um 90 Euro höher aus und auch der Unterschied von 60 Euro in den Einkommensgradienten zwischen Ost und West verringert sich nur geringfügig auf 50 Euro pro 1.000 Euro letztem Einkommen.³⁴² Der Effekt der eigenen ökonomischen Situation ist folglich gering einzuschätzen. Die deutlichen regionalen Unterschiede bleiben also bestehen, wenn man nach den ökonomischen Interessen der Befragten kontrolliert.³⁴³

Zusammenhänge zwischen Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit

Zum Abschluss der Analyse der befragtenspezifischen Variationen beim Determinationsprozess der gerechten Rente soll nun geklärt werden, ob die Befragten dabei ihren bewussten normativen Verteilungsvorstellungen folgen. Dies gibt Aufschluss darüber, wie Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit zusammenhängen. Kontrolliert man nach den bevorzugten Verteilungsideologien der Befragten, also nach *Egalitarismus* und *Konservatismus*, verringern sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen etwas deutlicher als zuvor beim Einkommen. Die regionalen Unterschiede werden also zum Teil durch die divergierenden ideologischen Dispositionen von Ost- und Westdeutschen erklärt. Aber auch hier bleiben signifikante Unterschiede bestehen (Modell 7), was darauf hindeutet, dass Ostdeutsche auch unbewusst egalitaristischer sind als Westdeutsche.

Insgesamt ist aber zu konstatieren, dass die Abweichungen zwischen den Befragten hinsichtlich der „Grundrente“ und der Gewichtung des „letzten Einkommens“ wenig systema-

³⁴¹ Insgesamt besteht eine starke Korrelation von -0.79 zwischen der Höhe der Grundrente und dem Einkommensgradienten.

³⁴² Likelihood-Ratio-Tests bescheinigen allen drei Modellen einen signifikanten Erklärungszuwachs.

³⁴³ Es wurde auch überprüft, ob die Befragten Empfänger gleichen Geschlechts bevorzugen, indem der Geschlechtseffekt als variabel spezifiziert wurde. Dabei stellte sich heraus, dass Frauen weibliche Rentenempfängerinnen lediglich weniger benachteiligen als Männer, aber diese nicht gegenüber Männern begünstigen (Schrenker 2007).

tisch sind und damit eher idiosynkratischer Natur. Allerdings ist die Varianzaufklärung möglicherweise nicht so schlecht, wie sie auf den ersten Blick erscheint, denn in Random-Coefficient-Modellen sind die Schätzer, infolge der geringen Anzahl von Beobachtungen pro Befragungsperson ($N_i = 24,1$ im arithmetischen Mittel), mit erheblichen Messfehlern behaftet. Ein Anteil erklärter Varianz in den personenspezifischen β -Koeffizienten des Empfängermerkmals „letztes Einkommen“ von .17 mit lediglich vier Regressoren, ist vor diesem Hintergrund als durchaus zufriedenstellend zu bewerten.

10.3.7 Zusammenfassung der Ergebnisse zur Belohnungsgerechtigkeit der Renten

Bezüglich der selbstreferentiellen Gerechtigkeitsurteile im Bereich der Altersrenten konnte gezeigt werden, dass diese in hohem Maße durch psychologische Rationalisierungsprozesse geprägt sind. In der *reflexiven gerechten Belohnungsfunktion* werden die Ungleichheitsverhältnisse der *tatsächlichen Belohnungsfunktion* nahezu vollständig reproduziert. Lediglich ostdeutsche Frauen erweisen sich als „immun“ gegenüber einer Anpassung der eigenen Gerechtigkeitserwartungen an tatsächliche Gegebenheiten, was vermutlich auf die höhere Arbeitsmarktintegration der Frauen in der ehem. DDR zurückgeführt werden kann. Die Rentnerinnen im Osten orientieren sich stärker an den Rentenhöhen der Männer.

Die Erklärung nicht-reflexiver Urteile fällt dagegen wesentlich komplexer aus. Der im Kopf ablaufende Determinationsprozess der gerechten Renten kann aber erstaunlich gut rekonstruiert werden. Betrachtet man die konsensuell geteilten Standards bei der Vergabe gerechter Renten, dann basieren diese sehr stark auf den erwerbsbiografischen Merkmalen der fiktiven Rentenempfänger und folgen damit einer Logik der Situation. Der Grad der Übereinstimmung zwischen den Beobachtern hinsichtlich der Gewichtung verschiedener „Input-Faktoren“ ist ausgesprochen hoch, während ihre eigenen ökonomischen Interessen und normativen Dispositionen eine eher untergeordnete Rolle spielen. Im Vordergrund steht eindeutig das Motiv der Statussicherung der Empfänger. Equity-Überlegungen, die sich stärker auf die Beitragsjahre beziehen müssten, spielen dagegen, genauso wie andere Aspekte (z. B. generative Beiträge), eine vergleichsweise geringe Rolle. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Reformen, die die Beitragsäquivalenz erhöhen sollen, wie die „Rente mit 67“, trotz ihrer Rechtfertigung mit dem Argument der Generationengerechtigkeit, als äußerst unpopulär gelten müssen.

Sieht man von der geringeren Bedeutung der Berufsjahre ab, so liegt der gemeinsame Nenner der Befragten sehr nahe an den tatsächlichen gesetzlichen Regelungen. Besonders auffällig ist dies bei der auf Grundlage der Befragtenurteile geschätzten gerechten Grundrente, die nur geringfügig über der aktuellen Mindestsicherung liegen würde. Die Orientierung der Befragten am Status quo wird, nicht zuletzt, durch den ausgeprägten Ankereffekt verdeutlicht. Betrachtet man die dadurch verursachte Urteilsverzerrung als ein Phänomen, das auch außerhalb der künstlichen Befragungssituation Validität beanspruchen kann, dann hieße das, Gerechtigkeitsurteile reproduzieren ihrer Tendenz nach unbewusst den Status quo, selbst wenn das zweck- und/oder wertrationalen Überlegungen widerspricht.

Verlässt man die Ebene der konsensuell geteilten Gerechtigkeitsstandards und betrachtet befragtenspezifisch variierende Gewichtungen verschiedener erwerbsbiografischer Inputfaktoren (sog. Mikroprinzipien), so lässt sich zunächst festhalten, dass diese überwiegend idiosynkratisch sind. Das heißt, die meisten Individuen folgen zumindest ihren eigenen Gerechtigkeitsstandards in konsistenter Weise, auch wenn wir die Motive ihrer Abwägungen nicht vollständig entschlüsseln können. Der Rekurs auf Gerechtigkeit ist also alles andere als beliebig.

Darüber hinaus sind Gerechtigkeitsurteile aber nicht gänzlich unabhängig von der ökonomischen Position des Beobachters. Ein ausgeprägter Interessenpartikularismus, wie er etwa in der „Theorie der Gerechtigkeit“ beim „alten“ Rawls unterstellt und durch den „Schleier des Nichtwissens“ entschärft wird, ist allerdings nicht zu finden (Rawls 1999 (1971)). Insofern nehmen viele Befragte tatsächlich eine unparteiische Position ein. Insgesamt scheinen die Gerechtigkeitsurteile der Beobachter in komplexen konkreten Belohnungssituationen weniger stark von ihrer eigenen sozioökonomischen Position und damit ihrem Eigeninteresse abzuhängen als bei der Beurteilung von abstrakten Verteilungsprinzipien bzw. Verteilungsideologien. Eine Ursache dafür könnte darin liegen, dass konkrete Belohnungsurteile kognitiv anspruchsvoller sind und es den Beurteilern daher schwer fällt, zu erkennen, worin ihr Eigeninteresse dabei besteht. Sie folgen dann eher Entscheidungsheuristiken.

Insgesamt hat man es also mit einem dreistufigen Determinationsprozess zu tun, in den erstens vor allem die Wahrnehmung der Situation in Form biografischer Statusmerkmale der Empfänger eingeht, zweitens in geringem Maß das Eigeninteresse und schließlich drittens die normativen Dispositionen der Befragten. Ökonomisches Eigeninteresse und normative Dispositionen können jedoch abweichende Urteile von Ost- und Westdeutschen nicht vollständig erklären. Dieser Befund zeugt von der langfristigen und offenbar teilweise unbewussten Prä-

gekraft sozialstaatlicher Institutionen, zumindest insoweit Alternativerklärungen für die abweichenden Präferenzen – wie etwa ungleiche Vermögensverhältnisse – ausgeschlossen werden können.

10.4 Die Gerechtigkeitskonsequenzfunktion in der Alterssicherung

Zum Abschluss des empirischen Teils soll getestet werden, ob alterssicherungsbezogene Gerechtigkeitseinstellungen bestimmte Verhaltenskonsequenzen nach sich ziehen. Das ISJP bietet dazu zwei Möglichkeiten: Zum einen kann Vorsorgeverhalten (vgl. hierzu Nüchter et al. 2008: 119ff) und zum anderen Wahlverhalten untersucht werden. Ich beschränke mich hier auf eine kursorische Analyse des Wahlverhaltens, da dieses für die Rentenpolitik von herausgehobener Bedeutung ist und letztlich auch hinter der Warnung vor einer herannahenden „Gerontokratie“ steht (Sinn und Uebelmesser 2003). Sollten sich aus rentensystembezogenen Gerechtigkeitseinstellungen und Verteilungspräferenzen kaum unterschiedliche Wahlentscheidungen ergeben, wäre diese These schwierig zu verteidigen.

In einem ersten Modell werden die alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien und die verschiedenen intergenerationalen Gerechtigkeitsvorstellungen sowie die allgemeine Ungerechtigkeitswahrnehmung gegenüber den Jüngeren auf ihren Zusammenhang mit dem Wahlverhalten getestet.³⁴⁴ Wie Tabelle 37 zeigt, sind die Effekte uneinheitlich und nicht sehr ausgeprägt. Gegenüber einem Modell mit den drei standarddemografischen Variablen Alter, Geschlecht und Erhebungsgebiet (hier nicht dargestellt) verdoppelt sich das Pseudo-R² durch die Gerechtigkeitsvorstellungen auf etwa 7 Prozent. Dargestellt werden Odds-Ratios, die jeweils auf die Wahlentscheidung für die CDU/CSU als Referenzkategorie bezogen sind. Betrachtet man den Alterseffekt, so wird deutlich, dass mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit relativ gesehen abnimmt, eine andere Partei als die CDU/CSU zu wählen. Dieser Effekt ist am stärksten im Vergleich zu den Grünen. Jüngere gehen aber auch mit höherer Wahrscheinlichkeit überhaupt nicht wählen oder wählen eine der „sonstigen“ Parteien. Die Effekt-

³⁴⁴ Für eine kausale Interpretation der Effekte wäre vorauszusetzen, dass die Gerechtigkeitseinstellungen dem Wahlverhalten zeitlich vorgelagert sind und zudem nicht mit anderen unbeobachteten Merkmalen zusammenhängen, die das Wahlverhalten beeinflussen. Da das Wahlverhalten hier retrospektiv erhoben wurde und unbeobachtete zeitkonstante Heterogenität aufgrund der fehlenden Panelstruktur nicht eliminiert werden kann, sollte man also sehr zurückhaltend mit einer kausalen Interpretation sein. Unter der Annahme, dass Gerechtigkeitseinstellungen zeitlich stabil sind und wesentliche mit ihnen und der abhängigen Variable korrelierte Merkmale kontrolliert werden, wären signifikante Effekte aber ein gewichtiges Indiz für einen Wirkungszusammenhang, der freilich in weiteren Untersuchungen bestätigt werden müsste.

unterschiede gegenüber SPD, FDP und der Linken sind moderat. Alter ist also durchaus eine relevante Kategorie des Wahlverhaltens. Es liegt daher nahe, dass generationenspezifische Inhalte der Parteiprogramme eine Rolle spielen. Hinsichtlich der Wahrnehmung einer Benachteiligung der Jüngeren im Alterssicherungssystem zeigt sich jedoch nur ein signifikanter positiver Effekt: Je stärker eine Benachteiligung der Jüngeren empfunden wird, umso eher wurde bei der Bundestagswahl 2005 FDP gewählt.

Tabelle 37: Alterssicherungsbezogene Gerechtigkeitsvorstellungen und Wahlverhalten

	Nichtwähler	SPD	FDP	Grüne	Linke	Sonstige	k. A.
Alter	.97 (6.15)**	.99 (2.48)*	.99 (2.02)*	.96 (6.28)**	.99 (2.23)*	.96 (4.00)**	.98 (3.12)**
Frau	1.19 (1.06)	.92 (.68)	1.05 (.22)	1.65 (2.58)**	1.12 (.52)	.59 (1.41)	1.12 (.67)
Ost	1.59 (2.38)*	1.05 (.28)	.78 (.87)	.87 (.51)	8.20 (8.41)**	1.85 (1.50)	1.51 (1.99)*
Konservatismus	.73 (2.12)*	.70 (3.02)**	1.28 (1.25)	.74 (1.73)	.70 (1.92)	.58 (1.71)	.64 (2.93)**
Egalitarismus	1.82 (3.29)**	1.06 (.42)	1.00 (.01)	1.02 (.10)	1.22 (.86)	.77 (.67)	.96 (.23)
Individualismus	.82 (1.50)	.80 (2.13)*	1.01 (.09)	.82 (1.26)	.61 (2.76)**	.55 (2.00)*	.93 (.57)
Fatalismus	1.43 (3.66)**	1.10 (1.17)	1.00 (.02)	.86 (1.17)	1.09 (.68)	1.30 (1.20)	1.09 (.83)
Asynchrone Per.	1.08 (1.07)	1.15 (2.30)*	.96 (.44)	1.04 (.45)	1.21 (1.70)	.93 (.46)	1.22 (2.35)*
Diachrone Per.	.95 (1.05)	1.00 (.02)	.92 (1.48)	1.11 (1.89)	.90 (1.67)	.93 (.72)	.89 (2.40)*
Synchrone Per.	.94 (1.29)	.98 (.49)	.92 (1.24)	.90 (1.63)	1.01 (.18)	.98 (.19)	.98 (.34)
Ungerecht gegen Jüngere	.95 (.66)	1.12 (1.86)	1.23 (2.11)*	1.00 (.04)	1.08 (.77)	1.15 (.80)	1.14 (1.67)
Konstante	1.46 (.76)	.77 (.66)	.24 (2.28)*	1.48 (.67)	.05 (4.14)**	.44 (.76)	.20 (2.97)**
Pseudo-R ²	.07						
Log-Likelihood	-3256.3911						
N	1907						

* p < 0.05, ** p < 0.01; Multinomiales Logit-Modell; Odds-Ratios, Referenz ist CDU/CSU, z-Statistiken in Klammern; Signifikanztests beziehen sich entsprechend auf den Unterschied zur Wahl von CDU/CSU; ISJP 2006, eigene Berechnungen

Die alterssicherungsbezogenen Verteilungsideologien zeigen dagegen Effekte, die sich entsprechend der politischen Traditionen der einzelnen Parteilager ausdifferenzieren. Bei ideologisch konservativ eingestellten Personen gibt es erwartungsgemäß eine stärkere Präferenz für die CDU. Diesbezüglich ist die Diskrepanz zur SPD besonders ausgeprägt, FDP-Wähler präferieren diese Ideologie allerdings noch stärker als CDU-Wähler. Hinsichtlich des *Egalitaris-*

mus werden kaum Unterschiede zwischen den Parteien deutlich. Nur Nichtwähler erweisen sich als egalitaristischer als die Wähler anderer Parteien. Bei starkem *Individualismus* zeigen sich Abneigungen gegenüber der SPD und der Linken, während diese Gerechtigkeitsvorstellung bei Wählern der CDU/CSU und der FDP stärker verbreitet ist. Fatalisten gehören erwartungsgemäß überdurchschnittlich oft zu den Nichtwählern und wenn sie wählen gehen, wählen sie eher nicht die Grünen. Die Grünen werden vermutlich als eine stärker zukunftsbezogene Partei wahrgenommen, während Fatalisten eher gegenwartsbezogen sind.

Bei den intergenerationalen Gerechtigkeitsbewertungen lassen sich kaum signifikante Effekte feststellen. Lediglich in der asynchronen Perspektive, also beim intergenerationalen Egalitarismus, wird die SPD gegenüber der CDU signifikant bevorzugt. Insgesamt zeigt sich, dass intergenerationale Gerechtigkeitsvorstellungen kaum Einfluss auf das Wahlverhalten haben, die alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien dagegen etwas mehr.

An der geringen Erklärungskraft aller hier verwendeten Gerechtigkeitskonstrukte wird deutlich, dass Alterspolitik zwar ein durchaus relevantes, aber, angesichts der Vielzahl möglicher Themen, kein zentrales Politikfeld für die Wahlentscheidung darstellt. Gemäß dem Konzept issue-spezifischer Öffentlichkeiten (Converse 2004) kann man jedoch annehmen, dass es für ältere Personen tendenziell wichtiger wird. Um diese Hypothese zu testen, wurde das hier spezifizierte multinomiale Logit-Modell für drei Altersgruppen getrennt geschätzt (vgl. Tabelle 38). Während in den jüngeren Altersgruppen das Pseudo-R² Werte von 7 Prozent annimmt, zeigt sich in der ältesten Gruppe tatsächlich eine Verbesserung der Erklärungskraft: Das Pseudo-R² erreicht bei Personen über 59 Jahren immerhin einen Wert von 10 Prozent.

Tabelle 38: Erklärungspotential von Wahlverhalten durch alterssicherungsbezogene Gerechtigkeit nach Altersgruppen

Altersgruppe	18-34	35-59	60-88
Pseudo-R ²	.07	.07	.10
N	714	917	897

ISJP 2006; eigene Berechnungen

In den bisherigen Modellen wurde nicht nach dem sozioökonomischen Status der Befragten und weiteren für die Wahlentscheidung relevanten Merkmalen, wie der Links-Rechts-Selbsteinstufung, kontrolliert. Da der sozioökonomische Status auch die Zustimmung zu den alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien beeinflusst, ist davon auszugehen, dass sich deren Effekte auf das Wahlverhalten entsprechend abschwächen. Dies ist tatsächlich der Fall (Modell nicht dargestellt). Allerdings erhöht die Berücksichtigung der Gerechtigkeitsideologien und intergenerationalen Equity-Perspektiven auch darüber hinaus die Erklärungskraft

signifikant (gemessen am Pseudo- R^2 um etwa 2 Prozentpunkte). D. h. die Gerechtigkeitsvorstellungen in der Alterssicherung haben über die dahinter liegende sozioökonomische und ideologische Konfliktlinie hinaus Erklärungspotential. Allerdings ist dieses Potential so klein, dass davon wohl kaum eine demokratiegefährdende Wirkung ausgehen dürfte und man die Gefahr einer Gerontokratie guten Gewissens als gering einschätzen darf.

10.5 Abschließende Bewertung der empirischen Ergebnisse

Eine abschließende Bewertung der in Kapitel 8 (vgl. S. 206ff) angeführten (empirischen) Theorien und Hypothesen ist angesichts der Vielzahl von empirischen Einzelergebnissen nicht einfach und kann nur vorsichtig erfolgen. Es zeigt sich im Kontext der Alterseinkommen jedoch eine deutliche Überlegenheit der *Status-Value-Theorie* gegenüber der *Equity-Theorie*. Gerechte Belohnungshöhen werden bei den Renten eher anhand von Status- als anhand von Equity-Überlegungen festgelegt. Die *Equity-Theorie* müsste außerdem um die Komponente der *Verlustaversion* erweitert werden. Davon unabhängig findet die Berücksichtigung unterschiedlicher Prinzipien in dieser Theorie jedoch keinen Platz.

Die Flexibilität der *Theorie der Belohnungsgerechtigkeit* als integrierender Theorierahmen hat sich dagegen bewährt. Nicht nur ist *Verlustaversion* bereits mathematisch formal in ihr inkorporiert, in ihrem Rahmen lassen sich unterschiedliche wertrationale Überlegungen (Status, Equity, Gleichheit und Bedarf) als Determinanten gerechter Belohnungshöhen im Sinne des *Mehrprinzipienansatzes* operationalisieren. Die Gewichtung dieser Prinzipien muss dann aber empirisch-induktiv bestimmt werden. Insofern handelt es sich bei der *Theorie der Belohnungsgerechtigkeit* abseits ihres mathematischen Kerns lediglich um eine nützliche analytische Heuristik. Spezifische Vorhersagen müssen aus anderen Theorien hergeleitet werden, die jedoch leicht im Rahmen dieser Theorie überprüft werden können. So lassen sich die vorliegenden Ergebnisse der gerechten Belohnungsfunktion im Sinne des *Truncated Utilitarianism* interpretieren. Der Konsens bezüglich eines „floor constraints“ einerseits und einer Berücksichtigung des erreichten Status im Alter andererseits ist groß. Die Ergebnisse weisen außerdem darauf hin, dass sich dieser Konsens aus der Orientierung am Status quo ergibt, womit auch der *System-Justification-Ansatz* Bestätigung gefunden hätte.

Die *Enlightenment-Hypothese* in ihrer herkömmlichen Form und die *Dominant-Ideology-Hypothese* wurden dagegen widerlegt. Weder findet sich größere Unterstützung für Umvertei-

lung bei höher Gebildeten, noch ist der Konsens bei abstrakten Prinzipien größer. Im Gegenteil, gerade höher Gebildete bevorzugen weniger Umverteilung im Rentensystem und bei abstrakten Verteilungsprinzipien ließen sich eher soziostrukturelle Effekte nachweisen als bei der Festsetzung der konkreten Belohnungshöhen unter Berücksichtigung erwerbsbiografischer Merkmale der Empfänger. Bezüglich der Bewertung dieser erwerbsbiografischen Input-Faktoren zeigte sich große Übereinstimmung unter den Befragten. Dieser Konsens resultiert aber nicht aus einer dominanten Ideologie, sondern ist Folge eines kognitiv effizienten Urteilsverhaltens der Befragten. Bei unsicheren und komplexen Entscheidungsproblemen folgen sie dem Status quo. Damit bestätigen die Ergebnisse wie wichtig ein stärkerer Fokus auf *Heuristiken* und psychologische Anpassungsprozesse bei der Analyse von Gerechtigkeitseinstellungen ist. Diese werden zwar theoretisch häufig erwähnt, seltener jedoch tatsächlich in der soziologisch orientierten Gerechtigkeitsforschung empirisch überprüft oder kontrolliert. Die soziologische Gerechtigkeitsforschung kann umgekehrt zu einer externen Validierung der zumeist nur in kleinen nicht-repräsentativen „Stichproben“ nachgewiesenen Effekte der psychologischen Gerechtigkeitsforschung beitragen und zudem deren strukturelle Antezedensbedingungen identifizieren. Beispielsweise zeigen die Ergebnisse, dass Status-quo-Orientierung unter niedriger gebildeten und mutmaßlich schlechter informierten Personen verbreiteter ist. Die *System-Justification-Theory* müsste in diese Richtung weiterentwickelt werden. Wenn man die *Enlightenment-Hypothese* ad-hoc modifizieren möchte, dann dahingehend, dass höher Gebildete laut der vorliegenden Ergebnisse weniger anfällig für *Status-quo-Bias* wären. Sie erkennen eher funktionale Erfordernisse des Rentensystems wie den direkten Zusammenhang zwischen der Höhe der aktuellen Renten und der Belastung jüngerer Kohorten (vgl. S. 281). Zudem sind sie auch weniger fatalistisch, was die Alterssicherung anbelangt.

Deutlich nachweisen ließ sich der Einfluss der *regimespezifischen Sozialisation* durch die substanziellen und auch unter Kontrolle der ökonomischen Situation signifikanten Ost-West-Unterschiede: Die *regimespezifische Sozialisation* ist in Westdeutschland eng mit der Herausbildung einer *primären Ideologie* in der Alterssicherung verknüpft, die, dem konservativen deutschen Sozialstaatsmodell entsprechend, die Sicherung der erreichten beruflichen Statusposition betont. Dass in Ostdeutschland keine eindeutige primäre Ideologie identifizierbar ist, bestätigt dabei die Brauchbarkeit des analytischen Konzepts. In Ostdeutschland traf nach der Systemtransformation das traditionelle egalitaristische DDR-Sozialstaatsverständnis auf das „neue“ konservative Modell. Die Differenzen in der Zustimmung zu *Egalitarismus* und *Kon-*

servatismus zwischen Ost- und Westdeutschen zeigen, dass es mehrere Jahrzehnte dauert, bis sich nach einer institutionellen Änderung eine neue primäre Ideologie herausbildet.

Für *geschlechts- und milieuspezifische Sozialisation* konnte dagegen kaum Evidenz gefunden werden. Wenn Geschlechtseffekte auftraten, waren diese eher durch ökonomische Gruppenunterschiede (evtl. in Kombination mit beruflicher Sozialisation) zu erklären. Die Eingebundenheit in bestimmte sozialmoralische Milieus wies zumindest bei den alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien signifikante Effekte auf. Wobei hier v. a. Gewerkschaftsmitgliedschaft wichtig ist, während konfessionelle Zugehörigkeit oder Religiosität kaum damit systematisch zusammenhängen. Religiöse Personen sahen allerdings deutlich weniger Ungerechtigkeit gegenüber der jüngeren Generation im Rentensystem – Protestanten jedoch mehr.

Die Bestätigung *interessenbasierter Ansätze* fällt insgesamt ebenfalls gemischt aus: Zwar konnten Effekte der sozioökonomischen Position nachgewiesen werden – so hat sich bei der Anwendung des *Grid-Group-Paradigmas* bestätigt, dass sozioökonomische Ungleichheit eine wichtige Determinante der alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsideologien ist, insbesondere bezüglich der Befürwortung von *Konservatismus* und *Egalitarismus* in der Alterssicherung. Der Idee von *Versorgungsklassen* muss jedoch klar eine Absage erteilt werden. Außerdem scheint im Zusammenhang mit der Alterssicherung eine Interessenkristallisation erst bei den rentennahen Jahrgängen einzusetzen. Gering sind die Effekte der eigenen ökonomischen Position jedoch bei der Festlegung von konkreten gerechten Rentenhöhen. Zumindest im Zusammenhang mit nicht-reflexiven Gerechtigkeitsurteilen ist das Eigeninteresse ein nur schwach ausgeprägtes Motiv. Die gerechten Renten werden tatsächlich weitgehend von einem Standpunkt der Überparteilichkeit aus beurteilt. Abseits ideologischer Diskrepanzen, scheint also tendenzielle Einigkeit über Gerechtigkeit möglich zu sein, wenn den Personen die Gelegenheit gegeben wird, situationale Aspekte des Verteilungsproblems zu berücksichtigen.

Nicht abschließend beurteilt werden kann die Frage, ob *Wertewandel* oder *Verunsicherung* und zunehmender *Wettbewerb* die Veränderung von Einstellungen zur Alterssicherung über die Zeit determiniert, da mit den vorliegenden Daten Alters- und Kohorteneffekte nicht ausreichend differenziert werden können. Es ist aber zu konstatieren, dass der Wunsch nach Stattsicherung bei den Befragten im Zeitverlauf, also mit Zunahme der Problematisierung des demografischen Wandels für das Rentensystem, an Bedeutung gewinnt. Die Stärke dieser Zunahme kann nicht mit der demografischen Alterung erklärt werden, da die festgestellten Alterseffekte dafür zu klein sind. Ein Kohorteneffekt im Sinne des *Wertewandels* erscheint

aus theoretischen Erwägungen wenig plausibel, da die diesbezüglich formulierten Hypothesen entweder für eine Abnahme des Statussicherungsgedankens in der GRV oder doch zumindest einen nicht-linearen Alterseffekt gesprochen hätten. Beides konnte in den Daten nicht festgestellt werden. Am plausibelsten ist daher im Moment die Interpretation, dass die Debatte um die Tragfähigkeit des Rentensystems eher Einstellungen bei den Befragten hervorruft, die Statussicherung betonen und damit die *Wettbewerbshypothese* bestätigen. Dies schließt jedoch nicht aus, dass sich gleichzeitig bei Personen mit negativen Arbeitsmarkterfahrungen die Präferenz für Umverteilung im Rentensystem verstärkt. Dieser Effekt im Sinne der *Verunsicherungshypothese* ist aber im Aggregat schwächer ausgeprägt, da weniger Personen davon direkt betroffen sind. Insgesamt könnte Verunsicherung und die Wahrnehmung von zunehmendem Wettbewerb aber zu einer stärkeren Polarisierung zwischen Egalitarismus und Konservatismus bei diesem Thema führen.

Am Ende bleibt die Frage, welche Implikationen die empirischen Ergebnisse für die normative Theoriebildung haben. Angesichts der weit verbreiteten psychologischen Rationalisierungsprozesse, die zu einer starken Orientierung am Status quo führen, muss man das kritische Potential der empirischen Gerechtigkeitsforschung zunächst gering einschätzen. Das gilt auch für andere Ansätze, die subjektive individuelle Gewichtungen zulassen, wie den *Capability-Approach*. Genuin normative Theorien sind also unverzichtbar, weil sie existenzielle Standards in Frage stellen und als Quelle utopischer Vergleichsmaßstäbe dienen.

Positiv an der Status-quo-Orientierung könnte man sehen, dass damit der gesellschaftliche Konsens erhalten und stabilisiert wird. Konsens über Gerechtigkeit ist also möglich, allerdings nicht auf Grundlage einer rationalen Aushandlung im Sinne von Rawls sondern aufgrund von psychologischen Anpassungsprozessen und regimespezifischer Sozialisation. Damit stellt sich die Frage, wie stark sich bestehende Ungleichheiten verändern müssen, bis psychologische Anpassungsprozesse nicht mehr möglich sind und der institutionelle Status quo untragbar wird. Eine „neue“ empirische Gerechtigkeitsforschung müsste also klären, unter welchen Bedingungen Sozialisation und Rationalisierung nicht mehr genügen, um die bestehenden Verhältnisse zu legitimieren. Antezedensbedingung für einen solchen „Umkipppunkt“ wären vermutlich, dass eine kritische Masse von Gesellschaftsmitgliedern unter den gegebenen Bedingungen nichts mehr zu verlieren hätte und sich sehr schlechten Zukunftserwartungen gegenüber sähe. Es müsste zugleich ein Opportunitätsfenster existieren, in welchem Systemdefizite krisenhaft offensichtlich werden und der Rückhalt auch unter Systemprofiteuren kontinuierlich sinkt bzw. deren Zahl mit einer gewissen Dynamik abnimmt. Nur dann

werden auch die althergebrachten Systemunterstützer etwas ändern wollen, da das sie begünstigende System insgesamt in Frage steht. Sie müssen also bereit sein, partiell auf Privilegien zu verzichten, um in ihrem eigenen Interesse ihre privilegierte Stellung insgesamt zu sichern. Schließlich bedarf es auch politischer Akteure, die diese Dynamik kanalisieren, in den politischen Willensbildungsprozess einbringen und auch angesichts eines hohen Risikos an den starken Beharrungstendenzen zu scheitern institutionelle Reformen durchsetzen wollen.

11 Schlussbetrachtung

Die vorliegende Arbeit hat im Rahmen einer theoretischen Analyse, einer Institutionenanalyse und einer empirischen Einstellungsanalyse aufgezeigt, welche normativ-philosophischen Konzepte von Gerechtigkeit im Kontext der Alterssicherung relevant sind, wie vor diesem Hintergrund bestimmte institutionelle Regelungen und deren Verteilungswirkungen zu bewerten sind und welche Einstellungen in der Bevölkerung dazu vorliegen.

Im theoretischen Teil konnte dargelegt werden, dass es kein einfaches und einheitliches Konzept von Generationengerechtigkeit gibt, das a priori theoretisch vollständig zu überzeugen vermag. Einerseits weisen einzelne Konzepte interne Widersprüche und Probleme der operationalen Spezifikation auf, andererseits erscheinen unterschiedliche Konzepte als miteinander unvereinbar, ohne dass jedoch allgemein überzeugende Gründe gefunden werden können, die eine Entscheidung für das eine und gegen ein anderes erlauben. Konzeptionen von Generationengerechtigkeit als Tausch etwa erweisen sich als Schimäre, da sie aufgrund der Asymmetrie intergenerationaler Tauschbeziehungen nicht ohne die Präsupposition moralischer Verpflichtungen unter den Tauschpartnern auskommen und das Problem des äquivalenten Tauschs bestehen bleibt. Die Idee des äquivalenten Tauschs stößt insbesondere dann auf unauflösbare Widersprüche, wenn die Größen der Kohorten variieren. In der Politikberatung zuletzt verbreitete Konzepte, wie implizite Renditen oder Generationenbilanzen, versuchen das Quantifizierungsproblem zu lösen, stehen dafür aber zugleich in der Kritik, da eine vollständige Erfassung aller Transferströme zwischen Generationen unmöglich und die Fokussierung auf bestimmte Aspekte möglicherweise interessengeleitet ist. Zu problematisieren wäre aus ungleichheitssoziologischer Sicht insbesondere, dass in diesen Generational-Equity-Konzepten Generationen als homogene Einheiten aufgefasst und intragenerationale Ungleichheiten dadurch ignoriert werden. Solche Konzepte berücksichtigen außerdem nur eine Perspektive der intergenerationalen Gerechtigkeit – die sog. diachrone Betrachtungsweise – vernachlässigen aber die sog. synchrone und asynchrone Perspektive. Nähme man die Forderung nach intergenerationaler Renditegleichheit ernst, würde der Ausgleich der impliziten Renditen zwischen Generationen zu massiven Einschnitten bei den Bestandsrentnern führen, deren Renditen historisch und demografiebedingt vergleichsweise hoch ausfallen. Dies erscheint aber politisch kaum vertretbar, da dann nur noch diejenigen mit entsprechenden privaten Rücklagen ein auskömmliches Alterseinkommen hätten, während ein großer Teil der Bevöl-

kerung, insbesondere in Ostdeutschland und unter Frauen, unter das Niveau der Grundsicherung fallen würde.

Hybride Ansätze erscheinen vor diesem Hintergrund vielversprechender: Diese sollten einerseits demografie-sensitiv sein und die durch den demografischen Wandel entstehenden Belastungen zwischen Erwerbstätigen und Rentnern gleichmäßig verteilen – die *Musgrave-Regel* ist ein Beispiel hierfür – aber zugleich andere Gerechtigkeitskriterien, wie das der Bedarfssicherung, der Teilhabechancen auf dem Arbeitsmarkt und der intra- und intergenerationalen Gleichheit nicht außer Acht lassen. Das Problem, in welchem Ausmaß bestimmte leistungsproportionale, egalitäre oder bedürfnisorientierte Aspekte zu berücksichtigen sind, bleibt dabei eine politische und kulturelle Frage, die nicht normativ a priori bestimmt werden kann.

Betrachtet man die Rentenreformpolitik der letzten Jahre, so wird deutlich, dass trotz der Prominenz von Generational-Equity-Ansätzen in der Politikberatung realpolitisch eher der *Musgrave-Regel* gefolgt wurde. Diese sieht demografieinduzierte Anpassungen sowohl auf Seiten der Beitragszahler als auch auf Seiten der Rentner vor. Zugleich wollen ihre Proponenten, unter Rückgriff auf Rawls' Differenzprinzip, die Position des am schlechtesten gestellten Rentners oder Beitragszahlers nicht unter ein transgenerational adäquates Sicherungsniveau fallen sehen. Dies stellt freilich nur eine Mindestforderung dar, wonach das Sicherungsniveau kulturell und politisch noch genauer zu spezifizieren wäre. Insgesamt wurde mit den Rentenreformen zwar das Prinzip der Leistungsäquivalenz gestärkt, etwa durch den Abbau abschlagsfreier Frühverrentungsmöglichkeiten und die Erhöhung des Renteneintrittsalters, parallel aber mit der Einführung der Grundsicherung und der höheren Anrechnung eigener Einkommen bei Hinterbliebenenrenten auch das Bedarfsprinzip ausgebaut. Durch die explizite Einplanung von Beitragserhöhungen in der Zukunft fand zudem kein vollständiger „Paradigmenwechsel“ zu einer einkommensorientierten Ausgabenpolitik statt. Bei den Aspekten der intra- und intergenerationalen Gleichheit zeigen sich jedoch Defizite, die auf mögliche Legitimationsprobleme der Gesetzlichen Rentenversicherung in der Zukunft hinweisen. Denn es ist absehbar, dass unter den gegebenen Arbeitsmarktbedingungen viele Beitragszahler, aufgrund niedriger Einkommen, prekärer Beschäftigung und fragmentierter Erwerbsbiografien, kaum Rentenanwartschaften über dem Niveau der Grundsicherung erzielen werden können (Struck et al. 2007). Die Absenkung des allgemeinen Rentenniveaus stellt insofern eine Gefahr für die Akzeptanz des beitragsfinanzierten Systems insgesamt dar.

In der empirischen Analyse bestätigt sich auch, dass diese asynchrone Perspektive, die ein zwischen Kohorten konstantes Rentenniveau für ein zentrales Kriterium intergenerationaler

Gerechtigkeit hält, in der Bevölkerung am weitesten verbreitet ist und eines der Hauptkorrelate der zunehmenden Wahrnehmung einer Benachteiligung der jüngeren Generation darstellt. Die diachrone Perspektive, die den impliziten Renditevergleichen der ökonomischen Politikberatung zugrunde liegt, erweist sich dagegen als vollkommen irrelevant in diesem Zusammenhang. Die Belastungen der Erwerbstätigen durch die Sozialversicherungsbeiträge werden allerdings durchaus wahrgenommen. Ein Hauptbefund ist, dass das System zwar mehrheitlich als ungerecht gegenüber den Jüngeren wahrgenommen wird, die konkreten Einzelregelungen aber als durchaus gerecht eingeschätzt werden, sofern sie die Höhe der Beiträge und Renten betreffen. Diesbezüglich sind Altersunterschiede auch nur noch schwach ausgeprägt. Bestimmte Reformmaßnahmen, die explizit zur Erhöhung der Generationengerechtigkeit dienen sollten, wie die „Rente mit 67“, werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Systemendogene institutionelle Ansätze zur Lösung der Finanzierungsprobleme in der GRV scheinen damit den Vorstellungen der Bevölkerung von Gerechtigkeit zuwider zu laufen. Man könnte diese verbreitete Haltung als wenig konstruktiv abtun, da sie zwar Ungerechtigkeit beklagt, aber keine alternativen Vorschläge anbietet. Doch das wäre zu einfach, denn faktisch wird die Lösung der Finanzierungsprobleme der GRV von der Bevölkerung systemexogen gesucht: in der Familien- und Bildungspolitik und möglicherweise auch in einer verstärkten Steuerfinanzierung der Alterssicherung.

Insgesamt bestätigt sich in den Gerechtigkeitseinstellungen der Bevölkerung bezüglich der Alterssicherung eine starke Orientierung am Status quo. Eine dem konservativen Wohlfahrtsstaatsregime in Deutschland entsprechende Priorisierung statuserhaltender Vorstellungen vor egalitaristischen und mit etwas Abstand individualistischen Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit offenbart sich nicht nur bei allgemeinen Verteilungsideologien, sondern lässt sich auch bei alterssicherungsspezifischen Gerechtigkeitsideologien wiederfinden. Diese sind es, die die Gerechtigkeitseinstellungen in der Alterssicherung bestimmen und nicht so sehr spezifisch intergenerationale Gerechtigkeitserwägungen. Dissens bezüglich dieser ideologischen Vorstellungen folgt weniger aus der Generationenzugehörigkeit als aufgrund soziostruktureller bzw. sozioökonomischer Ungleichheit, wobei dies für egalitaristische Vorstellungen in stärkerem Ausmaß gilt als für konservative und individualistische Gerechtigkeitsprinzipien.

Die Orientierung am Status quo kann aber noch direkter anhand der Bestimmung als fair empfundener Renten im Kopf der Befragten nachgewiesen werden. Hierbei ist der Prozess der Statusbewertung des Empfängers der wichtigste Faktor. Die gerechten Rentenhöhen werden

von den Befragten dabei weniger anhand der tatsächlich geleisteten Beitragszeiten als anhand der Statusposition des Rentenempfängers festgelegt. Generative Beiträge in Form von Kindererziehungsleistungen werden sogar fast gar nicht berücksichtigt. Dieses Ergebnis widerspricht tendenziell der *Equity-Theorie*, die eine Proportionalität von Aufwand und Ertrag als universellen Gerechtigkeitsmaßstab postuliert und bestätigt die sog. *Status-Value-Theorie*. Als wahrnehmungspsychologische Phänomene in der Determination der gerechten Belohnungshöhe ließen sich zudem neben *Verlustaversion* sog. *Ankereffekte* nachweisen. Es konnte gezeigt werden, dass vollkommen arbiträre und an sich irrelevante vorherige Festlegungen die Gerechtigkeitsurteile in die vorgegebene Richtung „verzerren“. Dieses Ergebnis ist möglicherweise auch auf beliebige faktische institutionelle Festsetzungen übertragbar und vermag so die nachhaltige Prägestkraft vorhandener Institutionen auf der Grundlage von heuristischen Beurteilungsprozessen zu erklären. Es wird damit plausibel, warum fast alle das deutsche Rentensystem ungerecht finden, aber trotzdem nichts an konkreten Einzelregelungen ändern möchten. Unter der Bedingung, dass „tatsächliche Belohnungen“ in der Bevölkerung näherungsweise bekannt sind, werden diese tendenziell als gerecht bestätigt, unabhängig davon, welche weiteren Gerechtigkeitsüberlegungen über das zu verteilende Gut angestellt wurden. Gegebene Verteilungsergebnisse werden somit ex-post legitimiert. Dies würde bedeuten, individuelle Gerechtigkeitsstandards können nicht als exogen gegeben aufgefasst werden, sondern bilden sich zumindest teilweise im Nachhinein heraus: Individuen wählen die Gerechtigkeitsüberzeugungen, die am besten mit den bestehenden Verhältnissen in Einklang zu bringen sind. Man muss daraus schließen, dass die Rentenreformen eher zu einer Vergrößerung als zu einer Verringerung des gefühlten Gerechtigkeitsdefizits beigetragen haben, da sie als Verlust gewohnter Standards wahrgenommen werden und nicht als Wiederherstellung eines ins Ungleichgewicht geratenen Austauschverhältnisses zwischen den Generationen.

Verlustaversion führt darüber hinaus zu einer systematischen Unterschätzung von Reformgewinnen gegenüber Reformverlusten. Die Opportunitätskosten ausbleibender Reformen werden vernachlässigt, weil zum Beispiel eine zukünftig erwartete Rentenkürzung (Verlust) mehr negative Emotionen zur Folge hat, als ein niedrigerer Beitragssatz (Gewinn) umgekehrt positive Emotionen hervorzurufen vermag. Equity-Konzeptionen von Gerechtigkeit können eine solche emotional bivalente Verrechnung von Gewinnen und Verlusten nicht erfassen und gehen deshalb an den Gerechtigkeitsvorstellungen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vorbei. Da Beitragszahler vor allem ihre Verluste als zukünftige Rentner antizipieren, lässt sich auch kein Interessengegensatz zwischen diesen Gruppen konstruieren. Anders aus-

gedrückt: was die Beitragszahler als Belastung empfinden, impliziert nicht den gleichzeitigen Vorwurf die aktuellen Rentner bekämen „ungerechtfertigt zu viel“. Die über das Umlagesystem in der GRV institutionalisierten Austauschbeziehungen zwischen Jung und Alt werden deswegen kaum als problematisch betrachtet – die generationale Konfliktlinie bleibt wenig ausgeprägt.

Die politische Brisanz der intergenerationalen Gerechtigkeitsfrage ist also nüchtern betrachtet eher gering einzuschätzen. Es haben sich weder ausgeprägte altersspezifische Unterschiede bei konkreten institutionellen Regelungen nachweisen lassen, die auf einen aufziehenden Generationenkonflikt hindeuten, noch konnten die alterssicherungsbezogenen Gerechtigkeitsvorstellungen hinsichtlich des Wahlverhaltens, obwohl durchaus relevant, als dominierendes „Political Issue“ identifiziert werden. Die Bedeutung dieses Politikfelds scheint zwar in höherem Alter zuzunehmen, von einer drohenden „Gerontokratie“ kann aber keine Rede sein.

Anhang

Abbildung 27: Beispiel für eine Vignette

22. Frau Winkler hatte vor ihrem Ruhestand ein monatliches Erwerbseinkommen von 2000 Euro netto, sie war insgesamt 30 Jahre berufstätig, hat zwei Kinder großgezogen und muss von ihrer Rente nur sich selbst versorgen.
Frau Winkler erhält eine Rente von 1000 Euro im Monat.
Das ist...

viel zu wenig gerecht viel zu viel
 -5 -4 -3 -2 -1 0 1 2 3 4 5
☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐

Und was ist aus Ihrer Sicht ein gerechter monatlicher Rentenbetrag für Frau Winkler? Euro

Tabelle 39: Dimensionen der Vignettenstudie

Dimension	Ausprägungen
Geschlecht	Frau (1), Mann (0)
(C) letztes monatliches Netto-Einkommen in Euro	400-7500 in 11 Kategorien: 400, 600, 800, 1000, 1200, 1500, 2000, 2500, 3000, 4000, 7500
Dauer der Erwerbstätigkeit in Jahren	10, 30, 40, 45, 50
Anzahl der großgezogenen Kinder	0, 1, 2, 3, 4, 5
Mitversorgung des Partners	Die Rente muss nur für den eigenen Lebensunterhalt genügen (1), muss ihren/seine Partner/in mitversorgen (0)
(A) Höhe der monatlichen Rente	100-5000 in 10 Kategorien: 100, 300, 500, 800, 1000, 1200, 1400, 1800, 2500, 5000

Tabelle 40: Variablenoperationalisierungen auf Befragtenebene

Variablenname	Operationalisierung
Ost	Dummy: Ost (1), West (0)
Frau	Dummy: Frau (1), Mann (0)
Alter	in Jahren
Kinderanzahl	Anzahl der Kinder der Befragungsperson unabhängig davon, ob im selben Haushalt lebend
Bildung	7-stufige Casmin-Klassifikation (König et al. 1988) als quasimetrische Variable in OLS-Modellen
Bildung (niedrig, mittel, hoch)	Dummys (niedrig als Referenzkategorie); basierend auf siebenstufiger Casmin-Klassifikation (König et al. 1988) in Mehrebenenmodellen
Haushaltsäquivalenzeinkommen	Netto; basierend auf neuer OECD-Skala (Gewichte: Erwachsene = .5, Kinder = .3)
Wohneigentum	Dummy: Befragter wohnt in eigenem Haus/eigener Wohnung (1), zur Miete, Dienstwohnung (0)
Kapitalrücklagen	Dummy: Altersvorsorge über Lebensversicherung, Sparplan oder andere Kapitalanlagen (0)
frühere Arbeitslosigkeit	Dauer in Monaten
Berufliche Stellung	(Referenz: Angestellte; in Kombination mit Dummy-Set zum Erwerbsstatus)
Arbeiter	Arbeiter (1), kein Arbeiter/nicht erwerbstätig (0)
Beamte	Beamte/r (1), kein Beamter/nicht erwerbstätig (0)
Selbständige	Selbständige/r/freiberuflich tätig (1), nichts davon (0)
Erwerbsstatus	(Referenz: voll/teilzeit/geringfügig beschäftigt)
Arbeitslos	Dummy: derzeit arbeitslos (1), anderer (nicht-)Erwerbsstatus (0)
Im Ruhestand	Dummy: in Rente/pensioniert/erwerbsunfähig (1), nicht in Rente oder Pension (0)
Student	Dummy: Student/in Ausbildung (1), nicht Student/in Ausbildung (0)
Nicht Erwerbstätig	Dummy: Hausfrau/mann/vorübergehend freigestellt/Erziehungsurlaub/Mutterjahr (1), nichts davon (0)
Rest	Dummy: Wehr-/Zivildienst/Soziales Jahr/Kurzarbeit (1), nichts davon (0)
Konfession	(Referenz: andere Konfession/konfessionslos/andere Religion)
Katholisch	Röm. Katholisch (1); andere Konfession/konfessionslos/andere Religion (0)
Evangelisch	Evangelisch ohne Freikirchen (1); andere Konfession/konfessionslos/andere Religion (0)
Religiosität	Quasimetrisch; Häufigkeit des Besuchs kirchlicher/religiöser Veranstaltungen: gehört keiner Kirche oder Religionsgemeinschaft an (0), nie (1), seltener (2), mehrmals im Jahr (3), ein- bis dreimal im Monat (4), einmal in der Woche (5), mehrmals in der Woche (6)
Gewerkschaftsmilieu	Eigene Gewerkschaftsmitgliedschaft/Familienangehöriger ist Gewerkschaftsmitglied (1), nichts davon (0)

Tabelle 41: Genaue Formulierungen der Einstellungsitems

Item	Skala
Unser Rentensystem ist ungerecht gegenüber der jüngeren Generation	1 = „lehne ganz ab“ bis
Es ist ungerecht, wenn die Jüngeren später einmal weniger Rente erhalten als die heutigen Rentner	5 = „stimme voll zu“
Jeder sollte stärker privat für das Alter vorsorgen	
Der Zuzug ausländischer Fachkräfte sollte erleichtert werden, damit mehr Menschen in die Rentenkassen einzahlen	
Das Rentenalter sollte weiter angehoben werden	
Die Renten sollten auf keinen Fall gekürzt werden, auch wenn der Staat dadurch mehr Schulden machen muss	
Es sollte deutlich mehr Geld für die Förderung junger Familien ausgegeben werden	
Man sollte die Beiträge zu gesetzlichen Rentenversicherung erhöhen	
Die Jüngeren werden die Renten der Älteren nicht mehr bezahlen können	1 = „sehr unwahrscheinlich“ bis 5 = „sehr wahrscheinlich“
(J) Rente	-5 = „sehr viel zu niedrig“ bis
Fragetext: „Die jetzigen Rentner haben früher in die Rentenkassen eingezahlt. Ist die Höhe der Renten, die sie dafür heute im Allgemeinen bekommen, gerecht? Sind die Renten zu niedrig, sind sie gerecht oder sind sie zu hoch?“	+5 = „sehr viel zu hoch“ 0 = „gerecht“
(J) Beiträge	
Fragetext: „Diejenigen, die heute arbeiten finanzieren durch ihre Rentenbeiträge die Renten der Älteren mit. Ganz allgemein gesprochen, für wie gerecht halten Sie die Höhe dieser Beiträge?“	

Tabelle 42: Gerechtigkeitsideologien der Alterssicherung; Varimax-Lösung

	Fatalismus	Konservatismus	Individualismus	Egalitarismus	1-h ²
Es hat keinen Sinn für das Alter vorzusorgen, weil man ohnehin nicht weiß, was die Zukunft bringt.	.94				.11
Es ist besser, sein Geld heute auszugeben, als es für das Alter aufzusparen.	.55				.69
Es ist gerecht, dass Leute mit höherem Einkommen höhere Rente bekommen können als andere.		.64			.54
Wer es im Beruf weit gebracht hat, sollte im Alter Ansehen und Wohlstand genießen.		.49			.74
Es ist ungerecht, dass die, die in ihrem Beruf viel verdient haben, auch eine hohe Rente bekommen.		-.46			.68
Jeder sollte selbst die Verantwortung für seine Versorgung im Alter tragen.			.57		.62
Es ist ausreichend, wenn die gesetzliche Rente den Grundbedarf der Menschen deckt.			.53		.72
Die staatliche Altersvorsorge sollte zu größerer Gleichheit der Einkommen und Lebensbedingungen unter den Älteren beitragen.				.53	.67
Wer über ein großes Vermögen verfügt, sollte weniger gesetzliche Rente erhalten.				.40	.78
Varianzanteile	.37	.28	.19	.16	

N = 2820; Anteil erklärter Varianz an Gesamtvarianz: .38; Log Likelihood = -2.29248; AIC = 64.585 ; Maximum Likelihood Faktoranalyse; Varimax Rotation; absolute Ladungen >.3; 4 factors vs. saturated: Chi²(6) = 4.57 Prob>Chi² = 0.5994

Tabelle 43: Faktorlösung zu allgemeinen Gerechtigkeitsideologien

	Egalitarismus	Individualismus	Fatalismus	Konservatismus	1-h ²
Der Staat sollte für alle einen Mindestlebensstandard garantieren	.65				.63
Der Staat sollte eine Obergrenze für die Einkommenshöhe festsetzen	.51				.6
Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen	.5				.67
Am wichtigsten ist, dass die Menschen das bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn die Besserverdienenden dafür etwas von ihrem Einkommen abgeben müssen	.41				.84
Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind		.71			.54
Die Leute sind nur dann bereit, in ihrem Beruf zusätzliche Verantwortung zu übernehmen, wenn sie dafür auch zusätzlich bezahlt werden		.55			.68
Das hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon		.26			.81
Es ist zwecklos, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen			.72		.5
So wie die Zustände heute sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist			.42		.74
Es ist gerecht, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält, auch wenn das heißt, dass einige reicher sind als andere				.71	.51
Es ist gerecht, dass Eltern ihr Vermögen an ihre Kinder weitergeben, auch wenn das heißt, dass die Kinder reicher Eltern im Leben bessere Chancen haben				.55	.69
Varianzanteile	.36	.29	.28	.27	

N = 2730; ISJP 2006; eigene Berechnungen; Log Likelihood = -62.3287; AIC = 200.657; Maximum Likelihood Faktoranalyse; Promax-Rotation; absolute Ladungen >.25; 4 factors vs. saturated: Chi²(17) = 124.33 Prob > Chi² = 0.00; fünf-Faktormodell ist ein Heywood-Case

Tabelle 44: Determinanten der intergenerationalen Gerechtigkeitsbewertung der Alterssicherung

	mp1	mp2	mp3	mp4
Alter	-.01 -.24 (5.76)**	-.01 -.23 (5.57)**	-.01 -.21 (5.17)**	-.01 -.17 (4.39)**
Frau	.04 (.78)	.07 (1.37)	.04 (.74)	.04 (.86)
Ost	-.13 (2.11)*	-.16 (2.35)*	-.15 (2.18)*	-.17 (2.49)*
Kinderanzahl	.04 .04 (1.51)	.04 .04 (1.60)	.04 .05 (1.79)	.03 .04 (1.49)
Wohneigentum	.15 (2.78)**	.18 (3.39)**	.17 (3.31)**	.16 (3.06)**
Kapitalvorsorge	.02 (.41)	.02 (.39)	.03 (.51)	.02 (.43)
Bildung	.02 .03 (1.22)	.03 .04 (1.62)	.03 .04 (1.59)	.02 .03 (1.15)
HH-Eink.	-.00 -.03 (.98)	-.00 -.00 (1.10)	.00 .00 (.15)	.00 .00 (.04)
Arbeitslos	-.07 (.62)	-.12 (1.00)	-.11 (.92)	-.12 (1.01)
Frühere Arbeitslosigkeit	.00 .02 (.67)	.00 .02 (.68)	.00 .01 (.46)	.00 .01 (.33)
Beamte	-.49 (3.25)**	-.44 (2.94)**	-.44 (3.03)**	-.40 (2.77)**
Selbständige	-.10 (.81)	-.07 (.59)	-.10 (.86)	-.10 (.87)
Nicht erwerbstätig	-.02 (.19)	-.05 (.48)	-.04 (.35)	-.02 (.20)
Student	-.17 (1.45)	-.19 (1.59)	-.14 (1.26)	-.12 (1.10)
Im Ruhestand	-.05 (.49)	-.04 (.42)	-.04 (.46)	-.07 (.76)
Katholisch		.09 (1.03)	.12 (1.34)	.09 (1.05)
Evangelisch		.17 (2.18)*	.19 (2.50)*	.17 (2.26)*
Religiosität		-.07 -.10 (3.12)**	-.07 -.10 (3.23)**	-.07 -.09 (3.05)**
Fatalismus		-.03 -.02 (.94)	-.02 -.02 (.70)	-.02 -.02 (.80)

(Fortsetzung auf nächster Seite)

(Fortsetzung von vorheriger Seite)				
Konservatismus		-01	-03	-02
		-01	-02	-01
		(.26)	(.78)	(.46)
Egalitarismus		.27	.19	.20
		.17	.12	.13
		(5.16)**	(3.65)**	(3.91)**
Individualismus		.21	.20	.17
		.14	.13	.11
		(5.51)**	(5.03)**	(4.35)**
Asynchroner Vergleich:			.12	.12
			.12	.11
			(5.24)**	(5.03)**
Diachroner Vergleich:			-02	-03
			-04	-04
			(1.72)	(1.88)
Synchroner Vergleich:			.05	.05
			.08	.08
			(3.59)**	(3.57)**
Zu wenig Beitragszahler			.12	.06
			.11	.05
			(4.72)**	(2.26)*
Demografischer Wandel				.12
				.12
				(5.22)**
Dominanz der Älteren				.08
				.08
				(3.50)**
Konstante	4.49	4.38	3.25	2.80
	(31.64)**	(29.52)**	(16.26)**	(13.32)**
R ²	.06	.09	.13	.15
N	1874	1874	1874	1874

ISJP 2006; eigene Berechnungen

Tabelle 45: Zusammenhänge zwischen allgemeinen und spezifischen Ideologien; Varimax-Lösung

		generell				spezifisch		
		K.	E.	I.	F.	K.	E.	I.
generell	Konservatismus							
	Egalitarismus	-.05						
	Individualismus	.16	-.03					
	Fatalismus	.02	.19	.14				
spezifisch	Konservatismus	.4	-.18	.14	.01			
	Egalitarismus	-.08	.4	-.02	.14	-.24		
	Individualismus	.14	-.22	.22	.05	.12	-.14	
	Fatalismus	-.15	.18	.06	.27	-.05	.05	-.00

N = 3058; ISJP 2006; eigene Berechnungen; Korrelationen der Faktorscores aus zwei getrennten orthogonalen Varimax-Faktorlösungen für allgemeine und alterssicherungsspezifische Gerechtigkeitsideologien

Tabelle 46: Determinanten der Präferenz von Einkommensäquivalenz; Trend

	M1	M2
Jahr 2000	.23	.21
(Ref. 1996)	(4.33)**	(3.96)**
Jahr 2006	.30	.29
	(5.32)**	(5.32)**
Frau	.08	.08
	.03	.03
	(1.38)	(1.40)
Frau*2000	-.29	-.27
	(3.87)**	(3.65)**
Frau*2006	-.10	-.09
	(1.36)	(1.22)
Alter	.01	.00
	.07	.05
	(3.85)**	(2.53)*
Ost	-.30	-.24
	(9.68)**	(7.67)**
Bildung	.09	.06
	.11	.07
	(8.44)**	(5.16)**
Wohneigentum	.19	.17
	(6.42)**	(5.54)**
Im Ruhestand	.19	.23
	(3.93)**	(4.77)**
HH-Einkommen		.00
		.12
		(9.38)**
Konstante	2.71	2.66
	(32.36)**	(31.89)**
Korr. R ²	.06	.08
N	6356	6356

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$; OLS-Schätzung; unstandardisierte Koeffizienten, standardisierte Koeffizienten (Betas) bei metrischen Variablen in zweiter Zeile; ISJP 2006, eigene Berechnungen; Abhängige Variable: fünfach-gestufte Zustimmungsskala zu „Es ist gerecht, dass Leute mit höherem Einkommen höhere Rente bekommen können als andere.“; Spezifikation als Ordered-Logit bringt substantiell identische Ergebnisse

Literatur

- Abercrombie, Nicholas*, 1980: The Dominant Ideology Thesis. London: Allen & Unwin.
- Abercrombie, Nicholas, und Bryan S. Turner*, 1978: The Dominant Ideology Thesis. *British Journal of Sociology* 29: S. 149-170.
- Adams, Stacy J.*, 1963: Towards an Understanding of Inequity. *The Journal of Abnormal and Social Psychology* 67: S. 422.
- Adams, Stacy J.*, 1966: Inequity in Social Exchange. S. 267-299 in: *Berkowitz, Leonard* (Hg.), *Advances in Experimental Social Psychology*. Vol. 2. New York: Academic Press.
- Aidukaite, Jolanta*, 2009: Old Welfare State Theories and New Welfare Regimes in Eastern Europe: Challenges and Implications. *Communist and Post-Communist Studies* 42: S. 23-39.
- Ainslie, George, und Nick Haslam*, 1992: Hyperbolic Discounting. S. 57-92 in: *Loewenstein, George, und Jon Elster* (Hg.), *Choice over Time*. New York: Russell Sage Foundation.
- Akerlof, George A.*, 1970: The Market for "Lemons": Quality Uncertainty and the Market Mechanism. *The Quarterly Journal of Economics* 84: S. 488-500.
- Alber, Jens*, 1984: Versorgungsklassen im Wohlfahrtsstaat. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 36: S. 225-251.
- Alexander, C. Norman*, 1972: Status Perceptions. *American Sociological Review* 37: S. 767-773.
- Alexander, Cheryl S., und Henry Jay Becker*, 1978: The Use of Vignettes in Survey Research. *Public Opinion Quarterly* 42: S. 93-104.
- Allmendinger, Jutta*, 1990: Der Übergang in den Ruhestand von Ehepaaren. Auswirkungen individueller und familiärer Lebensverläufe. S. 272-303 in: *Mayer, Karl Ulrich* (Hg.), *Lebensverläufe und sozialer Wandel*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Allmendinger, Jutta*, 1994: Lebensverlauf und Sozialpolitik. Frankfurt: Campus Verlag.
- Altonji, Joseph G., Fumio Hayashi und Laurence J. Kotlikoff*, 1992: Is the Extended Family Altruistically Linked? Direct Tests Using Micro Data. *The American Economic Review* 82: S. 1177-1198.
- Andreß, Hans-Jürgen, Thorsten Heien und Dirk Hofäcker*, 2001: Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Andrews, Dan, Christopher Jencks und Andrew Leigh*, 2009: Do Rising Top Incomes Lift All Boats? SSRN eLibrary.
- Anger, Christina, und Jörg Schmidt*, 2010: Gender Pay Gap: Gesamtwirtschaftliche Evidenz und regionale Unterschiede. *IW Trends* 4/2010.
- Arrow, Kenneth J.*, 1963: Uncertainty and the Welfare Economics of Medical Care. *American Economic Review* 53: S. 941-973.
- Arrow, Kenneth J.*, 1974: Limited Knowledge and Economic Analysis. *American Economic Review* 64: S. 1-10.
- Arts, Wil*, 1995: Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit. Die theoretische Rekonstruktion der soziologischen Zugangsweisen. S. 107-131 in: *Müller, Hans Peter, und Bernd Wegener* (Hg.), *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*. Opladen: Leske und Budrich.
- Arts, Wil, und Romke van der Veen*, 1992: Sociological Approaches to Distributive and Procedural Justice. S. 143-176 in: *Scherer, Klaus R.* (Hg.), *Justice: Interdisciplinary Approaches*. Cambridge: University Press.
- Arts, Wil, und John Gelissen*, 2002: Three Worlds of Welfare Capitalism or more? A State-of-the-Art Report. *Journal of European Social Policy* 12: S. 137-158.
- Attas, Daniel*, 2009: A Transgenerational Difference Principle. S. 189-218 in: *Gosseries, Axel, und Lukas H. Meyer* (Hg.), *Intergenerational Justice*. Oxford: Oxford University Press.
- Auerbach, Alan, Jagadeesh Gokhale und Laurence J. Kotlikoff*, 1991: Generational Accounts: A Meaningful Alternative to Deficit Accounting. *Tax Policy and Economy* 5: S. 55-110.
- Auspurg, Katrin, Thomas Hinz und Stefan Liebig*, 2009a: Komplexität von Vignetten, Lerneffekte und Plausibilität im Faktoriellen Survey. *Methoden, Daten, Analysen* 3: S. 59-96.
- Auspurg, Katrin, Thomas Hinz, Stefan Liebig und Carsten Sauer*, 2009b: Auf das Design kommt es an. Experimentelle Befunde zu komplexen Settings in faktoriellen Surveys. *soFid Methoden und Instrumente in den Sozialwissenschaften* 2009/2: S. 23-39.
- Auspurg, Katrin, Thomas Hinz, Stefan Liebig und Carsten Sauer*, 2011: Wie unplausibel darf es sein? Der Einfluss von Designmerkmalen auf das Antwortverhalten in Faktoriellen Surveys. S. 12 Seiten in: *Soeffner, Hans-Georg* (Hg.), *Kongressband des 34. Kongresses der DGS*. Wiesbaden: Springer VS.
- Axelrod, Robert*, 1988: Die Evolution der Kooperation. München.
- Baas, Timo, Herbert Brücker, Johann Fuchs, Elmar Hönekopp, Markus Promberger, Dennis Söhnlein, Ulrich Wenzel und Werner Winkler*, 2009: Internationale Migration: Umfang, Qualifikationsstruktur und Arbeitsmarktwirkungen. S. 237-282 in: *Möller, Joachim, und Ulrich Walwei* (Hg.), *Handbuch Arbeitsmarkt 2009*. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

- Bacchetta, Phillipe, und Eric Van Wincoop, 2000: Capital Flows to Emerging Markets: Liberalization, Overshooting, and Volatility. S. 61-105 in: *Sebastian, Edwards* (Hg.), Capital flows and the emerging economies: theory, evidence, and controversies. Chicago: University of Chicago Press.
- Bach, Stefan, 2010: Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz: Öffentliche Armut, privater Reichtum. DIW Wochenbericht 50/2010.
- Bach, Stefan, und Bernd Bartholomai, 2002: Perspektiven der Vermögensbesteuerung. Berlin. Hans-Böckler-Stiftung.
- Bach, Stefan, und Viktor Steiner, 2007: Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen. Reale Zuwächse nur für Reiche. DIW Wochenbericht 13/2007: S. 193-198.
- Bäcker, Gerhard, 2004: Die Frage nach der Generationengerechtigkeit: Zur Zukunftsfähigkeit der umlagefinanzierten Rentenversicherung. DRV Schriften 51: S. 12-31.
- Bäcker, Gerhard, Martin Brüssig, Andreas Jansen, Matthias Knuth und Jürgen Nordhause-Janz, 2009: Zur Entwicklung des Arbeitsangebots und die Erfahrungen zur Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktpolitik gegenüber Älteren. S. 301-357 in: *Bäcker, Gerhard, Martin Brüssig, Andreas Jansen, Matthias Knuth und Jürgen Nordhause-Janz* (Hg.), Ältere Arbeitnehmer. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Backes, Gertrud M., Wolfgang Clemens und Harald Künemund, 2004: Lebensformen und Lebensführung im Alter - objektive und subjektive Aspekte des Alter(n)s. S. 7-24 in: *Backes, Gertrud M., Wolfgang Clemens und Harald Künemund* (Hg.), Lebensformen und Lebensführung im Alter. Wiesbaden: VS Verlag.
- Barr, Nicholas, 1993: The Economics of the Welfare State. Oxford: Oxford University Street.
- Barr, Nicholas, 2002: Reforming Pensions: Myths, Truths, and Policy Choices. International Social Security Review 55: S. 3-36.
- Barr, Nicholas, und Peter Diamond, 2009: Reforming Pensions: Principles, Analytical Errors and Policy Directions. International Social Security Review 62: S. 5-29.
- Barr, Nicolas, und Peter Diamond, 2008: Reforming Pensions: Principles and Policy Choices. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Barry, Brian, 1978: Circumstances of Justice and Future Generations. S. in: *Sikora, R. I., und Brian Barry* (Hg.), Obligations to Future Generations. Philadelphia: Temple University.
- Barry, Brian, 1989: Justice as Reciprocity. S. 211-241 in: *Barry, Brian* (Hg.), Liberty and Justice. Oxford: Oxford University Press.
- Barry, Brian, 1999: Sustainability and Intergenerational Justice. S. 93-117 in: *Dobson, Andrew* (Hg.), Fairness and Futurity. Essays on Environmental Sustainability. Oxford: Oxford University Press.
- Beck, Michael, und Karl-Dieter Opp, 2001: Der faktorielle Survey und die Messung von Normen. KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 53: S. 283-306.
- Beck, Ulrich, 1983: Jenseits von Stand und Klasse. Soziale Welt, Sonderband 2: S. 35-47.
- Becker, Gary S., 1964: Human Capital. New York: Columbia University Press.
- Beckermann, Wilfried, 2006: The Impossibility of a Theory of Intergenerational Justice. S. 53-71 in: *Tremmel, Jörg Chet* (Hg.), Handbook of Intergenerational Justice. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Beckert, Jens, 2001: Die Kritik am Marktliberalismus als einer Konzeption "guter Gesellschaft". S. in: *Mayer, Karl Ulrich* (Hg.), Die beste aller Welten? Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat. Frankfurt: Campus.
- Bell, Daniel, 2009: Communitarianism. S. in: *Zalta, Edward N.* (Hg.), The Stanford Encyclopedia of Philosophy.
- Benz, Matthias, und Alois Stutzer, 2003: Was erklärt die steigenden Managerlöhne? Die Unternehmung 57/1: S. 5-19.
- Berger, Joseph, Morris Zelditch, Bo Anderson und Bernard P. Cohen, 1972: Structural Aspects of Distributive Justice: A Status Value Formulation. S. 119-146 in: *Berger, Joseph, Morris Zelditch und Bo Anderson* (Hg.), Sociological Theories in Progress. Volume 2. Boston: Houghton Mifflin.
- Berkel, B., A. Börsch-Supan, A. Ludwig und J. Winter, 2004: Sind die Probleme der Bevölkerungsalterung durch eine höhere Geburtenrate lösbar? Perspektiven der Wirtschaftspolitik 5: S. 71-90.
- Bernoulli, Daniel, 1738 (1954): Exposition of a New Theory on the Measurement of Risk. Econometrica 22: S. 23-36.
- Bertelsmann-Stiftung, 2010: European Lifelong Learning Indicators. Bertelsmann Stiftung.
- Berthold, Norbert, und Eric Thode, 1998: Globalisierung - Drohendes Unheil oder schöpferische Kraft für den Sozialstaat? S. in: *Knappe, Eckhard, und Norbert Berthold* (Hg.), Ökonomische Theorie der Sozialpolitik. Heidelberg: Physica Verlag.
- Beshears, John, James Choi, David Laibson, Brigitte C. Madrian und Brian Weller, 2010: Public Policy and Saving for Retirement: The "autosave" Features of the Pension Protection Act of 2006. S. 274-290 in: *Siegfried, John J.* (Hg.), Better living through economics. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- BiB, 2011: Jugend-, Alten- und Gesamtquotient in Deutschland, 1871 bis 2060. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

- Birg, Herwig*, 2001: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München: Beck.
- Birg, Herwig*, 2005: 100 Jahre Geburtenrückgang. FAZ. Frankfurt a. M. 43: 41.
- Birg, Herwig, und Axel Börsch-Supan*, 1999: Für eine neue Aufgabenverteilung zwischen gesetzlicher und privater Altersvorsorge. Eine demografische und ökonomische Analyse. Gutachten für den Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft.
- Birnbacher, Dieter*, 1977: Rawls' "Theorie der Gerechtigkeit" und das Problem der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Zeitschrift für philosophische Forschung 31: S. 385-401.
- Birnbacher, Dieter*, 2009: What Motivates us to Care for the Distant Future. S. 273-300 in: *Gosseries, Axel, und Lukas H. Meyer* (Hg.), Intergenerational Justice. New York: Oxford University Press.
- Bismarck, Otto von*, 1884: Reichstagsrede vom 15. März 1884.
- Blau, Peter M., und Otis Dudley Duncan*, 1967: The American Occupational Structure. New York. John Wiley & Sons.
- Blekesaune, Morten*, 2007: Economic Conditions and Public Attitudes to Welfare Policies. European Sociological Review 23: S. 393-403.
- Blekesaune, Morten, und Jill Quadagno*, 2003: Public Attitudes toward Welfare State Policies. European Sociological Review 19: S. 415-427.
- Blome, Agnes, Wolfgang Keck und Jens Alber*, 2008: Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat: Lebensbedingungen und Einstellungen von Altersgruppen im internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag.
- BMAS*, 2008: Lebenslagen in Deutschland. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin. Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- BMAS*, 2009: Statistisches Taschenbuch 2009. Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Boeri, Tito, Axel Börsch-Supan und Guido Tabellini*, 2001: Would You Like to Shrink the Welfare State? The Opinions of European Citizens. Economic Policy 32: S. 7-50.
- Boeri, Tito, Axel Börsch-Supan und Guido Tabellini*, 2002a: Pension Reforms and the Opinions of European Citizens. The American Economic Review 92: S. 396-401.
- Boeri, Tito, Axel Börsch-Supan und Guido Tabellini*, 2002b: Would You Like to Reform the Pension System? The Opinions of European Citizens: Sonderforschungsbereich 504.
- Boeri, Tito, Axel Börsch-Supan und Guido Tabellini*, 2004: How Would You Like to Reform Your Pension System? The Opinions of German and Italian citizens. The Politics and Finance of Social Security Reform.
- Bohman, James*, 2011: Children and the Rights of Citizens: Nondomination and Intergenerational Justice. The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science 633: S. 128-140.
- Boldrin, Michele, Juan J. Dolado, Juan F. Jimeno, Franco Peracchi, Friedrich Breyer und Raquel Fernández*, 1999: The Future of Pensions in Europe. Economic Policy 14: S. 289-320.
- Bomsdorf, Eckart*, 2004: Horizontale, vertikale und diagonale Gerechtigkeit – Anmerkungen zur Messung von Generationengerechtigkeit in der Alterssicherung. DRV Schriften 51: S. 85-93.
- Bonin, Holger*, 2001: Generational Accounting: Theory and Application. Berlin: Springer.
- Bonin, Holger, Marc Schneider, Hermann Quinke und Tobias Arens*, 2007: Zukunft von Bildung und Arbeit: Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2020. IZA Research Reports 9.
- Börsch-Supan, Axel*, 2000a: Rentabilitätsvergleiche im Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren. Mannheim. Institut für Volkswirtschaftslehre und Statistik.
- Börsch-Supan, Axel*, 2000b: Rentabilitätsvergleiche im Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren: Konzepte, empirische Ergebnisse, sozialpolitische Konsequenzen. Mannheim. Institut für Volkswirtschaftslehre und Statistik der Universität Mannheim.
- Börsch-Supan, Axel*, 2010: Generationengerechtigkeit in der Alterssicherung. DRV Schriften 89: S. 47-52.
- Börsch-Supan, Axel, Alexander Ludwig und Joachim Winter*, 2003: Ageing, the German Rate of Return and Global Capital Markets. Deutsche Bank Research - Current Issues - Demography Special.
- Bosch, Gerhard, und Sebastian Schief*, 2005: Die Beschäftigung Älterer in Europa zwischen Vorruhestand und „Work-Line“. Arbeit 14/4: S. 275-290.
- Boudon, Raymond*, 1998: Limitations of Rational Choice Theory. American Journal of Sociology 104: S. 817-828.
- Boyd, Robert, und Peter J. Richerson*, 2005: The Origin and Evolution of Cultures. New York: Oxford University Press.
- Braun, Dietmar*, 1999: Theorien Rationalen Handelns in der Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung. Opladen: Leske und Budrich.
- Braun, Reiner, Ulrich Pfeiffer und Lorenz Thomschke*, 2011: Erben in Deutschland: Volumen, Verteilung und Verwendung. Köln. Deutsches Institut für Altersvorsorge.

- Braun, Reiner, Florian Burger, Meinhard Miegel, Ulrich Pfeiffer und Karsten Schulte, 2002: Erben in Deutschland: Volumen, Psychologie und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. Köln: Deutsches Institut für Altersvorsorge.
- Brenke, Karl, 2010: Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht. DIW Wochenbericht 46/2010: S. 1-15.
- Brenke, Karl, 2011: Einkommensumverteilung schwächt privaten Verbrauch. DIW Wochenbericht 8/2011: S. 1-12.
- Brennan, Andrew, 2005: Generations, Justice between. S. 330 in: *Honderich, Ted* (Hg.), *The Oxford Companion to Philosophy*. Oxford: Oxford University Press.
- Breyer, Friedrich, 2000: Kapitaldeckungs- versus Umlageverfahren. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 1: S. 383-405.
- Breyer, Friedrich, 2010: Rentenversicherung zwischen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft* 99: S. 569-583.
- Breyer, Friedrich, und Klaus Stolte, 1999: The Political Feasibility of Pension Reform in the Light of Demographic Change1. S. 79-90 in: *Müller, Katharina, Andreas Ryll und Hans-Jürgen Wagener* (Hg.), *Transformation of social security: pensions in Central-Eastern Europe*. Heidelberg: Physica Verlag.
- Breyer, Friedrich, und Stefan Hupfeld, 2010: On the Fairness of Early Retirement Provisions. *German Economic Review* 11: S. 60-77.
- Brüderl, Josef, 2004: Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland und Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 19: S. 3-10.
- Bryk, Anthony S., und Stephen W. Raudenbush, 1992: *Hierarchical Linear Models: Applications and Data Analysis Methods*. Newbury Park: Sage.
- Buchter, Heike, 2010: Vallejo ist pleite. *Die Zeit*. Zeitverlag. 34/2010.
- Bundesregierung, 2003: Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RVNachhaltigkeitgesetz).
- Bundestagsdrucksache, 2007: 16/3399. Berlin. Deutscher Bundestag.
- Butterwegge, Christoph, und Michael Klundt, 2002: *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit*. Opladen: Leske+Budrich.
- Butzer, Hermann, 2001: *Fremdlasten in der Sozialversicherung*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Buunk, Abraham P., und Frederick X. Gibbons, 2007: Social Comparison: The End of a Theory and the Emergence of a Field. *Organizational Behavior and Human Decision Processes* 102: S. 3-21.
- BverfGE, 87: Trümmerfrauenurteil vom 7. Juli 1992: 1.
- BverfGE, 103: Pflegeversicherungsurteil vom 3. April 2001: 242ff und 266ff.
- Carnap, Rudolf, 1959: *Induktive Logik und Wahrscheinlichkeit*. Wien: Springer.
- Castillo, Juan Carlos, 2010: *The Legitimacy of Economic Inequality. An Empirical Approach to the Case of Chile*. Boca Raton, Florida: Dissertation.com.
- Chapman, Gretchen B., und Eric J. Johnson, 1999: Anchoring, Activation, and the Construction of Values. *Organizational Behavior and Human Decision Processes* 79: S. 115-153.
- Choi, James J., David Laibson, Brigitte C. Madrian und Andrew Metrick, 2002: Defined Contribution Pensions: Plan Rules, Participant Choices, and the Path of Least Resistance. S. in: *Poterba, James M.* (Hg.), *Tax Policy and the Economy*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Christoph, Bernhard, Gaele Jardin, Bodo Lippl, Gunnar Stark und Bernd Wegener, 1997: Dokumentation für den deutschen Teil des International Social Justice Project. Replikation 1996. ISJP Arbeitsbericht Nr. 37.
- Coleman, James S., 1973: *The Mathematics of Collective Action*. London: Heinemann.
- Converse, Philip E., 2004: The Nature of Belief Systems in Mass Public. S. 181-199 in: *Jost, John T., und Jim Sidanius* (Hg.), *Political Psychology. Key Readings*. New York: Psychology Press.
- Cook, Karen S., und Karen A. Hegtvedt, 1983: Distributive Justice, Equity, and Equality. *Annual Review of Sociology* 9: S. 217-241.
- Corneo, Giacomo, Matthias Keese und Carsten Schröder, 2007: Erhöht die Riester-Förderung die Sparneigung von Geringverdienern?
- Corsten, Michael, 1999: The Time of Generations. *Time & Society* 8: S. 249-272.
- Cowen, Tyler, und Derek Parfit, 1992: Against the Social Discount Rate. S. 144-161 in: *Laslett, Peter, und James S. Fishkin* (Hg.), *Justice Between Age Groups and Generations*. New Haven: Yale University Press.
- Crotty, James, und Gerald Epstein, 1999: A Defense of Capital Controls in Light of the Asian Financial Crisis. *Journal of Economic Issues* 33: S. 427-434.
- Czada, R., 1998: Vereinigungskrise und Standortdebatte. Der Beitrag der Wiedervereinigung zur Krise des westdeutschen Modells. *Leviathan* 1: S. 24-59.
- Dahrendorf, Ralf, 1972 (1955): *Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft*. München: Piper.

- Dallinger, Ursula*, 2009: Der nützliche und der moralische Wohlfahrtsstaat. S. 209-234 in: (Hg.), *Die Solidarität der modernen Gesellschaft*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dallinger, Ursula, und Stefan Liebig*, 2004: Gerechtigkeit zwischen den Generationen in der wohlfahrtsstaatlichen Alterssicherung. S. 97-131 in: *Liebig, Stefan, Holger Lengfeld und Steffen Mau* (Hg.), *Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Daniels, Norman*, 2008: Reflective Equilibrium. S. in: *Zalta, Edward N.* (Hg.), *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*.
- Davidson, Pamela, Susanne Steinmann und Bernd Wegener*, 1995: The Caring But Unjust Women? A Comparative Study of Gender Differences in Perceptions of Social Justice in Four Countries. S. 285–319 in: *Kluegel, James R., David S. Mason und Bernd Wegener* (Hg.), *Social justice and political change: public opinion in capitalist and post-communist states*. Berlin: De Gruyter.
- Davis, Kingsley, und Wilbert E. Moore*, 1945: Some Principles of Stratification. *American Sociological Review* 10: S. 242-249.
- Day, Christine L.*, 1990: *What older Americans think. Interest Groups and Aging Policy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- De-Shalit, Avner*, 1995: *Why Posterity Matters. Environmental Policies and Future Generations*. London: Routledge.
- de Tocqueville, Alexis*, 1984 (1835/1840): *Über die Demokratie in Amerika*. München: dtv.
- Della Fave, L. Richard*, 1980: The Meek Shall Not Inherit the Earth: Self-Evaluation and the Legitimacy of Stratification. *American Sociological Review* 45: S. 955-971.
- Destatis*, 2006: *Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*. Wiesbaden. Statistisches Bundesamt.
- Destatis*, 2007a: Pressemitteilung Nr. 394 vom 27.09.2007 - Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen seit 1991 um fast 23% gestiegen. Statistisches Bundesamt.
- Destatis*, 2007b: Pressemitteilung Nr. 413 vom 12. 10. 2007. Wiesbaden. Statistisches Bundesamt Deutschland.
- Destatis*, 2007c: *Familien in Deutschland. Ergänzende Tabellen zur Pressekonferenz am 28. November 2007 in Berlin. ergebnisse des Mikrozensus. Tabelle 3*. Berlin. Statistisches Bundesamt.
- Destatis*, 2008a: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Empfängerinnen und Empfänger insgesamt am Jahresende 2008 nach Geschlecht und Quoten. Statistisches Bundesamt.
- Destatis*, 2008b: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Empfängerinnen und Empfänger nach Ländern insgesamt, durchschnittlichen Beträgen, Einkommen und Nettoanspruch - Jahresende 2008. Statistisches Bundesamt.
- Destatis*, 2009a: Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers nach dem Haushaltstyp. Statistisches Bundesamt.
- Destatis*, 2009b: Inlandsproduktberechnung - Lange Reihen ab 1970 - Fachserie 18 Reihe 1.5 -2009. Lange Reihen.
- Destatis*, 2009c: *Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*. Wiesbaden. Statistisches Bundesamt.
- Destatis*, 2010: *Wanderungen Deutschland. Lange Reihen*. Statistisches Bundesamt.
- Deutsch, Morton*, 1975: Equity, Equality, and Need. What Determines which Value will be used as the Basis for Distributive Justice. *Journal of Social Issues* 31: S. 137-150.
- Deutsche Bundesbank*, 2000: Monatsbericht November 2000. Deutsche Bundesbank.
- Deutscher Bundestag*, 2002: Schlussbericht der Equête-Kommission Demografischer Wandel. Berlin. Deutscher Bundestag.
- Deutscher Bundestag*, 2006: Unterrichtung durch die Bundesregierung. ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Versicherungsbericht 2005 und Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2005 und zum Alterssicherungsbericht 2005. Bundesregierung. Berlin. 16/906.
- Diamond, Peter*, 1996: Generational Accounts and Generational Balance: An Assessment. *National Tax Journal* 49: S. 597-607.
- Dierksmeier, Claus*, 2006: John Rawls and the Rights of Future Generations. S. 72-85 in: *Generationen, Stiftung für die rechte zukünftiger* (Hg.), *Handbook of Intergenerational Justice*. Cheltenham.
- Dingeldey, Irene*, 2001: European Tax Systems and their Impact on Family Employment Patterns. *Journal of Social Policy* 30: S. 653-672.
- Dombois, R.*, 1999: Der schwierige Abschied vom Normalarbeitsverhältnis. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B37/99: S. 13-20.
- Dorbritz, Jürgen, und Kerstin Ruckdeschel*, 2009: Die langsame Annäherung - Demografisch relevante Einstellungsunterschiede und der Wandel in den Lebensformen in West- und Ostdeutschland. S. 261-294 in: *Cassens, Insa, Marc Luy und Rembrandt Scholz* (Hg.), *Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Dörre, Klaus*, 2006: Prekäre Arbeit. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ihre sozialen Folgen. *Arbeit* 1/15: S. 181-193.
- Douglas, Mary*, 1970: *Natural Symbols: Explorations in Cosmology*. New York: Pantheon Books.
- Douglas, Mary*, 1982: Cultural Bias. S. 183-254 in: *Douglas, Mary* (Hg.), *In the Active Voice*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Douglas, Mary*, 1996: *Thought Styles*. London: Sage.
- DRV*, 2004: Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der nicht beitragsgedeckten Leistungen und der Bundesleistungen an die Rentenversicherung vom 13. August 2004. *Deutsche Rentenversicherung* 10/2004: S. 569-585.
- DRV*, 2009: *Rentenversicherung in Zeitreihen 2009*. DRV-Schriften Band 22. Berlin. Deutsche Rentenversicherung Bund.
- DRV*, 2010a: Entwicklung des Beitragssatzes in der allgemeinen Rentenversicherung. *Deutsche Rentenversicherung*.
- DRV*, 2010b: *Rentenversicherung in Zahlen 2010*. Statistik der Deutschen Rentenversicherung. Berlin. Deutsche Rentenversicherung Bund.
- DRV*, 2010c: *Rentenversicherung in Zeitreihen 2010*. Berlin: Deutsche Rentenversicherung Bund.
- Dülmer, Hermann*, 2007: Experimental Plans in Factorial Surveys: Random or Quota Design? *Sociological Methods & Research* 35: S. 382-409.
- Dworkin, Ronald*, 2000: *Sovereign Virtue. The Theory and Practice of Equality*. Cambridge: Harvard University Press.
- Eichhorst, Werner*, 2006: Beschäftigung Älterer in Deutschland: Der unvollständige Paradigmenwechsel. IZA Discussion Paper No. 1985. Bonn: IZA.
- Elster, Jon*, 1992: *Local Justice. How Institutions Allocate Scarce Goods and Necessary Burdens*. New York: Cambridge University Press.
- Elster, Jon*, 1995: The Empirical Study of Justice. S. 81-98 in: *Miller, David, und Michael Walzer* (Hg.), *Pluralism, Justice and Equality*. Oxford: Oxford University Press.
- Epstein, Gerald A., und Arjun Jayadev*, 2005: The Rise of Rentier Incomes in OECD Countries: Financialization, Central Bank Policy and Labor Solidarity. S. 46-76 in: *Epstein, Gerald A.* (Hg.), *Financialization and the world economy*. Northampton Massachusetts: Edward Elgar Publishing.
- Epstein, Larry G.*, 1980: Decision Making and the Temporal Resolution of Uncertainty. *International Economic Review* 21: S. 269-283.
- Esping-Andersen, Gösta, und Sebastian Sarasa*, 2002: The Generational Conflict Reconsidered. *Journal of European Social Policy* 12: S. 5-21.
- Esping-Andersen, Gösta*, 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gösta*, 1999: *Social Foundations of Postindustrial Economies*. New York: Oxford University Press.
- Esser, Hartmut*, 1993: *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Eurostat*, 2011a: Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber. Eurostat.
- Eurostat*, 2011b: Statistiken.
- Evans, M., und J. Kelley*, 1998: Subjective Social Class. International and Individual Level Differences in 21 Countries 1987-1997. International Sociological Association, Research Committee in Social Stratification and Mobility. Taiwan.
- Falk, Armin*, 2003: Homo Oeconomicus versus Homo Reciprocans: Ansätze für ein neues Wirtschaftspolitisches Leitbild? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 4: S. 141-172.
- Fasang, Anette Eva*, 2010: Retirement: Institutional Pathways and Individual Trajectories in Britain and Germany. *Sociological Research Online* 15.
- FDZ-RV*, Rentenbestand 2005: *SUF Rentenbestand 2005*. Deutsche Rentenversicherung.
- Fechner, Gustav T.*, 1877: *In Sachen der Psychophysik*. Leipzig: Breitkopf und Härtel.
- Fehr, Ernst, und Gächter Simon*, 2000: Fairness and Retaliation: The Economics of Reciprocity. *The Journal of Economic Perspectives* 14: S. 159-181.
- Feist, Karen, und Bernd Raffelhüschien*, 2000: Möglichkeiten und Grenzen der Generationenbilanzierung. *Wirtschaftsdienst* 80: S. 440-447.
- Feng, Wang*, 2005: Can China Afford to Continue its One-Child Policy? *Analysis from the East-West Center* 77.
- Fernandez, Raquel, und Dani Rodrik*, 1994: Resistance to Reform: Status Quo Bias in the Presence of Individual-Specific Uncertainty. S. 371-386 in: *Perrson, Torsten, und Guido Enrico Tabellini* (Hg.), *Monetary and Fiscal Policy*. Cambridge, Massachusetts: MIT Press.
- Ferrera, Maurizio*, 1996: The 'Southern Model' of Welfare in Social Europe. *Journal of European Social Policy* 6: S. 17-37.
- Festinger, Leon*, 1954: A Theory of Social Comparison Processes. *Human Relations* 7: S. 117-140.
- Festinger, Leon*, 1957: *A Theory of Cognitive Dissonance*. Evanston, Illinois: Row Peterson.

- Fishkin, James S.*, 1992: The Limits of Intergenerational Justice. S. 62-84 in: *Laslett, Peter, und James S. Fishkin* (Hg.), *Justice between Age Groups and Generations*. New Haven: Yale University Press.
- Förg, Michael, Dieter Frey, Friedrich Heinemann, Eva Jonas, Waldemar Rotfuß, Eva Traut-Mattausch und Peter Westerheide*, 2007: *Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit*. Mannheim/München/Duisburg/Salzburg.
- French, Kenneth, und James Poterba*, 1991: Investor Diversification and International Equity Markets. *American Economic Review* 81: S. 222-226.
- Frerich, Johannes, und Martin Frey*, 1993: *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. von der vorindustriellen Zeit bis zum Ende des dritten Reichs*. München: Oldenbourg.
- Frick, Joachim R., und Markus Grabka*, 2009: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. *DIW Wochenbericht* 4/2009: S. 54-67.
- Frick, Joachim R., und Markus Grabka*, 2010: Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit - aber große vermögenskonzentration bleibt bestehen. *DIW Wochenbericht* 3/2010: S. 2-12.
- Frohlich, Norman, und Joe Oppenheimer*, 1992: *Choosing Justice*. Berkeley: University of California Press.
- Frohlich, Norman, Joe A. Oppenheimer und Cheryl L. Eavey*, 1987a: Choices of Principles of Distributive Justice in Experimental Groups. *American Journal of Political Science* 31: S. 606-636.
- Frohlich, Norman, Joe A. Oppenheimer und Cheryl L. Eavey*, 1987b: Laboratory Results on Rawls's Distributive Justice. *British Journal of Political Science* 17: S. 1-21.
- Fuchs, Dieter, und Gerd Zirka*, 2010: Arbeitsmarktbilanz bis 2025: Demografie gibt die Richtung vor. *IAB Kurzbericht* 12/2010: S. 1-8.
- Fuchs, Johann, und Doris Söhnlein*, 2007: Einflussfaktoren auf das Erwerbspersonenpotenzial. Demografie und Erwerbsverhalten in Ost- und Westdeutschland, *IAB DiscussionPaper* 12.
- Gabriel, Oscar W.*, 1997: *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich.
- Gangl, Markus*, 1997: Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat in den alten und neuen Bundesländern. S. in: *Müller, Walter* (Hg.), *Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Strukturen, Bewußtsein und Politik*. Opladen: Leske und Budrich.
- Gartner, Hermann, und Thomas Hinz*, 2009: Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit in Betrieben, Berufen und Jobzellen (1993–2006). *Berliner Journal für Soziologie* 19: S. 557-575.
- Geißler, Rainer, und Thomas Meyer*, 2002: Struktur und Entwicklung der Bevölkerung. S. 49-80 in: *Geißler, Rainer* (Hg.), *Die Sozialstruktur Deutschlands*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gerlitz, Jean-Yves, Kai Mühleck und Scheller Percy*, 2007: Zur Erhebung von Gerechtigkeitsideologien mit Bezug zur Altersvorsorge. Dokumentation der Instrumentenentwicklung für das ISJP 2006. *ISJP-Arbeitsbericht* 117. Berlin. Humboldt-Universität.
- Giesecke, Johannes, und Roland Verwiebe*, 2008: Die Zunahme der Lohnungleichheit in der Bundesrepublik. *Zeitschrift für Soziologie* 37: S. 403-422.
- Gigerenzer, Gerd*, 1996: On Narrow Norms and Vague Heuristics: A Reply to Kahneman and Tversky. *Psychological Review* 103: S. 592-596.
- Gigerenzer, Gerd, und Henry Brighton*, 2009: Homo Heuristicus: Why Biased Minds Make Better Inferences. *Topics in Cognitive Science* 1: S. 107-143.
- Gigerenzer, Gerd E., und Reinhard E. Selten*, 2001: *Bounded Rationality: The Adaptive Toolbox*. Cambridge, MA: The MIT Press.
- Gilligan, Carol, und Jane Attanucci*, 1994: Two Moral Orientations: Gender Differences and Similarities. *Merrill-Palmer Quarterly* 34: S. 223–237.
- Gintis, Herbert, Samuel Bowles, Robert Boyd und Ernst Fehr* (Hg.), 2005: *Moral Sentiments and Material Interests*. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press.
- Goldstein, Harvey*, 1995: *Multilevel Statistical Models*. London: Arnold.
- Gollwitzer, Mario, Detlef Fetchenhauer, Anna Baumert, Thomas Schlösser und Manfred Schmitt*, 2009: Soziale Gerechtigkeit. S. 175-195 in: *Goldschmidt, Nils, und Hans G. Nutzinger* (Hg.), *Vom homo oeconomicus zum homo culturalis: Handlung und Verhalten in der Ökonomie*. Kulturelle Ökonomie 8. Münster: LIT Verlag.
- Goodin, Robert E.*, 1988: *Reasons for Welfare. The Political Theory of the Welfare State*. Princeton: Princeton University Press.
- Goodin, Robert E.*, 1993: Moral Atrophy of the Welfare State. *Policy Sciences* 26: S. 63-78.
- Goodin, Robert E., Bruce Heady, Ruud Muffels und Henk-Jan Driven*, 1999: *The Real Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gosepath, Stefan*, 2004: *Gleiche Gerechtigkeit. Grundlagen eines liberalen Egalitarismus*. Suhrkamp Verlag: Frankfurt a. M.
- Gosseries, Axel*, 2005: Generationengerechtigkeit und Finanzierung der Altersrenten. *Soziale Sicherheit* CHSS 5: S. 300-305.

- Gosseries, Axel, 2009: Three Models of Intergenerational Reciprocity. S. 119-146 in: *Gosseries, Axel, und Lukas H. Meyer* (Hg.), *Intergenerational Justice*. New York: Oxford University Press.
- Grabka, Markus M., und Joachim R. Frick, 2008: Schrumpfende Mittelschicht. Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen. DIW Wochenbericht 10/2008: S. 101-108.
- Groh-Samberg, Olaf, 2009: Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Wiesbaden: VS Verlag.
- Groß, Martin, 2009: Markt oder Schließung? Zu den Ursachen der Steigerung der Einkommensungleichheit. *Berliner Journal für Soziologie* 19: S. 499-530.
- Gutwald, Rebecca, Ortrud Leßmann, Torsten Masson und Felix Rauschmayer, 2011: The Capability Approach to Intergenerational Justice: A Survey. UFZ-Diskussionspapiere. Leipzig. Helmholtz Centre for Environmental Research. 8/2011.
- Hagist, Christian, Bernd Raffelhüschen und Olaf Weddige, 2006: Brandmelder der Zukunft. Die Generationenbilanz 2004. Diskussionsbeiträge. Freiburg. Forschungszentrum Generationenverträge. 12.
- Hagist, Christian, Stefan Moog und Bernd Raffelhüschen, 2008: Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz. Update 2008: Migration und Nachhaltigkeit. Diskussionsbeiträge. Freiburg. Forschungszentrum Generationenverträge. 30.
- Hagist, Christian, Matthias Heidler, Bernd Raffelhüschen und Jörg Schoder, 2007: Die Generationenbilanz - Brandmelder der Zukunft. Update 2007: Demografie trifft Konjunktur. Freiburg. Forschungszentrum Generationenverträge.
- Hamann, Silke, Astrid Karl und Carsten Ullrich, 2001: Entsolidarisierung? Leistungen für Arbeitslose im Urteil von Erwerbstätigen. Frankfurt: Campus.
- Hamilton, William Donald, 1964: The Genetical Evolution of Social Behavior. I and II. *Journal of Genetical Biology* 7: S. 1-52.
- Hauser, Richard, 2007: Soziale Gerechtigkeit in Deutschland – Zieldimensionen und empirische Befunde am Beispiel der Generationengerechtigkeit. S. 136-167 in: *Empter, Stefan, und Robert B. Vehrkamp* (Hg.), *Soziale Gerechtigkeit - eine Bestandsaufnahme*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Hauser, Richard, 2009: Neue Armut im Alter. *Wirtschaftsdienst* 89: S. 248-256.
- Hauss, Kalle, Tatjana Mika und Bernd Wegener, 2001: Dokumentation für den deutschen Teil des International Social Justice Project. Replikation 2000. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 75. Berlin. Humboldt-Universität.
- Häußermann, Hartmut, und Walter Siebel, 1995: Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haveman, Robert, 1994: Should Generational Accounts Replace Public Budgets and Deficits? *The Journal of Economic Perspectives* 8: S. 95-111.
- Hayek, Friedrich v., 1976: *The Mirage of Social Justice*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Hegtvædt, Karen A., 2006: Justice Frameworks. S. 46-69 in: *Burke, Peter J.* (Hg.), *Contemporary social psychological theories*. Stanford, California: Stanford University Press.
- Heien, Thorsten, 2002: Wohlfahrtsansprüche der Bürger und sozialpolitische Realität in Europa. Berlin: Logos Verlag.
- Heinemann, Friedrich, Michael Förg, Dieter Frey, Eva Jonas, Waldemar Rotfuß und Eva Traut-Mattausch, 2008: Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit. Baden-Baden: Nomos.
- Heinze, Rolf G., und Wolfgang Streeck, 2003: Optionen für den Einstieg in den Arbeitsmarkt oder: Ein Lehrstück für einen gescheiterten Politikwechsel. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 72: S. 25-35.
- Helmert, Uwe, W. Voges und T. Sommer, 2002: Soziale Einflussfaktoren für die Mortalität von männlichen Krankenversicherten in den Jahren 1989 bis 2000. *Gesundheitswesen* 64: S. 3,10.
- Hesketh, Therese, Li Lu und Zhu Wei Xing, 2005: The Effect of China's One-Child Family Policy after 25 Years. *New England Journal of Medicine* 353: S. 1171-1176.
- Heubach, Andrea, 2008: Generationengerechtigkeit. Herausforderung für die zeitgrnössische Ethik. Göttingen: V&R unipress.
- Heyd, David, 1994: *Genethics: Moral Issues in the Creation of People*. Berkeley: University of California Press.
- Himmelreicher, Ralf K., und Dina Frommert, 2006: Gibt es Hinweise auf zunehmende Ungleichheit der Alterseinkünfte und zunehmende Altersarmut? *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 75: S. 108-130.
- Hinrichs, Karl, 2004: Alterssicherungspolitik in Deutschland. Zwischen Kontinuität und Paradigmenwechsel. S. 266-286 in: *Styckow, Petra, und Jürgen Beyer* (Hg.), *Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik*. Wiesbaden: VS - Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hinsch, Wilfried (Hg.), 1992: *John Rawls. Die Idee des politischen Liberalismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hinz, Thomas, und Hermann Gartner, 2005: Geschlechtsspezifische Unterschiede in Branchen, Berufen und Betrieben. *Zeitschrift für Soziologie* 34: S. 22-39.
- Hirschman, Albert O., 1970: *Exit, Voice, and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Hochschild, Jennifer L., 1981: *What's fair? American Beliefs About Distributive Justice*. Cambridge: Harvard University Press.

- Hockerts, Hans Günter*, 1980: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957. Stuttgart.
- Höffe, Otfried*, 1989: Normative Gerontologie. Der tauschtheoretische Entwurf einer neuen Disziplin der Sozialethik. S. 135-148 in: *Furger, Franz* (Hg.), Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften. 30. Band. Münster: Verlage Regensburg.
- Höffe, Otfried*, 1999: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. München: C. H. Beck.
- Höffe, Otfried*, 2002 (1996): Soziale Gerechtigkeit als Tausch. S. 456-465 in: *Horn, Christoph, und Nico Scarano* (Hg.), Philosophie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Holzmann, Robert*, 2000: The World Bank Approach to Pension Reform. *International Social Security Review* 53: S. 11-34.
- Homans, George C.*, 1961: Social Behaviour. Its Elementary Forms. London: Routledge & Kegan Paul.
- Homans, George C.*, 1967: Fundamental Social Processes. S. 29-78 in: *Smelser, Neil J.* (Hg.), *Sociology: An Introduction*. New York: John Wiley.
- Homans, George C.*, 1974: Social Behavior. Its Elementary Forms. New York: Harcourt Brace Jovanovich.
- Homans, George C.*, 1976: Commentary. S. 231-244 in: *Berkowitz, Leonard, und Elaine Walster* (Hg.), *Advances in Experimental Social Psychology*, Vol. 9. Equity Theory: Toward a General Theory of Social Interaction. New York: Academic Press.
- Homburg, S.*, 1988: Theorie der Alterssicherung: Springer.
- Horn, Christoph, und Nico Scarano* (Hg.), 2002: Philosophie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Howarth, Richard B.*, 1992: Intergenerational Justice and the Chain of Obligation. *Environmental Values* 1: S. 133-140.
- Howse, Kenneth*, 2007: Updating the Debate on Intergenerational Fairness in Pension Reform. *Social Policy & Administration* 41: S. 50-64.
- Hox, Joop J., und Ita G. G. Kreft*, 1994: Multilevel Analysis Methods. *Sociological Methods Research* 22: S. 283-299.
- Hox, Joop J., Ita Kreft und Piet Hermkens*, 1991: The Analysis of Factorial Surveys. *Sociological Methods and Research* 19: S. 493-510.
- Hradil, Stefan*, 2008: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel. S. 89-123 in: *Gabriel, Oscar W., und Sabine Kropp* (Hg.), *Die EU-Staaten im Vergleich*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Immergut, Ellen M., Karen M. Anderson und Isabelle Schulze*, 2007: *The Handbook of West European Pension Politics*. New York: Oxford University Press.
- Inglehart, Ronald*, 1971: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. *The American Political Science Review* 65: S. 991-1017.
- Inglehart, Ronald*, 1990: *Culture Shift in Advanced Society*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald*, 1998: Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Inglehart, Ronald, und Wayne E. Baker*, 2000: Modernization, Cultural Change, and the Persistence of Traditional Values. *American Sociological Review* 65: S. 19-51.
- Jackman, Mary R., und Michael J. Muha*, 1984: Education and Intergroup Attitudes: Moral Enlightenment, Superficial Democratic Commitment, or Ideological Refinement? *American Sociological Review* 49: S. 751-769.
- Jacobs, Alan M., und J. Scott Matthews*, 2008: Does Timing Matter? Intertemporal Policy Choice and the Mass Public. Political Science Association Annual Conference. Vancouver, B. C.
- Jacowitz, Karen E., und Daniel Kahneman*, 1995: Measures of Anchoring in Estimation Tasks. *Personality and Social Psychology Bulletin* 21: S. 1161-1166.
- Jaeger, Mads Meier*, 2009: United But Divided: Welfare Regimes and the Level and Variance in Public Support for Redistribution. *European Sociological Review* 25: S. 723-737.
- Jann, Ben*, 2003: Lohngerechtigkeit und Geschlechterdiskriminierung: Experimentelle Evidenz. Unveröffentlichtes Manuskript an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich.
- Jasso, Guillermina*, 1978: On the Justice of Earnings. A New Specification of the Justice Evaluation Function. *American Journal of Sociology* 83: S. 1398-1419.
- Jasso, Guillermina*, 1980: A New Theory of Distributive Justice. *American Sociological Review* 45: S. 3-32.
- Jasso, Guillermina*, 1983a: Social Consequences of the Sense of Distributive Justice: Small-group Applications. S. 243-294 in: *Messick, David M., und Karen S. Cook* (Hg.), *Equity Theory. Psychological and Sociological Perspectives*. New York: Praeger.
- Jasso, Guillermina*, 1983b: Fairness of Individual Rewards and Fairness of the Reward Distribution: Specifying the Inconsistency between the Micro and the Macro Principles of Justice. *Social Psychology Quarterly* 46: S. 185-199.

- Jasso, Guillermina, 1989: The Theory of the Distributive-Justice Force in Human Affairs: Analyzing the Three Central Questions. S. 354-387 in: *Berger, Joseph, Morris Zelditch Jr. und Bo Anderson* (Hg.), *Sociological Theories in Progress. New Formulations*. Newbury Park: Sage.
- Jasso, Guillermina, 1990: Methods for the Theoretical and Empirical Analysis of Comparison Processes. *Sociological Methodology* 20: S. 369-419.
- Jasso, Guillermina, 1993: Choice and Emotion in Comparison Theory. *Rationality and Society* 5: S. 231-274.
- Jasso, Guillermina, 1994: Assessing Individual and Group Differences in the Sense of Justice. Framework and Application to Gender Differences in the Judgement of the Justice of Earnings. *Social Science Research* 23: S. 368-406.
- Jasso, Guillermina, 2000: Trends in the Experience of Injustice: Justice Indexes About Earnings in Six Societies. *Social Justice Beliefs in Transition: Eastern and Central Europe 1991-1996. Special Volume of Social Justice Research* 13: S. 101-121.
- Jasso, Guillermina, 2001: Comparison Theory. *Handbook of sociological theory*: S. 669-698.
- Jasso, Guillermina, 2006a: Factorial Survey Methods for Studying Beliefs and Judgements. *Sociological Methods & Research* 34: S. 334-423.
- Jasso, Guillermina, 2006b: Homans and the Study of Justice. S. 203-227 in: *Treviño, Javier A.* (Hg.), *George C. Homans: History, Theory, and Method*. Colorado: Paradigm Press.
- Jasso, Guillermina, 2007: Studying Justice. Measurement, Estimation, and Analysis of A and C. IZA Discussion Paper No 2592. Bonn. IZA.
- Jasso, Guillermina, und Peter H. Rossi, 1977: Distributive Justice and Earned Income. *American Sociological Review* 42: S. 639-651.
- Jasso, Guillermina, und Murray Webster Jr, 1997: Double Standards in Just Earnings for Male and Female Workers. *Social Psychology Quarterly* 60: S. 66-78.
- Jasso, Guillermina, und Karl-Dieter Opp, 1997: Probing the Character of Norms: A Factorial Survey Analysis of the Norms of Political Action. *American Sociological Review* 62: S. 947-964.
- Jasso, Guillermina, und Bernd Wegener, 1997: Methods for Empirical Justice Analysis. Part 1. Framework, Models, Quantities. *Social Justice Research* 10: S. 393-429.
- Jasso, Guillermina, und Murray Webster Jr, 1999: Assessing the Gender Gap in Just Earnings and Its Underlying Mechanisms. *Social Psychology Quarterly* 62: S. 367-380.
- Jost, John T., und Mahzarin R. Banaji, 1994: The Role of Stereotyping in System-Justification and the Production of False Consciousness. *British Journal of Social Psychology* 33: S. 1-27.
- Jost, John T., und Brenda Major (Hg.), 2001: *The Psychology of Legitimacy*. New York: Cambridge University Press.
- Jost, John T., und Orsolya Hunyady, 2005: Antecedents and Consequences of System-Justifying Ideologies. *Current Directions in Psychological Science* 14: S. 260-265.
- Jost, John T., Diana Burgess und Christina O. Mosso, 2001: Conflicts of Legitimation among Self, Group, and System: The Integrative Potential of System Justification Theory. S. 363-388 in: *Jost, John T., und Brenda Major* (Hg.), *The Psychology of Legitimacy*. New York: Cambridge University Press.
- Jost, John T., Mahzarin R. Banaji und Brian A. Nosek, 2004: A Decade of System Justification Theory: Accumulated Evidence of Conscious and Unconscious Bolstering of the Status Quo. *Political Psychology* 25: S. 881-919.
- Kahneman, Daniel, und Amos Tversky, 1979: Prospect Theory. An Analysis of Decision under Risk. *Econometrica* 47: S. 263-292.
- Kahneman, Daniel, Jack L. Knetsch und Richard H. Thaler, 1986: Fairness as a Constraint on Profit Seeking: Entitlements in the Market. *The American Economic Review* 76: S. 728-741.
- Kahneman, Daniel, Jack L. Knetsch und Richard H. Thaler, 1991: Anomalies. The Endowment Effect, Loss Aversion and Status Quo Bias. *Journal of Economic Perspectives* 5: S. 193-206.
- Karl, Astrid, Carsten Ullrich und Ulrike Wössner, 1998: Akzeptanz und Akzeptabilität wohlfahrtsstaatlicher Institutionen. Überlegungen zur systembedingten Akzeptanz von Leistungssystemen bei Arbeitslosigkeit. *Zeitschrift für Soziologie Jahrgang* 27: S. 454-469.
- Kaufmann, Franz-Xaver, 2005: Gibt es einen Generationenvertrag? S. 161-182 in: *Kaufmann, Franz-Xaver* (Hg.), *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Kaufmann, Franz-Xaver, Klaus P. Strohmeier und Gero Federkeil, 1992: *Wirkungen politischen Handelns auf den Bevölkerungsprozess*. Boppard am Rhein: Boldt-Verlag.
- Kelsen, Hans, 2000 (1953): *Was ist Gerechtigkeit?* Stuttgart: Reclam.
- Kersting, Wolfgang, 2000a: Probleme der politischen Philosophie des Sozialstaats. S. 17-92 in: *Kersting, Wolfgang* (Hg.), *Politische Philosophie des Sozialstaats*. Weilerwist: Velbrück Wissenschaft.
- Kersting, Wolfgang, 2000b: *Theorien der sozialen Gerechtigkeit*. Stuttgart: Metzler.
- Kersting, Wolfgang, 2001: *John Rawls. Zur Einführung*. Hamburg: Junius.

- Kersting, Wolfgang, 2003: Gerechtigkeit. S. 105-136 in: *Lessenich, Stephan* (Hg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Kim, Chang-Jin, und Charles R. Nelson, 1999: Has the US Economy Become More Stable? A Bayesian Approach Based on a Markov-Switching Model of the Business Cycle. *Review of Economics and Statistics* 81: S. 608-616.
- Kim, Pil Ho, 2004: Political Preferences and Attitudes Towards the Welfare State: Cross-National Comparison of Germany, Sweden, the U.S. and Japan. *Comparative Sociology* 3: S. 321-349.
- Kingson, Eric R., und John B. Williamson, 1993: The Generational Equity Debate: A Progressive Framing of a Conservative Issue *Journal of Aging & Social Policy* 5.
- Kirkmayer, Laurence J., Christopher Fletcher und Lucy J. Boothroyd, 1998: Suicide among the Inuit of Canada. S. 189-211 in: *Leenaars, Antoon A., Susanne Wenckstern, Isaac Sakinofsky, Ronald J. Dyck, Michael Kral und Roger C. Bland* (Hg.), *Suicide in Canada*. Toronto: University of Toronto Press.
- Kistler, Ernst, und Patrick Widmann, 2003: Die gesetzliche Rentenversicherung im Spiegel der Meinungsforschung. Zusammenstellung und Einschätzung von Umfrage-Ergebnissen zu Rente(n) und Altersvorsorge. Stadtbergen: inifes.
- Kitschelt, Herbert, 2001: Partisan Competition and Welfare State Retrenchment. S. 265-302 in: *Pierson, Paul* (Hg.), *The new politics of the welfare state*. Oxford: Oxford University Press.
- Kittel, Bernhard, Herbert Obinger und Uwe Wagschal, 2000: Determinanten der Konsolidierung und Expansion des Wohlfahrtsstaates im internationalen Vergleich. Universität Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.
- Klein, Thomas, und Johannes-Georg Schilling, 1994: Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Eine empirische Analyse. *Politische Vierteljahresschrift* 35: S. 607-630.
- Kliemt, Hartmut, 2007: Wirtschaftsethik. Frankfurt a. M. Frankfurt School of Finance and Management.
- Kluegel, James R., 1986: Beliefs about Inequality: Americans' View of What is and What Ought to Be. New York: Aldine de Gruyter.
- Kluegel, James R., 1989: Perceptions of Justice in the U.S.: Split Consciousness Among the American Public. Conference on Perception of Social Justice in East and West. Dubrovnik.
- Kluegel, James R., und Masaru Miyano, 1995: Justice Beliefs and Support for the Welfare State in Advanced Capitalism. S. 81-105 in: *Kluegel, James R., David S. Mason und Bernd Wegener* (Hg.), *Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States*. New York: Walter de Gruyter.
- Köcher, Renate, 2003: Die Schimäre Generationengerechtigkeit. Eine Dokumentation des Beitrags in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 239 vom 15. Oktober 2003. . Allensbach. Institut für Demoskopie Allensbach.
- Kohl, Jürgen, 2003: Breite Zustimmung für Beibehaltung des Rentenniveaus auch bei steigenden Beiträgen. Einstellungen zur Alterssicherung im europäischen Vergleich. *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 29: S. 1-7.
- Kohl, Jürgen, 2007: Einstellungen zur Alterssicherung im europäischen Vergleich. S. in: *Becker, Ullrich, Franz-Xaver Kaufmann, Bernd Baron von Maydell, Winfried Schmähl und Hans Zacher* (Hg.), *Festschrift für Franz Ruland*. Nomos Baden-Baden.
- Kohler, Hans-Peter, Francesco C. Billari und José Antonio Ortega, 2002: The Emergence of Lowest-Low Fertility in Europe During the 1990s. *Population and Development Review* 28: S. 641-680.
- Kohli, Martin, 1994: Institutionalisierung und Individualisierung der Erwerbsbiographie. S. 201-218 in: *Beck, Ulrich, und Elisabeth Beck-Gernsheim* (Hg.), *Risikante Freiheiten*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Kohli, Martin, 2002: Generationengerechtigkeit ist mehr als Rentenfinanzierung. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 35: S. 129-138.
- Kohli, Martin, 2003: Der institutionalisierte Lebenslauf: ein Blick zurück und nach vorn. S. 525-545 in: *Allmendinger, Jutta* (Hg.), *Entstaatlichung und soziale Sicherheit*. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002/31. Opladen: Leske + Budrich.
- Kohli, Martin, 2006: Aging and Justice. S. 456-478 in: *Binstock, Robert H., und Linda K. George* (Hg.), *Aging and the Social Sciences*. Amsterdam: Academic Press.
- Kohli, Martin, Harald Künemund und Andreas Motel-Klingebiel, 2003: Do Private Intergenerational Transfers Increase Social Inequality in Middle Adulthood? Evidence from the German Aging Survey. Research Report 72. Berlin. Research Group on Aging and the Life Course (FALL), Freie Universität Berlin.
- Kohli, Martin, Harald Künemund, Andrea Schäfer, Jürgen Schupp und Claudia Vogel, 2006: Erbschaften und ihr Einfluss auf die Vermögensverteilung. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 75. Jahrgang: S. 58-76.
- Kohn, Melvin L. (Hg.), 1989: Cross National Research in Sociology. Newbury Park: Sage Publications.
- Kommission für Zukunftsfragen, 1998: Bericht der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Sachsen und Bayern.

- König, Wolfgang, Paul Lüttinger und Walter Müller, 1988: A Comparative Analysis of the Development and Structure of Educational Systems. Casmin Project. Universität Mannheim: Institut für Sozialwissenschaften.
- Koriat, Asher, Sarah Lichtenstein und Baruch Fischhoff, 1980: Reasons for Confidence. *Journal of Experimental Psychology: Human Learning and Memory* 6: S. 107-118.
- Kotlikoff, Laurence J., 1992: *Generational Accounting*. New York: The Free Press.
- Kracht, Hermann, 2004: Renaturalisierung sozialer Ungleichheiten? Zu Wolfgang Kerstings vergeblicher Hoffnung, auf dem Weg von John Rawls über Robert Nozick zu einer liberalen Sozialstaatsphilosophie zu gelangen. *Politische Vierteljahresschrift* 45: S. 395-413.
- Kreft, Ita, und Jan de Leeuw, 1998: *Introducing Multilevel Modelling*: Sage.
- Kreidl, M., 2000: A Comparison of Perceptions of Poverty and Health in Western and Post-Communist Countries. *Social Justice Beliefs in Transition: Eastern and Central Europe 1991-1996 Special Volume of Social Justice Research* 13: S. 151-176.
- Krömmelbein, Silvia, Roland Bieräugel und Oliver Nüchter, 2007: Einstellungen zum Sozialstaat. Repräsentative Querschnittsuntersuchung zu grundsätzlichen gesundheits- und sozialpolitischen Einstellungen in der Bevölkerung 2005. Opladen: Barbara Budrich.
- Krüger, Jürgen, 1999: Wohlfahrtsstaatliche Entsolidarisierung? Soziologische Diagnosen im Lichte repräsentativer Umfragen. *Zeitschrift für Sozialreform* 45. Jahrgang: S. 269-302.
- Krüger, Jürgen, 2001: Schwindet die wohlfahrtsstaatliche Solidarität? *Sozialer Fortschritt* 50. Jahrgang: S. 156-162.
- Krugman, Paul R., und Maurice Obstfeld, 2009: *Internationale Wirtschaft: Theorie und Politik der Außenwirtschaft*. München: Pearson Studium.
- Kuhfeld, Warren F., 2005: *Marketing Research in SAS*. Cary, NC: SAS Institute.
- Kumhof, Michael, und Romain Rancière, 2010: Inequality, Leverage and Crises. IMF Working Paper 10/268.
- Künemund, Harald, und Claudia Vogel, 2008: Erbschaften und ihre Konsequenzen für die soziale Ungleichheit. S. 221-231 in: Künemund, Harald, und Klaus R. Schroeter (Hg.), *Soziale Ungleichheiten und kulturelle Unterschiede in Lebenslauf und Alter*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Künemund, Harald, Andreas Motel-Klingebiel und Martin Kohli, 2005: Do Intergenerational Transfers from Elderly Parents Increase Social Inequality among their Middle-Aged Children? Evidence from the German Aging Survey. *The Journals of Gerontology Series B: Psychological Sciences and Social Sciences* 60: S. S30.
- Laibson, David I., Andrea Repetto, Jeremy Tobacman, Robert E. Hall, William G. Gale und George A. Akerlof, 1998: Self-Control and Saving for Retirement. *Brookings Papers on Economic Activity* 1998: S. 91-196.
- Lampert, Heinz, und Jörg Althammer, 2004: *Lehrbuch der Sozialpolitik*. Berlin: Springer.
- Lampert, Thomas, Lars e. Kroll und Annalena Dunkelberg, 2007: Soziale Ungleichheit der Lebenserwartung in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42: S. 11-18.
- Lane, Robert E., 1986: Market Justice, Political Justice. *American political Science Review* 80: S. 383-402.
- Laslett, Peter, 1992: Is There a Generational Contract? S. in: Laslett, Peter, und James S. Fishkin (Hg.), *Justice between Age Groups and Generations*. New Haven: Yale University Press.
- Laslett, Peter, und James S. Fishkin (Hg.), 1992: *Justice between Age Groups and Generations*. New Haven, Connecticut: Yale University Press.
- Lauterbach, Karl, Markus Lünen, Björn Stollenwerk, Andreas Gerber und Gabriela Klever-Deichert, 2006: Zum Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung. *Studien zu Gesundheit, Medizin und Gesellschaft* 2006 1/2006.
- Lauterbach, Wolfgang, 2009: Vermögensforschung und Sozialer Wandel. Anmerkungen zu einer Soziologie des „Reichtums und Vermögens“. S. 119-134 in: Druyen, Thomas, Wolfgang Lauterbach und Matthias Grundmann (Hg.), *Reichtum und Vermögen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lee, Felix, 2011: Die japanische Malaise. *Zeit Online*. Hamburg: Zeit Verlag.
- Lee, Ross, 1977: The Intuitive Psychologist and his Shortcomings: Distortions in the Attribution Process. S. 173-220 in: Leonard, Berkovitz (Hg.), *Advances in Experimental Social Psychology* 10. New York: Academic Press.
- Legewie, Joscha, 2008: Zum Einfluss regionaler Arbeitslosigkeit auf Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 60: S. 287-314.
- Legewie, Joscha, Jean-Yves Gerlitz, Kai Mühleck, Percy Scheller, Simone Schneider, Markus Schrenker und Bernd Wegener, 2007: *Dokumentation des International Social Justice Project 2006 für Deutschland*. ISJP Technical Report 118. Berlin: Humboldt-Universität.
- Leisering, Lutz, 2002: Entgrenzung und Remoralisierung Alterssicherung und Generationenbeziehungen im globalisierten Wohlfahrtskapitalismus. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 35: S. 343-354.

- Leisering, Lutz*, 2004: Paradigmen sozialer Gerechtigkeit. Normative Diskurse im Umbau des Sozialstaats. S. 29-68 in: *Liebig, Stefan, Holger Lengfeld und Steffen Mau* (Hg.), Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt a. M.: Campus.
- Leitner, Susanne, Ilona Ostner und Margit Schratzenstaller* (Hg.), 2004: Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden: VS Verlag.
- Lengfeld, Holger, und Jochen Hirschle*, 2009: Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984—2007. *Zeitschrift für Soziologie* 38/5: S. 379-398.
- Lengfeld, Holger, Stefan Liebig und Alfredo Märker*, 2002: Politisches Engagement, Protest und die Bedeutung sozialer Ungerechtigkeit. S. 243-364 in: *Liebig, Stefan, und Holger Lengfeld* (Hg.), Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung normativer und empirischer Perspektiven. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lepsius, M. Rainer*, 1979: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. S. 166-209 in: *Wehler, Hans-Ulrich* (Hg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lerner, Melvin, und Dale T. Miller*, 1978: Just World Research and the Attribution Process: Looking Back and Ahead. *Psychological Bulletin* 85: S. 1030-1051.
- Lerner, Melvin J.*, 1975: The Justice Motive in Social Behavior: Introduction. *Journal of Social Issues* 31: S. 1-19.
- Lerner, Melvin J.*, 1980: The Belief in a Just World. New York: Plenum Press.
- Lerner, Melvin J.*, 1981: The Justice Motive in Social Relations: Some Thoughts on What We Know and Need to Know about Justice. S. 11-38 in: *Lerner, Melvin J., und Sally C. Lerner* (Hg.), The Justice Motive in Social Behavior. New York: Plenum Press.
- Lerner, Melvin J., und C. H. Simmons*, 1966: Observer's Reaction to the "Innocent Victim": Compassion or Rejection. *Journal of Personality and Social Psychology* 4: S. 203-210.
- Leventhal, Gerald S.*, 1976: The Distribution of Rewards and Resources in Groups and Organizations. S. 91-131 in: *Berkowitz, Leonard, und Elaine Walster* (Hg.), Advances in Experimental Social Psychology. New York: Academic Press.
- Lewin-Epstein, Noah, Amit Kaplan und Asaf Levanon*, 2003: Distributive Justice and Attitudes Towards the Welfare State. *Social Justice Research* 16: S. 1-27.
- Lewis, Lionel S.*, 1964: Class and the Perception of Class. *Social Forces* 42: S. 336-340.
- Liebig, Stefan*, 1997: Soziale Gerechtigkeitsforschung und Gerechtigkeit in Unternehmen. München: Rainer Hampp Verlag.
- Liebig, Stefan*, 2004: Empirische Gerechtigkeitsforschung. Überblick über aktuelle Modelle der psychologischen und soziologischen Gerechtigkeitsforschung. ISGF-Arbeitsbericht 41.
- Liebig, Stefan*, 2005: Wann ist ein Steuersystem gerecht? Einstellungen zu allgemeinen Prinzipien der Besteuerung und zur Gerechtigkeit der eigenen Steuerlast. *Zeitschrift für Soziologie* 34: S. 468-491.
- Liebig, Stefan*, 2006: Gerechtigkeit zwischen den Generationen - was die Leute denken. Trier: 36.
- Liebig, Stefan, und Bernd Wegener*, 1995: Primäre und Sekundäre Ideologien. Ein Vergleich von Gerechtigkeitsvorstellungen in Deutschland und den USA. S. 265-293 in: *Müller, Hans Peter, und Bernd Wegener* (Hg.), Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Opladen: Leske und Budrich.
- Liebig, Stefan, und Bernd Wegener*, 1999: Protest und Verweigerung. Die Folgen sozialer Ungerechtigkeit in Deutschland. S. 263-298 in: *Schmitt, Manfred, und Leo Montada* (Hg.), Gerechtigkeitserleben im wiedervereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.
- Liebig, Stefan, und Steffen Mau*, 2002: Einstellungen zur sozialen Mindestsicherung. Ein Vorschlag zur differenzierten Erfassung normativer Urteile. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54: S. 109-134.
- Liebig, Stefan, und Jürgen Schupp*, 2004: Entlohnungsgerechtigkeit in Deutschland? Hohes Ungerechtigkeitsempfinden bei Managergehältern. *DIW Wochenbericht* 71: S. 725-730.
- Liebig, Stefan, und Percy Scheller*, 2007: Gerechtigkeit zwischen den Generationen. *Berliner Journal für Soziologie* 17: S. 301-321.
- Liebig, Stefan, und Jürgen Schupp*, 2008: Immer mehr Erwerbstätige empfinden ihr Einkommen als ungerecht. *DIW Wochenbericht* 31/2008: S. 434-440.
- Liebig, Stefan, Carsten Sauer und Jürgen Schupp*, 2011: Die wahrgenommene Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens: Geschlechtstypische Muster und die Bedeutung des Haushaltskontextes. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 63: S. 33-59.
- Lindenberg, Siegwart*, 1985: An Assessment of the New Political Economy: Its Potential for the Social Sciences and for Sociology in Particular. *Sociological Theory* 3: S. 99-114.
- Lindenberg, Siegwart*, 2001a: Social Rationality as a Unified Model of Man (Including Bounded Rationality). *Journal of Management and Governance* 5: S. 239-251.

- Lindenberg, Siegwart, 2001b: Social Rationality versus Rational Egoism. S. 635-668 in: Turner, Jonathan H. (Hg.), Handbook of sociological theory. New York: Kluwer Academic/Plenum Publishers.
- Lindenberg, Siegwart, 2006: How Social Psychology Can Build Bridges to the Social Sciences by Considering Motivation, Cognition, and Constraints Simultaneously. S. 151-157 in: Van Lange, Paul A. M. (Hg.), Bridging Social Psychology: Benefits of Transdisciplinary Approaches. Lawrence Erlbaum.
- Lippl, Bodo, 2003: Sozialer Wandel, wohlfahrtsstaatliche Arrangements und Gerechtigkeitsäußerungen im internationalen Vergleich. Dissertationsschrift. Berlin. Philosophische Fakultät III. Humboldt-Universität.
- Lissowski, Grzegorz, Tadeusz Tyszka und Włodzimierz Okrasa, 1991: Principles of Distributive Justice. Journal of Conflict Resolution 35: S. 98-119.
- Loewenstein, George, und Richard H. Thaler, 1989: Anomalies: Intertemporal Choice. The Journal of Economic Perspectives 3: S. 181-193.
- Longman, Phillip, 1987: Born to Pay. The New Politics of Aging in the USA. Boston: Houghton Mifflin.
- Lück, Detlev, 2009: Der zögernde Abschied vom Patriarchat. Der Wandel von Geschlechterrollen im internationalen Vergleich. Berlin: Edition Sigma.
- Luhmann, Niklas, 1991: Positives Recht und Ideologie. S. 178-203 in: (Hg.), Soziologische Aufklärung. Leske + Budrich: Opladen.
- Lukács, Georg, 1923: Geschichte und Klassenbewusstsein.
- Lukes, Steven, 1996: On Trade-Offs between Values. S. 36-49 in: Farina, Francesco, Frank Hahn und Stefano Vanucci (Hg.), Ethics, Rationality, and Economic Behaviour. Oxford.
- MacIntyre, Alasdair, 1984: After Virtue. Notre Dame: University of Notre Dame Press.
- MacIntyre, Alasdair, 1995 (1984): Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mack, Joanne, und Stewart Lansley, 1985: Poor Britain. London: London University Press.
- Mackenroth, Gerhard, 1952: Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan. Schriften des Vereins für Sozialpolitik 4.
- Maes, Jürgen, 1994: Blaming the Victim: Belief in Control or Belief in Justice? Social Justice Research 7: S. 69-90.
- Major, Brenda, 1993: Gender, Entitlement and the Distribution of Family Labor. Journal of Social Issues 49: S. 141-159.
- Mannheim, Karl, 1928: Das Problem der Generation. Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7: S. 157-185.
- Markowsky, Barry, 1988: Anchoring Justice. Social Psychology Quarterly 51: S. 213-224.
- Marmot, Michael, 2004: Status Syndrome. London: Bloomsbury.
- Marquardt, Marko, und Wolfgang Peters, 1997: Collective Madness: How Ageing Influences Majority Voting on Public Pensions. Discussion Paper 79. Europa-Universität Viadrina.
- Marschallek, Christian, 2004: Die "schlichte Notwendigkeit" privater Altersvorsorge. Zur Wissenssoziologie der deutschen Rentenpolitik. Zeitschrift für Soziologie 33: S. 285-302.
- Marshall, Gordon, Adam Swift, David Routh und Carole Burgoyne, 1999: What Is and What Ought to Be. Popular Beliefs About Distributive Justice in Thirteen Countries. Eur Sociol Rev 15: S. 349-367.
- Marx, Karl, und Friedrich Engels, 2009 (1872): Manifest der Kommunistischen Partei. Zittau: Bernd Müller Verlag.
- Maslow, A., 1954: Motivation and Personality. New York: Harper & Row.
- Mau, Steffen, 2002: Wohlfahrtsregimes als Reziprozitätsarrangements. Versuch einer Typologisierung. Berliner Journal für Soziologie 12: S. 345-364.
- Mauss, Marcel, 1968: Die Gabe: Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Meadows, Dennis L., Donella H. Meadows, Peter Milling und Erich Zahn, 1972: Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Merkel, W., 2001: Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Berliner Journal für Soziologie 11: S. 135-157.
- Meyer, Lukas, 2006: Gerechtigkeit, intergenerationelle. S. 401-405 in: Gosepath, Stefan, Wilfried Hinsch und Beate Rössler (Hg.), Handbuch der politischen Philosophie und Sozialphilosophie. Berlin: Walter de Gruyter.
- Meyer, Lukas, 2010: Intergenerational Justice. S. in: Zalta, Edward N. (Hg.), Stanford Encyclopedia of Philosophy.
- Michael, Robert T., und Gary S. Becker, 1973: On the New Theory of Consumer Behavior. The Swedish Journal of Economics 75: S. 378-396.
- Mientus, Franziska, 2006: Zur Quantifizierung wiedervereinigungsinduzierter Kosten und Transfers in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Mannheim. Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel.

- Mikula, Gerold, 1998: Division of Household Labor and Perceived Justice. *Social Justice Reserach* 11: S. 215-242.
- Mikula, Gerold, 2002: Gerecht und ungerecht: Eine Skizze der sozialpsychologischen Gerechtigkeitsforschung. S. 257-278 in: *Held, Martin, Gisela Kubon-Gilke und Richard Sturn* (Hg.), *Gerechtigkeit als Voraussetzung für effizientes Wirtschaften*. Marburg: Metropolis.
- Miles, D., und A. Timmermann, 1999: Risk Sharing and Transition Costs in the Reform of Pension Systems in Europe. *Economic Policy* 14: S. 251-286.
- Miles, David K., 2000: Funded and Unfunded Pension Schemes: Risk, Reutrn and Welfare. SSRN eLibrary Working Paper Series No. 239.
- Miller, JoAnn L., Peter H. Rossi und E. Simpson Jon, 1986: Perceptions of Justice: Race and Gender Differences in Judgments of Appropriate Prison Sentences. *Law & Society Review* 20: S. 313-334.
- Mincer, Jacob, 1958: Investment in Human Capital and Personal Income Distribution. *The Journal of Political Economy* 66: S. 281-302.
- Mincer, Jacob, 1974: *Schooling, Experience and Earnings*. New York: Columbia University Press.
- Mischel, Walter, Yuichi Shoda und Monica L. Rodriguez, 1989: Delay of Gratification in Children. *Science* 244: S. 933-938.
- Montada, Leo, und Melvin Lerner, 1998: *Responses to Victimizations and Belief in a Just World*. New York: Plenum Press.
- Moore, George E., 1903: *Principia Ethica*.
- Motel-Klingebiel, Andreas, Clemens Tesch-Römer und Hans-Joachim von Kondratowitz, 2005: Welfare States do not Crowd out the Family: Evidence for mixed Responsibility from Comparative Analysis. *Ageing & Society* 25: S. 863-882.
- Mühleck, Kai, 2003: Stabilität von Einstellungen - Gerechtigkeitsideologien im ISJP-Panel 2000-2002. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 97. Berlin.
- Mühleck, Kai, 2007: *Gerechtigkeit und Wahlverhalten. Gerechtigkeitswahrnehmung und Gerechtigkeitseinstellungen als Motive politischen Handelns*. Dissertationsschrift. Berlin: Philosophische Fakultät III. Humboldt-Universität.
- Mühleck, Kai, und Bernd Wegener, 2004a: *Generationengerechtigkeit: Forschungsstand und Forschungsperspektiven*. Berlin. ISJP.
- Mühleck, Kai, und Bernd Wegener, 2004b: *Generationengerechtigkeit: Forschungsstand und Forschungsperspektiven*. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 109. Berlin. Humboldt-Universität zu Berlin.
- Mühleck, Kai, und Percy Scheller, 2008: Gerechtigkeitsideologien in der Altersvorsorge. S. in: *Glöckner-Rist, Angelika* (Hg.), *ZUMA Informationssystem. Elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente*. Mannheim: ZUMA.
- Mühleck, Kai, und Bernd Wegener, 2008: Stability of Value Orientations. The Case of Justice Ideologies. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 135. Berlin. Humboldt-Universität.
- Müller, Hans Peter, 1995: Soziale Differenzierung und makrosoziologische Gerechtigkeit. Ein Vergleich von Max Weber und Michael Walzer. S. 135-155 in: *Müller, Hans Peter, und Bernd Wegener* (Hg.), *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*. Leverkusen: Leske und Budrich.
- Müller, Hans Peter, und Bernd Wegener, 1995: Die Soziologie vor der Gerechtigkeit. Konturen einer soziologischen Gerechtigkeitsforschung. S. 7-42 in: *Müller, Hans Peter, und Bernd Wegener* (Hg.), *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*. Opladen: Leske und Budrich.
- Münz, Rainer, und Ralf E. Ulrich, 2007: *Online-Handbuch Demografie*. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Musgrave, Richard, 1986: *Public Finance in a Democrate Society*. New York: New York University Press.
- Mussweiler, Thomas, 2007: Assimilation and Contrast as Comparison Effects: A Selective Accessibility Model. S. 165-185 in: *Stapel, Diederik A., und Suls; Jerry* (Hg.), *Assimilation and contrast in social psychology*. New York: Psychology Press.
- Mussweiler, Thomas, und Fritz Strack, 2000: Numeric Judgments under Uncertainty: The Role of Knowledge in Anchoring. *Journal of Experimental Social Psychology* 36: S. 495-518.
- Myles, John, 2002: A New Social Contract for the Elderly? Why we need a new welfare state 1: S. 130-173.
- Myles, John, 2003: What Justice Requires: Pension Reform in Ageing Societies. *Journal of European Social Policy* 13: S. 264-269.
- Myles, John, und Paul Pierson, 2001: The Comparative Political Economy of Pension Reform. S. 305-333 in: *Pierson, Paul* (Hg.), *The new politics of the welfare state*. New York: Oxford University Press.
- Netzer, Andreas, 2000: Familien. S. 297-320 in: *Allmendinger, Jutta, und Wolfgang Ludwig-Mayerhofer* (Hg.), *Soziologie des Sozialstaats*. Weinheim: Juventa.
- Noll, Heinz-Herbert, und Stefan Weick, 2005: Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen. *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 33: S. 1-6.

- Notestein, Frank W., 1945: Population - The Long View. S. in: *Schultz, Theodore W.* (Hg.), Food for the World. Chicago: University of Chicago Press.
- Nozick, Robert, 1974: Anarchy, State and Utopia. Oxford: Blackwell.
- Nozick, Robert, 2002 (1974): Anarchie, Staat, Utopia. S. 387-401 in: *Horn, Christoph, und Nico Scarano* (Hg.), Philosophie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Nüchter, Oliver, Roland Bieräugel, Florian Schipperges, Wolfgang Glatzer und Alfons Schmid, 2008: Einstellungen zum Sozialstaat II. Akzeptanz der sozialen Sicherung und der Reform der Renten- und Pflegeversicherung 2006. Opladen: Barbara Budrich
- Nuernbergk, Christian, 2006: Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie. S. 159-178 in: *Röttger, Ulrike* (Hg.), PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nullmeier, Frank, 2004: Generationengerechtigkeit - aus politikwissenschaftlicher Sicht. DRV Schriften 51: S. 65-73.
- Nullmeier, Frank, 2007: Verfehlte Debatten. Wirtschaftsdienst 3: S. 155-158.
- Nullmeier, Frank, und Sonja Wrobel, 2005: Gerechtigkeit und Demographie. S. 21-41 in: *Kerschbaumer, Judith, und Wolfgang Schroeder* (Hg.), Sozialstaat und demographischer Wandel. Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherung. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Nullmeier, Frank, Franz Ruland und Wilfried Schmähl, 2008: Alterssicherung im Umbruch. ZeS-Arbeitspapier 02/2008. Bremen. Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen.
- Nunner-Winkler, Gertrud, 2008a: Die Entwicklung des moralischen und rechtlichen Bewusstseins von Kindern und Jugendlichen. Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 2: S. 146-154.
- Nunner-Winkler, Gertrud, 2008b: Weibliche Moral: Geschlechterdifferenzen im Moralverständnis? S. 81-87 in: *Becker, Ruth, und Beate Kortendiek* (Hg.), Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nussbaum, Martha, und Amartya Sen (Hg.), 1993: The Quality of Life: Clarendon Press Oxford.
- Obinger, Herbert, Uwe Wagschal und Bernhard Kittel (Hg.), 2003: Politische Ökonomie. Opladen: Leske und Budrich.
- Öchsner, Thomas, 2010: "Schön, schöner, geschönt". Sueddeutsche.de. München. Süddeutsche Zeitung.
- OECD, 2007a: Education at a Glance.
- OECD, 2007b: Pensions at a Glance. Public Policies Across OECD Countries. OECD.
- OECD, 2010a: OECD Population Pyramids.
- OECD, 2010b: Bildung auf einen Blick 2010. Paris. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
- OECD, 2010c: Employment Outlook 2010. OECD. OECD.
- OECD, 2011: Social Expenditure - Aggregated Data. OECD StatExtracts.
- Offe, Claus, 1984: Contradictions of the Welfare State. London: Hutchinson & Co.
- Offe, Claus, 1990: Akzeptanz und Legitimität strategischer Optionen in der Sozialpolitik. S. 179-202 in: *Sachße, Christoph, und Tristram Engelhardt* (Hg.), Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Offe, Claus, und Karl Hinrichs, 1977: Sozialökonomie des Arbeitsmarktes und die Lage „benachteiligter“ Gruppen von Arbeitnehmern. S. 3-61 in: *Offe, Claus* (Hg.), Opfer des Arbeitsmarktes. Neuwied-Darmstadt: Luchterhand.
- Ogburn, William F., 1973: The Hypothesis of Cultural Lag. S. 447-480 in: *Etzioni, Amitai, und Eva Etzioni-Halevy* (Hg.), Social Change. Sources, Patterns and Consequences. New York: Basic Books.
- Okun, Arthur M., 1975: Equality and Efficiency. The Big Tradeoff. Washington D. C.
- Olson, M. Jr., 1965: The Logic of Collective Action. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Opielka, Michael, 2004: Grundrente in Deutschland: Sozialpolitische Analysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Orszag, Peter R. , und Joseph E. Stiglitz, 1999: Rethinking Pension Reform: Ten Myths About Social Security Systems. New Ideas About Old Age Security. Bank, The World. Washington D.C. The World Bank.
- Ostner, Ilona, 1995: Arm ohne Ehemann. Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. Aus Politik und Zeitgeschichte B 36-37: S. 3-12.
- Parfit, Derek, 1984: Reasons and Persons. Oxford: Calderon Press.
- Parfit, Derek, 1997: Equality and Priority. Ratio 10: S. 202-221.
- Parsons, Talcott, 1940: An Analytical Approach to the Theory of Social Stratification. American Journal of Sociology 45: S. 841-862.
- Parsons, Talcott, 1951: The Social System. Glencoe, Illinois: Free Press.
- Partridge, Ernest, 1990: On the Rights of Future Generations. S. 41-47 in: *Scherer, Donald* (Hg.), Upstream/Downstream. Issues in Environmental Ethics. Philadelphia: Temple University Press.

- Pettigrew, Thomas F., 1979: The Ultimate Attribution Error. Extending Allports Cognitive Analysis of Prejudice. *Personality and Social Psychology Bulletin* 5: S. 461-476.
- Peuckert, Rüdiger, 2008: Familienformen im sozialen Wandel. Wiesbaden: VS Verlag.
- Pfarr, Christian, und Udo Schneider, 2010: Mitnahmeeffekte im Rahmen der Riester-Rente: Eine empirische Analyse. S. 92-106 in: Kuchinke, Björn A., Torsten Sundmacher und Jürgen Zerth (Hg.), Wettbewerb und Gesundheitskapital. Ilmenau: Universitätsverlag Ilmenau.
- Pierson, Paul, 1996: Path Dependence and the Study of Politics. Annual Meeting of the American Political Science Association. San Francisco.
- Pötsch, Olga, 2007: Geburten in Deutschland. Wiesbaden. Statistisches Bundesamt.
- Priddat, Birger P., 2007: Wer investiert? Ein neuer Generationenvertrag zur Bildung in Wissensgesellschaften. *Wirtschaftsdienst* 3: S. 151-155.
- Prognos, 2003: Auswirkungen veränderter Rahmenbedingungen auf die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung. Basel. Prognos AG.
- Quadagno, Jill, 1989: Generational Equity and the Politics of the Welfare State. *Politics Society* 17: S. 353-376.
- Rabe-Hesketh, Sophia , und Anders Skrondal, 2005: Multilevel and Longitudinal Modelling using Stata. College Station, Texas: Stata Press.
- Radl, Jonas, 2006: Pfade in den Ruhestand und die Heterogenität des Renteneintrittsalters. *Deutsche Rentenversicherung* 9-10: S. 641-660.
- Raffelhüschchen, Bernd, 1999a: Generational Accounting in Europe. *The American Economic Review* 89: S. 167-170.
- Raffelhüschchen, Bernd, 1999b: Generational Accounting: Method, Data and Limitations. S. 17-28 in: *European Commission* (Hg.), *Generational Accounting in Europe*. Brüssel: European Commission.
- Raffelhüschchen, Bernd, und Oliver Ehrentraut, 2007: Vorsorgementalität der Deutschen. Freiburg. Forschungszentrum Generationenverträge.
- Raffelhüschchen, Bernd, und Jörg Schoder, 2007: Benachteiligt die Überalterung der Gesellschaft die Jüngeren? Generationengerechtigkeit - gibt's die? *Wirtschaftsdienst* 87: S. 143-145.
- Rasner, Anika, 2006: Das Konzept der geschlechtsspezifischen Rentenlücke. *DRV-Schriften*: S. 270-284.
- Rawls, John, 1971: *A Theory of Justice*. Oxford: Oxford University Press.
- Rawls, John, 1979 (1971): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rawls, John, 1992: Der Bereich des Politischen und der Gedanke eines übergreifenden Konsens. S. 333-363 in: Hirsch, Wilfried (Hg.), *Die Idee des politischen Liberalismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rawls, John, 1996: *Political Liberalism*. With a New Introduction and the Reply to Habermas. New York: Columbia University Press.
- Rawls, John, 1999: *The Law of Peoples*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Rawls, John, 1999 (1971): *A Theory of Justice*. Revised Edition. Oxford: Oxford University Press.
- Rawls, John, 2003: *Gerechtigkeit als Fairness*. Ein Neuentwurf. Frankfurt a. M.
- Rehm, Philipp, 2005: Who Supports the Welfare State? Determinants of Preferences over Redistribution. GSSS Conference on Social Justice. Bremen.
- Rhein, Thomas, 2010: Ist Europa auf dem Weg zum "Turbo-Arbeitsmarkt". IAB-Kurzbericht 19/2010.
- Ribhegge, Hermann, 1998: Sozialpolitische Reformen in demokratischen Systemen. S. in: Knappe, Eckhard, und Norbert Berthold (Hg.), *Ökonomische Theorie der Sozialpolitik*. Heidelberg: Physica Verlag.
- Riley, William B., und Victor K. Chow, 1992: Asset Allocation and Individual Risk Aversion. *Financial Analysts Journal* 48: S. 32-37.
- Robeyns, Ingrid, 2005: The Capability Approach: A Theoretical Survey. *Journal of Human Development* 6: S. 93-117.
- Robinson, Robert V., und Wendell Bell, 1978: Equality, Success, and Social Justice in England and the United States. *American Sociological Review* 43: S. 125-143.
- Roller, Edeltraud, 1992: Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Roller, Edeltraud, 1996: Kürzungen von Sozialleistungen aus der Sicht der Bundesbürger. *Zeitschrift für Sozialreform* 42: S. 777-788.
- Roller, Edeltraud, 1997: Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung. S. in: Gabriel, Oskar W. (Hg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich.
- Roller, Edeltraud, 1999a: Sozialpolitik und demokratische Konsolidierung. Eine empirische Analyse für die neuen Bundesländer. S. 313-346 in: Plassner, Fritz (Hg.), *Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich*. Frankfurt: Peter Lang.
- Roller, Edeltraud, 1999b: Staatsbezug und Individualismus: Dimensionen des soziokulturellen Wertwandels. S. 229-246 in: Ellwein, Thomas, und Everhard Holtmann (Hg.), *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*.

- Rahmenbedingungen - Entwicklungen - Perspektiven. Politische Vierteljahresschrift 30. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Roller, Edeltraud*, 2000: Ende des sozialstaatlichen Konsenses? Zum Aufbrechen traditioneller und zur Entstehung neuer Konfliktstrukturen in Deutschland. S. in: *Niedermayer, Oskar, und Bettina Westle* (Hg.), Demokratie und Partizipation. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Roller, Edeltraud, und John Bendix*, 2005: The Performance of Democracies. Oxford: Oxford University Press.
- Romer, Paul M.*, 1990: Endogenous Technological Change. *Journal of Political Economy* 98: S. 71-102.
- Rorty, Richard*, 1991: Objectivity, Relativism, and Truth. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rose, Richard*, 1990: Inheritance Before Choice in Public Policy. *Journal of Theoretical Politics* 2: S. 263-291.
- Rossi, Peter H.*, 1979: Vignette Analysis. Uncovering the Normative Structure of Complex Judgements. S. in: *Merton, Robert K., James S. Coleman und Peter H. Rossi* (Hg.), Qualitative and Quantitative Social Research. London: The Free Press.
- Rossi, Peter H., und Andy B. Anderson*, 1982: The Factorial Survey Approach: An Introduction. S. 15-67 in: *Nock, Steven L., und Peter H. Rossi* (Hg.), Measuring Social Judgements: The Factorial Survey Approach. Beverly Hills: Sage.
- Roth, R.*, 1989: Rentenpolitik in der Bundesrepublik: Verl. Arbeiterbewegung u. Gesellschaftswiss.
- Rothschild, M., und Joseph E. Stiglitz*, 1976: Equilibrium in Competitive Insurance Markets. *Quarterly Journal of Economics* 90: S. 629-649.
- Rothstein, Bo*, 1998: Just Institutions Matter. The Moral and Political Logic of the Universal Welfare State. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ruland, Franz*, 1990: Grundprinzipien des Rentenversicherungsrechts. S. 494-516 in: *Ruland, Franz* (Hg.), Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung. Neuwied.
- Runciman, Walter Garrison*, 1993: Relative Deprivation and Social Justice. Aldershot: Gregg Revivals.
- Rürup-Kommission*, 2003: Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Rürup, Bert*, 1998: Wohlfahrtsstaatliche Politik in der globalisierten Informationsgesellschaft. Bonn. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Rürup, Bert*, 2002: Generationenvertrag und intergenerative Gerechtigkeit. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 35: S. 275-281.
- Rürup, Bert*, 2004: Generationengerechtigkeit und Rentenversicherung. S. 39-44 in: *Verband Deutscher Rentenversicherungsträger* (Hg.), Generationengerechtigkeit - Inhalt Bedeutung und Konsequenzen für die Alterssicherung. Jahrestagung des Forschungsnetzwerkes Alterssicherung (FNA) am 4. und 5. Dezember 2003 in Erfurt. Frankfurt a.M.: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger.
- Sachße, Christoph*, 2003: Subsidiarität: Leitmaxime deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit. S. 191-212 in: *Lessenich, Stephan* (Hg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Frankfurt a. M.: Campus.
- Sachverständigenkommission*, 2010: Neue Wege - Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Gutachten der Sachverständigenkommission für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Sachverständigenrat*, 2003: Jahresgutachten 2003/2004. Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
- Sachverständigenrat*, 2004: Jahresgutachten 2004/2005. Erfolge im Ausland - Herausforderungen im Inland. Wiesbaden. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
- Sachverständigenrat*, 2005: Jahresgutachten 2005/2006. Die Chance nutzen - Reformen mutig voranbringen. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
- Sachverständigenrat*, 2006: Jahresgutachten 2006/2007. Widerstreitende Interessen - Ungenutzte Chancen. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
- Sachverständigenrat*, 2007: Jahresgutachten 2007/2008. Das Erreichte nicht verspielen. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
- Samuelson, William, und Richard Zeckhauser*, 1988: Status Quo Bias in Decision Making. *Journal of Risk and Uncertainty* 1: S. 7-59.
- Sandel, Michael J.*, 1982: Liberalism and the Limits of Justice. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sandel, Michael J.*, 1998 (1982): Liberalism and the Limits of Justice. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sauer, Carsten, Katrin Auspurg, Thomas Hinz, Stefan Liebig und Jürgen Schupp*, 2009: Die Bewertung von Erwerbseinkommen. Methodische und inhaltliche Analysen zu einer Vignettenstudie im Rahmen des SOEP-Pretest 2008. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 189.
- Savage, Leonard J.*, 1954: The Foundations of Statistics. New York: Wiley.
- Scharpf, Fritz W., B. Reissert und F. Schnabel*, 1976: Politikverflechtung: Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik: Scriptor Verlag Kronberg.

- Schefczyk, Michael, und Birger P. Priddat*, 2000: Gerechtigkeit und Effizienz. Eine Verhältnisbestimmung in sozialpolitischer Absicht. S. 428-466 in: *Kersting, Wolfgang* (Hg.), Politische Philosophie des Sozialstaats. Weilerwist: Velbrück Wissenschaft.
- Scheller, Percy, und Kai Mühleck*, 2007: Zur Akzeptanz der staatlichen Alterssicherung. Determinanten von Gerechtigkeitsideologien mit Bezug zur Altersvorsorge. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 135. ISJP-Arbeitsbericht. Berlin. Humboldt-Universität zu Berlin. 135.
- Schmähl, Winfried*, 2004: Anmerkungen zu „Generationengerechtigkeit“ und Alterssicherung aus ökonomischer Perspektive. DRV Schriften 51: S. 74-84.
- Schmähl, Winfried*, 2007: Benachteiligt die Überalterung der Gesellschaft die Jüngeren? Die Alterung der Gesellschaft - ein überzeugendes Argument für Umverteilung zugunsten Jüngerer? Wirtschaftsdienst 87: S. 146-150.
- Schmähl, Winfried, Ralf Himmelreicher und Holger Viebrock*, 2003: Private Altersvorsorge statt gesetzlicher Rente: Wer gewinnt, wer verliert. Forschungsprojekt 'Die sozial- und verteilungspolitische Bedeutung der Rahmenbedingungen privater Altersvorsorge (PrAVo)', gefördert durch die Hans Böckler Stiftung, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen. Bremen. Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen.
- Schmidt, Manfred G.*, 2004: Sozialpolitik der DDR. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Manfred G.*, 2005: Sozialpolitik in Deutschland. Wiesbaden: VS - Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Manfred G.*, 2008: Was ist Alter? Die Perspektive der Politikwissenschaft. S. 139-145 in: *Staudinger, Ursula M., und Heinz Häfner* (Hg.), Was ist Alter(n)? Neue Antworten auf eine scheinbar einfache Frage. Heidelberg: Springer.
- Schmidt, Manfred G., und Tobias Ostheim*, 2007: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. S. 173-192 in: *Schmidt, Manfred G., Tobias Ostheim, Nico A. Siegel und Reimut Zohlnhöfer* (Hg.), Der Wohlfahrtsstaat. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Manfred G., Tobias Ostheim, Nico A. Siegel und Reimut Zohlnhöfer* (Hg.), 2007: Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS - Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Volker H.*, 2000: Bedingte Gerechtigkeit. Soziologische Analysen und philosophische Theorien. Frankfurt a. M.: Campus.
- Schneider, Wolfgang*, 2008: Entwicklung von der Kindheit bis zum Erwachsenenalter: Befunde der Münchner Längsschnittstudie LOGIK. Weinheim: Beltz.
- Schokkaert, Erik, und Bert Overlaet*, 1989: Moral Intuitions and Economic Models of Distributive Justice. Social Choice and Welfare 6: S. 19-31.
- Schokkaert, Erik, und Philippe Van Parijs*, 2003: Debate on Social Justice and Pension Reform. Social Justice and the Reform of Europe's Pension Systems. Journal of European Social Policy 13: S. 245-263.
- Schreiber, Wilfried*, 1955a: Memorandum von Wilfried Schreiber: Zur reformp der gesetzlichen Rentenversicherung. 1955-1960, Ministerausschuß für die Sozialreform. Bundesarchiv.
- Schreiber, Wilfried*, 1955b: Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft.
- Schrenker, Markus*, 2003: Die Akzeptanz individualistischer und etatistischer Gerechtigkeitsprinzipien im Zeitverlauf. Ein Vergleich mittel- und osteuropäischer Transformationsgesellschaften. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 98. Berlin. Humboldt Universität.
- Schrenker, Markus*, 2004: Einstellungen zum Sozialstaat zehn Jahre nach der Wiedervereinigung. Eine Analyse der Ziele, Mittel und Folgen von Sozialpolitik. Diplomarbeit. ISJP Technical Report 126. Berlin. Institut für Sozialwissenschaften. Humboldt-Universität.
- Schrenker, Markus*, 2007: Was ist eine gerechte Rente? Ergebnisse einer Vignettenstudie. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 126. Berlin. Humboldt-Universität.
- Schrenker, Markus*, 2008: Umsetzung und Analysemöglichkeiten faktorieller Surveys in repräsentativen Bevölkerungsumfragen am Beispiel der ISJP-Erhebung 2006. S. in: (Hg.), DGS Kongressband 2008.
- Schrenker, Markus*, 2009: Warum fast alle das deutsche Rentensystem ungerecht finden, aber trotzdem nichts daran ändern möchten. Die Wahrnehmung gerechter Renten und die Akzeptanz von Rentenreformen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 61: S. 1-24.
- Schrenker, Markus, und Thomas Ramge*, 2007: Was ist gerecht? Die Große Geo-Umfrage. Geo 10/2007: S. 134-147.
- Schrenker, Markus, und Bernd Wegener*, 2007: Was ist gerecht? Ausgewählte Ergebnisse aus dem International Social Justice Project 1991-2006. ISJP Technical Report 150. Berlin. Humboldt-Universität.
- Schrenker, Markus, und Bernd Wegener*, 2009: Wie die Krise der Finanzmärkte unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit verändert. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 180. Berlin. Humboldt-Universität.
- Schröder, Michael, und Martin Schüler*, 2006: Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Kapitalmärkte. Perspektiven der Wirtschaftspolitik 7: S. 43-66.

- Schulze, Isabelle, und Sven Jochem, 2007: Germany. Beyond Policy Gridlock. S. 660-710 in: Immergut, Ellen M., Karen M. Anderson und Isabelle Schulze (Hg.), West European Pension Politics. New York: Oxford University Press.
- Schwartz, Thomas, 1978: Obligations to Posterity. S. in: Sikora, R. I., und Brian Barry (Hg.), Obligations to Future Generations. Philadelphia: Temple University.
- Schwinger, Thomas, 1980: Gerechte Güterverteilungen. Entscheidungen zwischen drei Prinzipien. S. 107-140 in: Mikula, Gerold (Hg.), Gerechtigkeit und soziale Interaktion. Bern: Huber.
- Seccombe, Karen, Delores James und Kimberly Battle Walters, 1998: "They Think You Ain't Much of Nothing": The Social Construction of the Welfare Mother. Journal of Marriage and Family 60: S. 849-865.
- Seith, Anne, 2007: Reallöhne steigen erstmals seit Jahren. Spiegel Online. Hamburg. Spiegel Online.
- Sen, Amartya, 1993: Capability and Well-Being. Oxford: Oxford University Press.
- Sinn, Hans-Werner, und Marcel Thum, 1999: Gesetzliche Rentenversicherung: Prognosen im Vergleich. München. IFO Institut & Center for Economic Studies.
- Sinn, Hans Werner, 2000: Why a Funded Pension System is Useful and Why it is not Useful. International Tax and Public Finance 7: S. 383-410.
- Sinn, Hans Werner, und Silke Uebelmesser, 2003: Pensions and the Path to Gerontocracy in Germany. European Journal of Political Economy 19: S. 153-158.
- Skocpol, Theda, 1991: Targeting within Universalism: Politically Viable Policies to Combat Poverty in the United States. S. 411-436 in: Jencks, Christopher, und Paul E. Peterson (Hg.), The Urban Underclass. Washington, D. C.: Brookings Institution.
- Sneed, Joseph D., 1971: The Logical Structure of Mathematical Physics. Dordrecht: Reidel.
- Sozialbeirat, 2001: Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenbericht 2001. Intergenerative Verteilungswirkungen der Rentenreform 2001. BT-Drs. 14/7639.
- Sozialbeirat, 2009: Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2009.
- St Amand, Michelle D., und Edward Zamble, 2001: Impact of Information About Sentencing Decisions on Public Attitudes Toward the Criminal Justice System. Law and Human Behavior 25: S. 515-528.
- Stahl, Helmut, 2001: Schließung von Beschäftigungslücken. DRV.
- Stark, Gunnar, Stefan Liebig und Bernd Wegener, 1999: Justice Ideologies. Eine Skala der sozialen Gerechtigkeit. S. in: ZUMA-Informationssystem (ZIS) (Hg.), Online Handbook of Social Science Measurement Instruments.
- Steiner, Peter M., und Christiane Atzmüller, 2006: Experimentelle Vignettendesigns in Faktoriellen Surveys. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58: S. 117-146.
- Steinvorth, Ulrich, 1999: Gleiche Freiheit. Politische Philosophie der Verteilungsgerechtigkeit. Berlin: Akademie Verlag.
- Stephan, Helga, und Eberhard Wiedemann, 1990: Lohnstruktur und Lohndifferenzierung in der DDR. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 23/1990: S. 550-562.
- Stevens, Stanley S., 1957: On the Psychophysical Law. Psychological Review 64: S. 153-181.
- Stevens, Stanley S., 1959: Measurement, Psychophysics, and Utility. S. 18-63 in: Churchman, C. West, und Philburn Ratoosh (Hg.), Measurement: Definitions and Theories. New York: John Wiley & Sons.
- Stevens, Stanley S., 1986: Psychophysics: An Introduction to Its Perceptual, Neural, and Social Prospects. New York: Wiley.
- Stiglitz, Joseph E., 1983: Risk, Incentive and Insurance: The pure Theory of Moral Hazard. Geneva Papers on Risk and Insurance 8: S. 4-32.
- Stiglitz, Joseph E., 2000: Capital Market Liberalization, Economic Growth, and Instability. World Development 28: S. 1075-1086.
- Stiglitz, Joseph E., 2002: Die Schatten der Globalisierung. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Stouffer, Samuel A., 1949: The American Soldier. Princeton: Princeton University Press.
- Stouffer, Samuel A., Edward A. Suchman, Leland C. DeVinney, Shirley A. Star und Robin M. Jr. Williams, 1949: The American Soldier: Adjustment During Army Life. Princeton: Princeton University Press.
- Strack, Fritz, und Thomas Mussweiler, 1997: Explaining the Enigmatic Anchoring Effect: Mechanisms of Selective Accessibility. Journal of Personality and Social Psychology 73: S. 437-446.
- Struck, Olaf, 2008: Demografische Entwicklung als Herausforderung. Ein Essay zu Entwicklung und Bewältigungsstrategien. S. 275-295 in: Amann, Anton, und Franz Kolland (Hg.), Das erzwungene Paradies des Alters? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Struck, Olaf, Christian Pfeifer und Alexandra Krause, 2008: Entlassungen: Gerechtigkeitsempfinden und Folgewirkungen. KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 60: S. 106-126.
- Struck, Olaf, Michael Grotheer, Tim Schröder und Christoph Köhler, 2007: Instabile Beschäftigung. Neue Ergebnisse zu einer alten Kontroverse. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 59: S. 294-317.

- Suls, Jerry, René Martin und Ladd Wheeler, 2002: Social Comparison: Why, with Whom, and with What Effect? *Current Directions in Psychological Science* 11: S. 159-163.
- Summers, Peter M., 2005: What Caused the Great Moderation? Some Cross-Country Evidence. *Economic Review* 90: S. 5-31.
- Svallfors, Stefan, 1997: Worlds of Welfare and Attitudes to Redistribution: A Comparison of Eight Western Nations. *European Sociological Review* 13: S. 283-304.
- Swift, A., G. Marshall, C. Burgoyne und D. Routh, 1995a: Distributive Justice: Does It Matter What the People Think? S. in: Kluegel, J. R., D. S. Mason und Bernd Wegener (Hg.), *Social Justice and Political Change Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States*. New York: Aldine de Gruyter.
- Swift, Adam, 1999: Public Opinion and Political Philosophy: The Relation between Social-Scientific and Philosophical Analyses of Distributive Justice. *Ethical Theory and Moral Practice* 2: S. 337-363.
- Swift, Adam, Gordon Marshall, Carole Burgoyne und David Routh, 1995b: Distributive Justice: Does It Matter What the People Think? S. 15-47 in: Kluegel, James R., David S. Mason und Bernd Wegener (Hg.), *Social Justice and Political Change Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States*. New York: Aldine de Gruyter.
- Szydlic, Marc, und Jürgen Schupp, 2004: Wer erbt mehr? Erbschaften, Sozialstruktur und Alterssicherung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56: S. 609-629.
- Szydlik, Marc, und Harald Künemund, 2009: Generationen aus Sicht der Soziologie. S. 7-21 in: Künemund, Harald, und Marc Szydlik (Hg.), *Generationen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Tapia Sr., Waldo, und Juan Yermo, 2007: Implications of Behavioural Economics for Mandatory Individual Account Pension Systems. *OECD Working Papers on Insurance and Private Pensions*.
- Taylor-Gooby, Peter, 1988: The Future of the British Welfare State: Public Attitudes, Citizenship and Social Policy Under the Conservative Government of the 1980s. *European Sociological Review* 4: S. 1-19.
- Taylor-Gooby, Peter, 1995: Comfortable, Marginal and Excluded. Who Should Pay Higher Taxes for a Better Welfare State? S. 1-17 in: Jowell, Roger, John Curtice, Alison Park, Lindsay Brook, Daphne Ahrendt und Katarina Thomson (Hg.), *British Social Attitudes: the 12th Report*. Aldershot: Gower.
- Taylor-Gooby, Peter, 2005: *Attitudes to Social Justice*. London: Institute for Public Policy Research.
- Taylor, Charles, 1985: *Philosophy and the Human Sciences*. *Philosophical Papers* 2. Cambridge: Cambridge University Press.
- Temkin, Larry S., 1992: Intergenerational Inequality. S. 169-205 in: Laslett, Peter, und James S. Fishkin (Hg.), *Justice between Age Groups and Generations*. New Haven: Yale University Press.
- Tesar, Linda, und Ingrid Werner, 1995: Home Bias and High Turnover. *Journal of international Money and Finance* 14: S. 467-492.
- Thaler, Richard H., 1999: Mental Accounting Matters. *Journal of Behavioral Decision Making* 12: S. 183-206.
- Thaler, Richard H., und Cass R. Sunstein, 2008: *Nudge: Improving Decisions about Health, Wealth, and Happiness*. New Haven, CT: Yale University Press.
- The Economist*, 2009: Rethinking the Great Moderation. *The Economist*.
- Thomas, William Isaac, und Dorothy Swaine Thomas, 1928: *The Child in America*. New York: Knopf 41.
- Thompson, Janna, 2009: Identity and Obligation in a Transgenerational Polity. S. 25-49 in: Gosseries, Axel, und Lukas H. Meyer (Hg.), *Intergenerational Justice*. New York: Oxford University Press.
- Thompson, Warren S, 1929: Population. *American Journal of Sociology* 34: S. 959-975.
- Thomson, David W., 1989: The Welfare State and Generation Conflict: Winners and Losers. S. 33-56 in: Johnson, Paul, Christoph Conrad und David Thomson (Hg.), *Workers versus pensioners: Intergenerational justice in an ageing world*. Manchester: Manchester University Press.
- Thomson, David W., 1991: *Selfish Generations? The Ageing of New Zealand's Welfare State*: B. Williams Books.
- Thomson, David W., 1993: A Lifetime of Privilege? S. 215-237 in: Bengtson, Vern L., und W. Andrew Achenbaum (Hg.), *The Changing Contact across Generations*. New York: Aldine de Gruyter.
- Thum, Marcel, und Jakob von Weizsäcker, 2000: Implizite Einkommenssteuer als Meßlatte der aktuellen Reformvorschläge. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 1: S. 453-468.
- Törnblom, Kjell Y., und Uriel G. Foa, 1983: Choice of a Distribution Principle: Crosscultural Evidence on the Effects of Resources. *Acta Sociologica* 26: S. 161-173.
- Townsend, Peter, 1974: Poverty as Relative Deprivation: Ressources and Style of Living. S. 15-41 in: Wdderburn, Dorothy (Hg.), *Poverty, Inequality and Class Structure*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tversky, Amos, und Daniel Kahneman, 1974: Judgement under Uncertainty. Heuristics and Biases. *Science* 185: S. 1124-1131.
- Tversky, Amos, und Daniel Kahneman, 1986a: Rational Choice and the Framing of Decisions. *The Journal of Business* 59: S. S251-S278.

- Tversky, Amos, und Daniel Kahneman, 1986b: Rational Choice and the Framing of Decisions. S. in: *Hogarth, Robin M., und Melvin W. Reder* (Hg.), *The Contrasts between Economics and Psychology*. Chicago: University of Chicago Press.
- Tversky, Amos, und Daniel Kahneman, 1992: Advances in Prospect Theory: Cumulative Representation of Uncertainty. *Journal of Risk and Uncertainty* 5: S. 297-323.
- Ullrich, Carsten, 2001: Die Akzeptabilität sozialer Sicherungssysteme. Zur Bedeutung grundlegender Systemmerkmale für die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Institutionen. *Sozialer Fortschritt* 50. Jahrgang: S. 163-165.
- Ullrich, Carsten G., 2000: Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Ergebnisse, Kritik und Perspektiven einer Forschungsrichtung. *Soziale Welt* 51: S. 131-152.
- United Nations, 1987: Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future (Brundtland-Report).
- United Nations Population Division, 2008: World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database. Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat.
- Van Parijs, Philippe, 2006: The Disfranchisement of the Elderly, and Other Attempts to Secure Intergenerational Justice. *Philosophy & Public Affairs* 27: S. 292-333.
- Verwiebe, Roland, und Bernd Wegener, 1999: Social Inequality and the Perceived Justice Gap. *Social Justice Research* 13: S. 123-149.
- Wagschal, Uwe, 2003: Wer ist schuld an den Schulden? S. in: *Obinger, Herbert, Uwe Wagschal und Bernhard Kittel* (Hg.), *Politische Ökonomie*. Opladen: Leske und Budrich.
- Walster, Elaine, Ellen Berscheid und G. William Walster, 1973: New Directions in Equity Research.
- Walster, Elaine, Ellen Berscheid und William G. Walster, 1976: New Directions in Equity Research. S. 1-42 in: *Berkowitz, Leonard, und Elaine Walster* (Hg.), *Equity Theory: Toward a General Theory of Social Interaction*. New York: Academic Press.
- Walzer, Michael, 1983: *Spheres of Justice*. Oxford: Blackwell.
- Walzer, Michael, 1992 (1983): *Sphären der Gerechtigkeit*. Frankfurt a. M.: Campus-Verlag.
- Warner, John T., und Saul Pleeter, 2001: The Personal Discount Rate: Evidence From Military Downsizing Programs. *The American Economic Review* 91: S. 33-53.
- Weber, Tim, 2005: Erste Ergebnisse der Statistiken über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. *Wirtschaft und Statistik* 4/2005: S. 382-387.
- Wegener, Bernd, 1977: Bewertung als Methodologie. Die epistemologischen Grundlagen der Angewandten Psychologie. Frankfurt: Peter Lang.
- Wegener, Bernd, 1982: Introduction. Outline of a Structural Taxonomy of Sensory and Social Psychophysics. S. 1-40 in: *Wegener, Bernd* (Hg.), *Social Attitudes and Psychophysical Measurement*. Hillsdale, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates.
- Wegener, Bernd, 1985: Gibt es Sozialprestige? *Zeitschrift für Soziologie* 14: S. 209-235.
- Wegener, Bernd, 1987: The Illusion of Distributive Justice. *European Sociological Review* 3: S. 1-13.
- Wegener, Bernd, 1990: Equity, Relative Deprivation, and the Value Consensus Paradox. *Social Justice Research* 4: S. 65-86.
- Wegener, Bernd, 1992a: Concepts and Measurement of Prestige. *Annual Review of Sociology* 18: S. 253-280.
- Wegener, Bernd, 1992b: Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen. *Zeitschrift für Soziologie* 21: S. 269-283.
- Wegener, Bernd, 1995a: Gerechtigkeitsforschung und empirische Gerechtigkeitsforschung. S. 195-220 in: *Müller, Hans-Peter, und Bernd Wegener* (Hg.), *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*. Opladen: Leske und Budrich.
- Wegener, Bernd, 1995b: Auf dem Weg zur Interdisziplinarität in der sozialen Gerechtigkeitsforschung? Anmerkungen zu Scherer, Elster, Rawls und Walzer. *Berliner Journal für Soziologie* 2: S. 251-264.
- Wegener, Bernd, 1999: Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit. Die zwei Welten der empirischen Gerechtigkeitsforschung. S. 167-214 in: *Druwe, Ulrich, und Volker Kunz* (Hg.), *Politische Gerechtigkeit*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wegener, Bernd (Hg.), 2000: ISJP-Abschlussbericht: Die Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland im internationalen Vergleich, 1991-1996. Berlin: Humboldt-Universität.
- Wegener, Bernd, 2001: Anmerkungen zum Verhältnis von normativer und empirischer Gerechtigkeitsforschung. S. 879-904 in: *Allmendinger, Jutta* (Hg.), *Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000. Teil B*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wegener, Bernd, und Stefan Liebig, 1993: Eine Grid-Group-Analyse sozialer Gerechtigkeit. Die neuen und alten Bundesländer im Vergleich. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45: S. 668-690.
- Wegener, Bernd, und Stefan Liebig, 1995: Dominant Ideologies and the Variations of Justice Norms: A Comparison of East and West Germany and the United States. S. in: *Cluegel, James R., David S. Mason*

- und Bernd Wegener (Hg.), *Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Postcommunist States*. New York: De Gruyter.
- Wegener, Bernd, und Susanne Steinmann, 1995: Justice Psychophysics in the Real World. Comparing Income Justice and Income Satisfaction in East and West Germany. S. 151-175 in: Kluegel, James R., David S. Mason und Bernd Wegener (Hg.), *Social Justice and Political Change: Public Opinion in Capitalist and Post-Communist Countries*. Berlin: De Gruyter.
- Wegener, Bernd, und Markus Schrenker, 2007: Was sind gerechte Renten? Gerechtigkeit in der Alterssicherung aus Sicht der deutschen Bevölkerung. *Deutsche Rentenversicherung* 73: S. 85-107.
- Wenar, Leif, 2008: John Rawls. S. in: Zalta, Edward N. (Hg.), *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*.
- Whitmeyer, Joseph M., 2004: Past and Future Applications of Jasso's Justice Theory. *Sociological Theory* 22: S. 432-444.
- Wiemeyer, Joachim, 2004: Gerechtigkeit zwischen Generationen als Wirtschaftsethisches Problem. *Ethica* 12: S. 71-94.
- Wildavsky, Aaron, 1987: Choosing Preferences by Constructing Institutions: A Cultural Theory of Preference Formation. *The American Political Science Review* 81: S. 4-21.
- Wilensky, Harold T., 1975: The Welfare State and Equity. *Structural and Ideological Roots of Public Expenditures*. Berkeley.
- Wilkinson, Richard, und Kate Pickett, 2010: The Spirit Level: Why More Equal Societies Almost Always do Better. *Canadian Public Policy Analysis* 36.
- Wilkoszewski, H., 2006: Politikbertung im Bereich Demografischer Wandel. S. 496-508 in: Falk, Svenja, Dieter Rehfeld, Andrea Römmele und Martin Thunert (Hg.), *Handbuch Politikbertung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wilkoszewski, Harald, 2003: Die verdrängte Generation. Politische Parteien und die alternde Gesellschaft in Deutschland. Marburg: Tectum Verlag.
- Wilson, Timothy D., Christopher E. Houston, Kathryn M. Etling und Nancy Brekke, 1996: A New Look at Anchoring Effects: Basic Anchoring and its Antecedents. *Journal of Experimental Psychology* 125: S. 387-402.
- Wrong, Dennis H., 1961: The Oversocialized Conception of Man in Modern Sociology. *American Sociological Review* 26: S. 183-193.
- Wunder, Christoph, und Johannes Schwarze, 2005: Zufriedenheit mit der Alterssicherung und Präferenzen für alternative Sicherungsmodelle. *Zeitschrift für Sozialreform* 51: S. 7-39.
- Xenos, Peter, und Midea Kabamalan, 1998: The Changing Demographic and Social Profile of Youth in Asia. *Asia-Pacific Population Research Reports* 12.
- ZDWA, 2007: Deutschland im Demografischen Wandel. Rostock: Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels.
- Zintl, Reinhard, 1983: Individualistische Theorien und die Ordnung der Gesellschaft. Untersuchungen zur politischen Theorie von James M. Buchanan und Friedrich A. von Hayek. Berlin: Dunker und Humblot.